

WIRTSCHAFT UND STATISTIK

1961

Herausgeber: Statistisches Bundesamt

Heft 4, April

Zusammenfassende Übersicht

Soweit nicht anders vermerkt, beziehen sich die Angaben bis einschl. Juni 1959 auf das Bundesgebiet (ohne Saarland und Berlin), ab Juli 1959 auf das Bundesgebiet einschl. Saarland (ohne Berlin)

Volks-, Berufs- und Arbeitsstättenzählung 1961

Nachdem die Volks-, Berufs- und Arbeitsstättenzählung gesetzlich auf den 6. Juni 1961 festgelegt ist, wird das Programm dieser Zählung dargestellt. Es wird vor allem darauf eingegangen, welche Informationen die Zählung bringen wird und welche Besonderheiten die Zählung 1961 gegenüber den früheren Zählungen aufweist.

Die wohnungstatistischen Feststellungen im Rahmen der allgemeinen Volkszählung 1961 werden ebenfalls erläutert.

Bevölkerung

Die Wohnbevölkerung des Bundesgebietes ohne Berlin betrug Ende 1960 53,8 Mill. Personen, davon 25,4 Mill. Männer und 28,4 Mill. Frauen. Durch den Geburtenüberschuß war 1960 eine Zunahme um 340 000 und durch die Zuwanderung um 364 000 zu verzeichnen. Ende 1960 betrug im Bundesgebiet (ohne Saarland und Berlin) die Zahl der Vertriebenen 9,7 Mill. oder 18,4 vH der Gesamtbevölkerung und diejenige der Zugewanderten 3,5 Mill. oder 6,6 vH.

Im Jahre 1960 wurden 500 300 Ehen geschlossen. 947 000 Kinder wurden lebend und 14 700 tot geboren. Gestorben sind 606 700 Personen, darunter 32 000 im 1. Lebensjahr. Berechnet auf 1 000 Einwohner ist die Zahl der Eheschließungen mit 9,3 und die der Geburten mit 17,7 gegenüber dem Vorjahr nur geringfügig gestiegen. Die Sterbeziffer lag mit 11,3 — bedingt durch die im Februar 1960 aufgetretene starke Grippewelle — beachtlich höher als 1959 (10,8).

Rechtspflege

Im Jahre 1959 wurden im Bundesgebiet einschließlich Berlin (West) knapp 2 Mill. Straftaten bekannt. Von 100 bekanntgewordenen Straftaten wurden 87 aufgeklärt, von 100 ermittelten Tätern 53 angeklagt und von 100 Angeklagten 87 verurteilt. Die Darstellung der Länderergebnisse läßt erhebliche Unterschiede der Aufklärungs-, Anklage- und Verurteilungsquoten erkennen.

Erwerbstätigkeit

Die Ergebnisse des Mikrozensus über den Umfang der Erwerbstätigkeit werden nunmehr für Wirtschaftsabteilungen und nach Stellung im Beruf der im Erwerbsleben tätigen Personen ergänzt. Danach waren von den im Oktober 1959 im Erwerbsleben tätigen 24,8 Mill. Personen 46,1 vH als Arbeiter, 24,5 vH als Beamte oder Angestellte beschäftigt, 13,2 vH übten eine selbständige Erwerbstätigkeit aus. 10,7 vH waren als mithelfende Familienangehörige tätig. Der Anteil der Lehrlinge betrug 5,5 vH.

Landwirtschaft und Fischerei

Die Neuzulassungen und Umschreibungen von Schleppern im 1. Halbjahr 1960 lassen eine Fortschreitung der Motorisierung in der Landwirtschaft erkennen, die besonders auch aus der Zunahme der Schlepper in den stärkeren Leistungsklassen hervorgeht.

Bei der Ernte 1960 wurden rund 1,5 Mill. ha Getreide mit Mähdreschern abgeerntet, das sind 30 vH der gesamten Fläche gegenüber nur 15 vH im Jahre 1958 und erst 7 vH im Jahre 1956.

Am 3. März 1961 wurden 15,5 Mill. Schweine gezählt, das sind 1,1 Mill. oder 7,5 vH mehr als im März 1960.

Das Fangergebnis 1960 der See- und Küstenfischerei belief sich auf 610 000 t Fische, Schal- und Krustentiere mit einem Erzeugerlös von 264 Mill. DM. Gegenüber dem Vorjahr war das Fangergebnis mengenmäßig um 12,1 vH und wertmäßig um 6,5 vH niedriger.

Unternehmen

Die Aktiengesellschaften haben nach den endgültigen Ergebnissen der Bilanzstatistik für das Geschäftsjahr 1959 erheblich weniger langfristiges Fremdkapital aufgenommen als im Vorjahr, dafür aber wieder in stärkerem Maße Kapitalerhöhungen durchgeführt. Die Ertragslage der Gesellschaften hat sich allgemein beträchtlich verbessert.

Industrie

Die industrielle Produktion hat im März 1961 weiter zugenommen. Der arbeitsmäßig errechnete Index der industriellen Nettoproduktion lag mit einem Stand von 261 (1950 = 100) um 2,7 vH

noch: Industrie

höher als im Vormonat und um 7,3 vH über dem entsprechenden Vorjahresstand.

Im Jahr 1960 ist in der Industrie das Produktionsergebnis je Beschäftigten um 6,4 vH, je Arbeiter um 6,9 vH und je Arbeiterstunde um 7,9 vH gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Im Jahre 1959 betragen die Zuwachsraten gegenüber dem Vorjahr + 6,8 vH, + 7,5 vH bzw. + 8,4 vH.

Bauwirtschaft und Wohnungen

Im Bauhauptgewerbe wurden im März 1961 225 Mill. Arbeitsstunden geleistet, das sind 6,9 vH mehr als im März 1960. Für das 1. Vj. 1961 beträgt die Zunahme gegenüber dem 1. Vj. 1960 11 vH. Die Zahl der Beschäftigten nahm im März 1961 um 85 000 (6,5 vH) auf 1 386 000 zu und lag um 3,6 vH über dem Stand von Ende März 1960.

Die erstmalige Vergabe von Wohnungen des öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbaues zeigt u. a. für das Jahr 1960, daß gegenüber dem Vorjahr die Anteile der an Zugewanderte aus der sowjetischen Besatzungszone vergebenen Wohnungen von 10,7 auf 12,4 vH weiter gestiegen sind.

Außenhandel

Der Wert der Einfuhr der Bundesrepublik einschl. Berlin (West) lag im März 1961 mit 3 653 Mill. DM um 0,3 vH und der der Ausfuhr mit 4 301 Mill. DM um 1,6 vH niedriger als im März 1960.

Im 1. Vierteljahr 1961 wurden Waren für 10,3 Mrd. DM eingeführt und für 12,2 Mrd. DM ausgeführt, das sind 2,8 bzw. 7,2 vH mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Die Außenhandelsbilanz schloß im 1. Vj. 1961 mit einem Ausfuhrüberschuß von 1,92 Mrd. DM gegenüber 1,38 Mrd. DM im 1. Vj. 1960 ab.

Verkehr

Am 31. Dezember 1960 lag die Zahl der Ton-Rundfunkgenehmigungen mit 14,9 Mill. um 2,6 vH und die der Fernseh-Rundfunkgenehmigungen mit 4,4 Mill. um 38 vH höher als am 31. Dezember 1959. Die Fernseh-Rundfunkgenehmigungen lagen Ende März 1961 bei rund 5 Millionen.

Geld und Kredit

Die finanziellen Ergebnisse der 1959 eröffneten Konkurse und Vergleichsverfahren zeigen, daß sich die bereits im Vorjahr begonnene Entwicklung — nämlich weniger Schulden, größere Teilungsmassen, beträchtlich geringere Gläubigerverluste und höhere Deckungsquoten — fortgesetzt hat. So waren die angemeldeten Forderungen mit 315 Mill. DM um 14 vH und die Verluste um 15 vH geringer als im Vorjahr.

Öffentliche Finanzen

Die Gesamtaufwendungen der staatlichen und kommunalen Gebietskörperschaften für Krankenanstalten und sonstige Einrichtungen des Gesundheitswesens waren im Rechnungsjahr 1959 mit rund 3,14 Mrd. DM um fast 10 vH höher als im Vorjahr.

Im Kalenderjahr 1960 haben die Gemeinden des Bundesgebietes (ohne Saarland) und die Stadtstaaten insgesamt 9,5 Mrd. DM aus kommunalen Steuern vereinnahmt, das sind 10,9 vH mehr als 1959. Ausschlaggebend für dieses Wachstum war wieder der kräftige Anstieg der Einnahmen aus der Gewerbesteuer um 15,2 vH.

Preise

Die Preise an den internationalen Rohstoffmärkten blieben in der Zeit vom Mitte März bis Mitte April 1961 nahezu unverändert. Am deutschen Binnenmarkt sind in der Zeit vom Februar zum März 1961 die Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte leicht zurückgegangen, die Erzeugerpreise industrieller Produkte nahezu unverändert geblieben und die Verbraucherpreise geringfügig gestiegen.

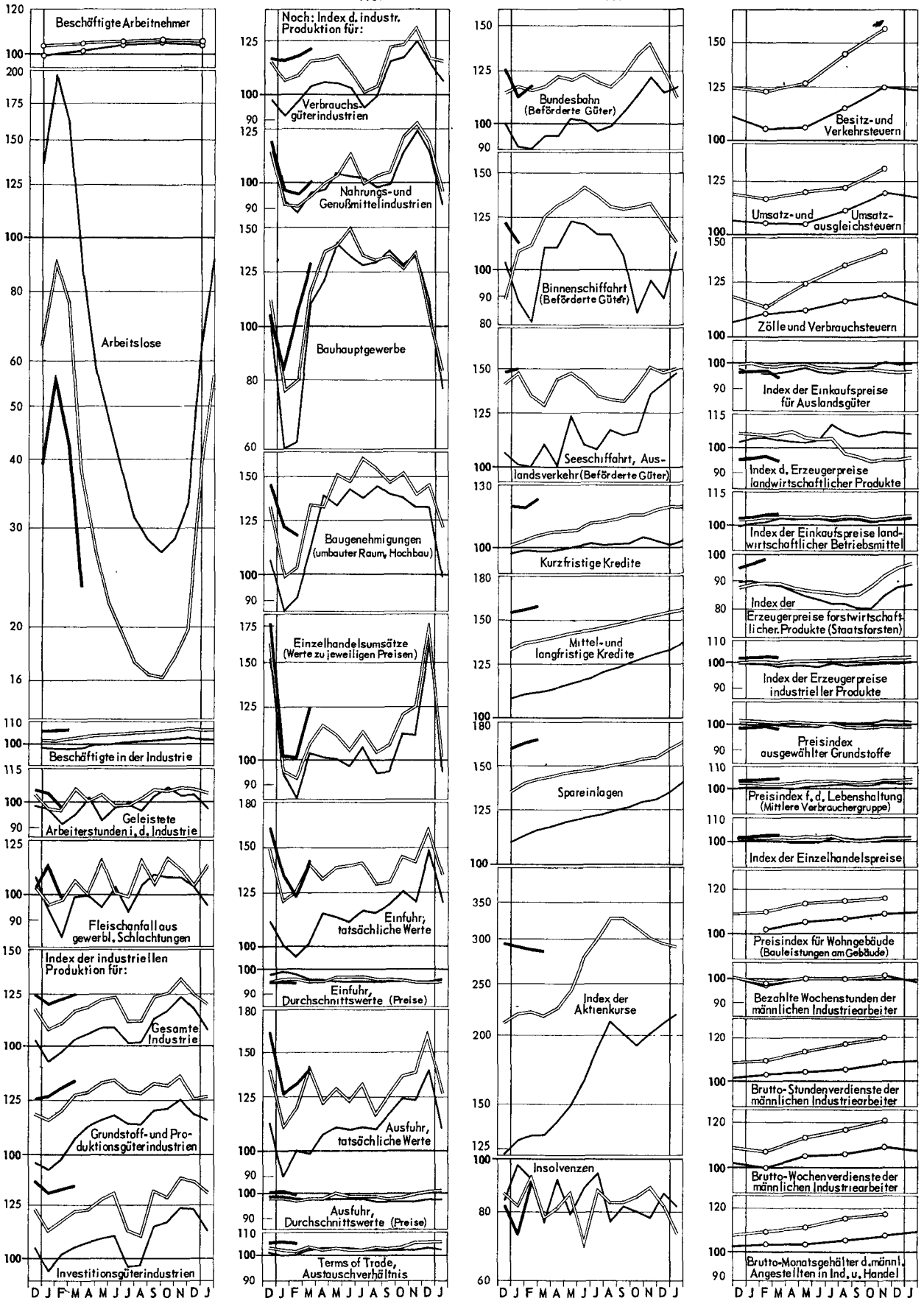
Verbrauch

Bei den Arbeitnehmerhaushalten einer mittleren Verbrauchergruppe ist im Jahre 1960 eine weitere Steigerung der realen Lebenshaltung um 5,7 vH eingetreten. In den einzelnen Bedarfsgruppen der Lebenshaltung hat sich der Verbrauch recht unterschiedlich verändert.

KURVEN ZUR WIRTSCHAFTSENTWICKLUNG

1958=100; Logarithmischer Maßstab

— 1959 — 1960 — 1961



Wirtschaftszahlen¹⁾

Gebietsstand: o.B. Bundesgebiet ohne Berlin; o.S.u.B. Bundesgebiet (ohne Saarland und Berlin); e.B. Bundesgebiet einschl. Berlin (West);
o.S.e.B. Bundesgebiet (ohne Saarland) einschl. Berlin (West).

Zahlen in Klammern () geben die für den neuen Gebietsstand zurückgerechnete bzw. die für den alten Gebietsstand weitergerechnete Zeitreihe.

Gegenstand	Einheit	Gebiets- stand: Bundes- gebiet	1958	1959	1960	1960				1961			Abschnitt Statist. Monats- zahlen S. ...	
			Monats- durchschnitt bzw. Stichtag			Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	März		
Bevölkerung														
Wohnbevölkerung	1 000	o.B.	(52 475)	53 049	53 756	53 601	53 662	53 714	53 756	53 811	198*	
	1 000	o.S.u.B.	51 453	(52 009)	(52 696)	(52 544)	(52 604)	(52 654)	(52 696)	(52 748)	198*	
darunter: Vertriebene	1 000	o.S.u.B.	9 397	(9 556)	(9 697)	(9 664)	.	.	(9 697)	198*	
Zugewanderte	1 000	o.S.u.B.	3 176	(3 308)	(3 474)	(3 427)	.	.	(3 474)	198*	
Eheschließungen		o.B.	(9,1)	(9,2)	9,4	8,1	8,8	8,3	8,4	5,7	7,1	...	201*	
	auf 1 000 der	o.S.u.B.	9,1	(9,2)	(9,4)	(8,1)	(8,8)	(8,3)	(8,4)	(5,7)	(7,1)	...	201*	
Lebendgeborene	Bevölkerung	o.B.	(17,0)	(17,6)	17,7	17,9	16,1	16,2	16,7	18,1	19,4	...	201*	
	und 1 Jahr	o.S.u.B.	16,9	(17,6)	(17,6)	(17,9)	(16,1)	(16,2)	(16,7)	(18,1)	(19,3)	...	201*	
Gestorbene		o.B.	(10,8)	(10,8)	11,3	9,6	10,8	11,0	11,7	12,1	11,7	...	201*	
		o.S.u.B.	10,8	(10,8)	(11,3)	(9,6)	(10,8)	(11,0)	(11,6)	(12,1)	(11,7)	...	201*	
Erwerbstätigkeit														
Beschäftigte (Arbeiter, Angestellte, Beamte)	1 000	o.B.	(19 175)	(19 748)	20 184	20 377	.	.	20 261	201*	
	1 000	o.S.u.B.	18 840	(19 399)	(19 834)	(20 024)	.	.	(19 834)	201*	
darunter: Männer	1 000	o.B.	(12 636)	(13 039)	13 307	13 447	.	.	13 339	201*	
	1 000	o.S.u.B.	12 383	(12 773)	(13 044)	(13 182)	.	.	(13 044)	201*	
Arbeitslose	1 000	o.B.	(689)	(480)	237	112	122	136	272	390	292	163	201*	
	1 000	o.S.u.B.	683	(476)	(235)	(110)	(120)	(134)	(269)	(387)	(289)	(161)	201*	
darunter: Männer	1 000	o.B.	(464)	(324)	161	65	70	79	187	298	206	100	201*	
	1 000	o.S.u.B.	459	(321)	(159)	(63)	(69)	(78)	(186)	(295)	(204)	(98)	201*	
Offene Stellen	1 000	o.B.	(220)	(284)	454	524	502	447	377	452	548	579	201*	
	1 000	o.S.u.B.	216	(280)	(449)	(518)	(497)	(441)	(372)	(447)	(542)	(572)	201*	
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei														
Schweinebestand	1 000	o.B.	.	.	15 760	15 812	.	.	15 760	.	.	14 452	205*	
	1 000	o.S.u.B.	14 647	(14 364)	(15 684)	(15 739)	.	.	(15 684)	.	.	(14 389)	205*	
Gewerbl. Schlachtungen, Schlachtmenge	1 000 t	o.B.	(197)	(200)	210	209	231	224	208	221	196	...	205*	
	1 000 t	o.S.u.B.	195	(198)	(208)	(207)	(229)	(222)	(206)	(218)	(194)	...	205*	
Milcherzeugung	1 000 t	o.B.	(1 498)	(1 541)	1 604	1 491	1 448	1 354	1 417	1 494	1 461	...	205*	
	1 000 t	o.S.u.B.	1 489	(1 533)	(1 594)	(1 481)	(1 438)	(1 345)	(1 407)	(1 485)	(1 451)	...	205*	
Buttererzeugung	1 000 t	o.B.	(31)	(31)	34	31	31	28	30	32	205*	
	1 000 t	o.S.u.B.	29	(31)	(34)	(31)	(31)	(28)	(30)	(32)	205*	
See- und Küstenfischerei, Fangergebnis	1 000 t	—	54	56	49	65	52	45	35	32	35	...	206*	
Industrie (Betriebe m. 10 u. mehr Beschäft.)														
Beschäftigte	1 000	o.B.	(7 453)	(7 477)	7 776	7 875	7 910	7 953	7 892	7 903	7 926	...	212*	
	1 000	o.S.u.B.	7 273	(7 301)	(7 601)	(7 700)	(7 734)	(7 777)	(7 717)	(7 729)	(7 751)	...	212*	
Geleistete Arbeiterstunden	Mill. Std.	o.B.	(1 059)	(1 045)	1 079	1 114	1 108	1 123	1 115	1 096	1 034	...	212*	
	Mill. Std.	o.S.u.B.	1 031	(1 019)	(1 054)	(1 089)	(1 083)	(1 098)	(1 091)	(1 071)	(1 011)	...	212*	
Umsatz	Mill. DM	o.B.	.	18 819	21 516	23 365	22 932	23 411	23 508	21 872	21 115	...	212*	
	Mill. DM	o.S.u.B.	17 089	(18 638)	(21 140)	(22 962)	(22 530)	(23 016)	(23 100)	(21 482)	(20 749)	...	212*	
darunter: Auslandsumsatz	Mill. DM	o.B.	2 883	3 331	3 565	3 565	3 375	3 566	3 762	3 499	3 337	...	212*	
	Mill. DM	o.S.u.B.	2 572	(2 813)	(3 195)	(3 423)	(3 232)	(3 426)	(3 613)	(3 349)	(3 199)	...	212*	
Index der industriellen Nettoproduktion, arbeitstäglich														
Gesamte Industrie	1950 = 100	o.S.u.B.	209	225	(249)	(258)	(262)	(281)	(261)	(249)	(254)	(261)	216*	
ohne Bauhauptgewerbe	1950 = 100	o.S.u.B.	210	225	(249)	(259)	(263)	(282)	(263)	(252)	(255)	(261)	216*	
ohne Bauhauptgewerbe und Energie- versorgungsbetriebe	1950 = 100	o.S.u.B.	210	225	(250)	(260)	(263)	(282)	(262)	(250)	(255)	(261)	216*	
Bergbau	1950 = 100	o.S.u.B.	147	142	(146)	(141)	(144)	(157)	(147)	(150)	(151)	(151)	216*	
Verarbeitende Industrie	1950 = 100	o.S.u.B.	216	233	(260)	(271)	(275)	(294)	(273)	(260)	(265)	(272)	216*	
Grundstoff- u. Produktionsgüterindustr.	1950 = 100	o.S.u.B.	203	228	(260)	(270)	(268)	(279)	(254)	(258)	(266)	(274)	216*	
Investitionsgüterindustrien	1950 = 100	o.S.u.B.	271	293	(337)	(359)	(349)	(381)	(372)	(353)	(361)	(365)	216*	
Verbrauchsgüterindustrien	1950 = 100	o.S.u.B.	184	195	(211)	(225)	(227)	(244)	(215)	(212)	(217)	(223)	216*	
Nahrungs- und Genussmittelindustrien	1950 = 100	o.S.u.B.	202	207	(214)	(211)	(244)	(262)	(239)	(195)	(192)	(203)	216*	
Energieversorgungsbetriebe	1950 = 100	o.S.u.B.	216	233	(243)	(240)	(249)	(267)	(276)	(281)	(267)	(263)	216*	
Bauhauptgewerbe	1950 = 100	o.S.u.B.	183	213	(222)	(243)	(231)	(248)	(189)	(153)	(191)	(236)	216*	
Produktionsindex für														
Investitionsgüter	1950 = 100	o.S.u.B.	272	(288)	(322)	(334)	(329)	(354)	(364)	(331)	(343)	(349)	218*	
Verbrauchsgüter	1950 = 100	o.S.u.B.	243	(265)	(298)	(324)	(325)	(352)	(306)	(311)	(313)	(320)	218*	
Steinkohlen-Bruttoförderung	1 000 t	o.B.	(12 403)	(11 807)	11 857	11 564	11 609	12 333	12 129	12 430	11 404	12 681	218*	
	1 000 t	o.S.u.B.	11 049	(10 466)	(10 504)	(10 172)	(10 221)	(11 042)	(10 901)	(10 993)	(10 104)	(11 201)	218*	
Braunkohlen-Bruttoförderung	1 000 t	o.B.	(7 791)	(7 786)	7 981	8 016	8 340	8 369	8 809	9 058	7 879	8 554	218*	
Produktion von Heizöl aus Erdöl	1 000 t	o.B.	(362)	(715)	1 113	1 192	1 313	1 375	1 556	1 653	1 430	1 374	218*	
Roheisen u. Hochofenferro- legierungen	1 000 t	o.B.	(1 645)	(1 800)	2 145	2 157	2 192	2 119	2 064	2 207	2 053	2 247	218*	
	1 000 t	o.S.u.B.	1 388	(1 533)	(1 869)	(1 866)	(1 911)	(1 848)	(1 797)	(1 922)	(1 784)	(1 951)	218*	
Stahlrohblöcken u.-brammen	1 000 t	o.B.	(2 143)	(2 406)	2 785	2 862	2 944	2 799	2 612	2 908	2 731	3 012	218*	
	1 000 t	o.S.u.B.	1 855	(2 107)	(2 474)	(2 538)	(2 616)	(2 489)	(2 310)	(2 583)	(2 424)	(2 670)	218*	
Walzstahl	1 000 t	o.B.	(1 470)	(1 613)	1 878	1 944	1 906	1 860	1 830	1 963	1 817	2 001	218*	
	1 000 t	o.S.u.B.	1 268	(1 404)	(1 649)	(1 702)	(1 666)	(1 627)	(1 599)	(1 711)	(1 586)	(1 743)	218*	
Stromerzeugung	Mill. kWh	o.B.	(8 099)	(8 738)	9 574	9 462	10 158	10 270	10 916	11 201	9 783	...	221*	
	Mill. kWh	o.S.u.B.	7 851	(8 488)	(9 276)	(9 191)	(9 879)	(9 994)	(10 601)	.	.	.	221*	
Gas-Bruttoerzeugung	Mill. cbm	o.B.	.	(1 890)	1 974	1 936	2 014	1 968	2 057	2 105	1 866	...	221*	
	Mill. cbm	o.S.u.B.	1 890	(1 701)	(1 755)	(1 735)	(1 805)	(1 795)	(1 853)	.	.	.	221*	

¹⁾ Ausführliche Angaben enthalten die in der letzten Spalte angeführten Seiten des Abschnittes „Statistische Monatszahlen“.

noch: Wirtschaftszahlen¹⁾

Zahlen in Klammern () geben die für den neuen Gebietsstand zurückgerechnete bzw. die für den alten Gebietsstand weitergerechnete Zeitreihe.

Gegenstand	Einheit	Gebiets- stand: Bundes- gebiet	1958	1959	1960	1960				1961			Abschnitt Statist. Monats- zahlen S. . . .
			Monats- durchschnitt bzw. Stichtag			Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	März	
Bauwirtschaft, Gebäude u. Wohnungen													
Bauhauptgewerbe, alle Betriebe	1 000	o.B.	(1 241)	(1 322)	1 360	1 410	1 388	1 376	1 327	1 249	1 301	1 386	222*
Beschäftigte	1 000	o.S.u.B.	1 206	(1 287)	(1 329)	(1 379)	(1 357)	(1 346)	(1 298)	(1 221)	(1 272)	(1 354)	222*
Geleistete Arbeitsstunden	Mill. Std.	o.B.	(200)	(213)	210	235	223	225	181	144	168	225	222*
	Mill. Std.	o.S.u.B.	195	(208)	(206)	(230)	(218)	(220)	(177)	(141)	(164)	(220)	222*
darunter für:													
Wohnungsbau	Mill. Std.	o.B.	(92)	(95)	88	98	93	93	74	56	70	...	222*
	Mill. Std.	o.S.u.B.	91	(93)	(87)	(96)	(91)	(92)	(73)	(55)	(69)	...	222*
Gewerblichen und industriellen Bau	Mill. Std.	o.B.	(40)	(42)	46	51	49	49	42	39	41	...	222*
	Mill. Std.	o.S.u.B.	38	(40)	(45)	(49)	(47)	(48)	(41)	(38)	(40)	...	222*
Öffentlichen und Verkehrsbau	Mill. Std.	o.B.	(62)	(69)	69	78	74	76	60	46	53	...	222*
	Mill. Std.	o.S.u.B.	60	(67)	(67)	(76)	(73)	(74)	(58)	(45)	(51)	...	222*
Baugenehmigungen	MD des fertiggest. umbauten Raumes	o.S.u.B.	127	(140)	(153)	(161)	(168)	(154)	(161)	(133)	(129)	...	223*
der Wohngebäude		o.S.u.B.	119	(130)	(139)	(151)	(157)	(141)	(143)	(108)	(112)	...	223*
der Nichtwohngebäude		o.S.u.B.	140	(158)	(180)	(179)	(189)	(177)	(194)	(182)	(164)	...	223*
Baufertigstellungen ²⁾ Wohnungen	1 000	o.B.	(41,4)	(47,1)	45,9	48,5	52,0	55,3	184,8	16,5	17,0	...	223*
	1 000	o.S.u.B.	40,5	(46,2)	(44,9)	(47,6)	(51,1)	(53,8)	(181,0)	(16,2)	(16,8)	...	223*
Wohnräume	1 000	o.B.	(165,3)	(189,3)	187,6	194,7	213,8	227,1	770,4	67,5	70,0	...	223*
	1 000	o.S.u.B.	161,4	(185,7)	(183,6)	(191,2)	(209,6)	(220,8)	(754,7)	(66,4)	(68,9)	...	223*
Groß- und Einzelhandel, Berlin- und Interzonenhandel													
Umsatzwerte des Großhandels													
Kohle (ohne Kohlenverkaufsges.)	1954 = 100	o.B.	157	131	126	225*
	1954 = 100	o.S.u.B.	143	(133)	(141)	(144)	(151)	(150)	(160)	225*
Mineralölzeugnisse	1954 = 100	o.B.	214	222	246	225*
	1954 = 100	o.S.u.B.	179	(205)	(224)	(241)	(240)	(248)	(240)	225*
Eisen und Stahl sowie Halbzeug	1954 = 100	o.B.	173	180	204	225*
	1954 = 100	o.S.u.B.	142	(156)	(190)	(210)	(198)	(195)	(179)	225*
Baustoffe	1954 = 100	o.B.	100	132	192	225*
	1954 = 100	o.S.u.B.	136	(159)	(174)	(202)	(192)	(183)	(160)	225*
Nahrungs- u. Genußmittel versch. Art	1954 = 100	o.B.	172	171	205	225*
	1954 = 100	o.S.u.B.	147	(161)	(179)	(182)	(189)	(203)	(210)	225*
Einzelhandel													
Umsatzwerte insgesamt	1954 = 100	o.B.	142	140	173	226*
	1954 = 100	o.S.u.B.	139	(146)	(159)	(148)	(168)	(175)	(246)	226*
Nahrungs- und Genußmittel	1954 = 100	o.B.	139	138	168	226*
	1954 = 100	o.S.u.B.	135	(143)	(151)	(145)	(151)	(149)	(202)	226*
Bekleidung, Wäsche, Schuhe	1954 = 100	o.B.	132	124	169	226*
	1954 = 100	o.S.u.B.	136	(140)	(153)	(129)	(179)	(184)	(268)	226*
Hausrat und Wohnbedarf	1954 = 100	o.B.	159	152	182	226*
	1954 = 100	o.S.u.B.	155	(165)	(178)	(179)	(193)	(207)	(296)	226*
Preisbereinigter Umsatz insgesamt	1954 = 100	o.B.	130	127	158	226*
	1954 = 100	o.S.u.B.	130	(135)	(146)	(137)	(155)	(161)	(225)	226*
Warenverkehr mit Berlin (West)													
Lieferungen aus Berlin (West)	Mill. DM	—	370	457	558	615	642	613	631	582	575	...	228*
Lieferungen nach Berlin (West)	Mill. DM	—	496	590	607	657	684	664	673	613	602	...	228*
Warenverkehr im Interzonenhandel ³⁾													
Bezüge	Mill. DM	e.B.	72	74	94	76	106	102	113	77	63	...	228*
Lieferungen	Mill. DM	e.B.	67	90	80	74	72	82	122	52	74	...	228*
Außenhandel													
Tatsächliche Werte													
Einfuhr, insgesamt	Mill. DM	e.B.	2 594	2 985	3 560	3 378	3 775	3 680	4 201	3 483	3 195	3 653	229*
	Mill. DM	o.S.e.B.	229*
Ernährungswirtschaft	Mill. DM	e.B.	784	894	937	867	957	987	1 076	814	806	874	229*
	Mill. DM	o.S.e.B.	229*
Gewerbliche Wirtschaft	Mill. DM	e.B.	1 786	2 063	2 590	2 480	2 773	2 639	3 087	2 642	2 361	2 747	229*
	Mill. DM	o.S.e.B.	229*
Ausfuhr, insgesamt	Mill. DM	e.B.	3 083	3 432	3 995	3 887	4 188	4 252	5 042	3 900	4 047	4 301	229*
	Mill. DM	o.S.e.B.	229*
Ernährungswirtschaft	Mill. DM	e.B.	73	84	91	92	99	101	99	87	86	...	229*
	Mill. DM	o.S.e.B.	229*
Gewerbliche Wirtschaft	Mill. DM	e.B.	3 000	3 338	3 891	3 782	4 075	4 134	4 925	3 801	3 947	...	229*
	Mill. DM	o.S.e.B.	229*
Ein- (—) bzw. Ausfuhrüberschuß (+)	Mill. DM	e.B.	+ 489	+ 447	+ 435	+ 509	+ 413	+ 572	+ 841	+ 418	+ 852	+ 648	229*
	Mill. DM	o.S.e.B.	229*
Index des Volumens, Einfuhr													
	1954 = 100	e.B.	...	201	239	227	255	250	285	236	218	...	229*
	1954 = 100	o.S.e.B.	167	229*
Ausfuhr	1954 = 100	e.B.	...	182	210	206	220	221	261	201	211	...	229*
	1954 = 100	o.S.e.B.	160	229*
Index der Durchschnittswerte, Einfuhr													
	1954 = 100	e.B.	...	92	92	92	92	91	91	91	91	...	—
	1954 = 100	o.S.e.B.	96	—
Ausfuhr	1954 = 100	e.B.	...	102	104	103	103	105	105	105	105	...	—
	1954 = 100	o.S.e.B.	105	—
Terms of Trade (Austauschverhältnisse)	1954 = 100	e.B.	109	111	112	113	113	115	115	115	115	...	—
Verkehr													
Meßziffernd. Personenverkehrs (kalendertägl.)													
Bundesbahn: Beförderte Personen	1954 = 100	o.B.	102	103	100	101	96	109	103	...	231*
	1954 = 100	o.S.u.B.	106	(102)	231*
Personen-km	1954 = 100	o.B.	116	119	107	99	108	108	103	...	231*
	1954 = 100	o.S.u.B.	117	(117)	231*
Straßenbahnen: Beförderte Personen	1954 = 100	o.B.	93	91	93	97	98	94	98	...	231*
	1954 = 100	o.S.u.B.	98	(95)	231*
Omnibusse: Beförderte Personen	1954 = 100	o.B.	202	196	208	221	231	226	235	...	231*
Ortsverkehr	1954 = 100	o.S.u.B.	172	(183)	231*
Überlandverkehr	1954 = 100	o.B.	155	149	158	170	171	177	179	...	231*
	1954 = 100	o.S.u.B.	137	(143)	231*
Meßziffern des Güterverkehrs (arbeitstägl.)													
Bundesbahn: Beförderte Güter	1954 = 100	o.B.	134	135	146	152	138	123	128	...	231*
	1954 = 100	o.S.u.B.	109	(111)	231*
Binnenschifffahrt: Beförderte Güter	1954 = 100	o.B.	161	163	164	167	154	141	231*
	1954 = 100	o.S.u.B.	126	(131)	231*
Seeschifffahrt: Güterumschlag	1954 = 100	o.B.	181	171	180	195	189	193	231*
	1954 = 100	o.S.u.B.	129	(149)	231*

¹⁾ Ausführliche Angaben enthalten die in der letzten Spalte angeführten Seiten des Abschnittes „Statistische Monatszahlen“. — ²⁾ Monatliche Ergebnisse unvollständig. — ³⁾ Gesamter Warenverkehr zwischen den Währungsgebieten der DM-West und DM-Ost.

noch: Wirtschaftszahlen¹⁾

Zahlen in Klammern () geben die für den neuen Gebietsstand zurückgerechnete bzw. die für den alten Gebietsstand weitergerechnete Zeitreihe.

Gegenstand	Einheit	Gebiets- stand: Bundes- gebiet	1958	1959	1960	1960				1961			Abschnitt Statist. Monats- zahlen S. ...
			Monats- durchschnitt bzw. Stichtag			Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	März	
Geld und Kredit													
Bargeldumlauf	Mill. DM	e.B.		19 344	20 772	20 946	20 549	21 050	20 772	20 376	20 721	...	236*
	Mill. DM	o.S.e.B.	17 940	19 369									236*
Bankeinlagen inländischer Nichtbanken	Mill. DM	e.B.		93 465	105 890	100 610	102 726	102 769	105 890	106 242	108 126	...	236*
	Mill. DM	o.S.e.B.	75 022	(91 845)									236*
darunter: Spareinlagen	Mill. DM	e.B.		44 940	52 863	49 879	50 583	50 939	52 863	53 963	54 816	...	236*
	Mill. DM	o.S.e.B.	36 065	(44 170)									236*
Kurzfristige Kredite	Mill. DM	e.B.		40 669	47 247	45 539	45 449	46 499	47 247	46 913	48 465	...	236*
	Mill. DM	o.S.e.B.	38 885	(40 025)									236*
Mittel- und langfristige Kredite	Mill. DM	e.B.		85 571	98 139	94 590	95 750	96 987	98 139	99 207	100 564	...	236*
	Mill. DM	o.S.e.B.	68 992	(84 181)									236*
Index der Aktienkurse (31. 12. 1953 = 100)		o.B.	238,8	409,3	649,3	781,1	749,4	718,4	703,6	694,9	686,6	680,9	237*
Kursdurchschn. d. 4%igen Wertpapiere	vH	o.B.	94,4	104,8	102,8	102,6	102,4	102,2	100,6	99,7	100,2	100,7	237*
Kursdurchschn. d. 5%igen Pfandbriefe	vH	o.B.	101,6	111,9	111,0	110,9	110,6	110,0	108,6	109,6	111,0	112,8	237*
Konkurse	Anzahl	o.B.		204	208	196	201	215	223	191	217	...	238*
	Anzahl	o.S.u.B.	234	(202)	(204)	(194)	(199)	(205)	(218)	(179)	(210)	...	238*
Vergleichsverfahren	Anzahl	o.B.		35	28	35	36	32	16	21	36	...	238*
	Anzahl	o.S.u.B.	45	(34)	(27)	(34)	(35)	(30)	(16)	(20)	(36)	...	238*
Wechselproteste	Mill. DM	o.B.		25,2	25,2	25,4	27,0	27,2	27,7	26,1	25,9	...	238*
	Mill. DM	o.S.u.B.	23,5	(20,9)	(23,3)	(23,8)	(24,9)	(25,4)	(25,9)			...	238*
Öffentliche Sozialleistungen													
Hauptbetragsempfänger, insgesamt	1 000	o.B.		(431)	198	81	83	92	154	300	319	...	238*
	1 000	o.S.u.B.	576	(429)	(198)	(80)	(82)	(92)	(153)	(299)	(317)	...	238*
der Arbeitslosenversicherung	1 000	o.B.		(336)	157	60	63	72	130	272	286	...	238*
	1 000	o.S.u.B.	431	(334)	(157)	(60)	(63)	(72)	(129)	(271)	(285)	...	238*
der Arbeitslosenhilfe	1 000	o.B.		(95)	41	20	19	20	24	28	32	...	238*
	1 000	o.S.u.B.	145	(94)	(41)	(20)	(19)	(20)	(24)	(28)	(32)	...	238*
Öffentliche Finanzen²⁾													
Einnahmen aus Steuern insgesamt	Mill. DM	e.B.		4 749	6 485	4 194	4 219	7 553	4 856	4 052	...	240*	
	Mill. DM	o.S.e.B.	3 663	(4 116)	(4 688)	(6 412)	(4 138)	(4 156)	(7 461)			...	240*
Besitz- und Verkehrssteuern insgesamt	Mill. DM	e.B.		2 421	4 110	1 645	1 733	4 999	2 099	(1 251)	...	240*	
	Mill. DM	o.S.e.B.	1 772	(2 025)	(2 392)	(4 069)	(1 822)	(1 703)	(4 837)			...	240*
Lohnsteuer	Mill. DM	e.B.		875	755	835	761	886	1 019	709	...	240*	
	Mill. DM	o.S.e.B.	479	(530)	(664)	(745)	(823)	(750)	(851)			...	240*
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	e.B.		747	1 726	319	283	1 991	356	318	...	240*	
	Mill. DM	o.S.e.B.	485	(635)	(741)	(1 713)	(316)	(281)	(1 975)			...	240*
Körperschaftsteuer	Mill. DM	e.B.		542	1 272	116	148	1 733	273	158	...	240*	
	Mill. DM	o.S.e.B.	443	(428)	(536)	(1 258)	(112)	(140)	(1 707)			...	240*
Umsatzsteuer und Umsatzausgleichsteuer	Mill. DM	e.B.		1 346	1 357	1 450	1 447	1 438	1 787	1 299	...	240*	
	Mill. DM	o.S.e.B.	1 097	(1 217)	(1 322)	(1 333)	(1 425)	(1 424)	(1 415)			...	240*
Zölle und Verbrauchsteuern insgesamt	Mill. DM	e.B.		982	1 018	1 099	1 038	1 116	990	896	...	240*	
	Mill. DM	o.S.e.B.	793	(873)	(974)	(1 010)	(1 090)	(1 029)	(1 108)			...	240*
Zölle	Mill. DM	e.B.		232	240	243	218	253	200	233	...	240*	
	Mill. DM	o.S.e.B.	188	(206)	(231)	(239)	(242)	(217)	(252)			...	240*
Tabaksteuer	Mill. DM	e.B.		295	288	329	304	321	307	275	...	240*	
	Mill. DM	o.S.e.B.	260	(277)	(293)	(286)	(327)	(302)	(320)			...	240*
Kaffeesteuer	Mill. DM	e.B.		57	57	59	61	63	57	64	...	240*	
	Mill. DM	o.S.e.B.	42	(54)	(57)	(57)	(58)	(61)	(62)			...	240*
Mineralölsteuer	Mill. DM	e.B.		222	261	285	268	263	262	219	...	240*	
	Mill. DM	o.S.e.B.	152	(177)	(220)	(259)	(282)	(266)	(261)			...	240*
Preise													
Index der Einkaufspreise für Auslandsgüter	1950 = 100	o.S.u.B.	100	(97)	(98)	(97)	(97)	(97)	(97)	(97)	(97)	(94)	242*
Güter der Land-, Forst-, Plantagenwirt-	1950 = 100	o.S.u.B.	94	(92)	(93)	(92)	(92)	(91)	(90)	(91)	(90)	(88)	242*
schaft und Fischerei	1950 = 100	o.S.u.B.	107	(104)	(104)	(104)	(104)	(104)	(104)	(104)	(104)	(101)	242*
Güter der industriellen Erzeugung	1950 = 100	o.S.u.B.	107	(104)	(104)	(104)	(104)	(104)	(104)	(104)	(104)	(101)	242*
Index der Erzeugerpreise landw. Produkte ³⁾	1938/39 = 100	o.S.u.B.	216	(228)	...	(209)	(204)	(205)	(206)	(206)	(209)	(205)	249*
Schlachtvieh	1938/39 = 100	o.S.u.B.	255	(251)	...	(262)	(261)	(259)	(254)	(254)	(255)	(249)	249*
Milch	1938/39 = 100	o.S.u.B.	212	(213)	...	(204)	(207)	(210)	(217)	(209)	(212)	(210)	249*
Hackfrüchte	1938/39 = 100	o.S.u.B.	229	(272)	...	(183)	(177)	(176)	(176)	(186)	(184)	(180)	249*
Getreide und Hülsenfrüchte	1938/39 = 100	o.S.u.B.	209	(207)	...	(203)	(205)	(207)	(209)	(211)	(213)	(215)	249*
Index der Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel ⁴⁾	1938/39 = 100	o.S.u.B.	209	214	...	(216)	(214)	(214)	(216)	(217)	(219)	(219)	249*
Index der Erzeugerpreise für Schnittblumen und Topfpflanzen insgesamt ⁵⁾	1954/55 = 100	o.B.	99	101	...	85	98	109	141	136	127	...	—
Schnittblumen	1954/55 = 100	o.B.	93	93	...	67	87	97	144	139	124	...	—
Topfpflanzen	1954/55 = 100	o.B.	112	121	...	127	125	134	133	127	134	...	—
Index der Erzeugerpreise forstw. Produkte ⁶⁾	1954 = 100	o.S.u.B.	116	(101)	(101)							...	249*
darunter: Staatsforsten	1954 = 100	o.S.u.B.	114	(99)	(100)	(97)	(101)	(105)	(108)	(110)	(112)	...	249*
Index der Erzeugerpreise industr. Produkte	1938 = 100	o.S.u.B.	233	(231)	(235)	(236)	(237)	(237)	(237)	(238)	(238)	(238)	247*
Bergbau einschl. Erdölgewinnung	1938 = 100	o.S.u.B.	373	(372)	(371)	(370)	(370)	(371)	(372)	(371)	(372)	(370)	247*
Grundstoff- u. Produktionsgüterindustrien	1938 = 100	o.S.u.B.	262	(259)	(261)	(262)	(262)	(262)	(262)	(262)	(263)	(262)	247*
Investitionsgüterindustrien	1938 = 100	o.S.u.B.	230	(229)	(233)	(236)	(237)	(238)	(238)	(239)	(239)	(239)	247*
Verbrauchsgüterindustrien	1938 = 100	o.S.u.B.	216	(212)	(222)	(223)	(226)	(227)	(227)	(228)	(228)	(228)	247*
Nahrungs- und Genussmittelindustrien	1938 = 100	o.S.u.B.	196	(197)	(195)	(195)	(196)	(196)	(198)	(198)	(198)	(198)	247*
Energieerzeugung	1938 = 100	o.S.u.B.	164	(165)	(165)	(165)	(165)	(165)	(165)	(165)	(165)	(165)	247*
Preisindex ausgew. Grundstoffe insgesamt	1938 = 100	o.S.u.B.	253	(253)	(252)	(249)	(249)	(250)	(250)	(250)	(251)	(248)	243*
land- und forstwirtsch. Herkunft	1938 = 100	o.S.u.B.	263	(264)	(259)	(252)	(254)	(256)	(255)	(255)	(255)	(250)	243*
industrieller Herkunft	1938 = 100	o.S.u.B.	245	(244)	(246)	(246)	(246)	(246)	(246)	(246)	(246)	(246)	243*

¹⁾ Ausführliche Angaben enthalten die in der letzten Spalte angeführten Seiten des Abschnittes „Statistische Monatszahlen“. — ²⁾ 1958 und 1959 Durchschnitt Rechnungsjahr April bis März; 1960: Kalenderjahr. — ³⁾ Durchschnitt Wirtschaftsjahr (Juli—Juni). — ⁴⁾ Durchschnitt Forstwirtschaftsjahr (Oktober bis September).

noch: Wirtschaftszahlen¹⁾

Zahlen in Klammern () geben die für den neuen Gebietsstand zurückgerechnete bzw. für den alten Gebietsstand weiter gerechnete Zeitreihe.

Gegenstand	Einheit	Gebiets- stand: Bundes- gebiet	1958	1959	1960	1960				1961			Abschnitt Statist. Monats- zahlen S. ...	
			Monats- durchschnitt bzw. Stichtag			Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	März		
			1958 = 100	1958 = 100	1958 = 100									
noch: Preise														
Preisindex für die Lebenshaltung mittlere Verbrauchergruppe bisherige Berechnung	1938 = 100 1938 = 100	o.B. o.S.u.B.	186	(188)	191,8	191,7	191,0	192,1	192,4	193,2	193,6	194,2	250*	250*
neue Berechnung	1958 = 100 1958 = 100	o.B. o.S.u.B.	100	(101,0)	102,4	102,2	102,4	103,0	103,1	103,6	103,8	104,1	249*	249*
darunter:														
Ernährung	1958 = 100 1958 = 100	o.B. o.S.u.B.	100	(101,7)	102,4	100,0	100,0	100,8	100,9	101,6	102,0	102,4	249*	249*
Getränke und Tabakwaren	1958 = 100 1958 = 100	o.B. o.S.u.B.	100	(98,0)	98,9	99,1	99,1	99,1	99,0	98,9	98,9	98,9	249*	249*
Heizung und Beleuchtung	1958 = 100 1958 = 100	o.B. o.S.u.B.	100	(100,8)	102,0	102,3	103,1	103,5	103,6	103,8	103,9	103,8	249*	249*
Hausrat	1958 = 100 1958 = 100	o.B. o.S.u.B.	100	(98,7)	98,6	98,9	99,2	99,7	99,8	100,3	100,4	100,3	249*	249*
Bekleidung	1958 = 100 1958 = 100	o.B. o.S.u.B.	100	(99,7)	101,5	101,7	102,0	102,3	102,5	103,0	103,2	103,6	249*	249*
Index der Einzelhandelspreise	1938 = 100 1938 = 100	o.B. o.S.u.B.	192	(193)	194	193	194	194	195	196	196	197	250*	250*
Lebensmittelgeschäfte	1938 = 100 1938 = 100	o.B. o.S.u.B.	192	(196)	185	186	186	187	187	188	188	189	250*	250*
Geschäfte für Textilwaren und Schuhwerk	1938 = 100 1938 = 100	o.B. o.S.u.B.	184	(183)	197	199	200	202	202	202	203	203	250*	250*
Hausrat und Wohnbedarf	1938 = 100 1938 = 100	o.B. o.S.u.B.	196	(195)									250*	250*
						1959		1960			1961			
						Aug.	Nov.	Febr.	Mai	Aug.	Nov.	Febr.		
Preisindex für Wohngebäude	1954 = 100	o.S.u.B.	116	(122)	(131)	(123)	(125)	(127)	(131)	(132)	(134)	(135)	58*	
Bauleistungen am Gebäude	1954 = 100	o.S.u.B.	152	(159)	(170)	(160)	(163)	(165)	(170)	(172)	(174)	...	58*	
Baunebenleistungen														
Löhne und Gehälter														
Index der tarif. Stundenlohnsätze (Zeitlohn) in der gewerblichen Wirtschaft und in der öffentlichen Verwaltung: Männer	Nov. 1950 = 100	o.S.u.B.	160	(167)	(178)	(168)	(170)	(172)	(176)	(180)	(184)	...	122*	
Frauen		o.S.u.B.	170	(179)	(194)	(179)	(185)	(187)	(190)	(194)	(204)	...	122*	
Index der tarif. Monatsgehälter der Ange- stellten in der gewerblichen Wirtschaft und in der öffentl. Verwaltung: Männer	Nov. 1950 = 100	o.S.u.B.	161	(166)	(178)	(168)	(170)	(174)	(175)	(180)	(182)	...	122*	
Frauen		o.S.u.B.	164	(169)	(181)	(170)	(173)	(177)	(179)	(183)	(189)	...	122*	
Index der tarif. Zeitlohnsätze in der Land- wirtschaft		o.S.u.B.	178	(189)	(201)	(194)	(194)	(194)	(200)	(204)	(204)	(206)	—	
Durchschnittliche in der Industrie geleistete Wochenarbeitsstunden: Männer	Std.	o.B.	42,2	(41,9)	42,7	42,2	44,0	43,9	43,3	40,9	42,9	...	126*	
Frauen	Std.	o.S.u.B.	39,5	(38,9)	39,5	38,1	41,5	41,9	40,2	36,5	39,7	...	126*	
bezahlte Wochenstunden: Männer	Std.	o.S.u.B.	46,4	(46,3)	46,3	46,5	46,7	45,4	46,6	46,3	46,8	...	126*	
Frauen	Std.	o.S.u.B.	43,1	(43,3)	43,2	43,3	44,1	42,9	43,2	43,1	43,4	...	126*	
Bruttostundenverdienste: Männer	Pf	o.B.	288,5	(283,8)	288,5	284,2	271,0	274,3	282,6	293,9	301,3	...	126*	
Frauen	Pf	o.S.u.B.	250,9	(245,3)	250,9	248,4	231,0	234,2	242,4	253,9	261,0	...	126*	
Bruttowochenverdienste: Männer	DM	o.B.	133,55	(128,94)	133,55	122,86	126,67	124,46	131,75	135,96	140,88	...	126*	
Frauen	DM	o.S.u.B.	116,41	(115,78)	116,41	112,86	116,63	114,56	121,67	125,96	130,81	...	126*	
	DM	o.B.	81,63	(79,36)	81,63	73,33	77,54	76,76	78,73	82,13	87,30	...	126*	
	DM	o.S.u.B.	68,35	(67,13)	68,35	61,67	63,36	62,80	67,77	72,18	77,35	...	126*	
Durchschnittliche in ausgewählten Zweigen des Handwerks geleistete Wochenstunden: Vollgesellen	Std.	o.B.	43,3	(42,6)	44,4	44,9	...	43,9	...	182*	
Junggesellen	Std.	o.S.u.B.	43,2	(42,3)	44,1	...	(45,2)	...	44,6	...	43,6	...	182*	
bezahlte Wochenstunden: Vollgesellen	Std.	o.B.	47,1	(47,2)	47,1	...	(47,3)	...	47,1	...	47,0	...	182*	
Junggesellen	Std.	o.S.u.B.	47,0	(46,9)	46,7	...	(47,0)	...	46,8	...	46,8	...	182*	
Bruttostundenverdienste: Vollgesellen	Pf	o.B.	232,3	(245,3)	232,3	...	(250,7)	...	259,8	...	276,8	...	182*	
Junggesellen	Pf	o.S.u.B.	179,1	(190,2)	179,1	...	(195,1)	...	203,7	...	217,0	...	182*	
Bruttowochenverdienste: Vollgesellen	DM	o.B.	109,52	(115,78)	109,52	...	(118,53)	...	122,37	...	130,06	...	182*	
Junggesellen	DM	o.S.u.B.	84,15	(89,16)	84,15	...	(91,62)	...	95,25	...	101,16	...	182*	
	DM	o.B.	182*	
	DM	o.S.u.B.	182*	
						1960		1961						
						Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.		
Versorgung und Verbrauch														
Versteuerte Tabakwaren (Kleinverkaufswerte)	Mill. DM Mill. DM	e.B. o.S.e.B.	533	564 (560)	598 (593)	629 (624)	631 (627)	622 (616)	629 (624)	601 (597)	607 (604)	555 (552)	253*	253*
Bierausstoß	1 000 hl 1 000 hl	e.B. o.S.e.B.	3 875	4 247 (4 201)	4 478 (4 387)	5 330 (5 227)	4 565 (4 475)	4 111 (4 024)	4 073 (3 988)	4 574 (4 475)	3 611 (3 534)	4 038 (3 952)	253*	253*
Versteuerte Mineralöle	1 000 t 1 000 t	e.B. o.S.e.B.	695	812 (807)	1 475 (1 463)	1 703 (1 689)	1 849 (1 835)	2 134 (2 119)	1 861 (1 878)	2 308 (2 291)	2 679 (2 661)	...	253*	253*

¹⁾ Ausführliche Angaben enthalten die in der letzten Spalte angeführten Seiten des Abschnittes „Statistische Monatszahlen“.

Das Programm der Volks- und Berufszählung 1961

Inhalt

- I. Einleitung
- II. Bemerkungen zur Organisation und zum Ablauf der Zählung
 1. Erhebungspapiere
 2. Erhebung in Sonderbereichen
 3. Unterrichtung der Öffentlichkeit über die Zählung
 4. Notwendigkeit von Kontrollen
- III. Erhebungsziele der Volks- und Berufszählung
 1. Bevölkerungsbegriff
 2. Geschlecht, Alter und Familienstand der Bevölkerung
 3. Religionszugehörigkeit der Bevölkerung
 4. Staatsangehörigkeit
 5. Vertriebene, Deutsche aus der sowjetischen Besatzungszone und dem Sowjetsektor von Berlin
 6. Berufliche und soziale Gliederung
 7. Pendelwanderung
 8. Weg zur Arbeits- oder Ausbildungsstätte
 9. Personen mit qualifizierter abgeschlossener Ausbildung
 10. Bodenbesitz und Binnenfischerei
 11. Kriegsgefangene, Zivilinternierte, Zivilversleppte des Zweiten Weltkrieges
 12. Haushalte und Familien
 13. Heiratsalter, Ehedauer und Zahl der Kinder
- IV. Aufbereitung des Materials und Bereitstellung von Ergebnissen
 1. Ablauf und Termine der Aufbereitung
 2. Regionalstatistisches Programm
 3. Bereitstellung der Ergebnisse

I. Einleitung

Nachdem die Volks- und Berufszählung gesetzlich auf den 6. Juni 1961 festgelegt¹⁾ ist, soll das Programm dieser Zählung der Öffentlichkeit in seinen wesentlichen Grundzügen vorgelegt werden. Dabei soll vor allem darauf eingegangen werden, welche Informationen die Zählung für die zahlreichen Benutzergruppen bringen wird und welche Besonderheiten die Zählung 1961 gegenüber den früheren Zählungen aufweist.

Die Entwicklung der Volkszählungen läßt zwei große Linien erkennen. Die eine besteht darin, daß die ursprünglich in jedem einzelnen Land nach eigenem Landesbedarf zeitlich und im Programm festgelegten Zählungen mehr und mehr international koordiniert wurden, da der Mangel an Vergleichbarkeit für internationale Übersichten eine gegenseitige Abstimmung zwingend erforderte. Heute hat sich, nicht zuletzt durch die sehr präzisen Empfehlungen der Vereinten Nationen und ihrer regionalen Organisationen — wie der ECE (Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa) —, ein zehnjähriger Turnus für einen Weltzensus und ein in den Grundzügen einheitliches Rahmenprogramm herausgebildet. Der deutsche Zählungstermin liegt noch im Streubereich der Zählungstermine der anderen Länder, die überwiegend in den Jahren 1960 und 1961 zählen. Mit dem sachlichen Zählungsprogramm erfüllt Deutschland ebenfalls mit wenigen Ausnahmen die Empfehlungen für das europäische Mindestprogramm.

Die zweite Entwicklungslinie betrifft die bei der Zählung zu erfassenden Merkmale und die tabellarische Darstellung der Ergebnisse. Während die Volkszählungen im vorigen Jahrhundert sich in der Hauptsache auf die Feststellung der Bevölkerungszahl und ihrer Gliederung nach Alter, Geschlecht und Familienstand beschränkten und Berufszählungen gesondert vorgenommen wurden, tritt heute neben die Erfassung der Bevölkerung in ihrer regionalen Gliederung in zunehmendem Maße das weitere Erkenntnisziel, die Struktur der Bevölkerung in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht zu erfassen. Dazu sind bei der heutigen Differenzierung der Lebens- und Wirtschaftsverhältnisse zahlreiche und vielfältige Merkmale erforderlich, die die Haushaltsliste enthalten muß. Wenn im Zählungsgesetz die einzelnen zu erfragenden Merkmale aufgezählt sind, so bedeutet dies nicht, daß die Ermittlung der jeweils vorhandenen Gesamtzahlen — etwa der Angehörigen der einzelnen Berufe oder der Rentner oder der Vertriebenen usw. — das einzige Ziel ihrer Erhebung ist,

sondern in noch viel stärkerem Maße die Erfassung der Zusammensetzung der verschiedenen Personengruppen nach den verschiedensten Gliederungs Gesichtspunkten. Daher ist die Forderung, tief gegliederte und mehrfach kombinierte Tabellensysteme zu liefern, ein sich bei den letzten Zählungen immer stärker herauschälendes Zählungsziel. Die Zählung läßt die Eingliederung des Menschen in die kleinsten Gemeinschaften wie Haushalt und Familie erkennen und zeigt ihn als Glied sozialer Gruppen und auch als Träger alles Wirtschaftens in den vielgestaltigen Verflechtungen der modernen Gesellschaft.

Über die Zielsetzung eines großen Zählungswerkes in der heutigen Zeit sind grundlegende Gedanken im Jahre 1956 in dieser Zeitschrift veröffentlicht worden²⁾. Im Vergleich zu den damaligen programmatischen Ausführungen kann man bei dem heute möglichen Überblick über das, was tatsächlich aus der Zählung an Informationen gewonnen werden wird, feststellen, daß und auf welche Weise die Voraussetzungen geschaffen wurden, um viele der damaligen Forderungen zu verwirklichen. Zum Beispiel sind bei der Gliederung der Bevölkerung nach der Beteiligung am Erwerbsleben und nach der Unterhaltsquelle im Laufe der seither vergangenen Jahre, ferner auch bei der Gliederung der Bevölkerung nach Haushalt und Familie neue Wege begangen worden, die zu dem nachstehenden Zählungsprogramm geführt haben. Andererseits sind einige der damals noch für erforderlich gehaltenen Erhebungsmerkmale fortgefallen, worauf noch an späterer Stelle eingegangen wird.

Über die Organisation und das allgemeine Erhebungsverfahren bei der Zählung ist in einem früheren Aufsatz³⁾ berichtet worden, auf den hier verwiesen werden kann.

II. Bemerkungen zur Organisation und zum Ablauf der Zählung

1. Erhebungspapiere

Eine der wichtigsten Aufgaben bei der Vorbereitung der Volks- und Berufszählung war es, die zahlreichen und sehr vielfältigen Wünsche nach bestimmten aus der Zählung zu gewinnenden Auskünften in Einklang zu bringen mit den Grenzen, die einer Befragung der Gesamtbevölkerung bei einer solchen Zählung nun einmal gesetzt sind. Die ersten Entwürfe der Erhebungspapiere sind vom Statistischen Bundesamt bereits im Sommer 1958 vorgelegt worden. Das damals geforderte Frageprogramm ist in zahlreichen, oft recht langwierigen Verhandlungen mit den beteiligten Dienststellen geprüft, verändert und z. T. wesentlich reduziert worden. Von Anfang an stand fest, daß das Frageprogramm gegenüber früheren Zählungen nicht nur umfangreicher, sondern — entsprechend den Bedürfnissen einer sich weiter differenzierenden Gesellschaft und Wirtschaft — auch differenzierter sein würde.

Haushaltsliste

Für die Ermittlung der Bevölkerung und ihrer Merkmale war ein Erhebungspapier zu entwickeln, das die vielfältigen Fragen in ihrem inneren Zusammenhang verständlich wiedergibt, das einigermaßen handlich und übersichtlich ist und das die Mühe der Beantwortung soweit wie nur möglich vermindert. Diese Aufgabe konnte nicht nur methodisch-theoretisch gelöst werden. Es wurden deshalb im Sommer und Herbst 1959 drei verschiedene Entwürfe von Haushaltslisten an über 8 000 Haushalte in 150 Gemeinden und Stadtbezirken zur Ausfüllung verteilt. In einer Art von Interview wurden beim Einsammeln der Listen die Erfahrungen zur Beurteilung, wie die einzelnen Listen „ankommen“, gesammelt. Diese Probezählungen sind stufenweise vorgenommen worden, so daß die zuerst gewonnenen Erfahrungen bei den folgenden Proben berücksichtigt werden konnten.

¹⁾ Gesetz über eine Zählung der Bevölkerung und der nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten und Unternehmen im Jahre 1961 sowie über einen Verkehrszensus im Jahre 1962 (Volkszählungsgesetz 1961).

²⁾ Fürst, G., und Mitarbeiter: „Gedanken zum Zählungsprogramm 1960“ in WiSta, Heft 12, Dezember 1956, S. 617 ff. — ³⁾ Dennukat, G.: „Vorbereitung und Organisation des Zählungswerkes 1960/62“ in WiSta, Heft 7, Juli 1960, S. 393 ff.

Es zeigte sich, daß ein gegenüber früheren Zählungen neuartiges Erhebungspapier eine Reihe Vorteile versprach: Die Fragen waren in der Vorspalte angeordnet, zur Eintragung der Antworten war für jede Person eine besondere Spalte vorgesehen, ein großer Teil der Antworten war vorgedruckt und brauchte nur angekreuzt zu werden, das Format der Liste war handlicher als das bei früheren Zählungen. Die Fragenkomplexe waren so angeordnet, daß bestimmte Personen, die z. B. nicht mehr im Erwerbsleben stehen, nur einen abgegrenzten Teil der Liste auszufüllen hatten. Unerläßliche Erläuterungen wurden in die sehr knappe Fragestellung mit einbezogen, Bemerkungen und die Regelung von Sonderfällen wurden in ein besonderes Merkblatt, das beim Ausfüllen herangezogen werden sollte, übernommen.

Dieser aus den ersten Probezahlungen hervorgegangene Entwurf der Haushaltsliste wurde dann bei der im Frühsommer 1960 durchgeführten großen Probeerhebung noch einmal einer genauen Prüfung auf seine Brauchbarkeit unterzogen. Sie fand in über 100 Gemeinden und Verwaltungsbezirken in allen Teilen des Bundes statt. Befragt wurden rund 40 000 Haushalte mit etwa 120 000 Personen. Auch bei dieser Probeerhebung, bei der zusätzlich Erfahrungen über den organisatorischen Ablauf der Zählung gewonnen werden konnten, hat sich die neuartige Form der Haushaltsliste bewährt. Ferner hat sich aber auch die Vermutung bestätigt, daß eine Reihe von Fragen nur lückenhaft oder sehr ungenau beantwortet werden. Dazu gehörten die Fragen nach der Kranken- und Rentenversicherung, nach Erwerbstätigkeiten, die neben der Haupterwerbstätigkeit ausgeübt werden, nach der Körperbehinderung, nach heimatlosen Ausländern und nichtdeutschen Flüchtlingen. Zum Teil sind, wie bei der Kranken- und Rentenversicherung, die zu erfassenden Tatbestände sehr kompliziert oder der befragten Person selbst nicht hinreichend klar; zum Teil scheuen sich die Befragten aber auch, Angaben z. B. über eine Körperbehinderung zu machen oder sie sind, wie viele heimatlose Ausländer, nicht in der Lage, die Frage zu verstehen. Nach eingehenden Beratungen mit den zuständigen Ressorts sind diese Fragen aus dem Erhebungsprogramm gestrichen worden. Die Fragen nach der Versicherung sowie nach weiterer Erwerbstätigkeit und nach der Körperbehinderung werden über den Mikrozensus erhoben, bei dem durch den Einsatz von Interviewern eine größere Genauigkeit der Antworten — allerdings nur für eine Stichprobe — zu erzielen ist. Die Ermittlung der heimatlosen Ausländer und nichtdeutschen Flüchtlinge kann im Sommer 1961 durch eine Auswertung des Ausländerzentralregisters erfolgen.

Da bei einer Volkszählung auch die sich am Zählungstichtag im Zählungsgebiet aufhaltenden Ausländer die Fragebogen ausfüllen müssen, ist in Anbetracht der großen Zahl von ausländischen Arbeitern Vorsorge getroffen worden, daß Erläuterungen und Frageformulierungen in italienischer, spanischer, griechischer und polnischer Sprache den Zählungsbüros und den Zählern von Bezirken mit einer größeren Häufung von Ausländern zur Verfügung stehen.

Anstaltsliste

Etwa 2 vH der Bevölkerung, also rund 1 Million Personen, leben nicht in Privathaushalten, sondern in Anstalten. Diese Anstalten bilden eine Wohn- und Wirtschaftsgemeinschaft, in der zumeist einer größeren Zahl von Menschen Unterkunft und Verpflegung gewährt wird, die aber auch in der Regel der sozialen Betreuung der zur Gemeinschaft gehörenden Personen sowie der Erfüllung bestimmter Ziele auf religiösem, gesundheitlichem, erzieherischem oder einem anderen Gebiet dienen. Auf dem Anstaltsgelände gibt es aber neben den in Anstalten lebenden Einzelpersonen auch Haushalte und Familien, z. B. die Familie des Anstaltsleiters, des Hausmeisters usw. Sie müssen als solche u. a. für die Zwecke der Haushalts- und Familienstatistik ermittelt werden. Es werden deshalb das Personal und die Insassen von Anstalten mit einem einheitlichen Individualfragebogen gezählt, die Haushalte und Familien von Personal oder auch von Insassen dagegen sollen mit normalen Haushaltslisten gezählt werden; diese Haushalts-

listen werden aber als zu einer Anstalt gehörend besonders gekennzeichnet.

Um die Zählung der Anstalten organisatorisch zu vereinfachen, werden mittlere und größere Anstalten, die der Gemeinde ohnehin bekannt sind, von Sonderzählern, die zumeist zum Anstaltspersonal gehören, gezählt. Kleinere Anstalten, zu denen auch z. B. Familienpensionen, Beherbergungsbetriebe zu rechnen sind, sollen mit normalen Haushaltslisten erfaßt werden.

Die in Anstalten lebende Bevölkerung wird nach Anstaltskategorien, jeweils in der Trennung von Einzelpersonen des Personals und der Insassen sowie Haushalten und Familien des Personals und der Insassen aufgegliedert; es sind Nachweise nach 20 Anstaltsarten vorgesehen. Ferner werden die Einzelpersonen und Haushalte, die wegen Wohnungsmangels in Anstalten untergebracht sind, nach ihren Merkmalen besonders ermittelt.

2. Erhebung in Sonderbereichen

Besondere Regelungen waren zu treffen für die Zählung der Bevölkerungsteile, die bestimmten Organisationen angehören oder sich am Zählungstichtag außerhalb der dem Zähler zugänglichen Gebiete aufhalten. In Zusammenarbeit mit den zuständigen Dienststellen wurden folgende Sonderregelungen vereinbart:

Bundeswehr und Bundesgrenzschutz

Die Durchführung der Zählung im Bereich der Bundeswehr wird den Wehrbereichs- und Standortverwaltungen, nicht den Gemeinden übertragen. Alle in Truppenunterkünften lebenden Bundeswehrangehörigen haben Einzelbogen auszufüllen; soweit es sich um Berufssoldaten handelt, die mit ihren Familien in der Truppenunterkunft wohnen, füllen sie Haushaltslisten aus. Die Standortverwaltungen führen auch die wohnungsstatistischen Feststellungen sowie die Ermittlung der Arbeitsstätten, die sich auf Bundeswehrgelände befinden, durch.

Die ausgefüllten Erhebungspapiere werden von den Standortverwaltungen gesammelt, überprüft und dann dem zuständigen Statistischen Landesamt übermittelt.

Gleichartige Vereinbarungen sind für die Zählung im Bereich des Bundesgrenzschutzes getroffen worden; sie wird von den Grenzschutzverwaltungsstellen durchgeführt.

Diese Regelung hat den Vorteil, daß im Bereich dieser beiden Organisationen eine einheitliche und lückenlose Zählung gewährleistet ist und zugleich die Gemeindeverwaltungen und ihre Zähler entlastet werden.

Ausländische Streitkräfte und ausländische Missionen

Eine Sonderregelung mußte auch für die Zählung im Bereich der ausländischen Streitkräfte und ausländischen Missionen getroffen werden. Wenn auch die Mitglieder der Streitkräfte und Missionen nicht zur Wohnbevölkerung der Bundesrepublik gehören und daher auch nicht zu zählen sind, so gibt es doch in diesem Bereich Personen, z. B. deutsche oder ausländische Arbeitskräfte, die in die Zählung einzubeziehen sind. Es handelt sich dabei im wesentlichen um Arbeitnehmer, die ohne eine eigene Wohnung zu haben, in den von ausländischen Streitkräften und Missionen oder deren Mitgliedern benutzten Gebäuden untergebracht sind. Ferner sind bestimmte wohnungsstatistische Feststellungen in Häusern, die von den Streitkräften oder Missionen und deren Mitgliedern gemietet sind, zu treffen. Die ausländischen Dienststellen sind gebeten worden, ihre Mitglieder auf die Erhebung hinzuweisen und das Gelingen der Zählung zu unterstützen.

Schiffsbevölkerung

Zum Unterschied von früheren Zählungen soll bei der Volkszählung 1961 auf eine besondere Erfassung der Schiffsbevölkerung verzichtet werden. Die in Zusammenarbeit mit den zuständigen Verbänden vorgenommene eingehende Prüfung hat ergeben, daß die Fälle, in denen auf Schiffen fahrende Personen keine Wohnung an Land haben, relativ selten sind. Der Großteil dieses Personenkreises kann also über die Zählung an ihrem ständigen Wohnsitz erfaßt werden. Es hat sich

ferner gezeigt, daß alle Verfahren zur Erfassung der Personen, die keinen dauernden Wohnsitz an Land haben, außerordentlich aufwendig sind und trotzdem nicht die genügende Gewähr für eine einwandfreie Feststellung geben.

3. Unterrichtung der Öffentlichkeit über die Zählung

Ein bemerkenswertes Ergebnis der Probezählung war es, daß die Bevölkerung im allgemeinen sehr aufgeschlossen war und bereitwillig an den Probefragungen mitgewirkt hat. Den Probezählungen ist eine Unterrichtung der Öffentlichkeit nur in sehr bescheidenem Ausmaß vorangegangen.

Die Unterrichtung der Öffentlichkeit über die Durchführung der Hauptzählung bedarf einer sehr sorgfältigen Vorbereitung. Sie muß zum Unterschied von früheren Zählungen sehr viel breiter angelegt und intensiver durchgeführt werden, da die Fragestellungen zum Teil schwieriger sind und an den Genauigkeitsgrad der Zählung größere Anforderungen auch im Hinblick auf die internationale Verwendung der Ergebnisse gestellt werden müssen. Das setzt aber ein großes Maß an Aufgeschlossenheit, Verständnis und Teilnahme aller Bevölkerungsschichten voraus.

Ein Teil der Öffentlichkeitsarbeit wird zentral durch eine vertraglich verpflichtete Werbeagentur durchgeführt, wobei alle Medien der Unterrichtung der Öffentlichkeit eingeschaltet werden. Es kommt dabei nicht nur darauf an, Verständnis und Bereitschaft für die Ausfüllung der Erhebungsbogen zu wecken, sondern auch über die Bedeutung und den Sinn einzelner Fragestellungen aufzuklären. Unterstützt wird diese umfassende Unterrichtung und Werbung um Verständnis durch die in den Ländern auf die besonderen Verhältnisse und Belange abgestellte regionale Öffentlichkeitsarbeit der Statistischen Landesämter.

4. Notwendigkeit von Kontrollen

Bei jeder statistischen Erhebung, insbesondere bei Großzählungen, bei denen die Beantwortung der Fragen durch Eintragungen seitens der Befragten selbst erfolgt, sind Fehler in gewissem Maße unvermeidbar. Trotz aller Bemühungen um die richtige Abgrenzung des auf den einzelnen Erhebungspapieren zu erfassenden Personenkreises und um Verständlichkeit und Präzision der Fragen sind nie alle Eintragungen richtig. Mißverständnisse durch flüchtiges Lesen der Fragen, durch Nichtbeachtung der Beispiele und Erläuterungen kommen immer vor; sie werden jedoch bei der bevorstehenden Zählung hoffentlich auch dank der breiten Öffentlichkeitsarbeit nicht allzu häufig sein.

Seit jeher besteht eine der Hauptaufgaben bei der Zählungsorganisation darin, die Lückenlosigkeit der Erfassung aller Haushalte und Personen schon bei der Vorbereitung und dann vor allem bei der Durchführung der Zählung sicherzustellen. Gebäudevorerhebung, systematische und immer wieder kontrollierte Zählbezirkseinteilungen und alle laufenden Überprüfungen der Vollständigkeit der eingehenden Erhebungspapiere dienen diesem Ziel. In früheren Zählungen begnügte man sich im allgemeinen damit, das Erfassungssystem selbst so dicht und wirksam wie nur irgend möglich zu gestalten und den Zähler anzuweisen, alle Zählpapiere bei der Abholung auf Vollständigkeit der Personeneintragungen und Vollständigkeit der Antworten zu überprüfen.

In der neueren Entwicklung ist man in vielen Ländern dazu übergegangen, spezielle Kontrollsysteme auszuarbeiten. Die erste Stufe ist die Kontrolle durch den Zähler und den Oberzähler. Da die früheren Erfahrungen gezeigt haben, daß die Zähler eine allgemeine Anweisung, eine vollständige Überprüfung aller Papiere vorzunehmen, doch nicht durchführen können, wird bei der Zählung 1961 hierauf verzichtet werden. Stattdessen wird für die Prüfung der Haushaltsliste eine spezielle Prüfanweisung gegeben, die sich auf einige Punkte beschränkt, bei diesen aber unbedingt beachtet werden soll. Hierzu gehören insbesondere die Fragen, aus denen die Zugehörigkeit der Personen zur Wohnbevölkerung abgeleitet wird.

Als nächste Stufe eines totalen Kontrollsystems war ursprünglich geplant worden, für alle Personen, die in einer Haushalts- oder Anstaltsliste angeben, an einer anderen Stelle

noch weiteren Wohnraum zu haben (vgl. den Abschnitt über den Bevölkerungsbegriff), besondere Prüfsätze mit den persönlichen Identifikationsmerkmalen und mit den Angaben über die Zurechnung zur Wohnbevölkerung auszuschreiben und alle Prüfsätze derselben Person zusammenzuführen. Dabei hätte man Doppelzählungen sowie Auslassungen erkennen und ausschalten können. Versuche mit diesem System bei der Probeerhebung haben gezeigt, daß nur ein verhältnismäßig kleiner Teil der Fehler aus den Zetteln selbst erkannt werden kann, die meisten Doppelzählungen und Auslassungen aber erst durch Zurückgehen auf die korrespondierende Originalliste zu klären gewesen wären. Der damit verbundene Arbeitsaufwand hätte den Zeitplan des Ablaufs der übrigen Aufbereitungsgänge gefährdet. Deshalb mußte auf die Durchführung dieser totalen Kontrollaktion für die Personen mit doppeltem Wohnsitz verzichtet werden.

Auch bei sehr sorgfältiger Arbeit der Zähler und Gemeinden wird es nicht zu vermeiden sein, daß bei diesem Personenkreis Doppelzählungen oder Auslassungen vorkommen, daß aber auch sonst ein Gebäude oder eine Wohnung übersehen, ein Haushalt oder eine Person vergessen oder zu Unrecht angegeben wird. Da ist es nun für die Beurteilung der Zuverlässigkeit des Zählungsergebnisses entscheidend zu wissen, in welcher Größenordnung derartige Fehler vorgekommen sind. Heute gehört es auch bei den internationalen Erörterungen zu den Anforderungen an eine moderne Zählung, daß man durch ein System nachgehender Stichprobenkontrollen die Höhe der Zählfehler quantifiziert. Auch im Bundesgebiet wäre es 1957 zur Beurteilung der Differenz zwischen dem Ergebnis der Fortschreibung der Bevölkerung und der Bevölkerungsfeststellung anlässlich der Wohnungstatistik 1956 von großer Bedeutung gewesen, wenn man die mögliche Größenordnung der Zählfehler gekannt hätte.

Bei der Volks- und Berufszählung 1961 sind folgende Stichprobenkontrollen für deskriptive Zwecke vorgesehen:

- a) Für alle Personen, die auf einer Haushalts- oder Anstaltsliste angegeben sind und deren Namen mit einem bestimmten Buchstaben beginnen, wird ein Prüfsatz ausgeschrieben, und zwar ohne Rücksicht darauf, ob für diese Person ein oder mehrere Wohnsitze angegeben sind. Durch Zusammenführung dieser Prüfsätze werden Doppelzählungen und in gewissem Maße auch Auslassungen bei den Personen mit mehreren Wohnsitzen erkannt. Der in diesem Alphabetausschnitt festgestellte Fehlersatz dürfte repräsentativ für den entsprechenden Zählfehler in der Gesamtheit sein.
- b) Bei den zur Erfahrungssammlung über das Funktionieren der Zählungsorganisation und über die Verständlichkeit des Fragebogens ohnehin geplanten nachträglichen Befragungen einer repräsentativen Stichprobe von Haushalten wird die Organisation so vorgenommen, daß die hierfür eingesetzten Arbeitsgruppen gleichzeitig auch die Vollständigkeit der Erfassung der Gebäude, Wohnungen usw. in den von ihnen besuchten Zählbezirken überprüfen. Auch bei den in den Haushalten geführten Gesprächen wird die Frage der Vollständigkeit der Eintragungen — insbesondere unter dem Gesichtspunkt der zweckmäßigen Gestaltung der Erhebungspapiere — behandelt. Die hierbei festgestellten Fehler können bei repräsentativem Ansatz der nachgehenden Befragungen als repräsentativ für die Fehler in der Gesamtheit gelten, wobei man natürlich von den vermutlich wenigen auch beim Nachgehen nicht erfassbaren bewußt verschwiegenen Personen absehen muß.
- c) Während sich die Feststellungen nach a) und b) auf die richtige Ermittlung der Wohnbevölkerung richten, läßt sich bei der auf die Volkszählung folgende Mikrozensus-erhebung an einer Stichprobe der Erhebungspapiere feststellen, wieweit die Angaben über Geburtsjahr, Erwerbstätigkeit, Vertriebeneneigenschaft usw. mit denen bei der Volks- und Berufszählung übereinstimmen.

Hieraus wird sich ein Gesamtbild über die Zuverlässigkeit der Zählungsergebnisse 1961 ableiten lassen.

III. Erhebungsziele der Volks- und Berufszählung

1. Bevölkerungsbegriff

Von sehr großer Tragweite für das gesamte Zählungsergebnis ist der zugrunde gelegte Bevölkerungsbegriff. Das technisch einfachste Verfahren, die Bevölkerung festzustellen, besteht darin, die gezählten Personen zur Bevölkerung des Ortes zu rechnen, an dem sie sich am Zählungstichtag aufhalten. Man erhält auf diese Weise die sogenannte „Ortsanwesende Bevölkerung“, die bei allen Volkszählungen vor dem Ersten Weltkrieg ermittelt worden ist. Die so festgestellten Einwohnerzahlen würden — insbesondere bei einer Zählung im Juni — mit allen Zufälligkeiten des Erhebungstichtags behaftet sein. Schon bei der Volkszählung 1925 ist man daher zum Begriff der „Wohnbevölkerung“ übergegangen, der auch 1961 wieder verwendet werden soll. Zur *W o h n b e v ö l k e r u n g* gehören alle Personen, die in einer Gemeinde ihre ständige Wohnung haben. Personen mit mehreren Wohnungen werden hierbei der Gemeinde zugerechnet, in der sich die Wohnung befindet, von der aus sie zur Arbeit oder Ausbildung gehen. Der Student, der am auswärtigen Studienort, oder der Werk tätige, der am auswärtigen Arbeitsort ein Zimmer gemietet hat, gehört also nicht zur Wohnbevölkerung der Gemeinde seiner Familienangehörigen, sondern zur Wohnbevölkerung des Studien- bzw. Arbeitsortes. Eine Ausnahme gilt lediglich für die Soldaten im Grundwehrdienst und auf Wehrübungen, die in Anlehnung an die Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches über den Wohnsitz und die Vorschriften des Melderechts in der Heimatgemeinde gezählt werden.

Die genannten Zuordnungsprinzipien erscheinen einfach, werden wegen der zahlreichen Sonderfälle aber oft nicht leicht zu verwirklichen sein. Dazu gehören z. B. die vielen Personen, welche vorübergehend in Anstalten der verschiedensten Art (Krankenhäuser, Sanatorien, Strafanstalten usw.) untergebracht sind und auch in ihrer Heimatgemeinde Wohnraum haben; ferner die Personen, welche neben ihrer Stadtwohnung auch ein Sommerhaus u. a. m. besitzen. Für solche Fälle sind Sonderregelungen vorgesehen.

Der richtigen Zuordnung der Personen dient in den Erhebungspapieren zunächst die Frage nach dem evtl. vorhandenen weiteren Wohnraum und der Anschrift dieses Wohnraums, wobei anzugeben ist, ob von dort aus zur Arbeit oder Ausbildung gegangen wird. Den gleichen Zweck hat die Frage an die abwesenden Haushaltsmitglieder über den Grund der Abwesenheit und die Art der Unterkunft am Aufenthaltsort. Diese beiden Fragen sollen ferner Doppelzählungen vermeiden, welche sich daraus ergeben könnten, daß Personen mit mehreren Wohnungen in allen Wohnungen in eine Haushalts- oder Anstaltsliste einzutragen sind. Der auswärtige Student beispielsweise füllt am Studienort eine Haushaltsliste als Untermieter aus, wird aber auch in die Haushaltsliste seiner Eltern eingetragen. Eine andere Regelung ist nicht möglich, weil die Zuordnung zur Bevölkerung der einen oder anderen Gemeinde zur Erzielung einheitlicher Ergebnisse bei den Statistischen Landesämtern im Zuge der Aufbereitung vorgenommen werden muß. Die Antworten auf die genannten Fragen werden nicht immer klar und vollständig sein und sind ein Hauptpunkt bei den im vorigen Abschnitt erwähnten Kontrollen.

Eine weitere, für die Feststellung der Wohnbevölkerung wichtige Frage betrifft die Auskünfte über die im Haushalt vorübergehend zu Besuch anwesenden Personen. Diese Kontrollfrage soll es ermöglichen, Personen, die nicht zum Haushalt gehören, zu streichen, je nach dem Grund der Anwesenheit ggf. aber auch nachzutragen.

Die Mitglieder der ausländischen Streitkräfte und der ausländischen diplomatischen und konsularischen Vertretungen im Bundesgebiet mit ihren Familienangehörigen gehören nicht zur Wohnbevölkerung und werden daher nicht erfaßt. Erfaßt wird aber das bei den ausländischen Streitkräften und Vertretungen untergebrachte deutsche und ausländische Personal.

Der Wohnbevölkerungsbegriff folgt dem Grundsatz, die Personen da zu zählen, wo sie sich normalerweise aufhalten.

Man erhält dadurch Einwohnerzahlen, die vielseitig verwendbar sind, mit den früheren Zählungsergebnissen verglichen und im Anschluß an die Volkszählung fortgeschrieben werden können.

Als Teil der Wohnbevölkerung (A) werden für jede Gemeinde auch die Personen (B) nachgewiesen, die in einer anderen Gemeinde eine weitere Wohnung haben. Entsprechend werden diese Personen in der anderen Gemeinde nicht zur Wohnbevölkerung gerechnet, sofern sie dort in die Haushaltsliste eingetragen sind, aber zahlenmäßig gesondert nachgewiesen (C). Diese zusätzlichen Nachweisungen tragen dem Gedanken Rechnung, neben der Wohnbevölkerung bei Bedarf auch eine Einwohnerzahl ermitteln zu können, bei der die Personen mit Wohnraum in mehreren Gemeinden nicht der Gemeinde zugeschlagen sind, von der aus sie zur Arbeit oder Ausbildung gehen, sondern der Gemeinde, in der die Familie wohnt. Diese „Bevölkerung nach dem Familienwohnsitz“ ergibt sich für jede Gemeinde aus der Wohnbevölkerung insgesamt (A), vermindert um die darunter befindlichen Personen mit weiterem Wohnraum in einer anderen Gemeinde (B) und erhöht um die Zahl der Personen in der Gemeinde, die dort nicht zur Wohnbevölkerung rechnen (C); also: $A - B + C$. An Einwohnerzahlen, bei denen die Personen mit mehreren Wohnungen der Wohnbevölkerung der Familie zugeschlagen sind, haben aus den verschiedensten Gründen insbesondere die Gemeinden Interesse. Das geschilderte Auszählungsverfahren läßt ferner eine näherungsweise Ermittlung der „wohnberechtigten Bevölkerung“ oder „der Bevölkerung in Wohnungen“, also $A + C$, zu. In diesem Falle sind die Personen mit mehreren Wohnungen doppelt gezählt. Die Ermittlung der wohnberechtigten Bevölkerung oder der Bevölkerung in Wohnungen ist vor allem für Überlegungen von Bedeutung, die mit der Wohnraumversorgung zusammenhängen.

Grundsätzlich erfolgt der Nachweis der Ergebnisse der Volks- und Berufszählung nach dem Wohnbevölkerungsbegriff.

2. Geschlecht, Alter und Familienstand der Bevölkerung

Bei diesen Merkmalen handelt es sich um das „klassische“ Programm aller bisherigen Volkszählungen. Es gibt Aufschluß über die wichtigsten Strukturdaten der Bevölkerung, deren Kenntnis für die Beurteilung vieler Massenerscheinungen im staatlichen, wirtschaftlichen und sozialen Leben unerlässlich ist. Die auf der Basis der Volkszählungsergebnisse 1950 und der bevölkerungsstatistischen Ergebnisse der Wohnungstatistik 1956 laufend durchgeführte Fortschreibung der Bevölkerung nach Geschlecht und Alter sowie die seit 1957 aus dem Mikrozensus zur Verfügung stehenden Unterlagen über die Gliederung der Bevölkerung nach dem Familienstand, konnten eine Bestandsermittlung im Rahmen einer allgemeinen Zählung nur vorübergehend ersetzen.

In den vorgesehenen Tabellen wird die Bevölkerung auf Grund der Angaben über das Geburtsdatum nach jedem einzelnen Alters- und Geburtsjahr in der Kombination mit dem Familienstand (ledig, verheiratet, verwitwet, geschieden) ausgewiesen, wobei bei den Verheirateten noch danach unterschieden wird, ob sie mit ihrem Ehegatten zusammenleben oder nicht. Als getrennt lebend werden hierbei alle Ehegatten angesehen, die in verschiedenen Gemeinden zur Wohnbevölkerung gehören, sei es, weil einer der Ehegatten von einer anderen Gemeinde aus zur Arbeit geht oder aus anderen Gründen. Alter und Familienstand sind auch in den meisten anderen Tabellen wichtige Gliederungsmerkmale. Neben ihrem unmittelbaren Erkenntniswert und als Grundlage für die Bevölkerungsforschung bilden diese Tabellen zusammen mit den Ergebnissen der laufenden Statistiken zur Erfassung der Bevölkerungsbewegung (Eheschließungen, Geburten, Sterbefälle, Wanderungen) das Material für zahlreiche sich an die Volkszählung anschließende Arbeiten. Besonders dringlich ist die Aufstellung einer neuen Sterbetafel geworden, wobei sowohl an eine allgemeine Sterbetafel nach dem Geschlecht als auch an Sterbetafeln nach Geschlecht und Familienstand sowie an Sterbetafeln nach Stadt und Land ge-

dacht ist. Die letzten ausführlichen Tafeln dieser Art wurden im Anschluß an die Volkszählung 1950 für die Beobachtungsjahre 1949/51 berechnet. Ferner besteht die Absicht, eine Heiratstafel der Ledigen aufzustellen. Die letzte, genau berechnete Heiratstafel stammt aus den Jahren 1910/11 und ist längst überholt. Solche und weitere Arbeiten sind zusammen mit den noch zu erläuternden Ergebnissen der Geburtenstatistik aus der Zeit um das Volkszählungsjahr auch die Voraussetzung für eine neue Vorausschätzung der künftigen Bevölkerungsentwicklung. Eine solche Vorausschätzung bildet für zahlreiche wichtige Entscheidungen die unerläßliche Grundlage.

3. Religionszugehörigkeit der Bevölkerung

Gefragt wird nicht nach religiösen Überzeugungen, sondern nach der rechtlichen Zugehörigkeit zu einer Kirche, Religions- oder Weltanschauungsgemeinschaft. Die Geheimhaltungsbestimmungen gewährleisten, wie auch sonst, die ausschließlich statistische Verwertung der Angaben.

Bei den Auszählungen über die Religionszugehörigkeit werden 10 wichtige Gruppen unterschieden. Die Systematik ist in Zusammenarbeit mit kirchlichen Dienststellen entstanden.

Über die Religionszugehörigkeit der Bevölkerung stehen seit 1950 keine neuen Unterlagen mehr zur Verfügung. Infolge der großen Bevölkerungsverschiebungen innerhalb des Bundesgebietes und des großen Umfangs der Wanderungen über die Grenzen des Bundesgebietes ist zu erwarten, daß sich inzwischen die Verteilung der Bevölkerung auf die Bekenntnisse insbesondere regional beträchtlich verändert hat.

Die Gliederung der Bevölkerung nach der Religionszugehörigkeit interessiert zunächst die Kirchen. Da die Auszählungen auch für Zählbezirke vorgenommen werden, besteht die Möglichkeit, Unterlagen bis zu den Pfarreien zu gewinnen. Davon abgesehen ist die Religionszugehörigkeit der Bevölkerung ein unentbehrliches Hilfsmerkmal für die Interpretation zahlreicher anderer Ergebnisse der Volks- und Berufszählung sowie laufender Statistiken wie etwa der Geburten-, Eheschließungs-, Scheidungs-, Schul- und Wahlstatistik. Das Merkmal „Religionszugehörigkeit“ wird daher in den Tabellen auch zusammen mit weiteren Strukturangaben enthalten sein.

4. Staatsangehörigkeit

Die im Bundesgebiet ansässigen Ausländer und Staatenlosen gehören ebenso zur Wohnbevölkerung wie die deutsche Bevölkerung und werden daher (mit Ausnahme der Mitglieder der ausländischen Streitkräfte sowie der Mitglieder der ausländischen diplomatischen und konsularischen Vertretungen mit ihren Familienangehörigen) durch die Volkszählung erfaßt. Nicht gezählt werden lediglich solche Ausländer, die sich im Bundesgebiet zu Besuch, als Touristen oder als Geschäftsreisende aufhalten.

Bei den Volkszählungen 1946 und 1950 mußte auf eine Frage nach der Staatsangehörigkeit verzichtet werden, weil damals insbesondere für die Vertriebenen die Rechtsverhältnisse noch nicht genügend geklärt waren. Bei den früheren Volkszählungen war die Frage nach der Staatsangehörigkeit allgemein üblich. Der ursprüngliche Plan, einen ausreichenden Überblick über die im Bundesgebiet lebenden Ausländer durch eine Auswertung des Ausländerzentralregisters zu gewinnen, mußte aufgegeben werden, weil dieses Register z. B. keine vollständigen Angaben über die Kinder und die Berufstätigkeit der Ausländer enthält.

Das Interesse an Unterlagen über die Ausländer ergibt sich aus dem besonderen Status dieser Personen, wie z. B. in bezug auf das Aufenthaltsrecht, die Ausübung beruflicher Tätigkeiten oder das Wahlrecht. Besondere Aktualität hat die Erfassung der Ausländer in der letzten Zeit durch die Aufnahme zahlreicher ausländischer Arbeitskräfte gewonnen. Der Nachweis von Umfang und Art der Erwerbstätigkeit der Ausländer bildet daher ein Kernstück der Ausländerstatistik im Rahmen der Volkszählung 1961. Außer für die deutschen Behörden wird sie auch wertvolle Hinweise für die ausländischen Vertretungen in der Bundesrepublik zur Betreuung ihrer Staatsangehörigen liefern.

Da es zahlreiche Personen mit mehreren Staatsangehörigkeiten gibt, sind diese angehalten, alle Nationalitäten anzugeben. Auch das Tabellenprogramm sieht den Nachweis der Doppelstaatlichkeit vor. Auf die Unterscheidung zwischen deutschen Staatsangehörigen und Deutschen, die nach Artikel 116 Grundgesetz als Flüchtlinge oder Vertriebene deutschen Staatsangehörigen lediglich gleichgestellt sind, mußte wegen Überforderung der Auskunftspflichtigen verzichtet werden.

5. Vertriebene, Deutsche aus der sowjetischen Besatzungszone und dem Sowjetsektor von Berlin

Die Eingliederung der Vertriebenen, die, wie die Maßnahmen der Bundesregierung zeigen, noch nicht als abgeschlossen gelten kann, sowie der nicht abbreifende Zustrom von Flüchtlingen aus der sowjetischen Besatzungszone machen es unumgänglich, diese Bevölkerungsteile bei der Volks- und Berufszählung gesondert zu ermitteln und nach wichtigen Strukturmerkmalen wie Alter, Geschlecht, sozialer und beruflicher Schichtung nachzuweisen.

Vertriebene und Sowjetzonenflüchtlinge

Bei der Volkszählung 1950 erfolgte die Ermittlung der Vertriebenen auf Grund der Frage nach dem Wohnsitz am 1. September 1939. Dieses Kriterium war damals, als es noch keine bundeseinheitlichen Ausweise gab und die Vertreibung nur wenige Jahre zurücklag, für die statistische Abgrenzung zweckmäßig und zuverlässig. Mit zunehmender zeitlicher Entfernung vom Datum des Kriegsausbruchs wuchsen aber die Schwierigkeiten, den Wohnsitz vom 1. September 1939 als Grundlage für die Erfassung der Vertriebenen und Flüchtlinge zu verwenden. Im Volkszählungsjahr 1961 gibt es über 20 Jahrgänge, die am 1. September 1939 noch nicht geboren waren, daher selbst keinen Wohnsitz angeben könnten und in vielen Fällen, wenn man eine Angabe des Wohnsitzes der Eltern verlangen würde, im Zweifel darüber wären. Viele dieser Personen besitzen aber unter bestimmten Voraussetzungen nach den geltenden Bestimmungen den Rechtsstatus von Vertriebenen. Als statistisch zuverlässig faßbares Merkmal soll deshalb bei der Volkszählung der Besitz des Bundesvertriebenenausweises A oder B erfragt werden.

Auch für die Sowjetzonenflüchtlinge ist nicht mehr der Wohnort am 1. September 1939 maßgebend, sondern der Besitz des Bundesflüchtlingsausweises C.

Die Personen, die keinen eigenen Ausweis besitzen, jedoch angeben, im Ausweis des Vaters oder der Mutter eingetragen zu sein, wie auch Personen, bei denen eine Eintragung fehlt, für die aber festgestellt wird, daß der Vater, bei unehelichen die Mutter, einen Ausweis besitzt, werden ebenfalls als Vertriebene oder Flüchtlinge gezählt.

Bei den Probezählungen hat sich allerdings gezeigt, daß ein nicht geringer Teil der Personen, die den Rechtsstatus von Vertriebenen oder Sowjetzonenflüchtlingen besitzen, keine Angabe über den Besitz eines Ausweises macht. Dabei handelt es sich vor allem um jüngere Menschen. Auch läßt sich bei Schülern oder Studenten, die nicht mit ihren Eltern zusammenwohnen, bei der Volkszählung die Vertriebenen-eigenschaft der Eltern nicht erkennen und auf die Kinder übertragen. Die Volkszählung wird also nicht die gesamte Zahl der Personen ermitteln können, die den Rechtsstatus der Vertriebenen oder Sowjetzonenflüchtlinge haben. Die Vertriebenenverbände werden vor der Zählung ihre Mitglieder auffordern, möglichst genaue Angaben zu machen.

Deutsche

aus der sowjetischen Besatzungszone

Außer der Frage nach dem Besitz des Bundesvertriebenenausweises A und B oder des Bundesflüchtlingsausweises C wird auch noch die Frage gestellt, welche Personen nach Kriegsende in das Gebiet der heutigen Bundesrepublik einschließlich Berlin (West) zugezogen sind, in welchem Jahr der Zuzug stattgefunden hat und ob der vorherige Wohnsitz in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands bzw. im Sowjetsektor von Berlin lag. Der mit der Frage nach dem Zuzug

ermittelte Personenkreis, der aus der sowjetischen Besatzungszone gekommen ist, überschneidet sich zum Teil mit den Personen, die einen Bundesvertriebenenausweis oder einen Bundesflüchtlingsausweis besitzen. Es lassen sich aber aus der gesamten Gruppe der Zugezogenen die Ausweisinhaber aussondern, so daß beim Nachweis der Ergebnisse je nach der Fragestellung unterschiedliche Gruppierungen vorgenommen werden können, z. B. nur Inhaber eines Bundesvertriebenenausweises oder eines Bundesflüchtlingsausweises, wobei man wieder unterscheiden kann, ob sie nach Kriegsende aus der sowjetischen Besatzungszone zugezogen sind oder nicht; ferner Personen, die für die Zeit nach dem Krieg einen solchen Zuzug angeben, jedoch keinen Ausweis besitzen.

Da für den nach dem Kriege erfolgten Zuzug in das Bundesgebiet für jede der genannten Personengruppen das Jahr des Zuzugs festgehalten wird, spiegelt sich in diesen Tabellen die Aufeinanderfolge der Vertreibungswellen und damit ein Teil des Vertreibungsschicksals, das mehr als ein Fünftel der deutschen Bevölkerung betroffen hat. In einer großen Zahl von Tabellen werden auch Sonderfragen geklärt, wie z. B. die Zusammensetzung nach Alter und Familienstand der nicht-erwerbstätigen Personen, die Vertriebene, Sowjetzonenflüchtlinge oder Deutsche aus der sowjetischen Besatzungszone sind, für die erwerbstätigen Personen die Pendlereigenschaft, ferner auch die Fachrichtung der abgeschlossenen Ausbildung an einer Berufsfach-, Fach- oder Hochschule, gegliedert nach dem Alter, der Erwerbstätigkeit und der sozialen Schichtung.

6. Berufliche und soziale Gliederung

Betrachtet man die Berufszählung als eine Bestandsaufnahme des persönlichen Beitrags der Bevölkerung zum Wirtschaftsleben, so bildet sie das Gegenstück zu den Bestandsaufnahmen der landwirtschaftlichen und der nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten. Während diese die Zahl der besetzten Arbeitsplätze und die betrieblichen Verhältnisse darstellen, liefert die Berufszählung Angaben über die Person. Grundlegend für die Ermittlung, welche Stellung jede Person innerhalb des Wirtschaftslebens der Bevölkerung einnimmt, sind die Fragen, ob sie erwerbstätig und was ihre überwiegende Unterhaltsquelle ist. Der Beruf, die Stellung in ihm und der Wirtschaftszweig, in dem er ausgeübt wird, kennzeichnen die Art der Erwerbstätigkeit. Hieraus ergeben sich die Grundsysteme für das Aufbereitungsprogramm der Berufszählung 1961. Sie folgen einem Konzept, das sowohl dem modernen Erkenntnisstand über die im Bundesgebiet gegebene wirtschaftliche, berufliche und soziale Stellung des Menschen im Erwerbsleben Rechnung trägt, als auch in angemessenem Rahmen Vergleiche mit den Ergebnissen der Berufszählung 1950 ermöglicht und die Gesichtspunkte eines internationalen Vergleichs berücksichtigt, wie sie im Weltzensusprogramm und in den Empfehlungen eines europäischen Zählungsprogramms zum Ausdruck kommen.

Teilnahme am Erwerbsleben

Bei der Berufszählung 1950 wurde die Entscheidung, ob jemand als Erwerbsperson zu betrachten war, von der Ausübung eines Hauptberufs abhängig gemacht. Als Hauptberuf galt dabei eine Tätigkeit, auf der — ganz oder überwiegend — der Lebensunterhalt beruht. Hierzu rechnete auch die praktische Ausbildung für einen Hauptberuf (Lehrlinge, Anlernlinge, Praktikanten, Volontäre) sowie die mittelbar dem eigenen Lebensunterhalt dienende Tätigkeit als Mithelfender Familienangehöriger. In diesem Konzept verbanden sich also Merkmale der Erwerbstätigkeit und des Lebensunterhalts.

Das Konzept der Berufszählung 1961 ist bestrebt, diese beiden Gesichtspunkte zu trennen. Dabei ergeben sich zwei Gliederungssysteme:

Das eine ist ausschließlich danach ausgerichtet, ob eine Person am Erwerbsleben teilnimmt oder nicht. Danach gehören zur Erwerbsbevölkerung alle Personen, die eine Erwerbstätigkeit irgendwelcher Art ausüben. Weder der Umfang dieser Tätigkeit noch ihr Beitrag zum Lebensunterhalt spielen bei dieser Zuordnung eine Rolle. Nicht nur wie 1950 der Lehrling, dem nur eine Erziehungsbeihilfe gewährt wird, und der Mithelfende Familienangehörige, sondern auch der Rentner, der sein Einkommen durch eine Wächtertätigkeit ergänzt, und der Schüler,

der sich durch Brötchenaustragen ein Taschengeld verdient, rechnen danach zur Erwerbsbevölkerung. Diese wird hierbei also umfassend dargestellt.

Das andere Gliederungssystem richtet sich allein nach der überwiegenden Unterhaltsquelle. Maßgebend ist, wovon jemand überwiegend lebt. Der Lehrling, der seinen Lebensunterhalt von den Eltern empfängt, die Mithelfende Ehefrau mit einer betrieblichen Arbeitszeit unter 25 Wochenstunden, die mit aus dem Einkommen des Ehemannes lebt, der Rentner, dessen Existenz hauptsächlich auf der Sozialversicherungsleistung und nicht auf seinem Wächterlohn beruht, werden bei dieser Gliederung ungeachtet ihrer Erwerbstätigkeit nach der Art ihrer vorwiegenden Unterhaltsquelle zugeordnet, in den Beispielen also zum Unterhalt durch Eltern bzw. Ehemann und zur Sozialversicherungsrente.

Diese beiden Gliederungen, welche also die Möglichkeiten der einwandfreien Feststellungen erschließen,

- wer trägt durch Teilnahme am Erwerbsleben zum Sozialprodukt bei,
- wer lebt überwiegend von unmittelbarem Einkommen aus Erwerbstätigkeit und wer von übertragenem Einkommen,

stellen sich im Schema wie folgt dar:

Gliederung nach der Beteiligung am Erwerbsleben	Gliederung nach dem überwiegenden Lebensunterhalt
Erwerbsbevölkerung	Erwerbstätigkeit, Arbeitslosengeld / -hilfe
Arbeitende	
Nichtarbeitende	
Nichterwerbsbevölkerung	Sozialversicherungsrente und sonstige öffentliche Mittel, eigenes Vermögen und dergleichen
Selbständige ohne Erwerb	
Angehörige ohne Erwerb	Unterhaltsgewährung durch Eltern, Ehepartner, Sohn usw.

Durch diese beiden begrifflich klar voneinander abgesetzten Gliederungen sind die Voraussetzungen dafür geschaffen worden,

nicht nur die Selbständigen ohne Erwerb nach ihrer Hauptunterhaltsquelle und die Angehörigen ohne Erwerb nach der überwiegenden Unterhaltsquelle des Ernährers zu ordnen, sondern auch sämtliche überwiegend wirtschaftlich von einem anderen Familienmitglied abhängigen Personen nach der überwiegenden Unterhaltsquelle, bzw. nach dem Wirtschaftszweig und der Berufsstellung ihres Ernährers zuzuordnen.

Um den Vergleich mit 1950 zu ermöglichen, werden als Darunterzahlen der Erwerbsbevölkerung jeweils die Personen gesondert angegeben, deren überwiegende Unterhaltsquelle nicht aus Erwerbstätigkeit oder Arbeitslosengeld bzw. -hilfe herrührt und die nicht Mithelfende Familienangehörige, Lehrlinge und andere in praktischer Berufsausbildung stehende Personen sind. Zieht man diesen Personenkreis von der Erwerbsbevölkerung ab, so bleiben näherungsweise die Erwerbspersonen des Berufszählungskonzepts 1950 übrig. Schlägt man ihn, je nachdem er überwiegend von Rente usw. lebt oder wirtschaftlich abhängig ist, zu den Zahlen der Selbständigen ohne Erwerb und der Angehörigen ohne Erwerb hinzu, so erhält man die Selbständigen Berufslosen und die Angehörigen ohne Hauptberuf im Sinne der Berufszählung 1950.

Die Frage nach der normalerweise in der Woche geleisteten Arbeitszeit für alle am Erwerbsleben beteiligten Personen wird — erstmalig für eine Berufszählung — den Nachweis der Zahl der Arbeitenden in der Gliederung nach der Arbeitszeit auf umfassender Erhebungsgrundlage liefern. Gleichzeitig kann mit Hilfe dieser Gliederung die Zahl der Mithelfenden Familienangehörigen, die weniger als 15 Stunden in der Woche für den Betrieb arbeiten und nach dem internationalen sogenannten „Labour-Force-Konzept“ nicht zu den Arbeitskräften zählen, für den internationalen Vergleich von der umfassenden Zahl der Erwerbsbevölkerung abgesetzt werden.

Wirtschaftssystematische Gliederung

Die statistischen Erfahrungen der vergangenen Jahre und die Vorbereitung des großen Zählungswerkes hatten den Anlaß gegeben, das „Systematische Verzeichnis der Arbeitsstätten“ von 1950 zu überprüfen und zu revidieren. Die aus

dieser Revision hervorgehende „Systematik der Wirtschaftszweige“ ist als Grundsystematik für alle Statistiken gedacht. Ebenso wie 1950 werden also die Systematiken für Berufs- und Arbeitsstättenzählung auf einer gleichen Grundlage beruhen und aufeinander abgestimmt sein und darüber hinaus auch besser vergleichbar mit anderen Statistiken sein (z. B. Umsatzsteuerstatistik).

Die Erfahrungen vergangener Zählungen, auch der Probezählung, haben allerdings gelehrt, daß die Ausfüllenden vielfach nicht imstande sind, den Wirtschaftszweig des Beschäftigungsbetriebes mit hinreichender Genauigkeit für eine wirtschaftssystematische Feingliederung anzugeben. Daher ist die Gliederung nach dem Wirtschaftszweig für die Berufszählung 1961 in den unteren Einheiten etwas eingeschränkt worden. Sie umfaßt 4 Wirtschaftsbereiche, 10 Wirtschaftsabteilungen, 38 mittlere und 118 kleinste Einheiten, die sich auch in die zweistellige Gliederung der International Standard Industrial Classification sowie in die Einteilung der Berufszählung 1950 überführen lassen.

Berufssystematische Gliederung

Die Auswirkung der technischen und wirtschaftlichen Entwicklung auf die Berufsstruktur, die Ausstrahlungen dieser Entwicklung auf die tägliche Arbeit der Berufsberatung und Arbeitsvermittlung, die Vorbereitung der Berufszählung und die Notwendigkeit einer Abstimmung mit der International Standard Classification of Occupations haben eine Überarbeitung der deutschen Berufsklassifizierung veranlaßt, die vom Statistischen Bundesamt gemeinsam mit dem Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung und der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung durchgeführt worden ist.

Unter Erhaltung der Vergleichsmöglichkeit mit 1950 wurde hierbei eine berufskundlich gut unterbaute Systematik erarbeitet, die neben der Überführbarkeit in die Berufsgattungen (Unit Groups) der genannten internationalen Klassifizierung auch die Konvertibilität zur österreichischen und schweizerischen Berufssystematik berücksichtigt. Die deutsche Berufsklassifizierung umfaßt 9 Berufsabteilungen, 41 Berufsgruppen, 151 Berufsordnungen und 437 Berufsklassen.

Während die Berufszählung 1950 neben einem Nachweis der Erwerbspersonen in beruflicher Gliederung nach dem Alter eine Altersgliederung nach Wirtschaftszweigen nicht brachte, ist für 1961 die Altersgliederung in Kombination mit der wirtschafts- und berufssystematischen Zuordnung vorgesehen. Dabei ist, um bessere Erkenntnisse über den Eintritt in das und das Ausscheiden aus dem Erwerbsleben zu gewinnen, auf eine weitgehende Altersaufgliederung der Jugendlichen und der Personen über 55 Jahre Wert gelegt worden.

Durch Kombination der Berufsangaben mit solchen über eine schul- oder hochschulmäßige Fachausbildung wird erstmalig ein Überblick über den Bestand an Personen mit wissenschaftlicher und technischer Ausbildung gewonnen.

Stellung im Beruf

Wie 1950 werden der Stellung im Beruf nach unterschieden: Selbständige, Mithelfende Familienangehörige, Beamte, Angestellte und Arbeiter. Zwischenmeister und Hausgewerbetreibende, die 1950 zu den Arbeitern gerechnet wurden, zählen jetzt in Anpassung an internationale Begriffe zu den Selbständigen, werden jedoch im Hinblick auf den Vergleich mit 1950 auch gesondert nachgewiesen. Als Mithelfende sollen jetzt nur die Personen anerkannt werden, die sich als solche eintragen. Ergänzungen dieses Personenkreises, wie sie 1950 auf der Grundlage der Angabe über die bewirtschaftete Fläche erfolgten, werden diesmal nicht vorgenommen. Als Beamte werden wie 1950 alle Personen gezählt, die in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis stehen. Die Unterscheidbarkeit zwischen Angestellten und Arbeitern hat sich zwar infolge der Neuregelung der Entgeltsweiterzahlung im Krankheitsfalle, der Rentenberechnung, infolge der Einführung vierwöchentlicher oder monatlicher Lohnabrechnungs- und vielfach auch schon Lohnzahlungsperioden usw. subjektiv verringert. Die Unterscheidung nach der sozialversicherungsrechtlichen Zuständigkeit ist aber erhalten geblieben. Auch ent-

spricht eine Unterscheidung zwischen Gehalts- und Lohnempfängern noch internationalen Vorstellungen. Die Heimarbeiter werden, ausgenommen bei verkürzter Darstellung der Gliederung, gesondert nachgewiesen. Die Lehrlinge, Anlernlinge, Praktikanten und Volontäre bilden, abweichend von 1950, eine besondere Gruppe, die insbesondere auch für die Beurteilung der Beiträge der Bevölkerung zum Sozialprodukt von Bedeutung ist.

Weitergehende soziale Gliederungen

Die soziale Stellung der am Erwerbsleben beteiligten Personen durch eine Differenzierung der Gliederung nach der Stellung im Beruf näher zu bestimmen, wird wie 1950 auch 1961 angestrebt. Die Unterscheidungsmerkmale für die einzelnen Gruppen dieser Gliederung sind ihrer Eigenart gemäß verschieden. Für die Selbständigen in der Landwirtschaft bildet die Größe der bewirtschafteten Fläche, für die Selbständigen außerhalb der Landwirtschaft die Zahl der Beschäftigten den Maßstab, die Beamten werden nach Laufbahngruppen unterschieden. Auf die Unterscheidung der Angestellten nach Art und Grenzen der Sozialversicherungspflicht wurde wegen der ungünstigen Erfahrungen bei der Probeerhebung verzichtet. Da sich die Pflichtgrenzen der Kranken- und Sozialrentenversicherungspflicht seit 1950 erheblich verschoben haben, wird durch den Fortfall jener Fragen nicht mehr ein Interesse des Zeitvergleichs berührt. Die Unterscheidung der Arbeiter beschränkt sich auf den gesonderten Nachweis der Heimarbeiter und der „labourers“ (Handlanger). Der Nachweis der Facharbeiter hätte eine Erweiterung der Ausbildungsfrage auf die praktische Berufsausbildung und eine gesonderte Erfassung der tariflich Gleichgestellten erfordert, was sich leider nicht durchführen ließ.

Die bereits erwähnte Zuordnung der Angehörigen zu ihren Ernährern erlaubt die Einbeziehung der innerfamiliären wirtschaftlichen Abhängigkeiten in ein soziales Schichtungsbild der Gesamtbevölkerung. Gerade dies gestattet die sozio-ökonomische Gliederung, wie sie im „European Programme for National Population Censuses“ empfohlen wird, nicht, weil sie einen getrennten Nachweis der wirtschaftlich Abhängigen in der Nichterwerbsbevölkerung nach bestimmten Gruppen vorsieht. Für die dort empfohlene Unterscheidung der Selbständigen ohne Erwerb nach ihrer früheren Stellung im Beruf bietet die Haushaltsliste keine Unterlagen. Abgesehen von einigen Verbesserungen gegenüber der Berufszählung 1950 etwa hinsichtlich des Nachweises der Schüler und Studierenden und der Hausfrauen muß sich die Aufmerksamkeit daher auf die Empfehlungen bezüglich der Erwerbsbevölkerung konzentrieren. Diesen entsprechend wird die Gliederung der Selbständigen gegenüber 1950 um die Unterscheidung nach Arbeitgebern und Nichtarbeitgebern erweitert. Die Darstellung der freien Berufe kann nach einer international vorgeschlagenen Liste vorgenommen werden, deren Auswahl nach deutschen Begriffen allerdings mehr dem ständischen Berufsgedanken als der üblicheren steuer- und gewerberechtlichen Vorstellung folgt. Auch die Leiter von Unternehmen juristischer Person, die Lohn- und Gehaltsempfänger, die Landarbeiter, Labourers und häuslichen Dienste dürften sich mit Hilfe der Grundgliederungssysteme bestimmen lassen. Unterscheidungen nach dem Ausbildungsgrad und der Funktion lassen sich dagegen mit der Berufszählung nicht verwirklichen. Im ganzen stellt die aus den Grundgliederungssystemen abgeleitete sozio-ökonomische Gliederung einen Versuch dar, durch Differenzierungen und deren Kombination das soziale Gefüge stärker zu analysieren. Eine allen Bedürfnissen entsprechende soziale Gliederung zu finden, verbleibt jedoch noch als Zukunftsaufgabe.

7. Pendelwanderung

In der Statistik der Pendelwanderung werden Personen nachgewiesen, die in einer anderen Gemeinde als ihrer Wohn-gemeinde arbeiten (Berufspendler) oder ihrer Ausbildung nachgehen (Ausbildungspendler) und täglich in ihre Wohn-gemeinde zurückkehren. Dabei wird in Übereinstimmung mit den Grundsätzen für die Feststellung der Wohnbevölkerung (s. Abschnitt Bevölkerungsbegriff) für Personen

mit Wohnung in mehreren Gemeinden diejenige Gemeinde als Wohnsitzgemeinde angesehen, von der aus die Arbeits- oder Ausbildungsgemeinde regelmäßig aufgesucht wird. Personen, die in der Gemeinde ihres zweiten Wohnsitzes arbeiten und sich nur gelegentlich bei ihrer Familie aufhalten (sog. Wochenend- oder Monatspendler), werden somit nicht als Pendler im engeren Sinne aufgefaßt. Nicht zu den Pendlern gehören Personen mit beruflicher Reisetätigkeit, wie Handelsvertreter u. ä. m.

Auszählungen über die Berufspendler wurden für Teilgebiete schon bei der Volkszählung 1939 und allgemein bei der Volkszählung 1950 durchgeführt; neu ist der Nachweis der Ausbildungspendler (Fahrschüler). Da zwischen beiden Gruppen in bezug auf die Ursachen der Pendelwanderung und die Struktur der Personenkreise grundsätzliche Unterschiede bestehen, werden sie in den Tabellen getrennt ausgewiesen.

Umfang und Richtung der Pendelwanderung sind zunächst verkehrspolitisch von außerordentlicher Bedeutung. Weiterhin hat sich eine genaue Kenntnis der Pendlerströme als eine unverzichtbare Grundlage für Raumforschung, Raumordnung, Landes- und Städteplanung erwiesen. Zahlreiche größere Gemeinden beabsichtigen daher, das vorgesehene Bundesminimalprogramm für die zwischengemeindliche Pendelwanderung durch Auszählungen über die innergemeindlichen Pendlerströme, jeweils verbunden mit Nachweisungen für Stadtteile, zu ergänzen.

Das Schwergewicht des Tabellenprogramms liegt auf dem Nachweis der Berufspendler nach Geschlecht, Alter, Familienstand und in wirtschaftssystematischer Gliederung sowie auf dem detaillierten Nachweis der Pendlerströme zwischen einzelnen Herkunfts- und Zielgemeinden.

8. Weg zur Arbeits- oder Ausbildungsstätte

Für alle Erwerbstätigen, Schüler und Studierenden werden erstmals auch Fragen über den Weg von der Wohnung zur Arbeits- oder Ausbildungsstätte gestellt. Diese Fragen, die den Zeitaufwand für den Hinweg und das wichtigste Verkehrsmittel ermitteln, liefern Aufschlüsse, die sowohl verkehrstatistisch als auch arbeitsphysiologisch wertvoll sein werden. Da in diesem Zusammenhang für Schüler und Studierende auch die Schule, Hochschule usw. anzugeben ist, dient diese Fragestellung auch einer verbesserten Erfassung dieses Personenkreises.

9. Personen mit qualifizierter abgeschlossener Ausbildung

Zu den international besonders nachdrücklich vertretenen Teilen des Programms der Volks- und Berufszählungen gehört die Feststellung des schulischen und beruflichen Ausbildungsstandes der Bevölkerung. Die dabei gewonnenen Informationen haben einen Erkenntniswert in sich selbst und sind außerdem in Kombination mit den Angaben über die ausgeübte Erwerbstätigkeit und mit anderen Merkmalen wichtig. In Deutschland ist dieser Fragenkomplex mit gewissen psychologischen Schwierigkeiten verbunden, weil innerhalb des Sozialprestiges einer Person die Ausbildung eine nicht unerhebliche Rolle spielt. Um die Schwierigkeiten einzuschränken, wurde darauf verzichtet, die höchste erreichte schulische Ausbildung zu erfragen. Nur an diejenigen Personen, die eine abgeschlossene Berufsfachschul-, Fachschul- oder Hochschulbildung haben, werden nähere Fragen nach der Art der Ausbildung gestellt. Bei einer Probezählung wurden keine wesentlichen Schwierigkeiten bei der Beantwortung festgestellt.

Befragungstechnisch ist die Ermittlung der verschiedenen in diesen Kreis gehörenden Ausbildungsarten schwierig, weil die Bezeichnungen der Schularten in den letzten Jahrzehnten oft gewechselt haben und regional besonders in früheren Zeiten sehr unterschiedlich waren; außerdem muß man mit ausländischen Schularten rechnen, die nicht ohne weiteres von den Befragten eingeordnet werden können. Als Ausweg aus dieser Schwierigkeit ist in der Vorbereitungsarbeit ein ausführliches Verzeichnis sämtlicher Berufsfachschulen, Fachschulen und Hochschulen Deutschlands sowie der wichtigsten in Frage kommenden ausländischen Gebiete aufgestellt worden. Hiernach kann man aus dem Namen der Anstalt und dem

Jahr des Abschlusses die in der Haushaltsliste angegebene Art der Ausbildung überprüfen und unzutreffende Angaben ausschalten.

Die Zählung 1961 wird erstmals eine Übersicht über die oft verlangten, aber bisher nicht verfügbaren Zahlen der Diplome- und Fachschulingenieure nach Fachrichtungen und ihre berufliche Verteilung über die verschiedenen Wirtschaftszweige ergeben. Ferner wird das Verhältnis von erlernten und ausgeübten Berufen für alle qualifizierten Ausbildungsgruppen aus der Zählung hervorgehen. In Verbindung mit der Alters- und Geschlechtsgliederung erschließt sich im Zusammenhang mit der Berufsstatistik ein wichtiges Grundmaterial für Berufsnachwuchsprobleme; in Verbindung mit der Vertriebeneneigenschaft, bei Verheirateten mit der Ausbildung des Ehepartners und dem Heiratsalter werden bemerkenswerte Beiträge zur Bildungssoziologie geliefert.

10. Bodenbesitz und Binnenfischerei

Bodenbewirtschaftung

Die Frage nach der selbständigen Bewirtschaftung oder Nutzung einer Bodenfläche gehört zum „klassischen“ Bestand einer Volkszählung, weil es nur durch Befragung jedes einzelnen Haushalts möglich ist, die kleinen und kleinsten Flächen, die bei einer Landwirtschaftszählung nie erfaßt werden können, die aber in ihrer Summe nicht unerheblich sind, einmal zu ermitteln. Neben dieser Ergänzung der Landwirtschaftszählung 1960, bei der es vor allem um die Flächen unter 5 000 qm und ihre Nutzung geht, bildet die Frage nach der Bewirtschaftung von Gärten und land- oder forstwirtschaftlich genutzten Flächen auch ein Merkmal, das für die Gliederung der Haushalte, Familien und Einzelpersonen Bedeutung hat. So lassen sich z. B. Schlüsse auf die ökonomische Situation eines Haushalts, der einen Teil seines Nahrungsbedarfs durch Anbau gewinnt, ziehen, ferner Schlüsse auf die Arbeitsbelastung von Ehefrauen und anderen Mithelfenden Familienangehörigen und auf die Häufigkeit, mit der heute noch landwirtschaftliche und nichtlandwirtschaftliche Berufe in Verbindung miteinander ausgeübt werden.

Binnenfischerei

Die Frage, ob ein Haushaltsvorstand oder ein anderes Mitglied des Haushalts Fluß- oder Seenfischerei, Teichwirtschaft oder Fischzucht betreibt, wurde erstmals in die Volkszählung aufgenommen, um von der Befragung des Haushalts her den Versuch zu machen, diesen Personenkreis, der statistisch sonst nicht erfaßt werden kann, einmal zu ermitteln. Es sollen dabei nur **B e t r i e b e** festgestellt werden; die Sportfischerei bleibt außer Betracht.

11. Kriegsgefangene, Zivilinternierte, Zivilverschleppte des Zweiten Weltkrieges

Der Bundestag hat im Juli 1953 die Bundesregierung ersucht, Erhebungen darüber vorzunehmen, wieviele Kriegsgefangene, Zivilinternierte und Zivilverschleppte in den Jahren 1945 und 1946 in das Gebiet der heutigen Bundesrepublik einschl. Berlin (West) entlassen worden sind. Diese Erhebungen sollten unter dem Gesichtspunkt durchgeführt werden, ob und inwieweit die Möglichkeit besteht, diese Entlassenen noch in den Personenkreis der Berechtigten nach dem Gesetz über die Entschädigung ehemaliger deutscher Kriegsgefangener einzubeziehen. Es sollten Beginn und Beendigung des Gewahrsams und die Gewahrsamsmacht festgestellt werden. Außer der vom Bundestag gegebenen Begründung dieser Befragung soll unter Einbeziehung der in anderen Jahren entlassenen Kriegsgefangenen diese Erhebung auch Unterlagen für die Dokumentation der Kriegsgefangenschaft liefern.

Da die Volkszählung die erste Möglichkeit bietet, Fragen dieser Art an jeden Haushalt zu richten, hat der Bundestag bei der Behandlung des Volkszählungsgesetzes seinen damaligen Beschluß erneuert.

12. Haushalte und Familien

Bei allen Volks- und Berufszählungen hat man auch Zahlen über die Haushalte gewonnen, nicht zuletzt deshalb, weil der Haushalt die Erhebungseinheit bei der Zählung ist. An ihn

richtet sich der Zähler mit der Bitte um Auskunft. Der genauen Erfassung der Haushalte mußte schon im Interesse der Vollständigkeit der Zählung, vor allem der exakten Ermittlung aller Einzelpersonen große Bedeutung beigemessen werden. Die Begriffsabgrenzung war nicht immer ganz einheitlich. Man unterschied im allgemeinen Anstaltshaushalte und Mehr-Personen-Haushalte; die letzteren hat man dann lange als „Familienhaushalte“ angesehen und auch so bezeichnet, obgleich in diesen Haushalten auch familienfremde Personen, wie Dienstpersonal, Knechte usw. leben und zu einem Haushalt in einer nicht geringen Zahl von Fällen mehr als eine Familie, im biologischen Sinn als Eltern-Kinder-Gemeinschaft verstanden, gehört, so daß die Zahl der Familienhaushalte nicht identisch ist mit der Zahl der Familien im engeren Sinn.

Haushalt und Familie sind in neuerer Zeit mehr und mehr zum Objekt veraltungspolitischer Entscheidungen und wissenschaftlicher Untersuchung und Forschung geworden. Damit aber wird an die amtliche Statistik die Forderung gestellt, bei einer Volkszählung neben den individualstatistischen Ermittlungen in viel stärkerem Maße als früher auch gruppenstatistische Ermittlungen, Auszählungen der Haushalte auf der einen, der Familien auf der anderen Seite und der Merkmale dieser beiden Gruppen vorzunehmen.

Das Statistische Bundesamt hat die Möglichkeit genutzt, das Material der Mikrozensus-Erhebung vom Oktober 1957 in einer Sonderaufbereitung auch für die Zwecke der Haushalts- und Familienstatistik auszuwerten. Es wurde dabei ein neues Konzept der Ermittlung und Gliederung der Haushalte und Familien angewendet, über das in „Wirtschaft und Statistik“ bereits ausführlich berichtet wurde⁴⁾. Es genügt daher, im folgenden die Grundzüge des Konzepts, das bei der Volkszählung 1961 angewandt werden soll, noch einmal kurz zusammenzufassen:

Es soll unterschieden werden zwischen der Statistik der Haushalte und der Statistik der Familien. Beide befassen sich in erster Linie mit den in einem Haushalt und in einer Familie zum Zeitpunkt der Zählung zusammenlebenden Personen. Haushalt und Familie werden nach ihrer Größe und Art der Zusammensetzung, nach der Zugehörigkeit zu sozialen Schichten, der Abhängigkeit hinsichtlich der Erwerbsverhältnisse, der Zahl der Einkommensbezieher, also nach sozialökonomischen und soziologischen Merkmalen, betrachtet.

Die statistische Ermittlung der von einer Frau geborenen Kinder, die in der Vergangenheit vielfach ebenfalls als „Familienstatistik“ bezeichnet wurde, sollte, da sie eine ganz andere Zielsetzung hat, nicht in die Haushalts- und Familienstatistik einbezogen werden.

Um die Verwechslung zwischen Haushalten und Familien zu vermeiden, soll nicht mehr von Familienhaushalten gesprochen werden — wengleich etwa vier Fünftel der Haushalte mit Familien identisch sind —, sondern von *Privathaushalten*. Ihnen stehen die Anstalten gegenüber. Die Privathaushalte werden gegliedert in Ein-Personen-Haushalte und Mehr-Personen-Haushalte.

Die in die Haushalts- und Familienstatistik einzubeziehenden Personen sind nicht in allen Fällen identisch mit den zur Wohnbevölkerung der Gemeinde gehörenden Personen, in der sich der Haushalt befindet. Kinder, die sich vorübergehend an einem anderen Ort zur Ausbildung aufhalten, wie z. B. Studenten am Hochschulort, gehören nicht zur Wohnbevölkerung der Gemeinde, in der die Familie lebt, für die Zwecke der Haushalts- und Familienstatistik aber sind sie dem elterlichen Haushalt zuzuzählen, denn sie stehen auch bei vorübergehender Abwesenheit noch in engster Verbindung mit ihm, sie werden von der Familie betreut und sind in der Regel wirtschaftlich von ihr abhängig. In gleicher Weise muß ein z. B. aus beruflichen Gründen die Woche über abwesender Haushalts- und Familienvorstand zum Haushalt am Familienwohnsitz gerechnet werden, denn er bestimmt die soziale Struktur und den Lebenszuschnitt dieser Gemeinschaft.

Die bei der Volkszählung 1950 erstmals durchgeführte Typisierung von Haushalten nach ihrer Zusammen-

setzung war zu erweitern. Während man 1950 vier Haushaltstypen unterschied, das heißt Gruppen von miteinander in direkter Linie oder in Nebenlinien verwandten Personen oder von Personen, die überhaupt nicht miteinander verwandt waren, werden bei der Volkszählung 1961 neun solcher Typen gebildet, wobei es möglich sein wird, einzelne besonders interessante Gruppen noch weiter aufzugliedern. So werden z. B. bei den Haushalten, in denen Eltern oder Schwiegereltern mit verheirateten Kindern und Enkeln zusammenleben, zusätzliche Gliederungen vorgenommen, je nachdem, ob der Haushaltsvorstand der älteren oder der zweiten Generation angehört, ob das Schwergewicht der Haushaltsführung bei den Eltern oder den erwachsenen Kindern liegt usw.

Neben die Ermittlung der Haushalte soll, wie erwähnt, eine Statistik der Familien treten. In weitaus der größten Zahl der Fälle handelt es sich dabei um die „Normalfamilie“, d. h. das Elternpaar mit ledigen Kindern. Es ist aber auch erforderlich, außer diesem Familientyp einige Sonderformen bei der Familienstatistik zu berücksichtigen. So bilden z. B. Elternteile, also verwitwete und geschiedene Personen und die mit ihnen zusammenlebenden Kinder eine besondere Form von unvollständigen Familien. Schließlich sind kinderlose Ehepaare oder solche, deren Kinder nicht mehr mit den Eltern zusammenleben, ebenfalls in die Familienstatistik einzubeziehen, wengleich sie strenggenommen keine „Familie“ im zuerst definierten Sinn darstellen; jedoch ist ihre Zahl und ihre ökonomische Situation für den Vergleich mit normalen Familien und mit unvollständigen Familien mit Kindern von großer Bedeutung. Das gleiche gilt für verwitwete und geschiedene Personen, die nicht mit ihren Kindern zusammenleben, die aber als Teil einer ehemals vollständigen Familie für die Beurteilung des Familienlebens, seines Ablaufs und seiner Veränderungen, vor allem im Hinblick auf ihre ökonomische und soziale Lage bei derartigen Untersuchungen berücksichtigt und als Sonderform statistisch faßbar gemacht werden müssen.

Um die Lage der Familien, die nicht identisch sind mit dem Haushalt, richtig beurteilen zu können, ist es wichtig zu wissen, mit welchen anderen Personen die Familie zusammenlebt, in welchem größeren „Verband“ sie wohnt und wirtschaftet, wie viele Familien oder wie viele Generationen in einem Haushalt zusammenleben. Das ist möglich, indem man die Familien mit den Haushalten kombiniert. Aus der Art und Zusammensetzung der Haushalte lassen sich dann gewisse Schlüsse auf die wirtschaftliche Lage der Familie, die mögliche Entlastung der Mutter durch mitwohnende verwandte oder auch familienfremde Personen ziehen. Jedes aus einer solchen Kombination sich ergebende „Feld“ kann zum Ausgangspunkt zusätzlicher Untersuchungen gemacht werden, so z. B. die Zahl der im Haushalt von Eltern lebenden verwitweten Frauen mit Kindern, die Erwerbstätigkeit solcher Frauen im Zusammenhang mit dem Alter der Kinder, der Zahl der Einkommensbezieher und anderes mehr.

Für die einzelnen Typen der Haushalte wie auch für die der Familien werden des weiteren Auszählungen vorgenommen nach der Personenzahl, nach Merkmalen des Haushaltsvorstands oder des Familienvorstands, wobei vor allem die Merkmale der Erwerbstätigkeit und der Zugehörigkeit zu einer sozialen Schicht von besonderer Bedeutung sind. Bei diesen Auszählungen wird die Erwerbstätigkeit der Ehefrau als weiteres wichtiges Merkmal in die Gruppierung einbezogen, wobei nach dem Wirtschaftsbereich der Erwerbstätigkeit unterschieden wird. Gerade die viel diskutierte Frage der Auswirkung der Erwerbstätigkeit von Müttern kann nur hinreichend beurteilt werden, wenn man zwischen einer Erwerbstätigkeit im Bereich des Hauses wie bei der Bäuerin oder der Frau eines Handwerkers und der außerhäuslichen Erwerbstätigkeit etwa einer Angestellten oder Arbeiterin unterscheidet. Für all diese Fragen spielt die Zahl und das Alter der Kinder eine Rolle. Es werden deshalb die genannten Auszählungen der Haushalte und Familien noch erweitert um solche nach der Zahl der Kinder verschiedener Altersgruppen.

Ferner werden Auszählungen nach Eheschließungsjahr und Heiratsalter in die Familienstatistik mit einbezogen.

⁴⁾ Siehe hierzu Schubnell, H.: Zahl und Struktur der Haushalte und Familien in „WiSta“, Heft 11, November 1959, S. 593 ff.

Steht bei der Haushalts- und Familienstatistik zunächst die Ermittlung dieser beiden für die menschliche Gemeinschaft wichtigsten Gruppen im Vordergrund, so lassen sich die dabei zu gewinnenden Erkenntnisse auch individualstatistisch verwenden, so z. B. für die aktuellen Fragestellungen, in welcher Art von Haushalten die über 65 Jahre alten Menschen leben, wie es wirklich mit den so viel zitierten „Schlüsselkindern“ steht, wie das Verhältnis bei den 15- bis 18jährigen Jugendlichen zwischen Ausbildung und Erwerbstätigkeit je nach Art des Haushalts oder der Familie, der sie angehören, aussieht usw. Diese Verbindung von individual- und gruppenstatistischer Betrachtung verspricht wesentliche und neue Erkenntnisse zu liefern, die u. a. für die sozialpolitische Diskussion solcher Fragen nützlich sein können.

Die Aufbereitung der Haushalts- und Familienstatistik erfolgt in Anbetracht der Schwierigkeit, die mit der Bildung von Typen, der Abgrenzung der Familien voneinander und der vielfachen sachlichen Gliederungen und Kombinationen verbunden sind, repräsentativ mit einer Auswahl von 10 vH. Die Auswahl wird nach Zählbezirken vorgenommen. Es kommen rund 65 000 Zählbezirke mit etwa 1,9 Millionen Haushalten und 5,6 Millionen Personen in die Auswahl. Die in Anstalten befindlichen Ein- und Mehrpersonenhaushalte werden bei der repräsentativen Aufbereitung entsprechend berücksichtigt.

13. Heiratsalter, Ehedauer und Zahl der Kinder

Statistiken, die Aufschlüsse über die Zahl der geborenen Kinder und über Veränderungen im Fortpflanzungsverhalten der Bevölkerung vermitteln, stützen sich hauptsächlich auf die laufende Feststellung der Geburten nach den verschiedensten Merkmalen von Eltern und Kindern. Der Wert dieser Ergebnisse, die immer nur für einen kleinen Beobachtungszeitraum gelten, ist jedoch gerade deshalb begrenzt. Dazu kommt für die Jahre zwischen den Volkszählungen der Mangel an ausreichend gegliederten Bevölkerungszahlen zur Berechnung von Maßzahlen. Es liegt daher nahe, auch Volkszählungen für solche statistischen Feststellungen zu benutzen. Das Gerüst der dabei auch bei früheren Zählungen angefallenen Tabellen bildete der Nachweis der verheirateten Frauen nach dem Heiratsalter, der Ehedauer und der Zahl der in der bestehenden Ehe geborenen Kinder.

Die gleichen Erhebungen, erweitert um eine Frage nach dem Geburtsjahr aller ehelich Lebendgeborenen und um eine Frage an die Verheirateten danach, ob es sich um die erste Ehe handele, sollten auch bei der jetzigen Volkszählung erfolgen. Die Fragen nach der Ordnungsnummer der Ehe, nach Zahl und Geburtsjahren der Kinder wurden jedoch bei der parlamentarischen Behandlung des Volkszählungsgesetzes gestrichen, obwohl keine Schwierigkeiten bei der Probeerhebung aufgetreten waren. Wegen dieser Streichungen sind Nachweisungen über die lebendgeborenen Kinder in den Familien im Gegensatz zu früher nicht mehr möglich. Diese Informationslücke kann auch nicht durch die Ergebnisse der Familienstatistik geschlossen werden, weil diese nur die in der Familie lebenden Kinder nachweist, nicht aber auch die bereits verstorbenen, verheirateten oder weggezogenen. Die Familienstatistik, welche die Ehen u. a. auch nach der Ehedauer sowie nach dem Alter, der Religionszugehörigkeit und der sozialen Stellung der Ehegatten nachweisen wird, ist jedoch wichtig als Bezugsgrundlage für die nach den gleichen Merkmalen ausgezählten Geburten in den Jahren 1960 bis 1962, so daß durch die Volkszählung wenigstens eine gründlichere Analyse der gegenwärtigen Geburtenhäufigkeit ermöglicht wird.

IV. Aufbereitung des Materials und Bereitstellung von Ergebnissen

1. Ablauf und Termine der Aufbereitung

Für die Aufbereitung der Volks- und Berufszählung ist der Einsatz elektronischer Datenverarbeitungsanlagen in den Statistischen Landesämtern vorgesehen. Die bei der Volkszählung anfallenden großen Materialmengen — da für jede

Person eine Lochkarte angelegt wird, handelt es sich um rund 56 Millionen Individualkarten — werden von einer solchen Anlage in weit kürzerer Zeit als von den konventionellen Maschinen verarbeitet. Weitere Vorteile bestehen darin, daß die sachliche und regionale Gliederung des Tabellenwerkes in ungleich größerem Umfang als bei früheren Zählungen möglich ist und die rechnerische und sachliche Abstimmung der Ergebnisse weitgehend von der Maschine geleistet wird⁵⁾.

Die Umsetzung der Auswertungswünsche in das der Maschine einzugebende „Programm“ setzt eine sehr langwierige und schwierige Denkarbeit, ein alle Einzelheiten planendes Festlegen des maschinellen Ablaufs voraus. Das bedeutet — und hier liegt ein wesentlicher Unterschied gegenüber der Aufbereitung früherer Zählungen — daß schon Monate vor dem Zählungstichtag die Programmierung, d. h. die Aufstellung der Tabellen endgültig und unabänderlich festgelegt sein muß, daß es also nicht möglich ist, während der Aufbereitung noch irgendwelche Änderungen vorzunehmen. Diese andersartigen Voraussetzungen waren bei der Entscheidung über den sachlichen Inhalt der Zählung und ihre organisatorische Vorbereitung zu berücksichtigen. Dem Zwang der frühzeitigen Festlegung auf ein Grundprogramm steht die mit der erhöhten Kapazität der Datenverarbeitungsanlage verbundene größere Freiheit in den Merkmalskombinationen und in der Speicherung von Angaben auf Summenkarten gegenüber. Das bewirkt eine gegenüber früheren Zählungen andersartige Stufung und Verzahnung des bei der Aufbereitung zu gewinnenden Materials.

Der Zeitpunkt, zu dem Ergebnisse zur Verfügung stehen werden, läßt sich endgültig noch nicht bestimmen, jedoch ist damit zu rechnen, daß Zahlen über die Bevölkerung in den Zählbezirken und Gemeinden etwa ab Frühjahr 1962 vorliegen; die ersten Tabellen in umfangreicherer sachlicher Gliederung werden Ende 1962 verfügbar sein. Die elektronischen Datenverarbeitungsanlagen werden dann allerdings — und auch hier liegt ein Vorteil gegenüber früher verwendeten Maschinen — das sehr umfangreiche Tabellenprogramm in verhältnismäßig kurzer Zeit im Laufe des Jahres 1963 liefern können. Die Ergebnisse der Haushalts- und Familienstatistik, die zentral aufbereitet werden, sind in der zweiten Hälfte des Jahres 1963 zu erwarten.

2. Regionalstatistisches Programm

Bedingt durch die Erhebungstechnik und den Bedarf der öffentlichen Verwaltungen und politischen Instanzen an Zahlenmaterial, steht die regionale Gliederung der Ergebnisse nach den administrativen Einheiten der inneren Verwaltung (Regierungsbezirke, Kreise, Gemeinden) traditionsgemäß im Vordergrund. Um die strukturellen Verhältnisse in den Gemeinden besser übersehen zu können, ist ferner eine Zusammenfassung von Gemeindeergebnissen nach „Gemeindarten“ vorgesehen. Darunter ist die schon bisher übliche Gruppierung der Gemeinden nach der Zahl ihrer Einwohner (Gemeindegrößenklassen) zu verstehen, jetzt aber bei den kleineren Gemeinden ergänzt durch das weitere Merkmal des Anteils der land- und forstwirtschaftlichen Bevölkerung. Auf diese Weise soll dem Umstand Rechnung getragen werden, daß durch die wirtschaftliche Entwicklung der letzten Jahrzehnte ein großer Teil der kleinen Gemeinden keinen agrarischen Charakter mehr hat. Diese werden als besondere Gemeindeart mit ihren sozialen und wirtschaftlichen Eigenheiten nachgewiesen.

Die administrative Gliederung des Bundesgebietes ist historisch entstanden und zerschneidet häufig echte Zusammenhänge. Ein Nachweis der Ergebnisse allein nach dieser Gliederung kann daher nicht immer befriedigen. Auf der anderen Seite gibt es jedoch, je nach Fragestellung, Zielsetzung und Verwendungszweck, so viele andere Möglichkeiten für eine räumliche Gliederung des Bundesgebietes, daß sie die Statistik nicht alle berücksichtigen kann. Um dieser Schwierigkeit zu begegnen, werden in größerem Umfang als bisher Gemeindeergebnisse auf Lochkarten zur Verfügung stehen.

⁵⁾ Siehe hierzu Dennukat, G.: Vorbereitung und Organisation des Zählungswerkes 1960/62 in „WiSta“, Heft 7, Juli 1960, S. 396.

Durch entsprechende Zusammenfassung dieser Gemeindeergebnisse kann dann verhältnismäßig leicht das für Gemeinden vorgesehene Programm auch für beliebige mehrere Gemeinden umfassende Räume verwirklicht werden. Es bestehen somit auch die Voraussetzungen für eine Darstellung der Zählungsergebnisse nach Naturräumen, Stadtregionen und Wirtschaftsräumen.

Die naturräumliche Gliederung des Bundesgebiets ist unter Heranziehung geographischer Merkmale bereits bei der Volkszählung 1950 verwendet (StBD, Bd. 35, Heft 7 und 9, S. 17 ff.) und auf Grund neuerer Forschungsergebnisse weiter verbessert worden. Die Bildung von Stadtregionen knüpft an den Gedanken an, daß Stand, Entwicklung und Struktur der Bevölkerung in den größeren Städten nicht mehr allein an den Daten für diese Städte gemessen werden können, sondern daß auch das Umland in die Betrachtung einbezogen werden muß.⁶⁾ Die wirtschaftsräumliche Gliederung, welche im Zentralausschuß für deutsche Landeskunde entstanden ist, teilt das Bundesgebiet nach Merkmalen der Wirtschaftsstruktur auf.

Bei der Abgrenzung der Stadtregionen und Wirtschaftsräume, an der Vertreter der Raumforschung, Landesplanung, Geographie und Statistik mitgewirkt haben, handelt es sich noch um Versuche. Um Mißverständnissen vorzubeugen, ist daher ausdrücklich zu betonen, daß den genannten Räumen keinerlei amtliche Bedeutung zukommt. Die amtliche Statistik kann hier durch die Bereitstellung neuerer Unterlagen lediglich Hilfestellung für die weiteren Arbeiten und für die Überprüfung der bisherigen Konzepte leisten.

Für die Regierungsbezirke und Kreise sind aus dem Volkszählungsprogramm die ausführliche Gliederung der Bevölkerung nach dem Alter in Kombination mit dem Familienstand, die ausführliche Gliederung der Bevölkerung nach der Religionszugehörigkeit, der Nachweis der Bevölkerung nach der Staatsangehörigkeit und der Nachweis der Haushalte nach der Personenzahl zu erwarten.

Für die Gemeinden geht das Programm erheblich über den früheren Umfang hinaus. Um z. B. den Altersaufbau zu zeigen, werden Auszählungen nach Fünfjahresgruppen vorgenommen. Die Auszählungen nach weiteren Merkmalen der Volkszählung betreffen den Familienstand, die Religionszugehörigkeit (evang., röm.-kath., sonstige), die Vertriebenen- und Flüchtlingsgruppen und die Haushalte. Für die kreisfreien Städte unter den Gemeinden werden selbstverständlich dieselben Zahlen bereitstehen wie für die Landkreise. Sofern in den großen Städten auch Unterlagen für Stadtteile oder Stadtbezirke benötigt werden, sollen diese im gleichen Umfang wie für alle Gemeinden aufbereitet werden. Nach Gemeindearten fallen vor allem die Zahlen über die Bevölkerung nach Altersgruppen, Familienstand und Religionszugehörigkeit an.

Für ein Bild der im Berufszählungsteil ermittelten wirtschaftlichen Struktur der kleineren regionalen Einheiten interessiert in erster Linie nicht die berufliche, sondern die wirtschaftssystematische Gliederung der Erwerbsbevölkerung. Infolgedessen sind Auszählungen nach dem Beruf nur für Länder, in Zusammenfassung nach Berufsordnungen für Regierungsbezirke und Großstädte, und zwar jeweils in Kombination mit der Wirtschaftsgruppe, in der der Beruf ausgeübt wird, und mit der Stellung im Beruf vorgesehen. Nach Kreisen wird die Wohnbevölkerung nach der vorwiegenden Unterhaltsquelle in Kombination mit Alter und Familienstand und die Erwerbsbevölkerung nach Wirtschaftsunterabteilungen und der sozialen Stellung sowie nach breiten Altersgruppen ausgewiesen. Für jede einzelne Gemeinde werden ebenfalls ausführliche Daten über die Wohnbevölkerung nach der Unterhaltsquelle sowie weitgehende Gliederungen der Erwerbsbevölkerung nach Wirtschaftsunterabteilungen und für Wirtschaftsbereiche nach der Stellung im Beruf zur Verfügung stehen. Dabei versteht sich von selbst, daß in allen Fällen, in denen Gemeindeergebnisse zu erwarten sind, auch deren Aufsummierung zu Kreis- und Regierungsbezirksergebnissen er-

folgt. Für sämtliche Gemeinden werden auch die Aus- und Einpendler, unterschieden nach Berufspendlern und Ausbildungspendlern, ermittelt, erstere untergliedert nach 10 Wirtschaftsabteilungen. Der Nachweis der einzelnen Pendlerströme muß wegen der Fülle der Möglichkeiten von der Überschreitung einer Mindestzahl abhängig gemacht werden.

Schon dieser kurze Überblick, der nur Beispielcharakter hat und noch nicht die ganze Fülle und Reichhaltigkeit der regionalstatistischen Ergebnisse erkennen läßt, zeigt, daß hier wohl kaum etwas zu wünschen übrigbleibt. Diese Großzügigkeit im geplanten Tabellenprogramm ist nicht zuletzt auf den Einsatz der neuen Maschinen zurückzuführen, die so ausführliche Gliederungen mit relativ geringen zusätzlichen Kosten gestatten.

3. Bereitstellung der Ergebnisse

Der große Umfang des Tabellenprogramms, der durch die tiefe sachliche und regionale Gliederung und — in Wechselwirkung hiermit — durch die technischen Möglichkeiten bedingt ist, macht eine grundsätzliche Neugestaltung der Veröffentlichungsprinzipien erforderlich. Es fällt nämlich so viel tabellarisches Material an, wie gar nicht in üblicher Form gedruckt veröffentlicht werden kann. Die ausführlichen Gliederungen wären nutzlos, fände man nicht neue Wege, um sie der Öffentlichkeit zum Gebrauch bei auftretendem Bedarf in der Verwaltung, der Wissenschaft oder an anderen Stellen schnell und billig zur Verfügung zu stellen. Der technische Ablauf der Tabellenerstellung gibt nun die Möglichkeiten hierzu.

Die bei Verwendung der Datenverarbeitungsanlage anfallenden Summenkarten stellen die umfassendste Informationsquelle dar, aus der zu beliebigem Zeitpunkt zusätzliche Tabellierungen vorgenommen werden können. Der Summenkarte ist damit die Rolle der Maschinentabelle bzw. Liefertabelle alten Stils in erweiterter Form zugefallen. Die Doppelfunktion der Summenkarte, sowohl Basis für eine sofortige Tabellierung als auch Datenspeicher zu sein, ermöglicht ein rationelleres Verfahren bei der Gewinnung der Ergebnisse durch eine Staffelung des Aufbereitungssystems etwa in der Weise, daß rasch und von vielen Stellen gebrauchte Tabellen in das Veröffentlichungsprogramm einbezogen, andere dagegen zurückgestellt und erst auf Verlangen geliefert werden.

Die Veröffentlichung der Ergebnisse läßt sich daher auf ein Mindestveröffentlichungsprogramm abstellen, das ein in allen Ländern einheitliches Standardprogramm darstellt.

Über dieses Mindestveröffentlichungsprogramm gehen die in den Ämtern liegenden Nachschlagetabellen wesentlich hinaus. Sie werden die Grundlage für laufende Auskünfte sein, vor allem in einer tiefen regionalen Gliederung. Ihr Inhalt wird daher auf die besonderen regionalen Verhältnisse abgestimmt werden müssen. Über den Inhalt der Nachschlagetabellen hinausgehende Forderungen müssen durch ein Zusatzprogramm, das aus den Summenkarten zu erstellen ist, erfüllt werden.

Die Verbreiterung der Informationsmöglichkeiten und ihr stufenweiser Aufbau machen es erforderlich, daß die Bereitstellung und Veröffentlichung dieses außerordentlich umfangreichen Materials aus der Volks- und Berufszählung zwischen den Ländern und dem Statistischen Bundesamt stärker als früher koordiniert werden.

Mit dem gestiegenen Umfang der verfügbaren Information muß sich auch der Begriff der „Veröffentlichung“ in gewisser Weise wandeln. Neben die ausführlich gedruckte Tabelle muß der veröffentlichte Nachweis derjenigen Tabellen treten, die zur Auskunftserteilung bereitliegen. Ebenso muß auch ein Nachweis über Aufbau und Gliederung der Summenkarten veröffentlicht werden. Damit soll jeder Interessent in der Lage sein, die in den Summenkarten gespeicherten Informationen — allerdings gegen Kostenerstattung — ebenso zu benutzen, als wenn sie als riesiges Tabellarium voll veröffentlicht wären. Diese Quasi-Veröffentlichungen sparen erhebliche Druckkosten und tragen der Tatsache Rechnung, daß viele tiefege-

⁶⁾ Vgl. „Forschungs- und Sitzungsbericht der Akademie für Raumforschung und Landesplanung“, Band XIV, Raum und Bevölkerung: Stadtregionen in der Bundesrepublik Deutschland.

gliederte Statistiken nur verhältnismäßig selten, dann aber oft für wichtige eingehende Analysen, verwendet werden. Die Zählungsergebnisse sind damit in voller Breite und Tiefe für die Öffentlichkeit verfügbar — selbstverständlich immer innerhalb der durch die Geheimhaltungsvorschrift gezogenen Grenzen.

Mit der umfassenderen und zugleich differenzierteren sachlichen Information stellt sich die Frage einer ausreichenden fachlichen Interpretation und Analyse der Zählungsergebnisse sehr viel dringlicher als bei früheren Zählungen. Neben der

Bereitstellung der Ergebnisse wird es daher eine besondere Aufgabe der amtlichen Statistik sein, das Zählungsmaterial soweit nur möglich aufzuschließen und die gewonnenen Erkenntnisse in geeigneter Weise der Öffentlichkeit zugänglich zu machen sowie die Wissenschaft anzuregen, diese für viele Jahre einzige Informationsquelle über die demographischen, ökonomischen und sozialen Verhältnisse der Bevölkerung in der Bundesrepublik ausgiebig zu nutzen.

*Prof. S. Koller / Dr. Hermann Schubnell
Dr. Karl Schwarz / Dr. Hans Sperling*

Die allgemeine Arbeitsstättenzählung 1961

1. Zweck der allgemeinen Arbeitsstättenzählung

Wie bereits oben erwähnt, hat man von jeher aus zählungsorganisatorischen Gründen mit einer Volks- und Berufszählung auch eine Gesamtzählung der gewerblichen Betriebe sowie der sonstigen Einrichtungen, in denen Menschen tätig sind, verbunden, also eine sogenannte Arbeitsstättenzählung, die eine Inventuraufnahme vor allem für das gesamte Wirtschaftsleben darstellt.

Waren die Betriebs- bzw. Arbeitsstättenzählungen in früherer Zeit die einzige statistische Quelle für fast alle Bereiche der Wirtschaft, so haben sie nach dem zweiten Weltkrieg angesichts des zunehmenden Ausbaues von Spezialstatistiken nur noch ergänzenden Charakter, was eine wesentliche Verringerung ihres Umfanges ermöglicht hat. Nachdem bereits das Programm der Arbeitsstättenzählung 1950 gegenüber demjenigen früherer Zählungen eingeschränkt worden war, wird die kommende Arbeitsstättenzählung eine weitere Reduzierung bringen und daher nur eine Rahmenzählung mit einem relativ einfachen Frageprogramm sein. Ihr fallen vor allem vier Aufgaben zu:

- a) einen vollständigen Überblick über die Arbeitsstätten in ihrer fachlichen und regionalen Verteilung zu geben,
- b) im gewerblichen Bereich Zahl und Größe der Unternehmen sowie die unternehmensmäßigen Verflechtungen der Arbeitsstätten zu ermitteln,
- c) die Vollständigkeit von Teilerhebungen (einmalige und laufende) zu überprüfen,
- d) statistische Daten für Bereiche bereitzustellen, für die besondere Erhebungen nicht durchgeführt werden.

Eine besondere Bedeutung der Arbeitsstättenzählung liegt darin, daß sie in umfassender Form regional sehr tief gegliederte Ergebnisse liefert und damit Wünsche von Gemeinden, Kreisen, Raumplanungsbehörden, Marktforschungsinstituten sowie sonstigen Stellen erfüllen kann, die an Fragen der regionalen Wirtschaftsstruktur interessiert sind.

2. Bereich der Zählung

Ähnlich wie 1950 erstreckt sich die künftige Arbeitsstättenzählung auf sämtliche Wirtschaftsbereiche mit Ausnahme der Land- und Forstwirtschaft, für die eine besondere Zählung bereits Ende Mai 1960 stattgefunden hat. Die privaten Haushalte als Arbeitsstätten bleiben wie früher außer Betracht. Im übrigen soll aber durch die Arbeitsstättenzählung, wie oben schon angedeutet, ein Überblick über die Arbeitsstätten im weitesten Sinn geschaffen werden. Daher werden neben dem gewerblichen Bereich, also dem produzierenden Gewerbe, dem Handel, dem Verkehr, den Kreditinstituten und dem Versicherungsgewerbe auch freie Berufe jeder Art, private Organisationen ohne Erwerbscharakter sowie Behörden und öffentliche Einrichtungen in die Zählung einbezogen. Darüber hinaus ist dieses Mal vorgesehen, auch die privaten Arbeitsstätten und das zivile Personal innerhalb der Bundeswehr festzustellen. Im Gegensatz zu dem 1950 eingeschlagenen Verfahren sollen 1961 die Heimarbeiter und die diesen nach dem Heimarbeitergesetz gleichgestellten Personenkreise nicht von dem Verlegerbetrieb als Arbeitnehmer gemeldet

werden; sie sollen vielmehr grundsätzlich einen eigenen Arbeitsstättenbogen ausfüllen. Dabei wird bewußt in Kauf genommen, daß die Erfassung der Heimarbeiterbetriebe ohne fremde Hilfskräfte nicht ganz vollständig sein wird; da der Zähler im allgemeinen nur die erkenntlichen Arbeitsstätten erfassen wird.

3. Erhebungs- und Darstellungseinheit

Als Erhebungseinheit gilt bei der Arbeitsstättenzählung grundsätzlich die örtliche Einheit als die bei dem gegebenen Zählverfahren durch örtliche Zähler am klarsten abgrenzbare und augenfälligste Einheit. Als örtliche Einheit gilt das räumlich umgrenzte Grundstück oder der Grundstückskomplex, auf dem die beschäftigten Personen tätig sind. Somit muß für jede selbständige Arbeitsstätte, jede Hauptniederlassung, jede Zweigniederlassung, jede Werkstätte, jedes Büro usw., sofern in ihnen mindestens eine Person regelmäßig erwerbstätig ist, je ein Erhebungsbogen ausgefüllt werden. Dabei wird das Prinzip der örtlichen Einheit möglichst streng innegehalten, d. h. örtlich getrennte Betriebsteile wie Lagerplätze und dergleichen erhalten auch dann einen besonderen Fragebogen, wenn sie in der Nähe des Hauptbetriebes liegen. Dies ergibt sich schon aus der Erhebungsorganisation, da man die Zusammenfassung oder Trennung solcher Einheiten nicht von den Zufälligkeiten der Abgrenzung der Zählbezirke abhängig machen kann. In gewisser Hinsicht liegt die strenge Anwendung des Prinzips der örtlichen Einheit auch im Sinne des Zählungszwecks, der ja u. a. auf die Erstellung regional fein gegliederter Ergebnisse gerichtet ist, wobei in manchen Fällen auch an eine Darstellung nicht nur nach Gemeinden, sondern auch nach Gemeindeteilen (Stadtbezirken) gedacht ist. Im Interesse derartiger Ergebnisse werden 1961 auch die Behörden-Arbeitsstätten im Gegensatz zu 1950 streng nach dem Grundsatz der örtlichen Einheit erfaßt.

Außer der örtlichen Einheit (Arbeitsstätte) ist bei der Darstellung der Ergebnisse das Unternehmen als zweite Einheit vorgesehen, das entweder mit der Arbeitsstätte identisch ist (Einbetriebsunternehmen) oder mehrere Arbeitsstätten umfaßt (Haupt- und Zweigniederlassungen = Mehrbetriebsunternehmen). Die Angaben über das Unternehmen, insbesondere auch über seine fachliche Zuordnung, werden bei den Hauptniederlassungen erfragt.

Die Behörden, ebenso wie die Bundesbahn, die Bundespost und die Bundeswehr werden nicht auf dem allgemeinen Erhebungsweg über den regulären Zähler, sondern mit Hilfe von verschiedenen Sonderregelungen erfaßt, um den besonderen Verhältnissen dieser Institutionen Rechnung zu tragen.

4. Die Systematik der Arbeitsstättenzählung

Um den seit 1950 eingetretenen wirtschaftlichen Veränderungen auch in systematischer Hinsicht Rechnung zu tragen, wurde das damalige Systematische Verzeichnis der Arbeitsstätten einer Revision unterzogen und zu einer Systematik der Wirtschaftszweige ausgebaut, die als allgemeine Systematik (Grundsystematik) für die Klassifizierung aller wirtschaftlichen Institutionen in den verschiedensten Statistiken gedacht ist. Zu diesem Zweck ist sie sehr tief gegliedert. Neben dieser Grundsystematik sind für bestimmte Erhebungen abgeleitete Spezialsystematiken erforderlich,

die den Eigenarten dieser Erhebungen angepaßt sind. Auch für die Arbeitsstättenzählung als Rahmenezählung mit ihrem verhältnismäßig einfachen Frageprogramm ist eine solche abgeleitete Systematik erstellt worden, bei der in erheblichem Umfang Positionen der Grundsystematik zusammengefaßt wurden. Während die Zahl der Positionen in den Abteilungen, Unterabteilungen und Gruppen praktisch unverändert geblieben ist, wurden die Untergruppen und vor allem die Klassen stark zusammengefaßt. So sind die Klassen als kleinste Einheiten auf zwei Drittel ihrer bisherigen Zahl, d. h. von rund 900 auf etwa 600 in der Arbeitsstätten-systematik reduziert worden.

5. Frageprogramm

Der Fragebogen der Arbeitsstättenzählung enthält zunächst eine Reihe allgemeiner Fragen, die die richtige Zuordnung der betreffenden Arbeitsstätten bzw. des betreffenden Unternehmens ermöglichen sollen. Hierzu gehören vor allem die Fragen nach der ausgeübten Tätigkeit bzw. dem Aufgabenbereich der Arbeitsstätte. Diese Fragen, die nach den Gegebenheiten der verschiedenen Bereiche (produzierendes Gewerbe, Handel, Transport, Vermittlung, Dienstleistungen, Behörden, Organisationen ohne Erwerbscharakter u. dgl.) variiert sind, sollen der fachlichen Zuordnung der Arbeitsstätten dienen. Liegen mehrere Tätigkeiten vor bzw. erstreckt sich die Tätigkeit der Arbeitsstätte auf mehrere Gewerbegebiete (Fleischerei und Gastwirtschaft, Maschinenbau und Eisengießerei u. dgl.), so hat die Arbeitsstätte die überwiegende Tätigkeit (den wirtschaftlichen „Schwerpunkt“) anzugeben. Auf die Festlegung eines Maßstabes für die Ermittlung des Schwerpunktes (Beschäftigtenzahl, Umsatz, Reingewinn oder dgl.) ist nach längeren Überlegungen verzichtet worden, weil es keinen für alle Bereiche gültigen und statistisch anwendbaren Maßstab gibt. Während z. B. die Zahl der Beschäftigten im produzierenden Gewerbe häufig den zweckmäßigsten Maßstab darstellt, kann man hiermit im Handel kaum zu einer richtigen Zuordnung kommen. Die Selbstzuordnung der Meldepflichtigen dürfte im großen und ganzen bei einer Zählung mit einfacher Fragestellung die geringste Fehlermöglichkeit enthalten. Weitere Fragen dieser Art beziehen sich auf die Eintragung in die Handwerksrolle sowie die etwaige Heimarbeitereigenschaft des Inhabers, da die Handwerks- und Heimarbeitbetriebe in den Ergebnissen gesondert ausgewiesen werden. Die Fragen nach der Zugehörigkeit zur Industrie- und Handelskammer sowie der Beteiligung am Industrie- und Baubericht dienen dagegen der Kontrolle der fachlichen Zuordnung der Arbeitsstätten und Unternehmen.

Im Mittelpunkt des Frageprogramms steht die Frage nach den beschäftigten Personen der Arbeitsstätten. Wie bei früheren Zählungen wird die Zahl der Beschäftigten, untergliedert nach Geschlecht und Stellung im Betrieb, erfragt. Dabei werden die tätigen Inhaber, die mithelfenden Familienangehörigen, die Beamten, Angestellten, Arbeiter sowie die Nachwuchskräfte gesondert — jeweils gegliedert nach dem Geschlecht — ermittelt. Auf die 1950 vorgenommene weitere Aufteilung der Arbeiter (nach gelernten, angelernten und ungelernten) und der Nachwuchskräfte (nach kaufmännischen Lehrlingen, gewerblichen Lehrlingen sowie Anlernlingen usw.) wurde dieses Mal verzichtet, da sich diese aus den Spezialzählungen (Handels- und Gaststättenzählung, Handwerkszählung usw.) ergibt. Dagegen wurden für alle genannten Kategorien, abgesehen von den Lehrlingen, die Teilbeschäftigten gesondert erfragt, d. h. diejenigen Personen, die in der betreffenden Arbeitsstätte mit einer kürzeren als der betriebsüblichen Arbeitszeit eingestellt sind. Diese erstmalig gestellte Frage soll eine bessere Auswertung der gewonnenen Beschäftigtenzahlen ermöglichen und ein Bild vermitteln, wo und in welchem Umfange eine Teilbeschäftigung (z. B. Halbtagsbeschäftigung) zur Überwindung der Knappheit an Arbeitskräften üblich ist.

Ein weiterer wichtiger Fragenkomplex betrifft die Niederlassungsart (einzige Niederlassung, Haupt- oder

Zweigniederlassung der Firma). Diese Frage soll vor allem der Aufbereitung nach Unternehmen dienen und eine Durchleuchtung der Struktur der Unternehmen ermöglichen. Ist die meldende Arbeitsstätte die einzige der Firma, so sind Arbeitsstätte und Unternehmen identisch. Handelt es sich um eine Hauptniederlassung, so wird nach den einzelnen Zweigniederlassungen mit ihrem Sitz, ihrem Gewerbegebiet und der Zahl der Beschäftigten gefragt, damit eine Beschäftigtenzahl für das Gesamtunternehmen erstellt werden kann. Zur besseren fachlichen Zuordnung des Gesamtunternehmens wird noch nach dessen wirtschaftlichem Schwerpunkt gefragt; die entsprechende Angabe kann anhand der einzelnen Angaben für die Hauptniederlassung und für die Zweigniederlassungen kontrolliert werden. Ist die meldende Arbeitsstätte die Zweigniederlassung einer Firma, so ist außerdem nach Namen, Sitz und Geschäftszweig des gesamten Unternehmens gefragt, was auch für die Darstellung der Zusammenhänge zwischen Unternehmen und Arbeitsstätten wichtig ist.

Aus soziologischen und rechtspolitischen Gründen wird auch wieder nach der Rechtsform des Unternehmens gefragt. Ihre Ermittlung ist auch für Vergleiche mit der Bilanzstatistik der Aktiengesellschaften und für die Abgrenzung des Unternehmenssektors gegenüber dem öffentlichen Bereich und den Organisationen ohne Erwerbscharakter wichtig. Auf einen dringenden Wunsch des Bundesministeriums für Vertriebene geht die Ermittlung der Unternehmen von Vertriebenen und Sowjetzonenflüchtlingen zurück. Dabei wird zwischen Inhabern des Bundesvertriebenenausweises (A oder B) und des Bundesflüchtlingausweises (C) zwecks besonderer Ausweisung dieser beiden Geschädigtenkategorien unterschieden.

Schließlich enthält der Arbeitsstättenbogen Fragen nach dem Vorhandensein von Transportmitteln und Verkehrseinrichtungen. Diese Angaben dienen teils der Gewinnung von Anschriftenmaterial für den Verkehrszensus von 1962, zum Teil sollen sie auch bereits Ergebnisse für diesen Zensus liefern.

Im ganzen ist das Frageprogramm gegenüber der Zählung von 1950 wesentlich verkürzt worden, womit eine spürbare Entlastung der Befragten verbunden ist. Es fallen gegenüber 1950 u. a. fort: die Fragen nach dem Umsatz, die besondere Nachweisung der beschäftigten Heimatvertriebenen, der Schwerbeschäftigten, der Knappschaftsvollrentner sowie die Spezialfragen für den Groß- und Einzelhandel. Auch auf die Ermittlung der Kapitalausstattung und der Beteiligung der öffentlichen Hand wird verzichtet.

6. Darstellung der Ergebnisse

Durch das Frageprogramm ist das Tabellenprogramm seinem sachlichen Inhalt nach bestimmt. Von den Fragen abgesehen, die Kontrollzwecken dienen sollen, werden alle Angaben aufbereitet. Das für die Auswertung der Arbeitsstättenbogen vorgesehene Tabellenprogramm gliedert sich in Tabellen zur Nachweisung von **A r b e i t s s t ä t t e n** und in solche für **U n t e r n e h m e n**. Beide Gruppen werden ergänzt durch Übersichten, in denen die **Z u s a m m e n h ä n g e** zwischen Arbeitsstätten und Unternehmen dargestellt werden. Hier wird beispielsweise nachgewiesen, inwieweit die Unternehmen der Wirtschaftsgruppe Maschinenbau Niederlassungen im Maschinenbau und inwieweit sie Niederlassungen haben, die zu anderen Gruppen gehören, z. B. zum Fahrzeugbau, zur Eisengießerei und dergleichen. Damit wird ein Bild der größeren oder geringeren Homogenität der Unternehmen einer Wirtschaftsgruppe gewonnen. Auch die länderspezifische Streuung der Niederlassungen wird dargestellt.

Sowohl bei den Arbeitsstätten-Tabellen wie bei den Tabellen für Unternehmen sind Gliederungen nach Größenklassen vorgesehen. Als Maßstab für die Größe der Arbeitsstätten bzw. Unternehmen gilt die Zahl der Beschäftigten. In allen Tabellen mit Größenklassengliederung wird anstelle des 1950 angewandten zehnstufigen Größenklassenschemas eine Gliederung von 14 Schwellen zugrunde gelegt. Diese Verfeinerung bezieht sich einerseits auf die oberen, andererseits auf die unteren Stufen.

Dr. Werner Anton

Die wohnungsstatistischen Feststellungen 1961

Neue statistische Anforderungen

Die Wohnungswirtschaft der Bundesrepublik befindet sich mitten in einer Übergangsphase. Die ärgste Wohnungsnot ist behoben und das noch vorhandene Wohnungsdefizit wird rasch abgebaut. Damit konnte begonnen werden, die Wohnungsversorgung der Bevölkerung in marktwirtschaftliche Formen überzuleiten. Im Zuge dieser Entwicklung wenden sich Haushalte und Wohnungspolitik stärker der Frage der Qualität der Wohnungen zu. Die Grundforderung: Jedem Haushalt eine Wohnung, wird dahingehend erweitert, daß jeder Haushalt eine Wohnung finden soll, die seinen Ansprüchen an Größe und Ausstattung, aber auch seiner Zahlungsfähigkeit gerecht wird, und die außerdem nach Möglichkeit allgemeinen sozialpolitischen Vorstellungen von dem wünschenswerten minimalen Wohnungsstandard entspricht. Dieses wiederum wird es notwendig machen, einen Teil des Wohnungsbestandes zu verbessern oder zu erneuern und einen Teil der deutschen Gemeinden baulich zu sanieren.

Viele Fragen, die mit dem beginnenden Abbau der Wohnungswirtschaft und dem stärkeren Wirksamwerden marktwirtschaftlicher Faktoren an die Statistik gerichtet wurden, sind durch die Wohnungszählung 1956 und vor allem durch die daran anschließende 1 vH-Zusatzerhebung 1957 beantwortet worden. Bei der Aufbereitung der 1 vH-Zusatzerhebung 1960 wird neben den schon 1957 untersuchten Zusammenhängen zwischen Wohnungsgröße und -belegung, Wohnungswünschen und -bedarf sowie Mietzahlungsfähigkeit und -bereitschaft ihrer Bewohner verstärkt auf die Darstellung der qualitativen Abstufung des Wohnungsbestandes eingegangen. Es wäre erwünscht gewesen, im Rahmen der Volks- und Berufszählung 1961 die Qualität des Wohnungsbestandes noch besser zu durchleuchten und auch Zahlen zu erhalten, die regional stärker gegliedert sind als die auf Gemeindegrößenklassen beschränkten Ergebnisse der 1 vH-Wohnungserhebungen, jedoch hat zur Entlastung des Zählungswerks hierauf verzichtet werden müssen. Die wohnungsstatistischen Feststellungen im Rahmen der Volks- und Berufszählung 1961 sind auf Ermittlungen über die Gebäude beschränkt. Die Zahl der Gebäude wurde letztmalig 1950 festgestellt und wird nur höchst notdürftig fortgeschrieben. Es fehlt aber vor allem an Unterlagen über den baulichen Zustand und die sanitäre Ausstattung des Gebäudebestandes. Ob die Wohnhäuser beispielsweise an die Kanalisation angeschlossen sind, ob für jede Wohnung ein eigenes WC vorhanden ist, wie es um die Wasserversorgung steht, in welchem baulichen Zustand sich vor allem die älteren Gebäude befinden — darüber sind allenfalls grobe Schätzungen vorhanden. Zahlreiche wohnungspolitische Fragen lassen sich aber nur an Hand einer Übersicht über den gesamten Bestand an Wohngebäuden mit seinen vielfältigen Merkmalen klären. Sowohl die Stadterneuerung, die Sanierung bestimmter Bezirke innerhalb der Gemeinden und die allgemeine Hebung des Wohnstandards durch bauliche Maßnahmen berühren in erster Linie die Gebäude mit allen oder doch den meisten der darin liegenden Wohnungen.

Gebäudezählung statt Wohnungszählung

Die notwendigen Feststellungen über die Gebäude mit der allgemeinen Volks- und Berufszählung zu verbinden, bot sich schon deshalb an, weil allein aus organisatorischen Gründen bei der Zählung jedes Grundstück aufgesucht und für jedes bewohnte Gebäude ein Verzeichnis der darin liegenden Wohnungen, eine Gebäudeliste, angelegt werden muß. Die „wohnungsstatistischen Feststellungen“ 1961 stellen aber im Gegensatz zu allen früheren Erhebungen keine Wohnungszählung dar, sondern sind auf eine Gebäudezählung beschränkt worden. Die Zählung erstreckt sich auch nur auf die etwa 8 bis 9 Mill. bewohnten Gebäude. Für Bürohäuser, Schulen, Werkhallen und dgl., in denen sich keine Wohngelegenheiten befinden, werden dagegen keine Gebäudelisten angelegt. Die Auskünfte werden von den Gebäude-

eigentümern oder ihren Vertretern und nicht von den Inhabern der einzelnen Wohnungen eingeholt. Die Zählung knüpft damit eher an bestimmte Teile der Wohnungszählung 1950 als an die letzte umfassende Wohnungserhebung von 1956 an.

Die Gebäudeeigentümer sollen zunächst eine ins einzelne gehende Beschreibung ihres Gebäudes geben und dann die im Gebäude vorhandenen Wohnungen und Arbeitsstätten einzeln aufzählen. Sofern der Gebäudeeigentümer nicht auf seinem Grundstück wohnt, werden die Angaben im allgemeinen bereits einige Monate vor dem Zählungstichtag beschafft, so daß sich der Zähler, der diese ausgefüllte Gebäudeliste dann für die „Volkszählung“ am 6. Juni in Händen hat, in dem Gebäude zurechtfinden und in allen Wohnungen die Zählpapiere der Volks- und Berufszählung austeilern kann. Diese Gebäudevorerhebungen laufen inzwischen in zahlreichen Gemeinden.

Für die wohnungsstatistischen Feststellungen ist die Gebäudeliste jedoch nicht als Leit- und Kontrollpapier, sondern in ihrer Funktion als Erhebungsbogen wichtig. So werden zur Gebäudebeschreibung neben den auch bei früheren Zählungen üblichen Angaben über die Art des Gebäudes, die Geschoszahl und das Baualter weitergehende Auskünfte über die Bauart, die Bedachung, die Wasserversorgung, die Abwässerung und Fäkalienbeseitigung und über die sanitären Verhältnisse eingeholt. Damit stehen für jedes bewohnte Gebäude eine Reihe von Angaben zur Verfügung, die als Indikatoren für die „Qualität“ der einzelnen Bauwerke ausgewählt wurden. Die Einzelangaben selbst sind dabei nicht einmal entscheidend, sondern ihr jeweils nach Bauperioden typischer Zusammenhang.

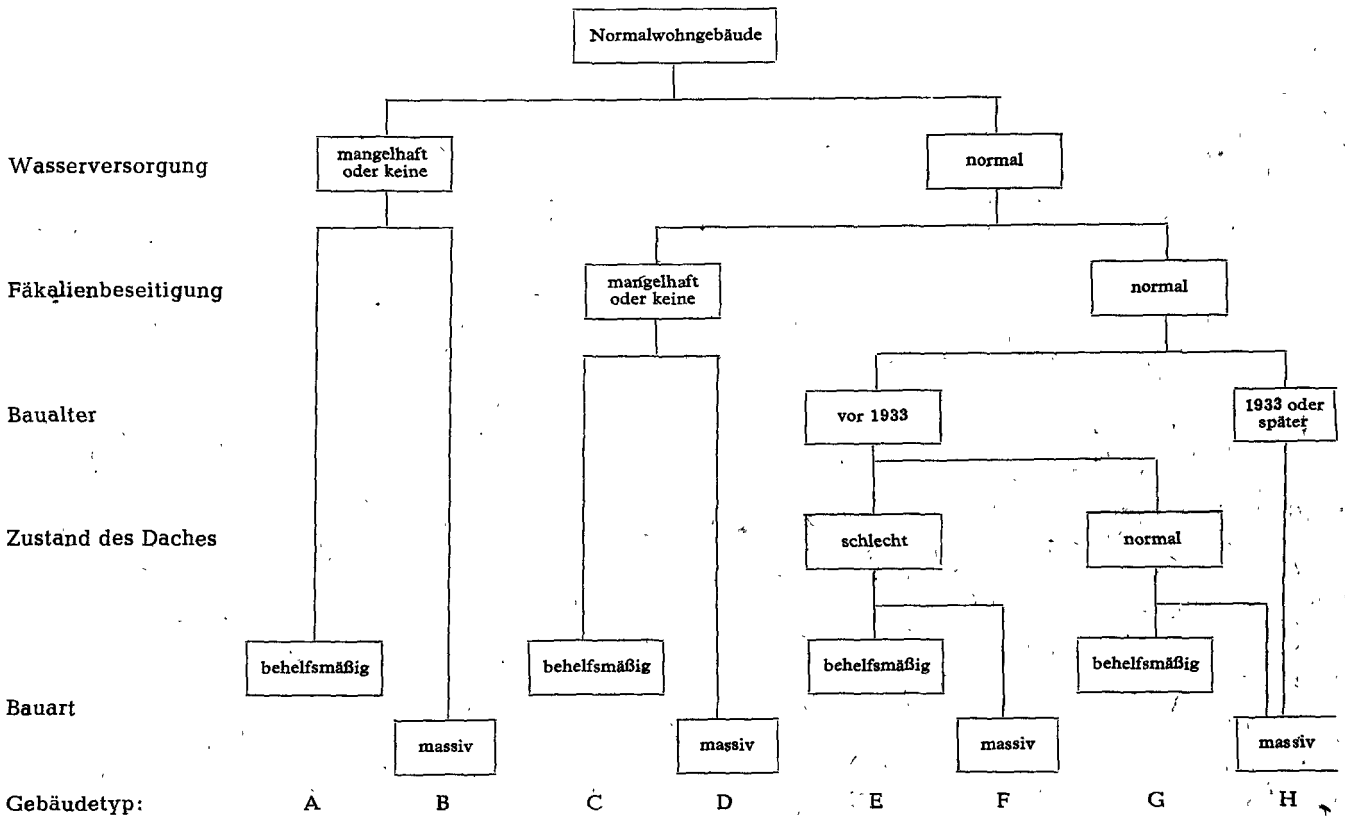
Am schwierigsten war zu entscheiden, was als Indiz für den Erhaltungszustand des gesamten Gebäudes benutzt werden könnte. Nach reiflichen Überlegungen entschloß man sich, vom Zustand des Daches auszugehen und zunächst einmal das Material der Dachhaut zu erfragen, jedoch ergänzend hierzu festzustellen, wann das Dach letztmals gedeckt bzw. vollständig erneuert worden war. Hardtdächer einerseits und Weichdächer andererseits (z. B. Pappe auf Holz) haben eine jeweils ganz bestimmte unterschiedliche Lebensdauer. Wird diese überschritten, treten u. U. Schäden für das ganze Gebäude ein. Auch kann dann vermutet werden, daß das Gebäude im ganzen nicht gut gehalten wird. Kombiniert man also die Angaben über die Dachhaut mit den Angaben über die Zeitspanne, die seit der Errichtung des Gebäudes oder nach der letzten völligen Überholung des Daches verflissen ist, so läßt sich herausarbeiten, ob das Gebäude in einem guten Pflegezustand ist oder nicht.

Bildung von qualitätsbezogenen Gebäudetypen

Für die Auswertung kommt es darauf an, die einzelnen Daten so miteinander zu kombinieren, daß sich einige wenige Gruppen ergeben, in die sich alle Gebäude je nach ihrer Beschaffenheit einreihen lassen und die zugleich eine gewisse gegenseitige qualitative Abstufung ergeben. In enger Zusammenarbeit zwischen Statistikern und Bausachverständigen sind für die wohnungsstatistischen Feststellungen acht qualitätsbezogene „Gebäudetypen“ erarbeitet worden. Hierbei werden die Angaben über die Bauart, Art und Zustand der Bedachung sowie die Wasserversorgung und die Abwässerbeseitigung miteinander kombiniert.

Je nach dem Alter der Gebäude haben einzelne dieser Faktoren ein unterschiedliches Gewicht. Auf die Zusammenhänge zwischen Art der Dachhaut, Baualter und Zeitpunkt der letzten Überholung ist bereits hingewiesen worden. Ähnliche Zusammenhänge ergeben sich zwischen den einzelnen Faktoren der Bauart. Es liegt auf der Hand, daß ein Fachwerkhäuser, das nicht unterkellert ist, im allgemeinen eine kürzere Lebensdauer aufweist als ein vollunterkellertes Steinhaus, und es ist auch ein Unterschied, ob ein vor mehr als 25 Jahren errichteter Holzbau zu ebener Erde oder auf einem Keller errichtet wurde. Die Lebensdauer beider Bauwerke ist unter

Verfahren für die Bildung qualitätsbezogener Gebäudetypen



gleichen Umständen verschieden, und gleichaltrige Bauwerke der hier beschriebenen Eigenschaften sind zweifellos von unterschiedlichem Zustand.

Es würde hier zu weit führen, den Prozeß der Typenbildung aus Einzelangaben näher darzustellen; das vorstehende Schema dürfte ihn aber verständlich machen.

Da hierbei mehrere Entscheidungen nacheinander zu fällen sind, die eindeutig von bestimmten objektiven Einzelangaben abhängen, können die Gebäudetypen unabhängig von der eigentlichen Erhebung bei der späteren Aufbereitung gebildet werden. Die Gebäude werden also weder vom Gebäudeeigentümer noch vom Zähler noch vom Statistischen Landesamt „bewertet“, sondern aus der Kombination von Einzelangaben in der für jedes Gebäude angefertigten Lochkarte wird nachträglich bei der Aufbereitung mit Hilfe einer elektronischen Tabelliermaschine jedes Gebäude auf Grund des objektiven Befundes einem bestimmten Typ zugeteilt. Damit ist jedes subjektive Ermessen bei der Erhebung und bei der Aufbereitung ausgeschlossen; die Kritik könnte sich nur auf die im Vorwege gemeinsam mit den Bausachverständigen erarbeiteten Typen beziehen.

Bei der Auswertung werden nun weitere Angaben im Erhebungsbogen über die Art des Gebäudes, d. h. also ob Einfamilienhaus, Mehrfamilienhaus, Bauernhaus u. dgl. sowie über das Baualter und die Geschözzahl mit den betreffenden Gebäudetypen kombiniert. Es ist auch jederzeit möglich, neben der Zusammenfassung zu Gebäudetypen die qualifizierenden Einzelangaben für sich auszuwerten. Dadurch ergibt sich eine größere Anschaulichkeit, aber auch eine größere Wendigkeit als bei allen bisherigen Zählungen. Dies ist nur möglich, weil für das Zählungswerk 1961 Maschinen zur Verfügung stehen, die einen Teil des komplizierten Prozesses, der früher bei der Bearbeitung der Einzelbogen zu leisten war, mit übernehmen. Ihre Durchlaufgeschwindigkeit ist zudem so hoch, daß sich ein relativ umfangreiches Tabellenprogramm innerhalb verhältnismäßig kurzer Zeit bewältigen läßt.

Da für jedes Gebäude schon aus organisatorischen Gründen,

und zwar für das Heranführen der Zähler an die einzelnen Haushalte, die Zahl und die Lage der Wohnungen im Gebäude festgestellt wird, und da sich bei der Erhebung Angaben über die Zahl der darin lebenden Personen und Parteien ergeben, läßt sich für die einzelnen Gebäudetypen nicht nur die Zahl der zu ihnen gehörenden Gebäude mit ihren Eigenschaften, sondern auch die Zahl der in ihnen liegenden Wohnungen und der in ihnen wohnenden Haushalte und Personen angeben.

Erstmals Berücksichtigung der Umwelteinflüsse

Das Qualifizierungssystem der wohnungstatistischen Feststellungen bleibt bei der geschilderten Typenbildung auf die technische Beschaffenheit der Gebäude beschränkt. Damit wird jedoch nur ein Teil jener Faktoren in die Betrachtung einbezogen, welche den Wohnwert der Gebäude mit ihren Wohnungen bestimmen. Es fehlen die Umwelteinflüsse, d. h. also die Antwort auf die Frage, ob die betreffenden Gebäude in einem Gebiet liegen, in dem alle darin liegenden Einheiten etwa durch eine zu hohe Baudichte, einen ungünstigen Bebauungsgrad oder übermäßige Stör- und Gefahrenquellen u. dgl. so beeinträchtigt werden, daß es einer gründlichen baulichen Neugestaltung des betr. Gebietes bedarf, um gesunde Wohnverhältnisse herbeizuführen. Es soll daher bei den wohnungstatistischen Feststellungen 1961 erstmals versucht werden, auch die Umweltfaktoren, wenn auch in rigoros vereinfachter Form, mit in das Qualifizierungssystem einzubeziehen. Für die Abgrenzung der sog. „erneuerungsbedürftigen Wohngebiete“ sind von Planungssachverständigen Richtlinien ausgearbeitet worden, nach denen die für die örtliche Planung zuständigen Stellen zunächst diese Gebiete in groben Umrissen festlegen. Da für die organisatorische Abwicklung der Zählung das gesamte Gebiet einer Gemeinde ohnehin in Zählbezirke eingeteilt werden muß, liegt es nahe, hierbei jene Zählbezirke zu bezeichnen, die ganz oder überwiegend in die von Planungsdienststellen ermittelten erneuerungsbedürftigen Wohngebiete fallen. Bei der Aufbereitung können dann alle in diesen Gebieten liegenden Ge-

bäude mit ihren Wohnungen und den darin lebenden Parteien und Personen gesondert nachgewiesen werden. Es bleibt allerdings abzuwarten, ob die Abgrenzung der erneuerungsbedürftigen Wohngebiete durch die für die örtliche Planung zuständigen Stellen von Gemeinde zu Gemeinde tatsächlich nach einheitlichen Gesichtspunkten vorgenommen wird oder nicht. So problematisch einzelne Ergebnisse auch sein mögen, auf jeden Fall wird hierdurch gegenüber dem bisherigen, auf technische Merkmale der Gebäude beschränkten Verfahren ein erheblicher Fortschritt erzielt.

Zusätzliches Material zur Beurteilung der örtlichen Wohnungsversorgung

Die Bautätigkeit der letzten Jahre hat einige Probleme auftauchen lassen, die bei früheren Zählungen nicht in gleicher Schärfe bestanden. Vor allem in landschaftlich reizvollen Gegenden gibt es bereits heute in nennenswerter Zahl Gebäude, die Haushalten lediglich als zweiter Wohnsitz dienen. Es handelt sich nicht nur um Wochenendhäuser einfacher Art, sondern häufig um massiv errichtete Einfamilienhäuser, die nur zu bestimmten Jahreszeiten oder über das Wochenende bewohnt werden. Die in ihnen liegenden Wohnungen sind in der fortgeschriebenen Zahl der Normalwohnungen enthalten. Im Rahmen der wohnungsstatistischen Feststellungen wird — insbesondere im Hinblick auf künftige Defizitrechnungen und die Darstellung der örtlichen Wohnungsversorgung — erst-

mals auch ein Überblick über derartige Gebäude gewonnen werden. Es sollen ferner die von Angehörigen ausländischer Streitkräfte privatrechtlich gemieteten Gebäude und Wohnungen ermittelt werden; auch sie stehen der ortsansässigen Bevölkerung zur Zeit nicht zur Verfügung.

Bei einer Gebäudezählung, deren Angaben lediglich von den Gebäudeeigentümern stammen und bei der die Angaben über die Zahl und die Art der Wohnungen in den Gebäuden nicht durch eine ausführliche Beschreibung durch die Wohnungsinhaber ergänzt werden, lassen sich die sogenannten bautechnischen Wohnungseinheiten nicht mit der gleichen Schärfe wie bei den üblichen Wohnungszählungen nachweisen. Aus den wohnungsstatistischen Feststellungen 1961 sind daher voraussichtlich keine Zahlen über die Wohnungen zu erwarten, die die gleiche Zuverlässigkeit wie die Ergebnisse früherer Wohnungszählungen haben und mit diesen und den Ergebnissen der auf ihnen aufgebauten Fortschreibung ohne weiteres zu vergleichen sind. Auf diese Fragen näher einzugehen, würde den Rahmen dieses Aufsatzes sprengen. Das Statistische Bundesamt hat jedoch Vorkehrungen getroffen, durch die versucht werden soll, einen ungefähren Vergleich der fortgeschriebenen Zahl der „Normalwohnungen“ der wohnungsstatistik 1956 mit bestimmten Ergebnissen der wohnungsstatistischen Feststellungen 1961 zu ermöglichen. Dennoch vermag die neue Erhebung eine Wohnungszählung herkömmlicher Art nicht zu ersetzen.

Dipl.-Volksw. Arnim Sobotschinski

STATISTISCHE UMSCHAU

Bevölkerung

Alter und Familienstand der Bevölkerung Ende 1959 sowie Bevölkerungsstand und Bevölkerungsentwicklung im Jahr 1960

Die jährliche Fortschreibung der Wohnbevölkerung nach Geschlecht und Alter erfolgt mit Hilfe der Ergebnisse der Statistik der natürlichen Bevölkerungsbewegung über die Geburten und Sterbefälle und der Wanderungsstatistik über die Zu- und Fortzüge. Ausgangsbasis sind die Ergebnisse der Wohnungsstatistik am 25. September 1956.

Die Unterlagen über den Familienstand der Bevölkerung Ende 1959 stützen sich auf die Ergebnisse des Mikrozensus im Oktober 1959 (Stichprobe von 1 vH aller Haushalte). Die hierbei angefallenen Zahlen für Ledige, Verheiratete, Verwitwete und Geschiedene nach fünfjährigen Geburtsjahrsgruppen wurden auf das Jahresende weitergerechnet. Da die Quoten aus einer Stichprobe stammen, muß ein gewisser Spielraum für Zufallsfehler berücksichtigt werden. War der Stichprobenumfang nicht groß genug, so wurden die Zahlen in der Tabelle auf Seite 200* nach größeren als fünfjährigen Altersgruppen zusammengefaßt.

I. Alter und Familienstand der Bevölkerung Ende 1959

Die Bevölkerung des Bundesgebietes ohne Berlin zählte Ende 1959 53,0 Mill. Sie gliedert sich nach der Tabelle auf Seite 199* wie folgt nach großen Altersgruppen:

Altersgruppe	Mill.	vH
Kinder unter 6 Jahren	5,0	9,4
Kinder im schulpflichtigen Alter von 6 bis unter 15 Jahren	6,4	12,1
Personen im erwerbsfähigen Alter von 15 bis unter 65 Jahren	38,1	68,0
Personen von 65 und mehr Jahren	5,6	10,5

Der Anteil der Kinder unter 6 Jahren betrug 1910 noch 14,5 vH, 1939 10,2 vH und 1950 nur noch 8,3 vH der Gesamtbevölkerung. Durch das Hinzutreten neuer starker Geburtsjahrgänge bei gleichzeitig immer noch rückläufiger Säuglings- und Kindersterblichkeit hat sich die Basis des Altersaufbaus der Bevölkerung in den letzten Jahren wieder etwas verbreitert.

Die Zahl der 6- bis unter 15jährigen (1910: 19,7; 1939: 13,7; 1950: 15,2 vH) ist dagegen seit 1950 sowohl absolut als auch relativ erheblich zurückgegangen. Damals setzte sich diese Altersgruppe aus den Geburtsjahrgängen 1936 bis 1944 zusammen, in denen die starken Jahrgänge 1936 bis 1941 dominierten. 1959 handelte es sich um die Jahrgänge 1945 bis 1953, von denen die ersten Nachkriegsjahrgänge besonders geburtenschwach waren.

Von den Personen im erwerbsfähigen Alter von 15 bis unter 65 Jahren waren Ende 1959 16,9 Mill. Männer und 19,2 Mill. Frauen. Der Anteil dieser Gruppe lag auch schon in den Jahren 1939 und 1950 um rund 68 vH der Gesamtbevölkerung.

In der Altersgruppe der über 65jährigen übersteigt der Anteil der Frauen (3,3 Mill.) mit 59,0 vH bei weitem den der Männer (2,3 Mill.). Der Frauenüberschuß, der sich bereits vom 32. Lebensjahr ab nachweisen läßt, ist in dieser Altersgruppe am höchsten. Durch die Verluste im 1. Weltkrieg haben besonders die männlichen Jahrgänge 1887 bis 1894, deren noch lebende Angehörige 1959 65 bis unter 73 Jahre alt waren, stark gelitten. Eine weitere Ursache für den Frauenüberschuß unter den älteren Personen ist die in jedem Alter zu beobachtende höhere Sterblichkeit der Männer.

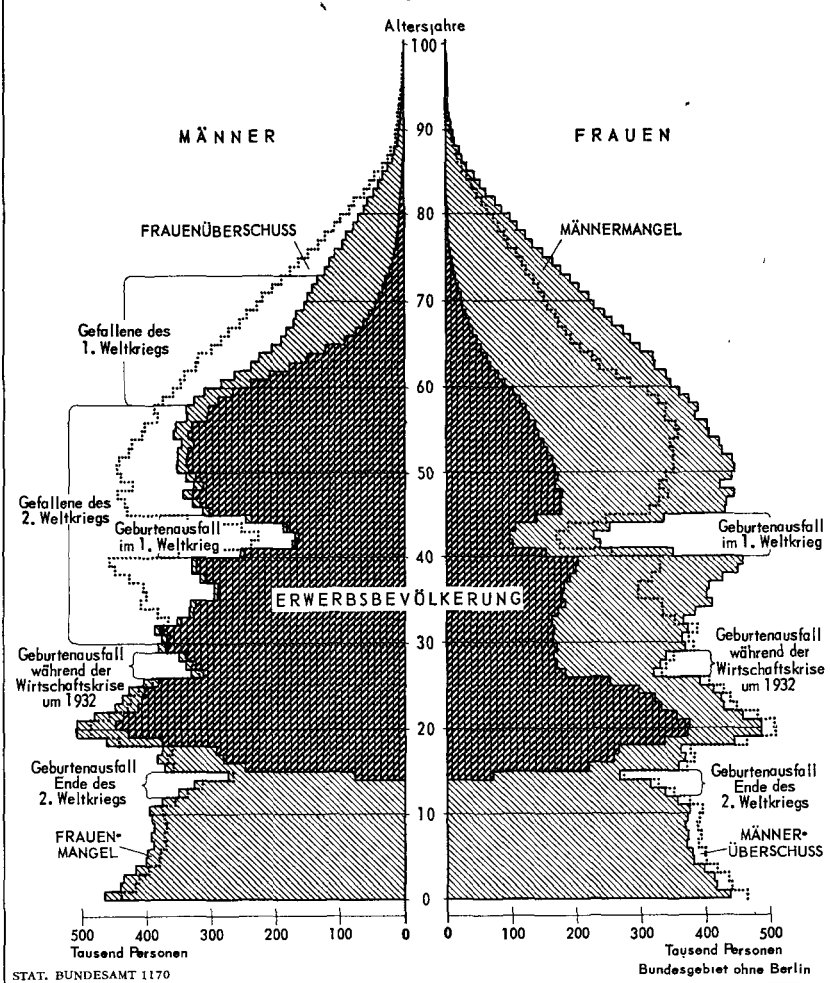
Der Anteil der älteren Leute hat sich in den letzten Jahrzehnten ständig vergrößert. Während er 1910 nur 5,0 vH der Gesamtbevölkerung betrug, erreichte er 1939 bereits 7,8 vH und ist von 9,3 vH im Jahre 1950 schließlich auf 10,5 vH (männlich: 9,2 vH; weiblich: 11,7 vH) 1959 gestiegen.

Absolut nahm er seit 1950 um rund 250 000 Männer und um rund 800 000 Frauen zu. Diese Zunahme dürfte sich, vor allem bei den Frauen, durch das Hinzutreten neuer, starker Geburtsjahrgänge aus der Zeit vor dem 1. Weltkrieg weiter fortsetzen. Auch durch die zu erwartende weitere Abnahme der Sterblichkeit der jüngeren Personen werden in Zukunft mehr Menschen das 65. Lebensjahr erreichen als früher.

Eine zusammenfassende Orientierung am Schaubild ergibt folgendes:

Während der Altersaufbau der Bevölkerung vor dem 1. Weltkrieg die Form einer Pyramide mit breiter Basis hatte, ähnelt der gegenwärtige etwa einer nach unten offenen Glocke, die durch scharfe Einbuchtungen gekennzeichnet

ALTERSAUFBAU DER BEVÖLKERUNG DES BUNDESGBIETES
AM 31. 12. 1959



ist. Der obere Teil des Sockels hebt sich durch einen starken Einschnitt ab, hervorgerufen durch den Geburtenausfall Ende des 2. Weltkrieges, besonders in den Jahren 1945 bis 1948. Ein weiterer Einschnitt in Höhe der 26- bis unter 29jährigen kennzeichnet den Geburtenausfall während der Wirtschaftskrise Anfang der 30er Jahre. Die tiefste Einbuchtung erfährt der Altersaufbau beim Alter 41 bis 44 (Jahrgänge 1915 bis 1918). Sie ist auf den Geburtenausfall im 1. und auf der Männerseite außerdem auf die starken Verluste im 2. Weltkrieg zurückzuführen.

Der vom 32. Lebensjahr ab vorhandene Frauenüberschuß spiegelt vor allem die Verluste der Männer in beiden Weltkriegen wider, die praktisch alle Jahrgänge bis zum Alter 80 betroffen haben. Ohne die Gefallenen im 2. Weltkrieg würde sich erst um das 50. Lebensjahr der Männerüberschuß in einen Frauenüberschuß umkehren, da erst von diesem Alter ab die geringere Sterblichkeit der Frauen den Knabenüberschuß bei der Geburt ausgleicht.

Im Schaubild ist auf Grund neueren Materials die Erwerbsbevölkerung dargestellt.

Der Altersaufbau der Erwerbsbevölkerung ähnelt in seinen Grundzügen dem Aufbau der Gesamtbevölkerung. Das Schaubild zeigt deutlich, daß weit weniger Frauen als Männer im Erwerbsleben stehen. Vom 17. bis 25. Lebensjahr sind etwa $\frac{3}{4}$ der Frauen erwerbstätig und vom 25. bis 45. Lebensjahr nur noch etwa die Hälfte.

Nach dem Familienstand waren von der Bevölkerung des Bundesgebietes ohne Berlin Ende 1959 41,9 vH ledig, 48,7 vH verheiratet und 9,5 vH verwitwet oder geschieden.

Die Anteile der verheirateten Männer liegen bei jedem Alter höher als vor dem 1. Weltkrieg, während die Quoten

der 35- bis unter 55jährigen verheirateten Frauen darunter bleiben, da ein großer Teil dieser Jahrgänge wegen der Männerverluste im 2. Weltkrieg ehelos blieb oder verwitwete. Die meisten verheirateten Männer befinden sich unter den 35- bis 60jährigen (über 90 vH der jeweiligen Altersgruppe), die meisten verheirateten Frauen unter den 30- bis 40jährigen (über 80 vH).

In sämtlichen Altersgruppen liegen die Ledigenquoten der Männer niedriger als vor dem 1. Weltkrieg und selbst gegenüber 1950. Das zeigt, daß heute sowohl die Männer als auch die Frauen viel früher heiraten. Außerdem sind gegenüber früher verhältnismäßig mehr Männer und Frauen noch in den höchsten Altersgruppen verheiratet, wobei vor allem der Rückgang der Sterblichkeit und die Zunahme der Wiederverheiratungen eine Rolle spielen. Frühzeitige Verwitwungen sind seltener geworden.

II. Bevölkerungsstand
und Bevölkerungsentwicklung
im Jahr 1960

Bundesgebiet

Am 31. Dezember 1960 hatte das Bundesgebiet ohne Berlin 53,8 Mill. Einwohner, von denen 25,4 Mill. männlichen und 28,4 Mill. weiblichen Geschlechts waren. Auf 100 Männer kommen 112 Frauen. Bei einer Fläche von rund 248 000 qkm betrug die Bevölkerungsdichte Ende 1960 217 Einwohner je qkm und hat somit seit 1950 (194) erheblich zugenommen.

Berlin (West) zählte zum gleichen Zeitpunkt 2,2 Mill. Einwohner.

Gegenüber dem Vorjahr ist die Bevölkerung des Bundesgebietes ohne Berlin um rund 700 000 Personen gewachsen.

Die Gesamtzunahme seit Ende 1950 (48,2 Mill.) beträgt 5,6 Mill. oder 11,6 vH und verteilt sich zu rund 51 vH auf den Geburtenüberschuß und zu 49 vH auf den Zuwanderungsüberschuß¹⁾.

In seiner Struktur unterlag der Gesamtzuwachs seit Ende 1950 erheblichen Schwankungen:

Bevölkerungszunahme durch Geburten- und
Zuwanderungsüberschuß 1951 bis 1960
Bundesgebiet ohne Berlin

Jahr	Geburten- überschuß	Zuwande- rungs- überschuß	Bevölkerungszunahme ¹⁾ insgesamt	
			1 000 Personen	auf 1 000 ²⁾
1951	259	116	372	8
1952	283	48	311	6
1953	229	348	577	12
1954	273	219	493	10
1955	252	309	560	11
1956	271	337	608	12
1957	293	418	717	14
1958	322	330	654	13
1959	360	211	575	11
1960	340	364	707	13

¹⁾ Einschl. Berichtigungen von Gemeindergebnissen usw. — ²⁾ der Bevölkerung am Jahresanfang.

Der Gesamtzuwachs, der im dargestellten Zeitraum erstmalig 1957 über 700 000 lag und seitdem zurückgegangen ist, hat 1960 fast wieder die gleiche Höhe erreicht. Ausschlaggebend war der Zuwanderungsüberschuß von rund 364 000 Personen. Der Geburtenüberschuß betrug 340 000 Personen und ist gegenüber dem Vorjahr leicht gesunken. Die Abnahme

¹⁾ Vgl. auch Tabelle S. 198*.

des Geburtenüberschusses beruht auf der Zunahme der Sterbefälle.

Der Zuwanderungsüberschuß ist gegenüber 1959 um rund 73 vH erheblich gestiegen. Die Erhöhung ist insbesondere auf den verstärkten Zustrom von Sowjetzonenflüchtlingen zurückzuführen. Während sich 1958 aus den Wanderungen zwischen dem Bundesgebiet und Berlin sowie der SBZ ein Saldo von rund 176 000 und 1959 von nur rund 136 000 ergab, hat sich dieser Zuwanderungsüberschuß 1960 auf rund 190 000 erhöht. Zum anderen ist ein erhebliches Anwachsen des Überschusses aus den Wanderungen zwischen dem Bundesgebiet und dem Ausland, der im vorhergehenden Jahr nur rund 50 000 betrug, um das fast 3 $\frac{1}{2}$ -fache auf rund 170 000 festzustellen, was auf den großen Zustrom von ausländischen Arbeitskräften in das Bundesgebiet zurückzuführen ist.

Die Zahl der Vertriebenen²⁾ betrug Ende 1960 im Bundesgebiet (ohne Saarland und Berlin) 9,7 Mill. oder 18,4 vH der Gesamtbevölkerung und hat sich seit 1950 um rund 22 vH erhöht. Für Berlin (West) ergaben sich Ende 1960 schätzungsweise 175 000 Vertriebene.

Die Zugewanderten²⁾ zählten Ende 1960 im Bundesgebiet (ohne Saarland und Berlin) rund 3,5 Mill. oder 6,6 vH der Gesamtbevölkerung; dies bedeutet ein Anwachsen seit 1950 auf mehr als das Doppelte. Während die Zunahme bei den Vertriebenen 1960 in der Hauptsache eine Folge des Geburtenüberschusses war, ist sie bei den Zugewanderten vorwiegend auf den anhaltenden Zustrom aus den sowjetisch besetzten Gebieten Mitteldeutschlands zurückzuführen.

Für das Saarland liegen noch keine entsprechenden Zahlen für beide Personenkreise vor. Zahlen für die Zugewanderten in Berlin (West) werden seit 1957 nicht mehr ermittelt.

Länder

Die meisten Bundesländer hatten 1960 einen größeren Bevölkerungszuwachs als im vorhergehenden Jahr. Lediglich in den Stadtstaaten lag er etwas darunter, während er in Nordrhein-Westfalen die gleiche Höhe wie 1959 erreichte.

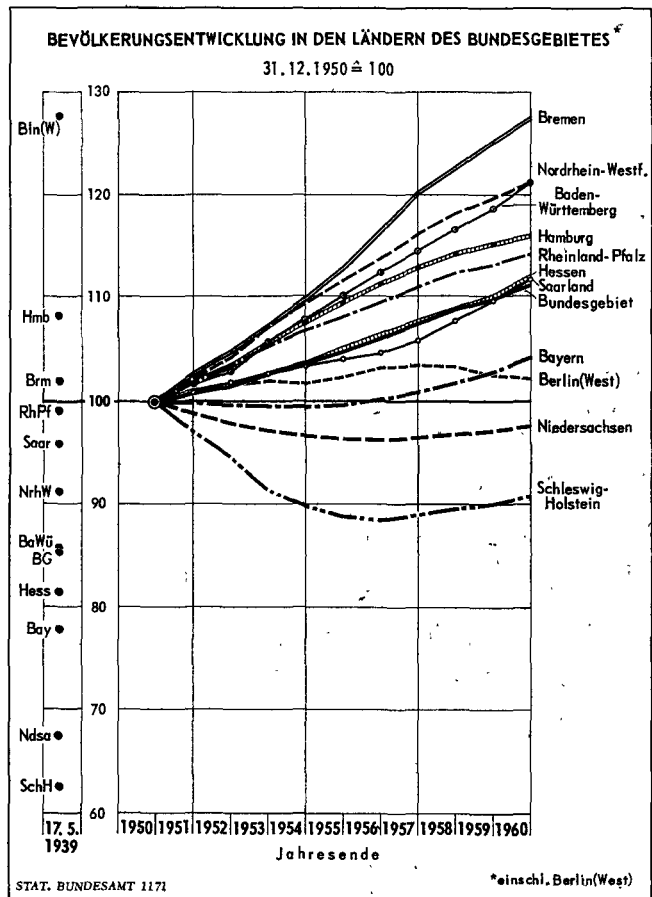
In Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz beruhte der Bevölkerungszuwachs hauptsächlich, in Niedersachsen dagegen, wie im Vorjahre, ausschließlich auf dem Geburtenüberschuß, während in den übrigen Ländern der Zuwanderungsüberschuß ausschlaggebend war. Der in Rheinland-Pfalz 1959 noch negative Wanderungssaldo, der durch den Bevölkerungsaustausch mit den übrigen Bundesländern hervorgerufen wurde, war 1960 wieder positiv und vor allem eine Folge der Zuzüge aus den sowjetisch besetzten Gebieten Mitteldeutschlands. Als einziges Land hatte Niedersachsen 1960 einen negativen Wanderungssaldo von rund 3 000 Personen.

Obwohl die Bevölkerungszunahme in Nordrhein-Westfalen die gleiche wie 1959 geblieben ist (1,3 vH), muß erwähnt werden, daß 1960 aus Nordrhein-Westfalen zum ersten Male, ebenso wie schon früher aus Niedersachsen und Rheinland-Pfalz, mehr Personen nach anderen Bundesländern abgewandert sind als von dorthen kamen. Der Saldo beträgt — 14 500 Personen. Der Überschuß aus den Wanderungen mit dem Ausland hat dagegen gegenüber dem Vorjahr durch die Aufnahme ausländischer Arbeitskräfte um rund 44 000 Personen zugenommen. Der gegenüber dem Vorjahr um rund 10 000 Personen niedrigere Saldo gegenüber den Ostgebieten ist durch den um 10 000 Personen höheren Wanderungsgewinn aus den Wanderungen gegenüber Berlin und der sowjetischen Besatzungszone im Jahre 1960 ausgeglichen worden.

Auch in Hessen, Baden-Württemberg, Bayern und im Saarland ist der Bevölkerungszuwachs in beträchtlichem Umfang auf den verstärkten Einsatz von ausländischen Arbeitskräften zurückzuführen.

Die Länder mit den absolut meisten Vertriebenen

²⁾ Unter Vertriebenen sind hier alle Deutschen zu verstehen, die am 1. September 1939 in den z. Z. unter fremder Verwaltung stehenden Ostgebieten des Deutschen Reichs (Stand 31. Dezember 1937) oder im Ausland gewohnt haben, einschließlich ihrer nach 1939 geborenen Kinder; unter Zugewanderten alle Deutschen, die am 1. September 1939 in Berlin oder in der SBZ gewohnt haben, einschließlich ihrer Kinder.



sind Nordrhein-Westfalen (2,6 Mill.), Bayern (1,8 Mill.), Niedersachsen (1,7 Mill.) und Baden-Württemberg (1,4 Mill.). Gemessen an der jeweiligen Gesamtbevölkerung stehen jedoch Schleswig-Holstein (27,9 vH), Niedersachsen (25,5 vH) und Bayern (19,0 vH) an der Spitze, wobei Hessen (18,6) und Baden-Württemberg (18,0) fast auf gleicher Höhe mit Bayern liegen. Die Quoten der Zugewanderten sind gegenüber dem Vorjahr in sämtlichen Ländern gestiegen, was eine Folge des 1960 verstärkten Zustroms von Sowjetzonenflüchtlingen in allen Bundesländern ist.

Die Bevölkerung von Berlin (West) ist zwar weiterhin zurückgegangen (— 6 000), aber längst nicht in dem Maße wie im vergangenen Jahr (— 18 000). Der Sterbefallüberschuß hat sich zwar leicht auf rund 15 000 erhöht, an die Stelle einer negativen Wanderungsbilanz ist jedoch ein Zuwanderungsüberschuß von fast 9 000 Personen getreten. Schf.

Eheschließungen, Geburten und Sterbefälle im Jahr 1960

Im Jahre 1960 wurden im Bundesgebiet ohne Berlin 500 318 Ehen geschlossen, 946 988 Kinder lebend- und 14 689 totgeboren; 606 609 Personen sind gestorben¹⁾.

Eheschließungen

Die auf 1 000 Einwohner des Bundesgebietes ohne Berlin bezogene Eheschließungsziffer lautete 9,3 und lag damit etwa so hoch wie im Vorjahr (9,2). Eine größere Veränderung der Ziffer war nicht zu erwarten, da die für eine Eheschließung in erster Linie in Frage kommenden Geburtsjahrgänge der unverheirateten Männer und Frauen zur Zeit ungefähr gleich stark sind. Auch für die nächste Zeit wird man noch eher mit steigenden als fallenden Eheschließungszahlen rechnen dürfen. Die geburtenschwachen Jahrgänge ab 1942 kommen erst in einigen Jahren ins übliche Heiratsalter. Große Veränderungen sind auch nicht durch das Ausmaß der Wiederverheiratungen zu erwarten, da die Zahlen der Ehelösungen durch Scheidung oder Tod gegenwärtig ziemlich konstant sind.

¹⁾ Vgl. Tabelle S. 200*.

Die jahreszeitliche Verteilung der Eheschließungen zeigt das gewohnte Bild: Gipfelpunkte der Kurve vor der Fastenzeit und vor Pfingsten sowie im August. Bis 1957 ließ sich diese letzte Spitze durch die Möglichkeit einer erheblichen Steuerersparnis für das ganze Steuerjahr erklären; 1958 wurde die rückwirkende Änderung im Steuerrecht von den zur Ehe Entschlossenen vielleicht noch nicht ganz übersehen. Für 1959 und noch mehr für 1960 lassen sich aber nur schwerlich die gleichen Gründe anführen, da sie nur noch für die Fälle zutreffen, in denen die Frau nicht erwerbstätig ist oder mit der Eheschließung diese Tätigkeit einstellt²⁾.

Ein Teil der großen Heiratshäufigkeit im August läßt sich aus der jahreszeitlichen Verteilung der Konzeptionen (vor allem der Erstgeborenen) erklären. Geht man davon aus, daß ein großer Teil der Erstgeborenen vorehelich empfangen wird und im 4. Monat der Schwangerschaft die Eheschließungen sich häufen, so entspricht einem relativen Gipfel bei der Kurve der Konzeptionen im Mai ein solcher bei der Heiratskurve im August.

Über das Alter der Eheschließenden liegen bisher nur bis 1959 Zahlen vor. Die Braut war damals in 135 320 Fällen und der Bräutigam in 27 344 Fällen minderjährig. Für 1960 und die nächsten Jahre kann man — selbst wenn man eine gewisse Zunahme der Heiratsfreudigkeit der minderjährigen Frauen unterstellt — eher mit einer Abnahme ihrer Zahl rechnen, da — wie schon ausgeführt — allmählich die schwächeren Geburtsjahrgänge der letzten Kriegsjahre und der ersten Nachkriegsjahre in das Alter der Ehemündigkeit nachrücken.

Eheschließungen, Geburten, Sterbefälle

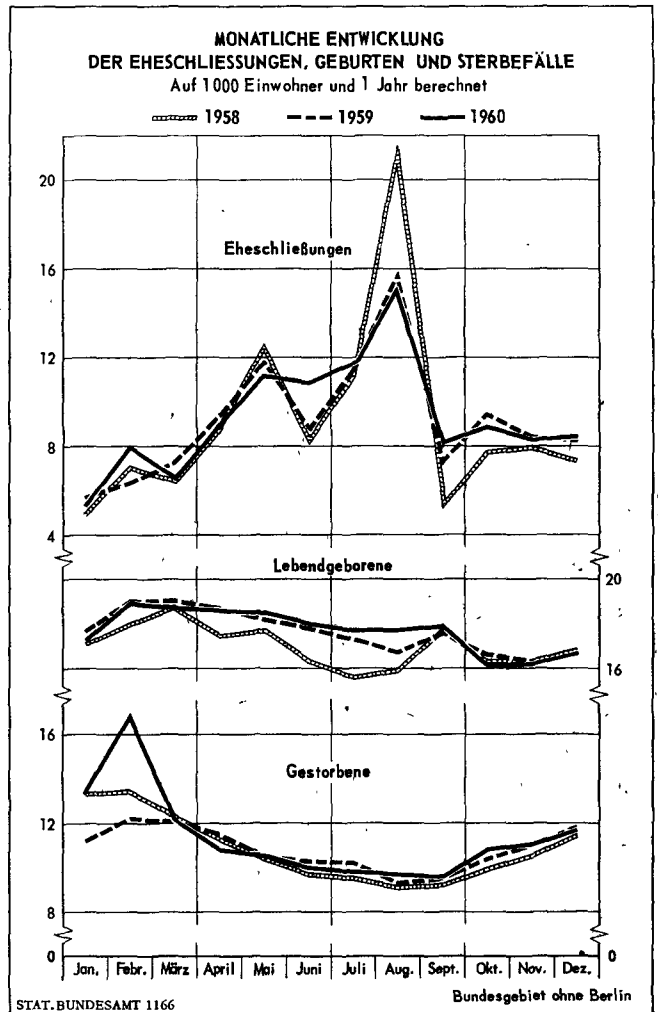
Vorgang und Maßeinheit	1958	1959	1960 ¹⁾
Eheschließungen	473 804	483 300	500 318
auf 1 000 Einwohner	9,1	9,2	9,3
auf 1 000 unverheiratete Männer ²⁾	113,2	110,0	112,9
auf 1 000 unverheiratete Frauen ²⁾	91,4	93,6	99,9
Lebendgeborene	885 659	930 944	946 988
auf 1 000 Einwohner	17,0	17,6	17,7
auf 1 000 Frauen ²⁾	77,3	81,3	82,9
davon:			
ehelich	826 614	870 661	888 975
auf 1 000 Einwohner	15,9	16,5	16,6
auf 1 000 verheiratete Frauen ²⁾	126,5	133,7	133,2
unehelich	59 045	60 283	58 013
von 1 000 Lebendgeborenen	66,7	64,8	61,3
auf 1 000 unverheiratete Frauen ²⁾	12,0	12,2	12,2
Totgeborene	14 774	14 639	14 689
auf 1 000 Lebend- und Totgeborene	16,4	15,5	15,3
Gestorbene	563 910	570 952	606 609
auf 1 000 Einwohner tatsächlich	10,8	10,8	11,3
standardisiert ³⁾	9,5	9,4	9,8 ³⁾
und zwar:			
im ersten Lebensjahr	31 861	31 903	32 036
auf 1 000 Lebendgeborene ⁴⁾	36,0	34,4	33,9
in den ersten 28 Lebenstagen	21 689	21 796	22 598
auf 1 000 Lebendgeborene	24,5	23,4	23,9
Geburtsnahe Sterblichkeit ⁵⁾	40,5	38,5	38,8
Mehr geboren als gestorben	321 749	359 992	340 379
auf 1 000 Einwohner	6,2	6,8	6,4

¹⁾ Vorläufige Ergebnisse. — ²⁾ Männer im Alter von 18 bis unter 60 Jahren, Frauen von 18 bis unter 50 Jahren; Bestände am Jahresanfang. Auf diese Jahrgänge entfallen rd. 98 vH der Eheschließungen. — ³⁾ Im Alter von 15 bis unter 45 Jahren, am Jahresanfang. — ⁴⁾ Bezogen auf den Altersaufbau 1950. — ⁵⁾ Geschätzt. — ⁶⁾ Unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung. — ⁷⁾ Totgeborene und in den ersten 28 Lebenstagen Gestorbene auf 1 000 Lebend- und Totgeborene.

Geburten

Die Lebendgeborenenziffer liegt mit 17,7 auf 1 000 Einwohner auch nur unwesentlich höher als im Jahre 1959 (17,6). Nur die Zahl der ehelichen Geburten ist wieder etwas gestiegen. Diese Entwicklung ist kaum auf eine Zunahme der ehelichen Geburtenhäufigkeit zurückzuführen. Bezieht man nämlich die Zahl der ehelich Lebendgeborenen auf die Zahl der verheirateten Frauen im Alter unter 45 Jahren, so ist zwischen 1959 und 1960 keine Veränderung festzustellen. Man wird also die Zunahme bei den ehelich Lebendgeborenen im letzten Jahr auf die weiterhin steigende Zahl der Verheirateten zurückführen müssen.

Der Anteil der unehelich Geborenen ist seit Kriegsende ständig zurückgegangen und liegt 1960 mit 6,1 vH erstmalig unter dem Vorkriegsstand (1938: 6,4 vH). Zum Sinken der



Unehelichenquote können mehrere Faktoren beitragen. Die absolut meisten unehelichen Kinder werden — wie Sonderauszählungen in einigen Bundesländern zeigen — von ledigen Müttern im Alter von etwa 20 Jahren geboren; um das Alter von 35 Jahren ist ebenfalls eine — wenn auch nicht so starke — steigende Tendenz der Kurve zu beobachten, die sich durch die unehelichen Kinder geschiedener und verwitweter Frauen erklären läßt. Wegen der steigenden Heiratshäufigkeit lediger junger Mädchen und der Frauen, die schon einmal verheiratet waren, hängt der Rückgang der Zahl der unehelichen Geburten vor allem mit der Abnahme der Zahl unverheirateter Frauen im Alter von 15 bis 45 Jahren zusammen. Überdies heiraten rund 70 vH aller unverheirateten Frauen, die ein Kind erwarten, noch vor dessen Geburt.

Da die meisten Kinder von Frauen zwischen 20 und 30 Jahren geboren werden, ist wegen der Besetzung der Geburtsjahrgänge für die nächste Zeit kaum mit einer Abnahme der Geburtenzahlen zu rechnen. Danach aber läßt die Altersstruktur der Bevölkerung für etwa 15 Jahre einen leichten Rückgang der Geburtenziffer erwarten.

Sterbefälle

Daß die Sterbeziffer im Jahre 1960 mit 11,3 auf 1 000 Einwohner deutlich höher lag als 1959 (10,8), ist in erster Linie auf die hohe Sterblichkeit im Februar 1960 zurückzuführen, die im Februar 1961 nicht mehr zu beobachten war. Im Februar 1960 starb wöchentlich jeder 3 000. Einwohner — was die höchste Sterblichkeit seit Februar 1953 und damit die dritthöchste seit Wiederbeginn der Statistik nach Kriegsende überhaupt bedeutet —, während im Wochendurchschnitt des Jahres 1959 nur einer von 5 000 gestorben war. Die Todesursachen — Grippe und deren Folgeerscheinungen — deuten darauf hin, daß das im Februar 1960 besonders wechselhafte Wetter nicht ohne Einfluß auf die Sterblichkeit war.

²⁾ „Das Standesamt“, Heft 7/60, S. 194/95.

Die Säuglingssterblichkeit ging weiterhin zurück und erreichte mit 34 im 1. Lebensjahr Gestorbenen auf 1 000 Lebendgeborene ihren bisher niedrigsten Stand. Hier wirkte sich die Zunahme der allgemeinen Sterblichkeit im Februar 1960 nur auf die Zahl der im 2. bis 12. Lebensmonat gestorbenen Säuglinge etwas aus. Die Veränderungen in der Säuglingssterblichkeit der letzten Jahre betreffen vor allem die späteren Lebensmonate. Die Zahl der im 1. Lebensmonat gestorbenen Kinder dürfte nicht mehr allzu stark zurückgehen, da es sich hierbei zum großen Teil um Fälle von angeborener Mißbildung und allgemeiner Lebensschwäche handelt; außerdem wurde sie seit 1958 in gewissem Maße durch die Definitionsänderung für Lebendgeburten beeinflusst, die sich in einer Abnahme der Totgeborenenquote und einer Zunahme der Sterblichkeit am 1. Lebenstag geltend macht. Ob sich die Anpassung an die international gebräuchliche Definition noch weiterhin auf die Entwicklung der Ziffer auswirkt oder deren Auswirkungen als abgeschlossen zu betrachten sind, läßt sich anhand des vorliegenden Zahlenmaterials nicht beurteilen. Jedenfalls sollte man die Folgen der Definitionsänderung nicht überschätzen, da der Unterschied zwischen der Totgeborenenquote von 17,5 im Jahre 1957 und 15,3 im Jahre 1960 nur 2 auf 1 000 Lebend- und Totgeborene beträgt; davon ist ein Teil vermutlich auf echten Rückgang der Totgeburtenhäufigkeit zurückzuführen, der schon jahrelang vorher zu beobachten war.

Unabhängig von der Unterscheidung, welcher Teil des Rückgangs Folge der geänderten Abgrenzung ist oder echte Abnahme der Sterblichkeit, ist eine Aussage über die geburtsnahe Sterblichkeit bei Zusammenfassung der Totgeborenen mit den in den ersten 28 Lebenstagen Gestorbenen zu treffen.

Seit 1946 (67 Totgeborene und Gestorbene in den ersten 28 Lebenstagen auf 1 000 Lebend- und Totgeborene) ist diese Ziffer ständig zurückgegangen und beträgt für 1960 noch 39.

In den letzten Jahren spiegelte die allgemeine Sterbeziffer nicht nur die Entwicklung der Sterblichkeit wider, sondern auch die Veränderung im Altersaufbau der Bevölkerung. Würde die Sterblichkeit in jeder Altersstufe künftig um etwa 1 vH jährlich zurückgehen, wäre dies an der allgemeinen Sterbeziffer, die auch in diesem Falle noch geringfügig steigen würde, nicht abzulesen, weil der Bevölkerungsanteil alter Leute mit hoher Sterblichkeit noch ständig zunimmt.

Geburtenüberschuß

Durch die Zunahme der Sterbefälle war der Geburtenüberschuß mit 340 379 Personen (6,4 auf 1 000 Einwohner) im Jahre 1960 geringer als 1959 (359 992 oder 6,8 auf 1 000 Einwohner). Da gleichzeitig 259 781 Fortzügen über die Grenzen des Bundesgebietes 623 906 Zuzüge gegenüberstanden, betrug im Jahre 1960 die Gesamtzunahme der Bevölkerung mehr als 700 000 Personen.

In den einzelnen Ländern des Bundesgebietes differierte die Höhe des Geburtenüberschusses erheblich, und zwar aus verschiedenen Gründen. Am höchsten lag die Ziffer im Saarland, das die höchste Geburten- und niedrigste Sterbeziffer hatte, Baden-Württemberg folgte bezüglich aller drei Ziffern an zweiter Stelle; in Rheinland-Pfalz lag der Geburtenüberschuß nur wegen der hohen Geburtenziffer noch über dem Bundesdurchschnitt. Den niedrigsten Geburtenüberschuß hatte Hamburg.

Noch ungünstiger als in Hamburg war die Entwicklung in Berlin (West) mit einem Geburtendefizit von 6,6 auf 1 000 Einwohner.

vRg.

Rechtspflege

Tatermittlung und Strafverfolgung in Bund und Ländern 1959

Straftaten, Täter und Verurteilte

Die tatsächliche Straffälligkeit ist nicht feststellbar, da viele Straftaten nicht bekannt werden (Dunkelziffer). Um Anhaltspunkte über ihren Umfang gewinnen oder wenigstens ihre Entwicklung beobachten zu können, werden in der Tatermittlungsstatistik¹⁾ die bekanntgewordenen und aufgeklärten Straftaten sowie die ermittelten Täter, in der Strafverfolgungsstatistik die rechtskräftig Abgeurteilten und Verurteilten nach Straftaten und Gerichtsentscheidungen gezählt. Dabei werden die bekanntgewordenen Straftaten üblicherweise auf 100 000 Einwohner insgesamt (Straftatenziffer), die Täter und Verurteilten auf 100 000 strafmündige (14 Jahre und ältere) Einwohner bezogen (Täter- bzw. Verurteiltenziffern). Solche Ziffern werden für die aufgeklärten Straftaten und Abgeurteilten im allgemeinen nicht berechnet. Unter Straftaten sind in beiden Statistiken nur Verbrechen und Vergehen zu verstehen. Übertretungen und Ordnungswidrigkeiten werden in der Regel nicht gezählt.

Auch die bekanntgewordene und rechtskräftig festgestellte Straffälligkeit bleibt von vielerlei Faktoren abhängig, die meist zwar bekannt sind, sich oft aber nicht messen lassen. Bevölkerungsdichte, Altersaufbau, landmannschaftliche Zusammensetzung und berufliche sowie soziale Gliederung der Bevölkerung spielen ebenso eine Rolle wie die Einstellung des Bürgers zum Staat, mit der seine Anzeigewilligkeit und Mitarbeit bei der Verbrechenaufklärung zusammenhängen. Aus dem Vergleich der Ergebnisse beider Statistiken lassen sich Anhaltspunkte dafür gewinnen, inwieweit Erfolg der Tatermittlung und Strenge der Strafverfolgung für die gemessene Straffälligkeit von Bedeutung sein können.

Die Zahlen für die Straftaten, Täter und Verurteilten 1954 bis 1959 sind in der Tabelle, S. 207* zusammengestellt. Auf die Berechnung der üblichen Straftaten-, Täter- und Verurteiltenziffern ist verzichtet worden, weil die (objektiv) straffälligen Kinder, die vor der Berechnung der Täterziffern abge-

setzt werden müssen, hier nicht für alle Länder bekannt sind²⁾. Statt dessen wurden für den Vergleich alle Zahlen auf 1 000 Einwohner bezogen und die Aufklärungs-, Anklage- und Verurteilungsquoten 1959 nebeneinander gestellt.

Im Bundesgebiet (einschl. Berlin) wurden 1959 knapp 2 Mill. Straftaten bekannt, etwas über 1,2 Mill. (strafmündige) Täter ermittelt und rund 0,6 Mill. Personen rechtskräftig verurteilt. Auch in den Vorjahren verhielten sich diese Zahlen immer etwa wie 3 : 2 : 1. Die Unterschiede hängen damit zusammen, daß nicht alle Straftaten aufgeklärt werden, öfter mehrere Straftaten von demselben Täter begangen werden, nicht gegen alle von der Polizei ermittelten Täter Anklage erhoben wird, in der Hauptverhandlung Verurteilung oder Freispruch erfolgen kann und das Verfahren verschiedentlich eingestellt wird. Bei Angeschuldigten, die nach Jugendstrafrecht behandelt werden, sieht das Jugendgerichtsgesetz (JGG) ferner weitere Entscheidungsmöglichkeiten vor. Der Zeitunterschied zwischen Begehung der Straftat, Ermittlung des Täters und seiner Aburteilung hat demgegenüber kaum Bedeutung.

Das Größenverhältnis der drei Daten in den einzelnen Ländern ist ungleich. Ohne jede Wertung dieser Unterschiede kann vorerst gesagt werden, daß dieser Wechsel in den Ländern auf unterschiedlichen Aufklärungserfolgen der Polizei, Anklagepraktiken der Staatsanwaltschaft und Verurteilungsmaßstäben der Gerichte beruhen muß.

Vor dem Vergleich der Aufklärungs-, Anklage- und Verurteilungsquoten sei hervorgehoben, daß die regionale Zuteilung der Straftaten und Straffälligen hier keine wesentlich störenden Auswirkungen hat. Bekanntgewordene und aufgeklärte Straftaten werden in der Regel am Tatort gezählt³⁾. Durch die gesetzliche Regelung des Gerichtsstandes⁴⁾ sind unter den Verurteilten eines Landes, die zur Berechnung der Verurteiltenziffer auf die (strafmündige) Wohnbevölkerung bezogen werden, zwar immer auch Landfremde, die die

²⁾ Das Bundeskriminalamt veröffentlicht die Täterzahlen für die einzelnen Länder nicht nach Altersgruppen. — ³⁾ Ausnahmen bilden die seltenen Fälle, in denen der Tatort beim Bekanntwerden der Straftat nicht bestimmbar ist. — ⁴⁾ Nach §§ 7 bis 9 StPO i. V. m. § 3 Abs. 3 StGB ist der Gerichtsstand (örtliche Zuständigkeit) nicht nur beim Gericht des Wohnsitzes, sondern u. a. auch dort begründet, wo die Tat begangen oder der Täter ergriffen worden ist.

¹⁾ Die Ergebnisse werden vom Bundeskriminalamt jährlich unter dem Titel „Polizeiliche Kriminalstatistik“ veröffentlicht.

Straffälligkeit der Bevölkerung überhöhen. Jedoch wurde in Sonderauszählungen der Verurteilten nach dem Wohnsitz festgestellt, daß im allgemeinen jährlich in jedem Land etwa soviel Landfremde wie Landsleute in anderen Bundesländern verurteilt werden⁵⁾. Der Anteil der Ortsfremden macht gewöhnlich 3 bis 4 vH aus, in Stadtstaaten bis 8 vH⁶⁾. Das ist für die Beurteilung der Zahlen von Hamburg, Bremen und besonders Berlin (West) — seiner Lage wegen — von Bedeutung. Die schon einschließlich der Ortsfremden berechnete ungewöhnlich niedrige Straffälligkeit in Hamburg ist demnach noch geringer. Dabei waren unter den z. B. in Bayern 1958 Verurteilten nur 0,1 vH Hamburger. Schon hier sei ausdrücklich darauf hingewiesen, daß in dieser Zahl (118) alle Einwohner Hamburgs enthalten sind, die sich in Bayern ein Vergehen im Straßenverkehr zuschulden kommen ließen, das wegen irgendwelcher Umstände vor bayerischen Gerichten zur Aburteilung kam.

Aufklärungs-, Anklage- und Verurteilungsquoten

Im Bundesgebiet wurden im Jahre 1959 von 100 bekanntgewordenen Straftaten 67 aufgeklärt, von 100 ermittelten Tätern 53 angeklagt und von 100 Angeklagten⁷⁾ 87 verurteilt. Mit die niedrigsten Aufklärungsquoten hatten die Stadtstaaten Hamburg, Bremen und Berlin (West).

In Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg erheben die Staatsanwaltschaften öfter Anklage als im Bundesdurchschnitt. Niedersachsen ist das einzige Land, in dem die Anklagequote größer ist als die Aufklärungsquote. Nach dem Saarland, wo von 100 ermittelten Tätern nur 36 angeklagt wurden, folgen Schleswig-Holstein und Hamburg mit niedrigsten Quoten von 45 und 47. Dafür zeigen Schleswig-

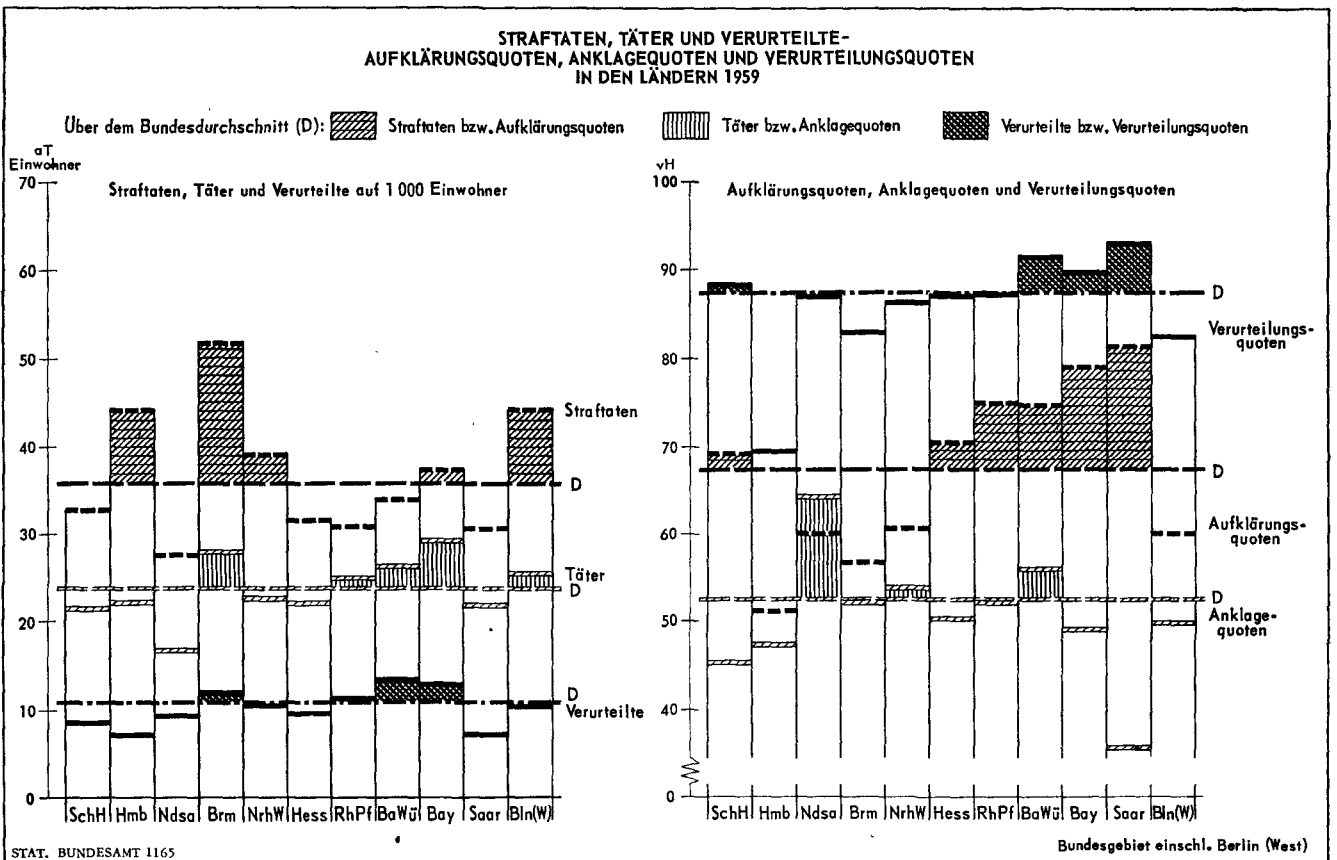
⁵⁾ Die 1958 in Nordrhein-Westfalen festgestellten Zahlen für Verurteilte aus Bayern decken sich größenordnungsmäßig mit den in Bayern ermittelten Zahlen für Verurteilte aus Nordrhein-Westfalen. — ⁶⁾ Vgl. „Hamburg in Zahlen“, Heft 20, 1956; Berliner Statistik, Sonderheft 78, Mai 1960. — ⁷⁾ Unter Angeklagten sind hier die Personen verstanden, gegen die nach Eröffnung der Hauptverhandlung eine rechtskräftige Entscheidung (z. B. Verurteilung, Freispruch, Einstellung) ergangen ist. Diese Zahl der „Abgeurteilten“ ist etwas kleiner als die für die Angeklagten. Es fehlen die Einstellungen vor Eröffnung der Hauptverhandlung durch das Gericht.

Holstein und das Saarland überdurchschnittliche Verurteilungsquoten.

Tabelle 1: Aufklärungsquoten, Anklagequoten und Verurteilungsquoten nach Ländern 1959

Land	Von 100		
	bekanntgewordenen Straftaten	Tätern	abgeurteilten Angeklagten
	wurden		
	aufgeklärt	angeklagt	verurteilt
Schleswig-Holstein	69,3	45,3	88,3
Hamburg	51,1	47,3	89,4
Niedersachsen	60,0	64,2	87,0
Bremen	56,8	52,0	83,0
Nordrhein-Westfalen	60,6	53,8	86,3
Hessen	70,5	50,2	87,1
Rheinland-Pfalz	74,9	52,0	87,2
Baden-Württemberg	74,7	55,9	91,4
Bayern	79,1	49,0	89,7
Saarland	81,4	35,6	93,0
Berlin (West)	80,0	49,7	82,5
Bundesgebiet einschl. Berlin (West) ..	67,3	52,5	87,4

Ein Vergleich der Ziffern und Quoten macht deutlich, daß sich Ermittlung, Anklage und Rechtsprechung bei Lösung der ihnen gemeinsam gestellten Aufgabe der Verbrechensbekämpfung im allgemeinen gut ergänzen. Sofern in einem Land kleine oder große Aufklärungs-, Anklage- und Verurteilungsquoten zusammentreffen, müssen sich Aufklärungsintensität der Polizei, Anklagefreudigkeit der Staatsanwaltschaft und Strenge oder Milde der Gerichte auf die rechtskräftig festgestellte Straffälligkeit erhöhend oder vermindern auswirken. Als prägnante Beispiele für das eine kann Hamburg, für das andere Baden-Württemberg gelten. In Hamburg werden nach Bremen die überhaupt meisten Straftaten bekannt, aber schon bedeutend weniger Täter als in Baden-Württemberg ermittelt, das mit seiner Straftatenziffer unter dem Bundesdurchschnitt liegt. Hier werden infolge einer großen Aufklärungsquote und einer weit strengeren Rechtsprechung schließlich 13, in Hamburg aber nur 8 Personen je 1 000 Einwohner verurteilt. Im ganzen gesehen kennzeichnen Hamburg und Baden-Württemberg die Unterschiede von Tatermittlung und Strafverfolgung in Nord und Süd, die nicht übersehen werden dürfen. In den fünf nördlichen Ländern zusam-



men (ohne Berlin) wurden im Jahre 1959 je 1 000 Einwohner mehr Straftaten bekannt als in den fünf Ländern des Südens, hier aber trotzdem mehr Täter ermittelt und rechtskräftig verurteilt.

	Straftaten	Täter	Verurteilte
Nord	36	21	10
Süd	34	26	12

Für die Wertung der gegenübergestellten Zahlen ist an die Abhängigkeit dieser allgemeinen Ziffern von der Häufigkeitsverteilung der verschiedenen Arten der Straftaten zu erinnern. In der ihnen zugrunde gelegten Gesamtzahl der Verbrechen und Vergehen sind Straftaten ganz unterschiedlicher Dunkelziffern sowie größerer und kleinerer Aufklärungsquoten enthalten. Die Aufklärungsquote für einzelne Straftaten bewegt sich z. B. zwischen 15 vH (Fahrraddiebstahl und unbefugte Ingebrauchnahme von Fahrrädern) und 97 vH (fahrlässige Tötung). Auch die Anklage- und Verurteilungsquoten können noch verschieden sein. Tat- und Täterform (Versuch, Vollendung oder Einzeltäter, Mittäter, Anstifter, Gehilfe) sowie das Alter der Sträffälligen spielen hier eine Rolle. Daher können regionale Unterschiede bei Ziffern, die sich auf alle Straftaten insgesamt beziehen, auch durch regionale Unterschiede in der Verteilung der Arten der Straftaten beeinflusst sein.

Das Ergebnis zeigt die Problematik regionaler Vergleiche der Straffälligkeit innerhalb der Grenzen eines Staates und auch internationaler Vergleiche, die in der Regel auf der Grundlage lediglich der rechtskräftig festgestellten Straffälligkeit durchgeführt werden⁸⁾.

Nur die hier erstmalig durchgeführte gemeinsame Betrachtung der Zahlen für Straftaten, Täter, Abgeurteilte und Verurteilte erlaubt einigermaßen sichere Aussagen über tatsächliche (echte) Unterschiede der allgemeinen Straffälligkeit in einzelnen Ländern. Danach haben Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Hessen und das Saarland eine verhältnismäßig niedrige, Bremen und Bayern eine verhältnismäßig hohe Straffälligkeit. In der ersten Ländergruppe sind 1954 bis 1959 Straftaten-, Täter- und Verurteilenziffern im Vergleich zu den für das Bundesgebiet errechneten kleiner, in den beiden anderen Ländern alle drei Ziffern ebenso immer größer gewesen. Bei den übrigen Ländern ist keine Zuordnung nach allen drei Ziffern möglich.

Regionale Unterschiede in Höhe und Entwicklung der allgemeinen Straffälligkeit können aus den vorerwähnten Gründen weitgehend von Faktoren bestimmt sein, die mit dem Volkscharakter wenig zu tun haben. Aufschlußreicher sind deshalb Untersuchungen über die Art der Verfehlungen. Tatermittlung und Strafverfolgung können in der Regel die der Art nach festgestellten Unterschiede nur hier und da entweder ein wenig verstärken oder abschwächen, kaum jemals aber verfälschen.

⁸⁾ In vielen Staaten gibt es keine Tatermittlungsstatistik, die in Deutschland 1936 reichseinheitlich neben die seit 1882 durchgeführte Strafverfolgungsstatistik trat. Vor allem aber sind in den Zahlen für die bekanntgewordenen Straftaten auch vermutete oder nur fingierte Straftaten enthalten und die ermittelten Täter nur hinreichend verdächtig, ein Verbrechen oder Vergehen begangen zu haben. Erst das Gericht kann und darf feststellen, ob der Verdächtige überhaupt eine und welche Straftat er nach der Gesetzesdefinition begangen hat.

Tabelle 2: Straftaten, Täter und Verurteilte im Bundesgebiet und in den Ländern unter- und überdurchschnittlicher Straffälligkeit im Durchschnitt der Jahre 1954 bis 1959

Land	Straftaten	Täter	Verurteilte
	auf 1 000 Einwohner		
Schleswig-Holstein	30,5	20,9	7,5
Niedersachsen	24,7	15,7	9,3
Hessen	28,4	20,9	9,9
Saarland ⁹⁾	27,9	19,6	7,2
Bundesgebiet ¹⁾ einschl. Berlin (West)	31,9	22,0	10,8
Bremen	58,9	29,6	11,2
Bayern	36,3	29,7	12,9

⁹⁾ Saarland nur 1957 bis 1959.

Ein Überblick⁹⁾ über die Unterschiede der besonderen Straffälligkeit in den Ländern wird im folgenden Abschnitt auf der Grundlage von besonderen Verurteilenziffern für Hauptdeliktgruppen gegeben, in denen die einzelnen Straftaten etwa nach dem verletzten Rechtsgut geordnet sind. Dabei ist zu beachten, daß in den meisten Hauptdeliktgruppen neben schwersten Verbrechen, die verhältnismäßig selten vorkommen, jeweils leichtere Vergehen enthalten sind, die weit häufiger auftreten.

Die besondere Straffälligkeit nach Hauptdeliktgruppen in den Ländern

In der Hauptdeliktgruppe I sind die Verbrechen und Vergehen gegen den Staat, seine Ordnung und im Amt zusammengefaßt. Die größte Straffälligkeit dieser Art im Durchschnitt 1954 bis 1959 weist Bayern aus, danach Baden-Württemberg und Bremen. Alle übrigen Länder liegen unter dem Bundesdurchschnitt. In Hamburg werden diese Straftaten am seltensten begangen.

Verbrechen und Vergehen wider die Sittlichkeit kommen in Baden-Württemberg am häufigsten vor. Über dem Bundesdurchschnitt, nach dem jährlich 35 Personen je 100 000 strafmündiger Einwohner nach den §§ 173 bis 184 StGB schuldig werden, liegen außerdem die Länder Bayern, Bremen und Rheinland-Pfalz. Die wenigsten sittlichen Verfehlungen werden in Schleswig-Holstein (24) und in Niedersachsen (25) begangen.

Verbrechen und Vergehen gegen die Person, die weder aus Sexualmotiven begangen wurden noch mit dem Straßenverkehr zusammenhängen, sind wieder in Hamburg am seltensten und in den drei südlichen Ländern häufiger als im Bundesdurchschnitt. Mit fast gleichen Verurteilenziffern folgen Schleswig-Holstein und Berlin (West). Hessen kommt dem Bundesdurchschnitt am nächsten.

Ebenso wie die Eigentumsdelikte Diebstahl und Unterschlagung nach den Ergebnissen der Strafverfolgungsstatistik ganz offenkundig in den Großstädten am häufigsten begangen werden, kommen auch Raub und Erpressung in den Großstädten öfter vor. Die meisten wegen dieser Delikte verurteilten Personen ergeben sich für Bremen, Berlin und Hamburg. Ein weiteres Indiz dafür, daß die Eigentumsdelikte sowie Raub und Erpressung vornehmlich in den größeren Städten begangen werden, kann in der Verurteilenziffer von Nordrhein-Westfalen gesehen werden.

In Schleswig-Holstein kommt auch der Rest der gegen das Vermögen gerichteten Verbrechen und Vergehen seltener vor als in allen anderen Ländern. Betrug, Untreue und Urkundenfälschung sowie Sachbeschädigung (als in dieser Gruppe zahlenmäßig dominierende Straftaten) treten vor allem in Bayern auf.

Mit den gemeingefährlichen Verbrechen und Vergehen — soweit sie in der Statistik nicht als Vergehen im Straßenverkehr gewertet werden — liegt Bayern mit Berlin an der Spitze. Ihnen folgen die Länder Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz. Neben den fahrlässigen und vorsätzlichen Brandstiftungen sind in der Hauptdeliktgruppe VII auch die Vollrauschtat nach § 330a StGB enthalten. In Berlin sind etwa 9 von 10 Delikten dieser Gruppe, die ihre Sühne fanden, Vollrauschtat gewesen. Aber auch in den anderen Ländern handelt es sich bei mindestens der Hälfte der sogenannten „gemeingefährlichen“ Verbrechen und Vergehen um Vollrauschtat, die minimalen Unrechtsgehalts sein können (z. B. Beleidigung). Die Brandstiftungskriminalität ist in Baden-Württemberg, dann in Bayern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein, den Ländern also, die noch zu einem großen Teil ländlichen Charakter haben, am größten.

Auch die Straftaten im Straßenverkehr sind nach den Verurteilenziffern im Süden des Bundesgebietes häufiger als im Norden. Auffallend ist, daß in Großstädten die wenigsten Vergehen im Straßenverkehr begangen werden. Möglicherweise sind die in kleineren und größeren Ländern zurückgelegten Kfz-km im Verhältnis zur Bevölkerungszahl die hier

⁹⁾ Vgl. auch Tabelle S. 208* f. Zu der Entwicklung bis 1954 nach Einzelstrafatbeständen vgl. WiSta, Heft 1, Januar 1957, S. 21.

Tabelle 3: Die Straffälligkeit nach Hauptdeliktgruppen in den Ländern 1954 bis 1959

Land	Von 100 000 strafmündigen Einwohnern wurden im Durchschnitt der Jahre 1954 bis 1959 verurteilt									
	insgesamt	davon wegen								
		Verbrechen und Vergehen gegen		anderer Personendelikte (außer im Straßenverkehr)	Diebstahl und Unterschlagung	Raub und Erpressung	anderer Verordnungsdelikte	gemeingefährlicher Delikte (außer im Straßenverkehr)	Vergehen im Straßenverkehr	Verbr. und Verg. nach anderen Bundes-Landes-gesetzen (außer StGB und StVG)
		Staat, Öffentl. Ordnung (außer Flucht nach Verkehrs-unfall)	Sittlich-keit							
I	II	III	IV	V	VI	VII	VIII	IX		
Schleswig-Holstein	938	30	24	85	198	1,9	117	26	370	86
Hamburg	889	27	32	61	269	5,6	136	19	222	117
Niedersachsen	1 166	41	25	110	205	2,9	138	24	520	99
Bremen	1 356	58	36	148	338	4,9	188	26	414	142
Nordrhein-Westfalen	1 273	47	33	116	249	4,8	157	21	557	89
Hessen	1 215	53	33	121	219	3,5	146	27	524	89
Rheinland-Pfalz	1 429	51	36	169	227	3,2	182	30	575	157
Baden-Württemberg	1 627	64	46	192	234	3,9	197	34	696	160
Bayern	1 608	77	42	178	226	3,9	209	38	590	244
Bundesgebiet (ohne Saarland und Berlin)	1 347	54	35	138	232	3,9	168	28	553	134
Berlin (West)	1 223	49	34	88	307	5,1	175	37	400	120

zugrunde liegende Relation. Wahrscheinlicher aber ist, daß schwerer wiegende Fahrlässigkeiten im Verkehr, die als Vergehen bestraft werden, in Großstädten durch die Verkehrsregelung und Geschwindigkeitsbegrenzung seltener sind. Auch die Vergehen im Straßenverkehr dürften wie alle übrigen Straftaten, für die es nach den vorerwähnten Sonderauszählungen als bewiesen gelten kann, im allgemeinen auch dann vor Gerichten des Wohnsitzes verhandelt werden, wenn sich der Verkehrsunfall in einem anderen Land ereignete. In Hamburg sind jedenfalls nicht halb soviel Personen wegen Straßenverkehrsdelikten verurteilt worden wie im Bundesdurchschnitt. Dem entspricht die Verurteiltenziffer von Nordrhein-Westfalen. Abgesehen von Schleswig-Holstein, zeigen nach Hamburg auch Berlin und Bremen im Vergleich zu den anderen Ländern niedrige Ziffern.

Bei den Vergehen im Straßenverkehr handelt es sich um Straftaten meist leichterer Art, die mit der fortschreitenden Motorisierung des Straßenverkehrs immer zahlreicher werden. Im Bundesgebiet (ohne Saarland und Berlin) hatten von rund 550 000 Straffälligen, die im Jahresdurchschnitt 1954 bis 1959 rechtskräftig schuldig gesprochen wurden, rund 220 000 oder 41 vH ein Vergehen im Straßenverkehr begangen. In den einzelnen Ländern waren im gleichen Zeitraum 25 vH (Hamburg) bis 45 vH (Niedersachsen) der wegen Verbrechen und Vergehen Verurteilten Personen, die im Straßenverkehr schuldig wurden.

Durch die Entwicklung der Straffälligkeit im Straßenverkehr wird auch der regionale Vergleich der heutigen allgem.

nen Straffälligkeit stark behindert. Die Verkehrsdichte, aber auch die Verkehrsregelung (Stadt-Land) sind unterschiedlich und damit die Bevölkerung der einzelnen Länder nicht im selben Maße der Gefahr ausgesetzt, im Straßenverkehr schuldig zu werden. Werden die Verkehrsdelikte eliminiert, vermindert sich das Süd-Nord-Gefälle der Straffälligkeit. Im Süden löst Bayern das Land Baden-Württemberg mit dem höchsten und im Norden Schleswig-Holstein das Land Hamburg mit dem niedrigsten Stand der Gesamtstraffälligkeit ab. Hamburgs rechtskräftig festgestellte Straffälligkeit, gemessen an den in der Regel vorsätzlich begangenen Verbrechen und Vergehen, ist dann auch größer als in Niedersachsen.

In der letzten Hauptdeliktgruppe sind die Verbrechen und Vergehen zusammengefaßt, die nicht im StGB oder StVG, sondern in anderen Bundes- und Landesgesetzen kodifiziert sind. Hier liegt mit den drei Ländern des Südens wieder Bremen über dem Bundesdurchschnitt, wobei Bayerns Straffälligkeit fast doppelt so groß ist. Der große Abstand zu Baden-Württemberg, dem Land mit der zweithöchsten Straffälligkeit dieser Art, resultiert in der Hauptsache aus den für Bayern weit höheren Zahlen für die Verstöße gegen die Abgabenordnung, die Paßvergehen und die Vergehen gegen die Lebensmittelgesetze (einschl. Milchgesetz). Die ersten beiden dürften auf eine stärkere Schmugglertätigkeit an Bayerns Staatsgrenze hindeuten. Bei Wertung der hier beobachteten Unterschiede ist zu berücksichtigen, daß in dieser Hauptdeliktgruppe auch die Vergehen gegen Landesgesetze enthalten sind, deren Anzahl nicht überall gleich ist. Ra.

Erwerbstätigkeit

Die Erwerbstätigkeit nach Wirtschaftsabteilungen 1957 bis 1959

Ergebnisse des Mikrozensus

Die Ergebnisse des Mikrozensus über den Umfang der Erwerbstätigkeit im Bundesgebiet (ohne Saarland und Berlin) im Oktober sind jeweils auch nach Wirtschaftsbereichen gegliedert. Diese für 1957 bis 1959 vorliegenden Angaben¹⁾ werden hiermit um die Zahlen für die Wirtschaftsabteilungen ergänzt.

Die Gliederung nach Wirtschaftsbereichen zeigte im Verlauf der angegebenen Jahre einen deutlichen Rückgang des Anteils der Landwirtschaft, eine ebenso deutliche Zunahme des Anteils der öffentlichen und privaten Dienstleistungen und einen mit schwächer werdender Tendenz steigenden Anteil des produzierenden Gewerbes. Die Aufgliederung nach Wirtschaftsabteilungen zeigt, daß die Strukturentwicklung im produzierenden Gewerbe von der Eisen- und Metallindustrie

sowie der Bauwirtschaft getragen wurde, während die Anteile des Bergbaues und des verarbeitenden Gewerbes (ohne Eisen und Metall) abgenommen haben. Im Bereich des öffentlichen Dienstes und der Dienstleistungen haben sich sowohl der Anteil der gewerblichen und freiberuflichen Dienstleistungen als auch derjenige des öffentlichen Dienstes erhöht, wobei der Aufbau der Bundeswehr Einfluß hat. Bei den Männern entspricht die Entwicklung mit Ausnahme der privaten Dienstleistungen im großen ganzen dem allgemeinen Bild. Für die Frauen hat, vor allem im langfristigen Vergleich, die Erwerbstätigkeit in der Landwirtschaft stark an Bedeutung verloren, dagegen im Handel, Geld- und Versicherungswesen besonders auch in den letzten Jahren, ferner in der Eisen- und Metallverarbeitung sowie in den privaten Dienstleistungen an Bedeutung gewonnen. Abgesehen von Landwirtschaft und Bergbau und — im ganzen gesehen — vom Verkehrswesen vollzog sich diese Entwicklung in allen Wirtschaftszweigen bei steigenden Zahlen der Tätigen.

Von den innerhalb der einzelnen Wirtschaftsabteilungen nach Stellungen im Beruf unterschiedenen Arbeitenden sind die meisten Selbständigen in der Landwirtschaft und im Handel, Geld- und Versicherungswesen. Auch im verarbeitenden

¹⁾ Horstmann, K., und Koller, S., Der Umfang der Erwerbstätigkeit im Oktober 1957, WiSta, Heft 4, April 1959, S. 173 ff.; Koller, S., Der Umfang der Erwerbstätigkeit im Oktober 1958, WiSta, Heft 1, Januar 1960, S. 19 ff.; Koller, S., Die Erwerbstätigkeit im Oktober 1959, WiSta, Heft 9, September 1960, S. 516 ff.

Tabelle 1: Erwerbstätige am 13. September 1950¹⁾ und im Oktober 1957, 1958 und 1959²⁾
Bundesgebiet (ohne Saarland und Berlin)
vH

Wirtschaftsabteilung	1950			1957			1958			1959		
	insges.	männl.	weibl.	insges.	männl.	weibl.	insges.	männl.	weibl.	insges.	männl.	weibl.
0 Landwirtschaft und Tierzucht, Forst- und Jagdwirtschaft, Gärtnerei, Fischerei	24,3	17,0	37,4	16,8	12,1	24,8	16,0	11,5	23,6	15,2	11,2	22,0
1 Bergbau, Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden, Energiewirtschaft	4,8	7,2	0,5	4,7	7,1	0,7	4,6	7,0	0,7	4,4	6,6	0,7
2 Eisen- und Metallherzeugung und -verarbeitung	11,8	15,9	4,5	15,6	20,1	7,7	16,1	20,8	8,1	16,5	21,2	8,4
3/4 Verarbeitendes Gewerbe (ohne Eisen- und Metallverarbeitung) ³⁾	18,7	18,0	19,8	19,2	17,0	22,9	18,9	16,9	22,2	18,7	16,7	22,0
5 Bau-, Ausbau- und Bauhilfsgewerbe	7,8	11,8	0,6	7,8	11,7	1,1	8,0	12,1	1,0	8,2	12,3	1,1
6 Handel, Geld- und Versicherungswesen	10,3	9,3	12,1	13,7	10,8	18,6	13,5	10,2	19,2	13,9	10,5	19,5
7 Dienstleistungen	6,2	2,6	12,7	5,8	2,5	10,8	5,9	2,5	11,5	6,0	2,5	11,8
8 Verkehrswesen	5,7	8,0	1,6	5,7	7,9	2,0	5,8	7,9	2,2	5,6	7,7	2,2
9 Öffentlicher Dienst und Dienstleistungen im öffentlichen Interesse	10,5	10,2	10,9	10,9 ⁴⁾	10,6 ⁴⁾	11,5	11,2 ⁴⁾	10,9 ⁴⁾	11,6	11,7 ⁴⁾	11,3 ⁴⁾	12,3
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100

¹⁾ Ergebnisse der Volkszählung. — ²⁾ Ergebnisse der Mikrozensusserhebungen. — ³⁾ Einschl. Wirtschaftsabteilung 9a „ohne Angabe der Betriebszugehörigkeit“. — ⁴⁾ Einschl. Soldaten.

Gewerbe (ohne Eisen und Metall) und im Sektor der gewerblichen und freiberuflichen Dienstleistungen ist der Anteil der Selbständigen noch bemerkenswert, während er in den übrigen Wirtschaftsabteilungen unter 1 vH liegt. In der Land- und Forstwirtschaft ist die Zahl der Selbständigen von 1957 bis 1959 zurückgegangen, in Handel, Geld- und Versicherungswesen sowie Dienstleistungen gestiegen. Der Anteil der Mithelfenden Familienangehörigen hat in allen nichtlandwirtschaftlichen Wirtschaftsabteilungen im Vergleich zur Landwirtschaft untergeordnete Bedeutung und erreicht nur im Handel, Geld- und Versicherungswesen noch 1 vH. Der größte Anteil der Abhängigen befindet sich in verarbeitendem Gewerbe sowie Eisen- und Metallindustrie, weitere beträchtliche Anteile im öffentlichen Dienst, im Handel, Geld- und Versicherungswesen, im Bau-, Ausbau- und Bauhilfsgewerbe und im Verkehrswesen. Auf die übrigen Wirtschaftsabteilungen entfallen jeweils Anteile der Abhängigen von weniger als 5 vH der Tätigen. Die Gruppe der Beamten und Angestellten ist am stärksten im öffentlichen Dienst sowie im Handel, Geld- und Versicherungswesen, diejenige der Arbeiter im verarbeitenden Gewerbe sowie in der Eisen- und Metallherzeugung vertreten. Hinsichtlich der Gliederung nach der Stellung im Beruf ist die Darstellung nach Wirtschaftsbereichen für 1958 und 1959 um den gesonderten Nachweis der Lehrlinge (einschl. Anlerlinge, Praktikanten, Volontäre) erweitert worden. Trotz einer nicht ganz geringen Anzahl anerkannter Lehrberufe in

der Landwirtschaft (z. B. Landwirt, Winzer, Melker, Gärtner, Waldarbeiter, Fischer) ist der auf diesen Bereich entfallende Anteil der Lehrlinge unbedeutend. Der größte Anteil dieser Personengruppe an den Erwerbstätigen ist im produzierenden Gewerbe tätig, an zweiter Stelle steht der Bereich von Handel und Verkehr. Die Verteilung der Männer und der Frauen nach Wirtschaftsabteilungen und Stellung im Beruf ist im einzelnen in der Tabelle auf S. 203⁴⁾ f. dieses Heftes nachgewiesen.

Von den im Oktober 1959 im Bundesgebiet (ohne Saarland und Berlin) im Erwerbsleben tätigen 24,8 Mill. Personen befanden sich 18,6 vH im verarbeitenden Gewerbe (ohne Eisen- und Metallverarbeitung), 16,5 vH in Eisen- und Metallherzeugung und -verarbeitung, 15,2 vH in der Land- und Forstwirtschaft, 13,9 vH im Handel, Geld- und Versicherungswesen und 11,7 vH im öffentlichen Dienst. Auf die übrigen Wirtschaftsabteilungen entfielen jeweils weniger als 10 vH. In allen Wirtschaftsabteilungen zusammen waren 46,1 vH der Erwerbstätigen als Arbeiter beschäftigt, zu denen auch die als Mithelfende Familienangehörige bezeichneten Personen gerechnet werden, die in einer sozialen Krankenversicherung pflichtversichert sind. Der Anteil der Beamten und Angestellten von 24,5 vH umfaßt auch die Soldaten. 13,2 vH der arbeitenden Bevölkerung übten eine selbständige Erwerbstätigkeit aus, 10,7 vH waren als Mithelfende Familienangehörige tätig. Der Anteil der Lehrlinge betrug 5,5 vH, derjenige der kaufmännischen und Verwaltungslehrlinge allein 2,2 vH. Spe.

Tabelle 2: Die im Erwerbsleben tätigen Personen nach Wirtschaftsabteilungen und Stellung im Beruf im Oktober 1959
Bundesgebiet (ohne Saarland und Berlin)
1 000

Stellung im Beruf Geschlecht	Wirtschaftsabteilungen									
	insgesamt	Landwirtschaft und Tierzucht, Forst- und Jagdwirtschaft, Gärtnerei, Fischerei	Bergbau, Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden, Energiewirtschaft	Eisen- und Metallherzeugung und -verarbeitung	Verarbeitendes Gewerbe (ohne Eisen- und Metallverarbeitung) ¹⁾	Bau-, Ausbau- und Bauhilfsgewerbe	Handel, Geld- und Versicherungswesen	Dienstleistungen	Verkehrswesen	Öffentlicher Dienst und Dienstleistungen im öffentlichen Interesse
Selbständige	3 275	1 190	17	134	477	191	766	279	72	151
Mithelfende Familienangehörige	2 661	2 002	.	27	170	33	255	134	15	23
Abhängige	18 840	571	1 069	3 916	3 975	1 798	2 415	1 087	1 312	2 718 ²⁾
zusammen	24 776	3 763	1 089	4 077	4 621	2 021	3 435	1 479	1 398	2 892
Männer	15 576	1 738	1 028	3 300	2 601	1 920	1 639	395	1 195	1 761 ²⁾
Frauen	9 199	2 026	61	776	2 020	101	1 796	1 084	204	1 131

¹⁾ Einschl. Wirtschaftsabteilung 9a. — ²⁾ Einschl. Soldaten.

Landwirtschaft und Fischerei

Die Motorisierung in der Landwirtschaft 1960

Neuzulassungen und Umschreibungen von Schleppern nach Betriebsgrößenklassen — 1. Halbjahr 1960

Die in den letzten Jahren immer spürbarer werdende Verknappung an Arbeitskräften und höhere Löhne zwangen die Landwirtschaft zu einer zunehmend erweiterten Anwendung von Landmaschinen. Diese Entwicklung wurde nach dem

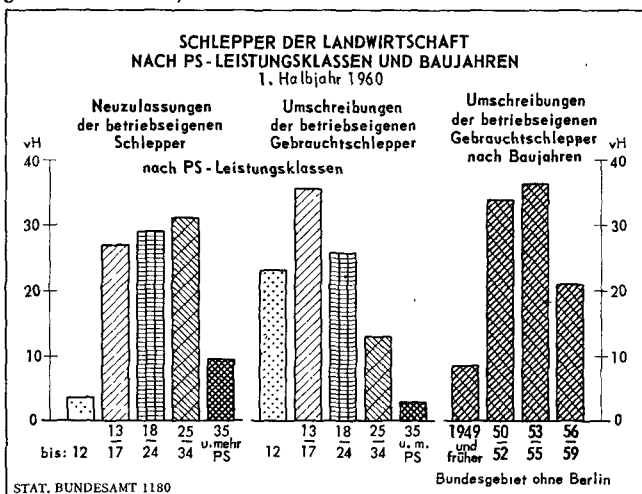
zweiten Weltkrieg durch einen vermehrten Einsatz von Schleppern eingeleitet. Heute nimmt der Schlepper eine bevorzugte Stellung in der technischen Ausrüstung der landwirtschaftlichen Betriebe ein. Die technische Entwicklung ermöglichte es, daß der Schlepper nicht nur als Zugmaschine bei der Bodenbearbeitung von Bedeutung ist, sondern durch die verschiedensten Anbau- und Zusatzgeräte in immer neue Arbeitsbereiche der Landwirtschaft vordringen konnte.

Allein aus der Bestandszunahme seit 1949 geht hervor, welche umwälzende technische Entwicklung in den letzten zwölf Jahren in der Landwirtschaft stattgefunden hat. Der Bestand an Zweiachs- und Kettenschleppern in der Land- und Forstwirtschaft erhöhte sich vom Mai 1949 bis zum Juni 1960 von rund 75 000 auf 824 000¹⁾. Da die Auswirkungen der technischen Entwicklung auf die einzelnen Betriebsgrößen sehr unterschiedlich sind, waren die Fachstellen, Verwaltung, Wirtschaftsberatung und Industrie besonders an Zahlen interessiert, die Aufschluß über die strukturelle Entwicklung nach Betriebsgrößenklassen geben. Die zuletzt 1953 betriebsweise durchgeführte Erhebung über den Schlepperbestand in der Land- und Forstwirtschaft wurde deswegen nach den Unterlagen des Kraftfahrt-Bundesamtes über die Neuzulassungen von Schleppern und den Unterlagen der Bodennutzungserhebung nach Betriebsgrößenklassen fortgeschrieben²⁾. Durch den sprunghaften Anstieg des Schlepperbestandes in den vorhergehenden Jahren haben auch die Umschreibungen von Gebrauchtschleppern und die Lösungen stillgelegter Schlepper stark zugenommen. Die bisherige Basis der Schleppererhebung von 1953 ist daher für eine Fortschreibung zu unsicher geworden; deshalb muß in diesem Nachweis von der Feststellung von Bestandszahlen nach Betriebsgrößenklassen abgesehen werden. Im übrigen ist zu beachten, daß bei den Umschreibungen nur die Käufer, nicht aber die Verkäufer von Gebrauchtschleppern berücksichtigt sind.

Die vorliegenden Ergebnisse³⁾ über die Neuzulassungen von Schleppern und die Umschreibungen für die Käufer von Gebrauchtschleppern vermitteln dennoch wertvolle Anhaltspunkte über die im betreffenden Zeitabschnitt eingetretenen Umschichtungen im Bestand der Schlepper und die weitere Entwicklung der Motorisierung in der Landwirtschaft. Sie geben gleichzeitig Aufschluß über die derzeitige Situation auf dem Schleppermarkt.

Im Vergleich mit dem gleichen Zeitraum des Vorjahres hat sich die Zahl der Neuzulassungen von Schleppern mit 49 800 um 6 vH verringert. Mit Ausnahme von Bayern, das mit 17 840 Neuzulassungen noch eine Zunahme von 2,4 vH gegenüber dem ersten Halbjahr 1959 aufweist, haben in den übrigen Ländern die Neuzulassungen um 8,5 bis 15 vH abgenommen. Besonders groß war der Rückgang der Neuzulassungen in den Betriebsgrößenklassen unter 10 und über 50 ha mit jeweils rund 10 vH. Die auf Betriebe mit 10 bis 50 ha entfallenden Neuzulassungen haben sich dagegen nur wenig verringert (— 1,4 vH).

Bei den Umschreibungen gebrauchter Schlepper ergibt sich, daß von insgesamt 20 700 Schleppern, die im ersten Halbjahr 1960 auf andere landwirtschaftliche Betriebe übergegangen sind, rd. 13 700 oder 66 vH von Betrieben unter 10 ha gekauft wurden³⁾.



Aus der Aufgliederung der Schlepper nach PS-Leistungsklassen geht hervor, daß sich bei den Neuzulassungen das Schwergewicht von den Schleppern mit einer Leistung unter

1) Einschl. Fischwirtschaft und Molkereibetriebe. — 2) Statistische Berichte III/22/17 und III/22/19. — 3) Vgl. Tabelle S. 204*.

24 PS zu den stärkeren Typen mit einer Leistung von 25 bis 34 PS verlagert hat. Der auf diese Leistungsklasse entfallende Anteil lag bei 31 gegenüber 18 vH im ersten Halbjahr 1959. Im Vorjahr standen die Schlepper von 18 bis 24 PS mit einem Anteil von 36 vH unter den Neuzulassungen an erster Stelle.

Demgegenüber entfielen von den Umschreibungen der Gebrauchtschlepper rd. 12 000 oder 60 vH auf die leichten Schleppertypen mit einer Leistung unter 18 PS. Aus der Gliederung nach Baujahren geht hervor, daß jeweils ein Drittel der Umschreibungen die Schlepper der Baujahre 1950/52 und 1953/55 betraf. Diese Verteilung entspricht dem Aufbau des Schlepperbestandes in der Nachkriegszeit, der in diesen Altersgruppen hohe Zunahme aufweist.

Verwendung von Mähreschern

Bei der Bodennutzungserhebung im Oktober 1960 wurden wie zuletzt 1958 die landwirtschaftlichen Betriebe, die bei der Ernte 1960 Mährescher verwendet hatten, und die mit Mähreschern abgeernteten Flächen ermittelt. Die diesjährige Erhebung wurde betriebsweise als Vollerhebung durchgeführt. Alle Mährescher wurden berücksichtigt, sei es, daß sie sich im alleinigen oder im gemeinschaftlichen Besitz der betreffenden Betriebe oder im Besitz von Genossenschaften und gewerblichen Lohnunternehmen befanden. Anzugeben waren wieder alle Flächen, die durch Mähdrusch oder den sogenannten Schwadendrusch (Pick-up-Verfahren) abgeerntet wurden⁴⁾.

Wie in den Vorjahren hat sich der Mähreschereinsatz wieder erheblich ausgeweitet. Insgesamt wurden bei der Ernte 1960 rund 1,5 Mill. ha Getreide (einschließlich Hülsenfrüchte, Ölfrüchte und Futterpflanzen zur Saatguterzeugung) mit Mähreschern abgeerntet, das sind 30 vH der gesamten Anbaufläche. Im Jahre 1958 lag die in dieser Weise abgeerntete Fläche noch bei 15 vH und 1956 bei 7 vH der gesamten Getreideanbaufläche. Die vermehrte Anwendung des Mähdruschverfahrens deutet darauf hin, daß die arbeitswirtschaftliche und technische Umstellung der Betriebe auf Grund der Abwanderung landwirtschaftlicher Arbeitskräfte in den letzten Jahren beträchtlich vorangeschritten ist und der im Jahre 1960 aus Witterungsgründen noch vermehrte Arbeitsaufwand während der Getreideernte von zahlreichen Betrieben nur mit Hilfe von Mähreschern zu bewältigen war. Dabei war der Einsatz der Mährescher während der Erntezeit

4) Statistischer Bericht III/22/18.

Betriebe, in denen Mährescher benutzt wurden und die Mähdruschflächen

Land	Jahr	Betriebe in denen Mährescher eingesetzt wurden Anzahl	Mähdruschfläche			
			Insgesamt		je Betrieb	
			ha	vH ¹⁾		
Schleswig-Holstein ..	1960	13 559	150 716	34,8	131 013	11,1
	1958	7 256	92 219	21,5	75 639	12,7
Hamburg	1960	482	2 318	40,9	2 271	4,8
	1958	170	1 141	19,5	1 092	6,7
Niedersachsen	1960	53 001	302 564	29,1	293 868	5,7
	1958	20 914	152 046	14,7	144 216	7,3
Bremen	1960	175	471	18,6	464	2,7
	1958	40	133	5,1	133	3,3
Nordrhein-Westfalen	1960	52 505	244 611	31,4	241 375	4,7
	1958	23 355 ²⁾	147 167	18,9	143 425	6,3
Hessen	1960	51 765	124 999	30,6	122 534	2,4
	1958	21 828	65 429	15,9	63 743	3,0
Rheinland-Pfalz	1960	45 476	113 515	31,0	113 052	2,5
	1958	26 928 ²⁾	59 227	16,2	58 245	2,2
Baden-Württemberg ..	1960	113 523	163 508	29,0	158 640	1,4
	1958	53 784	69 714	12,1	67 316	1,3
Bayern	1960	84 716	363 537	27,1	357 621	4,3
	1958	20 710 ³⁾	153 599	11,0	149 345	7,4
Saarland	1960	10 243	13 177	40,5	13 177	1,3
	1958	3 786	5 448	15,1	5 376	1,4
Bundesgebiet ohne Berlin	1960	425 445	1 479 416	29,8	1 434 015	3,5
	1958	178 771 ²⁾	746 123	14,8	708 530	4,2
Berlin (West)	1960	128	959	65,6	959	7,5
	1958	50	491	33,0	491	9,8

¹⁾ vH der Anbauflächen. — ²⁾ Ohne die kreisfreien Städte. — ³⁾ Teilweise ohne kreisfreie Städte.

1960 durch die ungünstigen Witterungsverhältnisse noch erschwert.

Die Zahl der Betriebe, die Mährescher einsetzen, hat sich seit 1958 von 179 000 auf 425 000 erhöht. Dabei ist zu berücksichtigen, daß 1958 in einigen Ländern die kreisfreien Städte nicht erfaßt wurden. Durch das Vordringen des Mähreschers in die kleineren Betriebe verringerte sich gleichzeitig die durchschnittliche Mähdruschfläche im Bundesgebiet je Betrieb von 4 auf 3,5 ha. Regional gesehen treten stärkere Unterschiede hervor. In den norddeutschen Ländern lag die durchschnittliche Mähdruschfläche je Betrieb im Jahre 1960 noch

bei 6 ha, während sie in den süddeutschen Ländern nur 2,5 ha betrug.

Bei Beurteilung der Zahl der Betriebe, die Mährescher verwendeten, ist zu beachten, daß die Zahl der Mährescher bei Beginn der Getreideernte auf rd. 46 000 vom Bundesernährungsministerium geschätzt wurde. Am Ende der Getreideernte dürften jedoch nach Schätzungen der Fachgemeinschaft Landmaschinen etwa 54 000 Mährescher vorhanden gewesen sein. In den meisten Fällen erfolgte also der Einsatz der Mährescher im Lohnverfahren oder auf gemeinschaftlicher und genossenschaftlicher Grundlage. Kg.

Der Schweinebestand am 3. März 1961

Am 3. März 1961 wurden im Bundesgebiet ohne Berlin insgesamt 15,45 Mill. Schweine gezählt¹⁾. Im einzelnen waren es 4,60 Mill. Ferkel, 7,25 Mill. Jungschweine, 2,00 Mill. Mastschweine und 1,56 Mill. Zuchtsauen, darunter 952 000 trächtige Zuchtsauen. Gegenüber dem März 1960 betrug die Zunahme der Ferkel 9,6 vH und der Jungschweine 7,5 vH. Die Zahl der Mastschweine ist auf derselben Höhe geblieben, die Sauen insgesamt nahmen um 11,5 vH, die trächtigen Sauen um 13,9 vH und der Gesamtbestand um 7,5 vH zu. Der „nutzbare Zugang“ in der Zählperiode der sich aus der Bestandsveränderung, der Zahl der Schlachtungen und dem Außenhandelsaldo errechnen läßt, betrug 5,81 Mill., er lag um 9,8 vH höher als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Auf die Zahl der trächtigen Sauen am 2. Dezember 1960 umgerechnet, betrug er 6,37 gegenüber 6,36 im Vorjahr und 6,09 im sechsjährigen Durchschnitt. Der Ferkelbestand ist naturgemäß stets geringer als der „nutzbare Zugang“, da die in den ersten Wochen der Zählperiode zugehenden Tiere bei der folgenden Zählung bereits in die Kategorie der Jungschweine hineingewachsen sind. Der Anteil der Ferkel am Zugang betrug am 3. März 79 vH und lag etwa ebenso hoch wie in den beiden Jahren vorher.

Von den am 2. Dezember 1960 gezählten Jungschweinen wurden 25 vH wiederum als Jungschweine und 28 vH als Mastschweine gezählt, 47 vH sind geschlachtet worden. In der gleichen Zeitspanne des Vorjahres wurden 45 vH des

Jungschweinebestandes geschlachtet, es ist also in diesem Jahre durch Schlachtungen stärker in den Jungschweinebestand eingegriffen worden. Die Tendenz, den Umtrieb zu beschleunigen, hat sich verstärkt. Durch den stärkeren Eingriff in die Jungschweinebestände ging das Durchschnittsalter der geschlachteten Schweine um 8 Tage auf 229 Tage zurück. Das durchschnittliche Schlachtgewicht betrug infolgedessen nur 85 kg gegenüber 87,3 kg in der gleichen Zeit des Vorjahres. Im Februar betrug es sogar nur 84,5 kg, das ist das geringste bisher ermittelte monatliche Schlachtgewicht.

Insgesamt wurden in der Zählperiode 6,11 Mill. Schweine geschlachtet, das sind 9 vH mehr als im Vorjahr. Die Hauschlachtungen lagen mit 2,06 Mill. im Rahmen der Vorausschau, die gewerblichen Schlachtungen mit 4,05 Mill. etwas darüber.

Die Zahl der trächtigen Sauen hat sich nicht auf der am 2. Dezember 1960 festgestellten Höhe gehalten, sondern ist um 4,3 vH gestiegen. Diese Entwicklung dürfte auf die reichliche Versorgung mit wirtschaftseigenem Schadgetreide und mit Kartoffeln zurückzuführen sein. In den Ländern Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Hessen sind die Bestände trächtiger Sauen nur geringfügig gestiegen, eine überdurchschnittliche Steigerung ist in den übrigen süddeutschen Ländern, insbesondere in Rheinland-Pfalz, und auch in Schleswig-Holstein, festzustellen. Im Bundesgebiet ist infolgedessen jedenfalls bis zum Spätherbst dieses Jahres mit einem hohen Schweinebestand und bis zu den ersten Monaten des kommenden Jahres mit einer hohen monatlichen Schlachtungsziffer zu rechnen. zE.

¹⁾ Vgl. Tabelle S. 205*.

Veränderung des Schweinebestandes in den Ländern
vH

Land	Zu- (+) bzw. Abnahme (—) 3. März 1961 gegen							
	3. März 1960							2. Dez. 1960
	Schweinehalter	Schweine insgesamt	Ferkel	Jungschweine	Schlacht- und Mastschweine	zusammen	Zuchtsauen trächtig	
Schleswig-Holstein und Hamburg	— 0,9	+ 9,6	+ 8,6	+ 10,3	+ 0,9	+ 17,8	+ 21,7	+ 8,5
Niedersachsen und Bremen	— 0,9	+ 6,3	+ 6,9	+ 7,1	— 1,3	+ 6,4	+ 12,2	+ 2,8
Nordrhein-Westfalen	+ 1,8	+ 8,0	+ 11,1	+ 6,5	+ 5,1	+ 11,5	+ 13,3	+ 0,6
Hessen	+ 2,6	+ 11,8	+ 13,4	+ 12,6	+ 7,3	+ 12,4	+ 14,5	+ 1,1
Rheinland-Pfalz	+ 9,2	+ 16,0	+ 16,7	+ 19,7	+ 4,2	+ 16,4	+ 21,4	+ 18,0
Baden-Württemberg	+ 0,1	+ 5,3	+ 9,0	+ 5,5	— 5,9	+ 10,7	+ 13,8	+ 5,9
Bayern	— 2,7	+ 5,6	+ 11,2	+ 4,0	— 4,1	+ 10,0	+ 11,7	+ 5,8
Saarland	+ 2,2	+ 4,9	+ 8,3	+ 6,2	— 6,9	+ 12,0	+ 10,5	+ 8,1
Bundesgebiet ohne Berlin	+ 0,4	+ 7,5	+ 9,6	+ 7,5	+ 0,1	+ 11,5	+ 13,9	+ 4,3

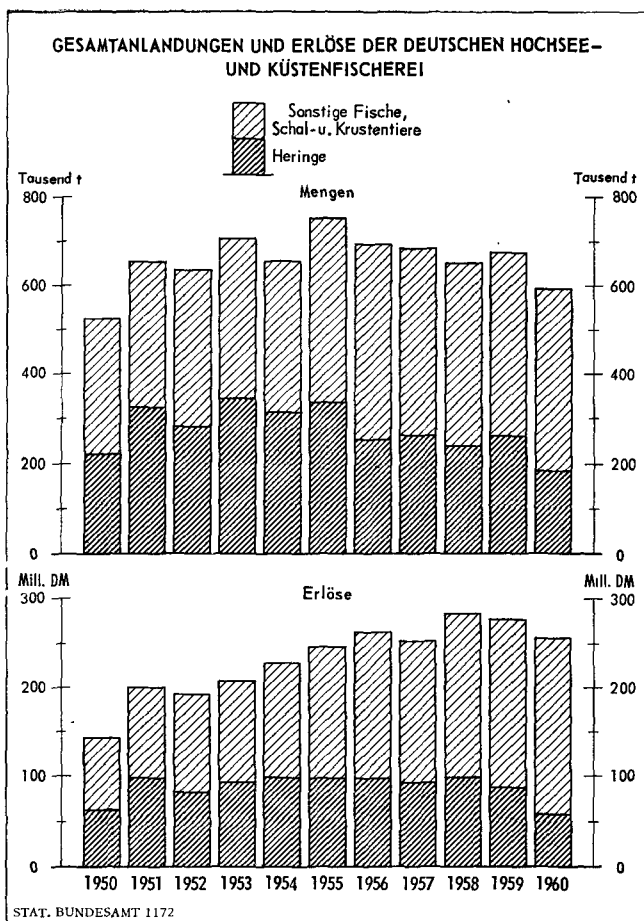
Seefischerei und Versorgung mit Seefischen im Jahr 1960

Die deutsche See- und Küstenfischerei mußte im Jahre 1960 außergewöhnlich hohe Fangausfälle in Kauf nehmen. Die seit 1956 anhaltende und im Jahre 1959 unterbrochene rückläufige Entwicklung der Fangträge setzte sich im Berichtsjahr in verstärktem Umfang fort, so daß das Gesamtergebnis unter dem niedrigsten der letzten 10 Jahre lag. Bei einer Gesamtanlandung (einschl. der in ausländischen Häfen unmittelbar vom Fangplatz aus gelöschten Fangmengen) in Höhe von 610 000 t betrug der Rückgang gegenüber dem Vorjahr 84 100 t oder 12,1 vH¹⁾. Der Gesamterlös für die Anlandungen ging in

der gleichen Zeit um 18,5 Mill. DM oder 6,5 vH auf 264,2 Mill. DM zurück. Im Bundesgebiet wurden von deutschen Fischereifahrzeugen insgesamt 593 000 t Fische, Schal- und Krustentiere mit einem Erlös von 255,8 Mill. DM angelandet, d. s. 84 600 t (12,5 vH) und 20,6 Mill. DM (7,4 vH) weniger als 1959. Diese seit Jahren immer weniger befriedigenden Erträge der Fischerei sind fast ausschließlich die Folge der ständig sinkenden Heringsfänge, für die bisher noch nicht eindeutig geklärte biologische Verlagerungen der Heringschwärme verantwortlich gemacht werden.

Während im Jahre 1955, dem besten Heringsjahr der Nachkriegszeit, 334 800 t Hering und im Durchschnitt der Jahre 1954 bis 1959 jährlich 277 600 t Hering gefangen wurden, waren es im Berichtsjahr nur noch 184 600 t oder zwei Drittel des sechsjährigen Durchschnittsertrages. Der Mißerfolg im

¹⁾ Vgl. Tabelle S. 206*.



Heringsfang, der immer den Gesamtertrag mindert, läßt sich nicht ohne weiteres durch Ausweichen auf andere Fischarten beheben.

Infolge der Fangausfälle traten auch in der Zusammensetzung nach Fischarten gegenüber 1959 z. T. beträchtliche Veränderungen ein. An Heringen wurden 75 500 t oder 29 vH weniger angelandet; obwohl sich dadurch sein Anteil am Gesamtfang innerhalb eines Jahres von 38,4 auf 31,1 vH verringerte, blieb er mengenmäßig immer noch an der Spitze der gefangenen Fischarten. Bei den übrigen Fischarten, die größere wirtschaftliche Bedeutung haben, ergaben sich nur beim Kabeljau und Schellfisch größere Verschiebungen in den Fangmengen; die Anlandungen an Kabeljau, die 1959 um 11 vH zurückgegangen waren, stiegen um 19 vH, während die Schellfischanlandungen mit einem Rückgang um 12 vH auf 9 100 t ihren tiefsten Stand seit 1953 erreichten. Die Rotbarsch- und Seelachsänge hielten sich auf der ungefähren Höhe des Vorjahres; die seit Jahren rückläufigen Erträge der Krabbenfischerei verminderten sich dagegen um weitere 6 vH.

Tabelle 1: Gesamtanlandungen nach wichtigsten Fischarten

Fischart	Menge		Erzeugererlös			
	1959	1960	1959	1960		
	1 000 t	vH	Mill. DM	vH		
Hering	280,1	184,6	31,1	88,0	59,2	23,2
Kabeljau, Dorsch	74,9	89,3	15,1	37,9	42,3	16,5
Schellfisch	10,4	9,1	1,5	6,0	5,9	2,3
Seelachs, Köhler	48,8	48,1	8,1	25,2	26,8	10,5
Rotbarsch	141,4	142,7	24,1	69,4	72,2	28,2
Krabben und Krebse	25,8	24,2	4,1	7,5	7,7	3,0
Sonstige	116,1	95,0	16,0	42,5	41,6	16,3
Insgesamt	677,5	593,0	100	276,4	255,8	100

Die Aufgliederung der Fänge nach ihrer Herkunft zeigt eine zunehmende Tendenz der Befischung ferner Fanggebiete, die im wesentlichen durch das Nachlassen der Erträge auf den traditionellen Heringsfangplätzen und die Ausdehnung der Hoheitsgrenzen von Island auf 12 Seemeilen bedingt ist. Von Grönland wurden 20 300 t oder 42 vH und von Labrador 3 900 t

oder 11 vH mehr angelandet als 1959. Insgesamt kamen rund ein Fünftel sämtlicher Fänge von Grönland und der Ostküste Nordamerikas. Eine geringe Fangzunahme war außerdem in den Gewässern um Island und in der Ostsee zu verzeichnen. Aus der Nordsee, dem Kanal und den Westbritischen Gewässern wurden dagegen 106 300 t oder 29 vH weniger als 1959 angelandet. Der Anteil dieser 3 Fanggebiete an der Herkunft der Fänge, der in früheren Jahren immer über 50 vH lag, ging damit im Berichtsjahr auf 43 vH zurück.

Tabelle 2: Gesamtanlandungen nach wichtigsten Fanggebieten

Fanggebiet	Menge			Erzeugererlös		
	1959	1960		1959	1960	
	1 000 t	vH	Mill. DM	vH		
Nordsee	340,6	251,0	42,3	105,3	81,9	32,0
Kanal	13,1	4,0	0,7	5,7	1,6	0,6
Westbr. Gewässer	9,7	2,1	0,4	5,6	0,7	0,3
Ostsee	33,7	35,6	6,0	14,2	15,2	5,9
Island	99,2	102,6	17,3	53,4	56,4	22,0
Norwegische Küste	36,0	35,9	6,1	18,7	18,8	7,3
Barentssee	—	2,3	0,4	—	1,1	0,4
Bäreninsel	0,4	—	—	0,2	—	—
Grönland	48,1	68,4	11,5	22,9	34,3	13,4
Färöer	8,5	4,4	0,7	5,9	3,0	1,2
Neufundland	8,9	6,6	1,1	4,8	3,2	1,3
Labrador	34,0	37,9	6,4	15,3	17,2	6,7
Mischreisen und sonst. Fanggebiete	45,4	42,3	7,1	24,4	22,3	8,7
Insgesamt	677,5	593,0	100	276,4	255,8	100

Von den Gesamtanlandungen im Bundesgebiet entfielen 383 200 t oder 65 vH und vom Gesamterlös 186,6 Mill. DM oder 73 vH auf die Große Hochseefischerei. Ihr Ertrag war damit um 47 500 t (11 vH) und 14,0 Mill. DM (7 vH) geringer als 1959. Um dieses Fangergebnis zu erzielen, wurden 2 747 Reisen mit 52 726 Reisetagen und einer Durchschnittsdauer von 19,2 Tagen ausgeführt, die einen Ertrag von 7,3 t und 3 540 DM je Reisetag brachten.

Vergleicht man diesen Aufwand an Reisen und Reisetagen sowie die Durchschnittserträge mit denen des Jahres 1959, dann zeigt sich, daß sich der wirtschaftliche Erfolg selbst bei Unterstellung gleichgebliebener sonstiger Betriebskosten verschlechtert haben muß, denn die Dauer der Reisen hat durchschnittlich um 1,1 Tage zugenommen, während der Fang um 0,5 t und der Erlös um rund 80 DM im Durchschnitt je Reisetag abgenommen haben. Trotz dieser Ertragsausfälle hat die Hochseefischerei ihre Flotte im abgelaufenen Jahr weiter modernisiert, 19 ältere Fischdampfer mit zusammen 9 050 BRT wurden aus der Fahrt gezogen und dafür 12 neue Fahrzeuge mit 11 480 BRT in Dienst gestellt, so daß sich zwar der Bestand bis zum Jahresende auf 203 Einheiten verringerte, der Raumgehalt jedoch auf 119 517 BRT anstieg. Bei den Neubauten handelte es sich durchweg um größere Fahrzeuge von mehr als 800 BRT, darunter 6 mit Tiefkühlanlagen. Die Zahl der kombinierten Fang-Fabrikschiffe erhöhte sich damit auf 13 Einheiten.

Tabelle 3: Gesamtanlandungen nach Fischereibetriebsarten

Fischereibetriebsart	Menge		Erzeugererlös	
	1959	1960	1959	1960
	1 000 t	Mill. DM	vH	
Große Hochseefischerei	430,7	383,2	200,6	186,6
Große Herings- (Logger-) Fischerei	75,9	69,3	29,8	26,2
Kleine Hochsee- und Küstenfischerei	170,9	140,5	45,9	42,9
Gesamtanlandungen	677,5	593,0	276,4	255,8

Der Ertrag der Großen Heringsfischerei belief sich auf insgesamt 69 300 t und blieb damit um 6 600 t oder 8,7 vH unter dem Vorjahresergebnis. Hiervon wurden 21 800 t von den im Frischheringsfang eingesetzten Loggern angelandet. Der Frischheringsfang, der von der Loggerfischerei erst 1950 aufgenommen und in den ersten Jahren nur in einigen Monaten vor der eigentlichen Heringsaison betrieben worden ist, wurde im Berichtsjahr erstmalig auf das ganze Jahr ausgedehnt. Der Fangertrag dieses Betriebszweiges stieg dadurch um 8 100 t oder 60 vH über den Fangertrag des Vorjahres, während sich der Erlös um 47 vH auf 7,2 Mill. DM erhöhte. Das Ergebnis der Salzheringsaison in Höhe von

475 000 Kantjes (= rund 47 500 t Frischhering) lag um 147 500 Kantjes oder 24 vH unter dem der Saison von 1959. Im Einsatz waren während der Saison vom Gesamtbestand der Loggerflotte, der mit 105 Fahrzeugen der gleiche war wie im Vorjahr, nur 101 Einheiten gegenüber 104 im Jahre 1959.

Die Kleine Hochsee- und Küstenfischerei hatte mit einem Fangausfall in Höhe von 17,8 vH gegenüber dem Vorjahr den verhältnismäßig stärksten Rückgang zu verzeichnen. Der Gesamterlös war dagegen nur um 6,5 vH niedriger als 1959. Diese ungleiche Entwicklung von Menge und Erlös ist darauf zurückzuführen, daß sich ein Teil der Kutter, vor allem solche von der Ostseeküste, wegen der stark gesunkenen Preise für Fischmehlrohware nicht mehr am Sandspierlings- und Ölheringsfang beteiligten. Sie verlegten sich stärker auf den Fang von Konsumfischen und erzielten dadurch

höhere Durchschnittserlöse. An Fischmehlfabriken und zu Futterzwecken wurden daher von der Kleinen Hochsee- und Küstenfischerei im Jahre 1960 nur 82 000 t gegenüber 117 700 t im Jahre 1959, abgegeben.

Trotz des Anlandungsrückganges bei sämtlichen Betriebsarten erhöhte sich infolge des höheren Konsumfischanteils an den deutschen Fängen und der größeren Einfuhren die Menge, die für die Versorgung der Bevölkerung zur Verfügung stand, gegenüber 1959 geringfügig. Von den Eigenanlandungen in Höhe von 593 000 t wurden 148 000 t nicht zu Konsumzwecken verwendet, so daß einschließlich der Einfuhr von 220 000 t eine Konsumfischmenge von 665 000 t verfügbar war, von denen 63 000 t ausgeführt wurden. Für den Verzehr im Bundesgebiet verblieben somit 602 000 t oder 10,8 kg je Einwohner gegenüber 588 000 t bzw. 10,7 kg im Jahre 1959. Sr.

Unternehmen

Die Bilanzen der Aktiengesellschaften für die Geschäftsjahre 1958 und 1959

Die Zahl der im Bundesgebiet (ohne Saarland und Berlin) eingetragenen Aktiengesellschaften ist im Kalenderjahr 1959 im Zuge der Umwandlungswelle um 105 auf 2 379 zurückgegangen. Setzt man von diesem Endbestand die 317 Banken, Versicherungen und Beteiligungsgesellschaften sowie die 44 Gesellschaften ab, die erst im Laufe des Jahres 1959 hinzugekommen sind¹⁾, so verbleiben nur noch 2 018 Aktiengesellschaften, deren Jahresabschlüsse 1958 und 1959 für die Zwecke der Bilanzstatistik zur Verfügung stehen müßten. Bis Ende Februar 1961 hatten aber erst 1 857 von diesen Gesellschaften ihren Abschluß 1959 im Bundesanzeiger oder als Geschäftsbericht veröffentlicht. Das bedeutet, daß die Bilanzstatistik in ihren abschließenden Ergebnissen abermals weniger als 2 000 Unternehmen enthält. Immerhin sind damit aber die Aktiengesellschaften der meisten Wirtschaftsgruppen vollständig oder fast vollständig erfaßt, und mit dem Gesamtbetrag der Bilanzsumme wurde die Grenze von 100 Mrd. DM erstmals überschritten. Bei den noch ausstehenden Gesellschaften handelt es sich überwiegend um kleinere Unternehmen.

Ein erster Bericht über die Bilanzen 1959 wurde im Novemberheft 1960 veröffentlicht. Dort waren die Ergebnisse aus 1 203 Industriebilanzen dargestellt. Inzwischen sind 163 Abschlüsse aus dem gleichen Bereich (Industrie einschl. Energie- und Bauwirtschaft) sowie 491 Bilanzen aus allen übrigen Wirtschaftsgruppen hinzugekommen. In der Struktur dieser neu einbezogenen Bilanzen, werden die Anlage-intensiven Bereiche Verkehr und Wohnungswesen durch den Handel mit seinem relativ großen Umlaufvermögen annähernd kompensiert. Die Durchschnittsstruktur aller 1 857 Bilanzen unterscheidet sich dadurch kaum von der der 1 203 Industrie-Bilanzen. Es erübrigt sich daher, auf die Tabellen 1 und 2 noch einmal ausführlich einzugehen; hier kann vielmehr auf die Ausführungen im Novemberheft 1960 verwiesen werden.

¹⁾ Vgl. „WiSta“, Heft 3, März 1960, S. 166.

Tabelle 1: Entwicklung der Sachanlagen bei 1 857 Aktiengesellschaften in den Geschäftsjahren 1958 und 1959

Bundesgebiet (ohne Saarland und Berlin)
Mill. DM

Art der Sachanlagen	Bestand Ende 1957	im Geschäftsjahr 1958				Bestand Ende 1958	im Geschäftsjahr 1959				Bestand Ende 1959
		Reinzugang ¹⁾	Abgang	Berichtigung	Abschreibung		Reinzugang ¹⁾	Abgang	Berichtigung	Abschreibung	
Bebaute Grundstücke	14 157,2	2 015,9	85,6	+ 29,4	725,3	15 391,6	2 153,2	111,2	+ 43,5	833,0	16 644,0
Unbebaute Grundstücke	515,8	69,8	17,2	+ 1,7	1,8	588,3	66,6	17,5	+ 9,7	4,6	622,4
Maschinen und maschinelle Anlagen	15 996,6	4 897,9	90,2	+ 33,2	3 978,1	16 859,4	5 032,8	116,1	+ 81,6	4 179,7	17 678,0
Spezialanlagen	5 825,7	1 292,0	63,1	+ 165,2	817,9	6 401,8	1 327,1	62,3	+ 35,9	852,5	6 850,0
Werkzeuge, Ausstattung	2 348,9	1 015,9	52,9	+ 4,4	968,9	2 345,4	1 115,5	38,4	+ 41,0	1 007,4	2 456,1
Sonstige Sachanlagen	252,3	53,4	4,7	+ 0,5	43,7	257,8	44,5	3,0	+ 2,6	38,9	263,0
In Bau befindliche Anlagen	2 190,8	238,2	22,3	+ 3,1	64,6	2 345,2	41,1	27,2	+ 57,5	70,3	2 346,3
Anzahlungen auf Anlagen	1 365,1	./.	46,7	+ 10,5	9,7	1 318,1	./.	136,1	5,5	./.	1 156,6
Summe	42 650,3	9 536,5	337,1	+ 248,1	6 610,1	45 487,5	9 644,6	381,2	+ 269,0	7 003,5	48 016,4
Abzüglich Erneuerungsstock	8,8	.	.	.	0,7	7,5	.	.	.	2,0	0,5
Sachanlagen insgesamt	42 643,5	45 480,0	48 006,9

¹⁾ Saldo aus Zugang und Umbuchungen.

Tabelle 2: Vermögens- und Kapitalaufbau der Aktiengesellschaften 1955 bis 1959 (ohne Banken, Versicherungen und Beteiligungsgesellschaften)
Bundesgebiet (ohne Saarland und Berlin)
vH der Bilanzsumme

Bilanzposten	1955	1956	1956	1957	1957	1958	1958	1959
	Zahl der erfaßten Bilanzen		1 980		1 955		1 857	
Sachanlagen ¹⁾ und Anzahlungen	47,9	47,3	47,4	47,6	46,6	46,7	47,9	47,3
Sonstiges Anlagevermögen	6,5	6,7	6,7	7,1	8,2 ²⁾	8,4 ²⁾	7,2 ²⁾	7,6 ²⁾
Anlagevermögen zusammen	54,4	54,0	54,1	54,7	54,8	55,1	55,1	54,9
Vorräte	19,4	19,5	19,4	19,3	18,8 ³⁾	18,6 ³⁾	18,8 ³⁾	17,9 ³⁾
Langfristige Forderungen	2,7	2,8	2,8	2,6	2,7 ³⁾	2,7 ³⁾	3,0 ³⁾	2,8 ³⁾
Kurzfristige Forderungen ³⁾	16,2	16,6	16,7	16,4	16,7	16,5	15,9	16,2
Flüssige Mittel	6,6	6,4	6,3	6,3	6,3	6,2	6,3	7,2
Umlaufvermögen zusammen	44,9	45,2	45,2	44,6	44,5	44,0	44,0	44,1
Sonstige Aktiva	0,6	0,7	0,6	0,7	0,7	0,8	0,8	0,9
Jahresverlust	0,1	0,1	0,1	0,0	0,0	0,1	0,1	0,1
Bilanzsumme	100	100	100	100	100	100	100	100
Grundkapital ³⁾	23,4	22,8	22,9	22,7	23,1	22,6	21,8	21,6
Rücklagen einschl. Vermögensabgabe	14,2	13,5	13,5	13,0	13,1	12,7	12,7	13,3
Sonderwertberichtigungen	3,7	3,5	3,7	3,5	3,5	3,3	3,4	2,9
Gewinnvortrag abzgl. Verlustvortrag	0,0	0,0	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Eigenkapital zusammen	41,3	39,8	40,2	39,3	39,8	38,7	38,0	37,9
Langfristige Rückstellungen	6,6	6,9	6,9	7,1	7,1	7,1	7,5	7,5
Alle übrigen Rückstellungen	7,1	7,2	7,1	7,2	7,2	7,2	7,1	7,7
Sozialverbindlichkeiten	1,4	1,4	1,4	1,4	1,3	1,4	1,4	1,3
Kreditgewinnabgabe ⁴⁾	1,0	0,8	0,9	0,8	0,7	0,7	0,7	0,5
Langfristige Verbindlichkeiten	15,9	16,9	16,7	17,4	17,8	19,5	20,3	20,5
Alle übrigen Verbindlichkeiten	24,7	25,0	24,8	24,7	23,9	23,0	22,3	21,7
Fremdkapital zusammen	56,7	58,2	57,8	58,6	58,0	58,9	59,3	59,2
Sonstige Passiva	0,5	0,5	0,5	0,5	0,6	0,5	0,7	0,7
Jahresgewinn	1,5	1,5	1,5	1,6	1,6	1,9	2,0	2,2
Bilanzsumme in Mrd. DM	73,5	81,7	82,8	89,7	91,6	97,2	95,0	101,5

¹⁾ Buchwert abzüglich Wertberichtigungen zum Anlagevermögen und Erneuerungstock. — ²⁾ Buchwert abzüglich Wertberichtigungen zum Umlaufvermögen. Ab 1957 sind die Wertberichtigungen genauer gegliedert und bei den Posten abgesetzt, die sie betreffen. — ³⁾ Nominalbetrag abzüglich der ausstehenden Einlagen, des Buchwertes der eigenen Aktien und der Kapitalentwertungskonten. — ⁴⁾ Buchwert abzüglich LA-Gegenposten. — Die absoluten Werte für 1958 und 1959 gehen aus Tabelle 3 hervor.

Als Mittelverwendung sind anzusehen:

Zunahme bei Aktivposten:

- Investitionen (Zugang bei Anlagen und Beteiligungen einschließlich der hierfür bereitgestellten Mittel).
- Gewährung langfristiger Kredite.
- Erhöhung der Vorräte.
- Einräumung kurzfristiger Kredite.
- Anreicherung der flüssigen Mittel.

Die unter a) und b) genannten Arten sind im allgemeinen als langfristige Bindung von Finanzierungsmitteln zu werten. Bei d) sind wiederum zu unterscheiden Kredite an Lieferanten (gegebene Anzahlungen, soweit kurzfristig), Kredite an Kunden (Liefer und Leistungsforderungen) und sonstige Kredite.

Minderung bei Passivposten:

- Tilgung von Verbindlichkeiten.
 - Entnahme aus Rückstellungen.
 - Entnahme aus Rücklagen und ähnlichen Posten.
- Die Kapitalherabsetzung ist in diesem Zusammenhang ein Sonderfall, auf den nicht näher eingegangen werden kann.

Bei dem zur Zeit noch geltenden aktienrechtlichen Bilanzschema ist eine genaue Unterscheidung der Mittelherkunft und der Mittelverwendung nach ihrer Befristung nicht immer möglich. In allen Untersuchungen dieser Art wurden deshalb bisher immer nur die als langfristig erkennbaren Posten und alle übrigen Posten getrennt herausgestellt. Dem Jahresgewinn als Mittelherkunft stehen die im Berichtsjahr gezahlte Dividende sowie die Vorstands- und Aufsichtsratsbezüge als Mittelverwendung gegenüber; Jahresgewinn und Jahresverlust werden aber, als Erfolgsposten, nur am Rande in die Berechnung einbezogen.

In Tabelle 3 ist die Veränderungs-Rechnung 1959 für 1 857 Aktiengesellschaften dargestellt. Die Summe aller Aktiv- und Passivposten (ohne Jahresgewinn und Jahresverlust) machte Ende 1958 rund 188 Mrd. DM und Ende 1959 201 Mrd. DM aus. Der Saldo von 12 607 Mill. DM setzt sich zusammen aus Erhöhungen um 13 033 Mill. DM und Minderungen im Betrage von 426 Mill. DM. Von den in Tabelle 3 ausgewiesenen Posten haben 1959 nur die Kreditgewinnabgabe und die Sonderwertberichtigungen abgenommen; im Gesamtbild waren also alle übrigen Positionen an der allgemeinen Bilanzausweitung beteiligt.

Aus der Erhöhung der langfristigen Passivposten ergibt sich 1959 für die langfristig verfügbaren Finanzierungsmittel ein Betrag von 4 540 Mill. DM. Die am Kapitalmarkt aufgenommenen Mittel sind darin mit 2 709 Mill. DM enthalten. 1 215 Mill. DM stammten aus der Emission junger Aktien, also aus Kapitalerhöhungen, und 1 494 Mill. DM aus der Aufnahme langfristigen Fremdkapitals. Bei der Ausgabe der

Tabelle 3: Bilanzveränderungs-Rechnung 1959
von 1 857 Aktiengesellschaften
(ohne Banken, Versicherungen und Beteiligungsgesellschaften)
Bundesgebiet (ohne Saarland und Berlin)
Mill. DM

Bilanzposten	Bestand		Mittelherkunft		Mittelverwendung	
	Ende 1958	Ende 1959	langfristig	alle übrigen	langfristig	alle übrigen
Sachanlagen und Anzahlungen	45 480,0	48 006,9	.	.	2 526,9	.
Beteiligungen und immat. Anlagen	6 875,9	7 694,7	.	.	818,8	.
Langfristige Forderungen	2 825,8	2 883,6	.	.	57,8	.
Vorräte	17 858,7	18 192,9	.	.	.	334,2
Alle übrigen Forderungen	15 123,9	16 417,5	.	.	.	1 293,6
Flüssige Mittel	6 003,0	7 300,6	.	.	.	1 297,6
Sonstige Aktiva	759,2	937,7	.	.	.	178,5
Grundkapital	20 697,9	21 913,2	1 215,3	.	.	.
Langfristige Verbindlichkeiten	19 319,9	20 813,9	1 494,0	.	.	.
Kreditgewinnabgabe	642,0	488,6	.	.	153,4	.
Rücklagen + Gewinnvortrag ./. Verlustvortrag	11 458,2	12 555,5	1 097,3	.	.	.
Vermögensabgabe	753,5	1 014,5	261,0	.	.	.
Sonderwertberichtigungen	3 234,8	2 962,8	.	.	272,0	.
Langfristige Rückstellungen	7 144,2	7 559,7	415,5	.	.	.
Sozialverbindlichkeiten	1 312,2	1 369,1	56,9	.	.	.
Alle übrigen Rückstellungen	6 705,3	7 868,0	.	1 162,7	.	.
Alle übrigen Verbindlichkeiten	21 238,4	22 034,0	.	797,8	.	.
Sonstige Passiva	667,9	692,8	.	24,9	.	.
Summe	188 098,8	200 706,0	4 540,0	1 985,2	3 828,9	3 103,9
Jahresverlust	106,8	91,2	.	.	15,6	.
Jahresgewinn	1 861,0	2 253,0	.	.	392,0	.
Mittelherkunft zus. einschl. Gew. u. Verl.	.	.	.	6 932,8	.	.
Mittelverwendung zus. einschl. Gew. u. Verl.	6 932,8

neuen Aktien wurden 397 Mill. DM als Agio erzielt und den gesetzlichen Rücklagen zugeführt. Dieser Betrag ist ebenfalls den Kapitalmarktmitteln zuzurechnen; er wird deshalb in Tabelle 4 den Kapitalerhöhungen zu- und vom „eigengebildeten Kapital“ abgesetzt. Der Gesamtbetrag der von außen aufgenommenen Mittel beläuft sich bei Berücksichtigung des

Agios auf 3 107 Mill. DM. Von den neu aufgenommenen Krediten entfallen 349 Mill. DM auf Anleihen, 583 Mill. DM auf Hypotheken und 562 Mill. DM auf sonstige langfristige Verbindlichkeiten. Die Kreditgewinnabgabe und die Sozialverbindlichkeiten sind hierin nicht enthalten.

Der Zuwachs an eigengebildetem Kapital betrug 1 831 Mill. DM (Tabelle 3). Davon ist das Agio mit 397 Mill. DM abzusetzen, so daß 1 433 Mill. DM eigene Finanzierungsmittel verbleiben. Von diesem Betrag entfallen 699 Mill. DM auf die Dotierung der gesetzlichen und freien Rücklagen, weitere 261 Mill. DM stammen aus der Passivierung der Vermögensabgabe, 416 Mill. DM aus der Erhöhung der langfristigen Rückstellungen und 57 Mill. DM aus bilanzwirksamen Zuwendungen an rechtlich selbständige Unterstützungseinrichtungen. Diesen im Unternehmen erwirtschafteten Mitteln sind als Posten eigener Art noch die Abschreibungen und der Mehrbestand beim Erneuerungsstock mit 7 006 Mill. DM sowie die Anlagen-Abgänge mit 381 Mill. DM zuzurechnen, so daß sich für die Innenfinanzierung ein Betrag von 8 820 Mill. DM ergibt. Insgesamt standen damit langfristige Finanzierungsmittel in Höhe von 11 927 Mill. DM zur Verfügung. Ohne Abschreibungen und Abgänge betrug die Relation zwischen Außen- und Innenfinanzierung 68 : 32, einschließlich der Abschreibungen dagegen 26 : 74. Der Anteil der Abschreibungen am Gesamtbetrag machte 62 vH aus.

Tabelle 4: Die langfristige Innen- und Außenfinanzierung 1959 bei 1 857 Aktiengesellschaften Bundesgebiet (ohne Saarland und Berlin)

Bilanzposten	1959		1958 ¹⁾		
	Mill. DM	Finanzierung			
		ohne Abschreibungen	mit Abschreibungen	ohne Abgang	mit Abgang
		vH			
Rücklagen, Vermögensabgabe, Gewinnvortrag	1 358,3
./. Verlustvortrag	397,4
abzüglich Agio	960,9	21,2	8,0	9,2	3,6
Langfristige Rückstellungen u. Sozialverbindlichkeiten	472,4	10,4	4,0	13,0	5,0
Eigengebildetes Kapital	1 433,3	31,6	12,0	22,2	8,6
Abschreibungen und Anlagen-Abgang	7 386,7	.	62,0	.	61,1
Summe Innenfinanzierung	8 820,0	.	74,0	.	69,7
Kapitalerhöhung zuzüglich Agio	1 215,3 397,4
	1 612,7	35,5	13,5	18,6	7,3
Langfristiger Kredit	1 494,0	32,9	12,5	59,2	23,0
Summe Außenfinanzierung	3 106,7	68,4	26,0	77,8	30,3
Finanzierung insgesamt					
a) ohne Abschreibungen und Abgang	4 540,0	100	.	100	.
b) mit Abschreibungen und Abgang	11 926,7	.	100	.	100

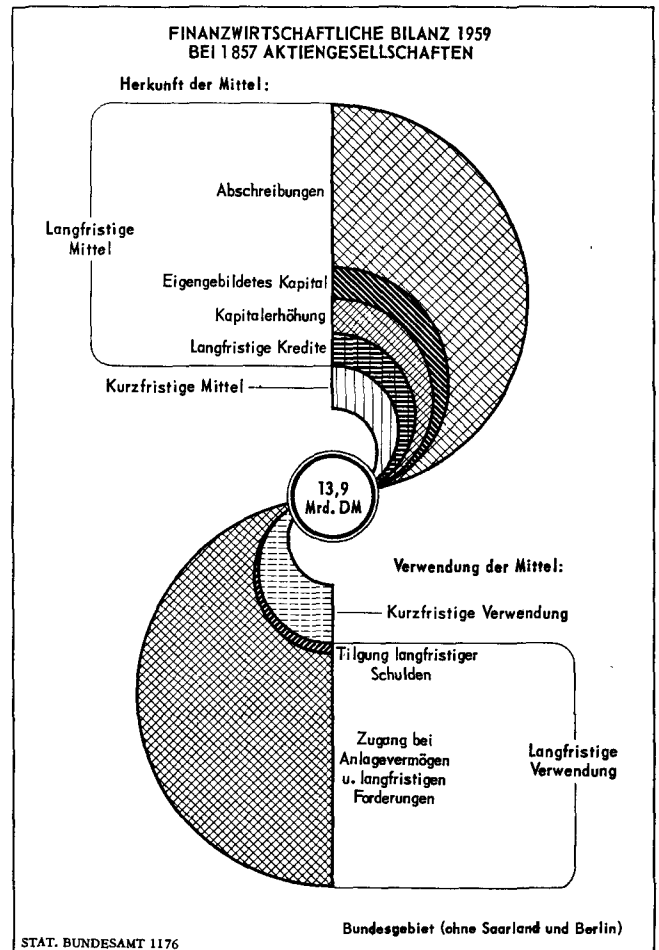
¹⁾ Bei 1 955 AG.

Tabelle 4 zeigt, wie die bisher an dieser Stelle regelmäßig gebrachten Zahlen aus Tabelle 3 abgeleitet wurden; sie zeigt zugleich die Veränderungen, die sich gegenüber dem Vorjahr (dort allerdings aus den Zahlen von 1 955 Aktiengesellschaften berechnet) ergeben haben.

Dabei wird das vorläufige Ergebnis, das sich für 1959 aus den Jahresabschlüssen von 1 203 Industriegesellschaften ergeben hatte, voll bestätigt: Der Anteil des eigengebildeten Kapitals und der Abschreibungen ist 1959 etwas, der des neu aufgenommenen Grundkapitals erheblich gestiegen. Dagegen ist die Aufnahme langfristigen Fremdkapitals 1959 stark zurückgegangen.

Über die Verwendung der Mittel berichten die letzten beiden Spalten der Tabelle 3. Der dort mit 2 527 Mill. DM angegebene Mehrbestand bei den Sachanlagen ergibt sich nach Tabelle 1 als Saldo aus folgenden Veränderungen:

	Mill. DM
Zugang brutto	9 645
Berichtigungen	269
Abschreibungen	7 006
Abgänge	381
Mehrbestand	2 527
	<u>9 914</u>
	<u>9 914</u>



Die Anlagen-Zugänge des Jahres 1959 waren zu 77 vH bereits aus Abschreibungen und aus dem Erlös von Anlageverkäufen gedeckt; 1958 betrug dieser Anteil bei den gleichen Gesellschaften, wie aus Tabelle 1 zu errechnen ist, nur 73 vH. Die gleiche Relation von 73 : 100 hatte sich 1958 auch bei den 1 955 Gesellschaften, die dem vorjährigen Bericht zugrunde gelegen haben, schon ergeben. Die Bedeutung, die den Abschreibungen als Finanzierungsquelle zukommt, hat sich also 1959 noch erhöht. — Als langfristige Bindung der verfügbaren Mittel haben auch die Mehrbestände bei den Beteiligungen (819 Mill. DM) und bei den langfristig gewährten Krediten (58 Mill. DM) zu gelten. Neu gegenüber früheren Jahren erscheinen die Tilgung der Kreditgewinnabgabe (153 Mill. DM) und der Abbau der Sonderwertberichtigungen (272 Mill. DM) als Verwendung langfristiger Finanzierungsmittel. Im Bericht für 1958 waren die damals sehr geringen Veränderungen bei beiden Posten noch im eigengebildeten Kapital enthalten. Die Bedeutung, die dieser Art der Kapitalverwendung jetzt zukommt, machte die Umgruppierung notwendig. — Für die langfristig verwendeten Finanzierungsmittel ergibt sich damit ein Gesamtbetrag von 11 216 Mill. DM oder — nach Saldierung mit Abschreibungen und Abgängen — ein Nettobetrag von 3 829 Mill. DM.

Beide Beträge liegen erheblich unter den vergleichbaren Summen für die langfristig verfügbaren Mittel. Das bedeutet, daß 1959 noch wesentliche Teile des langfristigen Finanzierungskapitals für Bilanzposten verwendet worden sind, die gemeinhin nicht als langfristig angesehen werden. Wie aus Tabelle 3 hervorgeht, machten die kurzfristig verfügbaren Mittel 1959 in ihrer Summe 1 985 Mill. DM aus, die kurzfristige Verwendung lag dagegen bei 3 104 Mill. DM. Die Erhöhung der Vorräte (334 Mill. DM) hatte hieran nur geringen Anteil. Der Schwerpunkt lag bei den sonstigen Forderungen mit + 1 294 Mill. DM und bei den flüssigen Mitteln mit + 1 298 Mill. DM; in beiden Positionen, können, das wurde an dieser Stelle mehrfach betont, nach dem zur Zeit

geltenden Bilanzschema auch langfristige Aktiva (Konzernforderungen, Bankguthaben, Wertpapiere) enthalten sein. Auch die Gegenposten zu den Salden bei Jahresgewinn und Jahresverlust (zusammen 408 Mill. DM) sind im Zweifel hier zu suchen.

Das hier gezeichnete Gesamtbild gilt selbstverständlich nicht ohne weiteres auch für die einzelnen Wirtschaftsgruppen²⁾. So hat beispielsweise die Summe der langfristigen Verbindlichkeiten und der langfristigen Rückstellungen bei 132 Aktiengesellschaften des Maschinenbaus im Jahre 1959 — abweichend vom Gesamtbild — nicht zu-, sondern abgenommen. Im Sinne der oben gegebenen Übersicht handelte es sich hier also 1959 um eine Verwendung langfristiger Mittel und nicht um eine Finanzierungsquelle. In abgeschwächtem Maße gilt dies auch für die Gesellschaften der elektrotechnischen und der chemischen Industrie.

Erfolgsrechnungen und Geschäftsergebnisse

Auch über die konjunkturelle Situation im allgemeinen und über die Gewinn- und Verlustrechnungen im besonderen sind im Novemberheft 1960 grundsätzliche Ausführungen enthalten, die hier nicht wiederholt zu werden brauchen. Das Gliederungsschema der Statistik ist bereits den Vorschriften der Kleinen Aktienrechtsreform angepaßt, jedoch ist das Zahlenmaterial für 1959 noch so unvollständig, daß eine Erläuterung nur nach dem bisherigen — verkürzten — Schema möglich ist.

Aus den Jahresabschlüssen von 1 203 Aktiengesellschaften der Industrie wurde für 1959 ein bereinigter Gewinnsaldo von 2 608 Mill. DM ermittelt, der sich aus 2 713 Mill. DM Gewinnen und 105 Mill. DM Verlusten ergab. Die Bilanzen der nachträglich erfaßten Unternehmen haben dieses Ergebnis nur relativ wenig verändert: Bei 1 857 Gesellschaften betrug der Gewinnsaldo 2 886 Mill. DM, bestehend aus 3 033 Mill. DM Gewinn und 147 Mill. DM Verlust. Das geringe Ausmaß der Veränderung zeigt einmal, daß die weniger gut rentierenden Unternehmen aus dem Bereich der Industrie ihre Abschlüsse später veröffentlichen als die Masse der Gesellschaften — diese Tatsache ist aus der Dividendenstatistik bereits bekannt — und zum anderen, daß die neu hinzutretenden Bereiche Wohnungswesen, Verkehr usw. in ihrer Durchschnittsrentabilität hinter der Industrie zurückbleiben. Gleichwohl bestätigen die jetzt vorliegenden Gesamtzahlen aber immer noch das seinerzeit ermittelte Bild einer verbesserten Ertragslage. Der Anteil des Gewinnsaldos (laut Bilanz) an der Summe der Erträge ist von 4,9 vH auf 5,7 vH gestiegen, und in gleicher Richtung hat sich der Anteil der ausweispflichtigen Steuern von 11,5 vH auf 13,0 vH erhöht. Dadurch sind die Anteile der übrigen Aufwandposten, vor allem der des Personalaufwands, zum Teil erheblich herabgedrückt worden.

²⁾ Vgl. die Tabellen auf den S. 210* f.

Tabelle 5: Die Erfolgsrechnungen 1959 und 1958 von 1 857 Aktiengesellschaften Bundesgebiet (ohne Saarland und Berlin)

Erfolgsposten	Vollständiges	Verkürztes Schema		In vH des Gesamtertrags	
		1959	1958	1959	1958
	Mill. DM			vH	
Rohrertrag	42 068,1	37 676,4	35 167,6	98,6	98,7
E. aus Gewinngemeinschaften, Beteiligungen und Wertpapieren	357,7	357,7	324,5	0,9	0,9
Zinsertrag	173,7	173,7	145,4	0,5	0,4
Anlagenabgang und Zuschreibung Anlage- und Umlaufvermögen	47,3
Auflösung von Wertber. und Rückstellung	358,0
Sonstige Erträge	1 044,9
E. aus Verlustübernahme	70,0
Gesamtertrag	44 119,7	38 207,8	35 637,5	100	100
Löhne, Gehälter	19 789,2	19 789,2	19 100,5	51,8	53,6
Soziale Abgaben	2 932,7	2 932,7	2 794,1	7,7	7,8
Zusätzl. soz. Aufwand	866,2
Abschreibung auf Sachanlagen	7 003,5	7 003,5	6 610,1	18,3	18,6
Sonstige Abschreibungen	351,3
Verlust aus Anlagen-Abgang	39,5
Zinsaufwand	1 341,2	1 341,2	1 276,6	3,5	3,6
Steuern von Einkommen usw.	4 979,4	4 979,4	4 102,0	13,0	11,5
Sonstige Steuern	3 087,1
Konzessionsabgabe	79,7
Aufwand aus Verlustübernahme	28,2
Sonstige Aufwendungen	1 385,4
Abgeführte Gewinne	19,9
Zuführung an Unterstützungskasse	54,6
Gewinnsaldo lt. Bilanz	2 161,8	2 161,8	1 754,2	5,7	4,9
bestehend aus Gewinnen	2 253,0	2 253,0	1 861,0	5,9	5,2
Verlusten	91,2	91,2	106,8	0,2	0,3
Vor Feststellung wurden den Rücklagen zugeführt	998,7	998,7	540,8	2,6	1,5
entnommen	274,2	274,2	326,6	0,7	0,9
Bereinigter Gewinnsaldo	2 886,3	2 886,3	1 968,4	7,6	5,5
bestehend aus Gewinnen	3 033,6	3 033,6	2 201,1	8,0	6,2
Verlusten	147,3	147,3	232,7	0,4	0,7

Bei den 1 857 Aktiengesellschaften hatten 1959 nominell 21 558 Mill. DM Stammaktien einen Anspruch auf Dividende, aber nur auf 16 832 Mill. DM wurde eine Dividende gezahlt. Die Summe der Stammaktien-Dividende betrug 2 090 Mill. DM, das sind rund 9,7% des Dividende-berechtigten und 12,4% des Dividende-beziehenden Kapitals. Für 1958 betragen die beiden Sätze bei den gleichen 1 857 Gesellschaften 8,5 und 11,2%. Gegenüber dem vorläufigen Ergebnis für 1 203 Industrie-Gesellschaften (1959 = 10,3% und 12,6%) ist ein geringer Rückgang in den Durchschnittssätzen eingetreten; auch hier zeigt sich demnach, daß die nachträglich erfaßten Unternehmen für 1959 im allgemeinen weniger erfolgreich gearbeitet haben. Das Bild, das sich schon aus den Gewinnen ergibt, wird damit bestätigt. Ber.

Industrie

Das Produktionsergebnis je Beschäftigten, je Arbeiter und je Arbeiterstunde in der Industrie im Jahr 1960

Die Entwicklung in der gesamten Industrie¹⁾

Das Produktionsergebnis je Beschäftigten hat sich im Jahre 1960 um 6,4 vH erhöht und ist damit in etwa dem gleichen beachtlichen Ausmaß gestiegen wie 1959 (+ 6,8 vH). Eine ähnliche Entwicklung zeigt sich auch beim Produktionsergebnis je Arbeiter, das den Vorjahresstand um 6,9 vH übertraf (1959 + 7,5 vH) sowie beim Produktionsergebnis je Arbeiterstunde, dessen Zuwachsrate + 7,9 vH beträgt (1959 + 8,4 vH)²⁾.

¹⁾ Bundesgebiet (ohne Saarland und Berlin); Abgrenzung der Industrieberichterstattung, d. h. ohne Bauhauptgewerbe und ohne Energieversorgungsbetriebe. — ²⁾ Die methodischen Erläuterungen der hier für das Jahr 1960 fortgeführten Berechnungen wurden in „WiSta“, Heft 5, Mai 1957, die Ergebnisse für 1959 in Heft 4, April 1960, veröffentlicht.

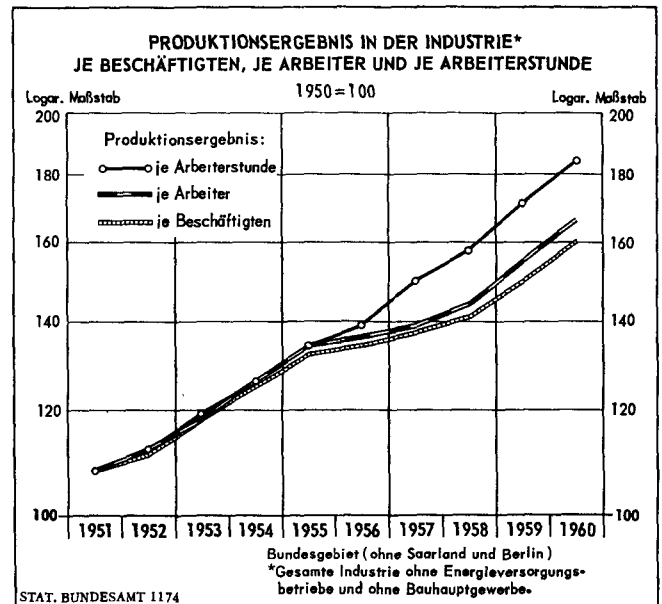
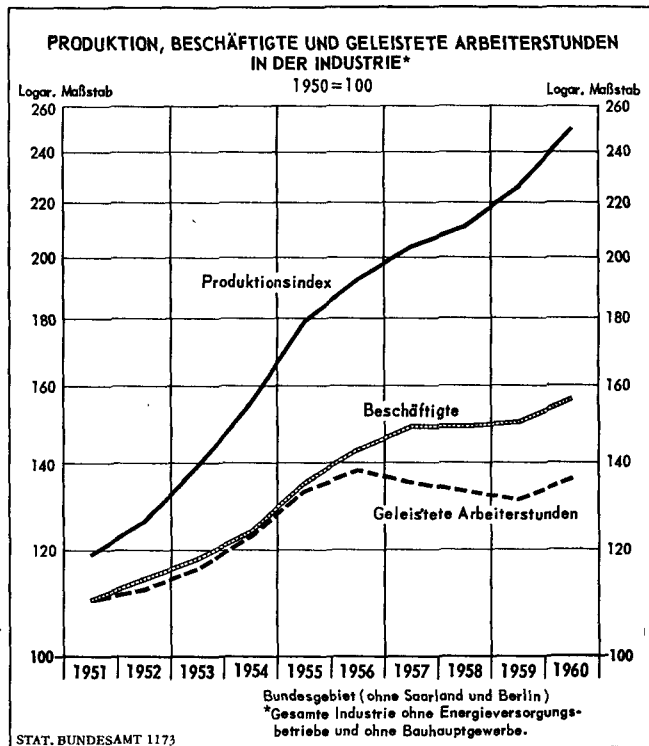
damit zusammen, daß infolge des immer komplizierter werdenden Wirtschaftsablaufs bestimmte betriebliche Funktionen — z. B. Leitung und Verwaltung, Produktions- und Absatzplanung, Marktforschung — laufend an Bedeutung gewinnen und infolgedessen mehr Angestellte erfordern (Anteil der Angestellten an der Gesamtzahl der Beschäftigten: 1955 15,4 vH, 1960 17,9 vH). Die beträchtliche Steigerung des Produktionsvolumens ist jedoch nur zum Teil auf die Zunahme der Beschäftigten, zum anderen Teil auf die Entwicklung der Produktivität und die weitere Rationalisierung des Produktionsprozesses zurückzuführen.

Entwicklung von Produktion, Beschäftigung und „Produktivität“ in der Industrie¹⁾
Bundesgebiet (ohne Saarland und Berlin)

Produktion — Beschäftigung	1959	1960	Zu- (+) bzw. Abnahme (—) gegenüber dem Vorjahr 1959 1960	
	1950 = 100		vH	
Produktionsindex (arbeitsmäßig)	225	250	+ 7,2	+ 10,7
Beschäftigte (im Durchschnitt)	150	156	+ 0,4	+ 4,1
Produktionsergebnis je Beschäftigten	150	160	+ 6,8	+ 6,4
Arbeiter (im Durchschnitt)	145	151	— 0,5	+ 3,6
Produktionsergebnis je Arbeiter	155	166	+ 7,5	+ 6,9
Produktionsindex (kalendermonatlich) ..	224	250	+ 7,4	+ 11,5
Geleistete Arbeiterstunden (im Jahr)	131	136	— 1,2	+ 3,4
Produktionsergebnis je Arbeiterstunde ..	171	184	+ 8,4	+ 7,9

¹⁾ Abgrenzung der Industriebereichterstattung, d. h. ohne Bauhauptgewerbe und ohne Energieversorgungsbetriebe.

Nachdem in den Jahren 1957 bis 1959 die Zahl der geleisteten Arbeiterstunden ständig zurückgegangen war, kann für 1960 erstmalig wieder eine Erhöhung festgestellt werden (+ 3,4 vH), die jedoch ausschließlich durch die im gleichen Ausmaß gestiegene Zahl der beschäftigten Arbeiter (+ 3,6 vH) verursacht wurde. Da tariflich vereinbarte Arbeitszeitverkürzungen in nennenswertem Umfang nicht eingetreten sind, zeigt sich bei der durchschnittlichen Arbeitszeit je Arbeiter und je Monat gegenüber dem Vorjahr kaum eine Veränderung (1960 171,1 gegen 171,3 Stunden im Jahr 1959). Vergleicht man die vorliegenden Daten für 1960 mit dem Basisjahr 1950, so ergibt sich, daß in den vergangenen zehn Jahren das Produktionsergebnis je geleistete Arbeiterstunde mit 84 vH am stärksten gestiegen ist; das auf die Arbeiter bezogene Produktionsergebnis erhöhte sich um 66 vH und das je Beschäftigten um 60 vH.



Die Entwicklung in den einzelnen Industriezweigen

Im Bergbau betrug die Zunahme des Produktionsergebnisses je Beschäftigten 12,1 vH, je Arbeiterstunde 11,8 vH. Hier ist bei fast allen Zweigen — im Gegensatz zur Entwicklung in der verarbeitenden Industrie — die Zahl der Beschäftigten weiter zurückgegangen. Am stärksten wurde hiervon der Kohlenbergbau betroffen (— 9,1 vH), der fast neun Zehntel aller im Bergbau beschäftigten Personen umfaßt. Wenn sich trotzdem, bei allerdings nur geringfügiger Erhöhung der Kohlenförderung (+ 0,9 vH), das Produktionsergebnis je Beschäftigten um 10,1 vH (1959 + 0,6 vH) vergrößern konnte, so beruht dies zum überwiegenden Teil darauf, daß weitere unrentable Zechen stillgelegt und die Rationalisierungsmaßnahmen verstärkt fortgeführt wurden. In den übrigen Zweigen sind bei durchweg steigender Erzeugung ebenfalls erhebliche Produktivitätserhöhungen eingetreten. So konnte die strukturell immer mehr vordringende Erdöl- und Erdgasgewinnung bei einem Beschäftigtenrückgang von 4,6 vH eine Zunahme des Produktionsergebnisses je Beschäftigten um 14 vH und je Arbeiterstunde sogar um 22 vH erzielen.

Im Bereich der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien insgesamt beträgt der Zuwachs des Produktionsergebnisses je Beschäftigten 8,7 vH und je geleistete Arbeiterstunde 9,8 vH. Hier ist — wie auch in den vorhergehenden Jahren — bei der Mineralölverarbeitung das Produktionsergebnis je Beschäftigten am stärksten gestiegen (+ 19 vH). Mit einer Beschäftigtenzunahme von nur 2,6 vH wurde eine Erhöhung der Erzeugung um 22 vH erreicht. Das günstige Ergebnis in diesem Zweig, der infolge der ununterbrochen fortschreitenden Motorisierung und auf Grund des stetig steigenden Heizölverbrauchs immer mehr an Bedeutung gewinnt, ist zum großen Teil auf technische Verbesserungen in den vorhandenen und auch auf den Bau neuer Produktionsanlagen zurückzuführen. In der eisenschaffenden Industrie setzte sich nach dem konjunkturell bedingten Rückgang im Jahre 1958 die im Laufe des Vorjahres eingetretene Belebung fort, so daß auch 1960 eine starke Produktionssteigerung (+ 19 vH) und eine beachtliche Erhöhung der Produktivität eintrat. Das Produktionsergebnis je Beschäftigten und je Arbeiterstunde nahm ferner bei der chemischen Industrie erneut beträchtlich zu (+ 8,7 vH bzw. + 9,6 vH).

Die Investitionsgüterindustrien, die 1960 eine besonders kräftige Produktionserhöhung (+ 15 vH) und gleichzeitig von allen Hauptgruppen innerhalb der verarbeitenden Industrie die größte Beschäftigtenzunahme (+ 7,6 vH) aufwiesen, konnten eine Erhöhung des Produktionsergebnisses je Beschäftigten von 7,1 vH und je Arbeiterstunde von 8,1 vH erzielen. Im Zuge des konjunkturellen Aufschwungs sind in dieser Gruppe einige Zweige, die 1958 oder 1959 noch ein rückläufiges Produktionsergebnis je Beschäftigten hatten,

1960 stärker hervorgetreten (Stahlverformung + 10,4 vH; Eisen-, Blech- und Metallwarenindustrie + 9,4 vH; Stahlbau + 9,0 vH). Im Fahrzeugbau (+ 7,6 vH) und bei der elektrotechnischen Industrie (+ 3,6 vH) erhöhte sich das Produktionsergebnis je Beschäftigten in etwa der gleichen Intensität wie 1959, während sich gleichzeitig das Wachstumstempo der industriellen Erzeugung beschleunigte (Fahrzeugbau + 22 vH gegen + 17 vH im Jahre 1959; elektrotechnische Industrie + 16 vH gegen + 10 vH im Jahre 1959). Im letztgenannten Zweig sind — wie in den vorhergehenden Jahren auch — die langlebigen Gebrauchsgüter strukturell weiter vorgedrungen. Bemerkenswert ist ferner, daß hier eine weitgehende Rationalisierung die Beschäftigung von angelernten Arbeitskräften in größerem Umfange erlaubt, darunter im vergangenen Jahr erstmals auch Hausfrauen.

Bei den Verbrauchsgüterindustrien insgesamt war die Steigerung des Produktionsergebnisses je Beschäftigten mit 4,4 vH weniger intensiv als 1959 (+ 7,3 vH). In der ledererzeugenden Industrie ergab sich bei weiter abnehmender Beschäftigung und beträchtlichem Produktionsrückgang (— 9,3 vH) eine Verminderung des Produktionsergebnisses je Beschäftigten um 4,1 vH und je Arbeiterstunde um 1,5 vH, was auf eine geringere Elastizität der Beschäftigtenzahlen zurückzuführen ist. Im Bekleidungssektor war der Produktivitätszuwachs durchweg geringer als im Vorjahr. Das Produktionsergebnis je Beschäftigten erhöhte sich bei der Textilindustrie um 3,1 vH (1959 + 7,6 vH), bei der eigentlichen Bekleidungsindustrie nur noch um 1,5 vH (1959 + 6,5 vH) und bei der Schuhindustrie um 5,1 vH (1959 + 11,9 vH). Dagegen ist in

der kunststoffverarbeitenden Industrie bei überdurchschnittlich steigender Erzeugung (+ 24 vH) nochmals eine Erhöhung des Produktionsergebnisses je Beschäftigten um 8,5 vH und je Arbeiterstunde sogar um 11,5 vH zu verzeichnen.

Der Produktivitätsfortschritt bei den Nahrungs- und Genussmittelindustrien, der bereits im Vorjahr geringer als in anderen Hauptgruppen war, zeigte auch 1960 verhältnismäßig niedrige Zuwachsraten. Das Produktionsergebnis je Beschäftigten stieg um 1,7 vH (1959 + 2,9 vH) und je Arbeiterstunde um 4,5 vH (1959 + 4,8 vH). Dies ist zum Teil darauf zurückzuführen, daß innerhalb der Nahrungs- und Genussmittelindustrien ein Zweig mit überdurchschnittlich hohem Nettoproduktionswert je Beschäftigten — nämlich die tabakverarbeitende Industrie — gegenüber der Ernährungsindustrie an Bedeutung verloren hat. In diesem Zweig trat erneut ein merklicher Produktionsrückgang (— 3,7 vH) bei weiter abnehmender Beschäftigtenzahl (— 9,0 vH) ein. Der Grund für diese Entwicklung liegt darin, daß innerhalb der tabakverarbeitenden Industrie eine Änderung der Strukturverhältnisse im Gange ist. Bereits seit einiger Zeit wird die Erzeugung von Tabakwaren — insbesondere von Zigaretten — in immer stärkerem Ausmaß nach Berlin (West) verlagert. Hierdurch ist das Gewicht der stark rationalisierten Zigarettenindustrie im Bundesgebiet zurückgegangen, was zu einer Verminderung der durchschnittlichen Produktivitätszunahme beigetragen hat. Bei Ausschaltung der tabakverarbeitenden Industrie ergibt sich für die Ernährungsindustrie allein eine Erhöhung des Produktionsergebnisses je Beschäftigten um 3,2 vH und je Arbeiterstunde um 6,0 vH Mei.

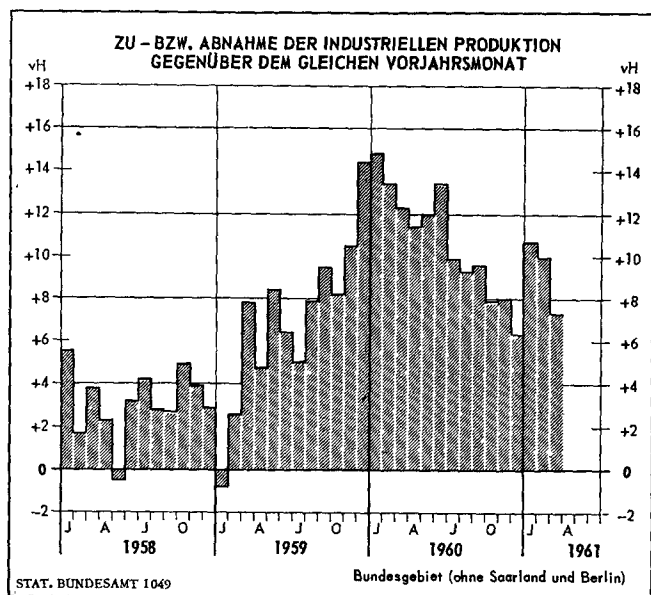
Produktionsergebnis je Beschäftigten, je Arbeiter und je Arbeiterstunde in der Industrie
Bundesgebiet (ohne Saarland und Berlin)

Industriegruppe	Produktionsergebnis je Beschäftigten				Produktionsergebnis je Arbeiter				Produktionsergebnis je Arbeiterstunde			
	1959	1960	Zu- (+) bzw. Abnahme (—) gegenüber dem Vorjahr		1959	1960	Zu- (+) bzw. Abnahme (—) gegenüber dem Vorjahr		1959	1960	Zu- (+) bzw. Abnahme (—) gegenüber dem Vorjahr	
			1959	1960			1959	1960			1959	1960
	1950 = 100		vH		1950 = 100		vH		1950 = 100		vH	
Gesamte Industrie ¹⁾	150	160	+ 6,8	+ 6,4	155	166	+ 7,5	+ 6,9	171	184	+ 8,4	+ 7,9
Bergbau	135	151	+ 4,2	+ 12,1	139	157	+ 5,0	+ 13,0	164	183	+ 8,9	+ 11,8
Kohlenbergbau	112	123	+ 0,6	+ 10,1	115	127	+ 1,3	+ 11,0	137	150	+ 5,7	+ 9,6
Eisenerzbergbau	142	159	+ 10,6	+ 11,6	148	167	+ 11,7	+ 12,6	160	182	+ 13,4	+ 13,5
Metallerzbergbau	224	244	+ 11,4	+ 9,2	238	261	+ 13,9	+ 9,6	258	290	+ 12,3	+ 12,3
Kali- und Steinsalzbergbau	140	152	+ 10,6	+ 8,4	146	159	+ 11,4	+ 9,1	162	180	+ 13,2	+ 11,1
Erdöl- und Erdgasgewinnung	325	370	+ 14,4	+ 13,7	372	435	+ 18,9	+ 16,9	402	491	+ 17,3	+ 22,3
Verarbeitende Industrie	150	158	+ 6,7	+ 5,6	154	163	+ 7,3	+ 6,1	169	181	+ 8,0	+ 7,3
Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien	160	174	+ 11,1	+ 8,7	166	181	+ 11,8	+ 9,2	184	202	+ 12,3	+ 9,8
Industrie der Steine und Erden	165	173	+ 10,3	+ 5,2	170	179	+ 10,3	+ 5,5	176	187	+ 9,3	+ 6,2
Eisenschaffende Industrie	131	146	+ 12,2	+ 11,4	136	152	+ 12,5	+ 11,8	160	179	+ 13,4	+ 11,8
NE-Metallindustrie	143	156	+ 5,5	+ 8,9	146	160	+ 5,8	+ 9,2	167	183	+ 7,7	+ 9,7
Chemische Industrie ²⁾	177	193	+ 11,0	+ 8,7	189	206	+ 12,4	+ 9,3	212	232	+ 13,4	+ 9,6
Mineralölverarbeitung	258	307	+ 15,1	+ 18,9	294	355	+ 22,4	+ 20,6	331	402	+ 21,9	+ 21,4
Kautschukverarbeitende Industrie	138	142	+ 10,1	+ 3,1	138	142	+ 9,8	+ 3,1	148	155	+ 10,3	+ 4,8
Sägewerke und holzverarbeitende Industrie	122	132	+ 2,9	+ 8,6	124	133	+ 4,0	+ 7,9	131	142	+ 4,3	+ 8,7
Zellstoff- und papiererzeugende Industrie	133	143	+ 6,2	+ 6,9	137	148	+ 6,6	+ 7,3	150	162	+ 7,0	+ 8,1
Investitionsgüterindustrien	153	164	+ 5,1	+ 7,1	158	170	+ 6,1	+ 7,5	175	189	+ 7,9	+ 8,1
Stahlbau	115	126	+ 4,2	+ 9,0	120	131	+ 2,4	+ 9,4	131	142	+ 1,1	+ 8,6
Maschinenbau	131	139	+ 2,3	+ 5,9	138	147	+ 3,7	+ 6,6	151	160	+ 5,2	+ 6,3
Fahrzeugbau	235	253	+ 7,1	+ 7,6	236	254	+ 7,0	+ 7,5	261	285	+ 8,8	+ 9,3
Elektrotechnische Industrie	147	152	+ 4,0	+ 3,6	152	158	+ 4,8	+ 3,8	170	178	+ 6,9	+ 4,8
Feinmechanische und optische Industrie ³⁾	156	165	+ 7,9	+ 5,4	155	164	+ 8,3	+ 5,9	171	181	+ 9,8	+ 6,0
Stahlverformung	144	159	+ 5,6	+ 10,4	145	160	+ 6,4	+ 10,1	158	174	+ 7,6	+ 10,2
Eisen-, Blech- und Metallwarenindustrie ⁴⁾	139	152	+ 8,7	+ 9,4	141	155	+ 9,0	+ 9,6	156	173	+ 10,5	+ 10,7
Verbrauchsgüterindustrien ⁵⁾	142	148	+ 7,3	+ 4,4	143	150	+ 7,4	+ 4,5	157	167	+ 7,3	+ 6,6
Musikinstrumenten-, Spiel- und Schmuckwarenindustrie	178	197	+ 6,0	+ 10,7	166	184	+ 5,1	+ 10,5	181	202	+ 6,8	+ 11,9
Feinkeramische Industrie	137	145	+ 5,8	+ 6,3	138	148	+ 6,4	+ 7,1	151	164	+ 7,6	+ 8,5
Glasindustrie	117	127	+ 4,2	+ 8,6	119	129	+ 4,5	+ 8,9	131	145	+ 5,1	+ 10,3
Holzverarbeitende Industrie	164	177	+ 10,0	+ 7,8	163	175	+ 8,9	+ 7,8	174	190	+ 9,2	+ 9,1
Kunststoffverarbeitende Industrie	241	261	+ 10,0	+ 6,5	233	254	+ 6,9	+ 9,0	250	278	+ 7,8	+ 11,5
Ledererzeugende Industrie	142	136	+ 7,6	+ 4,1	143	138	+ 8,3	+ 3,7	159	156	+ 7,7	+ 1,5
Lederverarbeitende Industrie	161	169	+ 6,6	+ 4,8	151	158	+ 5,6	+ 5,2	162	173	+ 6,3	+ 7,2
Schuhindustrie	138	145	+ 11,9	+ 5,1	139	146	+ 12,5	+ 5,1	148	161	+ 9,5	+ 8,8
Textilindustrie	144	149	+ 7,6	+ 3,1	151	156	+ 8,6	+ 3,2	167	177	+ 7,4	+ 5,6
Bekleidungsindustrie	142	144	+ 6,5	+ 1,5	142	144	+ 6,8	+ 0,9	152	158	+ 7,0	+ 3,8
Nahrungs- und Genussmittelindustrien	160	163	+ 2,9	+ 1,7	165	169	+ 3,6	+ 2,3	176	184	+ 4,8	+ 4,5
Ernährungsindustrie	158	163	+ 4,2	+ 3,2	160	166	+ 4,7	+ 3,6	174	184	+ 5,7	+ 6,0
Brauerei	191	191	+ 5,8	+ 0,3	182	182	+ 5,9	+ 0,1	196	203	+ 6,9	+ 3,8
Tabakverarbeitende Industrie	213	223	+ 4,3	+ 4,8	215	227	+ 5,4	+ 5,8	226	244	+ 9,0	+ 7,9

¹⁾ Ohne Energieversorgungsbetriebe und ohne Bauhauptgewerbe. — ²⁾ Einschl. Chemiefasererzeugung und Kohlenwertstoffindustrie. — ³⁾ Einschl. Uhrenindustrie. — ⁴⁾ Ohne Stahlverformung. — ⁵⁾ Ohne Nahrungs- und Genussmittelindustrien.

Die industrielle Produktion im März 1961

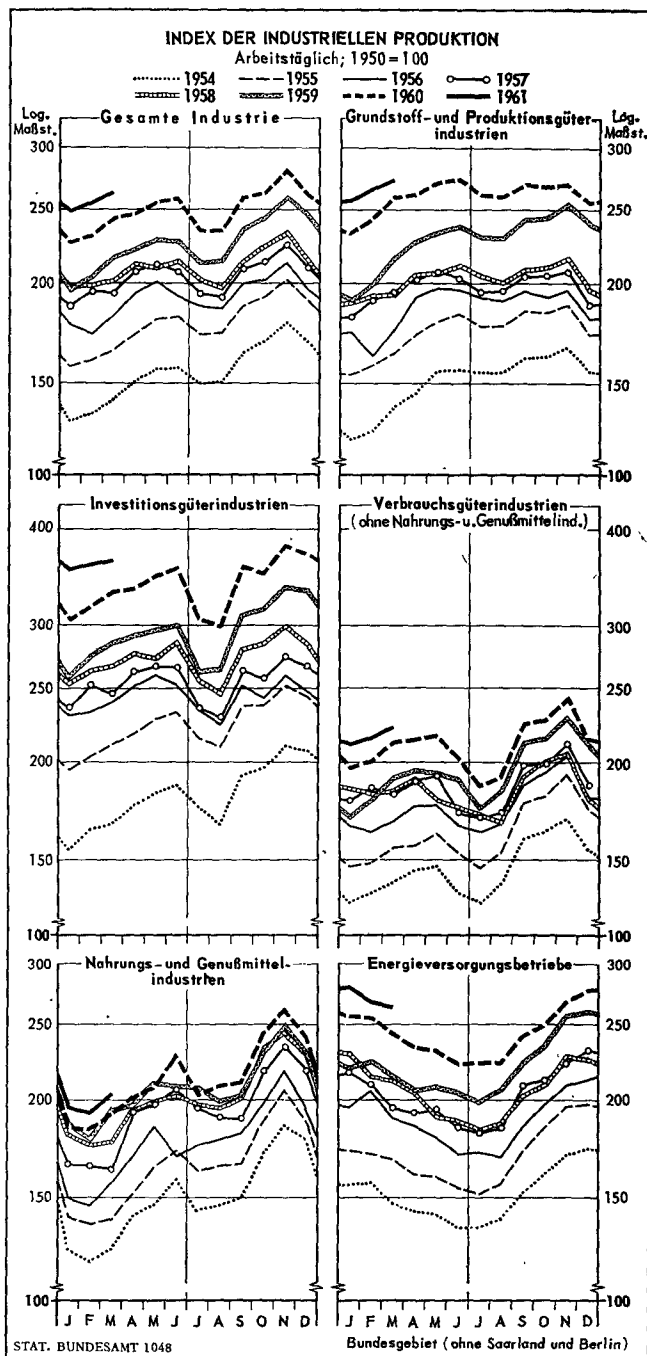
Die industrielle Produktion¹⁾ hat sich im Rahmen der Frühjahrsbelebung weiter erhöht. Der arbeitstäglich berechnete Produktionsindex (1950 = 100) erreichte im März einen Stand von 261 gegen 254 im Februar und ist damit um 2,7 vH gestiegen: Diese Zunahme ist etwas geringer als im Durchschnitt der Jahre 1951 bis 1960 (+ 3,5 vH). Auch hat sich die Zuwachsrate gegenüber der gleichen Vorjahreszeit von + 10,0 vH im Februar auf + 7,3 vH im März verringert.



In den einzelnen Hauptgruppen verlief die Entwicklung unterschiedlich. Das Bauhauptgewerbe wies zwar eine weitere kräftige Belebung auf (+ 24 vH)²⁾, sie war aber nach dem bereits im Februar eingetretenen ungewöhnlich starken Anstieg weniger intensiv als im März der vergangenen Jahre (durchschnittlich + 55 vH). Auch bei den Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien (+ 2,8 vH) sowie bei den Investitionsgüterindustrien (+ 1,2 vH) waren die Zunahmen etwas schwächer als sonst in diesem Monat. Während sich die Entwicklung der Verbrauchsgüterindustrien (+ 2,8 vH) im saisonüblichen Rahmen hielt, war die Produktionserhöhung bei den Nahrungs- und Genußmittelindustrien (+ 5,6 vH) ausgeprägter als in früheren Jahren, was allein auf eine besonders starke Zunahme der Tabakverarbeitung zurückzuführen ist.

Im 1. Vierteljahr 1961 lag die gesamte Erzeugung der Industrie um 9,3 vH über dem Produktionsergebnis des 1. Vierteljahres 1960. Neben dem Bauhauptgewerbe, das durch die Witterungsverhältnisse begünstigt den Stand der gleichen Vorjahreszeit übertroffen hat, wiesen im 1. Quartal 1961 die Investitionsgüterindustrien weiterhin die stärkste Zuwachsrate auf (+ 13,5 vH). Bei den Verbrauchsgüterindustrien hat sich der Abstand gegenüber der entsprechenden Vorjahreszeit von + 4,3 vH im 4. Quartal 1960 auf + 7,0 vH im 1. Quartal 1961 vergrößert. Dagegen hielt im Bergbau (+ 1,8 vH), bei den Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien (+ 8,8 vH) sowie bei den Nahrungs- und Genußmittelindustrien (+ 5,6 vH) die Expansion im gleichen Ausmaß wie gegen Ende 1960 an.

Im Bergbau, dessen Gesamterzeugung von Februar auf März kaum zugenommen hat (+ 0,6 vH), zeigten die einzelnen Zweige einen recht unterschiedlichen Produktionsverlauf. Während die Braunkohlengewinnung und auch die Herstellung von Briketts gegenüber dem Vormonat unverändert blieben, ist die Steinkohlenförderung nach einer Ab-



schwächung im Februar wieder leicht gestiegen (arbeitstäglich 430 000 t). Demgegenüber hat die Nachfrage jahreszeitlich bedingt merklich nachgelassen. Infolgedessen sind die Haldenbestände an Steinkohle, die seit Anfang 1960 laufend reduziert werden konnten, um mehr als eine Tagesförderung angewachsen (um 570 000 t auf 5,0 Mill. t). Auch die Vorräte an Koks haben sich trotz einer verminderten Produktion (- 2,5 vH) seit längerem erstmalig wieder erhöht und betragen Ende März gleichfalls 5,0 Mill. t. Im Kali- und Steinsalzbergbau trat ein für diese Jahreszeit recht ausgeprägter Rückgang ein (- 4,2 vH), der vor allem die Herstellung von Kalidüngesalzen betraf und als Reaktion auf den hohen Produktionsstand in den letzten Monaten zu werten ist. Auch die Eisenerzförderung blieb unter dem Vormonatsergebnis (- 2,1 vH). Dagegen setzte sich bei der Erdöl- und Erdgasgewinnung (+ 1,6 vH), die im 1. Quartal stärker als in der zweiten Jahreshälfte 1960 erweitert wurde, sowie im Metallerzbergbau (+ 3,6 vH) die Aufwärtsbewegung fort.

Bei den Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien, die im ganzen eine verhältnismäßig lebhaft

¹⁾ Alle Angaben beziehen sich auf das Bundesgebiet (ohne Saarland und Berlin), da die Einbeziehung des Saarlandes in die Indexberechnung vorerst nicht möglich ist. — ²⁾ Sämtliche vH-Zahlen und Ausführungen im Text beziehen sich auf die Produktion je Arbeitstag in dem betreffenden Monat (Februar 24, März 26 Arbeitstage). Absolute Produktionszahlen siehe Tabelle S. 218* ff. sowie „Die Industrie der Bundesrepublik Deutschland“, Reihe 2, 1961, Heft 3.

Index der industriellen Nettoproduktion
arbeitstäglich

Indexgruppe	1961			Zu- (+) bzw. Abnahme (-)		
	Jan.	Febr. ¹⁾	März ²⁾	März 1961 gegen		März 1960
	1950 = 100			Febr. 1961	März 1960	Febr. 1960
				vH ³⁾		
Zahl der Arbeitstage ⁴⁾	25,7 ⁵⁾	24	26	+ 8,3	- 3,7	+ 8,0
Gesamte Industrie	249	254	261	+ 2,7	+ 7,3	+ 5,2
Gesamte Industrie ohne Bauhauptgewerbe	252	255	261	+ 2,4	+ 7,2	+ 4,6
Gesamte Industrie ohne Energieversorgungsbetriebe und ohne Bauhauptgewerbe	250	255	261	+ 2,6	+ 7,1	+ 5,1
Bergbau	150	151	151	+ 0,6	+ 3,2	- 0,1
Kohlenbergbau	121	118	120	+ 1,4	+ 2,7	+ 0,1
Eisenerzbergbau	166	174	171	- 2,1	+ 3,2	- 2,1
Metallerzbergbau	114	115	119	+ 3,6	+ 1,4	- 1,9
Kali- und Steinsalzbergbau	212	219	210	- 4,2	- 0,9	- 0,8
Erdöl- und Erdgasgewinnung	540	546	555	+ 1,6	+ 10,8	+ 1,7
Verarbeitende Industrie	260	265	272	+ 2,7	+ 7,3	+ 5,5
Grundstoff- und Produktions- güterindustrien	258	266	274	+ 2,8	+ 5,8	+ 6,8
Industrie der Steine und Erden	136	163	218	+ 34,1	+ 6,7	+ 50,9
Eisenschaffende Industrie	246	248	251	+ 1,3	+ 3,3	+ 0,5
Eisen-, Stahl- und Temper- gießerei	198	198	204	+ 3,1	+ 7,8	+ 3,1
NE-Metallindustrie	253	256	257	+ 0,5	+ 8,8	+ 3,4
Chemische Industrie einschl. Chemiefaserzeugung und Kohlenwertstoffindustrie	317	326	322	- 1,4	+ 5,0	+ 3,0
Kohlenwertstoffindustrie	181	190	179	- 5,7	- 3,7	- 2,7
Chemiefaserzeugung	397	409	401	- 2,0	+ 6,1	+ 0,6
Mineralverarbeitung	626	620	631	+ 1,9	+ 28,7	- 0,9
Kautschukverarb. Industrie	286	307	300	- 2,2	+ 4,2	+ 5,0
Flachglasindustrie	244	232	221	- 4,9	- 9,1	+ 6,5
Zellstoff- und papiererzeugende Industrie	208	209	207	- 0,8	+ 4,6	+ 1,8
Investitionsgüterindustrien	353	361	365	+ 1,2	+ 10,7	+ 4,2
Stahlbau (einschl. Waggonbau)	191	194	198	+ 2,3	+ 20,2	- 1,0
Maschinenbau	278	295	296	+ 0,2	+ 8,2	+ 5,4
Fahrzeugaufbau	587	578	604	+ 4,6	+ 7,1	+ 6,9
Elektrotechnische Industrie	467	474	463	- 2,4	+ 17,5	- 0,1
Eisen-, Blech- und Metall- warenindustrie	256	265	268	+ 1,2	+ 10,2	+ 5,6
Stahlverformung	303	310	306	- 1,4	+ 8,0	+ 3,7
Verbrauchsgüterindustrien ⁶⁾	212	217r	223	+ 2,8	+ 4,7	+ 6,2
Feinkeramische Industrie	230	237r	230	- 3,2	+ 6,7	+ 0,0
Hohlglasindustrie	271	277r	284	+ 2,5	+ 10,1	+ 2,8
Ledererzeugende Industrie	132	130r	125	- 3,7	+ 2,0	- 0,2
Schuhindustrie	193	194r	199	+ 2,6	- 3,5	+ 6,0
Textilindustrie	180	178r	178	- 0,3	- 1,4	+ 3,8
Nahrungs- und Genussmittel- industrien	195	192	203	+ 5,6	+ 5,8	+ 4,9
Ernährungsindustrie	205	202	209	+ 3,6	+ 3,9	+ 4,7
Brauerei	268	315	340	+ 7,9	+ 12,6	+ 6,8
Tabakverarbeitende Industrie	176	171	189	+ 10,7	+ 10,6	+ 5,5
Energieversorgungsbetriebe	281	267	263	- 1,4	+ 8,8	- 4,9
Elektrizitätserzeugung	299	285	284	- 0,4	+ 10,5	- 4,6
Gaserzeugung	208	195	181	- 7,2	- 0,6	- 6,4
Bauhauptgewerbe	153	191r	236	+ 23,7	+ 13,1	+ 42,0

¹⁾ Bei nicht kontinuierlich arbeitenden Industrien. — ²⁾ Ohne Nahrungs- u. Genussmittelindustrien. — ³⁾ Baden-Württemberg u. Bayern 25, übrige Länder 26 Arbeitstage. — ⁴⁾ Errechnet aus Indexzahlen mit Dezimalstelle. — ⁵⁾ Vorläufige Ergebnisse.

Aufwärtsentwicklung im Januar und Februar gezeigt hatten, war die weitere Produktionserhöhung (+ 2,8 vH) weniger intensiv als im März der vergangenen Jahre (+ 5,3 vH im Durchschnitt 1951 bis 1960). Die Zunahme wurde im wesentlichen nur von der Industrie der Steine und Erden getragen, bei der sich die bereits im Februar eingetretene Belebung verstärkt fortsetzte (+ 34 vH). Beachtliche Produktionssteigerungen ergaben sich erneut bei der Natursteingewinnung (+ 58 vH) und der Zementindustrie (+ 50 vH), so daß die Produktion dieser Zweige im 1. Quartal 1961 erheblich über dem Niveau der gleichen Vorjahreszeit lag. Auch die Ziegeleien, deren Erzeugnisse überwiegend für den Hochbau bestimmt sind, wiesen nunmehr eine deutliche Zunahme auf (+ 22 vH), doch wurde hier die Produktion des 1. Quartals 1960 nicht übertroffen. Die Flachglaserzeugung ging erneut merklich zurück (- 4,9 vH), was jedoch mit Reparaturen an Produktionsanlagen zusammenhängen dürfte. Während in der eisenschaffenden Industrie (+ 1,3 vH) sowie bei den Eisengießereien (+ 3,1 vH) und der NE-Metallindustrie (+ 0,5 vH) der Anstieg — wenn auch zum

Teil in geringem Ausmaß — anhielt, war die Produktion der chemischen Industrie entgegen der jahreszeitlichen Tendenz rückläufig (- 1,4 vH). Vor allem nahm die Erzeugung von Grundchemikalien und von Kohlenwertstoffen ab, außerdem ist bei Chemiefasern und Kunststoffen das Vormonatsergebnis nur knapp gehalten worden. Diese Produktionsabschwächungen wurden jedoch durch kräftigere, zum Teil saisonal bedingte Zunahmen bei Teerfarbstoffen, Mineralfarben, Lacken und Anstrichmitteln sowie Seifen und Waschmitteln nicht ausgeglichen. Die kautschukverarbeitende Industrie hat den Vormonatsstand ebenfalls etwas unterschritten (- 2,2 vH), was allein auf eine verminderte Herstellung von Weich- und Hartgummiwaren zurückzuführen ist. Die Mineralölverarbeitung, die sich weiterhin auf hohem Niveau hält, hat den leichten Produktionsrückgang im Vormonat wieder aufgeholt (+ 1,9 vH); hierbei wurde die Erzeugung von Dieselmotoren und Bitumen stark forciert, andererseits der Heizölanfall der jahreszeitlichen Absatzlage entsprechend eingeschränkt. Bei den Sägewerken und der Holzverarbeitenden Industrie (+ 3,1 vH) nahm vor allem die Herstellung von Schnittholz und Schwellen zu, während bei den übrigen Erzeugnissen, wie Sperrholz, Furnieren und Holzfasern, die Produktion annähernd auf dem Vormonatsstand verharrte.

Die hauptsächlich Investitionsgüter herstellenden eisen- und metallverarbeitenden Industrien wiesen eine geringe Produktionserhöhung auf (+ 1,2 vH), die — wie bereits im Februar — etwas unter der durchschnittlichen Zunahme im gleichen Monat der vergangenen Jahre blieb. Infolgedessen hat sich die Zuwachsrate gegenüber dem entsprechenden Vorjahresmonat, die im Januar + 17 vH und im Februar + 14 vH betragen hatte, weiter auf + 11 vH verringert. Immerhin lag die Produktion im 1. Quartal um 13,5 vH über dem Niveau der gleichen Vorjahreszeit, was dem Expansions-tempo im letzten Quartal 1960 entspricht. Auch sind die Auftragseingänge bei den Investitionsgüterindustrien nach wie vor sehr hoch, so daß die Auftragsbestände — insbesondere im Maschinenbau — sich weiter erhöht haben.

Die bereits im Vormonat zu beobachtende leichte Belebung im Stahlbau setzte sich verstärkt fort (+ 2,3 vH) und ist vor allem auf kräftige Zunahmen bei Stahlkonstruktionen und in der Fertigung von Erzeugnissen für Dampferzeuger zurückzuführen. Bei allen übrigen wichtigen Erzeugnissen dieses Industriezweiges ergaben sich hingegen Rückgänge. Im Maschinenbau, dessen Produktion im ganzen unverändert blieb, ergaben sich beachtliche Steigerungen bei Metallbearbeitungsmaschinen und Maschinen für die Papierindustrie, aber auch die Herstellung von Maschinen für die Bauwirtschaft, von Kranen und Baustoffmaschinen nahm im wesentlichen saisonbedingt zu. Demgegenüber ging vor allem die Herstellung von Textil- und Ledermaschinen sowie von Verbrennungsmotoren nach stärkeren Erhöhungen im Vormonat wieder zurück. Die Produktion des Fahrzeugbaus nahm, zum Teil als Reaktion auf den ungewöhnlichen Rückgang im Februar, verhältnismäßig stark zu (+ 4,6 vH). Insbesondere ist bei den Personen- und Lastkraftwagen diesmal auch die Herstellung von kleineren Fahrzeugen aller Kategorien erheblich gestiegen. Ferner zeigte sich eine beachtliche Belebung bei Motorrädern, während die Fertigung von Mopeds und Motorrollern weiter zurückging. In der Elektroindustrie (- 2,4 vH) traten Produktionsabschwächungen sowohl bei den elektrotechnischen Investitionsgütern als auch bei den für den langlebigen Gebrauch bestimmten Erzeugnissen ein. Neben Rückgängen bei Generatoren, Installationsgeräten und Elektrowerkzeugen ergab sich auch bei Kühlschränken eine sonst im März nicht zu beobachtende Abnahme. Ferner war die Herstellung von Rundfunk- und Fernsehgeräten — wie saisonüblich — rückläufig. Die Eisen-, Blech- und Metallwarenindustrie einschl. Stahlverformung hat das Vormonatsergebnis gehalten (+ 0,4 vH); Zunahmen bei Heiz- und Kochgeräten standen nennenswerte Rückgänge bei Konservendosen und Transportfässern gegenüber.

Bei den überwiegend Verbrauchsgüter herstellenden Industrien ist die Gesamterzeugung der Saisontendenz

entsprechend weiter gestiegen (+ 2,8 vH), wobei die Zunahme sich im Rahmen der durchschnittlichen Veränderung im März der früheren Jahre hielt. Die Zuwachsrate gegenüber der gleichen Vorjahreszeit, die im Januar und Februar + 8vH betrug, hat sich im März nur wenig ermäßigt, so daß im 1. Quartal 1961 das hohe Produktionsniveau der gleichen Vorjahreszeit um 7,0 vH übertroffen wurde.

Die Erzeugung der Textilindustrie (-0,3 vH), die meist zu Jahresbeginn auf gleichbleibendem Niveau verläuft, lag im 1. Quartal nur wenig über dem Vorjahresergebnis. Diese gedämpfte Entwicklung entspricht der ruhigeren Auftragslage in der letzten Zeit. Der Produktionsverlauf von Februar auf März war in den einzelnen Zweigen differenziert: So stieg die Erzeugung vor allem der Wollwebereien, der Seiden- und Samtwebereien sowie der Gardinstoffwebereien, während andererseits die Baumwollwebereien, die Wirkereien und Strickereien und die Möbelstoffwebereien Rückgänge zeigten. Abweichend von der Entwicklung in der Textilindustrie erzielte die Bekleidungsindustrie im 1. Quartal 1961 entsprechend der lebhafteren Dispositionstätigkeit des Handels einen Produktionszuwachs gegenüber der gleichen Vorjahreszeit von 10 vH. Dagegen wurde von der Schuhindustrie, deren Produktion im März weiter zunahm (+ 2,6 vH), im 1. Vierteljahr kaum mehr erzeugt als im gleichen Zeitraum des Vorjahres, was in erster Linie auf eine verminderte Herstellung von Damenschuhen zurückzuführen ist. Die Ledererzeugung ging von Februar auf März im saisonüblichen Rahmen zurück (-3,7 vH),

wobei sich lediglich bei Unterleder eine Zunahme ergab. Die Produktion der Möbelindustrie ist der jahreszeitlichen Tendenz entsprechend erneut gestiegen (+ 4,9 vH). Die Zunahme erstreckte sich — wenn auch im unterschiedlichen Ausmaß — auf alle Möbelarten. In der Hohlglasindustrie (+ 2,5 vH) erhöhte sich vor allem die Erzeugung von Getränkeflaschen, Konservenglas und Verpackungsgläsern. Die feinkeramische Industrie hat, abweichend von der Entwicklung in den letzten Jahren, den Vormonatsstand nicht gehalten (-3,2 vH).

Bei den Nahrungs- und Genussmittelindustrien insgesamt setzte die diesjährige Frühjahrsbelebung (+ 5,6 vH) mit etwas stärkerer Intensität als in den vorhergehenden Jahren ein, was jedoch fast ausschließlich durch eine besonders kräftige Produktionserhöhung in der Tabakverarbeitung (+ 10,7 vH) bedingt ist. Bei Ausschaltung der tabakverarbeitenden Industrie ergibt sich für die Ernährungsindustrie allein von Februar auf März eine Zunahme von 3,6 vH. Kräftige saisonale Steigerungen zeigten sich vor allem bei den Molkereien und der Milchverarbeitenden Industrie (+ 8,0 vH) — hier besonders in der Buttererzeugung (+ 13 vH) — sowie bei den Brauereien (+ 7,9 vH), deren Bierausstoß beträchtlich über dem Stand des gleichen Vorjahresmonats liegt. Demgegenüber war die Produktion der Obst und Gemüse verarbeitenden Industrie (-21 vH), der fischverarbeitenden Industrie (-6,9 vH) sowie der Süßwarenindustrie (-7,8 vH) — hier nach Abschluß des Ostergeschäfts — saisonbedingt rückläufig. Rch.

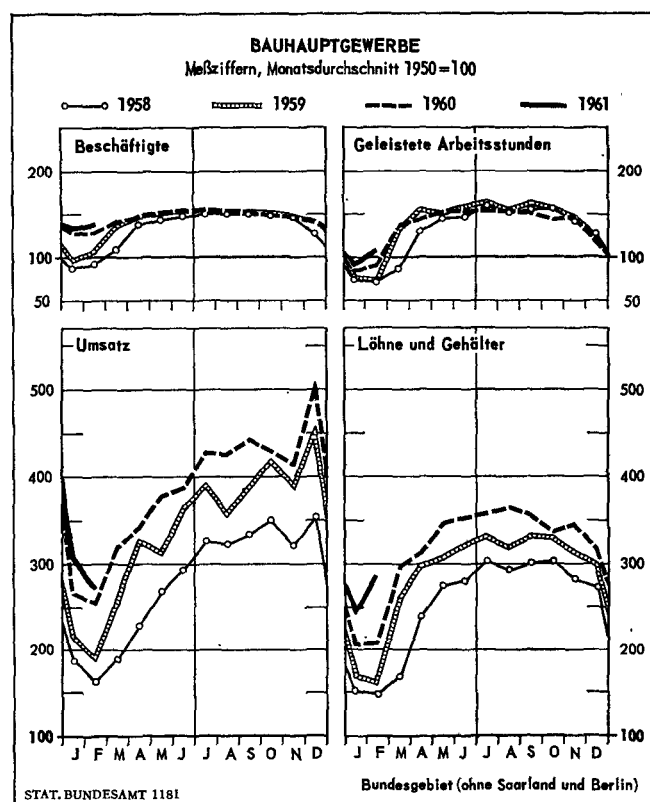
Bauwirtschaft und Wohnungen

Das Bauhauptgewerbe Anfang 1961

Im Winter 1960/61 wirkten sich die Maßnahmen des Gesetzgebers und der Tarifpartner zur Förderung der ganzjährigen Bautätigkeit wesentlich nachhaltiger auf das Baugeschehen aus als im vorhergehenden Jahr. Anders als im Winter 1959/60, in dem diese Maßnahmen eingeführt wurden und gewisse Anlaufschwierigkeiten — zumal bei dem verhältnismäßig späten Inkrafttreten der Rechtsgrundlage — nicht zu vermeiden waren, bestand diesmal von vornherein bei allen Beteiligten Klarheit über die gegebenen Möglichkeiten und das anzuwendende Verfahren. Hinzu kommt, daß im Herbst 1960 die Bestimmungen auf Grund der Erfahrungen des vorhergehenden Winters in einigen Punkten verbessert wurden. Der Saisonrückgang war daher im Januar 1961 weit weniger ausgeprägt als in früheren Jahren, und der Februar brachte bereits wieder eine recht beachtliche Zunahme der Beschäftigung, die allerdings zu einem gewissen Teil auch der besonders milden Witterung zu verdanken ist.

Die Gesamtzahl der im Bauhauptgewerbe beschäftigten Personen verringerte sich im Januar um 78 000 (-5,9 vH). Am Ende des Monats wurde mit 1 249 000 Beschäftigten der Tiefstwert des Winters beobachtet, der jedoch um 47 000 (+ 3,9 vH) höher lag als Ende Januar 1960 und um 323 000 (+ 35 vH) höher als Ende Januar 1959, im letzten Winter vor der Einführung der erwähnten Maßnahmen zur Förderung der ganzjährigen Bautätigkeit. Recht aufschlußreich ist auch ein Vergleich mit dem Beschäftigtenhöchststand des vorhergehenden Sommers, da er den Saisonrückgang in seinem vollen Umfang erkennen läßt. Eine solche Gegenüberstellung zeigt, daß die Beschäftigtenzahl Ende Januar 1961 um 191 000 (-13 vH) unter dem Vorjahresmaximum lag. Im Januar 1960 hatte der entsprechende Unterschied noch 242 000 (-17 vH) und im Januar 1959 sogar 479 000 (-34 vH) betragen. Nach dem Rückgang im Januar nahm die Beschäftigtenzahl im Februar 1961 um 52 000 (+ 4,2 vH) zu.

Die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden verringerte sich im Januar 1961 (144 Mill. Std.) gegenüber Dezember 1960 (181 Mill. Std.) um 21 vH. Der Rückgang ist wesentlich stärker als die Verminderung der Beschäftigtenzahlen, da die Baustellenarbeiten im Januar wegen des Wetters häufiger unterbrochen werden mußten. Bei der Zahl der Beschäftigten wirken sich derartige Unterbrechungen neuerdings weniger stark aus, da auf Grund der Maßnahmen zur



Förderung der ganzjährigen Bautätigkeit die Arbeitsverhältnisse im allgemeinen auch bei ungünstigem Bauwetter aufrechterhalten werden. Der Februar (168 Mill. Std.) brachte bereits eine kräftige Belebung der Baustellenarbeiten (+ 17 vH).

Im ganzen wurden im Januar und Februar 1961 16 vH mehr Arbeitsstunden geleistet als in der entsprechenden Vorjahreszeit und 33 vH mehr als in den beiden ersten Monaten des Jahres 1959. Ein Vergleich der Januarergebnisse mit dem Höchstwert des Vorjahres zeigt, daß im Januar 1961 die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden um 40 vH unter der höchsten Monatsleistung des vorhergehenden Sommers lag, während 1960 und 1959 der Unterschied 48 bzw. 54 vH betragen hatte.

Hierbei ist zu berücksichtigen, daß die durchschnittliche Effizienz einer Arbeitsstunde im Winter geringer sein dürfte als im Sommer.

Der Umsatz (= Zahlungseingang) belief sich im Januar 1961 auf 1,62 Mrd. DM und im Februar auf 1,43 Mrd. DM. In beiden Monaten zusammen wurden 11 vH mehr umgesetzt als in der entsprechenden Vorjahreszeit. Ein nicht unbedeutender Teil dieser Zunahme wurde durch die höheren Baupreise verursacht.

**Umsatz im Bauhauptgewerbe
Bundesgebiet ohne Berlin**

Zeit	Umsatz						
	insgesamt	Wohnungs- bau	Land- wirt- schaft- licher Bau	Ge- werbl. und indu- striel- ler Bau	Öffentlicher und Verkehrsbau		
					Hoch- bau	Stras- sen- bau	sonst. Tief- bau
Grundzahlen in Mill. DM							
1960 Dezember ..	2 667,5	975,5	58,4	633,4	253,3	387,1	359,8
1961 Januar	1 817,6	572,8	33,1	409,8	145,2	213,7	243,1
Februar ...	1 434,1	556,6	30,4	386,7	129,9	148,1	182,4
Veränderung gegenüber dem jeweiligen Vormonat in vH ¹⁾							
1960 Dezember ..	+22,7	+17,1	+ 9,0	+28,0	+23,7	+28,1	+28,1
1961 Januar	-39,4	-36,7	-43,3	-35,3	-42,7	-44,8	-32,4
Februar ...	-11,3	- 2,8	- 8,1	- 5,7	-10,5	-30,7	-25,0
Veränderung gegenüber dem jeweiligen Vorjahresmonat in vH ¹⁾							
1960 Dezember ..	+10,7	+ 8,0	+ 6,4	+14,7	+ 5,4	+13,4	+13,4
1961 Januar	+14,4	+15,6	+ 5,5	+19,9	+ 7,0	+40,1	- 5,5
Februar ...	+ 7,0	+10,2	+ 8,2	+13,3	+ 1,2	+ 2,4	- 5,5
Jan.-Febr. ...	+10,8	+12,9	+ 6,8	+16,6	+ 4,2	+21,8	- 5,5

¹⁾ Die vH-Sätze wurden von den vollen Zahlen berechnet.

Veränderungen bei den Beschäftigtengruppen

Wie üblich hat sich die Zahl der kaufmännischen und technischen Angestellten und Lehrlinge nur geringfügig geändert. Sie betrug im Januar und Februar 1961 wie in den vorangegangenen vier Monaten rd. 82 000.

**Beschäftigte im Bauhauptgewerbe
Bundesgebiet ohne Berlin**

Zeit	Beschäftigte				
	insgesamt	darunter			
		Angestellte und kaufm. Lehrlinge	Facharbei- ter einsch. Poliere	Helfer und Hilfs- arbeiter	gewerb- liche Lehrlinge
Grundzahlen in 1 000					
1960 Dezember ..	1 327	82	688	444	46
1961 Januar	1 249	82	650	405	45
Februar ...	1 301	82	676	431	46
März	1 386p
Veränderungen gegenüber dem jeweiligen Vormonat in vH ¹⁾					
1960 Dezember ..	- 3,6	+ 0,3	- 2,8	- 6,2	- 1,4
1961 Januar	- 5,9	- 0,4	- 5,6	- 8,7	- 1,9
Februar ...	+ 4,2	+ 0,3	+ 4,1	+ 6,2	+ 0,5
März	+ 6,5p
Veränderungen gegenüber dem jeweiligen Vorjahresmonat in vH ¹⁾					
1960 Dezember ..	+ 0,9	+ 6,6	+ 4,7	- 3,3	-16,0
1961 Januar	+ 3,9	+ 6,9	+ 7,3	+ 1,3	-15,1
Februar ...	+ 8,1	+ 6,8	+11,5	+ 7,4	-14,0
März	+ 3,6p

¹⁾ Die vH-Sätze wurden von den vollen Zahlen berechnet.

Bei den Arbeitern, die in der Hauptsache von der Saisonarbeitslosigkeit im Winter betroffen werden, verlief die Entwicklung diesmal wesentlich günstiger als in früheren Jahren. Die Zahl der Facharbeiter verringerte sich im Januar um 38 000 (-5,6 vH), während der entsprechende Rückgang in den Jahren 1954 bis 1959 18 bis 34 vH und im Januar 1960 7,9 vH betragen hatte. Im Februar 1961 nahm die Zahl der Facharbeiter wieder zu (+4,1 vH), so daß Ende Februar 676 000 Personen dieser Beschäftigtengruppe gezählt wurden, das sind 70 000 (+11,5 vH) mehr als ein Jahr zuvor. Bei den Helfern und Hilfsarbeitern verlief die Entwicklung ähnlich. Hier wurden Ende Februar insgesamt 431 000 Beschäftigte gezählt, das entspricht einer Zunahme um 30 000 (+7,4 vH) gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitpunkt.

Die Zahl der gewerblichen Lehrlinge belief sich Ende Februar auf 46 000 und lag damit weiterhin bedeutend niedriger als in der entsprechenden Vorjahreszeit (-14 vH).

Die Entwicklung bei den einzelnen Bauarten

Im Wohnungsbau wurden im Januar erheblich weniger Arbeitsstunden geleistet als im Dezember (-24 vH), doch war 1960 und 1959 der entsprechende Rückgang noch wesentlich stärker gewesen (-35 bzw. -43 vH). Der Februar brachte bereits einen kräftigen Aufschwung (+25 vH), so daß die Gesamtzahl der in den beiden ersten Monaten des Jahres für den Wohnungsbau geleisteten Stunden erheblich höher lag als in der vergleichbaren Vorjahreszeit (+17 vH).

Auch der besonders witterungsabhängige landwirtschaftliche Bau konnte sich im Januar, trotz des sehr erheblichen Rückgangs der geleisteten Arbeitsstunden (-40 vH), besser behaupten als in den vergangenen Jahren. Der anschließenden kräftigen Belebung im Februar (+37 vH) ist es hauptsächlich zu verdanken, daß die Zahl der seit Jahresbeginn bis Ende Februar geleisteten Arbeitsstunden um ein Viertel höher war als im Januar/Februar 1960.

**Geleistete Arbeitsstunden im Bauhauptgewerbe
Bundesgebiet ohne Berlin**

Zeit	Arbeits- tage	Geleistete Arbeitsstunden						
		insgesamt	Wohnungs- bau	Land- wirt- schaft- licher Bau	Ge- werbl. und indu- striel- er Bau	Öffentlicher und Verkehrsbau		
						Hoch- bau	Stras- sen- bau	sonst. Tief- bau
Mill. Stunden								
Grundzahlen								
1960 Dezember ..	26	180,8	73,9	4,9	42,2	16,4	19,2	24,4
1961 Januar ...	25,7	143,6	56,2	2,9	38,6	13,5	13,1	19,3
Februar ...	24	167,9	70,1	4,0	41,0	15,5	15,9	21,5
März	26	225,4p
Veränderung gegenüber dem jeweiligen Vormonat in vH ¹⁾								
1960 Dezember ..	+6,1	-19,6	-20,9	-29,2	-14,0	-19,9	-24,9	-17,6
1961 Januar ...	-1,2	-20,6	-24,0	-40,1	- 8,5	-17,4	-31,8	-20,7
Februar ...	-6,6	+16,9	+24,8	+36,7	+ 6,2	+14,7	+21,6	+11,1
März	+8,3	+34,2p
Veränderung gegenüber dem jeweiligen Vorjahresmonat in vH ¹⁾								
1960 Dezember ..	+4,0	- 5,6	- 8,3	- 7,8	+ 0,9	- 9,3	- 4,9	- 4,9
1961 Januar ...	+4,0	+10,0	+ 7,1	+ 2,6	+15,1	+10,8	+25,2	+ 1,6
Februar ...	-4,0	+21,1	+26,5	+47,4	+13,9	+16,6	+34,7	+10,1
Jan.-Febr. ...	-	+15,7	+17,1	+34,5	+14,5	+13,8	+30,3	+ 5,9
März	-3,7	+ 6,0p
Jan.-März. ...	-1,3	+11,4p

¹⁾ Die vH-Sätze wurden von den vollen Zahlen berechnet.

Im gewerblichen und industriellen Bau, wo die Saisonbewegung im allgemeinen flacher verläuft als bei den anderen Arten von Bauten, ging die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden im Januar ebenfalls weit weniger stark zurück als in den vergangenen Jahren (-8,5 vH gegenüber -20 vH im Januar 1960). Der Februar brachte eine Zunahme um 6,2 vH (Vj. 7,3 vH). Die Gesamtzahl der im Januar und Februar geleisteten Stunden war hier um 15 vH höher als in der entsprechenden Vorjahreszeit.

Im öffentlichen und Verkehrsbau folgte auf einen beträchtlichen Rückgang im Januar eine ebenfalls kräftige Belebung im Februar. Das gilt namentlich für den Straßenbau, der in besonderem Maße von der Witterung abhängt und dessen Arbeitsstunden sich von Dezember auf Januar um etwa ein Drittel (-32 vH) verringerten. Trotzdem haben sich auch hier die Maßnahmen zur Förderung der ganzjährigen Bautätigkeit ausgewirkt, denn in den vergangenen Jahren war der Rückgang im Januar noch stärker. Vor allem aber zeigte sich im Februar 1961 eine überdurchschnittliche Zunahme der geleisteten Arbeitsstunden (+22 vH), so daß der Straßenbau, wenn man die beiden ersten Monate des Jahres zusammenfaßt, von allen Bauarten die höchste Zuwachsrate gegenüber dem Vorjahr aufzuweisen hat (+30 vH). Im öffentlichen Hoch- und Tiefbau (ohne Straßenbau) waren die Veränderungen etwas weniger ausgeprägt. Der Abstand gegenüber Januar/Februar 1960 betrug im öffentlichen Hochbau 14 vH und im öffentlichen Tiefbau (ohne Straßenbau) 5,9 vH.

Kz.

Die Wohnraumvergaben im Jahr 1960

Nach dem Gesetz über die Durchführung von Statistiken der Bautätigkeit (BauStatG) vom 20. August 1960 ist im Bundesgebiet einschl. Berlin (West) auch laufend eine Statistik der erstmaligen Wohnraumvergaben durchzuführen. Damit ist sichergestellt, daß die Wohnraumvergabestatistik, die bisher durch Rechtsverordnung des Bundesministeriums für Wohnungsbau angeordnet war, weitergeführt werden kann.

Diese Statistik erfaßt weiterhin die Vergaben neu geschaffener Wohnungen und Wohnräume des öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbaues und gliedert diese Vergaben nach Personengruppen auf.

Im 4. Vierteljahr 1960 waren in Rheinland-Pfalz und in Bayern die Meldungen nicht von allen Kreisen erstattet worden. Es handelte sich in diesen beiden Ländern offensichtlich um die Auswirkungen der im „Gesetz über den Abbau der Wohnungszwangswirtschaft und über ein soziales Miet- und Wohnrecht“ vom 23. Juni 1960 festgelegte Aufhebung der Wohnraumbewirtschaftung in den Kreisen, in denen am 31. Dezember 1959 das „Wohnungsdefizit“ weniger als 3 vH des Bestandes an Normalwohnungen ausmachte, und der damit verbundenen Auflösung wenigstens eines Teiles der für die Wohnraumvergabestatistik bisher zuständigen Wohnungsämter. Die vom Statistischen Bundesamt nach einem einheitlichen Schema durchgeführten Wohnungsdefizitberechnungen hatten ergeben, daß die Wohnraumbewirtschaftung in 28 Kreisen Bayerns und in 24 Kreisen von Rheinland-Pfalz aufzuheben war¹⁾.

Es bleibt abzuwarten, ob in Zukunft die sogenannten „weißen“ Kreise die Wohnraumvergaben nicht mehr zuverlässig melden können oder ob die erstmaligen Zuweisungen von Wohnraum des öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbaues auch weiterhin von einer behördlichen Stelle überwacht werden, so daß nach Überbrückung der bei einer solchen verwaltungsmäßigen Umstellung auftretenden Anlaufschwierigkeiten wieder vollständige Ergebnisse erstellt werden können.

Für die Zusammenstellung des Jahresergebnisses 1960 mußten die von Rheinland-Pfalz und Bayern aus den vorerwähnten Gründen unvollständigen Ergebnisse für das 4. Vierteljahr 1960 auf das jeweils vollständige Landesergebnis hochgeschätzt werden.

Knapp 242 000 Wohnungen vergeben

Im Jahre 1960 haben rund 11 000 Einpersonenhaushalte und rund 231 000 Mehrpersonenhaushalte Wohnraum in Wohnungen erhalten, die im Rahmen des öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbaues neuerrichtet oder wiederaufgebaut worden sind. In den meisten Fällen wird es sich um die Zuweisung ganzer „Wohnungen“ an je eine Wohnpartei gehandelt haben, da die Belegung neu geschaffener Wohnungen durch mehrere Mietparteien (Haupt- und Untermieter) selten ist. Es wurden somit knapp 242 000 Wohnungen mit rund 890 000 Räumen (einschließlich Küchen) an rund 808 000 Personen erstmalig vergeben. Gegenüber den im Jahre 1959 registrierten 279 000 Wohnungen sind die Vergaben demnach um rund 13 vH zurückgegangen²⁾. Die Zahl der vergebenen Räume lag um rund 11 vH und die der eingewiesenen Personen um rund 14 vH niedriger als im Vorjahre.

Diese Abnahme ist nicht — wie zunächst vermutet werden könnte — darauf zurückzuführen, daß außer in Rheinland-Pfalz und in Bayern auch in anderen Ländern die Vergaben von den dort zuständigen Behörden nicht vollständig erfaßt werden konnten. Dies wird deutlich, wenn man die Zahl der Vergabefälle von neuem erstelltem Wohnraum mit den nach der vorläufigen Auszählung der Bautätigkeitsstatistik 1960 festgestellten Wohnungen vergleicht.

Die Differenz zwischen dem dabei ermittelten Satz von knapp 44 vH und dem auf Grund der vorliegenden Meldungen der Länder geschätzten Anteil des öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbaues am gesamten Wohnungsbauergebnis 1960 von rund 46 vH kann als unwesentlich angesehen werden, wenn man die Verschiebungen berücksichtigt, die zwi-

schen dem Zeitpunkt der Fertigstellungsmeldung einer Wohnung und der Registrierung der Vergabe möglich sind. Die geringere Zahl der erstmaligen Wohnraumzuweisungen im Vergleich zu 1959 geht also lediglich darauf zurück, daß der Anteil des sozialen Wohnungsbaues unter dem des Vorjahres geblieben ist.

Es läßt sich heute noch nicht abschätzen, ob für 1961 wieder mit einem Ansteigen der Wohnraumvergaben gerechnet werden kann. Immerhin haben die um die Jahreswende 1960/61 durchgeführten Feststellungen über den Fortschritt der Bauvorhaben, für die noch keine Fertigstellungsmeldung vorlag, ergeben, daß im Bundesgebiet (ohne Saarland und Berlin) 452 000 Wohnungen (gegenüber rund 419 000 im Jahre 1959) im Bau waren; für weitere rund 186 000 Wohnungen (gegenüber rund 171 000 am Jahresende 1959) waren die Bauarbeiten noch nicht in Angriff genommen. Dieser erhöhte „Bauüberhang“ dürfte jedoch für 1961 mindestens einen ebenso hohen Zugang an Wohnungen sichern wie im Jahre 1960.

Größere Wohnungen führen zu großzügigerer Zuteilung

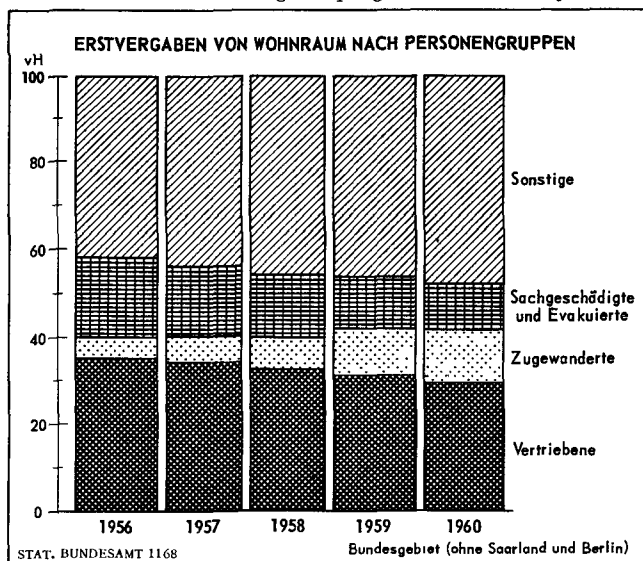
Die Bautätigkeit hat sich in den letzten Jahren in steigendem Maße dem Bau größerer Wohnungen zugewandt. Im Zuge dieser Entwicklung hat auch die Größe der vergebenen Wohnungen — gemessen an der Raumzahl — immer mehr zugenommen. Vergleicht man die durchschnittliche Zahl der Räume je Wohnung über mehrere Jahre hinweg, so zeigt sich, daß 1953 auf eine erstmals vergebene Wohnung nur 3,1 Räume entfallen waren, während im Jahre 1960 im Durchschnitt eine Wohnung rund 3,7 Räume umfaßte. Die durchschnittliche Belegungsdichte der vergebenen Wohnungen hat sich demgegenüber im Vergleich zu früheren Jahren erheblich verringert. Während im Jahre 1953 noch eine Belegungsdichte von 1,08 Personen je Raum ermittelt worden war, betrug sie 1960 im Gesamtdurchschnitt nur noch 0,91 Personen je Raum. Dies deutet darauf hin, daß mit dem Bau größerer Wohnungen nicht etwa eine Zunahme der Personenzahl der in diese Wohnungen eingewiesenen Haushalte, sondern vielmehr eine immer großzügigere Wohnraumzuteilung einhergegangen ist.

Die erstmaligen Wohnraumvergaben

im Jahre	Räume je Wohnung	Personen je Raum
1953	3,13	1,08
1954	3,24	1,03
1955	3,31	1,00
1956	3,40	0,98
1957	3,44	0,96
1958	3,51	0,96
1959	3,59	0,94
1960	3,68	0,91

Vergaben an Zugewanderte weiter gestiegen

Nachdem bereits im Jahre 1959 die Zuweisungen an die Zugewanderten aus der sowjetischen Besatzungszone als Folge der besonderen Wohnungsbauprogramme für Sowjetzonen-



¹⁾ Vgl. WiSta, Heft 7, Juli 1960, S. 423 f. — ²⁾ Vgl. Tabelle S. 224*.

Die Erstvergaben von Wohnungen 1960
nach Personengruppen
Bundesgebiet (ohne Saarland und Berlin)

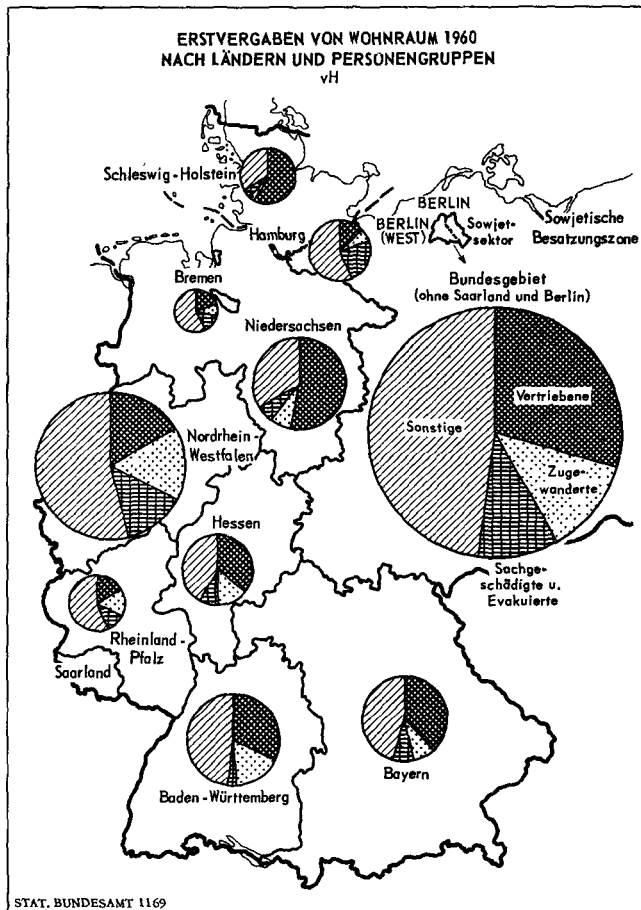
Personengruppe	Erstvergaben an			Vergebene Räume	
	Familien- haushalte	Ein- personen- haushalte	Personen	1960	1959
Vertriebene	66 350	3 200	238 850	282 200	315 850
Zugewanderte	31 200	850	109 200	110 450	107 000
Sachgeschädigte und Evakuierte	24 300	2 300	81 850	90 750	126 750
Sonstige	109 050	4 750	379 900	426 050	462 700
Zusammen	230 900	11 050	807 750	889 450	1 002 250
darunter: kinderreiche Familien	27 250	—	156 650	124 850	142 000

flüchtlinge erheblich angestiegen waren, hat sich im Berichtsjahr die Zahl der für diese Personengruppe bereitgestellten Räume trotz Abnahme der Gesamtzahl der zugeteilten Wohnungen noch weiter erhöht. Den rund 107 000 im Vorjahre an die Zugewanderten vergebenen Räumen standen knapp 110 500 im Jahre 1960 gegenüber. Damit stieg auch ihr Anteil an den überhaupt vergebenen Räumen von 10,7 auf 12,4 vH. Während mit dieser Anteilserhöhung der starke Wohnraumbedarf der Zugewanderten auch im Jahre 1960 gekennzeichnet wird, dürfte die bereits seit längerer Zeit beobachtete ständige Zunahme des Anteils der an die „Sonstigen“ vergebenen Räume (von 46,2 im Vorjahre auf knapp 48 vH im Jahre 1960) wenigstens z. T. darauf zurückzuführen sein, daß in vielen Ländern bei den Vergaben die tatsächliche Belegung des neuerstellten oder wiederaufgebauten Wohnraumes festgestellt wird. Es werden hier also die Fälle, in denen Geschädigte einen Rechtsanspruch auf die für sie neugeschaffene Wohnung aufgeben, indem sie im Vorwegtausch eine Altbauwohnung beziehen, nicht als Erstvergaben für diese Geschädigten registriert, sondern als Vergabefälle für die Personenkreise, welche in die neue Wohnung einziehen. Sind bei dieser Tauschmöglichkeit, die ursprünglich die Länder von sich aus eingeleitet hatten, die in späteren Gesetzen und Verordnungen dann aber auch rechtlich verankert worden ist, „Nichtgeschädigte“ die Partner — was vielfach der Fall sein wird — so werden diese Haushalte in der Wohnraumvergabe-statistik unter den „Sonstigen“ nachgewiesen, denn hierzu zählen außer den politisch, rassisch und religiös Verfolgten sowie den Schwerbeschädigten, den Spätheimkehrern und den Besatzungs- und Kasernenverdrängten, die zusammen allerdings nur einen Anteil von nicht mehr als 4 vH ausmachen dürften, auch die „Nichtbevorrechtigten“. Hierunter fallen neben Haushalten, die in Wohnungen des von den Ländern und Gemeinden als Sonderbauprogramme durchgeführten Bergarbeiterwohnungsbaues, der Landarbeitersiedlung usw. eingewiesen wurden, diejenigen Wohnparteien, deren Haushaltsvorstand nicht auf Grund der Zugehörigkeit zu einer Kriegsfolgenhilfe-Gruppe bevorrechtigt ist.

Die Anteile der übrigen Geschädigtengruppen an den Vergaben für 1960 sind ohne Ausnahme geringfügig zurückge-

gangen. Auffallend ist, daß die Wohnungszuteilungen an die Familien zurückgeführter Evakuierten um fast 30 vH abgenommen haben, während die Zahl der Vergaben an Einpersonenhaushalte dieser Gruppe um nahezu 3 vH gestiegen ist.

Die durchschnittliche Belegungsdichte (Personen je Raum) der zugewiesenen neuen Wohnräume hat sich bei sämtlichen Personengruppen weiter verringert. Sie ist in den einzelnen Gruppen aber immer noch recht verschieden.



Weiterhin starke Unterschiede in den Ländern

Ein Überblick über die Verteilung der Wohnraumvergaben auf die einzelnen Personengruppen in den Ländern zeigt, daß auch im Jahre 1960 versucht wurde, den jeweils gegebenen Verhältnissen Rechnung zu tragen und die verschiedenen Bevölkerungskreise etwa ihrer Bedeutung entsprechend zu berücksichtigen³⁾.

Hp.

³⁾ Vgl. Tabelle S. 224*.

Außenhandel

Der Außenhandel im März und im 1. Vierteljahr 1961

Der Außenhandel im März 1961

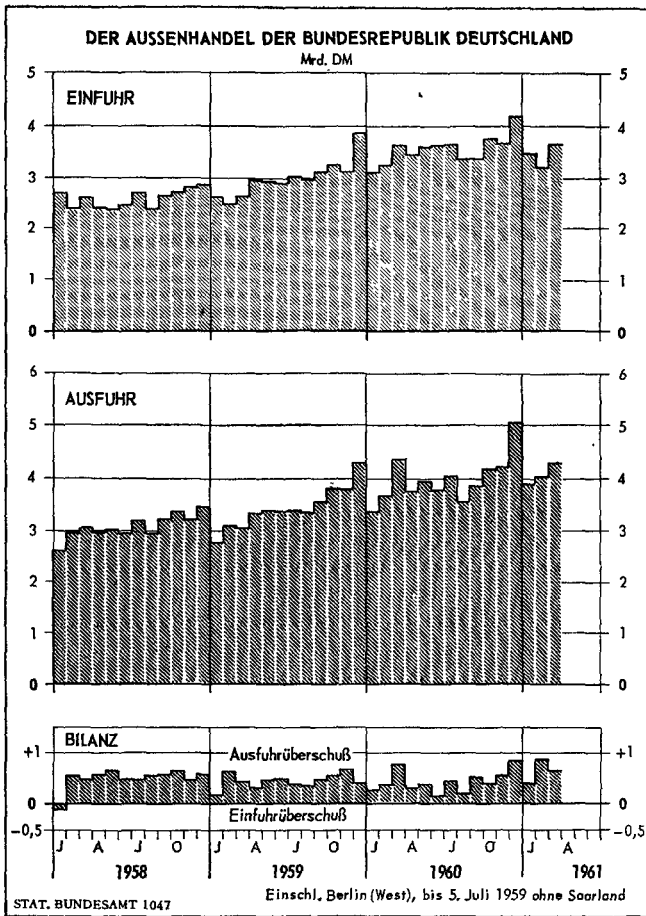
Die Bundesrepublik Deutschland einschließlich Berlin (West) hat im März 1961 Waren für insgesamt 3 653 Mill. DM importiert und für 4 301 Mill. DM exportiert. Das waren in der Einfuhr 458 Mill. DM oder rund 14 vH und in der Ausfuhr 254 Mill. DM oder etwa 6 vH mehr als im Vormonat. Im Vergleich zum März 1960 dagegen haben die Außenhandelswerte in beiden Richtungen geringfügig abgenommen, und zwar in der Einfuhr um 12 Mill. DM oder 0,3 vH und in der Ausfuhr um 68 Mill. DM oder 1,6 vH. Als Folge dieser Entwicklung ist der Ausfuhrüberschuß in der Außenhandelsbilanz, der im Vormonat 853 und im März des Vorjahres 704 betragen hatte, auf 648 Mill. DM zurückgegangen.

Der Außenhandel im 1. Vierteljahr 1961 Gesamtüberblick

Während vom 1. Vierteljahr 1959 zu 1960 die Außenhandelswerte in der Einfuhr um rund 30 vH und in der Ausfuhr um etwa 28 vH zugenommen hatten, war in den ersten drei Monaten dieses Jahres der Einfuhrwert mit 10,3 Mrd. DM um knapp 3 vH und der Ausfuhrwert mit 12,2 Mrd. DM um rund 7 vH höher als in der vorjährigen Vergleichszeit. Zugleich ist der Aktivsaldo von 1,4 auf 1,9 Mrd. DM angestiegen.

Einfuhr

Die Einfuhrsteigerung im Januar/März 1961 gegenüber dem gleichen Zeitabschnitt des Vorjahres (+ 284 Mill. DM) ergab sich bei einem Rückgang der Bezüge an Waren der Ernährungswirtschaft (— 389 Mill. DM, darunter Nahrungsmittel pflanzlichen Ursprungs — hauptsächlich Getreide, Obst sowie Ölfrüchte und Ölkuchen — um 322 Mill. DM) durch einen



Zuwachs der Importe an Waren der gewerblichen Wirtschaft aller Verarbeitungsstufen (+ 661 Mill. DM) insbesondere an Fertigwarenvor- und -enderzeugnissen (+ 536 Mill. DM). Dabei wurden in größerem Umfange importiert (jeweils in Mill. DM):

unter den Vorerzeugnissen (+ 123), vor allem Textilgewebe und -gewirke (+ 42), sodann Sperrholz und dgl. (+ 13), NE-Metalle (+ 13), Chemikalien (+ 12), Papier und Pappe (+ 11) sowie Stahlröhren (+ 12) und Eisendraht (+ 11) — bei geringeren Einfuhren an Eisenblechen (— 17) — und unter den Enderzeugnissen (+ 412), vor allem Maschinen (+ 143, darunter Büromaschinen + 35, Werkzeugmaschinen + 25), elektrotechnische Erzeugnisse (+ 70), Eisenwaren (+ 29) sowie

Strick- und Wirkwaren (+ 29), ferner u. a. feinmechanische und optische Erzeugnisse, Kunststoffherzeugnisse, Glaswaren, fotochemische Erzeugnisse und Spielwaren.

Absolut und relativ in wesentlich geringerem Maße als die Einfuhren an Fertigwaren sind die Bezüge an Rohstoffen und Halbwaren der gewerblichen Wirtschaft dem Werte nach angestiegen, weil hier höhere Importe u. a. an Erdöl (+ 158), Halbwaren aus NE-Metallen (+ 103), Holz (+ 43) sowie Gold für gewerbliche Zwecke (+ 21) durch Rückgänge in den Bezügen anderer Waren — wie Kautschuk und dergl. (— 82), Baumwolle (— 58), Kraftstoffe und Schmieröle (— 29), Wollgespinste (— 25) und Eisenhalbzeug (— 18) — weitgehend wieder ausgeglichen worden sind.

Die sog. „Jedermann-Einfuhren“ — insgesamt gesehen von sehr geringer Bedeutung — haben von knapp 4 Mill. DM im 1. Vj. 1960 auf rund 1,5 Mill. DM im 1. Vj. 1961 abgenommen.

Ausfuhr

Die Zunahme der Ausfuhr vom 1. Vj. 1960 zu 1961 (+ 828 Mill. DM) war vor allem die Folge höherer Lieferungen an Erzeugnissen des Maschinenbaues, die — bei einem Anteil von 21 vH an der Gesamtausfuhr an erster Stelle unter den Exportwaren — mit insgesamt 2 533 Mill. DM die Ausfuhr im 1. Vj. 1960 um rund 21 vH übertrafen. Nächstwichtigste Erzeugnisgruppen der Ausfuhr waren wiederum Landfahrzeuge und Erzeugnisse der Eisen- und Stahlwirtschaft, auf die je etwa 13 vH der Gesamtausfuhr entfielen. Dabei haben sich im Vergleich zum Vorjahr die Exporte an Landfahrzeugen um 86 Mill. DM oder knapp 6 vH auf 1 622 Mill. DM ausgeweitet, während die Exporte an Eisen und Stahl mit 1 589 Mill. DM insgesamt unverändert geblieben sind.

Absolut etwa im gleichen Umfang wie die Ausfuhr an Landfahrzeugen sind die Lieferungen an Erzeugnissen der Elektrotechnik (+ 86 Mill. DM) und der chemischen Industrie — ohne Düngemittel — (+ 81 Mill. DM) angestiegen, bei einer Zuwachsrate von rund 12 bzw. 9 vH. Im gleichen Zeitabschnitt wurden (ebenfalls jeweils in Mill. DM) höhere Ausfuhren für feinmechanische und optische Erzeugnisse (+ 41) sowie für Textilien einschließlich Bekleidung (+ 30) angemeldet, ferner für NE-Metalle und -Metallwaren (+ 23), sodann — unter den in der nachstehenden Tabelle nicht besonders genannten Warengruppen — hauptsächlich für Kunststoffe (+ 19), Getreide (+ 17), keramische Waren (+ 12), Papier und Pappe (+ 11) sowie Glas und Glaswaren (+ 10). Demgegenüber war der Wert der an das Ausland abgelieferten Schiffe erheblich niedriger als im Januar/März des Vorjahres (— 170).
Schl.

Der Außenhandel der Bundesrepublik Deutschland einschl. Berlin (West) März 1961

Warengruppe	März 1960	Febr. 1961	März ¹⁾ 1961	Zu- (+) bzw. Abnahme (—)				Januar/März				Zu- (+) bzw. Abnahme (+)		
				März 1961 gegenüber				1960		1961 ¹⁾		Januar/März 1961 gegenüber		
				März 1960		Februar 1961		1960		1961 ¹⁾		Januar/März 1960		
Mill. DM			vH der Gesamt-ein- bzw. -ausfuhr	Mill. DM	vH	Mill. DM	vH	Mill. DM	vH d. Gesamt-ein- bzw. -ausfuhr	Mill. DM	vH der Gesamt-ein- bzw. -ausfuhr	Mill. DM	vH	
Einfuhr insgesamt	3 665	3 195	3 653	100	— 12	— 0,3	+ 458	+ 14,3	10046	100	10330	100	+ 284	+ 2,8
Ernährungswirtschaft ²⁾	1 029	806	874	23,9	— 155	— 15,1	+ 68	+ 8,4	2 883	28,7	2 494	24,1	— 389	— 13,5
darunter:														
Nahrungsmittel tier. Ursprungs	230	188	205	5,6	— 25	— 10,9	+ 17	+ 9,0	650	6,5	582	5,6	— 68	— 10,5
Nahrungsmittel pflanzl. Ursprungs	619	457	508	13,9	— 113	— 18,3	+ 49	+ 10,7	1 752	17,4	1 430	13,8	— 322	— 18,4
Genußmittel	138	117	120	3,3	— 18	— 13,0	+ 3	+ 2,6	357	3,6	354	3,4	— 3	— 0,8
Gewerbliche Wirtschaft	2 609	2 361	2 747	75,2	+ 138	+ 5,2	+ 386	+ 16,3	7 089	70,6	7 750	75,0	+ 661	+ 9,3
Rohstoffe	795	713	797	21,8	+ 2	+ 0,3	+ 84	+ 11,8	2 311	23,0	2 346	22,7	+ 35	+ 1,5
Halbwaren	695	562	651	17,8	— 44	— 6,3	+ 89	+ 15,8	1 854	18,5	1 945	18,8	+ 91	+ 4,9
Fertigwaren	1 119	1 087	1 299	35,6	+ 180	+ 16,1	+ 212	+ 19,5	2 923	29,1	3 459	33,5	+ 536	+ 18,3
Vorerzeugnisse	483	477	499	13,7	+ 16	+ 3,3	+ 22	+ 4,6	1 317	13,1	1 440	13,9	+ 123	+ 9,3
Enderzeugnisse	636	609	800	21,9	+ 164	+ 25,7	+ 191	+ 31,3	1 606	16,0	2 018	19,5	+ 412	+ 25,7
Ausfuhr insgesamt	4 369	4 047	4 301	100	— 68	— 1,6	+ 254	+ 6,3	11 421	100	12 249	100	+ 828	+ 7,2
Kohlen und Koks	188	173	193	4,5	+ 5	+ 2,7	+ 20	+ 11,6	590	5,1	589	4,8	+ 9	+ 1,6
Düngemittel	45	62	54	1,3	+ 9	+ 20,0	— 8	— 12,9	159	1,4	165	1,3	+ 6	+ 3,8
Ander chemische Erzeugnisse	341	336	355	8,3	+ 14	+ 4,1	+ 19	+ 5,7	931	8,2	1 012	8,3	+ 81	+ 8,7
Textilien einschl. Bekleidung	221	198	216	5,0	— 5	— 2,3	+ 18	+ 9,1	584	5,1	614	5,0	+ 30	+ 5,1
Eisen und Stahl sowie Waren daraus	700	500	568	13,2	— 132	— 18,9	+ 68	+ 13,6	1 589	13,9	1 589	13,0	—	—
Ander unedle Metalle und Waren daraus	208	173	197	4,6	— 11	— 5,3	+ 24	+ 13,9	540	4,7	563	4,6	+ 23	+ 4,3
Maschinen und Apparate	840	836	907	21,1	+ 67	+ 8,0	+ 71	+ 8,5	2 097	18,4	2 533	20,7	+ 436	+ 20,8
Elektrotechnische Erzeugnisse	278	275	284	6,6	+ 6	+ 2,2	+ 9	+ 3,3	728	6,4	814	6,6	+ 86	+ 11,8
Feinmechanik und Optik, Uhren	142	129	147	3,4	+ 5	+ 3,5	+ 18	+ 14,0	362	3,2	403	3,3	+ 41	+ 11,3
Kraftfahrzeuge und andere Landfahrzeuge	594	579	584	13,6	— 10	— 1,7	+ 5	+ 0,9	1 536	13,4	1 622	13,2	+ 86	+ 5,6
Schiffe	115	104	67	1,6	— 48	— 41,7	+ 37	— 35,6	474	4,2	304	2,5	— 170	— 35,9
Sonstige Erzeugnisse	697	682	729	16,9	+ 32	+ 4,6	+ 47	+ 6,9	1 841	16,1	2 041	16,7	+ 200	+ 10,9

¹⁾ Vorläufige Ergebnisse. — ²⁾ Einschl. Lebende Tiere.

Verkehr

Rundfunkgenehmigungen am 31. Dezember 1960

Am 31. Dezember 1960 waren im Bundesgebiet ohne Berlin 14,9 Mill. Ton-Rundfunkgenehmigungen (ohne solche für Kraftfahrzeuge, Binnenschiffe und kleinere Wasserfahrzeuge) und mehr als 4,3 Mill. Fernseh-Rundfunkgenehmigungen erteilt. Die Zahl der Ton-Rundfunkgenehmigungen hat sich vom 31. Dezember 1959 zum 31. Dezember 1960 um nahezu 400 000 oder um 2,6 vH, die Zahl der Fernsehgenehmigungen um mehr als ein Drittel erhöht.

Ton-Rundfunkgenehmigungen

In allen Oberpostdirektionsbezirken¹⁾ haben die Ton-Rundfunkgenehmigungen zugenommen. Am stärksten stiegen sie in dem OPD-Bezirk Saarbrücken (+ 8,5 vH). Diese verhältnismäßig starke Zunahme der Genehmigungen ist darauf zurückzuführen, daß nach der wirtschaftlichen Eingliederung des Saarlandes in das Bundesgebiet die Anschaffung eines Rundfunkgerätes preisgünstiger war als in der Zeit vor der Eingliederung. Aber auch in den OPD-Bezirken Tübingen (+ 4,2 vH) und Stuttgart (+ 3,8 vH) haben die Ton-Rundfunkgenehmigungen stärker zugenommen als im Bundesdurchschnitt. Relativ gering waren die Zunahmen in Berlin (West) (+ 0,5 vH) und in den Bereichen der Oberpostdirektionsbezirke Kiel (+ 1,6 vH) und Braunschweig (+ 1,8 vH).

Auf 100 Einwohner entfielen am 31. Dezember 1960 in der Bundesrepublik Deutschland einschließlich Berlin (West) 28 erteilte Ton-Rundfunkgenehmigungen. Die Verbreitung des Ton-Rundfunks war am dichtesten in Berlin (West) mit 38 Genehmigungen auf 100 Einwohner und im OPD-Bezirk Hamburg mit 32. Die geringste Ton-Rundfunkdichte ergab sich in den OPD-Bezirken Trier mit 23 Genehmigungen auf 100 Einwohner und Regensburg mit 24.

Die Zahl der gebührenfreien Ton-Rundfunkgenehmigungen, das sind überwiegend Genehmigungen die an Rentner, Kriegsbeschädigte usw. auf Grund von Fürsorgeanträgen erteilt werden, betrug am 31. Dezember 1960 im Bundesgebiet einschließlich Berlin (West) 529 000. Der Anteil der gebührenfreien Genehmigungen an den Ton-Rundfunkgenehmigungen insgesamt ist seit 1957 ständig zurückgegangen. Der Anteil dieser Genehmigungen am Gesamtbestand, der 1957 4,1 vH, 1958 3,7 vH und 1959 3,6 vH ausmachte, betrug am 31. Dezember 1960 nur noch 3,4 vH.

Außerdem bestanden am 31. Dezember 1960 noch rund 125 000 Ton-Rundfunkgenehmigungen für Kraftfahrzeuge, Binnenschiffe und kleinere Wasserfahrzeuge. Gegenüber dem Vergleichsstichtag im Vorjahr hat der Bestand an Rundfunkgenehmigungen für Kraftfahrzeuge usw. um nahezu 400 000 Genehmigungen oder um 76 vH abgenommen. Diese starke Abnahme beruht darauf, daß mit Wirkung vom 1. Januar 1960 für Zweitgeräte keine Gebühr mehr erhoben wird. Sie werden seit dieser Zeit nicht mehr in den Bestand der Ton-Rundfunkgenehmigungen eingerechnet.

¹⁾ Vgl. Tabelle S. 235*.

Rundfunkgenehmigungen

Jahresende (31. 12. j. Jahres)	Ton-Rundfunkgenehmigungen			Fernseh-Rundfunk- genehmigungen	
	insgesamt (ohne solche für Kraft- fahrzeuge usw. ¹⁾)	Zunahme gegenüber dem Vorjahr	Außerdem Genehmi- gungen für Kraftfahr- zeuge usw. ¹⁾	insgesamt	Zunahme gegenüber dem Vorjahr
	1 000	vH		1 000	vH
Bundesgebiet (ohne Saarland und Berlin)					
1951	9 778	.	63	.	.
1952	10 804	10,5	93	.	.
1953	11 351	5,1	114	12	.
1954	11 892	4,8	146	80	567
1955	12 289	3,3	182	271	239
1956	12 784	4,0	230	652	141
1957	13 294	4,0	290	1 152	77
1958	13 785	3,7	384	2 013	75
Bundesgebiet ohne Berlin					
1959	14 542	5,5	500	3 191	59
1960	14 922	2,6	124 ²⁾	4 388	38

¹⁾ Kraftfahrzeuge, Binnenschiffe und kleinere Wasserfahrzeuge. — ²⁾ Für den Betrieb eines Zusatz-Rundfunkgerätes, z. B. Autoradio, wird mit Wirkung vom 1. 1. 1960 keine Rundfunkgebühr mehr erhoben. Sie lassen sich daher nicht mehr in den Bestand einbeziehen.

Fernseh-Rundfunkgenehmigungen

Die stürmische Entwicklung in der Ausstattung mit Fernsehgeräten, wie sie noch in den Vorjahren beobachtet wurde, hat nachgelassen, doch traten in einzelnen OPD-Bezirken gegenüber dem Stichtag 1959 noch beträchtliche Zunahmen auf²⁾. Der Bestand an Fernseh-Genehmigungen hat sich im Saarland vom 31. Dezember 1959 zum 31. Dezember 1960 verdreifacht. Im OPD-Bezirk Tübingen stieg die Zahl der Fernseh-Empfangsgenehmigungen um rund 62 vH, im Bezirk Trier um 56 vH und in den Bezirken Regensburg und Freiburg um je 51 vH.

Im Vergleich zum Ton-Rundfunk wurden für den Fernseh-Empfang wesentlich weniger gebührenfreie Genehmigungen erteilt. Diese Genehmigungen (19 000) erreichten im Berichtsjahr einen Anteil von 0,4 vH an den Fernseh-Genehmigungen insgesamt. Im Gegensatz zum Ton-Rundfunk zeichnet sich bei der Entwicklung der gebührenfreien Fernseh-Empfangsgenehmigungen ein starkes Ansteigen ab. Gegenüber dem Stichtag des Vorjahres hat sich die Zahl dieser Genehmigungen um zwei Drittel erhöht.

Auf 100 Einwohner kamen am 31. Dezember 1960 in der Bundesrepublik Deutschland ohne Berlin 8 Fernseh-Rundfunkgenehmigungen. Die stärkste Verbreitung hatte das Fernsehen, wie in den Vorjahren, im rheinisch-westfälischen Industriegebiet: Auf 100 Einwohner kamen in den OPD-Bezirken Düsseldorf 13, Dortmund 12 und Köln 11 Fernseh-Empfangsgenehmigungen. Die geringste Dichte hat bisher das Fernsehen in den Bereichen der OPD-Bezirke Trier, Freiburg, Tübingen und Regensburg mit je 4 Genehmigungen auf 100 Einwohner.

MöI.

²⁾ Vgl. Tabelle S. 235*.

Geld und Kredit

Die finanziellen Ergebnisse der 1959 eröffneten Konkurse und Vergleichsverfahren

Gesamtüberblick: Weniger Schulden und geringere Verluste

1959 waren im Bundesgebiet ohne Berlin insgesamt 2 076 Insolvenzverfahren eröffnet worden; davon waren 1 658 Konkurse¹⁾ und 418 Vergleichsverfahren. Obwohl sich die Abwicklung der Konkurse und Vergleichsverfahren meist über einen längeren Zeitraum erstreckt, sind nunmehr für weit über 80 vH aller eröffneten Verfahren die vorläufigen finanziellen Ergebnisse bekannt. Dabei wird ersichtlich, daß sich bei den gerichtlich abgewickelten Verfahren die bereits 1958 begonnene Entwicklung — nämlich weniger Schulden, größere Teilungsmassen und dementsprechend erheblich höhere Dek-

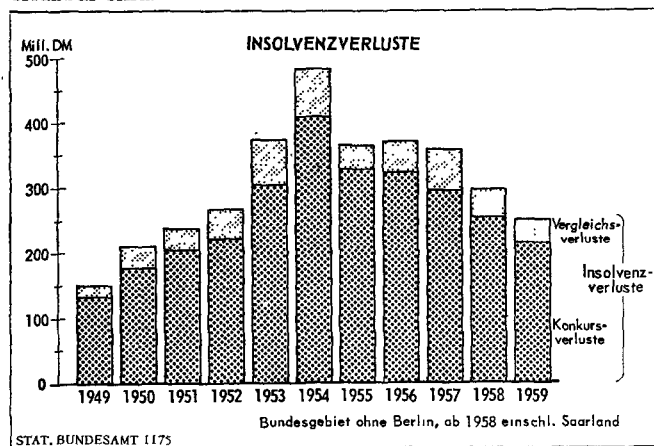
¹⁾ Außerdem wurden 795 Konkurse mangels Masse nicht eröffnet.

kungsquoten sowie beträchtlich geringere Gläubigereinbußen — fortgesetzt hat, wenn auch nicht in dem Ausmaß wie 1958. So waren die angemeldeten Forderungen mit 315 Mill. DM um etwa 14 vH und die gesamten Verluste mit 252 Mill. DM um 15 vH geringer als bei den 1958 eröffneten Verfahren. Die Schulden und die Verluste sind somit in etwa dem gleichen Verhältnis kleiner geworden, in dem die Zahl der Insolvenzen zurückgegangen ist. Dabei haben die Vergleichsverluste mit 10 vH relativ weniger abgenommen als die Konkursverluste, die um 16 vH geringer waren als bei den Verfahren von 1958. Da bei den 1959 eröffneten Konkursen der erheblich kleineren Schuldenmasse eine etwa gleich hohe Teilungsmasse wie 1958 gegenüberstand, konnten die nicht bevorrechtigten Forderungen im Durchschnitt mit einer erheblich besseren Quote befriedigt werden als 1958; für die bevorrechtigten Forderungen ergab sich dagegen nur ein we-

nig besseres Deckungsverhältnis als im vorangegangenen Jahr. Auch bei den Erläßvergleichen von 1959 erlitten die Gläubiger etwas geringere Verluste als 1958.

Die Gründe für die geschilderte Entwicklung dürften u. a. folgende sein: Durch die weiterhin günstige Ertragslage konnten einmal die gewerblichen Betriebe und die Handelsunternehmen anscheinend ihren laufenden finanziellen Verpflichtungen im ganzen pünktlicher und schneller nachkommen als im Jahr vorher, so daß die Schulden im allgemeinen abgenommen haben. Auf der anderen Seite dürften die größeren Lieferanten bereits über ein gut ausgebautes (maschinelles) Abrechnungswesen und über eine ausgezeichnete Kundenbeobachtung verfügen, so daß durch eine ständige Kontrolle und vorsorgliche Einstellung der Lieferungen an säumige Zahler die Außenstände niedrig gehalten werden konnten. Der für das Jahr 1959 festgestellte Rückgang bei verschiedenen anderen statistisch erfassbaren Formen von Zahlungsschwierigkeiten (Mahnverfahren, Zwangsversteigerungen und Zwangsverwaltungen, Scheck- und Wechselprotesten) läßt außerdem darauf schließen, daß auch die Zahlungsmoral besser geworden zu sein scheint.

Insgesamt sind in den vergangenen zehn Jahren aus Konkursen und Vergleichsverfahren finanzielle Einbußen in Höhe von rund 3,4 Mrd. DM festgestellt worden. Die tatsächlichen Verluste aus Insolvenzen sind jedoch beträchtlich höher, da die Ausfälle der Gläubiger bei den Konkursverfahren, die mangels Masse nicht eröffnet wurden, nicht bekannt und bei den außergerichtlichen Vergleichsverfahren statistisch nicht erfassbar sind.



Die Anteile der einzelnen Wirtschaftsbereiche an den im Bundesgebiet ohne Berlin für 1959 festgestellten Insolvenzverlusten haben sich gegenüber dem Vorjahr beträchtlich verschoben. Zurückgegangen ist vor allem der Anteil der Industrie, und zwar von 53 vH im Jahr 1958 auf 35 vH; dem absoluten Betrag nach verloren die Gläubiger von Industriebetrieben mit insgesamt 88 Mill. DM um fast die Hälfte weniger als 1958 (157 Mill. DM). Dagegen waren 1959 der Einzelhandel mit 38 Mill. DM oder 15 vH und die „Sonstigen Wirtschaftsgruppen“²⁾ mit 53 Mill. DM oder 21 vH sowohl absolut als auch relativ erheblich stärker an den gesamten finanziellen Ausfällen beteiligt als im Jahr vorher (24 Mill. DM oder 8 vH bzw. 38 Mill. DM oder 13 vH). Der Anteil des Großhandels hat sich nur wenig erhöht, und zwar von 15 auf 17 vH. Die Quote des Handwerks ist etwa gleich geblieben (rund 12 vH).

Bei den Insolvenzverlusten³⁾ haben sich 1959 die Anteilsverhältnisse der einzelnen Rechtsformen der Unternehmen gegenüber dem vorangegangenen Jahr etwas verändert. Die stärksten Einbußen wurden zwar wiederum bei den Einzelunternehmen festgestellt; der Anteil dieser Unternehmensform an den Gesamtausfällen der Erwerbsunternehmen ist jedoch von 37 vH auf 30 vH zurückgegangen, und zwar in der Hauptsache dadurch, daß die Verluste mit 70 Mill. DM um fast ein Drittel geringer waren als bei den 1958 eröffneten Verfahren (101 Mill. DM). Nur etwas weniger als im Jahr vorher haben die Gläubiger der offenen Handels- und Kommanditgesellschaften (62 gegenüber 66 Mill. DM) sowie der nicht eingetragenen

²⁾ Einschl. der Verfahren ohne Angabe der Wirtschaftsgruppe. — ³⁾ Ohne die Verluste bei Insolvenzen von natürlichen Personen, Nachlässen und sonstigen Gemeinschaftlern.

Erwerbsunternehmen (44 gegenüber 47 Mill. DM) eingebüßt; ihre Anteile haben sich deshalb etwas erhöht (von 25 auf 27 vH bzw. von 17 auf 19 vH). Erheblich größer als 1958 waren dagegen mit 55 Mill. DM (gegenüber 48 Mill. DM im Vorjahr) die Verluste der Gläubiger bei den Gesellschaften mbH, was eine Anteilssteigerung von 18 vH im Jahr 1958 auf 24 vH im Jahr 1959 mit sich brachte. Absolut und relativ unbedeutend waren wiederum die Einbußen, die bei Zahlungseinstellungen von Aktiengesellschaften und eingetragenen Genossenschaften eingetreten sind; sie betragen insgesamt 1,1 Mill. DM oder 0,5 vH gegenüber 8 Mill. DM oder 2,9 vH im vergangenen Jahr.

In Berlin (West) waren bei den erfaßten Zahlungseinstellungen von 1959 — trotz einer geringeren Zahl von Insolvenzen — die Gesamtschuldenmasse und der Gesamtverlust mit 17,3 bzw. 15,3 Mill. DM etwas höher als 1958. Damit sind auch die Deckungsquoten für die Konkursgläubiger etwas niedriger geworden als im vorangegangenen Jahr; sie liegen weiterhin beträchtlich unter den Deckungsquoten des Bundesgebietes. Lediglich bei den Erläßvergleichen konnten die Gläubiger in einem etwas besseren Verhältnis als 1958 und auch in einem geringfügig höheren Ausmaß als im Bundesgebiet befriedigt werden.

Tabelle 1: Durchschnittliche Konkursverluste

Jahr	Schuldenmasse RM/DM	Konkursverlust vH	Deckungsquote der bevorrechtigten Forderungen ¹⁾	
			je eröffnetes Verfahren	
			RM/DM	vH
Bundesgebiet (ohne Saarland und Berlin)				
1932	78 655	70 498	55,9	7,4
1938	46 182	36 665	72,0	15,2
1949 ²⁾	72 293	62 821	51,9	6,9
1950	82 882	69 321	48,7	11,6
1951	102 642	87 274	33,6	12,2
1952	119 975	104 912	58,0	8,2
1953	150 068	131 263	49,0	8,9
1954	189 204	165 980	60,8	9,2
1955	180 056	160 995	53,4	7,0
1956	186 508	165 948	62,2	7,2
1957	189 663	166 242	51,6	9,0
Bundesgebiet ohne Berlin				
1958	184 382	163 887	56,2	7,9
1959	177 536	154 079	56,5	10,9

¹⁾ Bei Konkursen mit Masse. — ²⁾ Ohne Württemberg-Hohenzollern.

Konkurse: Erheblich bessere Deckungsquoten

Bis zum 31. Dezember 1960 sind von den Amtsgerichten für 1 396 Konkurse, d. s. für 84 vH aller 1959 eröffneten Konkursverfahren, die vorläufigen finanziellen Ergebnisse gemeldet worden. Eine Teilungsmasse wurde nur für 1 181 der zu einem vorläufigen Abschluß gelangten Verfahren ermittelt. Bei den restlichen 215 Verfahren, mithin wie im Jahr zuvor etwa 15 vH aller abgewickelten Konkurse, handelt es sich um totale finanzielle Zusammenbrüche, d. h. um solche Verfahren, die nach Eröffnung mangels Masse eingestellt werden mußten. Zusammen mit den 795 in Ermangelung einer Masse bereits abgelehnten Konkursanträgen stand also 1959 in 1 010 Fällen den Forderungen der Gläubiger keine Teilungsmasse gegenüber; damit ist die Quote aller masselosen Konkurse mit 41 vH annähernd die gleiche wie 1958.

Insgesamt wurden bei den 1 396 erfaßten Konkursverfahren Forderungen in Höhe von 248 Mill. DM angemeldet; die Schuldenmasse hat sich somit weiter, und zwar um fast 14 vH vermindert (im Vorjahr um 16 vH). Von den gesamten bei den Konkursen mit Masse angemeldeten Forderungen (214 Mill. DM) entfielen 21 Mill. DM oder 8,5 vH auf bevorrechtigte Ansprüche; die bevorrechtigten Forderungen haben somit etwa das gleiche Gewicht wie 1958 (25 Mill. DM oder 8,6 vH). Dementsprechend hat sich auch das Verhältnis der bevorrechtigten zu den nicht bevorrechtigten Forderungen mit 1 : 9,2 gegenüber 1 : 9,0 im vorangegangenen Jahr kaum verändert. Die je Konkurs festgestellte Schuldenmasse ist ebenfalls wieder kleiner geworden und betrug 1959 im Gesamtdurchschnitt aller erfaßten Verfahren 178 000 DM gegenüber 184 000 DM in 1958. In Berlin (West), wo für alle 1959 eröffneten Verfahren finanzielle Ergebnisse vorliegen, stieg dagegen die durchschnittliche Höhe der Forderungen von 117 000 DM auf 128 000 DM.

Tabelle 2: Die voraussichtlichen finanziellen Ergebnisse der 1957 bis 1959 eröffneten Konkurse und Vergleichsverfahren

Jahr	Erfasste Verfahren					Festgestellte Verluste				Deckungsquote		
	insgesamt	Konkurse		Vergleichsverfahren		insgesamt	Konkurse		Erlaßvergleiche	bei Konkursen ¹⁾		bei Vergleichsverfahren
		mit Masse	ohne Masse ¹⁾	Stundungs-	Erlaß-		Stundungs-	Erlaß-		bevorrechtigte Forderungen	nicht bevorrechtigte Forderungen	
Anzahl					Mill. DM				vH			
Bundesgebiet ohne Berlin ²⁾												
1957	2 352	1 462	312	67	511	359,2	256,5	38,4	64,3	51,6	9,0	46,0
1958	1 985	1 313	249	54	369	297,5	220,1	35,9	41,5	56,2	7,9	46,0
1959	1 702	1 181	215	33	273	252,0	180,8	34,3	36,9	56,5	10,9	44,6
Berlin (West)												
1957	136	78	33	—	25	17,7	11,8	3,6	2,3	33,6	1,5	49,9
1958	146	87	39	—	19	14,8	10,0	3,8	1,0	39,5	4,1	43,5
1959	123	87	25	1	10	15,3	9,5	4,2	1,6	37,6	3,0	46,0

¹⁾ Nach Eröffnung mangels Masse eingestellte Verfahren. — ²⁾ Mit Masse. — ³⁾ 1957 ohne, ab 1958 einschl. Saarland.

Die Gesamtdeckung für alle Forderungen bei den Konkursen mit Masse ist im Bundesdurchschnitt wesentlich besser geworden; sie ist von 12,7 vH im Jahr 1958 auf 15,3 vH gestiegen, womit die bisher höchste Deckungsquote seit der Geldumstellung erreicht wurde. Dabei konnten vor allem die nicht bevorrechtigten Forderungen (193 Mill. DM) in einem erheblich höheren Ausmaß befriedigt werden als im Jahr vorher (mit 10,9 vH gegenüber 7,9 vH). Bei den bevorrechtigten Ansprüchen (21 Mill. DM) hat sich das Deckungsverhältnis dagegen kaum nennenswert erhöht, was zum Teil durch ihr etwa gleichgebliebenes Gewicht bedingt ist. Im einzelnen ist bemerkenswert, daß die Gläubiger von Einzelfirmen und offenen Handelsgesellschaften (einschl. Kommanditgesellschaften) erheblich bessere Quoten erzielten als im vorangegangenen Jahr; dabei handelt es sich erfahrungsgemäß in der Hauptsache um kleine und mittlere Konkursobjekte.

Bei den im Bundesgebiet ohne Berlin mit finanziellen Ergebnissen erfaßten Konkursen aus dem Jahr 1959 betragen die Gesamtverluste 215 Mill. DM; die Gläubiger dieser Konkurse haben also um 16 vH weniger eingebüßt als die Gläubiger der 1958 eröffneten Verfahren. Auch der je Konkurs nachgewiesene Verlust hat sich wieder vermindert, und zwar von 164 000 auf 154 000 DM. In Berlin (West) hat sich dagegen infolge der höheren Schuldenmasse und der etwas verschlechterten Deckungsquoten der durchschnittliche Konkursverlust von 110 000 auf 121 000 DM erhöht.

Werden die Konkursverluste nach Hauptwirtschaftsbereichen aufgegliedert, dann zeigt sich, daß vor allem bei den Industriekonkursen die Gläubigereinbußen beträchtlich abgenommen haben, und zwar von 134 auf 71 Mill. DM; mit 33 vH (gegenüber 52 vH in 1958) sind sie aber immer noch am stärksten an den gesamten finanziellen Ausfällen bei Konkursen beteiligt. Mehr als im Vorjahr verloren im Industriebereich nur die Gläubiger von Unternehmen der „Feinmechanik und Optik“, des „Eisen-, Stahl-, Blech- und Metallwarengewerbes“ sowie der Schuhindustrie. Auch im Handwerk und im Großhandel sind die Verluste, wenn auch nicht in dem gleichen Ausmaß wie bei der Industrie, geringer geworden, und zwar bei fast allen Gewerbezweigen dieser beiden Bereiche. Gegenüber dem Vorjahr verhältnismäßig stark zugenommen haben hier allerdings die Gläubigereinbußen bei den Handwerks- und Großhandelsbetrieben der Textil- und Bekleidungsindustrie. Beträchtlich höher als 1958 waren dagegen die finanziellen Ausfälle im Einzelhandel (30 gegenüber 21 Mill. DM) und bei den „Sonstigen Wirtschaftsgruppen“⁴⁾ (51 gegenüber 36 Mill. DM). Zu erwähnen ist, daß hier vor allem die Konkursgläubiger des Einzelhandels mit Bekleidungsgegenständen und mit Haus- und Küchengeräten⁵⁾ sowie einiger Gruppen des Dienstleistungsgewerbes und der Gruppe „Sonstige Verkehrswirtschaft“ schlechter abgeschnitten haben und erheblich weniger von ihren Ansprüchen erstattet erhielten als im vorangegangenen Jahr.

Vergleichsverfahren: Trotz Abnahme der Schulden und Verluste etwas schlechtere Vergleichsquote

Von den 418 im Jahre 1959 im Bundesgebiet ohne Berlin gerichtlich eröffneten Vergleichsverfahren sind in 306 Fällen

⁴⁾ Einschl. der Verfahren ohne Angabe der Wirtschaftsgruppe. — ⁵⁾ Einschl. Wohnbedarf.

(77 vH) die finanziellen Ergebnisse bekannt. Bei 273 Verfahren wurde ein Erlaßvergleich abgeschlossen, während sich in 33 Fällen die Gläubiger zu einem Zahlungsaufschub bereit erklärten. Der Anteil der Stundungsvergleiche ist im Gegensatz zum Vorjahr zurückgegangen (von 13 auf 11 vH). Von den übrigen eröffneten Vergleichsverfahren wurde ein erheblicher Teil nachträglich in einen Konkurs übergeführt.

Tabelle 3: Durchschnittliche Verluste bei Erlaßvergleichen

Jahr	Schulden	Vergleichsverluste	Vergleichsquote
	je Erlaßvergleich		vH
RM/DM			
Bundesgebiet (ohne Saarland und Berlin)			
1932	64 516	39 361	39,0
1938	39 182	20 521	47,6
1949	57 919	31 531	45,6
1950	62 198	31 529	49,3
1951	65 181	34 471	47,1
1952	109 950	60 162	45,3
1953	156 544	83 345	46,8
1954	158 210	86 370	45,4
1955	118 430	62 924	46,9
1956	186 182	103 082	44,3
1957	233 025	125 743	46,0
Bundesgebiet ohne Berlin			
1958	208 217	112 423	46,0
1959	244 124	135 242	44,6

Im Jahre 1959 haben zwar gegenüber dem Vorjahr die gesamte Schuldenmasse und der gesamte festgestellte Vergleichsverlust abgenommen, doch sind die einzelnen Objekte, entgegen der Entwicklung im Jahre 1958, etwas größer geworden. So betragen je Erlaßvergleich die Schuldnerverbindlichkeiten 244 000 DM gegenüber 208 000 DM in 1958 und die finanziellen Einbußen 135 000 DM gegenüber 112 000 DM. Insgesamt wurden für die abgeschlossenen Vergleichsverfahren des Jahres 1959 Forderungen in Höhe von 73 Mill. DM (im Vorjahr 85 Mill. DM) geltend gemacht; davon betrafen etwa 6 Mill. DM oder 8 vH (1958 = 8 Mill. DM oder 9 vH) Verfahren, die durch Stundungsvergleiche beendet wurden, so daß sie daher keine Einbußen für die Gläubiger mit sich brachten. Die bei den Erlaßvergleichen angemeldeten Ansprüche betragen 67 Mill. DM und waren damit um 13 vH geringer als 1958 (77 Mill. DM). Obwohl der gesamte Vergleichsverlust mit 37 Mill. DM etwas kleiner war als 1958 (41 Mill. DM), mußten die Gläubiger 1959 im Durchschnitt relativ auf etwas mehr verzichten als im Jahre zuvor; die durchschnittliche Deckungsquote stellte sich auf 44,6 vH gegenüber 46,0 vH in 1958. Das schlechtere Deckungsverhältnis geht in der Hauptsache auf die geringere Vergleichsergiebigkeit bei den in Zahlungsschwierigkeiten geratenen Industriebetrieben in den Gruppen „Maschinenbau“, „Feinmechanik und Optik“, „Eisen-, Stahl-, Blech- und Metallwarengewerbe“ sowie „Sonstige verarbeitende Industrie“ zurück.

In Berlin (West) endeten von den 11 eröffneten Vergleichsverfahren 10 durch Erlaßvergleiche. Die durchschnittliche Vergleichsquote lag mit 46,0 vH etwas höher als im Bundesgebiet. Im Vergleichswege verzichteten die Gläubiger auf 1,6 Mill. DM (1958 auf 1,0 Mill. DM). RS

Öffentliche Finanzen

Finanzen der staatlichen und kommunalen Krankenanstalten und sonstiger Einrichtungen des Gesundheitswesens

In der vorliegenden Darstellung sind die Finanzen von Krankenanstalten und solchen Einrichtungen (wie z. B. Gesundheitsämter oder Untersuchungsämter) einbezogen, in denen die ärztliche Beratung, Untersuchung oder Behandlung von Krankheiten, Leiden oder Körperschäden durchgeführt wird. Daneben sind in den hier behandelten Aufwendungen in geringerem Umfang auch Ausgaben für Maßnahmen der Gesundheitsvorsorge eingeschlossen, wie z. B. für Röntgenreihenuntersuchungen oder vorbeugende Schulzahnpflege.

Die Finanzstatistik erfaßt lediglich die in den Haushaltsrechnungen der staatlichen und kommunalen Gebietskörperschaften nachgewiesenen Ausgaben und Einnahmen, und zwar sowohl der brutto (d. h. mit allen Ausgaben und Einnahmen) erfaßten staatlichen oder kommunalen Anstalten und Einrichtungen als auch die Zuschüsse an öffentliche oder private Institutionen dieser Art. Für die Gemeinden mit weniger als 3 000 Einwohnern werden die einschlägigen Ausgaben zusammen mit den Aufwendungen für Jugendpflege und Sport erfaßt; in den Gesamtergebnissen fallen diese Beträge kaum ins Gewicht.

Für das Rechnungsjahr 1959 weisen die staatlichen und kommunalen Gebietskörperschaften vorläufige Gesamtausgaben von 3,14 Mrd. DM für eigene und für sonstige, von anderen Rechtsträgern unterhaltene Krankenanstalten und die übrigen Einrichtungen des Gesundheitswesens nach. Die Krankenanstalten beanspruchten im Rechnungsjahr 1959 mit 2,69 Mrd. DM allein mehr als 85 vH der hier — unter Einschluß sonstiger Einrichtungen des Gesundheitswesens — dargestellten Gesamtaufwendungen. Selbstverständlich handelt es sich dabei nur um einen Teil der gesamten, von allen in Frage kommenden Rechtsträgern (z. B. Kirchen, karitative Verbände usw.) bereitgestellten Mittel; von den freigemeinnützigen und privaten Rechtsträgern dürfte daneben 1959 schätzungsweise nochmals ein Betrag annähernd gleicher Größenordnung verausgabt worden sein. Die Aufwendungen für staats- und gemeindeeigene Krankenanstalten entsprechen 1959 einem durchschnittlichen Ausgabesatz von rund 27 DM (einschl. Bauausgaben) je Kalendertag und planmäßigem Bett (darunter 20 DM laufende Ausgaben). Im einzelnen führen die

Tabelle 1: Ausgaben¹⁾ des Bundes, der Länder und Gemeinden (Gv.) für Krankenanstalten und sonstige Einrichtungen des Gesundheitswesens in den Rechnungsjahren 1957 bis 1959
Mill. DM

Gebietskörperschaft	Krankenanstalten			Gesundheitsämter und sonstige Einrichtungen		
	1957	1958	1959 ²⁾	1957	1958	1959 ³⁾
Länder und Gemeinden (Gv.)						
Schleswig-Holstein	102,0	112,7	121,4	14,9	16,2	17,3
Niedersachsen	223,6	245,4	271,4	38,1	43,1	44,7
Nordrhein-Westfalen	475,8	516,4	543,9	105,7	115,9	125,2
Hessen	199,8	227,9	253,6	31,2	33,4	31,1
Rheinland-Pfalz	77,3	99,2	112,8	17,7	18,1	20,0
Baden-Württemberg	368,5	409,3	470,7 ³⁾	58,0	61,5	66,3 ³⁾
Bayern	370,1	419,4	478,7	53,2	57,0	61,6
Länder und Gemeinden (Gv.) zusammen	1817,1	2030,2	2252,4	318,9	345,2	366,2
davon entfallen auf:						
Länder	417,9	460,2	513,8	84,5	87,8	94,8
Gemeinden (Gv.)	1399,2	1570,0	1738,6	234,3	257,4	271,4
Stadtstaaten						
Hamburg	137,3	154,8	164,4	22,1	22,2	22,5
Bremen	42,5	45,7	51,9	7,1	7,7	8,5
Berlin (West)	192,9	209,2	223,9	34,0	38,3	37,2
Stadtstaaten zusammen ..	372,7	409,8	440,2	63,1	68,3	68,2
Bund	—	—	—	13,5	13,4	14,7
Insgesamt	2189,8	2440,0	2692,6	395,5	426,8	449,1

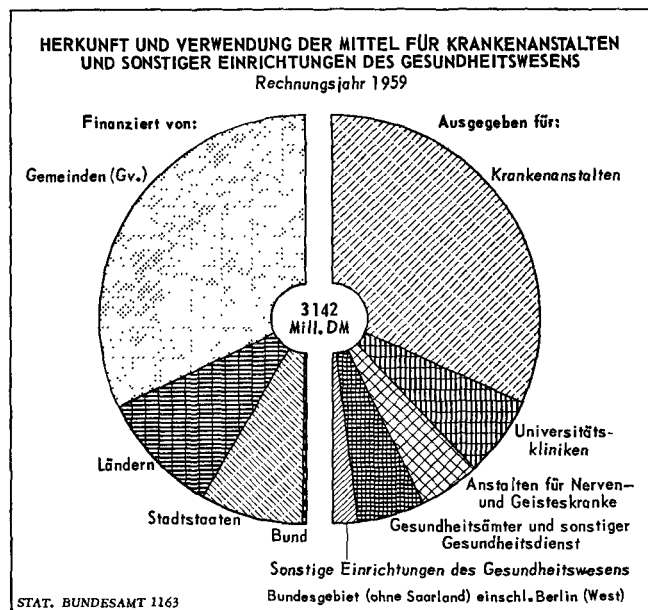
¹⁾ Unmittelbare Ausgaben. — ²⁾ Vorläufiges Ergebnis. — ³⁾ Gemeinden unter 3000 Einwohner in Baden-Württemberg geschätzt.

mannigfaltigen besonderen Bedingungen der einzelnen Anstalten (z. B. Größe, Fachgebiet, Ausmaß der Kriegsschäden, Belegungsdichte usw.) zu erheblichen Abweichungen vom erwähnten Durchschnittssatz. Die Betriebskosten der Anstalten und damit auch die Gesamtausgaben der Länder und Gemeinden (Gv.) weisen in den letzten Jahren eine steigende Tendenz auf, nicht nur unter den allgemeinen konjunkturellen Einflüssen, sondern auch infolge der durchschnittlich kürzeren Verweildauer und der damit verbundenen kostspieligeren Behandlung und Pflege der Patienten.

Ganz überwiegend handelt es sich bei den Krankenhauskosten um Personal- und Sachausgaben für die staats- und gemeindeeigenen Anstalten, nur zum geringen Teil (1959 84 Mill. DM) um Zuschüsse an Krankenanstalten anderer Rechtsträger. Die Universitätskliniken (ohne Hochschulkliniken Düsseldorf und Frankfurt) erforderten 1959 400 Mill. DM Ausgaben, was einem Ausgabesatz von 42,— DM je Kalendertag und Planbett entspricht.

Die Anstalten für Nerven- und Geisteskrankheiten weisen 1959 308 Mill. DM Ausgaben oder 13,— DM je Kalendertag und Planbett nach.

Auf die übrigen allgemeinen und Fachkrankenhäuser entfielen 1959 1948 Mill. DM oder 29,— DM Ausgaben je Kalendertag und Planbett; darin sind auch Ausgaben von Spezialanstalten, wie z. B. Entbindungsheimen, Kurkrankenanstalten, Tuberkulosekrankenanstalten, orthopädischen Kliniken usw. eingeschlossen.



Die Ausgabensätze für die laufenden Personal- und Sachausgaben stellen sich 1959 für die erwähnten Anstalten auf 33,— DM, 10,— und 21,— DM.

Die Aufwendungen für Gesundheitsämter und sonstige Einrichtungen des Gesundheitswesens belaufen sich 1959 auf 449 Mill. DM. Eine Aufteilung dieser Beträge nach ihrer Verwendung im einzelnen ist anhand der finanzstatistischen Unterlagen nicht möglich. Jedoch dürften die Ausgaben für die kommunalen und staatlichen Gesundheitsämter sowie die Personal- und Sachausgaben der verschiedenen Beratungs- und Fürsorgestellen (Tb-Fürsorge, Mütterberatung, Schulzahnkliniken usw.) den größten Teil der Aufwendungen beanspruchen.

Struktur der Ausgaben

Die Personalausgaben stellen den größten Teilbetrag unter den Aufwendungen für Krankenanstalten und sonstige Einrichtungen des Gesundheitswesens dar; ihr Gesamtbetrag beläuft sich 1959 auf 1,37 Mrd. DM, wovon etwa vier Fünftel (1,15 Mrd. DM) auf Besoldung und Versorgung der Ärzte, des Heil- und Pflegepersonals sowie der sonstigen Beschäf-

Tabelle 2: Ausgaben des Bundes, der Länder und Gemeinden (Gv.)¹⁾ für Krankenanstalten und sonstige Einrichtungen des Gesundheitswesens für das Rechnungsjahr 1959²⁾
 Bundesgebiet (ohne Saarland) einschl. Berlin (West)
 Mill. DM

Verwaltungszweig	Ausgaben für						Finanziert aus		
	Personal einschl. Versorgung	Unterhaltung und Instandsetzung von unbewegl. Vermögen	sonstigen laufenden Bedarf	Bauten und große Instandsetzungen	sonstige Vermögensbewegung	zusammen ³⁾	Gebühren, Entgelten	sonstigen Einnahmen	allgemeinen Deckungsmitteln einschl. Schuldenaufnahmen
Hochschulkliniken	185,6	5,7	128,2	55,5	25,1	400,1	182,9	16,7	200,5
Anstalten für Nerven- und Geisteskranke	143,3	6,2	96,1	42,1	20,4	308,2	227,8	36,1	44,2
Krankenhäuser	820,0	37,9	650,8	223,2	252,6	1 984,4	1 041,4	193,1	749,8
Gesundheitsämter und sonstiger Gesundheitsdienst	156,0	5,4	91,8	51,6	22,1	327,0	38,8	22,5	265,7
Sonstige Einrichtungen des Gesundheitswesens	68,1	0,9	34,8	10,9	7,4	122,1	30,4	9,3	82,3

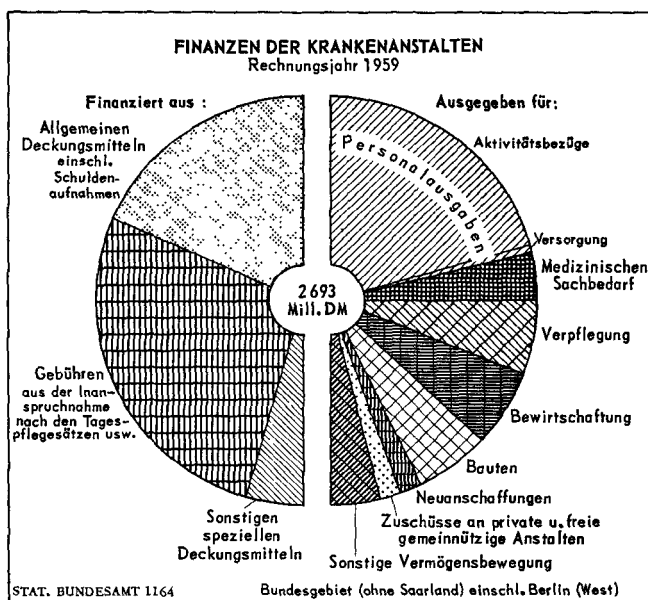
¹⁾ Vgl. Anm. 3 zu Tab. 1. — ²⁾ Vorläufiges Ergebnis. — ³⁾ Unmittelbare Ausgaben.

tigten in Krankenanstalten entfallen und etwa ein Fünftel auf das Personal bei den Gesundheitsämtern, Beratungsstellen, Untersuchungsanstalten und sonstigen Einrichtungen des Gesundheitswesens (224 Mill. DM).

Die Struktur der Personalkosten ist besonders in den Krankenanstalten infolge der vielgestaltigen Dienstverhältnisse und der häufig voneinander abweichenden speziellen Aufgabenstellung der einzelnen Anstalten sehr differenziert. Während z. B. der Chefarztvertrag zumeist individuell gestaltet ist, regelt sich die Besoldung für den nachgeordneten ärztlichen Dienst in Anlehnung an die Tarifordnung für Angestellte im öffentlichen Dienst nach der Krankenhaustarifordnung. Inwieweit neben bestimmten Fachärzten und den Assistenzärzten noch Hilfsärzte (häufig mit dem halben Tarifgehalt) und Volontärärzte tätig sind, richtet sich nach den Bedürfnissen der einzelnen Anstalt.

Auch für das Pflegepersonal ergeben sich infolge der Vielfalt des Schwesternwesens auffallende Unterschiede. Während nämlich die Krankenpfleger in der Regel auf Grund eines Einzelarbeitsvertrags im Rahmen der Krankenhaustarifordnung angestellt werden, üben die Schwestern ihren Beruf zumeist auf Grund eines Gestellungsvertrages mit den Schwesternschaften aus. Auch aus den vielen Krankenhäusern angeschlossenen Schwesternschulen (Krankenpflegeschulen) ergeben sich Auswirkungen auf die Kostenstruktur der einzelnen Anstalten.

Schließlich ist in diesem Zusammenhang das ärztliche Hilfspersonal zu erwähnen, wozu z. B. die medizinisch-technischen Assistentinnen, Krankengymnasten, Masseusen und andere zählen.



Besondere Bedeutung kommt den Investitionen für die Krankenanstalten und verwandten Einrichtungen zu. Während der Investitionsbedarf in den ersten Nachkriegsjahren

weithin aus den hohen Kriegsschäden resultierte, tritt in den letzten Jahren in stärkerem Maß der Neubaubedarf in den Vordergrund, was sowohl mit den wachsenden Anforderungen an Baugestaltung und Ausstattung der Krankenhäuser als auch mit wirtschaftlichen Gesichtspunkten zusammenhängt, nach denen durch moderne Anlagen häufig eine wesentliche Kostenersparnis erzielt werden kann.

Für 1959 werden 553 Mill. DM Investitionen — im wesentlichen für Krankenanstalten — in den Rechnungen der Länder und Gemeinden nachgewiesen. Die gesamten Investitionsausgaben für die hier nachgewiesenen Einrichtungen seit der Währungsumstellung im Jahre 1948 belaufen sich auf über 3,5 Mrd. DM. Darin sind neben den Bauausgaben (einschließlich des erforderlichen Grunderwerbs) auch die Kosten für Beschaffungen beweglichen Vermögens enthalten.

Die laufenden Sachausgaben der Krankenanstalten umfassen neben den Bewirtschaftungskosten vor allem die Ausgaben für den medizinischen Sachbedarf und die Verpflegungskosten (vgl. Schaubild 2).

Finanzierung

Für die Finanzierung der Krankenanstalten und der sonstigen Einrichtungen des Gesundheitswesens müssen neben den speziellen Einnahmen in großem Umfang auch allgemeine Deckungsmittel und Schuldenaufnahmen am Kreditmarkt eingesetzt werden. Im einzelnen ergeben sich auch hier charakteristische Unterschiede. Während z. B. Gesundheitsämter und sonstige Einrichtungen des Gesundheitswesens mehr als die Hälfte ihrer Ausgaben aus allgemeinen Deckungsmitteln (einschließlich Schuldenaufnahmen) finanzieren, ist der Zuschußbedarf der Krankenanstalten im Durchschnitt merklich geringer. Dennoch besteht ein empfindliches Mißverhältnis der eigenen Einnahmen zu den Ausgaben der Krankenanstalten, weil u. a. die von den Sozialversicherungsträgern erstatteten sogenannten allgem. Pflegekostensätze die tatsächlichen Aufwendungen für die Patienten nicht immer decken. Allerdings liegen die Verhältnisse im einzelnen verschieden. So konnten z. B. die Hochschulkliniken im Rechnungsjahr 1959 rund 50 vH, die Anstalten für Nerven- und Geisteskranke rund 85 vH und die übrigen Krankenanstalten rund 60 vH ihrer gesamten Ausgaben durch spezielle Einnahmen decken. Für die Unterschiede kommen vor allem die besondere Struktur der verschiedenen Krankenanstalten in Betracht, denen z. T. — wie z. B. den Anstalten für Nerven- und Geisteskranke — in gewissem Umfang Betriebs- und Nebeneinnahmen aus Wirtschaftsbetrieben oder aus der Landwirtschaft zur Verfügung stehen. Ferner spielen andere Momente, wie z. B. die soziale Struktur der Patienten (infolge der Bedeutung des Unterschieds der sogenannten Kassenpatienten von den Privatpatienten) eine Rolle für die Finanzlage der einzelnen Anstalten.

Lastenverteilung

Die gesamten hier dargestellten Aufwendungen verteilen sich 1959 mit 1,13 Mrd. DM auf die Länder¹⁾ und mit 2,01 Mrd. DM auf die Gemeinden und Gemeindeverbände. Für die Verteilung der finanziellen Lasten auf staatliche und

¹⁾ Einschl. 14,7 Mill. DM Ausgaben des Bundes.

kommunale Körperschaften sind nur in einigen Ländern besondere Regelungen im Rahmen der Finanzausgleichsgesetze getroffen. In der Mehrzahl leisten die Länder — und in kleinerem Umfang auch die Bezirksverbände und Landkreise — Ermessenszuschüsse für die von Gemeinden getragenen Anstalten.

Tabelle 3: Zuweisungen und Darlehen der Länder an die kommunalen Gebietskörperschaften für Krankenanstalten und sonstige Einrichtungen des Gesundheitswesens in den Rechnungsjahren 1957 bis 1959
1 000 DM

Land	Krankenanstalten			Sonstige Einrichtungen des Gesundheitswesens ¹⁾		
	1957	1958	1959 ²⁾	1957	1958	1959 ²⁾
Schleswig-Holstein						
Zuweisungen	1 395	2 734	3 741	22	107	70
Darlehen	150	—	—	—	—	—
Niedersachsen						
Zuweisungen	4 518	4 405	5 046	3 376	2 714	2 952
Darlehen	—	—	—	—	—	—
Nordrhein-Westfalen						
Zuweisungen	10 447	11 724	4 090	3 882	5 732	4 960
Darlehen	10 005	7 841	8 555	—	—	—
Hessen						
Zuweisungen	4 036	5 870	7 086	3 759	4 407	3 753
Darlehen	—	—	—	—	—	—
Rheinland-Pfalz						
Zuweisungen	542	924	973	55	36	75
Darlehen	—	130	—	—	—	20
Baden-Württemberg						
Zuweisungen	2 169	2 564	3 777	40	19	8
Darlehen	—	540	815	—	—	—
Bayern						
Zuweisungen	1 500	2 094	2 475	654	899	909
Darlehen	6 120	7 253	8 015	120	—	—
Zusammen						
Zuweisungen	24 607	30 315	27 188	11 788	13 914	12 727
Darlehen	18 275	15 764	17 385	120	—	20

¹⁾ Einschließlich Gesundheitsdienst. — ²⁾ Vorläufiges Ergebnis.

Die Zuschüsse dienen teils der Beseitigung von Kriegsschäden und der Durchführung sonstiger Baumaßnahmen, teils auch der Deckung der Betriebskosten. Umfang und Art der Zahlungen der einzelnen Länder an die kommunalen Gebietskörperschaften in den Jahren 1957 bis 1959 sind der Tabelle 3 zu entnehmen. Fr.

Die kommunalen Steuereinnahmen im Rechnungsjahr 1959 und Kalenderjahr 1960

Die Gesamteinnahmen aus Gemeindesteuern haben sich in den letzten Jahren günstig entwickelt. Im einzelnen ist die Entwicklung jedoch keineswegs einheitlich verlaufen. Eingehende Aufschlüsse über die Unterschiede in der Höhe und der Zusammensetzung des Steueraufkommens bei den verschiedenen kommunalen Körperschaften vermitteln vor allem die tiefgegliederten Zahlen der jährlichen Haushaltsrechnungsstatistik. Ihre Ergebnisse liegen bis zum Rechnungsjahr 1959 einschließlich vor. Über den weiteren Verlauf im Kalenderjahr 1960 unterrichten die Kassenzahlen der Vierteljahrsstatistik der Gemeindefinanzen.

Ergebnisse der Haushaltsrechnungsstatistik für 1959

Im Bundesgebiet (ohne Saarland) einschl. Berlin (West) wurden 1959 insgesamt 8,7 Mrd. DM, d. s. 1,0 Mrd. DM (13,1 vH) mehr als 1958, aus Gemeindesteuern vereinnahmt. Hiervon entfallen rund 12 vH (1,0 Mrd. DM) auf die drei Stadtstaaten Hamburg, Bremen und Berlin (West), also auf Länderhaushalte. Bei den übrigen 7,7 Mrd. DM handelt es sich um Einnahmen gemeindlicher Haushalte, nämlich um die Erträge, die den kreisfreien Städten, kreisangehörigen Gemeinden und Landkreisen aus eigenen Steuern zugeflossen sind. Bei den Landkreisen halten sich diese Einnahmen aus eigenen Steuern in engen Grenzen; im Wege der Umlageerhebung partizipieren die Landkreise jedoch außerdem in erheblichem Umfang am Steueraufkommen ihrer Gemeinden. Die anderen kommunalen Körperschaften, die Bezirksverbände und Ämter, verfügen über keine eigenen Steuereinnahmen; mittelbar — durch Umlagen — sind sie aber gleichfalls am Gemeindesteueraufkommen beteiligt.

Tabelle 1: Kommunale Steuereinnahmen in den Rechnungsjahren 1956 bis 1959

Steuerart Körperschaft	Mill. DM Rechnungsjahr			
	1956	1957	1958	1959 ¹⁾
Grundsteuer A ²⁾	343,4	354,7	366,2	374,4
Grundsteuer B ²⁾	908,0	946,4	1 008,5	1 048,2
Gewerbsteuer nach Ertrag und Kapital ³⁾	3 465,0	4 018,4	4 466,7	5 279,2
Lohnsummensteuer	409,1	447,2	469,5	493,7
Zuschlag zur Grunderwerbsteuer	117,1	126,3	143,0	168,6
Gemeindegetränksteuer	88,2	95,0	98,4	104,9
Kinosteuer	135,7	130,2	115,1	98,5
Übrige Vergnügungssteuer	41,4	47,7	51,9	54,7
Sonstige Steuern	55,0	55,8	58,3	60,9
Zusammen ⁴⁾	5 562,9	6 221,5	6 777,7	7 683,1
davon:				
Kreisfreie Städte	2 891,0	3 319,5	3 603,6	4 079,9
Kreisangehörige Gemeinden	2 589,5	2 814,2	3 077,2	3 490,7
Landkreise	82,4	87,8	96,8	112,6
Außerdem:				
Hansestädte ⁵⁾	431,0	475,5	534,3	610,2
Berlin (West) ⁶⁾	354,5	356,1	381,4	407,9

¹⁾ Vorläufige Ergebnisse. — ²⁾ Grundsteuerbeteiligungsbeträge abgeglichen. — ³⁾ Einschließlich Grundsteuerbeiträgen für Arbeiterwohnstätten. — ⁴⁾ Gewerbesteuerzuschüsse abgeglichen. — ⁵⁾ Bundesgebiet ohne Saarland, Hansestädte und Berlin. — ⁶⁾ Gemeindesteuern.

Nach kräftigem Anstieg in den Jahren 1956 und 1957 und vorübergehender Abschwächung der Zunahme im Rechnungsjahr 1958 erhöhten sich die Steuereinnahmen der gemeindlichen Haushalte 1959 in erheblich verstärktem Maße. Sie stiegen in diesem Zeitabschnitt um 0,9 Mrd. DM (13,4 vH) auf 7,7 Mrd. DM. Im Zuge dieser Aufwärtsbewegung ist auch der Anteil, den die Steuererträge der Gemeinden an den steuerlichen Gesamteinnahmen der Gebietskörperschaften (Bund einschließlich Lastenausgleichsfonds, Länder und Gemeinden) haben, erneut gewachsen. Er vergrößerte sich in den Rechnungsjahren 1956 bis 1959 von 11,6 vH auf 12,7 vH.

Das strukturelle Bild der kommunalen Steuereinnahmen seit 1948 ist entscheidend durch den steigenden Anteil der Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital geprägt. Das Aufkommen dieser Steuer hat von Jahr zu Jahr erheblich — wenn auch ungleichmäßig — zugenommen. Die Unterschiede in der Höhe der jährlichen Zuwachsraten sind z. T. veranlagungstechnisch bedingt. Das gilt für 1959 in besonderem Maße. Rund neun Zehntel der Mehreinnahmen dieses Jahres entfallen auf die Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital. Die Einnahmen aus dieser Steuer stiegen bei den Gemeinden um 0,8 Mrd. DM (18,2 vH) auf 5,3 Mrd. DM und erreichten damit ihre absolut größte Zunahme seit der Geldumstellung. Mitbedingt ist dieser starke Zuwachs durch hohe Abschlußzahlungen aus den verspätet, aber schnell hintereinander durchgeführten Gewerbesteuerveranlagungen für 1956 und 1957¹⁾.

In dem kräftigen Anstieg der Gewerbesteuer spiegelt sich im übrigen die günstige Entwicklung der Gewerbeerträge wider. Von Bedeutung ist außerdem die relative Konstanz der durchschnittlichen Hebesätze der Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital²⁾. Ein weiterer Grund für das wachsende Gewicht dieser Steuer — ihr Anteil am Gesamtbetrag der gemeindlichen Steuereinnahmen hat sich von 56,7 vH im Rechnungsjahr 1952 auf 68,7 vH im Rechnungsjahr 1959 erhöht — liegt darin, daß die Erträge der anderen Kommunalsteuern, soweit sie überhaupt gestiegen sind, bei weitem nicht im gleichen Grade zugenommen haben.

Das gilt in erster Linie für die Grundsteuer. Es trifft aber z. B. auch für die Besteuerung des Gewerbes nach der Lohnsumme zu. Das Aufkommen aus der Lohnsummensteuer, die von etwa 1 100 Gemeinden erhoben wird (zusätzlich zur Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital), hatte in den letzten Jahren sinkende Zuwachsraten aufzuweisen, und zwar vor allem infolge der besonderen Entwicklung in Nordrhein-Westfalen (Absatzkrise im Kohlenbergbau).

¹⁾ Noch stärker als im hier betrachteten rechnungsmäßigen Ergebnis wirken sich die Abschlußzahlungen im kassenmäßigen Ergebnis aus. Nach der Vierteljahrsstatistik stiegen die kassenmäßigen Einnahmen aus der Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital im Rechnungsjahr 1959 bei den Gemeinden um 0,9 Mrd. DM. — ²⁾ Vgl. Statistischer Bericht VII/43/19 (Gemeindliche Realsteuern im Rechnungsjahr 1959).

Bei der Grundsteuer von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben (Grundsteuer A) und von sonstigen Grundstücken (Grundsteuer B) bleiben die jährlichen Zuwachsraten meist recht erheblich hinter der durchschnittlichen Zunahme aller gemeindlichen Steuereinnahmen zurück. Das gilt vor allem für die erstgenannte Steuer, deren Erträge — ihr Steigerungssatz für 1959 beläuft sich auf 2,3 vH — nahezu stagnieren. Hier wirkt sich das Fehlen zeitgemäßer Einheitswerte des Grundvermögens aus. Bei der Grundsteuer B fallen außerdem auch die gewährten Steuervorteile, insbesondere die Steuerbegünstigungen auf Grund des Ersten und Zweiten Wohnungsbaugesetzes, beträchtlich ins Gewicht.

Die Realsteuern (Gewerbsteuer und Grundsteuer) erbrachten 1959 insgesamt 7,2 Mrd. DM, das sind 94 vH des Gesamtbetrages der gemeindlichen Steuereinnahmen. Weitere 487,6 Mill. DM (6,3 vH) kamen aus den kleineren, neben den Realsteuern bestehenden Gemeindesteuern auf. Hierher gehört der Zuschlag zur Grunderwerbsteuer. Seine Erträge, die sich in den letzten Jahren relativ günstig entwickelt haben, fließen (wie auch die Einnahmen aus der Schankerlaubnissteuer) ausschließlich den kreisfreien Städten und den Landkreisen zu.

Die einzige Gemeindesteuer, die einen Rückgang zu verzeichnen hat, ist (außer der gleichfalls rückläufigen Hundesteuer) die Kinosteuer. Offenbar mitbedingt durch die Konkurrenz des Fernsehens und unter dem Einfluß von Steuerermäßigungen sind die Einnahmen aus dieser Steuer von 1957 an ständig gesunken.

Infolge des beschriebenen strukturellen Wandels hängt der gemeindliche Steuerhaushalt gegenwärtig weitgehend von der Ergiebigkeit der Gewerbesteuer ab. Das gilt nicht nur für die Städte, sondern auch für die ländlichen Gemeinden. Selbst bei den Kleingemeinden (mit weniger als 1 000 Einwohnern) haben die Einnahmen aus der Gewerbesteuer (einschließlich Lohnsummensteuer) bis zum Rechnungsjahr 1959 im Bundesdurchschnitt bereits 45,3 vH der steuerlichen Gesamteinnahmen dieser Größenklasse erreicht. Noch 1956 dagegen lag dieser Anteil bei 38,9 vH. Der Gewerbesteuerausgleich, der den Kleingemeinden 1959 im Saldo 47,9 Mill. DM (gegenüber 32,5 Mill. DM im Jahre 1956) an zusätzlichen Einnahmen zuführte, ist in diesen Zahlen berücksichtigt. In der gleichen Zeit — von 1956 bis 1959 — ging der Anteil der für die Kleingemeinden besonders bedeutsamen Grundsteuer A von 48,8 vH auf 42,8 vH aller Steuereinnahmen dieser Größenklasse zurück.

In allen anderen Gemeindegrößenklassen geht der Anteil der Gewerbesteuereinnahmen über 50 vH hinaus. Besonders bemerkenswert ist, daß dieser Anteil bei den größeren kreisangehörigen Gemeinden höher liegt als bei den kreisfreien Städten. In erster Linie wirkt sich hier aus, daß die kleineren Gemeindesteuern bei den großen Städten ein im ganzen höheres Gewicht haben, als bei den kreisangehörigen Gemeinden.

Auch in den ländlichen Gemeinden wachsen also, wie die zunehmenden Gewerbesteueranteile zeigen, die Gewerbesteuereinnahmen im allgemeinen relativ stärker als die Erträge aus der Grundsteuer und sonstigen Steuern. Die großen Unterschiede in der Höhe des örtlichen Steueraufkommens

werden hierdurch jedoch nicht beseitigt. Sie haben ihren Hauptgrund in der von Gemeinde zu Gemeinde — auch innerhalb der gleichen Größenklasse — differierenden Gewerbesteuerkraft³⁾. Auch die erheblichen Abweichungen in der Höhe des Steueraufkommens von Land zu Land⁴⁾ erklären sich vor allem aus wirtschaftsstrukturellen Verschiedenheiten.

Es kennzeichnet die großen Unterschiede im Steueraufkommen, daß die etwa 17 000 Kleingemeinden lediglich mit 5,8 vH (447,6 Mill. DM)⁵⁾ am Gesamtbetrag aller gemeindlichen Steuereinnahmen beteiligt sind. Dem steht z. B. gegenüber, daß die 47 Großstädte (ohne Stadtstaaten) 41,6 vH (3,2 Mrd. DM)⁶⁾ der Steuereinnahmen auf sich vereinen.

In den letzten Jahren haben sich die Anteile an den steuerlichen Gesamteinnahmen der Gemeinden nur wenig verändert. Etwas zurückgegangen sind sie bei den kreisangehörigen Gemeinden, insbesondere bei den Körperschaften mit weniger als 3 000 Einwohnern. Hier — bei diesen kleinen Gemeinden — hat sich der Anteil am Gesamtbetrag aller gemeindlichen Steuereinnahmen von 15,3 vH für 1956 auf 14,4 vH für 1959 ermäßigt.

Weiterentwicklung im Kalenderjahr 1960 nach der Vierteljahresstatistik

Die kräftige Aufwärtsbewegung der Gesamteinnahmen aus Gemeindesteuern hat sich 1960 in verringertem Maße fortgesetzt. Nach den kassenmäßigen Ergebnissen der Vierteljahresstatistik erzielten die Gemeinden und die Stadtstaaten im Kalenderjahr 1960 Einnahmen aus kommunalen Steuern im Gesamtbetrag von 9,5 Mrd. DM, das sind 939,4 Mill. DM (10,9 vH) mehr als im Vorjahr. Die Steuereinnahmen der saarländischen Gemeinden⁴⁾ sind in diesen und in den folgenden Zahlen nicht enthalten.

Ohne Stadtstaaten berechnet, erhöhten sich die kassenmäßigen Einnahmen aus Gemeindesteuern im Kalenderjahr 1960 um 874,0 Mill. DM (11,5 vH) auf 8,5 Mrd. DM. Demgegenüber waren diese Einnahmen im Vorjahr, allerdings erheblich mitbedingt durch umfangreiche Abschlußzahlungen aus den Gewerbesteuerveranlagungen für 1956 und 1957, bedeutend stärker gestiegen.

Auch das Wachstumstempo im Jahre 1960 ist wiederum entscheidend durch die Entwicklung der Gewerbesteuereinnahmen bestimmt. Die Einnahmen aus der Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital haben sich in diesem Zeitabschnitt um 792,5 Mill. DM (15,2 vH) erhöht. Im Vorjahr war die Zunahme hier noch beträchtlich größer.

Bei den anderen Gemeindesteuern sind die Steigerungsraten gleichfalls zurückgegangen. Abzusehen ist dabei lediglich von der Lohnsummensteuer und dem Zuschlag zur Grunderwerbsteuer. Nach sinkenden Zuwachsraten in den beiden Vorjahren haben sich die Erträge der Lohnsummensteuer im Kalenderjahr 1960 wieder günstiger entwickelt. Die neuen Vorschriften zur Ermäßigung dieser Steuer (Erhöhung des Freibetrags und seines Anwendungsbereiches⁷⁾ wirken sich erst ab 1961 aus.

³⁾ Vgl. z. B. Statistischer Bericht VII/43/18 (Realsteuervergleich 1958). — ⁴⁾ Vgl. Tabelle S. 239*. — ⁵⁾ 61 DM je Einwohner. — ⁶⁾ 236 DM je Einwohner. — ⁷⁾ Steueränderungsgesetz 1960 vom 30. Juli 1960, BGBl. I, S. 616.

Tabelle 2: Steuereinnahmen der Gemeinden (Gv.) im Rechnungsjahr 1959¹⁾

Steuerart	Gemeinden und Gemeindeverbände zusammen		Kreisfreie Städte mit ... Einwohnern														Landkreise	
			100 000 und mehr		weniger als 100 000		20 000 und mehr		10 000 bis unter 20 000		3 000 bis unter 10 000		1 000 bis unter 3 000		weniger als 1 000			
	Mill. DM	vH	Mill. DM	vH	Mill. DM	vH	Mill. DM	vH	Mill. DM	vH	Mill. DM	vH	Mill. DM	vH	Mill. DM	vH	Mill. DM	vH
Grundsteuer A ²⁾	374,4	4,9	7,2	0,2	4,4	0,5	5,6	0,7	9,9	1,8	49,3	4,8	106,5	16,1	191,5	42,8	—	—
Grundsteuer B ²⁾	1 048,2	13,6	445,7	13,9	133,3	15,1	108,3	13,4	76,1	13,9	150,1	14,7	89,2	13,4	45,5	10,2	—	—
Gewerbsteuer nach Ertrag und Kapital ²⁾	5 279,2	68,7	2 225,9	69,6	632,0	71,7	597,3	73,7	412,2	75,4	764,8	74,8	444,9	67,0	201,3	45,0	0,8	0,7
Lohnsummensteuer	493,7	6,4	305,3	9,5	52,8	6,0	75,1	9,3	30,1	5,5	23,4	2,3	5,7	0,9	1,3	0,3	—	—
Übrige Steuern	487,6	6,3	214,7	6,7	58,5	6,6	24,1	3,0	18,7	3,4	34,5	3,4	17,3	2,6	8,0	1,8	111,7	99,3
Zusammen	7 683,1	100	3 198,9	100	881,0	100	810,4	100	547,0	100	1 022,1	100	663,6	100	447,6	100	112,6	100
dagegen: 1958	6 777,7	.	2 832,2	.	771,5	.	718,6	.	488,7	.	876,9	.	584,5	.	408,4	.	96,8	.
1957	6 221,5	.	2 621,6	.	697,9	.	664,5	.	445,1	.	801,2	.	527,1	.	376,2	.	87,8	.
1956	5 582,9	.	2 261,0	.	629,9	.	587,5	.	408,9	.	743,7	.	499,2	.	350,3	.	82,4	.

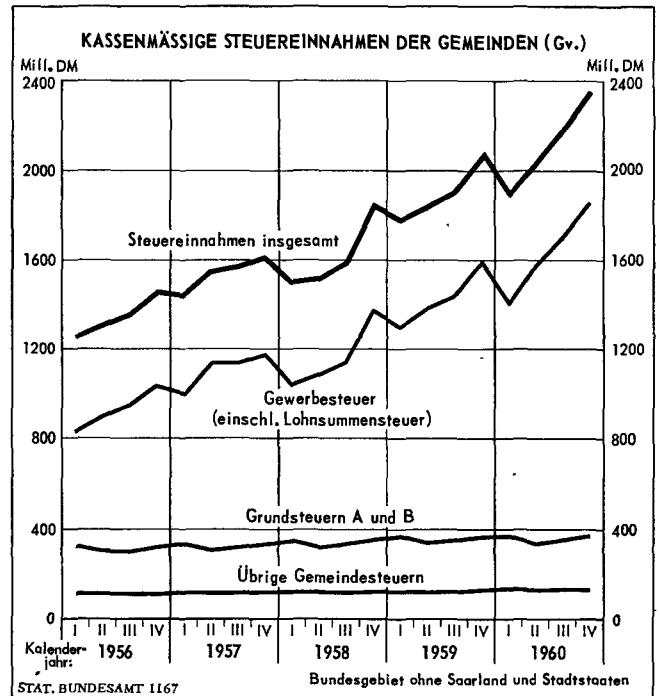
¹⁾ Bundesgebiet ohne Saarland, Hansestädte und Berlin. — ²⁾ Wie Anmerkungen zu Tabelle 1.

Tabelle 3: Kommunale Steuereinnahmen in den Kalenderjahren 1958 bis 1960¹⁾

Steuerart Körperschaft	Kalenderjahr			Zu- (+) bzw. Ab- nahme(-) 1960 ge- gen 1959 vH
	1958	1959	1960	
	Mill. DM			
Grundsteuer A ²⁾	358,4	369,6	374,4	+ 1,3
Grundsteuer B ²⁾	984,8	1 044,1	1 053,8	+ 0,9
Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital ⁴⁾	4 163,2	5 217,6	6 010,1	+ 15,2
Lohnsummensteuer	465,3	482,5	522,1	+ 8,2
Zuschlag zur Grunderwerbsteuer	136,4	157,9	190,0	+ 20,4
Gemeindegebäudesteuer	96,2	103,1	108,1	+ 4,9
Kinosteuer	122,5	101,4	88,4	- 12,8
Übrige Vergnügungsteuer	50,2	53,7	56,5	+ 5,4
Sonstige Steuern	56,8	58,8	59,2	+ 0,6
Zusammen ⁵⁾	6 433,9	7 588,6	8 462,6	+ 11,5
davon:				
Kreisfreie Städte	3 439,4	4 025,6	4 503,4	+ 11,9
Kreisangehörige Gemeinden	2 902,7	3 457,9	3 830,2	+ 10,8
Landkreise	91,8	105,2	129,0	+ 22,7
Außerdem:				
Hansestädte ⁶⁾	503,8	603,1	643,3	+ 6,7
Berlin (West) ⁶⁾	368,5	408,0	431,3	+ 6,2

¹⁾ Kassenmäßige Einnahmen nach der Vierteljahresstatistik der Gemeindefinanzstellen. — ²⁾ Grundsteuerbeteiligungsbeträge abgeglichen. — ³⁾ Einschl. Grundsteuerbeiträge für Arbeiterwohnstätten. — ⁴⁾ Gewerbesteuerausgleichszuschüsse abgeglichen. — ⁵⁾ Bundesgebiet ohne Saarland, Hansestädte und Berlin. — ⁶⁾ Gemeindesteuern.

Erneut zurückgegangen sind die Erträge der Kinosteuer. Auch die Einnahmen aus der Hundesteuer sind weiterhin rückläufig; das Aufkommen dieser Steuer liegt bei 36 Mill. DM. Innerhalb des Jahres selbst weist die Entwicklungslinie der gemeindlichen Steuereinnahmen — gemessen an den vierteljährlichen Gesamtbeträgen — steil nach oben (vgl. Schaubild). Im vierten Quartal 1960 erreichten diese Einnahmen



das bisher höchste Vierteljahresergebnis (2,4 Mrd. DM). Auf den Höhepunkt der Entwicklung, der jeweils in das vierte Quartal fällt, folgt jedoch — nach den bisherigen Erfahrungen — im ersten Quartal des neuen Jahres ein Einnahmerückgang. Spg.

Preise

Die Preise im März/April 1961

Die Preise entwickelten sich an den bedeutenden internationalen Warenmärkten von Mitte März auf Mitte April 1961 leicht unterschiedlich. Moodys Index (USA) ermäßigte sich vom 14. März zum 14. April um 0,9 vH, Reuters Index (Sterlingmärkte) zog dagegen um 1,5 vH an. Moodys Index wies am 14. März ein um 3,8 vH niedrigeres, Reuters Index ein um 2,0 vH niedrigeres Niveau auf als zur gleichen Zeit des Vorjahres.

Die Getreidepreise haben sich im ganzen nur wenig verändert. Der Zuckerpreis im Weltkontrakt Nr. VIII zog in New York um 3 vH weiter an, hauptsächlich infolge einer gewissen Verknappung an prompt verfügbarer Ware. Für Rohkaffee waren Preisermäßigungen zu beobachten, vor allem für afrikanische Ware (- 10 vH), besonders unter dem Einfluß großer Verkäufe in Tanganjika. Im Gegensatz zum Vormonat erholten sich die Rohkakaopreise merklich (+ 9 vH). Olsaaten und pflanzliche Öle notierten unterschiedlich. Tierische Fette wurden billiger, teilweise auch Schlachtvieh, während die Eierpreise ohne besondere Veränderungen blieben. Beeinflusst durch höhere Preise an den Auktionen in Australien und Neuseeland haben die Woll- und Kammszugpreise auch an den europäischen Plätzen und am amerikanischen Markt angezogen. Bei ruhigerem Geschäft hielten die Baumwollpreise ihr Niveau. Rindshäute verteuerten sich in New York um 4 vH. Ausgehend von Singapur festigten sich die Kautschukpreise auch in London und New York.

Unter den NE-Metallen notierte Kupfer in London höher (+ 2 vH), desgleichen Blei, während Zink etwas billiger wurde. Die Zinnpreise stiegen infolge von Verknappungserscheinungen um durchschnittlich 3 vH. Bei Eisen und Stahl ergaben sich für die Ausfuhr der Montanunionsländer nach dritten Ländern teilweise nachgebende Preise.

Für Kohle und Koks blieb das Preisniveau weitgehend konstant. Am Mineralölmarkt kam es für schweres Heizöl aus dem Nahen Osten zu Preiserhöhungen, während für Benzin weiterhin Verbilligungen auftraten.

Die Seefrachtraten hatten auch von Mitte März auf Mitte April 1961 einen leicht steigenden Trend, vor allem in der Getreide-, Kohle- und Schrottfahrt. Doch blieben die Tankerfrachtraten rückläufig.

Der Index der deutschen Einkaufspreise für Auslandsgüter hat sich von Februar auf März 1961 um 2,9 vH ermäßigt. Wie aus den Preisermäßigungen der Berichtsfirmen hervorgeht, wirkte sich dabei neben den Bewegungen der Weltmarktpreise auch erstmals die Aufwertung der Deutschen Mark um 5 vH mit Wirkung vom 6. März aus. Für die großen Warengruppen ergaben sich dabei folgende Preisänderungen:

	Veränderung in vH März 1961 gegen Febr. 1961	
Einfuhrpreise insgesamt	- 2,9	- 5,1
Güter aus Land-, Forst- und Plantagenwirtschaft	- 2,9	- 6,5
Industrielle Erzeugnisse	- 2,9	- 3,6
Güter für die		
Ernährungswirtschaft	- 3,5	- 6,6
Gewerbliche Wirtschaft	- 2,4	- 3,9

Im einzelnen wird auf den Tabellenteil dieses Heftes verwiesen.

Die Preise ausgewählter Grundstoffe am deutschen Markt haben sich von Februar auf März 1961 um 1,2 vH ermäßigt, wobei sich inländische um 0,8 und ausländische um 3,5 vH verbilligten. Nach einer anderen Gliederung des Index haben die Preise der landwirtschaftlichen Grundstoffe um 2,1 vH, die der industriellen um 0,3 vH nachgegeben. Preissenkungen waren dabei u. a. zu beobachten für Kartoffeln, Gemüse, Schweine, Eier, Hopfen, Weizen, Palmkerne, Kopra, Zucker, Kaffee, Kakao, Jute, Kupferhalbzeug, Steinkohle, Walzwerkserzeugnisse, Zellstoff, Baumwoll- und Seidengarne, Preiserhöhungen u. a. für Roggen, Weizen, Kälber, Raps, Kautschuk und Futterleder. Im Vergleich zum gleichen Monat des Vorjahres lagen die Grundstoffpreise (insgesamt) im März 1961 um 2,4 vH niedriger.

Die Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte sind von Februar auf März 1961 um 2 vH gesun-

Preisindexziffern

Zeit	Weltmarkt		Binnenmarkt							Preisindex für Wohngebäude *)	
	Internationale Rohstoffpreise		Ein-kaufspreise für Aus-länd-er *)	Grund-stoff-preise *)	Erzeu-ger-preise land-wirt-schaft-licher Pro-dukte *)	Ein-kaufspreise land-wirt-schaft-licher Be-triebs-mittel *)	Erzeu-ger-preise indu-stri-eller Pro-dukte *)	Ein-zel-hand-els-preise *)	Preis für die Le-bens-haltung *)		
	Moody *)	Reuter *)									1938 = 100
D											
1954	294	350	103	235	193	189	217	179			100
1957	287	329	106	253	218	201	232	188			
1958	276	297	100	253	216	209	233	192	100		116
1959	268	299	97	253	228	214	231	193	101,0		122
1960	258	303	98	252	235	194	102,4		131p
1959											
Dez.	262	309	100	256	229	213	233	195	102,1		
1960											
Jan.	264	313	100	256	229	214	233	195	102,1		
Febr.	262	310	99	254	228	216	233	195	101,9		127
März	261	306	99	254	229	216	233	195	101,9		
April	265	308	99	254	230	215	233	195	102,1		
Mai	265	309	100	253	224	215	234	195	102,8		131
Juni	262	306	98	253	223	216	234	194	102,6		
Juli	261	302	98	253	224	215	234	196	102,8		
Aug.	255	301	97	249	211	216	235	193	102,3		132
Sept.	253	298	97	249	209	216	236	193	102,2		
Okt.	251	295	97	249	204	214	237	194	102,4		
Nov.	248	292	97	250	205	214	237	194	103,0		134
Dez.	248	291	97	250	206	216	237	195	103,1		
1961											
Jan.	251	293	97	250	206	217	238	196	103,6		
Febr.	253	295	97	251p	209p	219	238	196	103,8		135
März	257	297	94p	248p	206p	219	238	197	104,1		
Veränderung*) in vH gegenüber dem jeweiligen Vormonat bzw. Vorvierteljahr											
1960											
Dez.	+ 0,1	- 0,4	- 0,5	- 0,3	- 0,1	+ 0,7	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,1		
1961											
Jan.	+ 1,1	+ 0,4	+ 0,0	- 0,0	+ 0,3	+ 0,8	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,5		
Febr.	+ 0,8	+ 0,8	+ 0,1	+ 0,2	+ 1,2	+ 0,7	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,2	+ 1,4p	
März	+ 1,6	+ 0,7	- 2,9	- 1,2	- 2,0	+ 0,3	- 0,0	+ 0,2	+ 0,3		

*) Monatsdurchschnitte. — *) Preisstand am 21. jeden Monats. — *) D = Wirtschaftsjahresdurchschnitte Juli bis Juni; Preisbasis 1938/1939 = 100. — *) Preisstand am 15. jeden Monats. — *) Mittlere Verbrauchergruppe, Verbrauchsschema 1958; Indices auf Basis 1938 = 100 nach dem Verbrauchsschema 1950 s. »Statistische Monatszahlen« in diesem Heft. — *) Bauleistungen an Gebäude. — *) Ab 1960 einschl. Saarland. — *) Berechnet auf Grund der mit zwei Dezimalstellen ermittelten Indices.

ken, wobei sich Verbilligungen sowohl bei den pflanzlichen (- 1,2 vH) als auch bei den tierischen (- 2,4 vH) Erzeugnissen auswirkten. Gegenüber dem Indexstand im März 1960 ist ein Preisrückgang um 10,4 vH zu verzeichnen.

	Veränderung in vH März 1961 gegen Febr. 1961 März 1960	
Landwirtschaftliche Produkte insgesamt	- 2,0	- 10,4
Pflanzliche Produkte	- 1,2	- 28,5
Getreide und Hülsenfrüchte	+ 0,9	- 0,3
Saatgut	+ 2,8	- 20,0
Hackfrüchte	- 2,2	- 24,7
Öl- und Faserpflanzen	-	+ 0,0
Heu und Stroh	- 3,5	- 3,7
Genußmittelpflanzen	- 2,7	- 21,5
Obst	-	- 54,5
Gemüse	- 6,8	- 49,8
Weinmost	-	-
Tierische Produkte	- 2,4	+ 1,9
Schlachtvieh	- 2,3	+ 2,9
Nutz- und Zuchtvieh	- 0,5	+ 1,1
Milch	- 1,0	+ 0,8
Eier	- 5,7	+ 15,7
Wolle, Häute und Felle	+ 0,1	- 22,9

Roggen und Weizen verteuerten sich entsprechend der gesetzlichen Staffellung der Getreidepreise von Februar auf März 1961 um 1,1 bzw. 1,0 vH. Futtergerste und Futterhafer hatten während des Berichtsmonats nur geringe Preisveränderungen (+ 0,1 bzw. + 0,5 vH). Ein steigendes Angebot von Kartoffeln alter Ernte durch Öffnen der Mieten und die am Markt erscheinende ausländische Ware neuer Ernte bewirkten bei Speisekartoffeln eine Verbilligung um 3,3 vH. Andererseits hat sich der Preis für Saatkartoffeln um 3,9 vH erhöht. Bei Heu und Stroh ergaben sich um 2,6 bzw. 5,0 vH

niedrigere Preise, da im Hinblick auf die nahende Weidezeit Rauhfutter gegenwärtig nur wenig gefragt ist. Unter den Genußmittelpflanzen ist Hopfen erneut billiger geworden (- 10 vH), da immer noch unverkaufte Bestände den Markt belasten. Bei Gemüse waren dieses Mal Preisrückgänge in der Mehrzahl, so für Rotkohl (- 2,6 vH), Möhren (- 8,9 vH) und Porree (- 33 vH), während sich Weißkohl (+ 11 vH), Sellerie (+ 2,2 vH) und Zwiebeln verteuerten.

Ein aus jahreszeitlichen Gründen starkes Angebot, verstärkt durch die in Aussicht stehenden verschärften Bestimmungen für die Fleischbeschau, führte bei Schlachtvieh meist zu Preisermäßigungen (Ochsen - 0,5 vH, Bullen - 0,4 vH, Kühe - 0,1 vH, Schafvieh - 1,2 vH, Schweine - 5,7 vH). Steigende Preise hatten hier lediglich Kälber (+ 3,7 vH), wohl auch unter dem Einfluß eines verstärkten Konsums an Ostern, sowie Färsen (+ 0,7 vH). Der Milchpreis ging um 1 vH zurück. Eier verbilligten sich bei starkem in- und ausländischem Angebot um 5,7 vH. Für Häute und Felle haben sich die Auktionspreise um 2,9 vH erhöht. Bei Zucht- und Nutztvieh waren die Preisbewegungen im einzelnen unterschiedlich. Während ein leichtes Überangebot für Kühe eine Preisermäßigung um 2,7 vH erbrachte, stiegen unter dem Eindruck einer jahreszeitlich üblichen großen Nachfrage der Haushaltsmäster die Ferkelpreise um 6,1 vH.

Der Erzeugerpreisindex für Schnittblumen und Topfpflanzen gab von Januar auf Februar 1961 um 6,3 vH nach, womit er um 5,3 vH über dem Stand von Februar 1960 lag. Die für die Indexberechnung ausgewählten Schnittblumen haben sich während des Berichtsmonats um 10,7 vH verbilligt, darunter vor allem Treibtulpen (- 21 vH) und Treibnelken (- 23 vH). Die ausgewählten Topfpflanzen wurden um 5,1 vH teurer.

Die Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel haben von Februar auf März 1961 weiter um 0,3 vH angezogen. Im Jahresvergleich lagen sie im März 1961 um 1,6 vH höher. Der Preisanstieg während des Berichtsmonats betraf fast nur die Einkäufe von Waren und Dienstleistungen für die laufende Produktion.

	Veränderung in vH März 1961 gegen Febr. 1961 März 1960	
Gesamtindex	+ 0,3	+ 1,6
Einkäufe von Waren und Dienstleistungen für die laufende Produktion insgesamt	+ 0,3	+ 1,0
Handelsdünger	-	+ 1,1
Futtermittel	- 0,2	+ 2,1
Saatgut	+ 6,1	- 13,3
Nutz- und Zuchtvieh	+ 0,3	+ 0,2
Pflanzenschutzmittel	-	- 0,5
Brenn- und Treibstoffe	- 0,0	+ 1,2
Allgemeine Wirtschaftsausgaben	-	+ 3,4
Unterhaltung der Gebäude	-	+ 4,3
Unterhaltung von Maschinen und Geräten	+ 0,1	+ 6,4
Ausgaben für Neubauten und Maschinen insgesamt	+ 0,0	+ 4,5
Neubauten	-	+ 4,3
Neuanschaffung größerer Maschinen	+ 0,0	+ 4,5

Unter den Futtermitteln überwogen Preisermäßigungen für Kleie (- 0,6 vH) wegen geringer Nachfrage, Magermilch (- 0,7 vH) bei steigender Milchanklieferung und Mischfuttermittel (- 0,2 vH). Eine Preiserhöhung für Futtergetreide um 0,4 vH war durch eine verstärkte Nachfrage für gute Qualitäten verursacht. Bei Saatgut erhöhten sich unter dem Eindruck regen Kaufinteresses die Preise für Hackfrüchte um 8,3 vH und bei Futterpflanzen (Rotklee, Welsches Weidelgras) um 4,9 vH, vor allem wegen des teilweise ungünstigen Ernteausfalls 1960. Der leichte Preisanstieg für Nutz- und Zuchtvieh geht auf meist saisonbedingte Verteuerungen vor allem für Ferkel (+ 6,1 vH) zurück, während Rinder mit Ausnahme hochwertiger Tiere weniger gefragt waren und daher um 2,7 vH niedriger bewertet wurden.

Die Erzeugerpreise forstwirtschaftlicher Produkte (Rohholz) haben sich von Januar auf Februar 1961 um 1,7 vH erhöht. Sie lagen damit gegenüber Februar 1960 auf einem um 10,4 vH höheren Niveau. Während des Berichtsmonats zog Eiche als Stammholz mit + 10,5 vH am stärksten im Preis an, in weit schwächerem Maße Rotbuche (Stammholz + 0,1 bis 0,2 vH, Faserholz + 2,2 vH), Fichte/

Tanne (Stammholz + 1,4 vH, Faserholz + 1,7 vH). Kiefernstammholz wurde um 2,7 vH billiger. Stärker erhöht haben sich die Brennholzpreise (Laubholz + 7,0 vH, Nadelholz + 6,7 vH).

	Veränderung in vH Febr. 1961 gegen Jan. 1961		Veränderung in vH Febr. 1961 gegen Febr. 1960	
Rohholz aus Staatsforsten insgesamt	+ 1,7	+ 10,4	+ 1,2	+ 9,5
Stammholz	+ 1,2	+ 9,5	+ 0,1	+ 17,7
Grubholz	+ 0,1	+ 17,7	+ 1,8	+ 25,9
Faserholz	+ 1,8	+ 25,9	+ 6,9	+ 3,4
Brennholz	+ 6,9	+ 3,4		

Der Index der Erzeugerpreise industrieller Produkte blieb von Februar auf März 1961 praktisch unverändert. Gegenüber dem März 1960 stellt er sich damit um 2,3 vH höher. Anzahl und Ausmaß von Verteuerungen und Verbilligungen hielten sich im Berichtsmonat etwa die Waage.

	Veränderung in vH März 1961 gegen Febr. 1961		Veränderung in vH März 1961 gegen März 1960	
Industrielle Produkte insgesamt	- 0,0	+ 2,3	- 0,3	+ 0,5
Bergbau und Erdölgewinnung	- 0,3	+ 0,5	+ 0,0	+ 2,7
Verarbeitende Industrie	+ 0,0	+ 2,7	- 0,2	+ 0,6
Grundstoffe und Produktionsgüter	- 0,2	+ 0,6	+ 0,1	+ 4,2
Investitionsgüter	+ 0,1	+ 4,2	+ 0,1	+ 4,2
Verbrauchsgüter	+ 0,1	+ 4,2	+ 0,3	+ 2,4
Nahrungs- und Genußmittel	+ 0,3	+ 2,4	-	- 0,2
Energieerzeugung	-	- 0,2		

Unter den Grundstoffindustrien ist vor allem die NE-Metallindustrie zu nennen, für deren Produkte sich in Anpassung an die rückläufigen Weltmarktnotierungen — im Gegensatz zur Entwicklung im Vormonat — ein durchschnittlicher Preisrückgang um 3,0 vH ergab. Im einzelnen wurden billiger: Kupfer — 4,4 vH, Blei — 3,4 vH, Zink — 5,9 vH, Zinn — 2,1 vH und Silber — 4,8 vH, etwas schwächer das entsprechende Halbzeug. Kleinere Preisnachlässe ergaben sich auch bei der Mineralölverarbeitung und Kohlenwertstoffindustrie (— 0,1 vH), desgleichen bei Gießereierzeugnissen (— 0,2 vH). Geringere Verteuerungen, z. B. bei Steinen und Erden (+ 0,1 vH) infolge Rabattänderungen, bei Sägerei- und Holzbearbeitung (+ 0,4 vH) infolge gestiegener Schnittholzpreise und der Belebung der Bausaison sowie bei Papiererzeugung (+ 0,3 vH), hier verursacht durch einen Preisanstieg für Faserholz und den Wegfall von Rabatten, wirkten sich auf den Gruppenindex nur wenig aus.

Bei den Investitionsgütern waren auch dieses Mal in der Hauptsache nur für die Produkte der feinmechanischen und optischen Industrie geringe Preiserhöhungen (durchschnittlich + 0,1 vH) festzustellen, die insbesondere Großwecker, Ferngläser und Brillen betrafen, wogegen sich bei den übrigen Industrien die Preisveränderungen weitgehend ausglich.

Unter den Verbrauchsgüterindustrien verteuerten sich u. a. die Produkte der Papierverarbeitung um 2,1 vH — wofür Lohn- und Materialpreiserhöhungen als verursachend angeführt wurden — der Musikinstrumente-, Spiel- und Schmuckwarenindustrie um 0,3 vH, der Ledererzeugung um 0,4 vH und im Druckgewerbe um 0,4 vH. Textilerzeugnisse und Bekleidung wurden etwas billiger (— 0,2 bzw. 0,1 vH), wobei Preisrückgänge bei Gespinsten und Meterware zu erwähnen sind, desgleichen die Erzeugnisse der Holzverarbeitung (— 0,1 vH).

Bei den Nahrungs- und Genußmittelindustrien wiesen die Indices für die Ölmühlen- und Margarineindustrie (infolge eines Anstieges der Preise für Spiseöle am Weltmarkt) um 2,0 vH, für die Fischerverarbeitung um 1,2 vH und für die Milchverwertung um 1,1 vH höhere Preise auf. Preisrückgänge erfolgten u. a. für die Produkte der Futtermittelindustrie (— 0,5 vH) infolge gesunkener Rohstoffpreise, der Süßwarenindustrie (— 0,2 vH) und der Gewürzherstellung (— 0,9 vH), hier ermöglicht durch nachgebende Weltmarktpreise. Weitere Preisermäßigungen in anderen Gruppen gingen nicht über 0,1 vH hinaus.

Der Preisindex für Wohngebäude (Bauleistungen am Gebäude) stieg nach vorläufiger Berechnung vom November

1960 bis zum Februar 1961 um 1,4 vH und liegt damit um 6,9 vH über dem Stand im Februar 1960.

Der Preisindex für die Lebenshaltung nach Verbrauchsschema 1958 hat sich von Mitte Februar auf Mitte März 1961 um 0,3 vH auf 104,1 (1958=100) erhöht und liegt damit um 2,1 vH über dem Stand des Vorjahres. Die Indices der einzelnen Bedarfsgruppen änderten sich dabei wie folgt:

	Veränderung in vH März 1961 gegen Febr. 1961		Veränderung in vH März 1961 gegen März 1960	
Lebenshaltung insgesamt (Schema 1958, mittlere Verbrauchergruppe)	+ 0,3	+ 2,1	+ 0,4	- 0,4
Ernährung	+ 0,4	- 0,4	- 0,0	+ 0,2
Getränke und Tabakwaren	- 0,0	+ 0,2	-	+ 12,4
Wohnung	-	+ 12,4	- 0,1	+ 2,0
Heizung und Beleuchtung	- 0,1	+ 2,0	- 0,2	+ 1,9
Hausrat	- 0,2	+ 1,9	+ 0,3	+ 2,3
Bekleidung	+ 0,3	+ 2,3	+ 0,3	+ 3,1
Reinigung und Körperpflege	+ 0,3	+ 3,1	+ 0,7	+ 2,9
Bildung, Unterhaltung und Erholung	+ 0,7	+ 2,9	+ 0,1	+ 4,1
Verkehr	+ 0,1	+ 4,1		

Bei den Nahrungsmitteln ergaben sich vor allem saisonbedingte Preisbewegungen. Gemüse verteuerte sich um 4,3 vH (darunter am stärksten Tomaten um 36 vH, Wirsingkohl um 6,3 und Zwiebeln um 4,4 vH, während Spinat um 14 vH und Blumenkohl um 7,3 vH im Preis nachgaben), Obst um 2,7 vH, Südfrüchte um 7,7 vH (darunter Bananen um 15 vH und Apfelsinen um 4,0 vH), schließlich Kartoffeln um 0,7 vH. Ferner zogen die Preise für Brot und Backwaren um 1,7 vH, Butter um 0,8 vH und Pflanzenöl um 2,3 vH an. Dagegen verbilligten sich Eier um 5,7 vH, Schweinekotelett um 0,4 vH, Schweinebauchfleisch um 0,8 vH sowie Fische und Fischwaren um 1,9 vH, darunter Bücklinge um 5,5 vH.

Die wöchentlichen Preisermittlungen in den Landeshauptstädten ergaben auch für die Zeit von Mitte März bis Mitte April 1961 für Brot, Butter und Pflanzenöl weiter leicht anziehende, für Eier und Schweinebauchfleisch sinkende Preise.

Der leichte Indexrückgang bei „Getränke und Tabakwaren“ von Mitte Februar auf Mitte März 1961 ist hauptsächlich auf eine Preissenkung bei Wein im Ladenverkauf um 1,3 vH zurückzuführen. Die Preiserhöhungen bei „Bekleidung“ betrafen fast alle Warengruppen. In der Bedarfsgruppe „Hausrat“ standen steigenden Preisen vor allem bei „Metallwaren“ (+ 1,0 vH) leicht nachgebende Preise für Möbel und für Bett-, Haus- und Küchenwäsche sowie ein stärkerer Rückgang (— 1,5 vH) bei elektrotechnischem Gerät gegenüber. In dem Indexanstieg um 0,7 vH bei „Bildung, Unterhaltung und Erholung“ wirkte sich hauptsächlich die Verteuerung von illustrierten Wochenzeitschriften (+ 16 vH) und Eintrittskarten zum Kino (+ 0,9 vH) aus.

Ohne die am stärksten saisonabhängigen Waren (Kartoffeln, Gemüse, Obst, Südfrüchte, Eier und Frischfleisch) erhöhte sich der Preisindex für die Lebenshaltung gegenüber dem Vormonat nur um 0,2 vH. Der frühere noch weiter berechnete Preisindex für die Lebenshaltung einer mittleren Verbrauchergruppe nach den Einkommens- und Verbrauchsverhältnissen von 1950 ist von Februar auf März 1961 — wie auch der neue Index auf Basis 1958 — um 0,3 vH gestiegen.

Der Index der Einzelhandelspreise erhöhte sich von Mitte Februar auf Mitte März 1961 um 0,2 vH. Für die Hauptbranchen wurden dabei folgende Veränderungen ermittelt: Lebensmittelgeschäfte + 0,1 vH, Geschäfte für Textilwaren und Schuhwerk + 0,2 vH, Geschäfte für Hausrat und Wohnbedarf + 0,1 vH, sonstige Branchen + 0,5 vH.

Überblickt man den Preisverlauf im 1. Quartal 1961, so zeigen die Einfuhrpreise jetzt deutliche Abschlüge; wahrscheinlich waren auch die inländischen Erzeugerpreise, soweit konkurrierende Einfuhren in Frage kommen, dadurch beeinflusst. Im ganzen machten sich im Erzeugerbereich keine ausgesprochenen Auftriebstendenzen bemerkbar. Auf Verbraucherebene hingegen setzten sich die leichten Preiserhöhungen fort, von Sonderbewegungen überwiegend saisonaler Art abgesehen.

Gü.

Verbrauch

Der Verbrauch in Arbeitnehmerhaushalten 1960

I. Fragen der begrifflichen Abgrenzung

Der Verbrauch in Arbeitnehmerhaushalten wird seit 1949 laufend an Hand von Wirtschaftsrechnungserhebungen ausgewählter Haushalte untersucht. An dieser Statistik sind zwischen 200 und 300 Haushalte eines bestimmten, eng abgegrenzten Typs beteiligt, die in Haushaltbüchern über ihre monatlichen Einnahmen und Ausgaben an die Statistischen Ämter berichten. Es handelt sich dabei um Haushalte von Arbeitnehmern, die vier Personen umfassen, von denen mindestens eine ein Kind unter 15 Jahren sein muß (im allgemeinen sind beide Kinder noch keine 15 Jahre alt) und die in Städten mit mehr als 20 000 Einwohnern leben. Die Haushalte dürfen nur einen Hauptverdiener haben und sollen einer mittleren Verbrauchergruppe der Arbeitnehmer angehören. Hierzu wurden 1949/50 Haushalte gerechnet, deren durchschnittliche monatliche Verbrauchsausgaben (d. s. die Gesamteinnahmen abzüglich Steuern und Beiträge zu gesetzlichen Versicherungen und ohne Ersparnisse) zwischen 200 und 350 DM lagen.

Während alle übrigen Auswahlmerkmale konstant sind, ist die Definition einer „mittleren Verbrauchergruppe“ relativ, d. h. sie ist abhängig von dem allgemeinen Einkommensniveau, der gegebenen Einkommensschichtung und deren Veränderungen im Zeitablauf. Die Aufwandsgrenzen müssen also der allgemeinen Lohn- und Gehaltsentwicklung laufend angepaßt werden. Im Rahmen der Wirtschaftsrechnungen vollzieht sich diese Anpassung automatisch, da die erwerbstätigen Haushaltsvorstände an allgemeinen Lohn- und Gehaltserhöhungen teilnehmen. Außergewöhnliche Einkommensänderungen bei einzelnen Haushalten aus anderen Gründen, z. B. bei Berufswechsel u. ä., oder aber ein starkes Abweichen vom Durchschnitt der erfaßten Haushalte überhaupt, z. B. bei Mangelberufen, werden dadurch ausgeschaltet, daß die betreffenden Haushalte aus der Statistik herausgenommen und durch andere, besser passende ersetzt werden. Gleichzeitig wird damit eine allzugroße Streuung in der Einkommenshöhe vermieden, die bei der relativ kleinen Zahl befragter Haushalte die Aussagefähigkeit der Ergebnisse beeinträchtigen würde. An diesem Vorgehen liegt es auch, daß die Aussagefähigkeit der Wirtschaftsrechnungen über die Entwicklung der Haushaltseinkommen sehr begrenzt ist. Veränderungen, die sich durch Zu- oder Abnahme der Zahl der Einkommensbezieher je Haushalt ergeben, werden ex definitione nicht erfaßt. Auf die Entwicklung der Haushaltseinkommen in den letzten Jahren dürfte aber die stärkere Beteiligung der Ehefrauen einen großen Einfluß ausgeübt haben.

Erfassung und Auswertung der „Ausgaben“ des Haushalts kann unter verschiedenen Gesichtspunkten erfolgen. So kann z. B. der Schwerpunkt der Untersuchungen beim Haushalt als nachfragende Institution auf dem Markt oder aber als letztem Verbraucher von Gütern und Diensten liegen. Bei den laufenden Erhebungen von Wirtschaftsrechnungen stand bisher der Verbrauch im Vordergrund, um damit Aussagen über das Lebenshaltungsniveau und seine Veränderungen im Zuge der allgemeinen Wirtschaftsentwicklung zu gewinnen. Es würde an dieser Stelle zu weit führen, auf die Schwierigkeiten einzugehen, die diesen Bestrebungen in verschiedener Hinsicht Grenzen gesetzt haben. Zweifellos kann die Zuordnung der Zugänge (Käufe und dgl.) zu der Verbrauchsperiode nicht immer richtig erfolgen, insbesondere bei langlebigen Gebrauchsgütern. Die empfangenen Geschenke und sonstigen Sachleistungen sind nicht vollständig erfaßt worden. Trotz dieser und anderer Einwände darf aber angenommen werden, daß das Bild der Verbrauchsstruktur der Arbeitnehmerhaushalte einer mittleren Verbrauchergruppe und vor allem das seiner Entwicklung durch die laufenden Wirtschaftsrechnungen wohl mit gewissen Lücken, aber ohne allzu große Verzerrungen wiedergegeben worden ist, wenn man an die Definition von „Verbrauch“ in diesem Rahmen keine unbilligen Forderungen stellt.

Neben der Frage nach der Veränderung der Lebenshaltung hat in den letzten Jahren das Problem der Nachfrage der pri-

vaten Haushalte nach Waren und Dienstleistungen an Bedeutung gewonnen. Unter diesem Gesichtspunkt interessiert weniger, was den Haushalten „zugute“ kommt, als vielmehr die Art und Höhe ihrer Käufe. Die Wirtschaftsrechnungen haben auch hierüber schon bisher wertvolle Aufschlüsse gegeben, doch wird zu erwägen sein, zukünftig die gesamten Käufe, d. h. einschließlich der geleisteten Geschenke und anderer Sachübertragungen, nach ihrer Art gegliedert, getrennt nachzuweisen.

Ein Mangel der Erhebungen, der besonders unter dem Gesichtspunkt der Untersuchung der Nachfrage in Erscheinung tritt, dürfte darin zu sehen sein, daß die Erhebungen sich nur auf einen sehr schmalen ausgewählten Haushaltstyp beziehen, der nur einen Bruchteil aller Haushalte des Bundesgebietes repräsentiert und dessen zahlenmäßige Bedeutung seit 1950 auch geringer geworden ist. Allerdings sollte man bedenken, daß die Ergebnisse, wenn sie streng genommen sich auch nur auf den zugrunde liegenden Haushaltstyp beziehen, doch in gewissem Rahmen auch Rückschlüsse auf die Verbrauchsentwicklung von Haushalten in ähnlicher wirtschaftlicher Situation zulassen.

II. Methodische Änderungen im Jahre 1960

Im Jahre 1960 sind sowohl im Erhebungskreis als auch in der Darstellungsform der Ergebnisse verschiedene Änderungen eingetreten.

Ab Juli 1960 werden auch Haushalte des Saarlandes einbezogen. Allerdings entfallen von den insgesamt 270 im Bundesgebiet (ohne Berlin) befragten Haushalten auf das Saarland, entsprechend seinem Bevölkerungsanteil an der Gesamtbevölkerung des Bundes, nur 6 Haushalte. Die Aufnahme dieser wenigen Budgets hat nachweislich keine vergleichsstörenden Auswirkungen auf die Ergebnisse gehabt.

1960 ist außerdem zur Rationalisierung die Gliederung der Einnahmen und Ausgaben etwas geändert worden, um die Zahl der nachgewiesenen Positionen zu vermindern. Mit anderen Positionen zusammengefaßt wurden dabei feingegliederte, wertmäßig geringfügige Einzelpositionen, deren Aussagewert bei der relativ kleinen Anzahl buchführender Haushalte ohnehin problematisch war, Positionen, die im Laufe der Zeit an Bedeutung verloren hatten und solche, bei denen Abgrenzungsschwierigkeiten bestanden. In wenigen Fällen wurden aber auch neue Positionen gebildet, und zwar für Waren und Leistungen, die erst in den letzten Jahren neu auf den Markt gekommen bzw. verstärkt nachgefragt worden sind und an deren gesondertem Nachweis deshalb Interesse besteht (z. B. Heizöl). Der Vergleich mit den früheren Ergebnissen ist durch entsprechende Zusammenfassungen weiterhin möglich.

Eine weitere Vereinfachung betraf den Zeitpunkt der Verbuchung von Ratenkäufen. Während früher auf Raten gekaufte Waren zum Zeitpunkt der tatsächlichen Zahlung zu verbuchen waren, werden sie ab Mitte 1960 in Übereinstimmung mit den übrigen Käufen zum Zeitpunkt der Marktentnahme nachgewiesen. Schwierigkeiten beim Vergleich haben sich daraus nicht ergeben, so daß auf eine rückwirkende Bereinigung der Ergebnisse verzichtet wurde.

III. Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben von 1959 zu 1960¹⁾

a) Die Einnahmen

Die untersuchten Arbeitnehmerhaushalte hatten im Durchschnitt 1960 monatliche Bruttoeinnahmen von 759,12 DM. Den Auswahlrichtlinien entsprechend stammten diese zum überwiegenden Teil (86,7 vH) aus dem Hauptberuf des Haushaltsvorstandes. Dazu fielen rund 100 DM Nebeneinnahmen an, die aus Nebenbeschäftigungen des Haushaltsvorstandes und der Ehefrau, aus kleineren Verdiensten der Kinder (meist Lehrlingsgelder), aus eigener Bewirtschaftung, Kriegs-, Unfall- und sonstigen Renten, privaten Unterstützungen (meist Geschenken) und verschiedenen einmaligen Zahlungen stammten.

¹⁾ Vgl. Tabellen S. 255+ ff.

Die relativ starken Lohn- und Gehaltserhöhungen des Jahres 1960 führten zu einer Zunahme des durchschnittlichen monatlichen Arbeitseinkommens der Haushaltsvorstände aus Hauptberuf um 48,86 DM oder 8,0 vH. Im gleichen Zeitraum nahmen die Bruttolohn- und -gehaltssumme je durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer sowie die durchschnittlichen Bruttowochenverdienste der männlichen Industriearbeiter von 1959 auf 1960 um 9,4 vH, die Bruttomonatsverdienste der männlichen Angestellten in Industrie und Handel um 8,1 vH zu, so daß sich jedenfalls der Größenordnung nach eine gute Übereinstimmung zwischen diesen Statistiken zeigt.

Von 1959 auf 1960 erhöhten sich die übrigen Einnahmen nur um 1,4 vH. Die geringe Zunahme ist hauptsächlich erhebungstechnisch begründet: Haushalte, in denen Ehefrauen und Kinder im Laufe ihrer Einbeziehung eine Hauptbeschäftigung aufgenommen hatten, sind durch Haushalte ersetzt worden, die den Auswahlrichtlinien in dieser Hinsicht besser entsprachen. Der durch diesen Wechsel bedingte Rückgang der betreffenden Einnahmearten, der eine relativ zu starke Erhöhung in der vorangegangenen Zeit wieder etwas ausglich, hatte auch zur Folge, daß die Gesamteinnahmen im Durchschnitt aller befragten Haushalte mit 7,1 vH (50,21 DM) etwas weniger stark als das Arbeitseinkommen des Haushaltsvorstandes aus Hauptberuf anstiegen.

Durch die Mehreinnahmen mußten die Haushalte 1960 im Durchschnitt monatlich 4,81 DM (+ 7 vH) mehr für gesetzliche Versicherungen zahlen als 1959. Besonders stark war die Erhöhung der Lohnsteuerbeträge (+ 5,72 DM monatlich = + 63,8 vH). Dies hängt weniger mit der Progression des Lohnsteuertarifs zusammen als damit, daß weitere Haushalte infolge Überschreitens der Freigrenze zur Lohnsteuer herangezogen wurden. Die Abzüge nach Steuerklasse III mit 2 Kindern, für die ein Großteil der hier untersuchten Haushalte in Frage kommt, setzen zur Zeit bei 600 DM ein. Von den Mehreinnahmen verblieben den Haushalten 39,65 DM, das bedeutet eine relative Zunahme der ausgabefähigen Einnahmen um 6,3 vH.

b) Die Verbrauchsausgaben

Die Haushalte benutzten die zusätzlichen Mittel vollständig zur Erhöhung ihrer Verbrauchsausgaben. Die Ersparnisse wur-

den dagegen mit 28,51 DM monatlich insgesamt auf etwa der gleichen Höhe wie im vorangegangenen Jahr gehalten. Ihr Anteil an den ausgabefähigen Einnahmen verminderte sich dadurch von 4,5 auf 4,3 vH.

Der Ausgabenzuwachs von 6,5 vH hatte eine weitere reale Verbesserung der Lebenshaltung zur Folge. Bei einem um 0,9 vH erhöhten Preisniveau stiegen die Ausgaben in konstanten Preisen des Jahres 1950 von 1959 auf 1960 um 5,6 vH an. Die einzelnen Bedarfsgruppen wurden mehr oder weniger stark von dem Ausgabenzuwachs bzw. der realen Verbesserung betroffen.

Die zusätzlichen Mittel erlaubten es einem Teil der Haushalte, ihre Ausgaben für die Anschaffung und Unterhaltung eigener Fahrzeuge stark zu erhöhen. Für den Durchschnitt der Haushalte haben sie sich verdoppelt. Aus diesen Zahlen kann zwar nicht auf den zahlenmäßigen Umfang der Fahrzeuganschaffungen geschlossen werden, weil die Zahl der befragten Haushalte für den repräsentativen Nachweis seltener größerer Käufe nicht ausreicht. Um grobe Anhaltspunkte über die Verbrauchstendenzen auf diesem Gebiet zu gewinnen, sind sie jedoch durchaus geeignet. Aus der Ausgabenentwicklung für die Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel unter Berücksichtigung der Preissteigerungen im Berufsverkehr und bei örtlichen Verkehrsmitteln ist zu erkennen, daß öffentliche Verkehrsmittel weniger benutzt wurden als im vergangenen Jahr, wahrscheinlich zugunsten der Verwendung eigener Fahrzeuge. Der Gesamtzuwachs bei der Bedarfsgruppe Verkehr war trotzdem noch recht beachtlich. In weitem Abstand folgte die Bedarfsgruppe Reinigung und Körperpflege, die aber ebenfalls überdurchschnittlich an dem Einkommenszuwachs beteiligt war. Ein Teil der Mehrausgaben war hierbei für Gesundheitspflege erforderlich, weil verschiedene Haushalte, die aus den Einkommensgrenzen für die gesetzliche Krankenversicherung herausgewachsen sind, auf private Krankenversicherungen übergangen und jetzt einen Teil ihrer Krankheitskosten selbst tragen. Ein weiterer Mehrbetrag wurde aufgewandt für die erhöhte Inanspruchnahme von Dienstleistungen, insbesondere der Friseur-, von Wäschereien und Reinigungsanstalten sowie für den zusätzlichen Kauf von

Tabelle 1: Durchschnittliche monatliche Einnahmen und Ausgaben je Haushalt 1950 bis 1960

4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte einer mittleren Verbrauchergruppe
Bundesgebiet (ohne Saarland und Berlin), ab Juli 1960 Bundesgebiet ohne Berlin

Jahr	Einnahmen		Steuern	Gesetzliche Versicherungen	Ausgabefähige Einnahmen	Ausgaben für die Lebenshaltung in		Verbrauchsausgaben in	
	insgesamt	Arbeitseinkommen des Haushaltsvorstandes aus Hauptberuf				Preisen		jeweiligen	konstanten
						jeweiligen	konstanten		
DM									
1950	342,82	303,58	8,86	28,88	305,08	285,43	285,43	294,04	294,09
1951	398,05	354,59	11,70	33,05	351,30	328,59	305,73	337,41	313,89
1952	442,76	391,90	15,10	36,44	391,22	371,39	342,36	380,23	350,39
1953	477,42	420,61	14,87	41,08	421,67	398,59	377,14	408,37	386,19
1954	505,36	444,59	14,29	43,21	447,86	426,33	402,08	435,79	410,82
1955	548,93	477,39	17,68	46,57	484,68	458,41	428,25	469,10	437,95
1956	599,48	509,80	22,37	48,37	528,74	498,79	455,92	511,65	487,31
1957	638,70	537,41	12,08	55,79	570,83	538,28	481,94	553,73	495,21
1958	674,00	577,02	11,35	65,22	597,43	557,16	488,58	574,16	502,87
1959	708,91	609,20	8,98	69,13	630,80	583,53	504,57	602,18	520,00
1960	759,12	658,06	14,73	73,94	670,45	621,32	532,94	641,94	549,71
Veränderung gegenüber dem jeweiligen Vorjahr in vH									
1951	+ 15,5	+ 16,8	+ 32,1	+ 14,4	+ 15,2	+ 15,1	+ 7,1	+ 14,7	+ 6,8
1952	+ 11,8	+ 10,5	+ 29,1	+ 10,3	+ 11,4	+ 13,0	+ 12,0	+ 12,7	+ 11,6
1953	+ 7,8	+ 7,3	- 2,8	+ 12,7	+ 7,8	+ 7,3	+ 10,2	+ 7,4	+ 10,2
1954	+ 5,9	+ 5,7	- 2,6	+ 5,2	+ 6,2	+ 7,0	+ 6,6	+ 6,7	+ 6,4
1955	+ 8,6	+ 7,4	+ 23,7	+ 7,8	+ 8,2	+ 7,5	+ 6,5	+ 7,6	+ 6,6
1956	+ 9,2	+ 6,8	+ 26,5	+ 3,9	+ 9,1	+ 8,8	+ 6,5	+ 9,1	+ 6,7
1957	+ 6,5	+ 5,4	- 46,0	+ 15,3	+ 8,0	+ 7,9	+ 5,7	+ 8,2	+ 6,0
1958	+ 5,5	+ 7,4	- 6,0	+ 16,9	+ 4,7	+ 3,5	+ 1,4	+ 3,7	+ 1,5
1959	+ 5,2	+ 5,6	- 20,9	+ 6,0	+ 5,6	+ 4,7	+ 3,3	+ 4,9	+ 3,4
1960	+ 7,1	+ 8,0	+ 64,0	+ 7,0	+ 6,3	+ 6,5	+ 5,6	+ 6,6	+ 5,7
1950 = 100									
1951	115,5	116,8	132,1	114,4	115,2	115,1	107,1	114,7	108,7
1952	129,2	129,1	170,4	126,2	128,2	130,1	119,9	129,3	119,1
1953	139,3	138,5	165,6	142,2	138,2	139,6	132,1	138,9	131,3
1954	147,4	146,4	161,3	149,6	146,8	149,4	140,9	148,2	139,7
1955	160,1	157,3	199,5	161,3	158,9	160,6	150,0	159,5	148,9
1956	174,9	167,9	252,5	167,5	173,3	174,8	159,7	174,0	158,9
1957	186,3	177,0	136,3	193,2	187,1	188,6	168,8	188,3	168,4
1958	196,6	190,1	128,1	225,8	195,8	195,2	171,2	195,3	171,0
1959	206,8	200,7	101,4	239,4	206,8	204,4	176,8	204,8	176,8
1960	221,4	218,8	166,3	256,0	219,8	217,7	186,7	218,3	186,9

Körperplegemitteln, Kosmetika u. ä. Dabei mußten die Haushalte verschiedene Preiserhöhungen in Kauf nehmen.

Die relativ hohen Mehrausgaben für Wohnung wurden in der Hauptsache durch das Gesetz über den Abbau der Wohnungszwangswirtschaft und über ein soziales Mietrecht notwendig, das zum 1. August 1960 in Kraft trat. Die hier untersuchten Haushalte mußten dadurch im Durchschnitt des Jahres 1960 um 8,7 vH höhere Mieten als 1959 zahlen. Gleichzeitig trat aber auch eine geringfügige reale Verbesserung der Wohnverhältnisse ein (Auszug von Untermietern, Umzug in bessere Wohnungen). Die Ausgabenerhöhung für Genüßmittel, die der durchschnittlichen Ausgabenzunahme für den Verbrauch entsprach, wurde bei wieder etwas zurückgegangenen Preisen für Bohnenkaffee von der realen Zunahme übertroffen. Sie kam hauptsächlich kleineren Wirtschaftsausgaben und Bohnenkaffee zugute. Mit 517 Gramm pro Haushalt und Monat wurde 1960 um 19 vH mehr Bohnenkaffee gekauft als im Vorjahr.

Die übrigen Bedarfsgruppen waren an dem Einkommenszuwachs nur geringfügiger beteiligt. Auch blieb bei ihnen in allen Fällen die reale Verbesserung hinter der durchschnittlichen Erhöhung der gesamten Lebenshaltung zurück. Dabei kam die Bedarfsgruppe Bekleidung der durchschnittlichen Entwicklung ziemlich nahe, und zwar durch die recht beträchtliche Ausdehnung in der zweiten Hälfte 1960. Dagegen war im ersten Halbjahr 1960 nur gerade der Stand des ersten Halbjahres 1959 gehalten worden. Die Haushalte kauften haupt-

Tabelle 3: Zunahme (+) der durchschnittlichen monatlichen Ausgaben von 1959 zu 1960

Bundesgebiet (ohne Saarland und Berlin),
ab Juli 1960 Bundesgebiet ohne Berlin

Bedarfsgruppe	in jeweiligen Preisen		in konstanten Preisen	
	DM	vH	DM	vH
Verkehr	+ 9,09	+ 43,4	+ 7,51	+ 49,3
Reinigung und Körperpflege	+ 2,99	+ 10,7	+ 2,32	+ 9,4
Wohnung	+ 5,08	+ 8,7	+ 1,00	+ 2,1
Getränke und Tabakwaren	+ 2,61	+ 6,6	+ 3,59	+ 7,6
Bekleidung	+ 5,14	+ 6,5	+ 3,65	+ 4,7
Heizung und Beleuchtung	+ 1,38	+ 5,0	+ 0,64	+ 3,3
Nahrungsmittel	+ 8,72	+ 3,8	+ 8,21	+ 4,4
Bildung und Unterhaltung	+ 1,45	+ 2,8	+ 0,32	+ 0,8
Hausrat	+ 1,33	+ 2,7	+ 1,13	+ 2,5

sächlich mehr Schuhe sowie Güter des persönlichen Bedarfs, wie Handtaschen, Schmuck, Handschuhe u. ä. Ein Teil der Mehraufwendungen für Heizung und Beleuchtung mußte für gestiegene Kohle- und Gaspreise verwendet werden, ohne daß die effektiv gekauften Mengen sich wesentlich veränderten. Ein Teil diente jedoch zur Finanzierung des weiter angestiegenen Verbrauchs an elektrischem Strom, der wohl vorwiegend für den zusätzlichen Betrieb elektrischer Geräte verwendet wird.

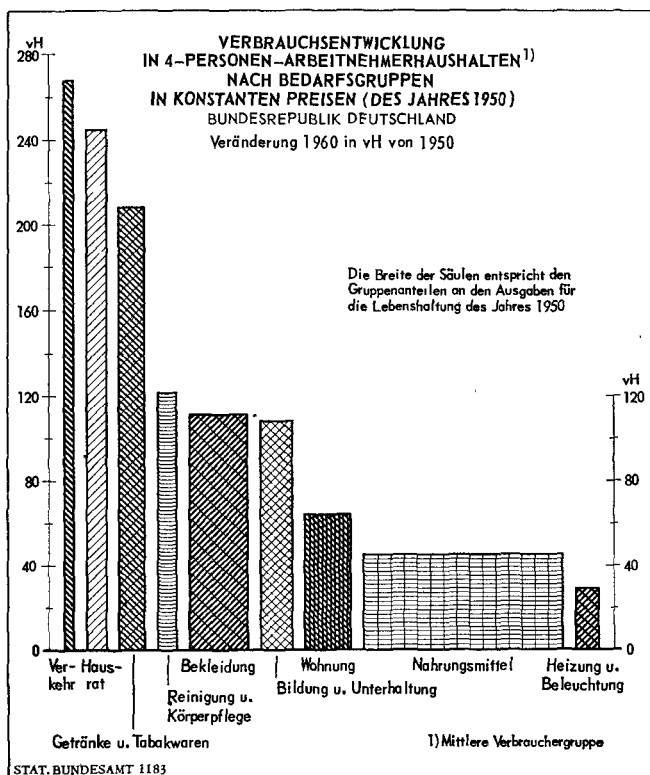
Etwas weniger als für Bekleidung erhöhten die Haushalte ihre Ausgaben für Nahrungsmittel und bei durchschnittlich etwas zurückgegangenen Preisen auch den Ver-

Tabelle 2: Durchschnittliche monatliche Ausgaben für die Lebenshaltung je Haushalt nach Ausgabengruppen in konstanten Preisen (des Jahres 1950)

4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte einer mittleren Verbrauchergruppe
Bundesgebiet (ohne Saarland und Berlin), ab Juli 1960 Bundesgebiet ohne Berlin

Ausgabengruppe	1950	1951	1952	1953	1954	1955	1956	1957	1958	1959	1960
DM											
Nahrungsmittel	132,54	138,79	145,01	155,97	161,48	168,17	173,29	177,87	181,44	184,54	192,75
darunter: tierischen Ursprungs	69,79	74,37	78,64	85,71	90,46	94,53	98,33	101,93	102,77	102,33	107,06
pflanzlichen Ursprungs	58,15	60,07	61,85	64,76	65,21	68,89	67,55	67,84	70,15	72,35	75,57
Getränke und Tabakwaren	16,48	19,05	21,53	26,79	30,84	35,04	39,69	43,06	45,81	47,24	50,83
Heizung und Beleuchtung	15,46	18,29	18,52	16,72	18,18	19,45	20,98	19,54	18,98	19,33	19,97
Wohnung ¹⁾	29,85	30,97	33,28	34,79	37,57	39,24	40,26	42,35	44,10	47,94	48,94
Hausrat	13,28	15,81	23,30	26,75	32,36	34,28	37,79	42,56	42,88	44,64	45,77
Anschaffungen von											
Möbeln u. a. Einrichtungsgegenständen	4,40	6,25	9,10	10,19	14,24	13,14	15,50	18,35	17,90	19,29	18,56
Öfen und Herden	0,74	1,39	1,93	1,52	1,41	2,40	1,90	2,56	1,70	1,74	1,84
Elektrotechnischen Geräten			1,06	1,46	2,32	3,32	3,55	3,86	6,05	4,90	6,93
Sonstigen Haus- und Gartengeräten	3,88 ²⁾	3,41 ²⁾	3,57	4,40	4,47	4,59	5,12	5,61	6,23	6,26	6,71
Gardinen, Teppichen, Betten, Decken	3,24	2,76	4,41	5,29	5,97	6,70	7,02	7,79	6,58	7,53	6,75
Bett-, Haus- und Küchenwäsche	1,02	1,25	2,20	2,78	2,82	3,04	3,50	3,24	3,49	3,66	3,57
Reparaturen		0,75	1,03	1,11	1,13	1,09	1,20	1,15	0,93	1,26	1,41
Bekleidung	38,81	43,35	54,39	60,64	60,94	66,57	75,66	79,68	74,72	78,26	81,91
Oberbekleidung (ohne Schuhe)	18,27	19,56	28,40	30,06	30,05	33,68	38,61	41,56	39,03	40,43	40,89
Schuhe und Zubehör	10,37	10,32	11,66	12,82	12,18	12,39	14,04	14,34	13,59	13,98	15,05
Unterbekleidung	8,95	9,89	11,88	13,11	13,67	15,21	16,56	17,04	16,21	17,74	18,81
Sonstiger persönlicher Bedarf	3,22	3,58	4,45	4,65	5,04	5,29	6,45	6,74	5,89	6,11	7,16
Reinigung und Körperpflege	12,21	13,46	15,09	17,13	18,69	19,93	20,96	21,85	22,65	24,78	27,10
Bildung und Unterhaltung	20,82	21,38	25,64	29,07	32,21	34,45	35,43	39,06	41,91	42,62	42,94
Verkehr	6,18	6,63	7,60	9,28	8,81	11,12	11,86	15,87	16,09	15,22	22,73
Öffentliche Verkehrsmittel			5,61	5,98	6,75	7,38	7,71	8,65	7,53	7,97	8,25
Sonstige			1,99	3,30	3,06	3,74	4,15	7,22	8,56	7,25	14,48
Lebenshaltung insgesamt	285,43	305,73	342,36	377,14	402,08	428,25	455,92	481,84	488,58	504,57	532,94
vH											
Nahrungsmittel	46,4	45,4	42,4	41,4	40,2	39,3	38,0	36,9	37,1	36,6	36,2
darunter: tierischen Ursprungs	24,5	24,3	23,0	22,7	22,5	22,1	21,6	21,1	21,0	20,3	20,1
pflanzlichen Ursprungs	20,4	19,6	18,1	17,2	16,2	15,6	14,8	14,1	14,4	14,3	14,2
Getränke und Tabakwaren	5,8	6,2	6,3	7,1	7,7	8,2	8,7	8,9	9,4	9,4	9,5
Heizung und Beleuchtung	5,4	5,3	4,8	4,4	4,5	4,6	4,6	4,1	3,9	3,8	3,7
Wohnung ¹⁾	10,5	10,1	9,7	9,2	9,3	9,2	8,8	8,8	9,0	9,5	9,2
Hausrat	4,6	5,2	6,8	7,1	8,1	8,0	8,3	8,8	8,8	8,9	8,6
Anschaffungen von											
Möbeln u. a. Einrichtungsgegenständen	1,5	2,0	2,7	2,7	3,5	3,1	3,4	3,8	3,7	3,8	3,5
Öfen und Herden	0,3	0,5	0,6	0,4	0,4	0,5	0,4	0,5	0,4	0,4	0,3
Elektrotechnischen Geräten			0,3	0,4	0,6	0,8	0,8	0,8	1,2	1,0	1,3
Sonstigen Haus- und Gartengeräten	1,4 ²⁾	1,1 ²⁾	1,0	1,2	1,1	1,1	1,1	1,2	1,3	1,2	1,2
Gardinen, Teppichen, Betten, Decken	1,1	0,9	1,3	1,4	1,5	1,6	1,5	1,6	1,3	1,5	1,3
Bett-, Haus- und Küchenwäsche	0,3	0,4	0,6	0,7	0,7	0,7	0,8	0,7	0,7	0,7	0,7
Reparaturen		0,3	0,3	0,3	0,3	0,2	0,3	0,2	0,2	0,3	0,3
Bekleidung	13,6	14,2	15,9	16,1	15,2	15,5	16,6	16,6	15,3	15,5	15,4
Oberbekleidung (ohne Schuhe)	5,7	6,4	7,7	8,0	7,5	7,9	8,5	8,6	8,0	8,0	7,7
Schuhe und Zubehör	3,6	3,4	3,4	3,4	3,0	2,9	3,1	3,0	2,8	2,8	2,8
Unterbekleidung	3,1	3,2	3,5	3,5	3,4	3,5	3,6	3,6	3,3	3,5	3,5
Sonstiger persönlicher Bedarf	1,2	1,2	1,3	1,2	1,3	1,2	1,4	1,4	1,2	1,2	1,4
Reinigung und Körperpflege	4,3	4,4	4,4	4,5	4,6	4,7	4,6	4,5	4,6	4,9	5,1
Bildung und Unterhaltung	7,2	7,0	7,5	7,7	8,0	8,0	7,8	8,1	8,6	8,4	8,0
Verkehr	2,2	2,2	2,2	2,5	2,4	2,6	2,6	3,3	3,3	3,0	4,3
Öffentliche Verkehrsmittel			1,6	1,6	1,7	1,7	1,7	1,8	1,5	1,6	1,6
Sonstige			0,6	0,9	0,7	0,9	0,9	1,5	1,8	1,4	2,7
Lebenshaltung insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100

¹⁾ Einnahmen aus Untervermietung abgesetzt. — ²⁾ Einschließlich Elektrotechnische Geräte.



brauch. Dabei ergaben sich sowohl mengen- als auch qualitätsmäßige Veränderungen, die bei den einzelnen Nahrungsmittelarten recht unterschiedlich waren²⁾. Besonders auffallend ist der große mengenmäßige Mehrverbrauch an Obst, der wegen des besonders reichlichen Angebots preiswerterer Obstsorten der guten Ernte 1959 mit relativ geringen Mehraufwendungen finanziert werden konnte. Sieht man von dem wegen seiner schlechten Ernte ungünstigen Vergleichsjahr 1959 ab und zieht das Jahr 1958, das ebenfalls eine gute Obsternte hatte, heran, so ist der diesjährige Verbrauch immer noch unverhältnismäßig hoch. Trotzdem haben die Haushalte nicht auf Südfrüchte verzichtet, sondern den Verbrauch weiter erheblich ausgedehnt. Auch fertige Obstkonserven wurden mehr gekauft, obgleich die Haushalte auch einen Teil des Obstes selbst eingemacht haben dürften, wie man aus dem Mehrverbrauch an Zucker (besonders im 3. Vierteljahr 1960) schließen kann. Auch der Gemüseverbrauch stieg infolge der guten Ernte des Jahres 1960 an, wenn auch bei weitem nicht in dem Maße wie der Obstverbrauch. Die Verbrauchsmengen blieben hier auch hinter denen des Jahres 1958 zurück. Im übrigen zeigte sich wieder deutlich, daß die Haushalte im allgemeinen teureren Nahrungsmittelarten und -qualitäten den Vorzug gaben. So kauften sie bedeutend mehr Butter als im vergangenen Jahr zu stärker zurückgegangenen Preisen und unter Ausnutzung des Angebots preisgünstiger Qualitäten. Margarine wurde dagegen weniger gekauft, wobei die besseren Qualitäten, auf die die Haushalte früher offenbar wegen der als zu hoch empfundenen Butterpreise angewiesen waren, besonders zurückgingen. Verbrauchserhöhungen zeigten sich auch bei Käse sowie Fleisch und Fleischwaren zusammen mit einer Verbrauchsverlagerung zu besseren Sorten und teilweise auch Qualitäten. So wurde um 11 vH mehr Fett- und Vollfettkäse gekauft bei gleichzeitiger Einschränkung des Verbrauchs an sonstigem Käse. Besonders erhöhten die Haushalte auch ihren Verbrauch an Schinken, teureren Wurstsorten, teureren Schweinefleischqualitäten sowie an Geflügel. Weißbrot und Weizenkleingebäck wurde zu besseren Qualitäten gekauft und gegenüber Roggen-, Grau-, Misch- und Schwarzbrot bevorzugt. Der Vollmilchverbrauch nahm mengenmäßig ab, qualitätsmäßig durch verstärkten Bezug von Flaschenmilch und Vorzugsmilch jedoch zu. Gleichzeitig kauften die Haushalte mehr kondensierte Milch und Sahne. Be-

²⁾ Vgl. Tabelle S. 256*.

achtlich ist auch die Zunahme des Verbrauchs an Schokolade und Bienenhonig.

Die Bedarfgruppe Bildung und Unterhaltung wurde von dem Einkommenszuwachs kaum begünstigt. Lediglich die hier nachgewiesenen Aufwendungen für Ferien und Erholung erhöhten sich um etwa 19 vH, außerdem die Ausgaben für Rundfunk- und Fernsehgebühren um 10 vH. Am geringsten waren die Mehraufwendungen für die Bedarfgruppe Hausrat, allerdings wurden die Ausgaben für Käufe von elektrischen Küchengeräten um 40 vH erhöht; jedoch gingen diese Mehrausgaben zu Lasten der meisten übrigen unter Hausrat nachgewiesenen Warengruppen.

IV. Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben seit 1950³⁾

Mit den Angaben für 1960 liegen nun die Ergebnisse der Wirtschaftsrechnungen in Arbeitnehmerhaushalten der mittleren Verbrauchergruppe über ein volles Jahrzehnt vor, wenn man von Zahlen aus der Erhebung 1949 absieht, die aber lediglich in einem Teil der Länder des Bundesgebietes ermittelt wurden und nur in stark zusammengefaßter Form vorhanden sind. An Hand dieses Zahlenmaterials läßt sich ein Überblick darüber gewinnen, wie sich die wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung in diesem Zeitraum auf den Verbrauch bzw. die Lebenshaltung der untersuchten Haushalte auswirkte.

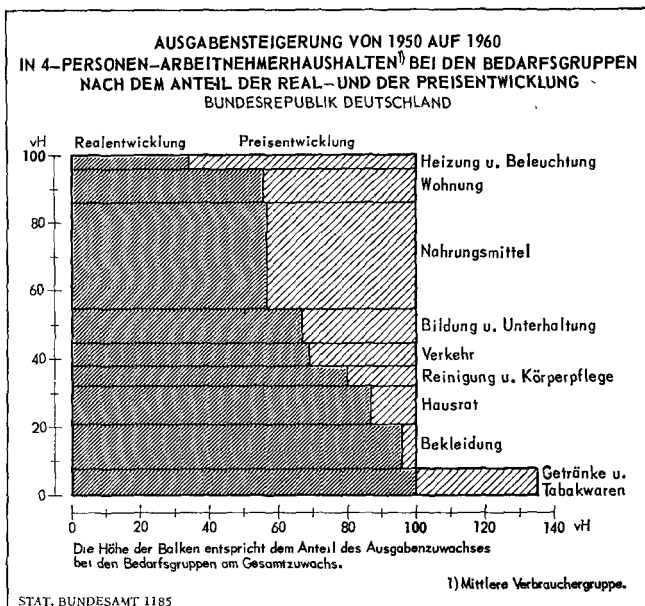
Tabelle 4: Entwicklung der durchschnittlichen monatlichen Ausgaben von 1950 bis 1960 in jeweiligen und konstanten Preisen auf Basis 1950 = 100

4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte einer mittleren
Verbrauchergruppe
Bundesgebiet (ohne Saarland und Berlin),
ab Juli 1960 Bundesgebiet ohne Berlin

Jahr	Bedarfsgruppe								Lebenshaltung	
	Nahrungsmittel	Getränke und Tabakwaren	Wohnung	Heizung und Beleuchtung	Hausrat	Bekleidung	Reinigung und Körperpflege	Bildung und Unterhaltung		Verkehr
Lebenshaltungsausgaben: In jeweiligen Mengen und jeweiligen Preisen										
1951	113	113	106	114	134	123	120	111	123	115
1952	122	130	115	124	194	143	132	137	148	130
1953	128	150	125	129	209	150	144	153	180	140
1954	136	161	135	149	249	149	156	169	193	149
1955	143	180	144	165	285	162	170	184	219	161
1956	152	203	158	181	298	185	182	194	234	175
1957	159	220	169	172	354	202	195	220	315	189
1958	165	234	178	174	358	195	207	244	344	195
1959	173	238	197	177	373	203	229	253	339	204
1960	179	254	214	186	383	216	253	261	486	218
Lebensstandard: In jeweiligen Mengen und Preisen von 1950										
1951	105	116	104	105	119	112	110	104	107	107
1952	109	131	111	107	175	140	124	124	123	120
1953	118	163	117	108	201	156	140	141	150	132
1954	122	187	126	118	244	157	153	156	159	141
1955	127	213	131	126	258	172	163	167	180	150
1956	131	241	135	136	285	195	172	172	192	160
1957	134	261	142	126	320	205	179	189	257	169
1958	137	278	148	123	323	193	186	203	260	171
1959	139	287	161	125	336	202	203	207	246	177
1960	145	308	164	129	345	211	222	208	368	187

Die hier untersuchten Haushalte hatten 1950 im Durchschnitt monatlich rd. 300 DM Einnahmen zur Verfügung, von denen sie 294 DM für den Verbrauch ausgaben bzw. 285 DM für die Lebenshaltung im engeren Sinne. Mit 132 DM wurde der Nahrungsmittelverbrauch bestritten, das bedeutet, daß die Hausfrauen pro Kopf und Tag 1,10 DM dafür aufwenden konnten. Wenn hierbei ernährungsphysiologische Mindestanforderungen erfüllt werden sollten, so war dies nur durch Verbrauch billiger Sorten und Qualitäten möglich. Für die weiteren Grundbedürfnisse Wohnung — Miete, Reparaturen und Nebenkosten — (29,85 DM), Heizung und Beleuchtung (15,46 DM) wurden zusammen 45,31 DM ausgegeben, so daß die drei genannten Bedarfsgruppen fast zwei Drittel der Gesamtausgaben für die Lebenshaltung auf sich zogen. Mit dem Rest mußten alle übrigen, zum Teil nicht weniger dringlichen Bedürfnisse bestritten werden. Daß dies nur in sehr bescheidenem Rahmen möglich war, läßt der dafür vorhandene Ge-

³⁾ Vgl. Tabellen S. 255* ff.



samtausgabenbetrag von 107,58 DM erkennen. Obgleich gerade auf dem Hausrats- und Bekleidungssektor wegen der Kriegsverluste und der unterbliebenen Ersatzbeschaffungen die Bedarfslücken besonders groß waren, konnten die Haushalte nur 38,81 DM bzw. 13,28 DM für diese Zwecke erübrigen. Besonders gering war der Ausgabenbetrag für Verkehr, der gerade ausgereicht haben dürfte, die Kosten für den täglichen Weg zwischen Wohnung und Arbeitsstätte und der allernötigsten sonstigen Fahrten abzudecken.

Infolge der günstigen Wirtschaftsentwicklung im Beobachtungszeitraum hatten die Haushalte 1960 im Durchschnitt mehr als das Doppelte an Einnahmen zur Verfügung. Ihre Ausgaben für die Lebenshaltung konnten sie deshalb ebenfalls mehr als verdoppeln (+ 118 vH).

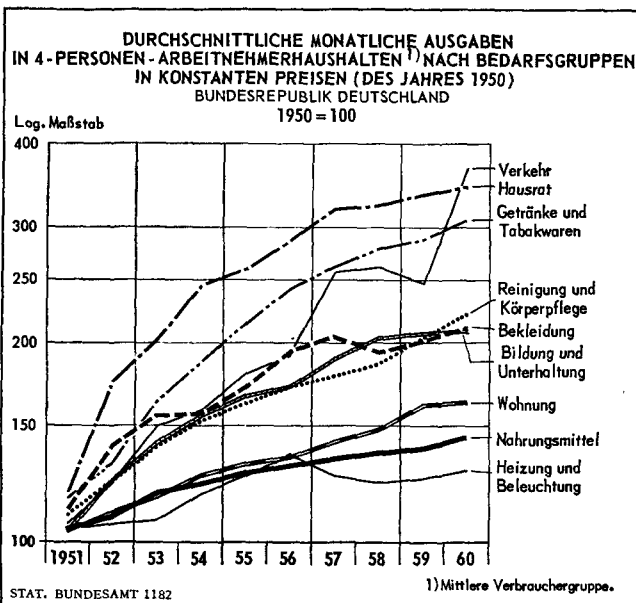
Dieser Betrag kam aber den einzelnen Bedarfsgruppen in unterschiedlichem Maße zugute, so daß sich trotz Erhöhung der Ausgaben in allen Bedarfsgruppen erhebliche Verschiebungen in der Ausgabenstruktur ergaben. So verminderten sich die Ausgabenanteile für die drei Bedarfsgruppen des relativ starren Lebensbedarfs Nahrungsmittel, Wohnung, Heizung und Beleuchtung von 62,3 vH im Jahre 1950 auf 53,1 vH im Jahre 1960. Die Bedarfsgruppe Bekleidung blieb anteilmäßig unverändert, während alle übrigen Bedarfsgruppen mehr an Bedeutung gewannen, und insbesondere Hausrat und Verkehr durch Verdoppelung ihres ursprünglichen — allerdings kleinen — Anteils etwas in den Vordergrund rückten. Diese Umschichtung zugunsten von Bedarfsgruppen, die zu einem größeren Teil Güter und Leistungen des sogenannten gehobeneren Bedarfs umfassen, läßt schon erkennen, daß mit den Ausgabenerhöhungen auch Verbesserungen der Lebenshaltung eingetreten sind, wegen der Preiserhöhungen allerdings nicht in gleichem Umfang. Aufschlüsse über die Auswirkungen der Preisentwicklung auf die Haushaltsausgaben einerseits und die mengen- und qualitätsmäßigen Veränderungen der erworbenen Güter andererseits erhält man, wenn man für die 1960 gekauften Waren feststellt, was sie 1950 gekostet hätten und die aus den umgerechneten Beträgen gebildete Ausgabensummen für Waren- und Bedarfsgruppen sowie die Gesamtlebenshaltung zu den entsprechenden effektiven Ausgabensummen 1950 und 1960 in Beziehung setzt. Der Vergleich mit 1950 zeigt dann die reale Veränderung der Lebenshaltung, der Vergleich mit 1960 die Veränderung des Preisniveaus, ferner den Anteil dieser Vorgänge an der Gesamtveränderung.

Danach haben die Haushalte mit ihrem Einkommenszuwachs bis zum Jahre 1960 ihre Lebenshaltung um 87 vH gegenüber 1950 verbessern können, während sie Preiserhöhungen um durchschnittlich 17 vH in Kauf nehmen mußten. Anders ausgedrückt, entfiel der Mehrausgabenbetrag zu 74 vH

auf reale Verbesserungen und zu 26 vH auf Preiserhöhungen. Da die Preise sich im Durchschnitt der einzelnen Bedarfsgruppen sehr unterschiedlich veränderten, waren die mit den Mehrausgaben erzielten Verbesserungen auf den einzelnen Gebieten ebenfalls verschieden groß. Bei Preiserhöhungen um 26 vH führten nur 55 vH der Mehrausgaben für Nahrungsmittel, Wohnung sowie Heizung und Beleuchtung zu wirklichen Verbesserungen. Bei den übrigen Bedarfsgruppen dagegen betragen die Preiserhöhungen nur 7 vH, so daß die Mehrausgaben zu 89 vH reale Zunahmen ermöglichten.

Die Realerhöhung bei Heizung und Beleuchtung betraf aus den schon erwähnten Gründen hauptsächlich elektrischen Strom. Auf dem Nahrungsmittelsektor bestanden die Verbesserungen vor allem in der Verlagerung des Verbrauchs auf hochwertige, geschmacklich bessere und verfeinerte Nahrungsmittelsorten und -qualitäten⁴⁾. Dabei kam den Haushalten das immer vielfältiger gewordene Angebot sehr entgegen. An der Spitze des mengenmäßigen Mehrverbrauchs lagen z. B. kondensierte Milch (+ 685 vH), Bohnenkaffee (+ 468 vH), Geflügel (+ 450 vH), Fett- und Vollfettkäse (+ 434 vH), Südfrüchte (+ 404 vH), Obstkonserven (+ 337 vH), Schinken (+ 321 vH), Sahne (+ 208 vH), Bienenhonig (+ 206 vH), Schokolade (+ 203 vH), Quark (+ 155 vH), Backwerk (+ 129 vH). Eingeschränkt wurde dagegen der Verbrauch an den kohlehydrathaltigen, voluminösen Nahrungsmitteln, wie Schwarz-, Grau- und Mischbrot (— 27 vH), Kartoffeln (— 29 vH), Hülsenfrüchten (— 38 vH) sowie sonstigen billigeren Nahrungsmittelsorten, wie Sirup und Kunsthonig (— 74 vH). Bessere Qualitäten als 1950 bevorzugten die Haushalte bei fast allen Nahrungsmitteln. Die Entwicklung z. B. bei Schweinefleisch, Wurst und Wurstwaren, Frischgemüse und Frischobst fiel besonders auf. Große Unterschiede zwischen 1950 und 1960 ergaben sich bei den Bedarfsgruppen *V e r k e h r* und *H a u s r a t*, die um 268 bzw. 245 vH real zunahmen. Unter den Verkehrsausgaben haben sich die Aufwendungen für die Anschaffung und Unterhaltung sowie den Betrieb eigener Fahrzeuge besonders erhöht. Allerdings muß man hier berücksichtigen, daß der Ausgangsbetrag 1950 kaum nennenswert gewesen sein dürfte. Exakte Vergleichszahlen liegen leider erst seit 1952 vor. Bei Hausrat fallen die hohen Mehrbeträge für Möbel und Einrichtungsgegenstände auf (+ 322 vH real), unter denen u. a. auch Fernsehgeräte, Radios, Plattenspieler und Kühlschränke nachgewiesen werden, ferner die Mehraufwendungen für Bett-, Haus- und Küchenwäsche sowie für Haus- und Küchengeräte (+ 250 vH real), hier vor allem elektrische Küchengeräte. Leider sind auch Elektrogeräte wegen ihrer geringen Bedeutung nicht vor 1952 gesondert nachgewiesen worden. In der folgenden Zeit nahmen die Käufe derartiger Geräte ständig zu. 1960 wurde an *G e n u ß m i t t e l n* etwa dreimal so viel verbraucht wie 1950. Wegen der Preisrückgänge auf diesem Gebiet (— 18 vH) brauchten die Haushalte ihre Ausgaben aber nur um das Zweieinhalbfache zu erhöhen. Ein ähnlicher Mehrbetrag wurde auch für die Bedarfsgruppe *R e i n i g u n g u n d K ö r p e r p f l e g e* ausgegeben. Wenn hierbei auch ein Teil dieses Betrages insbesondere für gestiegene Dienstleistungspreise aufgewandt werden mußte, macht die reale Erhöhung doch noch 122 vH aus. Ähnliche reale Verbesserungen der Lebenshaltung ergaben sich bei den Bedarfsgruppen *B e k l e i d u n g* (+ 111 vH) sowie *B i l d u n g u n d U n t e r h a l t u n g* (+ 108 vH). Wegen der bedeutend günstigeren Preisentwicklung bei Bekleidung brauchten die Haushalte hierfür jedoch nur um 116 vH mehr auszugeben, während sie für Bildung und Unterhaltung Mehrausgaben um 161 vH hatten. Das Schwergewicht der Verbrauchszunahme lag in der Bedarfsgruppe Bildung und Unterhaltung bei den hier nachgewiesenen Anwendungen für Ferien und Erholung, die allerdings nur einen Teil der betreffenden Ausgaben enthal-

⁴⁾ Qualitätsveränderungen werden durch Vergleich der Entwicklung der von den Haushalten je Mengeneinheit gezahlten Beträge, die sowohl Änderungen der Qualität als auch der Preise umfassen, mit derjenigen der entsprechenden Einzelhandelspreise, die stets für die gleiche Qualität erfaßt werden, ermittelt. Als Qualitätsveränderung wird neben echten Veränderungen der Ware selbst auch der Übergang von loser auf verpackte Ware, zu Markenartikeln, zu gehobeneren Geschäften mit besserem Service, zu Tiefkühlware und umgekehrte Vorgänge verstanden.



ten, in der Bedarfsgruppe Bekleidung bei Oberbekleidung (+ 151 vH real) und persönlichen Bedarfsartikeln (+ 122 vH real).

Die Verbrauchsentwicklung von 1950 auf 1960 hat sich weder von Jahr zu Jahr noch zwischen den einzelnen Bedarfsgruppen kontinuierlich vollzogen, wie sich auch die Einkommen und Preise nicht gleichmäßig änderten. Zu diesen beiden wichtigsten Bestimmungsfaktoren für den Verbrauch kam

noch hinzu, daß die Versorgungslage von Jahr zu Jahr anders beurteilt wurde, das Warenangebot an Vielfältigkeit zunahm u. ä.

Die stärksten Verschiebungen in der Verbrauchsstruktur ergaben sich von 1951 zu 1952, dem Zeitraum, in dem der stärkste reale Zuwachs (+ 12 vH) erzielt wurde. In den folgenden Jahren schwächten sie sich immer mehr ab, d.h., die zusätzlichen Mittel wurden auf die einzelnen Bedarfsgruppen gleichmäßiger verteilt, wenn man von der Entwicklung bei der Bedarfsgruppe Verkehr absieht. Schwankungen, allerdings geringeren Umfangs, zeigten sich außer bei der Bedarfsgruppe Verkehr auch bei der Bedarfsgruppe Hausrat, beides Gruppen, deren Aussagewert wegen der hier nachgewiesenen seltener gekauften Güter mit größerem Anschaffungswert etwas unzuverlässig ist. Über die Unregelmäßigkeiten hinweg kann man jedoch erkennen, daß die stärkste Zunahme der Hausratsanschaffungen in die Jahre bis 1954 fiel, also in die Zeit, in der immer dringender gewordene Ersatzbeschaffungen für Kriegsverluste und der Abbau des aufgestauten Nachholbedarfs mehr in den Vordergrund rücken konnten, nachdem die Grundbedürfnisse für Ernährung und dergleichen im notwendigen Umfang befriedigt werden konnten. Aber auch 1955 und 1956 standen die Aufwendungen, für Hausrat — wenn auch nicht mehr ganz so sehr — noch im Vordergrund. Ab 1958 flachte sich der Zuwachs jedoch merklich ab. Bei der Bedarfsgruppe Bekleidung fielen die stärksten Verbesserungen im Vergleich zum jeweiligen Gesamtzuwachs wie bei Hausrat und wohl auch aus den gleichen Gründen in die ersten Jahre des Beobachtungszeitraums. Hier setzte die Abflachung jedoch schon früher ein als bei Hausrat. Diese Entwicklung wurde nur im Jahre 1956 durch eine besonders starke Zunahme unterbrochen. Ob die neueste Entwicklung

Tabelle 5: Entwicklung des Verbrauchs nach wichtigen Warengruppen und Waren 1950 bzw. 1959 zu 1960
4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte einer mittleren Verbrauchergruppe
Bundesgebiet (ohne Saarland und Berlin), ab Juli 1960 Bundesgebiet ohne Berlin

Warengruppe bzw. Ware	1959 = 100					1950 = 100				
	Verbrauchs- ausgaben in jeweiligen Preisen	Ver- brauchte Mengen	Durch- schnitts- wert je Mengen- einheit ²⁾	Preis je Mengen- einheit ³⁾	Ver- brauchte Quali- täten	Verbrauchs- ausgaben in jeweiligen Preisen	Ver- brauchte Mengen	Ver- brauchte Quali- täten	Ver- brauchte Quali- täten	
Nahrungsmittel	103,8	104,4	179,2	145,4	
darunter:										
Vollmilch	98,9	98,6	97,2	101,7	100,2	107,0	85,7	78,3	109	
Butter	105,0	114,0	116,1	90,4	92,1	155,9	132,2	136,4	97	
Fett- und Vollfettkäse	111,1	108,4	111,4	99,7	102,5	97	729,5	652,5	534,2	
Sonstiger Käse (ohne Quark)	92,9	89,2	92,1	100,8	140,0	97	52,1	99,0	43,8	
Quark	110,1	106,2	106,7	103,2	103,7	100	381,9	294,4	254,7	
Käse zusammen	107,7	104,5	105,7	101,8	102,8	99	231,9	200,9	157,4	
Eier	103,9	103,1	101,6	102,3	100,7	102	153,2	155,3	155,8	
Rohfette, Schmalz und sonst. ausgelassene Fette	88,6	98,5	97,6	90,7	89,9	101	21,0	31,5	30,6	
Margarine	100,1	98,2	99,1	101,0	101,9	99	165,7	181,7	157,0	
Tierische und gemischte Fette (ohne Butter)	99,2	99,8	99,0	100,2	99,4	101	113,7	133,3	118,6	
Rindfleisch	106,8	104,7	104,6	101,9	101,8	100	190,7	114,1	105,1	
Schweinefleisch	107,6	113,0	105,9	101,6	95,3	107	200,2	191,9	133,1	
Kalb- und Lammfleisch	101,3	100,1	97,1	104,3	101,2	103	129,5	70,1	63,9	
Geflügel	105,3	114,6	105,8	99,6	91,9	108	621,4	524,8	547,4	
Speck	96,8	104,9	104,1	93,1	92,3	101	94,2	119,4	96,7	
Schinken	118,0	113,1	113,8	103,7	104,3	99	610,7	461,6	419,5	
Wurst und Würstwaren	105,2	104,3	101,8	103,3	100,8	102	252,8	227,2	187,5	
Fleisch und Fleischwaren zusammen	106,2	106,1	103,6	102,5	100,2	102	232,3	184,5	158,4	
Frische Fische	112,6	101,8	103,6	108,7	110,6	98	159,4	74,3	68,1	
Fische und Fischwaren zusammen	108,8	102,3	102,5	108,1	106,3	100	190,8	120,6	92,6	
Roggen-, Grau-, Misch- und Schwarzbrot	98,2	98,0	97,6	100,6	100,2	100	127,9	73,7	72,9	
Weißbrot und Weizenkleingebäck	105,8	105,8	104,3	101,4	100,2	101	179,7	103,6	94,4	
Brot und Backwaren zusammen	101,7	101,5	99,3	102,4	100,2	102	164,6	99,9	80,9	
Mehl	96,9	96,6	96,4	100,5	100,3	100	94,3	66,3	61,9	
Grieß	88,4	85,8	90,3	97,2	102,3	95	60,9	36,8	34,3	
Reis	101,0	101,8	102,7	98,3	99,2	99	79,3	111,6	93,5	
Nudein und sonstige Teigwaren	104,5	102,6	100,0	104,5	101,8	103	124,0	89,6	68,0	
Hülsenfrüchte	107,1	106,2	98,7	108,5	99,0	110	110,6	82,8	61,7	
Nährmittel zusammen	101,6	100,5	98,8	102,9	101,1	102	126,3	93,8	67,9	
Speiseöl	101,2	104,6	101,4	99,7	96,7	103	106,7	143,5	121,5	
Pflanzenfette	101,3	100,3	99,7	101,6	101,0	101	63,2	60,5	60,4	
Öle und pflanzliche Fette zusammen	101,2	102,0	100,8	100,4	99,2	101	84,8	94,6	90,0	
Kartoffeln	76,5	84,1	103,0	74,3	91,0	82	119,1	65,5	70,9	
Frischgemüse	107,0	98,4	105,3	101,6	108,7	93	230,4	145,3	113,7	
Süßfrüchte, frisch	110,9	109,8	110,5	100,3	101,0	99	430,3	474,5	503,6	
Marmeladen	108,2	108,4	104,4	103,7	99,8	104	180,8	175,9	128,5	
Sirup, Kunsthonig und Malzextrakt	99,1	99,4	95,3	104,0	98,7	104	30,2	30,3	28,4	
Bienenhonig	102,5	103,4	107,1	95,7	99,1	97	280,1	200,5	306,6	
Zucker	106,0	106,4	105,5	100,5	99,6	101	102,2	97,9	97,7	
Schokolade	111,2	111,6	111,7	99,6	99,7	100	307,0	350,4	303,2	
Süßigkeiten	100,8	101,1	100,9	99,9	99,7	100	187,3	216,5	173,1	
Getränke und Tabakwaren	106,6	107,6	254,2	308,4	..	
darunter: Bohnenkaffee	114,7	117,0	118,7	98,6	98,1	99	378,0	616,6	569,3	

¹⁾ Des Jahres 1950. — ²⁾ Nach den Erhebungen der Wirtschaftsrechnungen. — ³⁾ Nach dem Preisindex für die Lebenshaltung.

in der zweiten Hälfte 1960 eine Änderung bringen wird, läßt sich zur Zeit noch nicht absehen. Der Genußmittelverbrauch wurde zwar über den gesamten Zeitraum hinweg stark erhöht, jedoch trat die entscheidende Verbesserung 1953 ein, als die Preise für Bohnenkaffee, Tee und Tabakwaren infolge der Steuerermäßigungen stark gesenkt werden konnten. Die Bedarfsgruppe Reinigung und Körperpflege gehörte in den ersten Jahren des Beobachtungszeitraums zu den Gruppen, die überdurchschnittlich an dem realen Zuwachs beteiligt waren. Nach vorübergehender Vernachlässigung rückte sie dann 1959 und 1960 aus den schon erwähnten Gründen in den Vordergrund des Interesses. Für Bildung und Unterhaltung konnten die Haushalte wegen anderer dringenderer Käufe nur einen geringen Teil des realen Zuwachses des Jahres 1951 verwenden. Diese Gruppe gewann erst in den folgenden Jahren mehr an Bedeutung, wurde aber in der letzten Zeit wieder vernachlässigt, vielleicht weil andere Unterhaltungsmöglichkeiten, wie z. B. Fernsehen und Reisen mit dem eigenen Fahrzeug, stärker bevorzugt wurden. Wegen der Wohnraumknappheit in den Nachkriegsjahren konnten die Haushalte an eine stärkere Verbesserung ihrer Wohnverhältnisse erst in den Jahren 1958 und 1959 denken, nachdem das Wohnungsangebot größer und die Bewirtschaftungsvorschriften gelockert wurden. Am kontinuierlichsten war die Entwicklung bei der Bedarfsgruppe Nahrungsmittel, die zwar im allgemeinen unterdurchschnittlich, aber stetig verbessert wurde. Etwas stärker war der Zuwachs 1958 und 1960, was hauptsächlich auf

einen Mehrverbrauch an Obst und Gemüse auf Grund der guten Ernteverhältnisse dieser Jahre zurückzuführen sein dürfte. Die Verbrauchserhöhungen im Rahmen der Bedarfsgruppe Heizung und Beleuchtung betrafen die Jahre 1951 sowie 1954 bis 1956. Wegen des stark erhöhten Stromverbrauchs zog sie 1960 ebenfalls wieder einen etwas stärkeren Anteil der Mehraufwendungen auf sich.

Wie diese Ausführungen zeigen, haben sich in den Verhältnissen der untersuchten Haushalte in dem abgelaufenen Jahrzehnt entscheidende Verbesserungen ergeben. Abgesehen von einer Anhebung des Gesamtniveaus kommen sie hauptsächlich in der zunehmenden Bedeutung der Bedarfsgruppen und – innerhalb dieser Gruppen – der Warengruppen, die Güter eines gehobeneren Lebensbedarfs enthalten, zum Ausdruck. Bei der Beurteilung der relativ starken Steigerungsraten bei den betreffenden Gruppen sollte jedoch nicht aus dem Auge verloren werden, daß das Ausgangsniveau 1950, nur 1½ Jahre nach der Währungsreform, teilweise mehr als bescheiden war. Dementsprechend sind auch die jetzigen Ausgabenbeträge, die nach Befriedigung der Grundbedürfnisse noch für andere Zwecke zur Verfügung stehen, für die Versorgung eines Haushalts mit 4 Personen nicht übermäßig hoch. Vielleicht ist der relativ kleine Anteil der freiverfügbaren Mittel auch mit der Grund, daß die in der Gesamtwirtschaft beobachteten „Verbrauchswellen“ über Ansätze geringeren Umfangs bei den hier untersuchten Haushalten nicht hinausgekommen sind. En.

Anhang

Systematisches Inhaltsverzeichnis

des Textteils von „Wirtschaft und Statistik“, Januar bis April 1961, Heft 1 bis 4

Soweit nicht anders vermerkt, beziehen sich die Angaben bis einschl. Juni 1959 auf das Bundesgebiet (ohne Saarland und Berlin), ab Juli 1959 auf das Bundesgebiet einschl. Saarland (ohne Berlin)

	Heft	Seite
Allgemeines und methodische Fragen		
Das Programm der Volks- und Berufszählung 1961	4	209
Die allgemeine Arbeitsstättenzählung 1961	4	220
Die wohnungstatistischen Feststellungen 1961	4	222
Zur Wahl des Basisjahres 1958 für Indexberechnungen	1	7
Bevölkerung		
Das Programm der Volks- und Berufszählung 1961	4	209
Alter und Familienstand der Bevölkerung Ende 1959 sowie Bevölkerungsstand und Bevölkerungsentwicklung im Jahr 1960	4	224
Eheschließungen, Geburten und Sterbefälle im Jahr 1960	4	226
Fruchtbarkeitstafel 1959	1	24
Sterbetafel 1958/59 nach Geschlecht und Todesursachen	3	164
Gerichtliche Ehelösungen im Jahr 1959	2	80
Gesundheitswesen		
Das Heil- und Heilhilfspersonal 1959	1	28
Neuerkrankungen an meldepflichtigen Krankheiten im Jahr 1960	3	167
Die Sterbefälle im Jahr 1959 nach Todesursachen, Alter und Geschlecht	2	82
Rechtspflege		
Tatermittlung und Strafverfolgung in Bund und Ländern 1959	4	228
Gerichtliche Ehelösungen im Jahr 1959	2	80
Erwerbstätigkeit		
Das Programm der Volks- und Berufszählung 1961	4	209
Die voraussichtliche Entwicklung der Erwerbstätigkeit bis 1962	1	30
Die Erwerbsbevölkerung 1950 bis 1960 nach Wirtschaftsbereichen	2	85
Die Erwerbstätigkeit nach Wirtschaftsabteilungen 1957 bis 1959	4	231
Das Personal der Bundesbehörden und -betriebe am 2. Oktober 1960	1	33
Streiks		
Die Streiks im Jahr 1960	2	85

	Heft	Seite
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei		
Zahl, Größe und Hauptproduktionsrichtung der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Ergebnisse der Landwirtschaftszählung 1960)	2	71
Die Motorisierung in der Landwirtschaft 1960	4	232
Anbau und Ernte von landwirtschaftlichen Zwischenfrüchten 1960	1	34
Die Ernte von Wiesen und Feldfutterflächen 1960	2	86
Die Rübenernte 1960	1	35
Der beabsichtigte Gemüseanbau 1961	3	168
Die Weinmosternte 1960	1	36
Der Viehbestand am 2. Dezember 1960	1	37
Der Schweinebestand am 3. März 1961	4	234
Milcherzeugung und -verwendung im Jahr 1960	3	169
Die Schlachtungen im Jahr 1960	2	87
Seefischerei und Versorgung mit Seefischen im Jahr 1960	4	234
Unternehmen und Arbeitsstätten		
Die allgemeine Arbeitsstättenzählung 1961	4	220
Die Kapitalgesellschaften im Jahr 1960	3	170
Die Bilanzen der Aktiengesellschaften für die Geschäftsjahre 1958 und 1959	4	238
Die Kapitalerhöhung aus Gesellschaftsmitteln 1960	1	39
Industrie		
Beschäftigung und Umsatz der Industrie im Jahr 1960	2	89
Die industrielle Produktion im Jahr 1960	1	40
Januar 1961	2	93
Februar 1961	3	171
März 1961	4	242
Das Produktionsergebnis je Beschäftigten, je Arbeiter und je Arbeiterstunde in der Industrie im Jahr 1960	4	239
Das Braugewerbe (Ergebnisse der Biersteuerstatistik 1959)	2	95
Bauwirtschaft, Bautätigkeit und Wohnungen		
Das Bauhauptgewerbe im Jahr 1960	3	173
Anfang 1961	4	244
Die wohnungsstatistischen Feststellungen 1961	4	222
575 000 Wohnungen im Bundesgebiet einschl. Berlin (West) im Jahr 1960 fertiggestellt ..	3	177
Die Wohnraumvergaben im Jahr 1960	4	246
Groß- und Einzelhandel, Berlin- und Interzonenhandel		
Die Umsätze in ausgewählten Zweigen des Großhandels 1960	1	47
Die Umsätze des Einzelhandels im Jahr 1960	1	48
Der Fremdenverkehr im Sommerhalbjahr 1960	2	96
Der Warenverkehr zwischen Berlin (West) und dem übrigen Bundesgebiet im Jahr 1960 ..	2	99
Außenhandel		
Der Außenhandel der Bundesrepublik einschl. Berlin (West) im Jahr 1960	1	50
Januar 1961	2	104
Februar 1961	3	185
März und 1. Vj. 1961 ..	4	247
Der Außenhandel nach Waren 1960	2	101
Der Außenhandel 1960 nach Herstellungs- und Verbrauchsländern	3	180
Verkehr		
Die Verkehrswirtschaft im Jahr 1960	2	105
Die deutsche Rheinflotte	1	51
Die See- und Binnenschifffahrt im Jahr 1960 ..	3	186
Die Entwicklung des Bestandes an Personenkraftwagen in der Hand von Arbeitnehmern ..	1	52
Der grenzüberschreitende Reiseverkehr der Bundesrepublik Deutschland im Jahr 1960 ..	3	188
Die Straßenverkehrsunfälle im Jahr 1960	3	189
Rundfunkgenehmigungen am 31. Dezember 1960	4	249
Geld und Kredit		
Die Bodenkreditinstitute im Jahr 1960	3	191
Die Kursbewegung an den Wertpapiermärkten im Jahr 1960	1	54
Die Zahlungsschwierigkeiten im Jahr 1960	2	109
Die finanziellen Ergebnisse der 1959 eröffneten Konkurse und Vergleichsverfahren	4	249
Öffentliche Finanzen		
Die Finanzen der Technischen Hochschulen und Ingenieurschulen	2	112
Finanzen der staatlichen und kommunalen Krankenanstalten und sonstigen Einrichtungen des Gesundheitswesens	4	252
Einkommen und Einkommensteuer der Einkommensteuerpflichtigen (Ergebnisse der Einkommensteuerstatistik 1957)	3	157
Die Umsätze freier Berufe (Ergebnisse der Umsatzsteuerstatistik 1959)	2	114
Die kommunalen Steuereinnahmen im Rechnungsjahr 1959 und Kalenderjahr 1960	4	254

Preise	Heft	Seite
Die Preise im Jahr 1960	1	58
Januar/Februar 1961	2	116
Februar/März 1961	3	194
März/April 1961	4	256
Der Preisindex für die Lebenshaltung einer mittleren Verbrauchergruppe auf Basis 1958 ..	1	11
Der Preisindex für die Lebenshaltung einer mittleren Verbrauchergruppe auf Basis 1958 (Weitere Berechnungsergebnisse)	2	77
Löhne und Gehälter		
Die Arbeiterverdienste in der Industrie im November 1960	2	119
Die Arbeiterverdienste im Handwerk im November 1960	3	196
Die Angestelltenverdienste in Industrie und Handel im November 1960	3	198
Die tariflichen Stundenlöhne und Monatsgehälter in der gewerblichen Wirtschaft und in der öffentlichen Verwaltung im November 1960 und die Tariflöhne in der Landwirt- schaft im Februar 1961	2	121
Verbrauch		
Der Verbrauch in Arbeitnehmerhaushalten im Jahr 1960	4	259
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen		
Das Sozialprodukt im Jahr 1960 (Erste vorläufige Berechnung)	1	17
Der Staat als Teil der Volkswirtschaft (Weitere Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Ge- samtrechnung)	3	133

Veröffentlichungen vom 15. März bis 14. April 1961

Arb.-Nr.	Titel	Bezugspreis je Stück in DM ¹
	Wirtschaft und Statistik, Heft 3/1961	6.—
	Statistischer Wochendienst, Heft 11—13/1961	—80
Allg. Statistik des Auslandes	Internationale Monatszahlen, März 1961	2.50
	Länderberichte: Frankreich 1961	3.—
Bevölkerung		
VIII/13/11	Gerichtliche Ehelösungen im Jahre 1959	—50
VIII/24/8	Ergebnisse der Staatsangehörigkeitsstatistik in den Ländern des Bundesgebietes- einschl. Berlin (West), Jahr 1959	—50
Gesundheitswesen		
VIII/2/688-692	Neuerkrankungen an meldepflichtigen Krankheiten vom 19. Februar bis 25. März 1961	—50
VIII/3/59	Tuberkulose, 4. Vj. 1960	—50
VIII/14/47	Sterbefälle im Jahr 1959 nach Todesursachen, Alter und Geschlecht	1.—
Rechtspflege		
VIII/22/12	Nach Allgemeinem Strafrecht Abgeurteilte 1959	1.—
VIII/23/11	Nach Jugendstrafrecht Abgeurteilte 1959	1.—
Wahlen		
VIII/5/14	Wahl zum 4. Deutschen Bundestag 1961, Hauptergebnisse früherer Bundestags- und Landtagswahlen	1.—
Erwerbstätigkeit (Streiks)		
VI/18/29	Streiks 1960	—50
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei		
III/1/30	Zahl und Größe der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (vorl. Erg. der Land- wirtschaftszählung vom 31. Mai 1960)	2.—
III/22/18	Verwendung von Mähreschern 1960	—50
III/22/19	Betriebeigene Schlepper in der Landwirtschaft, Neuzulassungen und Umschrei- bungen nach Betriebsgrößenklassen, PS-Leistungsklassen und Baujahren, 1. Halbjahr 1961	1.—
III/2/34	Bodennutzung 1960 (endg. Erg.)	1.—
III/3/20	Anbau und Ernte von landwirtschaftlichen Zwischenfrüchten und Anbau von Futter- pflanzen zur Saatguterzeugung 1960	1.—
III/4/317	Hilfsfruchternte 1960	—50
III/4/318	Ölfruchternte 1960	—50
III/4/319	Stroherte 1960	—50
III/4/320	Ernteschätzung von Futterpflanzen 1960	—50
III/6/21	Beabsichtigter Anbau von Gemüse und Erdbeeren 1961, Anbau der überwinterten Gemüsearten 1960/61 (vorl. Erg.)	—50
III/9/14	Anbau und Ernte von Heil- und Gewürzpflanzen 1960	—50
III/16/265-266	Milcherzeugung und -verwendung 1960	—50
	Januar 1961	—50
III/16/267	Milcherzeugung, Februar 1961 (vorl. Erg.)	—50
III/17/185-186	Schlachtungen, Januar 1961	1.—
	Februar 1961 (vorl. Erg.)	—50
III/25/221	See- und Küstenfischerei, Dezember 1960	1.—
III/25/222	Fangergebnis der See- und Küstenfischerei, Februar 1961 (vorl. Erg.)	—50
Unternehmen und Arbeitsstätten		
Kostenstruktur	Industrie und Energiewirtschaft 1958	
	Vorbericht 8: Industrie der Steine und Erden	1.—
	Vorbericht 9: Kunststoff verarbeitende Industrie, Leder erzeugende Industrie, Lederwaren- und Koffer-Industrie, Lederhandschuh-Industrie	1.—
Industrie und Handwerk		
Industrie 1	Beschäftigung und Umsatz, Brennstoff- und Energieversorgung, Januar 1961	2.50
Industrie 2	Index der industriellen Produktion, Februar 1961 (Vorbericht)	—50
Industrie 2	Produktion ausgewählter Erzeugnisse, Produktionsindex, Februar 1961	2.50
IV/21/126	Eisen- und Stahlstatistik, Februar 1961	1.— ³⁾
IV/22/102	Monatszahlen zur Montanunion, Februar 1961	3.— ³⁾

noch: Veröffentlichungen vom 15. März bis 14. April 1961

Arb.-Nr.	Titel	Bezugspreis je Stück in DM ¹⁾
Bauwirtschaft, Bautätigkeit, Wohnungen		
BBW 1	Ausgewählte Zahlen für die Bauwirtschaft, Januar 1961	2.—
Groß- und Einzelhandel, Berlin- und Interzonenhandel		
V/28/106	Umsatzentwicklung im einzelwirtschaftlichen Großhandel, Febr. 1961 (Schnellbericht)	—50
V/37/71	Meßziffern zur Umsatzentwicklung im einzelwirtschaftlichen Großhandel, Febr. 1961	—50
V/38/27	Umsatzentwicklung ausgewählter gewerblicher und landwirtschaftlicher Ein- und Verkaufsvereinigungen, Februar 1961	—50
V/20/128	Umsatzentwicklung des Einzelhandels, Februar 1961 (Schnellbericht)	—50
V/18/129-130	Umsatzindex des Einzelhandels, Januar 1961	—50
	Februar 1961	—50
V/31/149-150	Warenverkehr zwischen Berlin (West) und dem übrigen Bundesgebiet, Jahr 1960	1.—
	Januar 1961	—50
V/30/142	Warenverkehr im Interzonenhandel zwischen den Währungsgebieten der DM-West und der DM-Ost, Januar 1961	—50
Außenhandel		
Außenhandel 1	Zusammenfassende Übersichten, Januar 1961	2.50
	Februar 1961	2.50
Außenhandel 2	Waren nach Herstellungsländern und Verbrauchsländern, Januar 1961	9.50
Außenhandel 5	Special Trade according to the Standard International Trade Classification (SITC), November 1960	5.—
Außenhandel des Auslandes		
	Nr. 154 Guatemala	2.50
	Nr. 155 Birma	3.50
	Nr. 156 Kanada	4.—
	Nr. 157 Ghana	3.—
V/25/124	Einfuhr und Ausfuhr an Kohlen und Koks (Spezialhandel), Februar 1961	1.—
V/32/14	Einfuhr und Ausfuhr an Mineralöl (Generalhandel), Februar 1961	2.—
Verkehr		
Verkehr 1	Binnenschifffahrt, Januar 1961	1.—
Verkehr 2	Seeschifffahrt, Jahr 1960 (vorl. Erg.)	1.—
	Januar 1961	1.—
Verkehr 3	Luftverkehr, November 1960	2.—
	Dezember 1960	2.—
Verkehr 6	Straßenverkehrsunfälle, September 1960	1.—
	Oktober 1960	1.—
	Jahr 1960 (Vorbericht)	1.—
Verkehr 7	Grenzüberschreitender Reiseverkehr, Januar 1961	1.—
	Februar 1961	1.—
V/26/131	Fremdenverkehr in Beherbergungsstätten, Dezember und Jahr 1960	1.50
Geld und Kredit		
VII/8/142	Boden- und Kommunalkreditinstitute, Dezember und Jahr 1960	1.50
VII/26/228-230	Index der Aktienkurse am 7., 15., 23., 30. März und am 7. April 1961	—50
VII/27/59	Kurs, Dividende und Rendite der börsennotierten Aktien, Ende Februar 1961	—50
Öffentliche Finanzen		
Band 261	Hauptveranlagung der Vermögensteuer auf den 1. 1. 1957	3.—
VII/43/20	Streuung der Realsteuerhebesätze, Rj. 1959	1.—
Preise		
PLW 1	Einfuhrpreise und Index der Einkaufspreise für Auslandsgüter, Februar 1961	1.—
PLW 2	Preise und Preisindex ausgewählter Grundstoffe, Jahr 1960	2.—
	Februar 1961	—50
PLW 3	Preise und Preisindices für industrielle Produkte, 1950 bis 1960	5.—
	Februar 1961 (Erzeugerpreise)	1.—
PLW 4	Preise und Preisindices für die Land- und Forstwirtschaft, Februar 1961	1.—
PLW 6	Einzelhandelspreise und Indices der Verbraucherpreise, Februar 1961	1.—
	24. Februar bis 3. März 1961	—50
	3. bis 10. März 1961	—50
	10. bis 17. März 1961	—50
	17. bis 24. März 1961	—50
	24. März bis 7. April 1961	—50
PLW 8	Großhandelspreise im Ausland	1.50
	Weltmarktpreise ausgewählter Waren, Januar bis Februar 1961	2.—
	Grundstoffe, Teil II, Winter 1960/61	2.—
Löhne und Gehälter		
PLW 11	Tariflöhne: Ergänzungslieferung nach dem Stande vom November 1960	12.—
	Tarifgehälter: Ergänzungslieferung nach dem Stande vom November 1960	5.—
	Tarifliche Stundenlöhne, Monatsgehälter, Wochenarbeitszeiten und Wochenlöhne in der gewerblichen Wirtschaft und in der öffentlichen Verwaltung, November 1960	1.—
Versorgung und Verbrauch		
VII/61/165	Absatz von Tabakwaren, Januar 1961	—50
VII/62/166	Absatz von Bier, Januar 1961	—50
VII/60/30	Absatz von Schaumwein und schaumweinähnlichen Getränken, 4. Kalendervierteljahr und Kalenderjahr 1960	—50
IV/10/31	Düngemittelversorgung, Januar 1961	1.—

Bezugsquelle für alle Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes:
Verlag W. Kohlhammer, Abt. Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes, Mainz, Bahnhofplatz 2

1) Preise verstehen sich ausschließlich Porto und Verpackung.
2) Herausgeber: Statistisches Bundesamt, Außenstelle Düsseldorf.

Schriftleitung: Dr. Gerhard Fürst, Präsident des Statistischen Bundesamtes, Wiesbaden, Gustav-Stresemann Ring 11, Postfach 828
Verlag: W. Kohlhammer GmbH, Abt. Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes, Mainz, Bahnhofplatz 2
Druck: Union Druckerei GmbH Stuttgart, Cottastraße 13
Bezugspreis: Jährlich (12 Hefte) 66,60 DM. Einzelheft 6,00 DM (zuzüglich Versandgebühren).
Nachdruck nur mit Quellenangabe und Einsendung eines Belegexemplares gestattet.

STATISTISCHE MONATZAHLEN

Inhalt

Das Inhaltsverzeichnis enthält die in Heft 1 bis 4, Januar bis April 1961, veröffentlichten Tabellen, wobei die Seitenzahlen für das vorliegende Heft 4 durch Fettdruck hervorgehoben werden.

Die Spalte *Periodizität* weist die Erscheinungsfolge nach.

Gebietsstand ist im allgemeinen bis einschließlich Juni 1959 das Bundesgebiet (ohne Saarland und Berlin), ab Juli 1959 das Bundesgebiet einschließlich Saarland (ohne Berlin); Abweichungen davon sind in den Tabellen besonders vermerkt.

	Heft	Seite	Periodizität
Abkürzungen	4	197*	monatlich
Bevölkerung			
Bevölkerungsstand und -veränderung	4	198*	"
Bevölkerungsentwicklung in den Ländern 1960	4	198*	einmalig
Wohnbevölkerung am 31. Dezember 1959 nach Alter und Geschlecht	4	199*	"
Bevölkerung 1910, 1939, 1950, 1957 bis 1959 nach Alter, Geschlecht und Familienstand	4	200*	"
Natürliche Bevölkerungsbewegung	4	201*	monatlich
Eheschließungen, Geburten und Sterbefälle	4	200*	einmalig
Fruchtbarkeitstafel 1959	1	4*	"
Abgekürzte Sterbetafel 1958/59	3	134*	"
Todesursachen nach der abgekürzten Sterbetafel 1958/59	3	135*	"
Gesundheitswesen			
Ärzte, Zahnärzte, Heilhilfspersonen. Personal der Apotheken und Gesundheitsämter	1	6*	"
Neuerkrankungen an meldepflichtigen Krankheiten 1960	3	136*	"
Sterbefälle 1959 nach Todesursachen und Altersgruppen	2	68*	"
Mütter- und Säuglingssterblichkeit 1959	2	71*	"
Rechtspflege			
Straftaten, Täter und Verurteilte in den Ländern 1954 bis 1959	4	207*	"
Besondere Straffälligkeiten nach Hauptdeliktgruppen 1954 bis 1959	4	208*	"
Erwerbstätigkeit			
Am Erwerbsleben beteiligte Personen 1950 bis 1960	2	74*	"
Im Erwerbsleben tätige Personen nach Wirtschaftsbereichen, -abteilungen und Stellung im Beruf 1957 bis 1959	4	203*	"
Abhängige Erwerbsspersonen, Beschäftigte und Arbeitslose	2	72*	vierteljährlich
Arbeitslose, offene Stellen und Notstandsarbeiter	4	201*	monatlich
Arbeitslose und offene Stellen nach Berufsgruppen	4	202*	"
Personal der Bundesbehörden und -betriebe am 2. Oktober 1960	1	10*	einmalig
Streiks			
Streiks 1960 nach Wirtschaftsgruppen	2	75*	"
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei			
Zahl und Fläche der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe 1949 und 1960	2	75*	"
Neuzulassungen und Umschreibungen der betriebseigenen Schlepper	4	204*	"
Hauptarten der Bodennutzung 1960	1	11*	"
Rübenernte 1960	1	12*	"
Weinmosternte 1960	1	13*	"
Hülsenfruchternte 1960	1	11*	"
Olfruchternte 1960	1	12*	"
Rauhfutterernte 1960	1	13*	"
Viehbestand am 2. Dezember 1960	2	76*	"
Schweinebestand am 3. März 1961	4	205*	"
Milcherzeugung und -verwendung	4	205*	monatlich
Gewerbliche Schlachtungen	4	205*	"
Fangergebnisse der deutschen Hochsee- und Küstenfischerei	4	206*	"
Gesamtanlandungen nach Fischereibetriebsarten, Fischarten und Fanggebieten	4	206*	einmalig
Unternehmen			
Zahl und Grundkapital der Aktiengesellschaften 1960	3	140*	einmalig
Zahl und Stammkapital der Gesellschaften mit beschränkter Haftung 1960	3	141*	"
Vergleichbare Bilanzen 1958 und 1959 von 1 857 Aktiengesellschaften	4	210*	"
Industrie und Handwerk			
Beschäftigte, Umsatz, Kohle- und Stromverbrauch der Industrie	4	212*	monatlich
Beschäftigte und Umsatz in ausgewählten Industriegruppen	4	213*	"
Beschäftigte, geleistete Arbeiterstunden, Umsatz und Auslandsumsatz 1960	2	80*	einmalig
Index der industriellen Nettoproduktion	4	216*	monatlich
Veränderungen der monatlichen Indexziffern der industriellen Nettoproduktion 1951 bis 1960	4	214*	einmalig

noch: Industrie und Handwerk	Heft	Seite	Periodizität
Produktionsindex für Investitionsgüter und für Verbrauchsgüter	4	218*	monatlich
Produktion ausgewählter Erzeugnisse	4	218*	"
Steinkohle, Steinkohlenbriketts und -koks (Erzeugung, Inlandsversorgung)	4	221*	"
Elektrizitätserzeugung und -versorgung	4	221*	"
Gaserzeugung und -versorgung	4	221*	"
Brauereien und Bierausstoß nach Größenklassen	2	83*	einmalig
Bauwirtschaft, Bautätigkeit und Wohnungen			
Bauhauptgewerbe	4	222*	monatlich
Erteilte Baugenehmigungen für Bauvorhaben des Hochbaus	4	223*	"
Erfaßte Baufertigstellungen von Gebäuden, Wohnungen und Wohnräumen	4	223*	"
Baugenehmigungen, fertiggestellte Wohnungen im Wohn- und Nichtwohnbau und Rohzugang an Nichtwohngebäuden	3	152*	einmalig
Wohnraumvergaben nach Personengruppen und Ländern 1960	4	224*	"
Groß- und Einzelhandel, Berlin- und Interzonenhandel			
Umsatzwerte in den Geschäftszweigen des Großhandels	4	225*	monatlich
Umsatz des Einzelhandels	4	226*	"
Fremdenverkehr	4	227*	"
Beherbergungskapazität in den Fremdenverkehrsgemeinden am 1. April 1960	2	93*	einmalig
Warenverkehr mit Berlin (West)	4	228*	monatlich
Warenverkehr im Interzonenhandel zwischen den Währungsgebieten der DM-West und der DM-Ost	4	228*	"
Außenhandel			
Außenhandel (Spezialhandel)			
Ein- und Ausfuhr nach Warengruppen	4	229*	"
Ein- und Ausfuhr nach Ländergruppen	4	230*	"
Einfuhr nach wichtigen Herstellungsländern	4	229*	"
Ausfuhr nach wichtigen Verbrauchsländern	4	230*	"
Ein- und Ausfuhr nach Erzeugnis- und Warenuntergruppen	2	97*	einmalig
Ein- und Ausfuhr nach Herstellungs- und Verbrauchsländern	3	159*	"
Verkehr			
Meßziffern des Personen- und Güterverkehrs	4	231*	monatlich
Eisenbahnen (Deutsche Bundesbahn und Nichtbundeseigene Eisenbahnen)	4	232*	"
Güterverkehr auf Eisenbahn, Straßen und Wasserwegen	2	101*	vierteljährlich
Bestand an Personenkraftwagen, Zulassungen fabrikneuer und Besitzumschreibungen gebrauchter Personenkraftwagen	1	35*	einmalig
Bestand an Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeuganhängern	3	162*	halbjährlich
Zulassungen von fabrikneuen Kraftfahrzeugen und Personenverkehr der Straßenverkehrsunternehmen	4	233*	monatlich
Fernverkehr mit Lastkraftfahrzeugen	4	234*	"
Straßenverkehrsunfälle	4	233*	"
Binnenschifffahrt	4	234*	"
Seeschifffahrt	4	234*	"
Luftverkehr	4	231*	"
Deutsche Bundespost	4	235*	"
Ton- und Fernsehrundfunkgenehmigungen am 31. Dezember 1960	4	235*	einmalig
Geld und Kredit			
Bargeldumlauf und Bankeinlagen von Nichtbanken, Bankkredite an Nichtbanken	4	236*	monatlich
Passiv- und Aktivgeschäft der Boden- und Kommunalkreditinstitute	4	236*	"
Darlehensbestand und Umlauf an Schuldverschreibungen der Boden- und Kommunalkreditinstitute	3	165*	einmalig
Aufgelegte und abgesetzte, festverzinsliche Wertpapiere und Aktien	4	236*	monatlich
Index der Aktienkurse	4	237*	"
Kurs, Dividende und Rendite sämtlicher börsennotierter Aktien	4	237*	"
Index der Aktienkurse 1960	1	40*	einmalig
Kurs, Dividende und Rendite börsennotierter Aktien 1958 bis 1960	1	40*	"
Kursdurchschnitt der festverzinslichen Wertpapiere	4	237*	monatlich
Konkurse, Vergleichsverfahren und Wechselproteste	4	238*	"
Konkurse und Vergleichsverfahren 1960 nach Wirtschaftszweigen	2	106*	einmalig
Öffentliche Sozialleistungen			
Hauptbeträgem Empfänger, Einnahmen und Ausgaben der Arbeitslosenversicherung und -hilfe	4	238*	monatlich
Soziale Krankenversicherung			
Mitglieder und Krankenstand	4	239*	"
Rentenversicherung der Arbeiter	3	168*	vierteljährlich
Knappschaftliche Rentenversicherung	4	238*	"
Rentenversicherung der Angestellten	3	168*	"
Unfallversicherung	1	41*	halbjährlich

Öffentliche Finanzen

	Heft	Seite	Periodizität
Einnahmen aus Steuern des Bundes, der Länder und Berlins (West)	4	240*	monatlich
Kassenmäßige Einnahmen aus Gemeindesteuern	3	168*	vierteljährlich
Kommunale Steuereinnahmen im Kalenderjahr 1960	4	239*	einmalig
Steuerpflichtige und Gesamtumsatz freier Berufe nach Umsatzgrößenklassen 1959.....	2	109*	"

Preise

Weltmarktpreise wichtiger Handelsgüter	4	241*	monatlich
Index der Einkaufspreise für Auslandsgüter	4	242*	"
Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte	4	246*	"
Index der Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel	4	246*	"
Index der Erzeugerpreise forstwirtschaftlicher Produkte	4	249*	"
Index der Erzeugerpreise industrieller Produkte	4	247*	"
Erzeugerpreise wichtiger Waren	4	245*	"
Preisindex ausgewählter Grundstoffe	4	243*	"
Wägungsschema zum Preisindex für die Lebenshaltung 1958	1	55*	einmalig
Preisindex für die Lebenshaltung einer mittleren Verbrauchergruppe	4	249*	monatlich
Preisindex für die Lebenshaltung	4	250*	"
Index der Einzelhandelspreise	4	250*	"
Index der Verbraucherpreise wichtiger Warengruppen und Leistungen	4	252*	"
Einzelhandelspreise wichtiger Waren	4	251*	"
Preisindex für Wohngebäude	1	58*	vierteljährlich

Löhne und Gehälter

Geleistete Wochenarbeitsstunden, bezahlte Wochenstunden, Bruttostunden- und -wochenverdienste der Arbeiter in der Industrie	4	253*	"
Durchschnittliche Wochenarbeitszeiten, Bruttostunden- und -wochenverdienste der Arbeiter im Handwerk	3	182*	halbjährlich
Index der tariflichen Wochenarbeitszeit, Stundenlöhne und Monatsgehälter in der gewerblichen Wirtschaft und in der öffentlichen Verwaltung	2	122*	vierteljährlich
Durchschnittliche Bruttomonatsverdienste der Angestellten in Industrie und Handel	3	183*	"
Erhöhung der tariflichen Stundenlöhne und Monatsgehälter nach Erhöhungsklassen	2	121*	einmalig

Versorgung und Verbrauch

Monatliche Ausgaben je Haushalt	4	254*	monatlich
Eingekaufte Mengen an ausgewählten Nahrungsmitteln .. } mittlere Verbrauchergruppe	4	254*	"
Monatliche Einnahmen je Haushalt, mittlere Verbrauchergruppe	4	255*	vierteljährlich
Monatliche Ausgaben je Haushalt, mittlere Verbrauchergruppe	4	257*	"
Verbrauch an Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren	4	256*	"
Tabak, Bier, Branntwein, Schaumwein, Zucker und Mineralöl	4	253*	monatlich

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen

Das Sozialprodukt, die Beiträge zum Bruttoinlandsprodukt, die Verteilung des Volkseinkommens, das Einkommen aus unselbständiger Arbeit und die Verwendung des Sozialprodukts	1	61*	einmalig
Der Staatssektor in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung 1950 bis 1959	3	186*	"

Abkürzungen

MD	= Monatsdurchschnitt
VjD	= Vierteljahresdurchschnitt
HjD	= Halbjahresdurchschnitt
D	= Durchschnitt nicht kumulierbarer, nicht addierfähiger Massen
JD	= Jahresdurchschnitt
Pf	= Pfennig
RM	= Reichsmark
DM	= Deutsche Mark
\$	= Dollar
£	= Pfund Sterling
cts	= Cents
sh	= Schilling
d	= Pence
Mrd.	= Millionen
Mill.	= Milliarden
qm	= Quadratmeter
km	= Kilometer

WiSta	= Wirtschaft und Statistik
a	= Ar
ha	= Hektar
qkm	= Quadratkilometer
Pkm	= Personenkilometer
tkm	= Tonnenkilometer
ccm	= Kubikzentimeter
cbm	= Kubikmeter
fm	= Festmeter
rm	= Raummeter
l	= Liter
hl	= Hektoliter
kg	= Kilogramm
dz	= Doppelzentner
t	= Tonne (1 000 kg)
t-eff	= Effektivtonne
BRT	= Bruttoregistertonne
NRT	= Nettoregistertonne
SKE	= Steinkohleneinheit
PS	= Pferdestärke

kWh	= Kilowattstunde
Vj.	= Vierteljahr
S.Hj.	= Sommerhalbjahr
W.Hj.	= Winterhalbjahr
Std	= Stunde
vH	= vom Hundert
aT	= auf Tausend
BG	= Bundesgebiet
SchH	= Schleswig-Holstein
Hmb	= Hamburg
Ndsa	= Niedersachsen
NrhW	= Nordrhein-Westfalen
Brm	= Bremen
Hess	= Hessen
RhPf	= Rheinland-Pfalz
Bay	= Bayern
BaWü	= Baden-Württemberg
Saar	= Saarland
Bin (W)	= Berlin (West)

Bevölkerung

Bevölkerungsstand und -veränderung

Jahr ¹⁾ Monat Land	Bevölkerungsstand am Ende des Berichtszeitraumes					Veränderung				Index des Bevölke- rungs- standes
	Wohnbevölkerung					Mehr (+) bzw. weniger (-) geboren als gestorben	Zu-(+) bzw. Ab- wanderungs(-) überschuß	Bevölkerungszu-(+) bzw. -abnahme (-)		
	insgesamt	und zwar			Zugewanderte ³⁾			Auf 1 000 Einwohner und 1 Jahr		
weiblich		Vertriebene ²⁾	Zugewanderte ³⁾							
	1 000									
Bundesgebiet (ohne Saarland und Berlin)										
1954	48 954	26 062	8 576	2 378	+ 264	+ 221	+ 485	+ 10,0	98,0	
1957	50 817	26 957	9 149	3 029	+ 285	+ 415	+ 706	+ 14,1	101,7	
1958	51 453	27 268	9 397	3 176	+ 313	+ 322	+ 636	+ 12,5	103,0	
1959	52 009	27 531	9 556	3 308	+ 350	+ 203	+ 556	+ 10,8	104,1	
1960	52 696	27 810	9 697	3 474	+ 331	+ 353	+ 687	+ 13,2	105,5	
Bundesgebiet ohne Berlin⁴⁾										
1954	49 935	26 575	8 576	2 378	+ 273	+ 219	+ 493	+ 10,0	98,0	
1957	51 820	27 483	9 149	3 029	+ 293	+ 418	+ 717	+ 14,0	101,7	
1958	52 475	27 802	9 397	3 176	+ 322	+ 330	+ 654	+ 12,6	103,0	
1959	53 049	28 073	9 556	3 308	+ 360	+ 211	+ 575	+ 10,9	104,1	
1960	53 756	28 362	9 697	3 474	+ 340	+ 364	+ 707	+ 13,3	105,5	
1960 Okt.	53 662	.	.	.	+ 24,3	+ 37,7	+ 62,0	+ 13,6	105,3	
Nov.	53 714	.	.	.	+ 22,9	+ 28,9	+ 51,8	+ 11,7	105,4	
Dez.	53 756	28 362	9 697	3 474	+ 23,1	+ 17,3	+ 41,8	+ 9,2	105,5	
1960 3. Vj.	53 601	28 290	9 664	3 427	+ 109,0	+ 118,9	+ 227,9	+ 16,9	105,2	
4. Vj.	53 756	28 362	9 697	3 474	+ 70,2	+ 83,9	+ 155,6	+ 11,5	105,5	
nach Ländern (4. Vierteljahr 1960)										
Schlesw.-Holst.	2 309	1 221	644	156	+ 2,0	+ 1,6	+ 3,6	+ 6,1	102,5	
Hamburg	1 837	986	263	170	- 0,2	+ 3,6	+ 3,4	+ 7,4	104,9	
Niedersachsen	6 576	3 472	1 472	508	+ 8,5	- 2,8	+ 5,6	+ 3,4	101,5	
Bremen	704	372	114	58	+ 0,6	+ 2,7	+ 3,3	+ 18,4	110,3	
Nordrh.-Westf.	15 852	8 306	2 601	1 178	+ 20,8	+ 30,6	+ 52,6	+ 13,2	107,0	
Hessen	4 783	2 527	892	356	+ 5,2	+ 12,9	+ 18,1	+ 15,1	105,6	
Rheinld.-Pfalz	3 411	1 804	312	170	+ 5,0	+ 0,4	+ 5,7	+ 6,6	104,7	
Baden-Württbg.	7 727	4 054	1 394	492	+ 13,4	+ 16,9	+ 30,3	+ 15,6	108,3	
Bayern	9 495	5 068	1 800	386	+ 13,1	+ 16,0	+ 29,1	+ 12,2	104,2	
Saarland	1 060	552	.	.	+ 2,0	+ 1,9	+ 3,9	+ 14,7	106,9	
Berlin (West)										
1960 Dez.	2 202	1 269	175 ^{a)}	.	- 1,4	+ 0,3	- 1,1	- 5,8	99,0	
1960 4. Vj.	2 202	1 269	175 ^{a)}	.	- 4,0	+ 3,1	- 0,9	- 1,6	99,0	

1) Ab 1960 vorläufige Ergebnisse.- 2) Vertriebene sind Deutsche, die am 1.9.1939 in den z.Z. unter fremder Verwaltung stehenden Ostgebieten des Deutschen Reichs (Stand: 31.12.1937) oder im Ausland gewohnt haben, einschl. ihrer nach 1939 geborenen Kinder.- 3) Zugewanderte sind Deutsche, die am 1.9.1939 in Berlin oder der sowjetischen Besatzungszone gewohnt haben, einschl. ihrer nach 1939 geborenen Kinder. 1954 einschl. Personen mit Wohnsitz am 1.9.1939 im Saarland.- 4) Angaben für Vertriebene und Zugewanderte beziehen sich auf das Bundesgebiet (ohne Saarland und Berlin).- a) Geschätzt.

Zum Aufsatz: „Bevölkerungsstand und -entwicklung 1960“ in diesem Heft Bevölkerungsentwicklung in den Ländern des Bundesgebietes 1960 Vorläufige Ergebnisse

Land	Fläche qkm	Wohn- bevölke- rung am Jahres- anfang	Veränderungen							Wohnbevölkerung am Jahresende				Bevöl- kerungs- dichte Einw. je qkm	
			Geburten- (+) bzw. Sterbe- fall(-) über- schuß	Zu- (+) bzw. Abwanderungs- (-) überschuß			Zu- (+) bzw. Abnahme (-) insgesamt ²⁾	insgesamt		darunter					
				ins- gesamt	u. zwar gegenüber dem übrigen Bundes- gebiet	allen sonst. Gebieten ¹⁾		ins- gesamt	Vertriebene ³⁾	Zugewanderte ³⁾					
1 000										vH		1 000		vH	
Schlesw.-Holst.	15 657	2 289,9	+ 10,1	+ 9,4	+ 3,5	+ 5,9	+ 19,5	+ 0,9	2 309,4	644,3	27,9	155,5	6,7	147	
Hamburg	747	1 823,6	+ 0,9	+ 12,5	+ 0,4	+ 12,1	+ 13,4	+ 0,7	1 837,0	263,4	14,3	170,2	9,3	2 458	
Niedersachsen	47 383	6 538,4	+ 41,0	- 3,3	- 29,1	+ 25,8	+ 37,7	+ 0,6	6 576,1	1 677,6	25,5	508,2	7,7	139	
Bremen	404	691,6	+ 3,0	+ 9,6	+ 7,1	+ 2,5	+ 12,7	+ 1,8	704,3	113,7	16,1	57,8	8,2	1 744	
Nordrh.-Westf.	33 960	15 653,6	+ 102,1	+ 95,5	- 14,5	+ 110,0	+ 198,9	+ 1,3	15 852,5	2 600,7	16,4	1 177,7	7,4	467	
Hessen	21 108	4 702,8	+ 23,8	+ 56,8	+ 16,3	+ 40,4	+ 80,5	+ 1,7	4 783,4	891,8	18,6	356,0	7,4	227	
Rheinld.-Pfalz	19 829	3 377,4	+ 24,7	+ 7,9	- 8,4	+ 16,3	+ 33,8	+ 1,0	3 411,2	312,0	9,1	170,2	5,0	172	
Baden-Württbg.	35 750	7 560,7	+ 63,1	+ 103,1	+ 15,2	+ 87,9	+ 166,2	+ 2,2	7 726,9	1 394,0	18,0	491,7	6,4	216	
Bayern	70 549	9 371,0	+ 61,9	+ 62,1	+ 6,2	+ 55,8	+ 123,9	+ 1,3	9 494,9	1 799,7	19,0	386,2	4,1	135	
Bundesgebiet (ohne Saarland und Berlin)	245 387	52 009,0	+ 330,6	+ 353,5	- 3,3	+ 356,8	+ 686,6	+ 1,3	52 695,6	9 697,3	18,4	3 473,5	6,6	215	
davon männlich	.	24 478,4	+ 167,0	+ 238,8	- 1,4	+ 240,2	+ 406,9	+ 1,7	24 885,3	4 598,9	18,5	1 771,4	7,1	-	
weiblich	.	27 530,6	+ 163,6	+ 114,7	- 1,9	+ 116,6	+ 279,7	+ 1,0	27 810,3	5 098,3	18,3	1 702,1	6,1	-	
Saarland	2 567	1 040,1	+ 9,7	+ 10,7	+ 3,4	+ 7,3	+ 20,4	+ 2,0	1 060,5	413	
Bundesgebiet ohne Berlin	247 954	53 049,1	+ 340,3	+ 364,2	.	+ 364,1	+ 707,0	+ 1,3	53 756,1	217	
davon männlich	.	24 976,2	+ 171,5	+ 245,3	.	+ 245,3	+ 418,0	+ 1,7	25 394,1	-	
weiblich	.	28 072,9	+ 168,8	+ 118,9	.	+ 118,8	+ 289,0	+ 1,0	28 361,9	-	
dagegen 1959	247 954	52 474,5	+ 360,0	+ 211,2	.	+ 210,7	+ 574,6	+ 1,1	53 049,1	9 555,6	18,4	3 308,4	6,4	214	
1958	247 954	51 820,5	+ 321,7	+ 330,4	.	+ 329,0	+ 654,0	+ 1,3	52 474,5	9 396,8	18,3	3 176,0	6,2	212	
1957	247 954	51 103,5	+ 293,2	+ 417,8	.	+ 416,6	+ 717,0	+ 1,4	51 820,5	9 148,6	18,0	3 029,1	6,0	209	
1956	247 954	50 495,0	+ 271,2	+ 337,2	.	+ 340,2	+ 608,5	+ 1,2	51 103,5	8 888,8	17,7	2 807,3	5,6	206	
1955	247 954	49 934,5	+ 251,7	+ 308,8	.	+ 311,5	+ 560,5	+ 1,1	50 495,0	8 756,2	17,7	2 611,1	5,3	204	
Berlin(West) 1960	481	2 208,0	- 14,6	+ 8,9	- 85,5	+ 94,4	- 5,7	- 0,3	2 202,2	175,2 ^{a)}	8,0 ^{a)}	.	.	4 579	

1) Einschl. Personen mit unbekanntem Herkunfts- und Zielgebiet und ohne festen Wohnsitz.- 2) Einschl. Differenz zwischen vorläufigem und endgültigem Ergebnis der Statistik der natürlichen Bevölkerungsbewegung und einschl. Berichtigung von Gemeindeergebnissen.- 3) Ohne Saarland.- a) Geschätzte Zahl.

Wohnbevölkerung am 31. 12. 1959 nach Alter und Geschlecht
Bundesgebiet ohne Berlin

Alter in Jahren	Geburtsjahr	männlich	weiblich	insgesamt		weibliche Personen auf 1 000 männliche	Alter in Jahren	Geburtsjahr	männlich	weiblich	insgesamt		weibliche Personen auf 1 000 männliche
		1 000		vH		1 000				vH	männliche		
unter 1	1959	465	439	904	1,7	946	50 - 51	1909	352	445	797	1,5	1 266
1 - 2	1958	440	416	856	1,6	946	51 - 52	1908	351	442	793	1,5	1 258
2 - 3	1957	435	412	847	1,6	947	52 - 53	1907	351	426	777	1,5	1 211
3 - 4	1956	417	397	814	1,5	950	53 - 54	1906	345	421	766	1,4	1 218
4 - 5	1955	400	380	780	1,5	949	54 - 55	1905	358	405	762	1,4	1 132
zusammen		2 157	2 044	4 201	7,9	948	zusammen		1 757	2 138	3 895	7,3	1 217
5 - 6	1954	399	379	778	1,5	951	55 - 56	1904	354	401	755	1,4	1 134
6 - 7	1953	388	370	758	1,4	954	56 - 57	1903	336	383	719	1,4	1 139
7 - 8	1952	392	372	764	1,4	949	57 - 58	1902	338	387	725	1,4	1 145
8 - 9	1951	387	369	756	1,4	953	58 - 59	1901	326	374	699	1,3	1 147
9 - 10	1950	390	371	761	1,4	950	59 - 60	1900	310	359	670	1,3	1 159
zusammen		1 956	1 861	3 817	7,2	951	zusammen		1 663	1 904	3 567	6,7	1 144
10 - 11	1949	394	375	769	1,4	952	60 - 61	1899	284	346	630	1,2	1 216
11 - 12	1948	375	356	732	1,4	949	61 - 62	1898	262	340	602	1,1	1 298
12 - 13	1947	350	336	687	1,3	959	62 - 63	1897	237	321	558	1,1	1 350
13 - 14	1946	326	314	640	1,2	962	63 - 64	1896	225	319	544	1,0	1 414
14 - 15	1945	273	266	539	1,0	972	64 - 65	1895	206	299	505	1,0	1 453
zusammen		1 719	1 647	3 366	6,3	958	zusammen		1 215	1 624	2 839	5,4	1 337
15 - 16	1944	371	358	730	1,4	965	65 - 66	1894	191	284	475	0,9	1 490
16 - 17	1943	382	367	750	1,4	961	66 - 67	1893	183	273	456	0,9	1 495
17 - 18	1942	375	360	735	1,4	962	67 - 68	1892	172	255	427	0,8	1 485
18 - 19	1941	463	443	906	1,7	958	68 - 69	1891	167	244	411	0,8	1 465
19 - 20	1940	508	486	994	1,9	957	69 - 70	1890	155	228	383	0,7	1 473
zusammen		2 099	2 016	4 115	7,8	960	zusammen		867	1 284	2 151	4,1	1 482
20 - 21	1939	507	486	993	1,9	958	70 - 71	1889	150	220	370	0,7	1 469
21 - 22	1938	480	458	937	1,8	954	71 - 72	1888	142	205	346	0,7	1 447
22 - 23	1937	448	428	877	1,7	956	72 - 73	1887	134	191	325	0,6	1 425
23 - 24	1936	437	424	861	1,6	971	73 - 74	1886	122	176	298	0,6	1 435
24 - 25	1935	426	411	837	1,6	965	74 - 75	1885	116	164	281	0,5	1 410
zusammen		2 298	2 207	4 505	8,5	960	zusammen		664	956	1 620	3,1	1 439
25 - 26	1934	404	390	793	1,5	966	75 - 76	1884	107	149	256	0,5	1 396
26 - 27	1933	331	319	651	1,2	964	76 - 77	1883	95	133	229	0,4	1 399
27 - 28	1932	339	329	667	1,3	969	77 - 78	1882	89	122	211	0,4	1 377
28 - 29	1931	349	338	687	1,3	967	78 - 79	1881	79	108	186	0,4	1 369
29 - 30	1930	381	368	749	1,4	966	79 - 80	1880	71	98	169	0,3	1 385
zusammen		1 804	1 743	3 547	6,7	966	zusammen		440	610	1 050	2,0	1 386
30 - 31	1929	374	364	738	1,4	972	80 - 81	1879	62	85	147	0,3	1 363
31 - 32	1928	386	373	759	1,4	967	81 - 82	1878	55	76	130	0,2	1 376
32 - 33	1927	351	365	715	1,3	1 040	82 - 83	1877	46	61	107	0,2	1 327
33 - 34	1926	333	383	716	1,3	1 149	83 - 84	1876	39	53	92	0,2	1 366
34 - 35	1925	332	409	740	1,4	1 232	84 - 85	1875	32	44	76	0,1	1 371
zusammen		1 775	1 893	3 668	6,9	1 066	zusammen		234	318	552	1,0	1 361
35 - 36	1924	295	400	695	1,3	1 355	85 - 86	1874	24	32	56	0,1	1 358
36 - 37	1923	295	404	699	1,3	1 369	86 - 87	1873	17	24	41	0,1	1 391
37 - 38	1922	316	426	742	1,4	1 348	87 - 88	1872	14	20	34	0,1	1 387
38 - 39	1921	329	449	778	1,5	1 365	88 - 89	1871	9	12	20	0,0	1 402
39 - 40	1920	329	458	787	1,5	1 392	89 - 90	1870	8	11	19	0,0	1 468
zusammen		1 564	2 136	3 700	7,0	1 366	zusammen		72	99	171	0,3	1 389
40 - 41	1919	254	349	604	1,1	1 373	90 und mehr	1869	13	22	34	0,1	1 718
41 - 42	1918	174	238	412	0,8	1 368	und früher						
42 - 43	1917	169	227	397	0,7	1 343	Insgesamt		24 976	28 073	53 049	100	1 124
43 - 44	1916	187	253	439	0,8	1 353							
44 - 45	1915	246	335	581	1,1	1 362							
zusammen		1 030	1 402	2 433	4,6	1 361							
45 - 46	1914	313	430	743	1,4	1 374							
46 - 47	1913	328	433	761	1,4	1 321							
47 - 48	1912	342	444	786	1,5	1 299							
48 - 49	1911	327	421	748	1,4	1 288							
49 - 50	1910	339	440	779	1,5	1 296							
zusammen		1 649	2 168	3 817	7,2	1 315							

**Bevölkerung nach Alter, Geschlecht und Familienstand
Bundesgebiet ohne Berlin¹⁾**

Alter in Jahren	1.12.1910	17.5.1939	31.12.1950 ²⁾	31.12.1957		31.12.1958		31.12.1959					
	vH			1 000	vH	1 000	vH	insgesamt		Ledige	Verheiratete	Verwitwete und Geschiedene	
	vH			1 000	vH	1 000	vH	1 000	vH				
Insgesamt													
unter 6	14,5	10,2	8,3	4 711	9,1	4 831	9,2	4 979	9,4	100	-	-	-
6 bis unter 15	19,7	13,7	15,2	6 309	12,2	6 362	12,1	6 405	12,1	100	-	-	-
15 bis unter 65	60,8	68,9	67,2	35 516	68,5	35 862	68,3	36 087	68,0	28,8	63,9	7,3	-
davon:													
15 bis unter 20	9,7	8,9	7,3	4 506	8,7	4 357	8,3	4 115	7,8	98,1	-	-	-
20 bis unter 45	35,9	39,4	35,7	17 283	33,4	17 554	33,4	17 853	33,7	29,7	67,4	2,9	-
45 bis unter 65	15,3	20,6	24,2	13 726	26,5	13 951	26,6	14 119	26,6	7,5	77,5	14,9	-
65 und darüber	5,0	7,3	9,3	5 299	10,2	5 438	10,4	5 579	10,5	7,8	49,4	42,8	-
Zusammen	100	100	100	51 836	100	52 493	100	53 049	100	41,9	43,7	9,5	-
Männlich													
unter 6	14,8	10,5	9,1	2 417	9,9	2 479	10,0	2 556	10,2	100	-	-	-
6 bis unter 15	20,1	14,1	16,6	3 223	13,2	3 253	13,2	3 276	13,1	100	-	-	-
15 bis unter 65	60,7	68,3	65,5	16 477	67,7	16 693	67,6	16 855	67,5	31,5	66,3	2,3	-
davon:													
15 bis unter 20	9,8	9,2	8,0	2 293	9,4	2 221	9,0	2 099	8,4	99,8	-	-	-
20 bis unter 45	36,2	39,6	34,1	8 039	33,0	8 242	33,4	8 471	33,9	34,7	64,4	0,9	-
45 bis unter 65	14,7	19,5	23,4	6 145	25,2	6 230	25,2	6 284	25,2	4,4	90,8	4,8	-
65 und darüber	4,4	7,0	8,9	2 231	9,2	2 260	9,2	2 289	9,2	3,9	71,0	25,1	-
Zusammen	100	100	100	24 348	100	24 685	100	24 976	100	45,0	51,2	3,8	-
weiblich													
unter 6	14,2	9,8	7,6	2 294	8,5	2 352	8,5	2 423	8,6	100	-	-	-
6 bis unter 15	19,4	13,2	14,1	3 086	11,2	3 109	11,2	3 128	11,1	100	-	-	-
15 bis unter 65	60,9	69,4	68,7	19 039	69,3	19 169	68,9	19 232	68,5	26,5	61,8	11,7	-
davon:													
15 bis unter 20	9,5	8,6	6,8	2 213	8,1	2 136	7,7	2 016	7,2	96,4	-	-	-
20 bis unter 45	35,5	39,2	37,0	9 245	33,6	9 312	33,5	9 381	33,4	25,2	70,2	4,7	-
45 bis unter 65	15,8	21,7	24,9	7 581	27,6	7 721	27,8	7 834	27,9	10,1	66,8	23,1	-
65 und darüber	5,5	7,6	9,6	3 068	11,2	3 178	11,4	3 290	11,7	10,6	34,4	55,0	-
Zusammen	100	100	100	27 487	100	27 808	100	28 073	100	39,2	46,4	14,5	-

1) 1910 Reichsgebiet.- 2) Für das Saarland Stand 14.11.1951.

**Zum Aufsatz: „Eheschließungen, Geborene und Gestorbene 1960“ in diesem Heft
Eheschließungen, Geburten und Sterbefälle¹⁾
Bundesgebiet ohne Berlin**

Jahr Monat	Eheschließungen	Lebendgeborene				Totgeborene	Gestorbene ²⁾			und zwar		Mehr (+) Geborene als Gestorbene
		männlich	weiblich	insgesamt	darunter unehelich		männlich	weiblich	insgesamt	im ersten Lebensjahr		
										in den ersten 28 Lebens-tagen	in den ersten 28 Lebens-tagen	
Grundzahlen												
1938	374 654			787 513	50 281	18 078			451 973	46 912		+ 335 540
1958	473 804	457 218	428 441	885 659	59 045	14 774	293 300	270 610	563 910	31 861	21 689	+ 321 749
1959 ³⁾	483 300	479 985	450 959	930 944	60 283	14 639	297 349	273 603	570 952	31 903	21 796	+ 359 992
1960 ³⁾	500 318	486 944	460 044	946 988	58 013	14 689	315 379	291 230	606 609	32 036	22 598	+ 340 379
1960 Jan.	23 721	40 035	37 714	77 749	5 083	1 269	31 014	28 793	59 807	2 865	1 891	+ 17 942
Febr.	33 799	40 930	38 764	79 694	5 131	1 284	36 914	34 448	71 362	2 794	1 831	+ 8 332
Marz	29 333	43 451	41 156	84 607	5 306	1 285	28 503	26 732	55 235	2 907	2 013	+ 29 372
April	43 289	41 956	39 477	81 433	5 074	1 255	24 590	22 728	47 318	2 668	1 902	+ 34 115
Mai	50 243	43 123	40 514	83 637	5 179	1 306	24 887	22 625	47 512	2 943	1 982	+ 36 125
Juni	47 278	40 211	38 648	78 859	4 842	1 167	22 757	20 877	43 634	2 573	1 826	+ 35 225
Juli	53 008	41 212	39 298	80 510	4 802	1 244	23 224	21 060	44 284	2 599	1 948	+ 36 226
Aug.	68 775	41 360	38 827	80 187	4 686	1 202	23 066	20 992	44 058	2 503	1 802	+ 36 129
Sept.	35 842	40 665	38 341	79 006	4 555	1 158	22 148	20 207	42 355	2 483	1 810	+ 36 651
Okt.	40 268	37 671	35 782	73 453	4 273	1 119	25 457	23 705	49 162	2 525	1 837	+ 24 291
Nov.	36 574	36 901	34 629	71 530	4 422	1 113	25 092	23 551	48 643	2 497	1 832	+ 22 887
Dez.	38 188	39 429	36 894	76 323	4 660	1 287	27 727	25 512	53 239	2 679	1 924	+ 23 084
Verhältniszahlen												
Jahr Monat	Eheschließungen	Auf 1 000 Einwohner und 1 Jahr			Mehr (+) Geborene als Gestorbene	Auf 1 000 Lebendgeborene		Von 1 000		Knaben auf 1 000 Lebend- geborene Mädchen		
		Lebendgeborene	Gestorbene			im ersten Lebensjahr ⁴⁾	in den ersten 28 Lebens-tagen ⁵⁾	Lebendgeborenen unehelich Lebendgeborene	Lebend- und Totgeborenen waren			
1938	9,4	19,8	11,4	+ 8,4	60,4		63,8	22,4				
1958	9,1	17,0	10,8	+ 6,2	36,0		24,5	16,4	1 067			
1959 ³⁾	9,2	17,6	10,8	+ 6,8	34,4		23,4	15,5	1 064			
1960 ³⁾	9,3	17,7	11,3	+ 6,4	33,9		23,9	15,3	1 058			
1960 Jan.	5,3	17,3	13,3	+ 4,0	36,4		24,3	16,1	1 062			
Febr.	8,0	18,9	16,9	+ 2,0	37,3		23,0	14,4	1 056			
Marz	6,5	18,7	12,2	+ 6,5	34,7		23,8	15,0	1 056			
April	9,9	18,6	10,8	+ 7,8	33,5		23,4	15,2	1 063			
Mai	11,1	18,5	10,5	+ 8,0	35,2		23,7	15,4	1 064			
Juni	10,8	18,0	10,0	+ 8,0	32,9		23,2	14,6	1 040			
Juli	11,7	17,7	9,8	+ 8,0	31,9		24,2	15,2	1 049			
Aug.	15,1	17,7	9,7	+ 8,0	30,7		22,5	14,8	1 065			
Sept.	8,1	17,9	9,6	+ 8,3	31,8		22,9	14,4	1 061			
Okt.	8,8	16,1	10,8	+ 5,3	32,7		25,0	15,0	1 053			
Nov.	8,3	16,2	11,0	+ 5,2	34,2		25,6	15,3	1 066			
Dez.	8,4	16,7	11,7	+ 5,1	34,4		25,2	16,6	1 069			

1) Geborene und Gestorbene nach dem Wohnort.- 2) Ohne Totgeborene, nachträglich beurkundete Kriegssterbefälle und gerichtliche Todeserklärungen.- 3) Vorläufige Ergebnisse.- 4) Unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten.- 5) Bezogen auf die Lebendgeborenen des Berichtszeitraums.

noch: Im Erwerbsleben tätige Personen nach Wirtschaftsbereichen, -abteilungen und der Stellung im Beruf
im Oktober 1957, 1958, 1959¹⁾

Bundesgebiet (ohne Saarland und Berlin)
Mikrozensus-Ergebnisse

Stellung im Beruf	Im Erwerbsleben tätige Personen																	
	1957				1958 ²⁾				1959									
	insgesamt		männlich		weiblich		insgesamt		männlich		weiblich		insgesamt		männlich		weiblich	
	1 000	vH	1 000	vH	1 000	vH	1 000	vH	1 000	vH	1 000	vH	1 000	vH	1 000	vH	1 000	vH
noch: Öffentlicher Dienst, Dienstleistungen																		
Dienstleistungen																		
Selbständige	252	1,0	159	1,0	94	1,0	275	1,1	172	1,1	103	1,1	279	1,1	167	1,1	112	1,2
Mithelfende Familienangehörige	119	0,5	12	0,1	107	1,2	129	0,5	16	0,1	113	1,2	134	0,5	14	0,1	119	1,3
Abhängige	985	4,1	211	1,4	774	8,6	1 035	4,2	202	1,3	833	9,1	1 067	4,3	214	1,4	853	9,3
Beamte, Angestellte ⁵⁾	-	-	-	-	-	-	156	0,6	66	0,4	91	1,0	164	0,7	64	0,4	99	1,1
Arbeiter ⁴⁾⁵⁾	-	-	-	-	-	-	879	3,6	136	0,9	742	8,1	903	3,6	150	1,0	754	8,2
zusammen	1 356	5,6	381	2,5	975	10,8	1 439	5,9	390	2,5	1 048	11,5	1 479	6,0	395	2,5	1 084	11,8
Öffentlicher Dienst und Dienstleistungen im öffentlichen Interesse																		
Selbständige	141	0,6	112	0,7	29	0,3	153	0,6	122	0,8	32	0,3	151	0,6	119	0,8	31	0,3
Mithelfende Familienangehörige	22	0,1	-	-	21	0,2	21	0,1	-	-	20	0,2	23	0,1	-	-	22	0,2
Abhängige	2 486	10,2	1 504	9,8	982	10,9	2 572	10,5	1 566	10,2	1 006	11,0	2 718	11,0	1 640	10,5	1 078	11,7
Beamte, Angestellte ⁵⁾⁶⁾	-	-	-	-	-	-	1 957	8,0	1 214	7,9	743	8,2	2 087	8,4	1 295	8,3	793	8,6
Arbeiter ⁴⁾⁵⁾	-	-	-	-	-	-	615	2,5	352	2,3	263	2,9	631	2,5	346	2,2	285	3,1
zusammen	2 649	10,9	1 617	10,6	1 032	11,5	2 746	11,2	1 689	10,9	1 057	11,6	2 892	11,7	1 761	11,3	1 131	12,3
Alle Wirtschaftsbereiche bzw. Wirtschaftsabteilungen																		
Selbständige	3 187	13,1	2 508	16,4	679	7,5	3 308	13,5	2 576	16,7	732	8,0	3 275	13,2	2 530	16,2	745	8,1
Mithelfende Familienangehörige	2 781	11,5	564	3,7	2 217	24,6	2 721	11,1	514	3,3	2 208	24,2	2 661	10,7	531	3,4	2 130	23,1
Abhängige	18 311	75,4	12 211	79,9	6 100	67,8	18 520	75,4	12 341	80,0	6 179	67,8	18 840	76,0	12 515	80,3	6 325	68,8
Beamte, Angestellte ⁶⁾	-	-	-	-	-	-	5 790	23,6	3 497	22,7	2 292	25,1	6 059	24,5	3 659	23,5	2 400	26,1
Arbeiter ⁴⁾⁵⁾	-	-	-	-	-	-	11 287	46,0	7 930	51,4	3 357	36,8	11 410	46,1	8 001	51,4	3 409	37,1
Lehrlinge ⁷⁾	-	-	-	-	-	-	1 444	5,9	914	5,9	530	5,8	1 371	5,5	855	5,5	516	5,6
dar. Kaufm. u. Verw.Lehrlinge ⁷⁾	-	-	-	-	-	-	528	2,2	178	1,2	351	3,8	557	2,2	186	1,2	371	4,0
zusammen	24 279	100	15 283	100	8 996	100	24 550	100	15 431	100	9 118	100	24 776	100	15 576	100	9 199	100

1) Wenn Tabellenfelder in der Stichprobe weniger als 50 Fälle (hochgerechnet 5 000) aufweisen, so werden diese Zahlen in den entsprechenden Tabellenfeldern nicht aufgeführt, sondern durch Punkte ersetzt.- 2) 1958 berichtigte Zahlen gegenüber Jahrbuch 1960, S. 144, Tabelle 2.- 3) Landwirtschaft und Tierzucht, Forst- und Jagdwirtschaft, Gärtnerei, Fischerei.- 4) Einschl. der Mithelfenden Familienangehörigen mit Pflichtversicherung in der sozialen Krankenversicherung.- 5) Einschl. Lehrlinge, Anlernlinge, Praktikanten, Volontäre.- 6) Einschl. Soldaten.- 7) Einschl. Anlernlinge, Praktikanten, Volontäre.

Land-Forstwirtschaft und Fischerei

Zum Aufsatz: „Die Motorisierung in der Landwirtschaft“ in diesem Heft Neuzulassungen der betriebseigenen Schlepper im 1. Halbjahr 1960

Land	Größenklassen nach der landwirtschaftlichen Nutzfläche von ... bis unter ... ha											
	Insgesamt		bis unter 5		5 - 10		10 - 20		20 - 50		50 und mehr	
	Anzahl	vH 1)	Anzahl	vH 1)	Anzahl	vH 1)	Anzahl	vH 1)	Anzahl	vH 1)	Anzahl	vH 1)
Schlesw.-Holst.	2 270	- 8,5	113	+ 16,5	162	- 21,0	632	+ 2,4	1 006	- 12,4	357	- 14,0
Hamburg	70	-	10	-	15	-	28	-	17	-	-	-
Niedersachsen	5 813	- 14,5	614	- 15,7	998	- 6,6	1 923	- 16,0	1 750	- 16,6	528	- 14,0
Bremen	35	+ 2,9	-	-	3	- 50,0	15	+ 400,0	17	- 26,1	-	-
Nordrh.-Westf.	4 600	- 15,1	818	- 20,7	1 014	- 19,7	1 455	- 12,3	1 105	- 5,5	208	- 29,5
Hessen	4 330	- 9,7	1 328	- 15,4	1 352	- 8,5	1 217	- 6,7	345	- 5,0	88	+ 6,6
Rheinld.-Pfalz	4 477	- 11,7	1 570	- 21,6	1 765	- 3,5	926	- 6,5	174	- 15,5	42	+ 5,0
Baden-Württbg.	9 829	- 11,0	3 547	- 16,3	3 345	- 13,5	2 200	- 0,6	657	- 0,5	80	+ 12,7
Bayern	17 843	+ 2,4	3 416	- 7,2	5 511	- 3,5	5 308	+ 9,1	3 228	+ 14,3	380	+ 10,5
Saarland	515	-	294	-	98	-	98	-	22	-	3	-
Bundesgebiet ohne Berlin	49 782	- 6,2	11 710	- 12,3	14 263	- 7,6	13 802	- 1,0	8 321	- 2,0	1 686	- 9,5

1) Zu- (+) bzw. Abnahme (-) 1. Halbjahr 1960 gegen 1. Halbjahr 1959.

Umschreibungen der betriebseigenen Gebrauchtschlepper im 1. Halbjahr 1960

Größenklassen nach der landw. Nutzfläche	Schlepper mit einer Leistung von ... bis ... PS											
	Insgesamt		bis 12		13 - 17		18 - 24		25 - 34		35 und mehr	
	Anzahl	vH	Anzahl	vH	Anzahl	vH	Anzahl	vH	Anzahl	vH	Anzahl	vH
bis unter 5 ha	8 143	39,3	3 355	70,0	3 285	44,7	1 164	21,8	297	11,1	42	7,5
5 " " 10 "	5 588	27,0	854	17,8	2 569	35,0	1 693	31,8	425	15,9	47	8,3
10 " " 20 "	4 136	20,0	341	7,1	1 046	14,2	1 671	31,3	944	35,2	154	23,8
20 " " 50 "	2 329	11,2	208	4,3	390	5,3	692	13,0	827	30,9	212	31,7
50 ha und darüber	522	2,5	39	0,8	57	0,8	114	2,1	184	6,9	128	22,7
Zusammen	20 718	100	4 797	100	7 347	100	5 334	100	2 677	100	563	100

Zum Aufsatz: „Der Schweinebestand am 3. März 1961“ in diesem Heft

Schweinebestand am 3. März
Bundesgebiet ohne Berlin

Jahr Land	Schweine insgesamt	Ferkel unter 8 Wochen	Jungschweine 8 Wochen bis unt. 1/2 Jahr	Schlacht- und Mastschweine 1/2 Jahr und älter 2)	Zuchtsauen (ohne die zur Mast aufgestellten Sauen)				Eber 1/2 Jahr und älter
					1/2 bis unter 1 Jahr		1 Jahr und älter		
					trächtig	nicht trächtig	trächtig	nicht trächtig	
1960 ¹⁾	14 378,2	4 193,8	6 748,8	1 999,6	214,7	126,0	621,2	434,2	39,9
1961 ¹⁾	15 451,9	4 598,4	7 252,0	2 002,4	252,8	139,3	699,3	464,7	43,1
nach Ländern (1961)									
Schlesw.-Holst.	1 410,9	454,2	669,2	119,6	31,9	14,0	73,8	43,0	5,1
Hamburg	26,7	5,6	10,3	8,9	0,4	0,3	0,6	0,5	0,0
Niedersachsen	4 386,9	1 392,9	2 013,4	484,3	78,4	42,2	218,2	145,9	11,6
Bremen	17,9	4,0	8,5	3,5	0,4	0,2	0,7	0,5	0,0
Nordrh.-Westf.	2 582,3	726,1	1 158,8	428,2	49,8	27,8	114,4	70,7	6,5
Hessen	1 152,5	297,6	547,9	203,3	16,1	10,3	44,7	29,2	3,4
Rheinld.-Pfalz	772,7	176,0	412,4	123,0	10,6	6,3	26,0	16,5	1,6
Baden-Württg.	1 671,6	491,7	788,9	222,0	23,5	14,4	71,4	54,9	4,9
Bayern	3 367,7	1 036,6	1 607,9	400,3	40,9	23,2	147,2	101,8	9,7
Saarland	62,8	13,8	34,6	9,0	0,7	0,6	2,2	1,7	0,2

1) Vorläufiges Ergebnis.- 2) Einschl. der zur Mast aufgestellten Sauen und kastrierten Eber.

Milcherzeugung und -verwendung
Bundesgebiet ohne Berlin

Jahr Monat	Milchkühe 1)	Milcherzeugung			Milchverwendung			Milch bei den Molkereien 2)			
		1000	kg	je Kuh täglich	insgesamt	an Molkereien und Händler geliefert	vH 5)	Trinkmilch- absatz 3)	Butter	Herstellung von Käse	Speisequark 4)
1957 MD	5 684,4	255	8,4	1 448,2	1 009,3	69,7	
1958 MD	5 612,4	267	8,8	1 498,1	1 075,8	71,8	
1959 MD	5 599,3	275	9,0	1 541,4	1 127,8	73,2	
1960 MD	5 669,8	283	9,3	1 604,1	1 195,0	74,5	233,8	33 836	13 629	10 447	
1959 Okt.	5 599,3	244	7,9	1 368,2	971,2	71,0	252,9	26 521	14 509	9 815	
Nov.	5 599,3	233	7,8	1 302,5	905,6	69,5	223,4	25 484	13 173	9 228	
Dez.	5 599,3	249	8,0	1 392,3	993,4	71,4	232,2	28 434	13 438	8 101	
1960 Jan.	5 671,5	258	8,3	1 463,0	1 058,3	72,5	221,5	30 432	13 857	8 618	
Febr.	5 671,5	258	8,9	1 460,6	1 061,6	72,7	225,0	30 635	13 052	9 920	
März	5 671,5	296	9,5	1 678,3	1 254,9	74,8	245,1	35 954	13 832	11 749	
April	5 671,5	307	10,2	1 740,3	1 309,5	75,3	234,5	37 288	13 043	12 371	
Mai	5 671,5	342	11,0	1 941,2	1 505,9	77,6	248,0	42 554	14 280	13 455	
Juni	5 671,5	322	10,7	1 828,1	1 400,0	76,6	241,8	37 221	12 735	11 994	
Juli	5 669,8	312	10,0	1 770,4	1 354,3	76,5	240,7	37 022	13 811	10 911	
Aug.	5 669,8	292	9,4	1 657,7	1 248,0	75,3	237,3	34 963	13 735	10 031	
Sept.	5 669,8	263	8,8	1 490,8	1 100,0	73,8	230,3	31 021	13 877	9 056	
Okt.	5 669,8	255	8,2	1 448,3	1 065,7	73,6	231,0	30 828	14 643	9 272	
Nov.	5 669,8	239	8,0	1 353,8	967,2	71,5	228,6	28 063	13 425	9 498	
Dez.	5 669,8	250	8,1	1 417,0	1 014,4	71,6	221,3	30 046	13 253	8 529	
1961 Jan.	5 797,2	258	8,3	1 493,5	1 082,6	72,5	221,9	32 266	13 783	9 237	
Febr.	5 797,2	252	9,0	1 461,1	1 058,4	72,4	

1) Bestand Dezember des Vorjahres.- 2) Quelle: Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Bonn.- 3) Ohne Versand nach Berlin; Vollmilch einschl. sterilisierter Milch.- 4) Einschl. Schichtkäse und ab Juli 1953 einschl. Frischkäse.- 5) vH der Erzeugung.

Gewerbliche Schlachtungen
Bundesgebiet ohne Berlin

Jahr Monat	Tiere inländischer Herkunft							Tiere ausländischer Herkunft				
	Schlachtmenge		Rinder		Schweine		Sonstige Tiere 3)	Schlacht- menge insgesamt 1)	darunter			
	insgesamt 1)	Schlacht- fette 2)	Schlacht- tungen	Schlacht- menge 1)	Schlacht- tungen	Schlacht- menge 1)	Rinder		Schweine			
							1 000	t	1 000	t	1 000	t
1957 MD	177 200	15 849	238,2	60 835	1 192,3	105 507	10 858	10 099	24,1	6 703	31,1	3 382
1958 MD	184 519	16 856	244,3	63 635	1 284,4	110 594	10 290	12 677	29,8	7 828	47,6	4 840
1959 MD	184 220	17 003	246,9	64 068	1 265,7	109 877	10 275	15 945	34,4	9 077	69,6	6 846
1960 MD	194 803	18 025	259,3	67 475	1 349,4	116 617	10 711	15 213	33,7	8 923	63,6	6 243
1959 Okt.	198 795	17 449	316,4	80 243	1 240,4	108 479	10 073	11 668	15,4	4 161	73,8	7 474
Nov.	198 548	18 076	282,8	72 624	1 301,0	115 484	10 440	15 410	25,5	6 836	88,1	8 549
Dez.	189 533	17 331	254,2	66 186	1 279,7	111 743	11 604	15 991	27,6	7 403	91,0	8 580
1960 Jan.	176 512	16 039	242,6	63 798	1 160,2	102 656	10 058	14 841	31,6	8 407	64,6	6 421
Febr.	180 916	16 865	231,2	60 648	1 276,2	109 851	10 417	13 760	31,8	8 725	48,7	5 032
März	196 638	18 139	257,4	67 722	1 360,8	117 412	11 504	13 599	37,7	10 096	30,9	3 496
April	184 725	17 192	232,1	61 191	1 309,9	112 163	11 371	12 492	33,0	8 781	35,2	3 703
Mai	212 798	20 059	262,1	68 879	1 520,1	131 610	12 309	13 239	35,4	9 361	37,5	3 854
Juni	185 737	17 416	235,0	61 859	1 312,7	113 657	10 221	14 546	38,5	10 079	42,9	4 367
Juli	183 197	17 037	242,3	62 819	1 276,9	110 506	9 872	13 688	34,6	9 017	46,0	4 620
Aug.	214 838	20 026	284,6	73 246	1 503,8	130 067	11 525	16 448	37,7	9 811	68,1	6 588
Sept.	192 904	17 593	275,1	70 440	1 305,7	112 468	9 996	15 723	32,3	8 487	73,7	7 142
Okt.	214 160	19 693	301,6	77 440	1 462,4	126 310	10 410	17 232	31,6	8 251	96,1	8 900
Nov.	205 488	18 738	293,1	75 610	1 381,0	119 617	10 261	18 597	29,6	7 836	112,7	10 673
Dez.	189 726	17 503	254,5	66 052	1 322,6	113 081	10 593	18 398	30,7	8 224	106,4	10 124
1961 Jan.	208 431	19 165	277,8	73 602	1 446,5	123 447	11 382	12 460	28,5	7 782	48,2	4 663
Febr.	182 552	16 832	242,7	64 399	1 284,0	108 492	9 661	13 886	27,2	7 491	65,0	6 375

1) Die Gesamtschlachtmenge stellt den Anfall an Fleisch (ohne Innereien) und an Schlachtfett dar.- 2) Reinfettwert; es wurde ein Ausbeutesatz bei Rindern von 3,16 vH, bei Schweinen von 13,2 vH der Schlachtmenge zu Grunde gelegt.- 3) Kälber, Schafe, Ziegen, Pferde.

Fangergebnisse der deutschen Hochsee- und Küstenfischerei

Jahr Monat	Insgesamt		Dampferhochseefischerei		Große Heringfischerei		Kleine Hochsee- u. Küstenfischerei	
	t	1 000 DM	t	1 000 DM	t	1 000 DM	t	1 000 DM
1957 MD	57 149	20 955	37 242	14 558	6 261	2 852	13 646	3 668
1958 MD	54 260	23 692	34 707	16 829	6 118	2 957	13 435	3 905
1959 MD	56 460	23 030	35 889	16 720	6 325	2 487	14 245	3 823
1960 MD	49 387	21 308	31 909	15 546	5 773	2 187	11 704	3 575
1959 Okt.	63 895	28 282	39 261	20 274	9 576	3 834	15 057	4 174
Nov.	45 822	24 526	28 577	19 015	4 297	1 721	12 949	3 791
Dez.	40 718	20 026	31 658	16 613	3 074	1 230	5 986	2 183
1960 Jan.	39 968	18 723	30 416	16 222	107	54	9 444	2 448
Febr.	53 450	21 993	37 419	18 000	2 238	911	13 793	3 081
März	50 711	21 930	38 614	17 642	3 798	1 289	8 299	2 999
April	45 075	20 006	35 448	16 470	4 197	1 134	5 430	2 402
Mai	40 034	16 100	26 201	11 227	4 194	1 179	9 640	3 694
Juni	39 137	16 104	23 360	10 676	5 765	2 165 ^{a)}	10 013	3 263
Juli	54 460	20 830	29 790	13 098	9 341	3 753 ^{a)}	15 128	3 979
Aug.	73 082	27 356	42 751	18 772 ^{a)}	10 297	4 055 ^{a)}	20 034	4 528
Sept.	64 839	26 073	38 104	17 590	9 306	3 670 ^{a)}	17 429	4 813
Okt.	52 207	24 315	30 170	16 122	9 337	3 740 ^{a)}	12 700	4 452
Nov.	45 145	23 035	27 281	16 199	6 735	2 707 ^{a)}	11 129	4 129
Dez.	34 538	19 229	23 158	14 534	3 965	1 586 ^{a)}	7 415	3 109
1961 Jan.	32 039	18 864	25 192	15 875	1 50	59	6 717	2 931
Febr.	35 446	20 081	26 871	15 921	1 901	780	6 674	3 380

a) Vorläufiges Ergebnis.

Zum Aufsatz: „Seefischerei und Versorgung mit Seefischen 1960“ in diesem Heft

Gesamtanlandungen nach Fischereibetriebsarten

Monat Jahr	Dampferhochseefischerei			Große Hering- (Logger-) fischerei 1)			Kleine Hochsee- und Küstenfischerei			Insgesamt	
	t	vH	1 000 DM	t	vH	1 000 DM	t	vH	1 000 DM	t	1 000 DM
1960 Jan.	30 416	76,1	16 191	107	0,3	54	9 444	23,6	2 448	39 968	18 692
Febr.	37 419	70,0	17 996	2 238	4,2	911	13 795	25,8	3 081	53 450	21 989
März	38 614	76,1	17 619	3 798	7,5	1 289	8 299	16,4	2 999	50 711	21 908
April	35 448	78,6	16 463	4 197	9,3	1 134	5 430	12,0	2 402	45 075	19 999
Mai	26 201	65,4	11 227	4 194	10,5	1 179	9 640	24,1	3 694	40 034	16 100
Juni	23 360	59,7	10 680	5 765	14,7	2 165	10 013	25,6	3 263	39 137	16 109
Juli	29 990	55,1	13 098	9 341	17,2	3 753	15 128	27,8	3 979	54 460	20 830
Aug.	42 803	58,5	18 796	10 297	14,1	4 055	20 034	27,4	4 528	73 134	27 380
Sept.	38 104	58,8	17 590	9 306	14,4	3 670	17 429	26,9	4 813	64 839	26 073
Okt.	30 429	58,0	16 255	9 337	17,8	3 740	12 700	24,2	4 452	52 466	24 448
Nov.	27 281	60,4	16 199	6 735	14,9	2 707	11 129	24,7	4 129	45 145	23 035
Dez.	23 158	67,1	14 530	3 965	11,5	1 586	7 415	21,5	3 109	34 538	19 225
Zusammen	383 222	64,6	186 646	69 280	11,7	26 244	140 453	23,7	42 898	592 956	255 787
dagegen 1959	430 671	63,6	200 638	75 903	11,2	29 840	170 941	25,2	45 876	677 516	276 354

1) Einschl. Anlandungen durch Logger, die im Frischheringsfang eingesetzt waren; die Erlöse der Großen Heringfischerei sind vorläufiges Ergebnis.

Gesamtanlandungen nach wichtigsten Fischarten

Monat Jahr	Hering	Kabeljau, Dorsch	Schellfisch	Seelachs	Rotbarsch	Scholle	Krabben und Krebse	Sonstiges	Insgesamt
1960 Jan.	6 193	7 687	422	4 026	13 575	241	2	7 591	39 968
Febr.	12 926	9 443	811	6 615	15 752	499	2	7 028	53 450
März	10 042	11 862	1 797	6 093	14 083	359	59	6 095	50 711
April	4 939	8 123	2 866	4 224	15 968	181	560	8 127	45 075
Mai	5 462	8 151	483	4 378	12 939	379	563	7 389	40 034
Juni	6 692	12 083	140	3 447	5 630	472	843	9 742	39 137
Juli	22 090	6 170	302	2 743	12 145	364	4 506	5 953	54 460
Aug.	41 462	7 679	458	2 755	9 862	435	4 391	5 830	73 134
Sept.	35 669	5 394	387	2 270	9 400	399	5 894	5 348	64 839
Okt.	21 381	3 095	400	3 428	11 359	288	4 875	7 593	52 466
Nov.	11 064	4 351	587	3 814	12 702	324	2 199	9 712	45 145
Dez.	6 699	5 278	460	4 343	9 235	210	265	7 241	34 538
Zusammen	184 621	89 317	9 112	48 135	142 650	4 150	24 160	87 648	592 956
dagegen 1959	260 139	74 917	10 375	48 833	141 379	3 796	25 798	112 281	677 516

Gesamtanlandungen nach Fanggebieten

Monat Jahr	Nordsee	Kanal	Westbrit. Gewässer	Ostsee	Katte- gat 1)	Island	Norweg. Küste	Barents- see	Bären- insel	Grönland	Färöer	Neu- fundland	Labrador	Misch- reisen und sonst. Fang.	Insgesamt
1960 Jan.	10 051	-	21	2 722	41	6 924	3 577	-	-	2 054	185	-	11 915	2 479	39 968
Febr.	17 708	-	-	3 550	122	5 237	6 711	-	-	7 084	-	-	10 939	2 099	53 450
März	14 664	-	-	3 585	108	5 141	9 297	-	-	6 699	-	248	9 750	1 219	50 711
April	12 215	-	-	2 797	22	6 810	7 294	-	-	8 665	-	178	3 610	3 484	45 075
Mai	10 351	-	-	4 644	14	9 975	1 344	1 988	-	6 897	-	-	-	4 821	40 034
Juni	14 150	-	-	2 360	24	10 471	-	-	-	9 519	236	-	-	2 378	39 137
Juli	29 076	-	-	2 969	28	14 264	-	-	-	6 742	69	-	-	1 312	54 460
Aug.	45 060	-	307	2 814	30	15 084	-	-	-	3 622	316	-	-	5 901	73 134
Sept.	42 446	-	111	2 723	29	10 325	436	-	-	3 414	61	-	-	5 294	64 839
Okt.	28 068	-	1 413	2 473	85	7 705	1 643	-	-	4 660	538	-	406	5 474	52 466
Nov.	19 496	3	244	2 807	38	4 454	2 496	220	-	4 587	2 067	5 659	-	3 075	45 145
Dez.	7 683	3 975	-	2 138	64	6 178	3 091	76	-	4 445	915	563	1 268	4 142	34 538
Zusammen	250 968	3 978	2 095	35 581	605	102 567	35 888	2 284	-	68 387	4 387	6 648	37 889	41 678	592 956
dagegen 1959	340 649	13 059	9 651	33 654	552	99 173	36 003	-	424	48 060	8 512	8 900	34 008	44 872	677 516

1) Einschl. Skagerrak.

Rechtspflege

**Zum Aufsatz: „Tatermittlung und Strafverfolgung in Bund und Ländern“ in diesem Heft
Straftaten, Täter und Verurteilte in den Ländern 1954 bis 1959**

Jahr	Straftaten				Täter		Abgeurteilte		Verurteilte	
	bekanntgewordene		aufgeklärte		Anzahl	auf 1 000 Einwohner	Anzahl	auf 1 000 Einwohner	Anzahl	auf 1 000 Einwohner
	Anzahl	auf 1 000 Einwohner	Anzahl	auf 1 000 Einwohner						
Schleswig-Holstein										
1954	67 841	29,2	52 683	22,7	47 799	20,6	18 614	8,0	14 788	6,4
1955	66 953	29,3	51 985	22,8	47 529	20,8	18 668	8,2	15 782	6,9
1956	73 417	32,5	57 270	25,4	51 590	22,9	19 420	8,6	16 490	7,3
1957	65 256	29,0	47 245	21,0	44 039	19,6	22 160	9,8	18 800	8,4
1958	68 413	30,2	48 523	21,4	45 537	20,1	20 240	8,9	17 536	7,7
1959	74 331	32,7	51 530	22,6	48 708	21,4	22 062	9,7	19 487	8,6
Hamburg										
1954	61 222	36,6	39 411	23,6	40 500	24,2	19 311	11,5	12 568	7,5
1955	67 988	39,9	44 368	26,1	43 907	25,8	19 298	11,3	13 861	8,1
1956	72 903	42,1	44 045	25,4	43 763	25,3	18 680	10,8	13 247	7,7
1957	72 131	41,0	37 824	21,5	40 793	23,2	19 627	11,2	13 578	7,7
1958	75 167	42,1	38 611	21,6	39 195	21,9	19 131	10,7	13 233	7,4
1959	79 947	44,2	40 876	22,6	39 865	22,1	18 790	10,4	13 032	7,2
Niedersachsen										
1954	141 277	21,6	89 785	13,7	91 542	14,0	68 181	10,4	53 822	8,2
1955	153 714	23,6	99 610	15,3	98 383	15,1	70 540	10,8	59 296	9,1
1956	157 221	24,2	100 990	15,6	103 591	16,0	71 143	11,0	60 857	9,4
1957	162 387	25,1	101 706	15,7	106 062	16,4	75 694	11,7	65 740	10,1
1958	168 852	26,0	102 364	15,8	106 054	16,3	70 854	10,9	61 590	9,5
1959	179 031	27,5	107 360	16,5	108 883	16,7	69 936	10,7	60 843	9,3
Bremen										
1954	31 047	52,5	20 304	34,3	17 741	30,0	9 082	15,3	6 781	11,5
1955	35 499	58,5	23 516	38,8	18 565	30,6	8 126	13,4	6 415	10,6
1956	38 026	61,0	23 824	38,2	19 514	31,3	8 291	13,3	6 582	10,6
1957	39 064	60,6	22 347	34,7	18 813	29,2	9 149	14,2	7 491	11,6
1958	37 922	57,1	21 988	33,1	19 041	28,7	8 811	13,3	7 337	11,0
1959	35 085	51,8	19 873	29,3	18 896	27,9	9 822	14,5	8 149	12,0
Nordrhein-Westfalen										
1954	387 476	27,7	252 440	18,0	238 018	17,0	174 620	12,5	137 148	9,8
1955	402 396	28,1	255 053	17,8	241 089	16,9	177 455	12,4	146 195	10,2
1956	435 034	29,8	270 091	18,5	252 462	17,3	182 429	12,5	153 197	10,5
1957	447 562	30,1	251 442	16,9	237 998	16,0	189 561	12,7	160 828	10,8
1958	468 607	30,8	255 199	16,8	238 727	15,7	182 168	12,0	155 701	10,2
1959	604 445	39,1	366 430	23,7	349 713	22,6	188 256	12,2	162 396	10,5
Hessen										
1954	115 826	26,4	90 826	20,7	90 978	20,7	54 103	12,3	44 994	10,3
1955	115 451	26,1	87 477	19,7	86 204	19,5	49 571	11,2	43 434	9,8
1956	123 242	27,5	92 057	20,5	89 672	20,0	51 436	11,5	45 370	10,1
1957	132 431	29,2	90 863	20,0	91 204	20,1	52 124	11,5	46 366	10,2
1958	135 072	29,4	94 681	20,6	93 037	20,2	49 933	10,9	43 871	9,5
1959	147 170	31,6	103 778	22,5	102 207	22,0	51 199	11,0	44 611	9,6
Rheinland-Pfalz										
1954	82 493	26,2	64 776	20,6	71 152	22,6	42 647	13,6	35 623	11,3
1955	89 384	28,0	69 952	21,9	76 093	23,9	42 086	13,2	36 563	11,5
1956	93 330	28,9	72 174	22,4	79 152	24,5	42 311	13,1	37 205	11,5
1957	95 772	29,3	72 382	22,2	79 648	24,4	43 395	13,3	38 055	11,6
1958	98 094	29,6	74 282	22,4	80 821	24,4	42 800	12,9	37 151	11,2
1959	103 160	30,8	77 219	23,0	83 556	24,9	43 415	12,9	37 859	11,3
Baden-Württemberg										
1954	226 479	33,7	177 676	26,4	181 341	27,0	93 812	13,9	82 260	12,2
1955	234 170	34,1	183 693	26,7	186 549	27,1	100 877	14,7	91 318	13,3
1956	242 631	34,6	185 578	26,4	189 437	27,0	102 795	14,6	93 693	13,3
1957	246 376	34,4	184 404	25,7	191 205	26,7	103 104	14,4	94 232	13,2
1958	251 036	34,4	189 265	25,9	194 442	26,6	105 433	14,4	96 394	13,2
1959	251 944	33,9	188 150	25,3	195 005	26,2	108 978	14,7	99 572	13,4
Bayern										
1954	326 946	36,0	275 195	30,3	281 027	31,0	135 121	14,9	114 211	12,6
1955	339 781	37,5	284 561	31,4	287 106	31,7	134 079	14,8	117 763	13,0
1956	322 446	35,5	262 176	28,9	265 315	29,2	135 584	14,9	120 149	13,2
1957	330 321	36,2	263 807	28,9	265 594	29,1	133 641	14,6	118 910	13,0
1958	323 521	35,2	257 488	28,0	259 057	28,2	130 459	14,2	116 362	12,7
1959	346 562	37,3	274 247	29,6	271 304	29,2	132 877	14,3	119 132	12,8
Saarland										
1957	25 097	25,3	19 348	19,5	17 831	18,0	6 241	6,3	6 217	6,3
1958	27 841	27,7	22 356	22,3	19 130	19,1	8 582	8,5	8 048	8,0
1959	31 225	30,6	25 410	24,9	22 281	21,8	7 939	7,8	7 386	7,2
Berlin (West)										
1954	64 040	29,1	41 818	19,0	46 293	21,1	23 801	10,8	18 109	8,2
1955	69 974	31,9	43 883	20,0	48 877	22,3	29 498	13,5	23 761	10,8
1956	72 425	32,9	42 490	19,3	46 066	20,9	26 956	12,2	22 545	10,2
1957	69 301	31,0	36 496	16,3	37 063	16,6	32 489	14,5	27 816	12,5
1958	72 040	32,3	36 895	16,6	37 960	17,0	30 391	13,6	25 442	11,4
1959	98 390	44,2	59 040	26,5	56 631	25,4	28 160	12,7	23 228	10,4
Bundesgebiet einschl. Berlin (West)										
1954	1 504 647	29,7	1 104 914	21,8	1 106 391	21,8	639 309	12,6	520 320	10,3
1955	1 575 310	30,8	1 144 098	22,4	1 134 302	22,2	650 228	12,7	554 416	10,8
1956	1 630 675	31,5	1 150 695	22,3	1 140 562	22,1	659 076	12,7	569 364	11,0
1957	1 685 698	31,6	1 127 864	21,1	1 130 250	21,2	687 214	12,9	598 059	11,2
1958	1 726 565	31,9	1 141 652	21,1	1 133 001	21,0	668 819	12,4	582 681	10,8
1959	1 951 290	35,7	1 313 913	24,0	1 297 049	23,7	681 463	12,5	595 724	10,9

1) Ohne Saarland.

noch: Besondere Straffälligkeit nach Hauptdeliktgruppen in den Ländern 1954 bis 1959
Verurteilte auf 100 000 strafmündige Einwohner

Jahr Jahres- durchschnitt	Schleswig- Holstein	Hamburg	Nieder- sachsen	Bremen	Nordrhein- Westfalen	Hessen	Rheinland- Pfalz	Baden- Württemberg	Bayern	Bundes- gebiet- (o.Saarland und Berlin)	Berlin (West)
I. Gegen Staat, öffentliche Ordnung - außer Flucht nach Verkehrsunfall - und im Amte (§§ 49a und b, 80-168 und 331-359, außer 142 StGB)											
1954	32,8	33,5	40,4	76,6	43,4	57,1	45,2	66,6	82,6	54,4	39,4
1955	28,1	25,3	44,2	57,4	46,1	54,1	48,2	63,5	80,4	54,1	50,6
1956	30,2	22,5	42,3	47,7	44,6	50,2	47,5	66,9	79,8	53,2	42,2
1957	29,8	25,1	41,2	54,8	48,3	52,8	52,5	60,6	76,9	53,5	56,4
1958	29,3	27,6	40,5	56,3	49,7	53,8	58,9	62,2	75,2	54,3	56,5
1959	31,9	27,3	38,3	57,5	49,8	48,1	54,7	66,5	69,7	53,0	47,6
1954-1959	30,4	26,8	41,2	58,2	47,1	52,6	51,2	64,4	77,4	53,7	49,0
II. Wider die Sittlichkeit (§§ 173-184 StGB)											
1954	21,5	34,5	24,2	34,6	30,1	39,8	31,5	41,8	46,6	34,8	29,4
1955	22,7	33,0	25,6	31,0	31,5	35,9	40,5	45,1	42,5	35,3	35,7
1956	21,9	32,9	26,1	41,2	32,7	33,2	34,2	44,2	41,4	34,8	32,6
1957	25,9	30,6	25,8	35,7	33,8	31,3	33,9	47,6	41,1	35,4	35,4
1958	25,6	28,1	26,2	36,0	32,3	29,4	36,5	43,9	39,6	34,1	35,0
1959	29,2	31,7	24,2	38,7	36,5	28,3	37,7	50,3	42,2	36,8	33,2
1954-1959	24,4	31,8	25,4	36,3	32,9	32,9	35,7	45,6	42,2	35,2	33,6
III. Andere gegen die Person - außer im Straßenverkehr - (§§ 169-172, 185-241, außer 222, 230 i.Vbdg. mit Verkehrsunfall StGB)											
1954	74,6	59,1	94,8	109,6	117,9	121,5	158,0	171,5	168,0	130,2	63,0
1955	81,7	59,5	109,8	114,0	113,9	112,7	164,9	188,8	175,0	134,8	90,5
1956	84,0	60,9	110,2	107,6	114,3	122,1	160,0	177,0	181,1	135,0	87,2
1957	87,8	63,5	116,9	104,7	116,5	128,7	179,2	188,2	188,2	141,5	89,5
1958	88,8	62,5	117,7	92,8	116,2	121,9	179,2	199,6	181,0	141,0	93,7
1959	92,9	62,0	110,9	98,2	119,7	117,5	174,4	222,6	175,4	143,0	103,1
1954-1959	84,9	61,3	110,1	104,3	116,4	120,8	169,3	191,6	178,1	137,6	88,0
IV. Diebstahl und Unterschlagung (§§ 242-248 StGB)											
1954	178,3	271,9	187,1	366,6	241,7	219,5	221,7	222,5	227,4	225,5	251,1
1955	180,1	270,8	199,3	324,3	241,4	205,0	216,5	231,1	217,6	224,5	352,6
1956	183,9	247,8	199,9	305,2	236,9	219,3	221,1	234,0	230,9	226,9	281,9
1957	221,7	284,7	228,6	317,6	260,0	229,8	248,4	237,1	240,4	245,6	341,6
1958	202,1	279,5	210,9	351,9	259,0	227,8	230,1	245,4	226,9	240,0	308,1
1959	224,6	261,7	201,2	364,7	251,4	213,9	222,6	234,2	215,4	231,6	302,6
1954-1959	198,4	269,4	204,5	358,3	248,5	214,2	226,7	234,2	226,4	232,4	306,5
V. Raub und Erpressung (§§ 249-256 StGB)											
1954	1,3	4,0	2,3	4,1	3,3	3,1	2,3	3,1	3,4	3,0	4,2
1955	1,1	4,0	2,5	3,4	4,2	3,1	2,3	3,8	3,4	3,5	4,2
1956	1,3	4,5	3,1	5,2	4,2	3,4	3,8	3,8	3,6	3,7	4,9
1957	3,3	6,8	3,4	6,4	5,3	3,5	3,2	4,1	4,4	4,4	5,4
1958	2,6	5,7	3,4	5,7	6,0	3,4	3,5	4,2	4,1	4,5	6,3
1959	1,7	8,3	2,9	4,9	5,7	4,3	3,2	4,2	4,1	4,5	5,4
1954-1959	1,9	5,6	2,9	4,9	4,8	3,5	3,2	3,9	3,9	3,9	5,1
VI. Andere Vermögensdelikte (§§ 257-305 StGB)											
1954	115,6	136,9	127,1	230,5	151,0	149,9	178,0	178,6	209,4	162,9	137,0
1955	108,1	148,6	125,8	187,4	142,6	137,5	162,0	182,3	193,6	155,3	187,4
1956	114,8	123,6	136,4	170,8	154,9	145,9	174,3	185,9	209,5	164,5	166,9
1957	122,7	131,8	144,7	173,5	162,2	149,0	192,8	201,8	216,6	173,5	171,3
1958	107,5	136,3	147,4	181,1	163,8	148,0	191,6	214,9	221,8	176,5	201,1
1959	130,2	137,3	149,3	189,2	167,8	144,6	191,9	215,5	205,3	175,9	184,8
1954-1959	116,5	135,7	138,4	188,2	157,2	145,8	181,8	196,8	209,4	168,2	175,0
VII. Gemeingefährliche - außer im Straßenverkehr - (§§ 306-330a, außer 315a, 316 Abs.2 und 330a i.Vbdg. mit Verkehrsunfall StGB)											
1954	32,9	18,8	21,9	27,5	22,0	22,2	27,9	31,0	37,5	27,0	30,1
1955	23,3	16,8	20,9	23,5	19,9	21,9	24,3	31,3	36,8	25,3	39,4
1956	23,1	18,0	23,3	22,9	21,9	29,0	33,0	38,9	40,0	29,1	37,0
1957	24,0	22,9	22,6	25,9	20,4	28,6	30,6	35,7	37,6	27,7	48,4
1958	23,5	19,0	26,5	26,8	19,8	27,8	28,0	33,5	35,9	27,0	34,1
1959	28,8	16,3	30,6	28,6	22,1	30,1	35,7	35,7	38,5	29,8	34,9
1954-1959	25,9	18,6	24,3	25,9	21,0	26,6	29,9	34,4	37,7	27,7	37,3
VIII. Im Straßenverkehr (§§ 142, 315a, 316 Abs.2; 222, 230, 330a i.Vbdg. mit Verkehrsunfall StGB) und nach dem StVG)											
1954	275,3	179,7	433,1	343,4	474,5	551,9	578,5	632,8	533,2	493,9	293,8
1955	328,4	241,8	513,8	378,5	548,8	537,1	578,1	719,6	600,9	555,0	372,3
1956	351,5	298,1	537,6	421,6	579,5	538,7	591,5	729,9	619,7	574,8	394,2
1957	439,9	240,5	595,9	569,0	617,0	550,4	596,8	729,6	614,4	600,0	552,7
1958	385,6	224,7	515,2	467,3	542,9	477,9	537,3	672,7	566,4	536,0	431,9
1959	437,2	208,6	522,5	552,4	573,5	491,9	565,0	630,5	601,5	561,0	447,5
1954-1959	369,5	222,4	519,6	458,0	556,8	524,3	574,5	696,2	589,5	553,7	399,5
IX. Nach anderen Bundes- und Landesgesetzen (außer StGB und StVG)											
1954	71,5	139,2	110,1	188,2	113,7	88,0	154,4	164,8	268,1	149,0	120,4
1955	89,3	144,3	100,6	146,0	96,2	82,4	172,2	167,9	263,2	143,2	129,8
1956	92,4	132,9	89,8	134,0	85,3	80,1	151,4	151,7	228,9	127,9	133,6
1957	81,9	104,2	97,0	128,4	73,2	83,9	134,3	135,9	208,2	116,8	133,9
1958	96,0	90,6	103,8	128,3	83,2	90,2	166,6	178,4	235,1	134,2	132,6
1959	83,9	95,0	94,2	131,3	81,5	108,2	161,2	162,9	259,2	135,4	121,2
1954-1959	85,8	117,3	99,2	141,9	88,6	88,9	156,7	160,2	243,8	134,3	120,0
Verbrechen und Vergehen insgesamt											
1954	804	878	1 041	1 381	1 198	1 253	1 398	1 513	1 576	1 281	968
1955	863	944	1 143	1 265	1 245	1 190	1 410	1 633	1 613	1 331	1 263
1956	903	881	1 169	1 266	1 274	1 222	1 417	1 632	1 635	1 350	1 182
1957	1 037	910	1 276	1 416	1 337	1 258	1 472	1 641	1 628	1 398	1 435
1958	961	874	1 192	1 346	1 273	1 180	1 432	1 655	1 586	1 347	1 299
1959	1 061	848	1 174	1 465	1 308	1 187	1 446	1 682	1 611	1 371	1 180
1954-1959	938	889	1 166	1 356	1 273	1 215	1 429	1 627	1 608	1 347	1 223
Verbrechen und Vergehen ohne Vergehen im Straßenverkehr (I bis VII + IX)											
1954	528	698	608	1 038	723	701	819	880	1 043	787	675
1955	534	702	629	887	696	653	832	914	1 013	776	890
1956	552	643	631	835	695	683	825	902	1 015	775	787
1957	597	670	680	847	720	708	875	911	1 013	798	882
1958	575	649	676	879	730	702	894	982	1 020	811	867
1959	623	640	652	913	734	695	881	992	1 010	810	833
1954-1959	568	667	646	898	717	690	855	931	1 019	793	823

Industrie und Handwerk

Beschäftigte, Umsatz, Kohle- und Stromverbrauch der Industrie¹⁾

Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten

Jahr Monat Land	Am Monatsende				Geleistete Arbeiter- stunden Mill. Std.	Bruttosumme der		Umsatz 2)	
	Erfaste Be- triebe (ortl. Einheiten)	Beschäftigte		Löhne		Gehälter	insgesamt	darunter Auslands- umsatz 3)	
		insgesamt	darunter Arbeiter						
Anzahl	1 000		Mill. DM						
<u>Bundesgebiet (ohne Saarland und Berlin)</u>									
1954 D ⁴⁾	50 784	6 062	5 070	960	1 624	503	11 745	1 543	
1957 bzw. 1958 MD	52 609	7 221	5 984	1 052	2 284	752	16 629	2 532	
1959 MD	52 257	7 273	5 979	1 031	2 413	835	17 089	2 572	
1959 MD	52 081	7 301	5 949	1 019	2 525	913	18 638	2 813	
<u>Bundesgebiet ohne Berlin</u>									
1959 D ⁴⁾ bzw. MD	52 817	7 477	6 100	1 045	2 563 ^{a)}	924 ^{a)}	18 819 ^{a)}	2 883 ^{a)}	
1960 D	53 178	7 776	6 311	1 079	2 971	1 081	21 516	3 331	
1960 Jan.	52 873	7 568	6 158	1 027	2 653	1 011	18 676	2 925	
Febr.	52 978	7 607	6 189	1 018	2 534	987	19 265	3 133	
März	53 062	7 652	6 229	1 123	2 803	1 014	22 069	3 510	
April	53 102	7 716	6 267	1 060	2 800	1 017	20 301	3 124	
Mai	53 080	7 747	6 288	1 093	2 894	1 034	21 415	3 331	
Juni	53 147	7 757	6 295	1 042	2 974	1 054	20 591	3 246	
Juli	53 194	7 792	6 321	1 046	2 956	1 065	20 977	3 179	
Aug.	53 247	7 843	6 360	1 072	3 116	1 087	21 685	3 257	
Sept.	53 269	7 875	6 381	1 114	3 094	1 099	23 365	3 565	
Okt.	53 312	7 910	6 409	1 108	3 062	1 112	22 932	3 375	
Nov.	53 374	7 953	6 446	1 123	3 302	1 180	23 411	3 566	
Dez.	53 405	7 892	6 388	1 115	3 461	1 308	23 508	3 762	
1961 Jan.	53 965	7 903	6 387	1 096	3 138	1 183	21 872	3 499	
Febr.	54 149	7 926	6 403	1 034	2 899	1 153	21 115	3 337	
<u>nach Ländern (Februar 1961)</u>									
Schlesw.-Holst.	1 504	172	141	24	60	21	492	50	
Hamburg	1 532	232	171	28	80	46	955	142	
Niedersachsen	4 689	709	583	96	260	93	2 151	387	
Bremen	471	104	83	14	39	15	337	68	
Nordrh.-Westf.	16 311	2 852	2 326	374	1 145	424	8 156	1 196	
Hessen	4 711	670	524	85	234	113	1 636	301	
Rheinld.-Pfalz	3 031	361	290	47	125	54	896	141	
Baden-Württbg.	10 552	1 435	1 150	186	494	205	3 449	543	
Bayern	10 697	1 217	986	159	384	156	2 677	371	
Saarland	651	175	149	23	77	25	366	138	
<u>Berlin (West)</u>									
1961 Febr.	3 014	317	244	37	91	50	700	71	

Jahr Monat Land	Verbrauch an Brennstoffen					Strombezug aus dem öffentlichen Netz Mill. kWh	Strom- verbrauch Mill. kWh	
	Kohle	darunter			Heizöl			Gas
		Steinkohlen u. Steinkohlen- briketts	Steinkohlen- koks	Braunkohlen- briketts- und -koks				
1 000 t-SKE 5)	1 000 t			Mill.cbm	Mill. kWh			
<u>Bundesgebiet (ohne Saarland und Berlin)</u>								
1954 MD	5 403	2 640	1 676	513	114	1 198	2 096	3 828
1957 MD	6 165	2 913	2 195	552	291	1 540	2 850	5 054
1958 MD	5 779	2 814	1 967	523	403	1 498	2 938	5 228
1959 MD	5 706	2 738	2 026	481	529	1 336	3 345	5 620
<u>Bundesgebiet ohne Berlin</u>								
1959 MD	6 185	2 936	2 307	481	530	1 442	3 397	5 800
1960 MD	6 448	2 928	2 596	449	723	1 520	3 840	6 426
1960 Jan.	6 899	3 225	2 690	484	755	1 494	3 580	6 225
Febr.	6 558	3 045	2 569	481	753	1 448	3 522	6 068
März	6 841	3 092	2 762	499	761	1 522	3 838	6 537
April	6 101	2 748	2 499	444	673	1 485	3 666	6 091
Mai	6 208	2 726	2 593	459	645	1 559	3 879	6 388
Juni	5 783	2 560	2 423	406	591	1 481	3 685	6 050
Juli	6 102	2 638	2 590	414	618	1 545	3 867	6 344
Aug.	6 159	2 684	2 590	433	642	1 562	3 941	6 471
Sept.	6 243	2 790	2 569	428	678	1 524	3 990	6 524
Okt.	6 773	3 109	2 660	452	799	1 553	4 092	6 835
Nov.	6 787	3 194	2 597	446	854	1 518	4 006	6 759
Dez.	6 918	3 329	2 606	444	912	1 546	4 021	6 824
1961 Jan.	6 933 ^r	3 244 ^r	2 729	438	1 000	1 565	4 058	6 898 ^r
Febr.	6 164	2 788	2 472	408	883	1 433	3 808	6 357
<u>nach Ländern (Februar 1961)</u>								
Schlesw.-Holst.	58	27	31	0	47	11	62	83
Hamburg	21	11	9	0	51	8	85	98
Niedersachsen	477	180	242	39	110	61	242	463
Bremen	31	9	21	1	22	6	40	46
Nordrh.-Westf.	3 971	1 761	1 601	225	332	1 121	1 822	3 324
Hessen	205	113	50	22	69	37	224	353
Rheinld.-Pfalz	263	147	82	51	51	40	253	425
Baden-Württbg.	270	206	53	16	97	18	467	615
Bayern	389	137	99	53	98	16	364	761
Saarland	480	195	285	0	6	116	50	189
<u>Berlin (West)</u>								
1961 Febr.	34	21	6	10	12	14		63

1) Ohne Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwerke für die öffentliche Versorgung sowie ohne Bauindustrie.- 2) Ohne Umsatz in Handelsware, einschl. Verbrauchsteuern.- 3) Umsätze der Industriebetriebe mit Abnehmern im Ausland (bis Juli 1959 auch im Saarland) sowie - soweit einwandfrei erkennbar - Umsätze mit deutschen Exporteuren.- 4) Für Betriebe und Beschäftigte D aus 12 Monaten.- 5) In Tonnen Steinkohle-Einheiten; 1 t Steinkohle entspricht: 1 t Steinkohlenbriketts, 1 t Steinkohlenkoks, 3 t Rohbraunkohle, 1,5 t Braunkohlenbriketts, 1,5 t Braunkohlenkoks, 2 t tschechischer Hartbraunkohle, 1,5 t bayerischer Pechkohle.- a) Januar bis Juni Bundesgebiet ohne, Juli bis Dezember einschl. Saarland.

Index der industriellen Nettoproduktion

Bundesgebiet (ohne Saarland und Berlin)

1950 = 100

Jahr Monat	Industrie			Bergbau	Verarbeitende Industrie					Energieversorgungsbetriebe			Bau- haupt- gewerbe 5)
	insgesamt	Bau- haupt- gewerbe	ohne Bauhaupt- gew. und Energie- versorg- betriebe		Grund- stoff- u. Produk- tions- güter- industr.	Investi- tions- güter- industr.	Ver- brauchs- güter- industr. 1)	Nahrungs- u. Genuß- mittel- industr.	insgesamt	Elektri- zitäts- erzeugung	Gas- erzeugung	insgesamt	
kalendermonatlich													
1957	202	203	203	146	197	251	185	193	208	210	173	203	176
1958	206	209	209	146	202	269	183	201	215	215	169	205	182
1959	224	224	224	142	228	291	194	206	232	234	169	221	212
1960 4)	249	250	250	146	261	358	211	214	260	260	178	243	222
1960 Jan.	221	223	222	151	230	296	191	181	229	273	194	257	136
Febr.	227	229	228	144	236	313	198	181	237	261	186	246	145
März	258	259	259	154	272	352	227	205	269	268	186	251	223
April	235	235	236	141	251	316	203	192	245	240	170	226	235
Mai	252	252	253	148	270	343	214	207	264	248	170	232	251
Juni	238	238	239	138	256	327	186	212	249	226	161	213	251
Juli	240	239	240	144	268	314	191	207	249	243	166	228	251
Aug.	246	246	247	146	272	317	203	221	257	248	164	231	254
Sept.	264	264	266	143	274	369	231	216	277	259	169	241	250
Okt.	269	270	270	147	274	359	233	251	282	273	182	255	238
Nov.	272	273	273	151	270	368	235	255	285	279	183	259	240
Dez.	268	270	269	151	261	382	221	246	281	302	202	282	194
1961 Jan. 3)	253	256	254	154	263	358	215	199	264	306	212	287	155
Febr. 4)	240	241	241	142	250	343	205	182	251	266	180	249	181
März	268	268	268	155	280	376	229	209	279	291	185	269	243
arbeitstäglich													
1957	203	204	204	147	198	253	186	195	209	210	173	203	177
1958	209	210	210	147	203	271	184	202	216	215	169	206	183
1959	225	225	225	142	228	293	195	207	233	234	169	221	213
1960 4)	249	249	250	146	260	337	211	214	260	259	177	243	222
1960 Jan.	225	227	226	151	232	304	196	184	233	271	190	255	139
Febr.	251	235	232	147	242	317	200	183	240	269	195	254	147
März	243	244	244	147	258	330	213	192	253	257	182	242	209
April	247	247	247	147	261	333	214	202	257	248	172	233	247
Mai	254	254	255	148	271	347	217	209	266	246	166	230	254
Juni	257	257	259	147	274	356	203	229	269	237	163	222	273
Juli	233	233	233	140	261	305	186	201	242	238	163	223	244
Aug.	233	233	234	139	260	298	191	208	243	238	161	222	240
Sept.	258	259	260	141	270	359	225	211	271	258	171	240	243
Okt.	262	263	263	144	268	349	227	244	275	267	178	249	231
Nov.	281	282	282	157	279	381	244	262	294	287	185	267	248
Dez.	261	263	262	147	254	372	215	239	273	295	198	276	189
1961 Jan. 3)	249	252	250	150	258	353	212	195	260	299	208	281	153
Febr. 4)	254	255	255	151	266	361	217	192	265	285	195	267	191
März	261	261	261	151	274	365	223	203	272	284	181	263	236

1) Ohne Nahrungs- und Genussmittelindustrie. - 2) Einschl. Kohlenwertstoffindustrie; einschl. Chemiefasererzeugung. - 3) Vorläufige, z.T. berichtete Zahlen. - 4) Vorläufige Zahlen. - 5) 1960 berichtet, auf Grund der Totalerhebung im Bauhauptgewerbe.

Produktionsindex für Investitions- und Verbrauchsgüter (ohne Nahrungs- und Genußmittel)

Bundesgebiet (ohne Saarland und Berlin)

1950 = 100

arbeitstäglich

Jahr Monat	Investitionsgüter											Elektro- techn.	Sonstige im Index erfaßte	
	insgesamt		Stahl- bauten	Maschinen und maschinelle Anlagen						Kraftfahrzeuge				
	einschl. Personenkraftwagen über 1,5 Ltr.	ohne		ins- gesamt	Landwirt- schaft- liche Maschinen	Metall- bear- beitungs- maschinen	Textil-, Nh-, Schuh- u. Leder-	Maschinen für die Nahrungs- mittel- industrie	sonstige Maschinen und ma- schinelle Anlagen	ins- gesamt	Personen- kraft- wagen über 1,5 Ltr.			Kombi- n., Liefer- u. Lastkraft- wagen ein- schl. Zug- maschinen
1954	180	178	142	171	149	207	113	135	191	197	201	195	192	199
1957	252	244	195	229	186	307	146	178	256	321	344	302	260	271
1958	272	257	197	234	201	281	158	191	266	397	435	365	284	274
1959 2)	288	275	182	244	215	300	134	215	274	445	450	440	310	281
1960 2)	322	304	193	280	234	354	155	258	314	496	532	464	360	294
1960 Jan.	292	272	169	243	223	286	138	179	277	481	525	443	317	274
Febr.	306	286	174	257	247	328	149	204	278	508	546	475	332	283
März	322	300	166	274	268	319	153	242	299	536	566	510	347	293
April	321	302	178	275	267	339	147	238	299	499	537	467	366	297
Mai	332	311	186	283	241	355	158	157	316	530	577	490	370	308
Juni	339	319	200	302	236	374	159	313	343	525	570	485	371	296
Juli	297	279	177	261	224	333	150	247	286	456	512	408	329	272
Aug.	278	270	167	248	190	293	140	267	282	384	377	389	332	267
Sept.	334	312	207	297	223	371	158	276	345	494	585	414	391	287
Okt.	329	310	199	286	227	387	160	265	318	501	545	463	371	301
Nov.	354	338	240	305	230	397	178	293	344	527	540	516	401	329
Dez.	364	350	252	334	230	465	172	312	386	514	518	511	396	320
1961 Jan. 1)	331	312	197	272	240	318	154	217	310	537	551	525	399	291
Febr. 1)	343	324	193	291	279	348	169	251	318	534	568	505	411	311
März 1)	349	328	192	301	289	377	157	259	328	557	587	532	399	305

Jahr Monat	Verbrauchsgüter (ohne Nahrungs- und Genußmittel)											
	insgesamt		Textilien, Bekleidung und Schuhe	Fahrzeuge			Elektrotechnische Verbrauchsgüter					Pharmazent. u. kosmet. Artikel, Wasch- u. Putzmittel
einschl. Personenkraftwagen bis 1,5 Ltr.	ohne	insgesamt		Personen- kraftwagen bis 1,5 Ltr.	Krafträder, Fahrräder	insgesamt	Rundfunk-, Fernseh- und Phonogeräte	Sonstige elektro- technische Verbrauchs- güter	Möbel			
1954	165	160	149	218	271	162	257	147	410	183	144	359
1957	232	221	209	301	476	116	512	327	770	253	187	201
1958	243	228	199	350	593	95	634	406	952	279	204	207
1959 2)	265	243	210	430	743	101	707	442	1 076	295	218	219
1960 2)	298	267	227	560	985	113	808	491	1 251	334	238	239
1960 Jan.	271	243	213	509	901	96	752	462	1 158	268	229	208
Febr.	282	255	222	538	945	111	758	437	1 206	277	239	217
März	300	268	238	591	1 051	128	755	426	1 214	302	253	232
April	299	266	236	594	1 033	130	745	391	1 239	324	233	223
Mai	310	275	242	631	1 099	137	800	452	1 285	335	244	235
Juni	296	261	206	614	1 071	132	840	480	1 344	338	259	236
Juli	244	231	180	340	551	117	732	393	1 207	308	214	217
Aug.	267	239	207	509	902	95	650	420	972	314	210	220
Sept.	324	290	249	614	1 093	110	908	604	1 332	368	242	256
Okt.	325	293	252	582	1 055	105	883	604	1 274	383	243	266
Nov.	352	318	264	627	1 118	110	994	664	1 453	422	259	291
Dez.	366	323	214	586	1 052	95	895	564	1 356	373	237	260
1961 Jan. 1)	311	274	234	632	1 135	102	891	525	1 402	316	252	235
Febr. 1)	313	280	241	596	1 062	104	886	499	1 426	326	252	243
März 1)	320	285	244	619	1 102	110	854	466	1 397	343	254	257

1) Vorläufige Zahlen. - 2) Vorläufige kalendermonatliche Zahlen.

Produktion ausgewählter Erzeugnisse¹⁾

Jahr Monat	Steinkohle, 3) (Förderung), ohne Stockholmer Steinkohle monatlich	Zechenkohls 3)	Braunkohle, roh (Förderung) 3)	Braunkohlen- briketts 3)	Eisenerz (Fe-Inhalt der Förderung)	Absatzfahige Kalisalze (berechnet auf K ₂ O)	Erdoil (roh) 3)	Zement (o. z. Absatz best. Zement- klinker)	Gebrennter Kalk einschl. Sinter- dolomit	
	monatlich	arbeitstägl.	3)	3)	3)	3)	3)	3)	3)	
Bundesgebiet (ohne Saarland und Berlin)										
1954 MD	10 670	422,5	2 671	7 318	1 389	296	135	222	1 302	563
1957 MD 2)	11 096	442,4	3 441	8 068	1 402	402	141	330	1 567	675
1958 MD	11 049	440,5	3 298	7 791	1 370	395	143	369	1 616	656
1959 MD	10 486	415,8	2 894	7 786	1 267	399	153	425	1 904	728
Bundesgebiet ohne Berlin										
1958 MD	12 403	492,0	3 375	7 791	1 370	395	143	369	1 644	681
1959 MD 2)	11 807	469,5	2 994	7 786	1 267	399	153	425	1 932	754
1960 MD	11 857	468,4	3 102	7 981	1 270	417	165	461	2 064	809
1960 Jan.	12 300	492,0	3 188	8 434	1 272	416	173	446	948	597
Febr.	11 721	468,9	2 977	8 004	1 224	409	173	421	1 163	654
März	12 779	473,3	3 104	8 236	1 323	433	188	459	2 164	904
April	11 418	475,7	3 018	7 420	1 132	407	157	457	2 252	815
Mai	11 948	477,9	3 177	7 775	1 238	419	163	476	2 572	896
Juni	11 259	489,5	3 006	6 902	1 099	404	150	453	2 280	817
Juli	11 506	442,6	3 132	7 688	1 305	421	158	473	2 603	881
Aug.	11 720	436,0	3 149	7 778	1 346	420	163	467	2 450	895
Sept.	11 564	444,8	3 063	8 016	1 323	413	161	453	2 365	881
Okt.	11 609	446,5	3 164	8 340	1 370	419	168	473	2 323	854
Nov.	12 553	451,9	3 068	8 369	1 296	419	166	470	2 094	799
Dez.	12 129	468,4	3 176	8 809	1 317	419	158	482	1 612	706
1961 Jan.	12 430	478,1	3 228	9 058	1 382	416	175	493	1 134p	666
Febr. 4)	11 404	475,2	2 887	7 879	1 262	405	171	452	1 600p	717
März 4)	12 681	487,7	3 117	8 554	1 364	430	176	510	2 607	913

1) Ausführliche Angaben über die industrielle Produktion siehe Veroffentlichungsserie "Die Industrie der Bundesrepublik Deutschland" Reihen 2 und 3. - 2) Die Durchschnittswerte werden z.T. aus besonders ermittelten Jahreszahlen und nicht aus den angegebenen Monatszahlen errechnet. - 3) Quelle: Statistik der Kohlewirtschaft e.V. für Kohlensahlen; Wirtschaftsverband Erdoilgewinnung e.V. für Erdoil. - 4) Vorläufige Ergebnisse.

noch: Produktion ausgewählter Erzeugnisse

Jahr Monat	Maschinen für die Bau- wirtschaft 2)	Landwirt- schaftliche Maschinen	Textil- maschinen 3)	Personen- kraftwagen 4) 5) auch dreirädrige	Liefer- und Lastkraft- wagen 4) 6)	Kraftfahrzeuge (über 100 ccm Zyl. Inh.)	Mopeds	Motorroller	Fahrräder (ohne Spiel- fahrräder zweirädrig)	Elektro- motoren und Generatoren 2)
	t			St						
Bundesgebiet (ohne Saarland und Berlin)										
1954 MD	8 783	12 564	5 364	43 183	9 429	19 975	37 329	9 947	74 185	8 677
1957 MD	10 942	19 532	7 011	79 914	13 840	3 159	41 781	7 775	74 334	12 497
1958 MD	12 197	20 578	6 925	98 395	15 066	2 015	32 250	5 458	72 061	12 972
1959 MD	16 588	24 093	6 298	113 027	17 308	1 376	33 880	5 562	85 151	14 142
Bundesgebiet ohne Berlin										
1958 MD	12 502	20 612	6 925	98 395	15 066	2 015	32 250	5 458	72 061	12 972
1959 MD	16 966	24 133	6 298	113 027	17 308	1 376	33 880	5 562	85 151	14 142
1960 MD	20 528r	26 831r	7 462r	139 525	19 180	1 919r	33 949r	6 071r	94 104	16 589r
1960 Jan.	13 797	22 178	6 567	128 112	18 201	1 912	30 854	5 608	62 225	14 243
Febr.	17 747	26 557	7 142	135 294	18 454	2 056	38 081	6 372	73 117	15 317
März	22 908	33 111	7 980	156 158	20 636	2 322	46 179	7 701	102 179	15 987
April	21 394	27 507	6 692	135 976	17 653	1 867	41 326	6 932	102 060	15 670
Mai	23 014	27 635	7 380	151 302	19 645	1 955	44 058	7 649	115 542	16 622
Juni	21 219	24 923	7 051	139 323	19 129	1 810	38 209	6 635	98 896	15 665
Juli	21 686	26 117	7 547	98 395	14 588	2 174	38 101	6 329	95 603	16 070
Aug.	21 579	26 994	7 156	124 962	18 521	1 288	29 341	4 659	92 504	17 126
Sept.	21 719	27 351	7 791	157 908	19 423	2 135	31 775	5 953	106 407	17 851
Okt.	21 226	26 764	7 972	149 260	20 376	1 344	28 625	5 128	107 893	17 503
Nov.	19 509	26 248	8 434	149 194	21 523	2 397	23 473	5 300	94 214	18 019
Dez.	20 693	25 768	8 513	148 416	22 006	2 425	17 469	4 555	78 205	18 783
1961 Jan.	16 617	27 970	7 625	158 062	22 427	1 908	16 689	5 071	69 436	18 921
Febr.	19 730	30 688	7 618	143 500	19 379	2 051	15 794	4 876	75 922	17 652
März	22 645	34 007	7 734	162 230	22 240	2 496	14 282	5 177	95 242	17 914
Jahr Monat	Installations- geräte bis 1 000 V 2)	Elektrische Kühlchränke u. -truhen b 250 l Inh. 2)	Elektrische Meßgeräte u. Normalien 2)	Rundfunk- empfangsgeräte 7)	Fernseh- empfangsgeräte 7)	Augenlinsen aller Art	Fotoapparate (ohne Spezial- kameras)	Armbanduhren	Großuhren (ohne Turmuhr 8)	Haushalt-, Wirtschafts- und Zier- porzellan 9)
	t			1 000 St		1 000 DM		1 000 St		t
Bundesgebiet (ohne Saarland und Berlin)										
1954 MD	2 754	3 661	215	219	11	1 306	16 181	488	1 362	5 571
1957 MD	3 269	5 797	316	249	65	1 524	20 925	627	1 723	6 575
1958 MD	3 361	8 983	338	249	124	1 463	19 422	601	1 721	6 814
1959 MD	3 713	10 555	377	279	150	1 410	20 247	607	1 692	6 680
Bundesgebiet ohne Berlin										
1958 MD	3 384	8 983	338	249	124	1 463	19 422	601	1 721	6 814
1959 MD	3 721	10 555	377	279	150	1 410	20 247	607	1 692	6 680
1960 MD	4 351r	12 527r	453	309	180	1 494r	23 254r	631r	1 846r	6 762r
1960 Jan.	4 052	9 812	375	285	161	1 406	20 222	530	1 565	6 576
Febr.	4 135	11 625	402	304	151	1 463	23 162	603	1 739	6 644
März	4 551	13 324	447	344	157	1 687	25 083	681	2 067	7 177
April	4 030	12 904	424	303	135	1 529	22 139	576	1 744	6 477
Mai	4 347	14 176	470	324	175	1 445	23 450	569	1 865	6 865
Juni	4 203	13 740	451	292	180	1 394	23 065	566	1 665	6 126
Juli	4 208	14 746	426	266	156	1 416	22 749	587	1 825	6 537
Aug.	4 400	10 565	447	293	164	1 402	18 454	543	1 581	6 607
Sept.	4 777	13 367	449	325	229	1 540	26 204	713	1 996	6 720
Okt.	4 620	10 841	504	319	229	1 470	24 154	747	2 043	6 985
Nov.	4 890	12 110	483	337	230	1 574	24 913	753	2 045	6 990
Dez.	4 472	12 916	557	314	198	1 617	25 597	632	1 901	7 199
1961 Jan.	4 895	13 045	484	331	185	1 425	24 253	543	1 859	7 320
Febr.	4 611	13 273	534	313	165	1 506	24 091	558	1 912	6 891
März	4 832	13 954	550	345	170	1 541	26 137	615	2 015	7 355
Jahr Monat	Hohlglas	Getränke- flaschen	Konserven- glas	Leder- straßen- schuhe 10)	Baumwoll- garn 11)	Wollgarn 11) auch gezwirnt	Bastfaser- garn	Anzüge für Männer und Knaben	Fleisch- waren	Zigaretten
	t			1 000 P	t		1 000 St		t	Mill. St.
Bundesgebiet (ohne Saarland und Berlin)										
1954 MD	53 651	30 796	6 646	4 947	30 775	8 774	13 391	306	14 549	3 292
1957 MD	69 973	43 012	6 004	6 738	34 820	10 330	13 757	479	18 389	4 352
1958 MD	80 136	48 729	8 316	6 601	32 726	8 858	12 787	472	18 678	4 581
1959 MD	87 608	53 431	10 205	7 117	33 200	9 389	12 795	499	19 122	4 425
Bundesgebiet ohne Berlin										
1958 MD	80 136	48 729	8 316	6 637	32 726	8 858	12 787	479	19 860	4 733
1959 MD	87 608	53 431	10 205	7 148	33 200	9 389	12 795	508	20 529	4 537
1960 MD	97 102r	63 888r	10 834	7 639r	35 079r	9 794	13 191	554r	21 424r	4 346r
1960 Jan.	93 358	62 591	8 749	7 643	33 995	9 485	13 196	576	19 809	3 857
Febr.	85 386	57 535	6 111	8 276	35 453	9 824	13 467	632	19 118	3 914
März	92 959	61 209	8 210	9 475	40 184	10 934	15 361	724	21 033	4 463
April	88 370	58 062	8 962	7 996	33 890	9 526	13 020	667	19 770	4 028
Mai	95 971	64 818	10 572	8 475	36 531	10 150	15 904	691	20 784	4 521
Juni	90 923	60 915	10 420	4 657	30 822	8 416	12 016	465	21 173	4 740
Juli	99 538	65 780	12 482	5 743	32 728	9 321	11 996	443	21 627	4 431
Aug.	101 288	65 852	14 099	7 780	29 368	9 699	13 215	524	22 037	4 694
Sept.	103 865	66 491	14 676	8 292	38 064	10 114	12 727	605	22 232	4 484
Okt.	105 747	66 811	13 444	7 938	36 729	10 078	12 865	590	22 962	4 385
Nov.	105 853	69 120	11 727	8 017	36 683	10 148	13 010	606	24 502	4 263
Dez.	102 893	68 653	10 582	7 508	36 477	9 831	13 514	578	23 459	4 406
1961 Jan.	104 420	69 172	11 118	8 364	32 266	10 121	13 575	738	20 988	4 419
Febr.	93 846	62 751	9 997	7 929	34 911	9 103	12 861	730	19 951	4 013
März	106 528	69 453	12 736	8 815	38 080	9 974	13 850	869	22 192	4 816

1) Die Durchschnittswerte werden z.T. aus besonders ermittelten Jahreszahlen und nicht aus den angegebenen Monatszahlen errechnet. - 2) Einschl. Zubehör, Einzel- und Ersatzteile. - 3) Einschl. Einzel- und Ersatzteile. - 4) Quelle: Statistik des Verbandes der Automobilindustrie. - 5) Einschl. Kleinomnibusse und Fahrgestelle mit Motor. - 6) Einschl. Kommunalfahrzeuge und Fahrgestelle mit Motor. - 7) Ohne Geradeempfänger, Detektor-Empfangsgeräte, Drahtfunkzusatzrichtungen und UKW-Vorsatzgeräte. - 8) Ohne elektrische Zeitdienstgeräte. - 9) Undekorierete Erzeugnisse. - 10) Ohne Arbeitsschuhe und Sportstiefel. - 11) Auch aus Zellwolle und Mischgarn, ohne Reyon und synthetische Fäden, Handstrick- und Handarbeitsgarn, aber einschl. Garn, das zur Weiterverarbeitung für handelsfertige Aufmachung bestimmt ist. - 12) Vorläufige Ergebnisse.

Steinkohle, Steinkohlenbriketts und -koks Erzeugung, Inlandversorgung

1 000 t (t=t)

Jahr Monat	Steinkohlenförderung		Koks- erzeugung und Brikett- herstellung	Aus Produktion verfügbare Menge	Zum Absatz verfügbar 2)	Halden- bestände 5)	Einfuhr 3)	Ausfuhr	Inlands- versorgung 4)
	inagesamt	abzgl. Ein- satzkohle 1)							
Bundesgebiet (ohne Saarland und Berlin)									
1954 MD	10 670	6 660	3 139	9 799	8 377	2 079	721	2 220	7 016
1957 MD	11 096	5 987	4 054	10 041	8 649	753	1 808	1 965	8 451
1958 MD	11 049	6 244	3 768	10 012	8 601	13 065	1 362	1 748	7 188
1959 MD	10 466	6 226	3 286	9 513	8 134	16 449	.	.	.
Bundesgebiet ohne Berlin									
1960 MD	11 857	7 283	3 538	10 819	9 253	11 500	611	2 403	7 993
1960 Jan.	12 300	7 631	3 637	11 262	9 485	17 098	404	2 506	8 169
Febr.	11 721	7 446	3 273	10 717	9 028	16 349	477	2 378	7 876
Märs	12 779	8 342	3 326	11 665	9 956	16 516	504	2 344	7 950
April	11 418	7 107	3 429	10 533	9 110	16 268	596	2 194	7 760
Mai	11 948	7 235	3 627	10 861	9 445	15 912	598	2 430	7 969
Juni	11 259	6 834	3 394	10 227	8 919	15 385	722	2 380	7 789
Juli	11 508	6 855	3 580	10 433	9 034	15 171	627	2 390	7 483
Aug.	11 720	7 015	3 629	10 643	9 151	14 610	674	2 351	8 035
Sept.	11 564	6 937	3 575	10 509	8 889	13 803	648	2 358	7 987
Okt.	11 609	6 857	3 671	10 525	8 956r	12 936	722	2 450	8 095r
Nov.	12 333	7 687	3 603	11 287	9 455r	12 390	649	2 515r	8 335r
Des.	12 129	7 351	3 695	11 044r	9 299r	11 481r	715r	2 539	8 385r
1961 Jan.	12 430	7 653	3 696	11 347	9 584r	10 826r	577r	2 474	8 342r
Febr.	11 404	7 236	3 476	10 431	8 915	10 642r	469	2 418	7 150r
Märs	12 681	8 365	3 253	11 617	9 985	11 340	567	2 426	7 428

1) Einsatzkohle der Zechenkokereien und Brikettfabriken.- 2) Aus Produktion verfügbare Menge abzüglich Zechenselbstverbrauch, Kohlenverbrauch zur Erzeugung der an Dritte abgegebenen Energie sowie Deputats.- 3) Einfuhr ohne Verbrauch der Zechenkokereien.- 4) Berechnet aus der zum Absatz verfügbaren Menge unter Berücksichtigung der Veränderung der Haldenbestände sowie der Ein- und Ausfuhr.- 5) Ende des Berichtszeitraumes.

Statistik der Kohlenwirtschaft e.V.

Elektrizitätserzeugung und -versorgung Mill. kWh

Jahr Monat	Stromerzeugung					Selbst- verbrauch 2)	Einfuhr 3)	Ausfuhr 4)	Inlands- versorgung (Einschl. Leitungsver- luste)
	in		inagesamt	davon in					
	Öffentlichen Werken 1)	industriellen Stromerzeu- gungsanlagen		Wasser- 1)	Wärme- kraftwerken				
Bundesgebiet (ohne Saarland und Berlin)									
1954 MD	3 454	2 202	5 656	871	4 785	273	208	111	5 480
1957 MD	4 692	2 885	7 577	994	6 583	379	290	208	7 281
1958 MD	4 795	3 056	7 851	1 064	6 787	392	377	172	7 663
1959 MD	5 224	3 264	8 488	887	7 601	443	401	157	8 289
Bundesgebiet ohne Berlin									
1959 MD	5 289	3 448	8 738	889	7 848	447	373	148	8 516
1960 MD	5 866	3 708	9 574	1 048	8 526	484	486	138	9 439
1960 Jan.	6 165	3 914	10 079	836	9 243	469	184	221	9 572
Febr.	5 908	3 728	9 637	777	8 860	456	169	231	9 118
Märs	6 046	3 925	9 971	1 066	8 905	478	253	204	9 542
April	5 424	3 478	8 902	900	8 001	442	407	121	8 747
Mai	5 591	3 470	9 061	1 068	7 993	500	640	117	9 083
Juni	5 099	3 288	8 387	1 150	7 236	469	763	112	8 569
Juli	5 484	3 481	8 966	1 203	7 763	478	700	110	9 078
Aug.	5 538	3 545	9 083	1 318	7 764	471	791	76	9 326
Sept.	5 854	3 608	9 462	1 114	8 348	509	637	92	9 498
Okt.	6 161	3 997	10 158	1 133	9 026	503	536	111	10 081
Nov.	6 292	3 979	10 270	1 059	9 211	507	432	128	10 067
Des.	6 830	4 087	10 916	969	9 947	521	326	131	10 590
1961 Jan.	6 923	4 278	11 201	822	10 379	544	289	178	10 768
Febr.	6 023	3 760	9 783	950	8 833	467	258	132	9 442

1) Einschl. Speicher- und Pumpspeichelerzeugung.- 2) Selbstverbrauch der öffentlichen Werke sowie Verbrauch der Pumpspeicherwerke.- 3) Bis Juli 1959 einschl. Bezug aus dem Saarland und aus der sowjetischen Besatzungszone; ab August 1959 einschl. Bezug aus der sowjetischen Besatzungszone.- 4) Bis Juli 1959 einschl. Lieferungen an das Saarland und die sowjetische Besatzungszone; ab August 1959 einschl. Lieferungen an die sowjetische Besatzungszone.

Bundesministerium für Wirtschaft

Gaserzeugung und -versorgung Mill. cbm (Ho = 4 300 kcal/cbm)

Jahr Monat	Gaserzeugung			Selbstverbrauch		Einfuhr 1)	Ausfuhr 2)	Inlands- versorgung 3)
	inagesamt	Ortsgas	Kokereigas	in				
				Ortsgaswerken	Kokereien			
Bundesgebiet (ohne Saarland und Berlin)								
1954 MD	1 503	214	1 289	470	17	453	27	6
1957 MD	1 949	260	1 689	689	39	651	33	11
1958 MD	1 890	255	1 636	668	28	640	30	9
1959 MD	1 701	255	1 447	517	31	486	30	8
Bundesgebiet ohne Berlin								
1960 MD	1 974	267	1 707	590	30	560	-	25
1960 Jan.	2 036	292	1 743	539	29	510	-	32
Febr.	1 923	280	1 644	498	27	470	-	32
Märs	2 002	280	1 723	529	28	501	-	18
April	1 915	255	1 660	590	26	565	-	21
Mai	1 997	255	1 742	642	26	616	-	18
Juni	1 895	242	1 651	644	24	620	-	20
Juli	1 968	250	1 718	647	25	622	-	21
Aug.	1 979	247	1 732	649	25	625	-	23
Sept.	1 936	254	1 682	601	40	561	-	29
Okt.	2 014	274	1 740	614	38	576	-	30
Nov.	1 968	275	1 693	565	36	529	-	31
Des.	2 057	303	1 753	559	31	528	-	33
1961 Jan.	2 105	319	1 787	541	33	508	-	38
Febr.	1 866	271	1 595	529	31	498	-	26

1) Einschl. Bezug aus der sowjetischen Besatzungszone und dem Saarland.- 2) Einschl. Lieferungen an die sowjetische Besatzungszone und bis 1959 an das Saarland.- 3) Unter Berücksichtigung der Bestandsänderung der Untergrundspeicherung.

Bundesministerium für Wirtschaft/Statistik der Kohlenwirtschaft e.V.

Bauwirtschaft, Bautätigkeit und Wohnungen

Bauhauptgewerbe Alle Betriebsgrößenklassen

Jahr Monat -- Land	Beschäftigte am Monatsende							Löhne	Gehälter
	insgesamt	tätige Inhaber (auch selbstständige Handwerker)	kaufm. u. techn. Angestellte einschl. Lehrlinge	übrige Beschäftigte					
				zusammen	Facharb.einschl. Poliere und Meister	Helfer und Hilfsarbeiter	gewerbli. Lehrlinge		
Anzahl							1 000 DM		
<u>Bundesgebiet (ohne Saarland und Berlin)</u>									
1954 D ¹⁾	1 094 780	70 661	53 771	970 348	472 640	394 506	103 202	327 612	24 874
1957 D	1 200 927	67 401	67 648	1 065 878	557 747	409 949	98 182	440 979	38 458
1958 bzw. MD	1 206 090	66 251	69 674	1 070 165	570 150	422 665	77 352	474 321	42 309
1959	1 287 365	65 406	73 114	1 148 845	628 115	460 444	60 286	543 482	47 586
<u>Bundesgebiet ohne Berlin</u>									
1959 D ¹⁾	1 321 572	66 537	75 232	1 179 803	643 951	474 978	60 874	.	.
1960 bzw. MD	1 360 132	66 458	79 973	1 213 701	692 976	470 327	50 398	612 899	56 762
1959 Okt.	1 416 895	66 417	77 016	1 273 462	696 965	520 088	56 409	649 404	50 393
Nov.	1 386 462	66 383	77 121	1 242 958	684 448	503 155	55 355	609 416	52 271
Dez.	1 314 434	66 270	76 966	1 171 198	657 041	459 090	55 067	573 603	60 107
1960 Jan.	1 201 773	66 061	76 530	1 059 182	605 420	400 328	53 434	383 733	50 399
Febr.	1 203 503	66 031	76 804	1 060 668	606 575	401 072	53 021	388 214	50 252
März	1 337 259	66 173	77 517	1 193 569	671 957	468 418	53 194	578 480	51 279
April	1 383 177	66 254	79 364	1 237 559	696 219	490 061	51 279	612 205	52 106
Mai	1 410 099	66 377	80 021	1 265 701	711 557	501 135	51 009	677 375	55 136
Juni	1 415 353	66 686	80 231	1 268 436	714 797	503 364	50 275	688 277	56 746
Juli	1 440 001	66 810	80 978	1 292 273	749 622	491 944	50 707	695 208	57 439
Aug.	1 429 705	66 787	81 109	1 281 809	729 452	501 229	51 128	712 439	57 646
Sept.	1 410 273	66 645	81 667	1 261 961	721 074	491 050	49 837	694 996	57 957
Okt.	1 387 708	66 691	81 588	1 239 429	713 348	478 342	47 739	657 216	57 827
Nov.	1 376 113	66 550	81 843	1 227 720	707 744	473 062	46 914	672 146	60 949
Dez.	1 326 622	66 444	82 076	1 178 102	687 936	443 914	46 252	595 394	73 404
1961 Jan.	1 248 738	66 429	81 784	1 100 525	649 705	405 445	45 375	452 475	58 952
Febr.	1 301 084	66 377	82 032	1 152 675	676 364	430 703	45 608	543 501	58 857
<u>nach Ländern (Februar 1961)</u>									
Schlesw.-Holst.	58 365	2 578	2 814	52 973	28 268	19 795	4 910	23 946	1 845
Hamburg	46 779	1 329	3 773	41 677	25 753	13 921	2 003	26 770	3 141
Niedersachsen	170 042	8 513	8 713	152 816	88 960	53 330	10 526	69 024	5 930
Bremen	21 062	631	1 374	19 057	11 473	6 920	664	9 510	1 066
Nordrh.-Westf.	381 979	16 708	28 290	336 981	204 409	123 145	9 787	176 969	20 936
Hessen	111 321	6 166	7 462	97 693	59 271	35 045	3 377	42 675	5 325
Rheinld.-Pfalz	77 828	4 644	4 093	69 091	39 976	26 597	2 518	29 703	2 775
Baden-Württbg.	196 781	13 449	10 527	172 805	97 728	71 533	3 544	78 253	7 305
Bayern	207 464	11 276	12 947	183 241	106 191	69 141	7 909	74 519	8 835
Saarland	29 463	1 083	2 039	26 341	14 695	11 276	370	12 132	1 699
<u>Berlin (West)</u>									
1961 Febr.	40 264	1 459	3 639	35 166	20 854	12 745	1 567	16 305	2 833

Jahr Monat -- Land	Umsatz		Geleistete Arbeitsstunden						
	insgesamt	darunter Wohnungsbau	insgesamt	Wohnungsbau	landwirt-schaftlicher Bau	gewerblicher und industrieller Bau	Öffentlicher und Verkehrsbau		
							zusammen	Hochbau	Straßenbau
Mill. DM		1 000							
<u>Bundesgebiet (ohne Saarland und Berlin)</u>									
1954 MD	976,8	455,9	188 473	93 287	6 316	37 417	51 453	15 842	.
1957 MD	1 331,5	567,5	198 265	92 467	6 562	41 245	57 991	15 693	.
1958 MD	1 431,0	613,8	194 967	90 563	6 095	38 467	59 842	15 456	.
1959 MD	1 754,8	706,6	207 755	93 210	6 970	40 476	67 099	17 688	.
<u>Bundesgebiet ohne Berlin</u>									
1959 MD	2 015,2	774,3	213 011	94 961	6 981	41 718	69 351	18 386	.
1960 MD	2 214,5	855,3	210 244	88 221	7 147	46 108	68 768	18 430	22 746
1959 Okt.	2 214,5	855,3	242 173	104 197	8 420	48 294	81 262	21 973	.
Nov.	2 033,1	787,2	224 899	96 756	7 271	45 682	75 190	20 848	.
Dez.	2 409,5	903,2	191 521	80 598	5 274	41 832	63 817	18 040	.
1960 Jan.	1 414,0	495,5	130 493	52 425	2 836	33 563	41 669	12 206	10 437
Febr.	1 340,3	505,0	138 697	55 372	2 698	36 025	44 602	13 298	11 795
März	1 683,2	642,9	212 729	90 448	6 497	46 641	69 143	18 911	21 629
April	1 805,3	728,6	223 445	96 138	8 392	46 553	72 362	18 911	23 906
Mai	1 986,9	806,7	238 336	102 207	10 032	49 204	76 893	19 702	26 164
Juni	2 030,1	798,6	237 420	101 981	9 956	48 899	76 584	19 821	26 311
Juli	2 252,2	896,6	237 305	100 215	9 456	50 227	77 407	19 885	27 800
Aug.	2 238,6	866,8	240 188	101 381	8 777	51 501	78 529	20 830	27 644
Sept.	2 326,4	877,0	235 332	98 228	8 090	50 828	78 186	20 849	27 272
Okt.	2 263,8	865,5	223 270	92 937	7 306	48 586	74 441	19 954	25 358
Nov.	2 173,6	833,3	224 885	93 435	6 863	49 069	75 518	20 434	25 487
Dez.	2 667,5	975,5	180 825	73 880	4 862	42 197	59 886	16 359	19 151
1961 Jan.	1 617,6	572,8	143 602	56 161	2 910	38 619	45 912	13 520	13 068
Febr.	1 434,1	556,6	167 935	70 061	3 977	41 027	52 870	15 502	15 891
<u>nach Ländern (Februar 1961)</u>									
Schlesw.-Holst.	59,7	27,1	7 636	3 494	430	925	2 787	730	644
Hamburg	61,4	24,6	6 395	2 550	-	1 441	2 404	540	497
Niedersachsen	155,3	66,2	22 244	10 004	1 032	3 988	7 220	2 148	2 277
Bremen	22,0	8,3	2 890	1 128	4	807	951	337	167
Nordrh.-Westf.	454,3	170,2	52 177	21 303	429	15 031	15 414	4 057	4 969
Hessen	124,5	43,6	13 495	4 964	333	3 599	4 599	1 553	1 502
Rheinld.-Pfalz	74,9	25,9	9 392	3 660	216	2 113	3 403	1 007	1 068
Baden-Württbg.	225,4	93,4	26 065	11 358	657	5 874	8 176	2 472	2 720
Bayern	229,0	89,2	24 001	10 420	860	6 209	6 512	2 247	1 575
Saarland	27,4	8,1	3 640	1 180	16	1 040	1 404	411	472
<u>Berlin (West)</u>									
1961 Febr.	46,5 ^{a)}	21,7	4 884 ^{a)}	2 150	-	1 108	1 501	537	358

1) Beschäftigte: D errechnet aus 12 Monatswerten; Löhne und Gehälter MD. - a) Einschl. Umsatz bzw. Arbeitsstunden für Trümmerbeseitigung und Abruch.

Erteilte Baugenehmigungen für Bauvorhaben des Hochbaus (Normalbau)

Jahr Monat Land	Veranschlagte reine Baukosten für Bauvorhaben		Von je 100 DM veranschlagten reinen Baukosten entfallen auf		In den genehmigten Bauvorhaben geplante Wohnungen						Neubau				Index des genehmigten Bauvolumens MD 1954 = 100 ¹⁾
	Mill. DM	DM je Einwohner	Wohnbauten	Nichtwohnbauten	in Wohn- und Nichtwohnbauten	in Wohnbauten	Von 100 genehmigten Wohnungen in Wohnbauten entfallen auf				Durchschnittl. veranschlagte reine Baukosten je Wohnung in 1 000 DM bei				
							gemeinn. Wohnungs-u. ländl. Siedl.-unternehmen	freie Wohnungsunternehmen	private Haushalte	Behörden und Verwaltungen	gemeinn. Wohnungs-u. ländl. Siedl.-unternehmen	privaten Haushalten	Be-trieben und Be-hörden	Durchschnittl. Brutto-wohn-fläche je Wohnung qm	
Bundesgebiet (ohne Saarland und Berlin)															
1954 ²⁾	13 375,2	273	77,5	22,5	607 439	595 672	30,3	4,2	59,4	3,4	13,3	17,0	15,2	66,9	115
1957	16 403,6	325	65,8	36,2	510 707	501 874	30,5	3,6	60,1	2,5	17,7	23,9	20,4	69,2	117
1958	19 207,8	376	64,5	35,5	556 399	547 649	30,6	4,2	58,7	2,6	19,2	26,0	21,5	69,2	127
1959	22 136,1	428	64,7	35,3	587 864	577 718	27,8	4,2	61,8	2,4	20,7	28,2	24,0	71,3	140
Bundesgebiet ohne Berlin															
1960 ³⁾	26 730,8	501	62,7	37,5	612 852	602 141	26,6	4,4	62,6	2,1	22,8	31,7	26,0	73,6	153
1960 Jan.	1 527,9	29	60,8	39,2	36 404	35 743	30,3	3,7	60,0	2,8	21,6	29,7	24,6	71,0	109
Febr.	1 597,1	30	62,2	37,8	38 715	38 118	30,4	4,9	59,4	1,7	20,7	30,3	26,0	72,9	114
März	2 009,2	38	63,9	36,1	48 377	47 532	28,5	2,2	63,0	2,1	21,8	31,2	25,4	74,1	146
April	2 032,7	38	64,7	35,3	48 120	47 297	25,0	2,8	66,7	1,3	22,8	31,6	25,0	74,6	146
Mai	2 303,6	43	64,0	36,0	54 421	53 394	23,1	5,2	65,9	1,6	22,3	31,3	25,0	74,3	166
Juni	2 289,1	43	64,6	35,4	53 649	52 635	22,3	4,9	68,5	1,5	23,2	31,1	27,7	74,8	163
Juli	2 558,4	48	63,4	36,6	59 092	58 240	24,6	4,0	63,8	2,0	23,5	31,4	25,2	73,2	179
Aug.	2 521,1	48	63,9	36,1	58 687	57 586	23,9	5,5	64,9	2,1	22,6	32,0	25,4	73,5	171
Sept.	2 426,6	45	63,1	36,9	54 112	53 151	22,8	5,4	65,5	2,5	24,5	32,2	26,2	74,6	161
Okt.	2 562,7	48	61,4	38,6	56 502	55 432	29,1	4,4	59,2	2,0	22,9	32,7	26,9	73,9	168
Nov.	2 416,0	45	60,1	39,9	52 230	51 308	29,4	4,5	57,3	3,3	23,4	32,6	26,2	72,6	154
Dez.	2 486,4	47	60,0	40,0	52 545	51 705	32,4	5,1	55,6	2,4	23,9	33,0	28,2	73,0	161
1961 Jan.	1 997,3	37	57,0	43,0	39 614	38 920	27,6	4,7	62,4	1,8	24,9	32,3	29,2	73,1	133
Febr.	1 894,4	35	62,0	38,0	40 086	39 275	23,6	3,8	64,8	2,9	24,6	33,4	27,9	74,5	129
dar. Neubau	1 614,8	30	65,1	34,9	35 165	34 582	26,3	4,3	61,2	3,1	24,6	33,4	27,9	74,5	151
nach Ländern (Februar 1961)															
Schlesw.-Holst.	71,9	31	62,9	37,1	1 672	1 648	30,4	6,2	54,8	0,8	25,1	33,7	24,7	69,4	154
Hamburg	55,9	31	51,6	48,4	1 004	969	32,2	13,6	62,7	-	27,0	33,8	19,8	61,7	93
Niedersachsen	249,0	38	58,3	41,7	5 468	5 368	33,2	11,1	52,7	1,2	21,4	30,0	29,6	70,8	163
Bremen	36,6	53	51,0	49,0	796	790	74,5	1,5	20,8	-	22,3	39,4	22,2	68,9	148
Nordrh.-Westf.	507,3	32	62,1	37,9	11 131	10 968	23,4	2,2	66,6	2,2	24,7	31,1	26,1	71,9	109
Hessen	168,2	36	72,4	27,6	4 317	4 276	26,9	1,5	63,2	4,4	24,3	32,7	21,3	73,5	131
Rheinld.-Pfalz	102,5	30	64,4	35,6	2 183	2 128	8,8	2,0	82,2	5,0	27,6	35,0	27,3	82,1	124
Baden-Württbg.	354,6	46	60,6	39,4	6 558	6 364	19,7	2,7	69,4	4,0	30,1	35,8	30,5	80,5	136
Bayern	308,0	33	63,5	36,5	6 332	6 154	16,7	2,1	69,7	4,1	23,7	34,1	30,7	78,2	142
Saarland	40,3	38	56,8	43,2	625	593	14,8	-	81,0	2,5	33,9	39,5	59,2	78,3	124
Berlin (West)															
1961 Febr.	34,3	16	78,6	22,0	1 053	1 044	14,8	18,1	53,8	1,1	28,5	30,9	25,7	61,7	83

1) Monatsdurchschnitt des fertiggestellten umbauten Raumes in Wohn- und Nichtwohnbauten 1954 = 100; ohne Saarland.- 2) Einschl. Notbau.- 3) Vorläufige Ergebnisse.

Erfasste Baufertigstellungen von Gebäuden, Wohnungen und Wohnräumen (Normalbau)

Jahr Monat Land	Nichtwohnbauten		Wohnbauten					Wohnungen in Wohn- und Nichtwohnbauten					Wohnräume in Wohn- u. Nichtwohnbauten 4)	
	Gebäude	Um- bauer Raum 1 000 cbm	Gebäude	ins- gesamt	Wohnungen		ins- gesamt	von 100 Wohnungen hatten					insgesamt	Räume je Wohnung im Neubau
					dar. Neubau	von gemein- nützigen Wohn- unter- nehmern erricht- et 2)		1 und 2	3	4	5 u. mehr			
Bundesgebiet (ohne Saarland und Berlin)														
1954	82 337	84 014	176 166	532 747	391 345	2,5	172 998	542 805	11,4	39,7	37,2	11,7	1 956 448	3,7
1957	99 071	111 645	189 128	518 443	399 903	2,3	153 089	527 766	8,9	30,4	42,0	18,7	2 030 279	3,8
1958	101 758	103 905	179 347	480 726	383 048	2,3	139 069	488 414	8,6	26,9	42,3	22,2	1 930 743	4,0
1959	114 155	112 908	202 250	546 410	452 021	2,3	154 274	554 912	8,5	23,6	42,8	25,1	2 230 884	4,0
Bundesgebiet ohne Berlin														
1959 ⁵⁾	116 084	114 726	206 776	556 665	459 950	2,3	155 580	565 361	8,4	23,8	42,7	25,1	2 274 863	4,0
1960	87 299	128 647	204 501	541 740	454 589	2,3	141 165	550 945	8,7	21,8	41,9	27,6	2 251 009	4,2
1960 Jan./Febr.	4 538	7 001	11 372	33 856	27 364	2,6	9 127	34 396	7,9	23,8	45,2	23,1	137 894	4,1
1961 Jan./Febr.	4 068	8 415	11 787	32 923	27 836	2,5	8 838	33 484	7,8	20,7	42,7	28,8	137 482	4,2
nach Ländern (Januar bis Februar 1961)														
Schlesw.-Holst.	126	161	621	1 636	1 435	2,4	497	1 651	13,6	23,9	36,9	25,6	6 285	3,9
Hamburg	82	361	162	1 036	778	4,4	628	1 051	22,4	18,7	33,0	25,9	3 441	3,4
Niedersachsen	468	625	1 784	3 687	3 448	1,9	791	3 725	4,1	13,7	47,1	35,1	16 662	4,5
Bremen	49	110	235	996	716	4,5	654	1 007	5,8	20,3	56,2	17,7	3 897	3,9
Nordrh.-Westf.	1 102	2 741	3 508	10 635	9 047	2,7	2 613	10 805	7,6	21,4	45,6	25,4	44 172	4,2
Hessen	269	408	1 202	3 432	3 019	2,6	1 273	3 460	6,3	20,7	44,8	28,2	14 320	4,2
Rheinld.-Pfalz	249	566	611	1 521	1 191	2,1	353	1 551	5,7	24,9	36,6	32,8	6 521	4,2
Baden-Württbg.	957	2 320	2 210	6 241	4 972	2,3	1 318	6 389	7,6	18,7	40,8	32,9	26 102	4,3
Bayern	700	1 057	1 255	3 260	2 871	2,4	621	3 352	9,5	23,9	37,0	29,6	13 933	4,0
Saarland	66	66	199	479	359	1,8	90	493	3,5	38,9	27,6	30,0	2 149	4,1
Berlin (West)														
1961 Jan./Febr.	140	611	396	5 048	2 839	11,0	1 027	5 073	25,5	41,0	25,7	7,8	16 043	3,3

1) Die Monatergebnisse sind unvollständig, da ein Teil der Fertigstellungen nur jährlich erfaßt und nachgewiesen werden kann.- 2) Einschl. ländlicher Siedlungsunternehmen.- 3) Zimmer und Küchen - ohne Kleinstwohnräume unter 6 qm - innerhalb von Wohnungen.- 4) Einschließlich der Einzelzimmer - ohne Kleinstwohnräume unter 6 qm - außerhalb von Wohnungen.- 5) Vorläufige Ergebnisse.

Zum Aufsatz: „Die Wohnvergaben 1960“ in diesem Heft

**Wohnraumvergaben nach Personengruppen
Bundesgebiet (ohne Saarland und Berlin)**

Personengruppe	Erstvergaben im Jahr 1959 1)						Erstvergaben im Jahr 1960 2)					
	Familien- haushalte	Ein- personen-	Personen	Vergebene Räume	Personen je Raum		Familien- haushalte	Ein- personen-	Personen	Vergebene Räume	Personen je Raum	
	Anzahl				vH	Anzahl	Anzahl				vH	Anzahl
Vertriebene (ohne Umsiedler)	74 000	3 450	265 700	286 050	28,5	0,93	61 450	3 100	219 050	245 250	27,6	0,89
Umsiedelte Ver- triebene	8 600	130	32 350	29 800	3,0	1,09	4 900	110	17 800	16 950	1,9	1,05
Zugewanderte	31 000	950	111 800	107 000	10,7	1,04	31 200	850	109 200	110 450	12,4	0,99
Sachgeschädigte (ohne zurückgeführte Evakuierte)	28 250	2 000	95 150	102 650	10,2	0,93	21 350	1 800	72 050	80 250	9,0	0,90
Zurückgeführte Eva- kuierte	4 150	390	13 550	14 100	1,4	0,96	2 950	400	9 800	10 500	1,2	0,93
Sonstige	120 950	5 050	423 450	462 700	46,2	0,92	109 050	4 750	379 900	426 050	47,9	0,89
Zusammen	266 950	11 950	941 950	1 002 250	100	0,94	230 900	11 050	807 750	889 450	100	0,91
Darunter: Kinderreiche Fami- lien	31 950		183 000	142 000	14,2	1,29	27 250	-	156 650	124 850	14,0	1,25

Wohnraumvergaben nach Ländern

Land	Vergebene Räume in vH an				Personen je Raum			
	Vertriebene	Zu- gewanderte	Sach- geschädigte und Evakuierte	Sonstige	Vertriebene	Zu- gewanderte	Sach- geschädigte und Evakuierte	Sonstige
<u>Erstvergaben im Jahr 1959</u>								
Schlesw.-Holst. 1)	58,0	3,0	7,3	31,7	0,84	0,82	0,82	0,84
Hamburg	18,3	4,3	26,7	50,7	0,88	1,03	0,81	0,79
Niedersachsen	54,7	6,1	5,8	33,4	0,87	0,86	0,84	0,85
Bremen	22,1	9,7	17,4	50,8	0,82	0,87	0,79	0,80
Nordrh.-Westf.	19,8	13,6	15,2	51,4	1,05	1,12	1,02	0,97
Hessen	38,9	9,9	11,1	40,1	0,91	0,91	0,84	0,88
Rheinld.-Pfalz	18,3	17,5	9,5	54,7	0,96	0,98	0,86	0,90
Baden-Württbg.	35,8	13,2	3,2	47,8	0,97	1,04	0,85	0,88
Bayern	42,7	6,6	8,2	42,5	0,97	1,00	0,91	0,96
Bundesgebiet (ohne Saar- land und Berlin) 1)	31,5	10,7	11,6	46,2	0,94	1,04	0,93	0,92
Berlin (West)	9,5	17,0	21,3	52,2	0,79	0,83	0,75	0,74
<u>Erstvergaben im Jahr 1960</u>								
Schlesw.-Holst.	58,7	3,0	5,1	33,2	0,83	0,83	0,83	0,83
Hamburg	12,6	6,6	24,0	56,8	0,84	0,97	0,82	0,77
Niedersachsen	53,1	7,2	6,3	33,4	0,84	0,83	0,83	0,84
Bremen	18,9	9,4	13,7	58,0	0,81	0,84	0,78	0,78
Nordrh.-Westf.	16,6	16,0	13,4	54,0	0,99	1,07	0,98	0,95
Hessen	35,3	14,3	8,6	41,8	0,88	0,90	0,83	0,87
Rheinld.-Pfalz 2)	16,6	15,8	10,7	56,9	0,94	0,94	0,87	0,89
Baden-Württbg.	32,0	16,6	3,2	48,2	0,94	0,97	0,89	0,87
Bayern 2)	38,0	8,2	8,0	45,8	0,93	0,94	0,86	0,92
Bundesgebiet (ohne Saar- land und Berlin)	29,5	12,4	10,2	47,9	0,90	0,99	0,90	0,89
Berlin (West)	6,1	16,9	17,4	59,6	0,78	0,85	0,75	0,74

1) Gegenüber der Veröffentlichung in WiSta, Heft 3, März 1960 und BW Reihe 5, Wohnraumvergaben 1959, berichtigte Ergebnisse.- 2) Für einzelne Kreise der Länder Rheinland-Pfalz und Bayern geschätzte Zahlen.

Groß- und Einzelhandel, Berlin- und Interzonenhandel

Umsatzwerte in ausgewählten Geschäftszweigen des einzelwirtschaftlichen Großhandels¹⁾

1954 = 100

Jahr ²⁾ Monat	Getreide, Saaten, Futtermittel	Dünge- mittel	Häute und Felle	Techn. Chemikal. und Rohdrogen	Kohle mit ohne Kohlenverkaufsges.		Mineral- erzeug- nisse	Eisen u. Stahl sowie Halbzeug	NE-Metalle	Rund-, Gruben- u. Fasernholz	Schnitt- holz	Sonst. Holzhalb- waren und Kunst- stoffpl.
1957 D	124	120	113	129	.	175	169	146	118	129	118	133
1958 D	126	130	101	131	.	143	179	142	106	121	117	140
1959 D	142	143	145	143	110	133	205	156	139	106	122	149
1960 D	146	145	137	157	115	141	224	190	169	107	136	173
1959 Juli	156	177	158	149	.	130	.	167	130	108	138	155
Aug.	197	207	154	139	.	139	.	167	131	99	129	147
Sept.	179	175	175	163	.	138	.	177	165	108	158	168
Okt.	162	110	142	155	.	139	.	186	152	107	144	174
Nov.	138	95	138	153	.	138	.	181	157	103	129	173
Dez.	127	151	135	166	.	153	.	166	165	110	112	141
1960 Jan.	119	99	132	134	123	148	177	161	137	87	101	139
Febr.	140	169	149	163	112	138	192	170	158	97	112	156
März	194	214	164	166	110	134	251	200	176	115	139	182
April	147	127	130	151	108	133	200	182	170	104	133	160
Mai	131	120	140	159	116	138	213	199	175	108	146	177
Juni	100	137	128	150	106	124	218	186	175	110	137	163
Juli	111	197	129	159	110	134	235	203	171	107	153	175
Aug.	186	194	131	151	113	138	235	202	173	116	148	182
Sept.	211	154	133	169	115	144	241	210	176	113	152	192
Okt.	157	106	139	147	119	151	240	198	167	106	148	195
Nov.	137	113	134	164	123	150	248	195	170	107	141	199
Dez.	122	133	139	168	129	160	240	179	174	110	123	160
1961 Jan.	126	61	148	141	125	157	214	173	148	100	120	177
Febr. ³⁾	137	109	133	140	106	131	222	180	152	94	122	167
März	178	176	153	160	...	126	246	204	168	117	149	193
Jahr ²⁾ Monat	Baustoffe	Flachglas	Inst.- Bedarf für Gas und Wasser	Schrott u. NE-Altme- talle	Nahrungs- u. Genuss- mittel versch. Art	Gemüse, Obst, Früchte	Milch- erzeug- nisse und Fettwaren	Eier und lebendes Geflügel	Wein, Schaumwein, Spirituosen	Bier und alkohol- freie Getränke	Tabakwaren	Wirk- stoffe u. Textil- kurwaren
1957 D	123	129	127	231	132	150	127	152	125	150	133	129
1958 D	136	140	129	129	147	144	128	161	130	160	141	129
1959 D	159	159	149	141	161	152	140	165	136	182	150	135
1960 D	174	177	170	174	179	157	157	171	154	185	162	147
1959 Juli	193	159	167	.	173	186	133	144	113	258	160	117
Aug.	182	165	160	.	156	163	135	147	107	213	150	107
Sept.	191	188	175	.	165	155	149	171	133	187	153	159
Okt.	191	209	181	.	177	151	161	199	157	175	155	187
Nov.	168	204	169	.	174	137	162	211	175	147	147	188
Dez.	152	205	165	.	193	156	168	224	216	202	176	171
1960 Jan.	82	136	110	154	150	132	140	153	117	136	136	129
Febr.	103	146	130	175	161	151	148	147	145	152	141	109
März	176	158	160	203	181	171	157	170	164	176	159	149
April	180	146	154	176	166	183	147	143	143	191	158	134
Mai	201	156	174	180	172	212	154	157	159	207	164	135
Juni	190	156	168	168	177	207	151	151	127	228	167	112
Juli	206	179	187	170	172	174	157	154	132	199	162	115
Aug.	210	189	195	165	183	154	148	156	130	211	171	132
Sept.	202	205	191	177	182	128	167	176	153	185	166	181
Okt.	192	217	198	176	189	106	170	198	166	170	164	198
Nov.	183	223	189	172	203	115	171	235	186	167	168	201
Dez.	160	219	187	177	210	144	176	216	222	202	189	169
1961 Jan.	100	154	140	175	172	120	156	186	132	150	156	139
Febr. ³⁾	132	149	149	169	171	132	143	164	136	169	156	118
März	192	166	179	194	205	152	169	192	156	198	176	174
Jahr ²⁾ Monat	Heim- textilien	Schuhe und Schuhwaren	Klein- eisenwaren und Bauartikel	Haus- und Küchen- geräte, Öfen, Herde	Fein- keramik u. Glaswaren	Elektro- techn. Erzeugn., Leuchten	Rundfunk-, Fernseh- u. Phono- geräte	Bau- maschinen und Bau- geräte	Techn. Bedarf	Pharmazeu- tische Erzeug- nisse	Feinpapier	Zeit- schriften und Zeitungen
1957 D	134	133	142	137	136	161	179	152	143	145	140	163
1958 D	135	136	151	149	149	177	212	166	152	157	146	194
1959 D	138	155	169	161	148	194	229	199	169	177	158	211
1960 D	154	174	205	176	167	217	246	243	201	196	187	235
1959 Juli	127	121	170	161	141	197	195	216	188	178	.	201
Aug.	121	122	163	154	134	175	191	200	158	169	.	208
Sept.	142	173	183	192	157	198	250	233	177	170	.	213
Okt.	161	187	197	215	170	232	326	222	187	189	.	229
Nov.	168	190	189	196	177	245	370	192	179	184	.	217
Dez.	179	170	194	192	179	294	386	264	198	209	.	252
1960 Jan.	107	117	155	125	131	165	189	137	149	198	164	215
Febr.	126	139	182	139	136	182	212	171	171	208	171	225
März	159	200	209	155	164	196	176	276	205	197	190	245
April	149	205	195	152	137	178	163	276	189	182	170	228
Mai	160	206	215	173	157	204	184	272	216	187	192	219
Juni	132	145	195	161	148	197	179	252	195	180	179	210
Juli	140	99	207	169	152	210	215	262	202	189	187	227
Aug.	144	142	207	186	172	217	266	247	210	186	200	235
Sept.	159	203	215	212	194	225	265	257	208	192	189	245
Okt.	174	222	227	226	199	243	299	253	219	205	202	252
Nov.	197	200	223	207	220	278	391	228	216	208	205	252
Dez.	196	210	229	209	194	316	411	290	237	226	202	272
1961 Jan.	131	117	198	144	159	200	242	149	189	218	204	238
Febr. ³⁾	144	140	208	152	154	190	223	210	191	201	192	239
März	189	228	247	184	198	216	210	314	222	221	214	274

1) Bis Dezember 1960 Bundesgebiet (ohne Saarland und Berlin), ab Januar 1961 Bundesgebiet ohne Berlin. - 2) D Errechnet aus 12 Monaten. - 3) Vorläufige Zahlen.

Umsatzwerte in den Geschäftszweigen des Einzelhandels¹⁾

1954 = 100

Jahr ²⁾ Monat	Lebensmittel aller Art	Obst, Gemüse, Südfrüchte	Fische und Fischwaren	Milch u. Milcherzeugnisse	Schokolade und Süßwaren	Tabakwaren	Konsumgenossen- schaften	Ober- bekleidung	Textil- waren aller Art	Meterwaren
1957 D	126	131	134	119	126	124	137	132	127	124
1958 D	132	136	143	123	129	130	146	129	125	123
1959 D	140	141	153	129	127	134	154	129	124	125
1960 D	148	143	166	131	136	142	163	144	132	128
1959 Juli	142	166	107	145	95	134	154	119	129	128
Aug.	138	153	112	136	101	132	147	83	96	95
Sept.	134	141	139	129	109	130	146	96	94	106
Okt.	148	140	197	135	126	137	169	163	130	132
Nov.	138	123	172	122	130	130	152	197	138	132
Dez.	187	158	256	136	267	193	202	196	234	185
1960 Jan.	131	121	173	115	86	120	146	117	115	115
Febr.	135	129	160	118	106	124	148	81	94	107
März	146	144	171	128	123	134	163	134	109	130
April	156	156	179	134	192	140	175	171	128	127
Mai	142	168	115	133	120	134	157	153	128	142
Juni	144	180	103	138	102	133	156	119	115	115
Juli	150	164	142	138	116	140	165	135	133	121
Aug.	143	144	127	135	115	142	153	92	107	99
Sept.	144	128	159	131	122	140	157	124	110	110
Okt.	148	121	202	133	130	141	164	205	144	137
Nov.	147	114	189	127	145	141	158	183	152	143
Dez.	196	150	268	144	278	213	209	214	247	186
1961 Jan.	137	115	194	121	92	131	149	123	119	119
Febr. 3)	136	117	171	120	110	129	148	108	112	123
März	164	139	...	141	195	151	182	192	137	139

Jahr ²⁾ Monat	Wasche und Bettwaren	Wirk-, Strick- u. Kurzwaren	Herren- artikel, Hüte, Schirme	Schuhwaren	Eisenwaren u. Küchen- geräte	Beleuch- tungs- u. Elektro- geräte	Rundfunk-, Fernseh-u. Phono- artikel	Möbel	Teppiche und Gardinen	Bücher
1957 D	134	123	127	127	138	142	162	140	132	135
1958 D	139	124	123	130	149	155	183	139	137	150
1959 D	140	125	122	138	159	164	189	139	147	163
1960 D	150	132	142	153	173	173	193	146	161	178
1959 Juli	145	107	101	145	163	153	160	136	137	131
Aug.	125	91	78	96	155	151	163	138	142	122
Sept.	125	110	75	101	157	161	174	143	138	134
Okt.	142	147	126	145	177	187	208	157	159	156
Nov.	157	165	168	146	176	189	227	155	171	183
Dez.	260	258	313	212	258	282	355	197	245	338
1960 Jan.	123	117	105	126	129	144	174	108	133	151
Febr.	117	101	87	79	126	150	182	117	135	146
März	126	106	105	129	148	159	167	137	148	167
April	133	114	132	183	157	149	152	137	147	189
Mai	139	110	113	183	168	150	146	139	153	164
Juni	129	104	103	156	157	143	143	129	135	127
Juli	154	119	110	153	168	162	165	146	167	150
Aug.	138	103	99	116	174	166	187	149	160	134
Sept.	140	123	106	126	182	167	179	151	151	154
Okt.	156	150	166	174	188	182	202	166	174	168
Nov.	180	174	207	158	192	201	236	169	186	208
Dez.	270	266	368	252	287	308	383	206	241	379
1961 Jan.	136	128	135	113	149	160	200	125	144	169
Febr. 3)	131	103	105	106	138	151	178	122	150	149
März	150	122	...	175	171	167	183	156	...	177

Jahr ²⁾ Monat	Papier- und Schreib- waren	Galante- rie- und Lederwaren	Uhren, Gold- und Silber- waren	Apotheken	Drogerien	Seifen, Bürsten, Parfum- artikel	Photo und Optik	Fahrräder, Krafträder und Zubehör	Kraftwagen und Zubehör	Brenn- material
1957 D	129	130	139	132	125	148	145	113	148	136
1958 D	137	132	147	134	134	163	159	119	175	137
1959 D	144	134	154	137	143	181	168	130	201	130
1960 D	158	149	174	146	152	202	177	137	236	139
1959 Juli	117	127	125	137	156	187	199	159	197	122
Aug.	117	111	129	130	141	168	192	135	158	130
Sept.	131	96	123	128	134	171	178	122	210	138
Okt.	140	106	127	139	137	172	160	115	225	137
Nov.	154	144	171	137	126	176	145	99	201	124
Dez.	278	365	471	151	231	337	251	158	225	155
1960 Jan.	138	90	117	151	120	150	123	82	171	151
Febr.	135	82	114	152	123	157	126	99	209	153
März	152	115	142	156	136	183	153	154	278	135
April	164	149	143	145	149	190	164	180	265	116
Mai	143	131	128	137	147	184	162	164	270	127
Juni	123	113	120	134	148	189	178	158	243	113
Juli	132	144	143	140	160	192	213	164	233	128
Aug.	131	122	142	137	151	195	211	145	215	138
Sept.	143	116	144	137	143	186	182	128	239	151
Okt.	152	134	152	147	143	187	166	121	237	149
Nov.	178	186	217	148	144	222	166	111	232	137
Dez.	308	403	532	163	258	385	279	143	240	172
1961 Jan.	167	95	134	158	134	173	144	93	203	176
Febr. 3)	143	96	129	151	131	178	143	110	240	145
März	170	151	175	156	161	228	...	173	311	127

1) Ergebnisse der repräsentativen Umsatzstatistik, gewogen nach der Umsatzsteuerstatistik 1954. Bis Dezember 1960 Bundesgebiet (ohne Saarland und Berlin), ab Januar 1961 Bundesgebiet ohne Berlin. - 2) Errechnet aus 12 Monaten. - 3) Vorläufige Zahlen.

Umsatz des Einzelhandels¹⁾

1954=100

Jahr ²⁾ Monat	Werte zu jeweiligen Preisen					Werte preisbereinigt				
	insgesamt	Warenbereich				insgesamt	Warenbereich			
		Nahrungs- und Genußmittel	Bekleidung, Wäsche, Schuhe	Hausrat und Wohnbedarf	Sonstige Waren		Nahrungs- und Genußmittel	Bekleidung, Wäsche, Schuhe	Hausrat und Wohnbedarf	Sonstige Waren
1957 D	133	128	135	146	137	126	122	129	134	130
1958 D	139	135	136	155	147	130	127	127	139	136
1959 D	146	143	140	165	155	135	132	132	148	143
1960 D	159	151	153	178	172	146	140	142	158	156
1959 Juli	147	144	143	161	153	135	131	135	145	141
Aug.	132	140	104	158	140	122	140	98	142	129
Sept.	135	136	107	162	147	123	126	101	146	135
Okt.	156	152	154	182	154	143	139	145	164	141
Nov.	155	141	163	189	157	141	127	153	170	143
Dez.	225	193	245	271	246	206	175	230	244	224
1960 Jan.	132	133	129	139	140	121	121	121	125	128
Febr.	129	137	100	141	148	118	125	93	127	135
März	149	148	130	160	171	136	135	122	144	156
April	161	159	159	160	171	148	145	148	143	156
Mai	154	146	155	164	166	141	133	145	147	152
Juni	145	147	134	151	155	133	135	124	136	141
Juli	156	152	152	172	167	142	137	142	155	152
Aug.	144	145	117	176	161	133	135	109	158	147
Sept.	148	145	129	179	165	137	137	120	158	150
Okt.	168	151	179	193	169	155	142	166	170	153
Nov.	175	149	184	207	182	161	140	170	181	163
Dez.	246	202	268	296	272	225	190	247	257	244
1961 Jan.	142	139	132	159	158	130	130	121	138	141
Febr. ³⁾	140	138	124	152	160	127	129	113	132	142
März	173	168	169	182	190	158	156	154	157	168

Fußnoten vgl. vorhergehende Seite.

Fremdenverkehr
Bundesgebiet ohne Berlin

Jahr Monat	Be- richts- ge- meinden	Herkunftsland der Fremden ¹⁾											ins- gesamt ⁴⁾	darunter		
		Deutsch- land	Ausland ²⁾	darunter										Hotels und Gast- höfe ⁵⁾	Fremden- heime, Pensio- nen und Hospize ⁶⁾	
				Belgien, Luxem- burg	Däne- mark	Frank- reich	Groß- britan- nien ³⁾	Italien	Nieder- lande	Öster- reich	Schwe- den	Schweiz				V.St. von Amerika
Anzahl																
1 000																
Fremdenmeldungen (Neuankünfte)																
1959 S.Hj.	2 453	14 983,9	3 730,6	334,0	314,6	326,6	396,9	153,2	622,4	158,6	241,2	226,0	537,8	18 721,7	13 897,9	2 314,1
1959 W.Hj.	2 453	8 974,4	1 253,1	70,4	70,6	108,7	97,5	82,2	143,4	82,1	58,2	97,2	213,5	10 253,0	8 642,5	1 005,4
1960 S.Hj.	2 465	15 282,2	4 189,9	318,5	335,4	348,1	605,6	169,5	595,8	156,0	249,9	227,0	688,7	19 475,1	14 415,6	2 342,2
1960 Jan.	2 453	1 327,7	162,1	8,8	7,2	14,6	12,6	10,6	20,5	10,3	7,1	12,1	27,5	1 490,7	1 257,5	144,8
Febr.	2 453	1 448,5	175,3	10,5	7,5	15,9	13,8	12,1	23,3	11,0	7,2	12,1	30,4	1 624,6	1 346,0	169,8
März	2 453	1 694,2	218,4	12,2	13,1	18,7	17,5	14,7	24,6	15,3	11,4	16,9	33,4	1 913,6	1 608,2	186,7
April	2 465	1 871,2	350,4	21,2	35,5	33,0	32,5	16,9	33,1	20,2	23,3	30,9	50,3	2 222,6	1 845,6	236,3
Mai	2 465	2 145,5	445,8	24,0	30,9	29,9	58,3	19,0	46,2	24,8	24,7	31,5	89,4	2 592,6	2 064,8	285,1
Juni	2 465	2 666,3	644,7	41,7	48,0	41,8	113,3	19,9	91,8	22,6	43,6	34,8	111,9	3 312,4	2 384,3	418,2
Juli	2 465	3 012,8	1 069,9	97,4	105,0	83,4	136,8	30,5	175,9	28,8	76,3	47,5	183,3	4 083,8	2 836,0	513,0
Aug.	2 465	3 084,9	1 043,3	94,0	66,4	113,0	164,5	54,2	164,2	30,9	50,0	45,4	155,7	4 129,4	2 876,9	521,1
Sept.)	2 465	2 501,5	631,8	40,2	49,6	47,1	100,2	28,9	84,6	28,7	32,0	36,8	98,1	3 134,4	2 407,9	368,6
Okt.	2 364	1 981,0	344,8	17,7	24,3	26,3	27,8	20,4	35,6	22,2	15,4	29,0	62,0	2 326,8	1 974,3	222,8
Nov.	2 364	1 482,7	217,1	11,2	10,5	18,7	16,9	15,5	21,7	15,1	9,0	15,9	35,0	1 700,8	1 470,0	152,0
Dez.	2 364	1 181,0	172,3	9,9	8,2	16,7	12,1	12,3	18,3	10,8	6,6	11,1	29,6	1 354,1	1 152,9	137,5
1961 Jan.	2 364	1 457,4	181,1	9,5	7,7	16,0	14,1	12,5	24,6	11,7	7,6	13,0	28,0	1 639,4	1 368,1	168,3
Febr.	2 364	1 515,3	190,2	11,3	8,5	18,2	14,4	14,0	24,0	12,4	7,8	13,3	28,3	1 706,2	1 397,0	181,3
Fremdenübernachtungen																
1959 S.Hj.	2 453	79 157,4	7 485,5	661,9	502,2	693,3	814,6	332,7	1 162,9	310,2	480,6	488,6	1 018,7	86 663,6	34 005,4	19 150,2
1959 W.Hj.	2 453	32 906,5	2 874,9	143,4	124,5	237,9	261,8	229,7	263,4	173,3	118,6	212,8	453,8	35 795,0	17 794,1	6 513,9
1960 S.Hj.	2 465	81 375,1	8 387,5	635,1	538,5	745,1	1 190,8	388,1	1 122,0	308,7	489,5	486,5	1 292,1	89 781,8	34 550,9	20 089,2
1960 Jan.	2 453	4 524,5	406,8	21,4	14,6	35,8	38,4	32,6	39,1	23,0	15,7	28,1	61,9	4 933,5	2 580,6	825,8
Febr.	2 453	5 708,1	432,8	23,6	15,9	36,2	39,6	36,2	47,5	24,8	16,4	28,8	67,5	6 143,0	2 892,8	1 206,5
März	2 453	6 494,0	495,6	24,7	22,5	39,8	45,6	41,0	44,7	33,4	23,5	37,7	72,2	6 992,1	3 360,3	1 334,9
April	2 465	6 754,0	709,2	37,5	57,7	67,3	82,1	42,6	57,7	38,3	41,1	60,1	95,8	7 465,5	3 743,2	1 431,1
Mai	2 465	9 192,9	879,5	44,8	50,2	56,0	109,3	50,1	80,6	49,5	45,9	63,7	164,3	10 075,4	4 540,7	2 155,0
Juni	2 465	14 184,8	1 263,5	81,0	79,3	79,2	207,8	49,4	175,5	44,9	82,5	73,5	210,5	15 452,0	5 822,4	3 609,7
Juli	2 465	18 589,6	2 117,0	199,9	168,3	186,8	257,1	68,3	343,0	58,9	156,3	105,1	330,8	20 710,1	7 068,6	4 609,7
Aug.	2 465	20 147,1	2 158,4	195,2	106,0	257,5	334,0	109,1	319,5	62,3	103,6	104,7	301,5	22 309,1	7 649,2	5 093,9
Sept.	2 465	12 506,9	1 260,0	76,7	77,1	98,3	200,4	68,7	145,7	54,9	60,1	79,3	189,2	13 769,7	5 726,9	3 189,9
Okt. 7)	2 364	7 409,8	718,0	33,5	38,1	51,0	65,2	51,6	62,5	45,4	28,0	59,5	122,6	8 130,5	4 051,4	1 531,5
Nov.	2 364	5 261,8	499,8	21,3	18,3	35,8	43,3	45,0	38,9	32,0	17,7	34,4	77,0	5 764,1	2 856,5	1 017,1
Dez.	2 364	4 033,8	419,5	21,4	15,1	40,8	35,4	34,1	34,1	23,2	13,6	24,1	64,6	4 451,7	2 339,1	756,5
1961 Jan.	2 364	4 976,6	440,8	21,4	14,3	36,5	41,9	37,0	46,5	26,7	15,4	30,4	61,5	5 419,6	2 842,4	916,6
Febr.	2 364	6 015,1	467,6	25,3	17,2	42,3	40,4	39,4	51,9	28,0	17,6	31,8	62,2	6 480,5	3 042,1	1 309,7

1) Wohnsitz der Fremden, nicht Staatsangehörigkeit. - 2) Bei den Angehörigen der im Bundesgebiet stationierten ausländischen Streitkräfte erfolgt die Zuordnung nicht immer nach dem Wohnsitzland (z.B. Deutschland), sondern auch nach der Staatsangehörigkeit (z.B. USA). Insoweit können die Zahlen über den Ausländerfremdenverkehr überhöht sein. - 3) Und Nordirland (Verinigtes Königreich). - 4) Einschl. der Fremden ohne Angabe des Wohnsitzes. - 5) Einschl. Kurhäuser mit Hotelcharakter. - 6) Einschl. Kurhäuser mit Heimcharakter. - 7) Ab Oktober vorläufige Zahlen.

Warenverkehr¹⁾ mit Berlin (West)

1 000 DM

Jahr Monat	Insgesamt	darunter								
		Pflanzliche und tierische Erzeugnisse	Nahrungs- u. Genusmittel- industrie	Bergbau, Mineralöle, Kohlenwert- stoffe usw.	Eisen- und metall- verarbeitende Gießerei- industrie	Eisen- und metall- verarbeitende Industrie	Elektro- technik	Chemische Erzeugnisse	Papier, Papierwaren, Druck	Textilien, Schuh- und Leder- waren
Lieferungen aus Berlin (West)										
1954 D	175 170	1 376	18 032	856	7 302	40 677	75 676	10 807	5 455-	4 991
1957 D	323 956	738	52 595	1 144	17 371	71 897	118 515	19 854	10 035	13 948
1958 D	369 510	735	67 653	1 299	18 307	77 499	132 406	22 113	11 779	16 792
1959 D	456 974	1 775	116 202	1 261	25 239	82 314	147 795	26 724	13 762	17 935
1960 D	558 046	2 859	169 557	1 357	34 868	95 036	164 146	28 146	14 843	20 970
1959 Okt.	541 250	4 669	157 695	1 610	34 699	90 462	161 363	26 594	14 685	22 662
Nov.	517 756	2 284	149 176	1 161	29 313	93 398	157 164	27 905	14 134	17 575
Dez.	501 090	2 558	139 493	883	27 974	95 325	158 813	24 834	13 895	12 537
1960 Jan.	473 691	4 653	141 891	998	22 571	82 776	143 540	27 069	15 117	16 266
Febr.	499 580	6 345	168 780	1 024	24 409	79 690	140 106	23 981	14 036	20 088
März	577 151	3 338	171 496	1 631	39 276	98 484	168 970	28 552	15 829	22 537
April	483 027	1 010	143 839	1 255	32 103	82 949	142 211	25 147	11 720	17 397
Mai	563 750	3 001	166 957	1 502	36 474	97 391	166 673	30 126	14 609	19 705
Juni	542 248	3 184	170 886	1 276	35 369	95 027	155 458	28 678	13 393	13 695
Juli	527 407	1 223	165 553	1 401	29 270	95 775	152 169	26 944	13 286	16 062
Aug.	528 538	790	154 419	1 617	36 909	85 486	155 183	27 952	14 739	25 772
Sept.	615 282	3 161	179 548	1 382	37 183	102 247	184 048	32 903	15 756	29 631
Okt.	641 895	3 526	197 029	1 445	45 030	104 681	184 460	29 272	17 947	27 141
Nov.	612 547	1 226	195 159	1 429	39 612	93 624	180 100	29 637	17 573	25 176
Dez.	631 439	2 845	179 129	1 318	40 215	122 296	196 476	27 494	16 113	18 171
1961 Jan.	581 594	1 401	176 048	1 237	38 935	94 417	176 851	28 456	15 104	25 418
Febr.	574 962	1 584	168 156	1 058	42 937	96 957	170 557	25 494	15 024	28 270
Lieferungen nach Berlin (West)										
1954 D	325 255	37 940	85 131	17 293	30 371	38 719	16 025	20 609	12 141	39 050
1957 D	471 143	51 151	111 999	23 359	44 547	66 474	32 537	29 670	18 342	56 206
1958 D	495 996	54 053	117 935	23 764	43 718	69 951	39 737	32 455	20 359	50 633
1959 D	590 402	63 548	150 876	29 131	59 084	75 651	47 030	38 494	23 442	56 839
1960 D	607 055	62 739	133 003	30 538	72 602	85 323	51 044	40 864	26 135	56 855
1959 Okt.	628 296	68 921	142 077	28 774	69 652	84 803	55 226	36 028	25 124	63 563
Nov.	615 902	65 606	151 833	30 996	59 031	78 334	54 314	39 427	26 328	56 403
Dez.	552 163	62 840	129 772	30 276	51 092	79 105	48 442	35 295	21 908	48 574
1960 Jan.	521 042	55 299	118 084	26 399	59 911	67 163	44 248	34 313	23 828	56 233
Febr.	552 030	58 900	140 056	25 927	60 355	74 202	42 724	35 897	24 483	51 348
März	631 945	68 842	146 828	33 487	75 045	85 044	48 883	40 317	27 180	57 120
April	564 642	57 134	119 883	34 685	68 726	79 179	50 333	40 894	22 059	47 771
Mai	616 106	66 286	132 936	34 672	72 844	93 090	47 660	43 772	24 652	52 172
Juni	565 653	61 252	122 495	28 586	70 481	80 743	46 004	39 903	24 423	47 658
Juli	592 957	59 742	114 811	27 454	73 977	84 888	51 660	42 957	25 033	60 154
Aug.	561 799	57 198	114 250	26 220	72 481	80 191	43 707	38 792	27 351	55 343
Sept.	657 163	67 441	143 273	27 528	80 141	92 740	57 587	42 403	28 243	64 460
Okt.	684 351	66 010	147 835	34 795	83 497	96 179	58 364	43 990	29 814	68 139
Nov.	663 661	64 533	151 101	32 871	78 464	89 588	56 354	44 067	28 337	61 460
Dez.	673 306	70 225	144 483	33 835	75 305	100 871	65 004	43 058	28 215	60 402
1961 Jan.	613 085	59 115	128 698	28 906	82 512	83 642	52 000	41 820	26 563	67 200
Febr.	602 017	56 748	124 358	32 017	78 408	89 024	50 026	40 221	27 056	60 140

1) Einschl. Saarland. Grundlage für die Ermittlung der Zahlen bilden die für diesen Warenverkehr vorgeschriebenen Warenbegleitscheine. Post- und Kleinmündungen sind in den Zahlen nicht enthalten.

Warenverkehr im Interzonenhandel zwischen den Währungsgebieten der DM-West und DM-Ost¹⁾

1 000 DM

Jahr Monat	Lieferungen aus den Währungsgebieten der DM-Ost					Lieferungen aus den Währungsgebieten der DM-West					
	Insgesamt	darunter				Insgesamt	darunter				
		Bergbau- erzeugnisse, Mineralöle u. Kohlen- wertstoffe	Maschinen	Chemische Erzeugnisse	Textilien		Nahrungs- und Genusmittel	Eisen und Stahl	Maschinen- Eisen- und Metallwaren	Chemische Erzeugnisse	Textilien
1954 D	37 475	14 518	3 016	3 701	6 430	37 875	11 594	6 466	6 762	5 522	1 265
1957 D	68 109	29 090	5 761	6 893	8 498	70 495	14 878	11 329	17 161	9 330	3 819
1958 D ²⁾	71 514	31 149	4 205	6 040	6 564	66 697	12 927	12 542	16 440	8 141	1 936
1959 D	74 313	32 246	4 863	5 962	6 506	89 874	11 238	18 755	20 438	10 960	3 493
1960 D	93 577	40 002	6 241	6 452	9 000	79 969	9 670	13 135	22 623	11 358	3 892
1959 Okt.	69 175	25 855	6 239	5 612	7 229	96 992	8 257	15 920	21 330	15 096	5 578
Nov.	96 653	46 547	6 191	7 422	8 936	68 218	10 201	11 273	18 284	8 531	4 314
Dez.	106 360	44 188	8 699	7 829	7 539	121 221	20 398	21 669	33 332	11 210	4 373
1960 Jan.	44 445	3 645	5 438	5 487	6 627	77 545	7 412	9 915	12 668	8 252	5 032
Febr.	193 501	123 123	4 495	5 703	8 927	61 235	10 507	9 816	15 656	8 313	3 523
März	81 236	36 337	5 558	6 324	8 331	74 079	13 642	12 967	16 492	13 464	3 887
April	77 069	19 321	5 477	6 234	6 493	81 141	9 282	17 929	22 647	12 176	4 024
Mai	92 354	38 326	5 467	4 755	6 338	74 358	3 978	13 836	24 244	13 134	3 025
Juni	83 288	36 925	5 605	6 963	6 889	85 051	10 511	12 491	19 898	11 557	3 690
Juli	76 199	33 284	5 522	5 951	7 152	87 223	6 436	20 713	25 171	12 516	3 739
Aug.	78 606	35 665	5 048	7 346	5 863	68 989	6 951	12 908	22 320	9 525	3 442
Sept.	75 533	32 542	6 391	5 656	8 132	74 402	8 804	12 145	23 829	9 039	4 878
Okt.	106 414	35 355	7 303	8 199	17 038	71 530	7 527	13 405	23 578	10 182	4 156
Nov.	101 679	43 375	7 068	7 285	10 906	81 693	13 016	10 310	21 570	13 709	3 086
Dez.	112 580	41 959	11 516	7 516	15 305	122 261	17 876	11 185	43 433	14 427	4 226
1961 Jan.	76 714	23 816	3 738	6 751	10 217	51 732	3 082	5 513	9 882	6 624	2 839
Febr.	63 278	25 448	4 555	4 999	4 991	73 901	6 894	14 767	13 845	17 182	5 512

1) Grundlage für die Ermittlung der Zahlen bilden die für diesen Warenverkehr vorgeschriebenen Warenbegleitscheine und Bezugsgenehmigungen. Erfaßt sind alle gegenseitigen Lieferungen (Bezahlung über Verrechnungsabkommen, Devisenzahlung usw.). - 2) Ab 6. Juli 1959 einschl. Saarland.

noch: Außenhandel (Spezialhandel)
Ausfuhr nach wichtigen Verbrauchsländern¹⁾
Mill. DM

Jahr Monat	Belg.- Luxem- burg	Däne- mark	Finn- land	Frank- reich	Groß- britan.	Ita- lien	Jugo- slawien	Nieder- lande	Nor- wegen	Öster- reich	Schwe- den	Schweiz	Sowjet- union	Südafri- k. Union usw.	Verein- Staaten	Argen- tinien	Brasi- lien	Indien	Austra- lien
Bundesgebiet (ohne Saarland) einschl. Berlin (West)																			
1954 MD	132	77	16	100	71	112	22	172	53	86	123	104	4	22	102	27	49	31	21
1957 MD	201	88	35	188	117	167	27	270	71	147	181	184	21	43	208	37	44	94	26
1958 MD ²⁾	204	92	40	180	122	154	28	250	89	154	189	172	25	53	220	45	54	98	31
1959 MD ²⁾	207	118	51	248	138	183	35	289	86	163	190	201	32	51	315	51	51	78	37
Bundesgebiet einschl. Berlin (West)																			
1960 MD	241	137	69	350	179	237	45	351	97	204	216	249	65	53	310	52	45	70	46
1960 Jan.	206	130	51	304	139	189	33	295	87	143	182	169	75	48	301	31	37	51	34
Febr.	219	135	57	323	167	206	39	307	102	169	200	207	29	44	316	45	35	81	33
März	253	141	78	366	194	247	50	363	90	214	248	247	80	63	383	55	41	84	49
April	239	123	60	354	166	226	50	336	107	202	199	232	38	45	285	64	34	53	47
Mai	234	138	67	366	208	240	44	369	120	208	224	259	40	54	281	42	45	71	43
Juni	209	122	69	333	167	213	46	327	69	192	199	234	59	59	287	42	55	63	51
Juli	245	143	71	367	181	242	46	368	73	218	198	255	47	59	322	49	54	86	55
Aug.	218	116	62	304	217	215	39	313	95	179	187	241	28	44	252	45	47	59	39
Sept.	244	130	64	359	157	236	49	340	89	196	216	274	62	47	304	55	38	63	49
Okt.	302	148	80	376	174	259	45	375	124	228	243	275	65	57	301	57	42	60	50
Nov.	254	141	83	365	186	268	44	390	102	214	251	284	92	48	343	67	50	55	48
Dez.	267	177	90	386	191	307	59	428	110	279	246	313	162	63	350	78	63	108	58
1961 Jan.	244	139	67	370	193	237	38	380	109	187	193	253	70	51	220	54	48	61	44
Febr.	266	140	67	380	171	250	39	392	112	210	196	257	85	54	276	64	46	63	46

1) Siehe hierzu Teil 1 von "Der Außenhandel der Bundesrepublik Deutschland" Übersicht E 1. Die Auswahl der wichtigen Länder erfolgte nach der Höhe der Ausfuhr im Jahre 1960.- 2) Ab 6. Juli 1959 einschl. Saarland.

Ein- und Ausfuhr nach Ländergruppen
Mill. DM

Jahr Monat	Insgesamt 1)	OECE-Länder ²⁾				Vereinigte Staaten u. Kanada	Sonstige Länder (ohne Ostblock)					Ostblock- Länder
		zusammen	EWG-Länder ³⁾	EFTA- Länder ⁴⁾	sonst.OECC- Länder		Europa	Afrika	Mittel u. Südamerika	Asien	Australien u. Ozeanien	
Einfuhr nach Herstellungsländern												
Bundesgebiet (ohne Saarland) einschl. Berlin (West)												
1954 MD	1 611	784	394	325	65	219	36	130	201	160	38	43
1957 MD	2 641	1 201	617	502	83	532	49	170	295	224	64	102
1958 MD ⁵⁾	2 594	1 288	664	541	84	430	49	165	277	219	44	120
1959 MD ⁵⁾	2 985	1 575	861	618	96	439	52	185	288	253	53	137
Bundesgebiet einschl. Berlin (West)												
1960 MD	3 560	1 861	1 059	699	102	571	63	205	311	327	48	167
1960 Jan.	3 114	1 600	886	606	107	517	48	195	242	306	50	147
Febr.	3 267	1 720	961	648	111	484	49	219	256	321	63	147
März	3 665	1 914	1 101	711	101	539	43	228	331	350	81	171
April	3 432	1 861	1 090	670	101	490	50	204	303	302	53	161
Mai	3 587	1 868	1 083	695	90	555	55	206	332	353	53	156
Juni	3 617	1 902	1 064	735	103	673	65	185	307	288	48	140
Juli	3 642	1 877	1 100	694	84	626	70	218	352	283	51	156
Aug.	3 365	1 716	986	651	79	589	75	188	292	292	39	166
Sept.	3 378	1 853	1 083	687	85	438	82	186	303	315	39	153
Okt.	3 775	2 002	1 150	758	95	612	74	199	345	325	26	183
Nov.	3 680	1 983	1 112	744	127	524	70	196	314	353	33	198
Dez.	4 201	2 034	1 093	791	149	803	78	231	349	438	41	220
1961 Jan.	3 483	1 760	998	640	122	586	56	205	294	361	37	175
Febr.	3 195	1 684	964	612	109	500	52	203	258	298	44	147
Ausfuhr nach Verbrauchsländern												
Bundesgebiet (ohne Saarland) einschl. Berlin (West)												
1954 MD	1 836	1 150	536	532	82	117	38	111	183	165	27	36
1957 MD	2 997	1 791	875	817	99	241	64	160	253	333	36	99
1958 MD ⁵⁾	3 083	1 797	842	847	108	257	71	161	258	329	40	154
1959 MD ⁵⁾	3 432	2 000	955	926	119	361	87	179	263	322	45	156
Bundesgebiet einschl. Berlin (West)												
1960 MD	3 995	2 422	1 179	1 120	123	355	116	211	279	356	56	188
1960 Jan.	3 388	1 978	993	881	104	340	86	215	276	290	41	152
Febr.	3 663	2 193	1 055	1 015	123	348	97	230	239	358	39	150
März	4 369	2 548	1 228	1 180	140	432	130	251	286	412	57	240
April	3 742	2 334	1 155	1 064	116	336	111	166	265	303	54	161
Mai	3 982	2 533	1 208	1 200	125	317	113	202	253	333	51	170
Juni	3 786	2 222	1 083	1 022	118	338	117	254	259	343	63	180
Juli	4 077	2 446	1 221	1 105	120	364	118	234	284	387	67	164
Aug.	3 569	2 235	1 050	1 070	114	292	103	162	268	329	48	119
Sept.	3 887	2 380	1 180	1 093	107	350	114	186	252	363	59	170
Okt.	4 188	2 671	1 312	1 228	131	349	127	207	279	330	61	151
Nov.	4 252	2 609	1 277	1 215	118	399	129	193	301	333	60	214
Dez.	5 042	2 912	1 387	1 363	162	394	152	233	389	492	71	384
1961 Jan.	3 900	2 444	1 231	1 105	107	250	107	204	283	363	53	185
Febr.	4 047	2 528	1 288	1 116	124	322	108	184	269	392	54	177

1) Einschl. Bismeergebiete, Nicht ermittelte Länder und Schiffsbedarf.- 2) Organisation für europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit. Siehe hierzu Teil 1 von "Der Außenhandel der Bundesrepublik Deutschland" Übersicht F.- 3) Europäische Wirtschaftsgemeinschaft.- 4) Europäische Freihandelsvereinigung.- 5) Ab 6. Juli 1959 einschl. Saarland.

Verkehr

Meßziffern des Personen- und Güterverkehrs

1954 = 100

Jahr Monat	Personenverkehr								Güterverkehr			
	Bundesbahn 1)			Straßenbahn 4)		Omnibusse 5)			Bahn und Binnenschifffahrt		Güter	
	Beförderte Personen 2)	Personen-kilometer 2)	Wagenachs-kilometer 3)	Beförderte Personen	Wagen-kilometer	Ortsverkehr Personen	Wagen-kilometer	Überlandverkehr 6)	Beförderte Personen	Wagen-kilometer	Beförderte Güter	Netto-tkm
kalendertäglich												
Bundesgebiet (ohne Saarland und Berlin)												
1957	114	122	106	103	101	162	146	135	120	124	126	
1958	106	117	107	98	96	172	156	137	122	114	116	
1959	102	116	104	95	93	183	168	143	127	117	120	
Bundesgebiet ohne Berlin 7)												
1960	102	116	105	93	87	202	182	155	137	142	139	
1960 Jan.	111	103	97	96	89	209	178	166	132	130	128	
1960 Febr.	107	103	98	98	92	215	183	170	140	130	127	
1960 März	99	97	98	97	91	206	185	160	138	137	134	
1960 April	105	113	101	94	88	196	178	150	133	143	140	
1960 Mai	103	120	101	92	87	192	177	148	135	143	142	
1960 Juni	98	137	114	90	85	188	184	142	135	148	148	
1960 Juli	101	149	119	86	86	184	179	138	136	143	145	
1960 Aug.	96	137	122	86	85	183	180	141	140	139	135	
1960 Sept.	103	119	113	81	85	196	181	149	141	143	139	
1960 Okt.	100	107	99	93	84	208	182	158	138	151	144	
1960 Nov.	101	99	96	97	85	221	188	170	140	156	147	
1960 Dez.	96	108	102	98	85	231	189	171	140	143	136	
1961 Jan.	109	108	100	94	84	226	189	177	141	129	126	
1961 Febr.	103	103	99	98	85	235	195	179	144	

1) Ohne Kraftwagenverkehr, aber einschl. des S-Bahnverkehrs in Hamburg.- 2) Nur öffentlicher Verkehr.- 3) Einschl. Militärverkehr.- 4) Einschl. U- und Hochbahnverkehr in Hamburg sowie Obusverkehr.- 5) Kommunale, gemischtwirtschaftliche und private Unternehmen sowie Bundesbahn und Bundespost, ohne den nicht liniengebundenen Gelegenheitsverkehr, aber einschl. des nichtöffentlichen, liniennähnlichen Arbeiterverkehrs.- 6) Einschl. Nachbarkreisverkehr.- 7) Basisjahr 1954 ohne Saarland.- 8) Einschl. Dienstgut- und Militärverkehr, jedoch ohne Güterkraftverkehr.- 9) Beladene Güterwagen in allen Zügen.- 10) Beladene und leere Güterwagen in allen Zügen.- 11) In der Binnen- und Seeschifffahrt ist, soweit der Anteil der deutschen Schiffe nicht besonders dargestellt ist, der Verkehr auf Schiffen aller Flaggen nachgewiesen.- 12) Verkehr mit Häfen der sowjetischen Besatzungszone, der Ostgebiete des Deutschen Reiches (Stand 31. Dezember 1937), z.Z. unter fremder Verwaltung und des Auslandes.

Luftverkehr¹⁾

Jahr Monat	Flughafenverkehr								Teilstreckenverkehr 2)							
	Gesamtverkehr (In- und Auslandsverkehr)								Flug-km		Inlandsverkehr			Auslandsverkehr 4)		
	Starts		Fluggäste 3)		Fracht 3)		Post 3)		insgesamt	dar. im Verkehr mit dem Ausland 4)	Pkm	Fracht-tkm	Post-tkm	Pkm	Fracht-tkm	Post-tkm
	insgesamt	dar. nicht-gewerblich. Verkehr	Aussteiger	Einsteiger	Empfang	Versand	Empfang	Versand								
Bundesgebiet (ohne Saarland) einschl. Berlin (West)																
1954 MD	6 755	.	89,2	89,9	3 954	4 086	442	375	3 330	2 148	23 724	994	105,2	46 338	1 310	366,9
1957 MD	10 074	.	168,5	170,9	2 464	2 694	550	536	5 707	4 064	43 546	599	135,4	117 389	2 434	612,1
1958 MD	10 944	.	197,4	199,7	1 937	2 218	610	583	6 933	5 139	50 582	440	143,4	154 697	3 217	1 007,5
Bundesgebiet einschl. Berlin (West)																
1959 MD ⁵⁾⁶⁾	43 112	30 343	224,8	227,1	2 584	2 878	727	689	7 502	5 531	58 500	591	175,5	171 746	4 375	970,6
1960 MD ⁵⁾	44 638	29 453	291,5	293,3	3 474	3 659	918	874	8 484	6 023	74 323	790	207,9	232 295	5 753	1 289,8
1960 Jan.	23 511	12 932	188,4	191,0	2 677	2 897	696	679	7 117	5 260	50 944	568	170,9	147 613	4 539	978,7
1960 Febr.	27 498	17 459	179,6	180,8	2 657	3 034	682	676	6 727	4 974	47 678	576	170,2	135 232	4 818	892,5
1960 März	36 361	24 084	218,7	224,4	3 140	3 291	772	761	7 339	5 315	58 876	693	194,7	160 265	5 208	1 023,8
1960 April	52 384	32 681	306,1	302,3	3 264	3 335	841	783	8 958	5 841	75 122	696	191,3	215 733	5 178	1 045,5
1960 Mai	57 018	39 481	322,3	321,6	3 470	3 613	842	850	8 762	5 995	81 615	796	195,6	241 582	5 331	1 073,7
1960 Juni	55 916	38 835	348,7	355,7	3 084	3 303	778	776	8 981	6 333	86 429	728	182,9	271 075	4 773	1 033,7
1960 Juli	53 609	35 833	367,8	363,0	3 306	3 519	874	832	9 480	6 776	88 932	732	199,2	305 915	5 678	1 121,1
1960 Aug.	53 439	34 785	370,1	384,0	3 403	3 467	923	833	9 573	6 754	93 151	746	197,3	294 802	5 772	1 137,0
1960 Sept.	53 902	36 434	364,0	379,9	3 902	4 082	988	902	9 168	6 492	92 694	924	219,1	299 043	6 140	1 259,7
1960 Okt.	41 006	25 716	333,1	338,7	4 123	4 470	1 008	910	9 174	6 622	86 118	985	220,9	289 761	7 096	1 679,3
1960 Nov.	37 479	23 904	251,8	254,2	4 202	4 378	1 007	959	8 511	6 143	65 970	992	219,3	216 732	7 510	1 756,2
1960 Dez.	22 738	10 492	248,1	247,1	4 465	4 519	1 610	1 531	8 022	5 774	64 353	1 050	334,0	209 797	6 998	2 477,5
1961 Jan.	27 223	14 773	235,8	236,5	3 896	3 827	976	892	7 979	5 652	62 391	863	208,8	179 348	6 872	1 553,0

1) Ab April 1959 wird der gesamte zivile Luftverkehr auf allen Flugplätzen nachgewiesen, bis März 1959 nur der gewerbliche Linien- und Gelegenheitsverkehr soweit er in Verbindung mit Verkehrsflughäfen steht.- 2) Flüge auf den einzelnen Teilstrecken.- 3) Einschl. umgestiegene Fluggäste bzw. umgeladene Fracht oder Post.- 4) Kilometerangaben bis zum ersten Flughafen im Ausland.- 5) Ab 6. Juli einschl. Saarland.- 6) Im nichtgewerblichen Verkehr wurden für die einzelnen Monate des Jahres 1959 16 704 und 1960 insgesamt 20 805 Starts nachgemeldet.

Eisenbahnen¹⁾

(DB-Deutsche Bundesbahn, NE-Nichtbundeseigene Eisenbahnen)

Bundesgebiet ohne Berlin

Jahr Monat	Betriebsleistungen										Güterwagenstellung	
	Zugkilometer 2)			Wagenachskilometer 2)			Tonnenkilometer 4)				insgesamt	
	insgesamt 3)	darunter DB		insgesamt	darunter DB		Brutto	Netto		DB		
		Reise- züge	Güter- züge		Reise- züge	Güter- züge		Güterzüge DB	Güterwagen insgesamt		dar. DB	
Mill.											1 000	
1957 MD	53,6	33,5	16,1	1 821	644,8	1 144	11 376	5 361	5 288	1 708	282,4	
1958 MD	52,5	33,6	15,0	1 745	649,0	1 058	10 511	4 863	4 804	1 591	270,7	
1959 MD	50,7	32,2	14,8	1 743	630,3	1 085	10 913	5 053	4 988	1 583	271,6	
1960 MD	50,3	31,5	15,4	1 807	628,9	1 149	11 637	5 403	5 329	1 669	295,9	
1959 Okt.	51,6	31,2	16,7	1 892	598,5	1 263	12 961	6 148	6 071	1 828	307,2	
Nov.	48,7	29,6	15,4	1 754	559,3	1 166	11 984	5 713	5 638	1 720	297,4	
Dez.	50,2	31,1	15,6	1 829	612,5	1 188	12 049	5 657	5 589	1 644	286,8	
1960 Jan.	48,6	30,6	14,5	1 694	588,6	1 078	10 923	5 092	5 031	1 479	273,3	
Febr.	47,0	29,2	14,4	1 651	558,8	1 065	10 763	5 005	4 941	1 534	271,1	
März	50,7	31,3	15,8	1 807	598,2	1 179	11 929	5 525	5 450	1 716	305,2	
April	48,0	30,1	14,5	1 721	595,6	1 098	11 075	5 110	5 040	1 553	280,7	
Mai	50,2	31,5	15,2	1 784	611,9	1 144	11 527	5 331	5 258	1 664	291,3	
Juni	50,0	32,1	14,5	1 783	668,9	1 087	10 994	5 082	5 009	1 556	278,8	
Juli	53,8	34,3	16,0	1 954	724,7	1 201	12 155	5 609	5 534	1 698	299,2	
Aug.	54,1	34,6	15,9	1 939	743,8	1 166	11 822	5 450	5 373	1 722	305,2	
Sept.	51,5	32,3	15,7	1 874	666,4	1 179	11 905	5 500	5 419	1 740	294,1	
Okt.	50,7	30,9	16,2	1 852	601,4	1 220	12 419	5 834	5 750	1 844	329,3	
Nov.	48,7	29,6	15,7	1 787	567,3	1 191	12 217	5 771	5 691	1 796	311,5	
Dez.	50,5	31,2	15,8	1 825	620,9	1 176	11 915	5 530	5 452	1 721	314,2	
1961 Jan.	49,5	31,0	15,1	1 724	605,4	1 091	11 051	5 112	5 039	1 571	294,9	
Febr.	...	28,1	14,2	...	545,2	1 051	10 661	...	4 872	1 503	...	

Jahr Monat	noch: Güterwagenstellg. arbeitstäglich 5)			Leistungen im Personenverkehr 6)								
	DB	NE	Güterwagen- umlauf- zeit bei der DB Tage	Beförderte Personen					Personenkilometer			
				insgesamt 7)	Deutsche Bundesbahn 8)	darunter Berufs-u. Schüler- verkehr	Nicht- bundeseig. Eisenbahnen 8)	darunter Berufs-u. Schüler- verkehr	Deutsche Bundesbahn	darunter Berufs-u. Schüler- verkehr	Nicht- bundeseig. Eisenbahnen	
												1 000
1957 MD	67,9	11,2	4,3	140 369	127 214	81 038	13 155	7 846	3 449	1 260	124,5	
1958 MD	63,3	11,6	4,5	130 205	117 956	73 036	12 249	7 183	3 310	1 177	115,1	
1959 MD	64,4	11,0	4,6	124 795r	113 802r	63 500r	10 993	6 515	3 273r	1 047r	106,3	
1960 MD	67,0	12,0	4,5	119 262	109 423	65 797	9 838	5 674	3 221	1 049	95,9	
1959 Okt.	70,7	11,4	4,4	121 066	110 886	66 481	10 180	6 025	3 012	1 045	99,1	
Nov.	72,2	12,3	4,6	129 634	118 711	81 928	10 923	6 972	2 872	1 292	107,7	
Dez.	68,0	11,5	4,9	117 696	107 101	61 270	10 595	6 048	2 979	963	100,6	
1960 Jan.	62,2	11,5	5,1	133 123	121 675	82 852	11 448	7 381	2 918	1 289	110,5	
Febr.	63,1	11,2	4,5	120 366	109 918	72 787	10 448	6 660	2 727	1 129	101,4	
März	65,4	11,6	4,3	118 591	108 252	68 790	10 339	6 370	2 742	1 078	100,7	
April	67,1	12,1	4,7	120 869	111 359	62 543	9 510	5 456	3 089	1 000	93,3	
Mai	67,8	11,9	4,3	122 917	112 986	75 343	9 931	5 902	3 373	1 226	98,5	
Juni	68,2	12,2	4,7	112 671	103 408	56 059	9 263	5 036	3 741	901	90,1	
Juli	67,4	11,9	4,5	119 385	110 070	56 935	9 315	4 874	4 209	938	91,0	
Aug.	65,9	11,7	4,3	113 554	104 533	54 952	9 021	4 610	3 874	893	89,0	
Sept.	69,0	11,7	4,3	118 123	108 829	61 578	9 294	5 180	3 243	983	90,1	
Okt.	73,1	13,1	4,4	119 096	109 259	66 351	9 837	4 967	3 006	1 054	95,9	
Nov.	74,6	12,9	4,4	117 190	107 370	72 805	9 820	6 030	2 691	1 174	95,9	
Dez.	69,1	12,6	4,5	115 254	105 421	58 572	9 833	5 618	3 043	925	94,8	
1961 Jan.	62,8	12,4	4,6	129 443	119 123	77 534	10 320	6 537	3 054	1 233	101,8	
Febr.	64,7	...	4,3	...	101 350	63 947	2 633	984	...	

Jahr Monat	Beförderte Güter 8)				darunter					Tarif- tonnen- kilometer DB 10)	
	Gepäck- versand der Deutschen Bundesbahn	insgesamt 9)	Deutsche Bundesbahn 8)	Nicht- bundeseig. Eisenbahnen 8)	Expresgut						
					zusammen	DB 8)	NE 8)	Kohle, Koks, Briketts			
								zusammen 9)	DB 8)		NE 8)
t										1 000 t	Mill.
1957 MD	8 800	29 255	27 568	7 600	70,8	67,2	3,6	10 768	10 120	1 965	4 824
1958 MD	9 220	26 645	25 176	7 032	71,1	67,5	3,6	9 637	8 990	1 759	4 297
1959 MD	10 412	27 322r	25 547r	7 475	76,8	73,1	3,7	9 452r	8 798r	1 657	4 405r
1960 MD	10 298	28 873	27 290	8 341	78,2	74,4	3,9	9 683r	9 205	1 575	4 867r
1959 Okt.	11 799	31 891	30 191	8 508	83,4	79,6	3,8	10 265	9 549	1 720	5 349
Nov.	6 608	30 164	28 930	8 217	79,0	75,4	3,6	9 944	9 512	1 473	4 998
Dez.	7 812	29 314r	27 991r	8 062	105,3r	100,3r	4,8	10 320r	9 903r	1 566	4 920r
1960 Jan.	7 075	25 906	24 573	7 439	68,7	65,6	3,1	9 908	9 453	1 459	4 308
Febr.	6 802	26 786	25 135	7 555	68,5	65,3	3,2	9 416	8 990	1 474	4 327
März	7 799	29 231	27 665	8 679	79,5	75,7	3,8	9 373	8 917	1 532	4 758
April	9 887	26 498	25 183	7 956	79,0	75,1	3,9	8 920	8 508	1 431	4 328
Mai	8 793	28 431	26 786	8 216	79,2	75,4	3,8	9 603	9 191	1 486	4 567
Juni	11 328	26 899	25 527	7 850	75,9	72,2	3,7	9 110	8 726	1 414	4 401
Juli	17 338	28 914	27 276	8 502	77,8	73,6	4,2	9 501	9 061	1 601	4 834
Aug.	17 782	29 556	27 805	8 680	76,6	72,5	4,1	9 679	9 153	1 635	4 872
Sept.	13 270	29 740	27 981	8 541	79,5	75,4	4,1	9 738	9 212	1 601	4 849
Okt.	9 899	32 174	30 458	9 304	80,9	76,8	4,1	10 173	9 619	1 727	5 075
Nov.	6 175	32 066	30 354	8 379	76,9	73,2	3,7	10 219	9 796	1 760	5 092
Dez.	7 463	30 272	28 621	8 996	95,5	91,0	4,5	10 454	9 905	1 786	4 890
1961 Jan.	7 509	27 820	25 573	8 503	63,2	60,2	3,0	10 081	9 652	1 666	4 216
Febr.	6 984	...	24 631	54,3	9 537	...	4 242

1) Nur Schienenverkehr, soweit nicht ausdrücklich anders vermerkt. - 2) Einschl. Militärverkehr, jedoch ohne Dienstzüge. - 3) Nichtbundeseigene Eisenbahnen einschl. Rangierkilometer. - 4) Einschl. Militär- und Dienstgutverkehr. - 5) Ab 1959 auf volle Arbeitstage (Mo.-Fr.) berechnet. - 6) Schienen- und Schiffsverkehr, ohne Militärverkehr. - 7) Verkehr zwischen der Deutschen Bundesbahn und den Nichtbundeseigenen Eisenbahnen doppelt gezählt. - 8) Einschl. Verkehr zwischen der Deutschen Bundesbahn und den Nichtbundeseigenen Eisenbahnen. - 9) Verkehr zwischen der Deutschen Bundesbahn und den Nichtbundeseigenen Eisenbahnen nur einmal gezählt. - 10) Schienen- und Schiffsverkehr einschl. Militär- und Dienstgutverkehr.

Fernverkehr mit Lastkraftfahrzeugen¹⁾

Jahr Monat	Beförderte Gütermengen										Verkehrsleistungen				
	Insgesamt	im gewerblichen Güterfernverkehr 2)					im Werkfernverkehr					Insgesamt	in gewerblichen Güterfernverkehr	darunter in Möbelfernverkehr	im Werkfernverkehr
		nach Entfernungsstufen					zusammen								
		bis 150 km	151 bis 300 km	301 u. mehr	Zusammen	darunter Möbelfernverkehr	bis 150 km	151 bis 300 km	301 u. mehr	Zusammen					
1 000 t											Mill. tkm 3)				
1954 MD	5 093,7	978,1	1 141,1	1 128,2	3 247,4	48,6	1 048,9	582,5	214,9	1 846,3	1 215,0	893,2	13,2	321,8	
1957 MD	6 409,7	1 463,1	1 768,1	1 497,8	4 729,0	81,7	999,0	503,6	178,1	1 680,7	1 516,3	1 238,8	21,8	277,5	
1958 MD 4)	6 323,0	1 575,7	1 781,9	1 509,3	4 866,9	76,3	996,1	485,6	174,4	1 656,1	1 540,1	1 265,3	20,5	274,8	
1959 MD	7 286,2	1 707,3	2 019,5	1 670,4	5 485,3	90,7	1 087,9	524,9	190,1	1 802,9	1 712,7	1 414,1	24,9	298,6	
1960 MD	7 891,0	1 870,9	2 224,7	1 847,8	5 943,4	95,0	1 169,1	575,2	203,4	1 947,6	1 869,5	1 545,9	26,5	323,6	
1959 Okt.	8 420,7	2 058,1	2 401,7	1 938,8	6 398,6	91,6	1 211,5	592,7	217,9	2 022,1	1 984,7	1 648,0	24,8	336,7	
Nov.	7 701,2	1 856,9	2 198,4	1 825,5	5 880,8	99,5	1 073,5	539,0	207,9	1 820,4	1 839,6	1 531,9	27,1	307,7	
Des.	7 092,1	1 672,3	1 971,7	1 682,5	5 326,5	116,9	1 070,8	519,9	174,9	1 765,6	1 682,2	1 392,4	31,8	289,8	
1960 Jan. 5)	6 274,5	1 393,3	1 553,3	1 592,5	4 741,1	76,1	922,4	448,8	162,2	1 533,4	1 529,3	1 275,1	21,1	254,2	
Febr.	6 755,9	1 510,1	1 886,6	1 687,8	5 064,5	77,3	1 002,6	508,0	180,8	1 636,9	1 632,6	1 352,6	20,9	284,3	
März	8 301,7	2 019,7	2 309,0	1 932,6	6 261,3	92,2	1 227,4	604,8	208,2	2 040,4	1 955,8	1 617,8	25,9	338,0	
April	7 630,2	1 871,9	2 165,4	1 739,5	5 776,8	94,7	1 135,1	540,3	178,0	1 853,4	1 785,4	1 483,3	26,1	302,1	
Mai	8 271,1	1 965,7	2 334,0	1 936,2	6 235,9	82,4	1 235,8	594,0	205,4	2 035,2	1 955,3	1 619,8	23,2	335,5	
Juni	7 788,0	1 847,3	2 157,9	1 781,6	5 786,8	89,7	1 194,1	568,7	188,4	1 951,2	1 815,2	1 497,2	25,2	318,0	
Juli	8 253,9	2 010,1	2 321,4	1 880,9	6 212,4	97,7	1 239,5	600,3	201,7	2 041,5	1 929,6	1 595,8	26,5	333,8	
Aug.	8 432,4	2 029,5	2 382,0	1 908,8	6 350,3	96,1	1 291,2	626,5	224,4	2 142,1	1 980,1	1 625,2	26,9	364,9	
Sept.	8 540,5	2 061,6	2 386,2	1 972,5	6 420,3	107,5	1 260,2	627,9	232,1	2 120,2	2 013,5	1 657,5	30,1	356,0	
Okt.	8 407,3	1 987,7	2 386,6	1 971,4	6 345,7	117,6	1 223,3	610,0	228,3	2 061,6	2 001,8	1 653,7	33,0	348,1	
Nov.	8 411,8	1 966,1	2 432,4	1 987,4	6 385,9	100,2	1 185,5	606,0	234,4	2 025,9	2 013,8	1 668,7	28,5	345,1	
Des.	7 614,9	1 757,8	2 179,4	1 802,7	5 739,9	108,4	1 111,8	566,8	196,4	1 875,0	1 817,5	1 504,6	30,0	312,9	

1) Verkehrsleistungen der im Bundesgebiet (bis 1959 ohne Saarland) einschl. Berlin (West) beheimateten Lastkraftfahrzeuge einschl. des Inlandanteils des grenzüberschreitenden Verkehrs sowie des Verkehrs mit der sowjetischen Besatzungszone und den Ostgebieten des Deutschen Reiches (Stand: 31. Des. 1937), s. Z. unter fremder Verwaltung. - 2) Einschl. der Transporte der Bundesbahneigenen und der im Auftrage der Deutschen Bundesbahn fahrenden Lastkraftfahrzeuge. - 3) Wirkliches Gewicht mal Tarifikilometer. - 4) Mittlere Versandweite im gewerblichen Güterfernverkehr 1954 MD 275 km, 1957 MD 262 km, 1958 MD 260 km, 1959 MD 258 km, im Werkfernverkehr 1954 MD 174 km, 1957 MD 165 km, 1958 MD 166 km, 1959 MD 166 km. - 5) Ab Januar im Werkfernverkehr ohne Halb- bzw. Jahresabrechner (ca. 0,5 vH) und ab Dezember ohne Vierteljahresabrechner (bei t ca. 6 vH; bei tkm ca. 5 vH).

Bundesanstalt für den Güterfernverkehr / Kraftfahrt-Bundesamt

Seeschifffahrt

Jahr Monat	Schiffverkehr				Güterverkehr						
	mit Häfen 1)		außerhalb 2)		Durchgang durch den Nord-Ostsee-Kanal 3)	Küstenverkehr 4)	Versand nach Häfen 5)		Empfang aus Häfen 5)		Massengüterverkehr auf dem Nord-Ostsee-Kanal
	innerhalb des Bundesgebietes		außerhalb des Bundesgebietes				der sowj. Besatzungszone 6)	des Auslandes	der sowj. Besatzungszone 6)	des Auslandes	
	Ankunft	Abgang	Ankunft	Abgang	1 000 t						
1954 MD	215	209	2 216	1 704	2 145	207	7	1 197	14	2 237	2 709
1957 MD	232	222	3 033	1 993	2 764	206	3	1 176	6	3 690	3 177
1958 MD	348	335	3 241	2 439	2 795	193	6	1 187	3	3 350	3 083
1959 MD 7)	348	335	3 653	2 586	3 011	233	8	1 266	52	3 914	3 270
1960 MD 7)	395	383	4 160	2 797	3 461	241	17	1 391	41	4 801	3 616
1960 Jan.	218	217	4 046	2 603	3 519	236	7	1 566	30	4 767	3 790
Febr.	207	197	3 756	2 577	2 781	225	26	1 432	20	4 404	3 465
März	224	226	3 990	2 685	2 989	246	24	1 387	41	4 694	2 869
April	265	235	4 069	2 594	3 029	212	22	1 106	60	4 823	3 115
Mai	367	337	4 341	2 775	3 567	256	15	1 407	33	5 120	3 870
Juni	565	578	4 189	2 881	3 561	220	6	1 289	32	4 578	3 950
Juli	598	554	4 375	3 019	3 929	265	15	1 333	32	4 752	4 547
Aug.	895	864	4 416	2 932	3 688	274	20	1 425	41	4 807	4 290
Sept.	641	646	4 138	3 145	3 474	266	22	1 330	46	4 625	4 113
Okt.	285	260	4 164	2 746	3 495	264	21	1 386	53	4 883	3 990
Nov.	264	244	4 207	2 830	3 776	230	14	1 466	34	5 097	4 374
Des.	215	235	4 230	2 777	3 738	204	16	1 466	50	5 050	4 167
1961 Jan.	260	256	4 196	2 789	3 312	224	13	1 636	28	5 118	3 499

1) Nur Schiffe, die zu Handelszwecken mit Ladung zum Löschen angekommen oder nach Beladung abgegangen sind. - 2) Verkehr mit Häfen der sowjetischen Besatzungszone, der Ostgebiete des Deutschen Reiches (Stand 31. Des. 1937), s. Z. unter fremder Verwaltung und den Ausländern. Schiffe, die nach der Ankunft im Bundesgebiet und vor dem Abgang aus dem Bundesgebiet an der gleichen Reise mehrere westdeutsche Häfen angefahren haben, wurden in der Ankunft bzw. im Abgang nur einmal gezählt. - 3) Abgabepflichtige Schiffe. - 4) Seewärtiger Empfang von aus Häfen des Bundesgebietes versandten Gütern sowie seewärtiger Versand nach Binnenhäfen (Empfang binnenseitig). - 5) Einschl. des Seeverkehrs der Binnenhäfen. - 6) Die Angaben über den Verkehr mit Häfen der sowjetischen Besatzungszone enthalten auch den Verkehr mit den Häfen der Ostgebiete des Deutschen Reiches (Stand 31. Des. 1937), s. Z. unter fremder Verwaltung. - 7) Vorläufige Zahlen.

Binnenschifffahrt¹⁾

Jahr Monat	Beförderte Güter							Geleistete Tonnenkilometer 2)					
	innerhalb des Bundesgebietes	Versand nach			Empfang aus			Durchgangsverkehr	Insgesamt	darunter auf deutschen Schiffen 4)	und zwar		
		Berlin (West)	der sowj. Besatzungszone 3)	des Auslandes	Berlin (West)	der sowj. Besatzungszone 3)	des Auslandes				Insgesamt	auf deutschen Schiffen 4)	ohne Durchgangsverkehr
		1 000 t									Mill. tkm		
Bundesgebiet (ohne Saarland und Berlin)													
1954 MD	4 978	119	36	1 800	14	55	1 618	494	9 115	5 860	2 087	1 309	1 779
1957 MD	5 775	200	108	1 787	22	49	3 327	590	11 861	7 499	2 829	1 782	2 458
1958 MD	6 599	163	58	1 733	25	37	3 223	548	11 417	7 100	2 731	1 670	2 385
1959 MD	6 261	222	84	1 847	30	46	2 862	491	11 245	7 453	2 782	1 721	2 471
Bundesgebiet ohne Berlin													
1960 MD 5)	7 232	249	73	2 321	32	36	3 753	578	14 275	8 620	3 356	2 014	2 986
1960 Jan.	5 537	110	57	1 920	17	13	3 478	496	11 626	6 794	2 718	1 608	2 407
Febr.	5 961	95	57	2 038	8	5	3 650	456	12 270	7 147	2 912	1 750	2 621
März	7 429	316	75	2 403	53	28	3 969	605	14 877	8 927	3 498	2 097	3 115
April	7 094	329	93	2 095	34	30	3 625	507	13 808	8 384	3 192	1 941	2 868
Mai	7 698	332	92	2 350	38	41	3 872	622	15 045	9 027	3 589	2 138	3 189
Juni	7 345	292	118	2 317	37	27	3 876	704	14 672	8 711	3 552	2 080	3 096
Juli	7 949	240	83	2 556	27	35	3 929	728	15 548	9 286	3 740	2 170	3 268
Aug.	8 601	244	78	2 501	28	43	3 977	609	15 482	9 404	3 600	2 167	3 207
Sept.	7 560	223	89	2 441	33	51	3 870	621	14 316	9 048	3 449	2 056	3 051
Okt.	7 606	286	64	2 567	37	40	3 681	619	14 900	9 211	3 459	2 108	3 063
Nov.	7 566	279	46	2 297	31	53	3 598	511	14 442	9 311	3 404	2 100	3 076
Des.	7 044	284	50	2 268	38	71	3 593	461	13 809	8 534	3 158	1 953	2 869
1961 Jan.	6 341	183	40	2 210	33	32	3 451	409	12 698	7 764	2 947	1 832	2 693

1) Einschl. des Seeverkehrs der Binnenhäfen. - 2) Ohne die jenseits der Seegrenzen geleisteten Tonnenkilometer. - 3) Zum Verkehr mit d. sowjetischen Besatzungszone ist auch der Verkehr mit dem Sowjetsektor von Berlin und mit den Häfen der Ostgebiete des Deutschen Reiches (Stand 31. Des. 1937), s. Z. unter fremder Verwaltung gezählt. - 4) Die Zahlen umfassen die Verkehrsleistungen der im Bundesgebiet und in der sowjetischen Besatzungszone beheimateten Schiffe. - 5) Vorläufige Zahlen.

Deutsche Bundespost

Jahr Monat	Brief- sen- dungen 2)	Gewöhn- liche Paket- sen- dungen	Über- mit- telte Tele- gramme	Fernsprechdienst			Ton- 5)	Fern- seh- Rundfunk- genehmigungen 4)	Einzahlungen auf Zahlkarten und Postanweisungen	Postscheckdienst			Postsparkassendienst			
				Sprech- stellen 3) 4)	Orts- gespräche	Fern- gespräche				Gut- haben auf den Konten	Gut- Last- schriften	Gut- haben auf den Konten	Ein- lagen	Rück- zah- lungen		
															Mill.	1 000
Bundesgebiet (ohne Saarland) einschl. Berlin (West) 1)																
1954 MD	479	18	2 365	3 686	201	41	12 800	84	27	2 776	1 122	11 921	11 915	833	86	66
1957 MD	597	21	2 623	4 667	235	59	14 400	1 212	30	3 824	1 540	16 833	16 821	1 661	143	117
1958 MD	639	22	2 566	5 019	244	67	15 013	2 128	31	4 160	1 727	18 454	18 428	2 086	170	137
1959 MD	660	22	2 672	5 248	266	78	15 506	2 790	32	4 521	1 904	20 057	20 050	2 593	190	154
Bundesgebiet einschl. Berlin (West) 1)																
1960 MD	708	24	2 709	5 738	289	91	15 732	4 115	32	4 898	2 067	21 984	21 972	3 063	200	169
1960 Jan.	617	19	2 292	5 516	287	81	15 629	3 577	39	4 447	2 012	21 110	21 370	2 851	196	124
1960 Febr.	627	21	2 341	5 554	289	81	15 647	3 740	31	4 354	1 940	19 502	19 485	2 919	195	130
1960 März	775	24	2 627	5 592	277	89	15 669	3 877	32	4 862	1 941	21 801	21 754	2 981	207	160
1960 April	689	23	2 807	5 645	282	87	15 690	3 966	32	4 651	2 058	20 760	20 753	3 011	193	160
1960 Mai	689	23	2 841	5 683	268	90	15 703	4 032	32	4 736	2 049	21 043	20 937	3 050	193	175
1960 Juni	613	19	2 791	5 723	300	89	15 706	4 076	29	4 843	2 120	21 407	21 395	3 063	197	182
1960 Juli	668	20	2 919	5 758	275	91	15 710	4 120	32	5 016	1 932	22 401	22 436	3 096	243	204
1960 Aug.	668	21	3 035	5 798	284	93	15 732	4 187	30	4 981	2 076	22 186	22 227	3 119	224	216
1960 Sept.	735	23	2 799	5 837	294	96	15 760	4 288	30	4 915	2 064	21 828	21 772	3 134	200	179
1960 Okt.	748	26	2 739	5 877	289	97	15 796	4 384	35	5 074	2 115	22 616	22 566	3 151	189	166
1960 Nov.	779	30	2 415	5 919	306	96	15 854	4 498	34	4 939	2 176	22 666	22 634	3 167	159	158
1960 Dez.	891	37	2 902	5 959	321	100	15 892	4 635	40	5 963	2 320	26 492	26 351	3 213	207	176
1961 Jan.	699	21	2 357	5 994	298	94	15 956	4 815	32	4 993	2 081	23 534	23 748	3 341	228	141
1961 Febr.	664	21	2 194	6 045	16 005	4 950	30	4 619	2 143	20 715	20 685	3 418	212	145

1) Landespostdirektion Berlin.- 2) Gewöhnliche und eingeschriebene Briefsendungen.- 3) Haupt- und Nebenanschlüsse und öffentliche Sprechstellen.- 4) Jahres- bzw. Monatsende.- 5) Einschl. der Ton-Rundfunkgenehmigungen für Kraftfahrzeuge usw.

Posttechnisches Zentralamt

Zum Aufsatz: „Rundfunkgenehmigungen am 31. Dezember 1960“ in diesem Heft Ton- und Fernseh Rundfunkgenehmigungen

Oberpostdirektionsbezirk	Ton-Rundfunkgenehmigungen (ohne solche für Kraftfahrzeuge usw.)					Fernseh-Rundfunkgenehmigungen				
	31.12.1958	31.12.1959	31.12.1960	Zunahme vom 31.12.1959 zum 31.12.1960	Bestand am 31.12.1960 auf 100 Einwohner 1)	31.12.1958	31.12.1959	31.12.1960	Zunahme vom 31.12.1959 zum 31.12.1960	Bestand am 31.12.1960 auf 100 Einwohner 1)
	Anzahl					Anzahl				
	vH					vH				
Braunschweig	389 736	398 444	405 494	1,8	29	55 951	90 523	124 839	37,9	9
Bremen	772 531	794 843	812 562	2,2	26	81 338	147 818	215 242	45,6	7
Dortmund	977 679	1 003 467	1 023 871	2,0	29	212 459	320 056	423 391	32,3	12
Düsseldorf	1 460 261	1 504 342	1 541 228	2,5	29	370 738	544 725	696 773	27,9	13
Frankfurt (Main)	1 272 176	1 316 692	1 349 215	2,5	29	177 410	273 942	373 794	36,5	8
Freiburg (Breisgau)	373 291	394 542	408 467	3,5	25	25 272	42 727	64 473	50,9	4
Hamburg	871 015	901 715	914 515	1,4	32	143 753	240 032	316 937	32,0	11
Hannover	645 648	663 405	678 214	2,2	29	77 620	131 312	184 590	40,6	8
Karlsruhe	447 657	475 831	492 189	3,4	29	54 618	83 645	114 976	37,5	7
Kiel	481 900	493 043	500 959	1,6	29	59 163	106 369	147 481	38,7	9
Koblenz	397 739	413 511	424 373	2,6	26	54 149	84 168	117 491	39,6	7
Köln	819 468	851 848	874 634	2,7	28	183 651	268 691	349 444	30,1	11
München	1 100 836	1 139 870	1 170 650	2,7	29	103 549	171 059	243 140	42,1	6
Münster (Westf.)	945 064	971 132	991 267	2,1	26	166 021	252 941	339 268	34,1	9
Neustadt (Weinstraße)	297 255	314 079	323 683	3,1	26	33 643	52 985	74 766	41,1	6
Nürnberg	902 468	931 513	957 187	2,8	27	77 183	128 114	190 024	48,3	5
Regensburg	418 321	434 214	443 049	2,0	24	28 779	49 990	75 435	50,9	4
Saarbrücken	244 544	255 321	277 018	8,5	26	4 053	24 044	75 974	216,0	7
Stuttgart	777 789	827 451	858 941	3,8	29	78 919	129 140	183 345	42,0	6
Trier	116 308	120 787	124 199	2,8	23	8 712	14 542	22 607	55,5	4
Tübingen	317 670	336 200	350 242	4,2	38	20 290	34 557	55 921	61,8	4
Bundesgebiet ohne Berlin	14 029 356	14 542 070	14 921 993	2,6	27	2 017 271	3 191 380	4 387 931	37,5	8
Berlin (West)	825 964	840 559	844 789	0,5	38	111 912	183 623	246 831	34,4	11
Bundesgebiet einschl. Berlin (West)	14 855 320	15 382 629	15 766 782	2,5	28	2 129 183	3 375 003	4 634 762	37,3	8
Außerdem Genehmigungen für KPZ usw.										
Bundesgebiet ohne Berlin	389 588	499 891	123 936	- 75,2	-	-	-	-	-	-
Berlin (West)	13 954	17 927	1 167	- 93,5	-	-	-	-	-	-

1) Errechnet aus den fortgeschriebenen Einwohnerzahlen vom 30.6.1960.

Geld und Kredit

Bargeldumlauf und Bankeinlagen von Nichtbanken, Bankkredite an Nichtbanken

MILL. DM

Jahres- bzw. Monatsende	Bargeldumlauf und Bankeinlagen							Kredite 4)			
	Bargeld- und Spar- einlagen außerhalb der Kreditinstitute 1)	Einlagen inländischer Nichtbanken 2)				Bank- und Spareinl. ausl. Nichtbanken 2)	kurzfristige		mittel- u. langfristige		
		Sichteinlagen		Termineinlagen			Spar- einlagen	insgesamt	darunter an Wirtschaft u. Private	insgesamt	darunter an Wirtschaft u. Private
Wirtschaft u. Private	Öffentl. Hand 3)	Wirtschaft u. Private	Öffentl. Hand	insgesamt	darunter an Wirtschaft u. Private	insgesamt					
Bundesgebiet (ohne Saarland) einschl. Berlin (West)											
1954	12 751	13 719	2 426	5 126	4 946	17 205	566	27 450	25 846	32 341	26 382
1957	16 461	18 656	7 139	9 348	6 150	29 349	915	38 295	31 722	58 046	46 666
1958	17 940	21 738	7 124	9 791	6 720	36 065	1 076	38 885	31 996	68 992	54 316
1959	17 369	24 545	4 941	10 689	7 500	44 170	1 613	40 025	34 991	84 181	65 176
Bundesgebiet einschl. Berlin (West)											
1960											
1960 Jan.	18 958	23 702	5 339	11 290	7 869	45 720	1 551	40 815	35 446	86 377	66 909
Febr.	19 220	23 738	5 454	11 430	8 151	46 516	1 580	41 720	36 034	87 247	67 610
März	19 465	23 804	5 684	11 316	7 735	47 058	1 624	42 461	36 691	88 015	68 105
April	19 797	24 213	4 807	11 629	7 572	47 562	1 739	42 570	36 813	89 335	69 179
Mai	19 695	24 882	5 391	11 668	7 827	48 062	1 701	42 806	37 021	90 513	70 071
Juni	19 971	24 634	6 491	11 136	7 727	48 419	1 680	43 956	38 062	91 259	70 736
Juli	20 500	24 729	5 526	11 462	7 743	48 875	1 694	44 272	37 984	92 533	71 576
Aug.	20 256	24 985	5 579	11 538	8 032	49 447	1 656	44 721	37 768	93 690	72 575
Sept.	20 946	24 407	7 109	11 359	7 856	49 879	1 678	45 539	39 273	94 590	73 417
Okt.	20 549	25 279	7 339	11 735	7 790	50 583	1 715	45 449	39 185	95 750	74 382
Nov.	21 050	25 487	6 687	11 526	8 150	50 939	1 710	46 499	39 651	96 987	75 324
Dez.	20 772	26 580	6 984	11 450	8 013	52 863	1 895	47 247	41 002	98 139	76 121
1961 Jan.	20 376	26 800	7 570	11 758	8 149	53 963	1 747	46 913	40 796	99 207	76 844
Febr.	20 721	24 974	7 820	12 102	8 534	54 816	1 695	48 465	41 601	100 564	77 643

1) Ohne Kassenbestände der Kreditinstitute, jedoch einschl. der im Ausland befindlichen DM-Noten und -Münzen.- 2) Einlagen bei der Deutschen Bundesbank, bei Geschäftsbanken sowie bei Postcheck- und Postsparkassenunternehmen.- 3) Bis Juli 1957 ohne die zeitweilig in Ausgleichsforderungen angelegten Guthaben deutscher öffentlicher Stellen. Mit Inkrafttreten des Gesetz. Nr. 12 vom 1.8.1957 ist die Möglichkeit einer Anlage öffentlicher Gelder in Ausgleichsforderungen entfallen.- 4) Kredite der Deutschen Bundesbank, der Geschäftsbanken, der Kreditanstalt für Wiederaufbau und der Finanzierungs-Aktiengesellschaft, der Teilschlusskreditinstitute sowie der Postcheckkammer und Postsparkasse.

Aufgelegte und abgesetzte festverzinsliche Wertpapiere und Aktien nach der Geldumstellung

MILL. DM

Jahr Monat	Langfristige Schuldverschreibungen						ausl. Emittenten	Aktien	Langfristige Schuldverschreibungen und Aktien seit der Geldumstellung insgesamt		Unverzinsliche Schatzanweisungen und Schatzwechsel im Umlauf 1)
	insgesamt	inländischer Emittenten				aufgelegt			abgesetzt	Stand am Ende des Jahres bzw. Monatsende	
		Öffentlich-rechtliche Körperschaften	Kreditanstalten	Private Hypothekenbanken	Öffentliche Unternehmen						
Bundesgebiet (ohne Saarland) einschl. Berlin (West)											
1954 MD	374,9	47,4	110,8	128,1	14,2	74,4	-	41,5	13 961 ^{b)}	12 602	2 359
1957 MD	380,3	68,1	87,7	135,2	33,5	54,1	1,8	144,3	29 830 ^{b)}	28 075	2 449
1958 MD	822,0	188,6	218,9	266,6	38,1	100,4	7,7	92,8	40 672 ^{b)}	37 342	2 217
1959 MD	884,0	243,3	310,3	209,9	25,8	63,4	31,2	101,6	52 202 ^{b)}	48 427	2 157
Bundesgebiet einschl. Berlin (West)											
1959 MD	912,3	243,3	338,5	209,9	25,8	63,4	31,2	101,6	52 568 ^{b)}	48 773	2 157
1960 MD	480,1	133,4	172,4	166,8	-	6,2	1,2	144,9	59 853 ^{b)}	56 050	2 429
1960 Jan.	949,7	530,0	268,0	121,9	-	15,0	14,8	241,9	53 374	50 005	2 094
Febr.	428,0	52,0	171,0	202,0	-	-	-	99,2	53 901	50 520	2 052
März	261,4	123,4	36,3	101,7	-	-	-	317,9	54 480	51 205	2 555
April	457,6	108,4	120,0	229,2	-	-	-	233,6	55 172	51 781	2 448
Mai	331,5	53,1	102,6	175,8	-	-	-	147,5	55 651	52 198	2 500 ^{c)}
Juni	76,2	-	17,5	56,7	-	-	-	181,0	55 908	52 555	2 652
Juli	654,0	3,9	407,0	243,1	-	-	-	200,3	56 762	53 227	2 668
Aug.	524,1	16,6	248,2	259,4	-	-	-	89,4	57 376	53 770	2 578
Sept.	651,4	321,3	217,0	113,1	-	-	-	131,8	58 159	54 495	2 428
Okt.	443,8	100,7	130,0	213,1	-	-	-	53,8	58 656	55 017	2 627
Nov.	549,6	200,1	135,0	154,5	-	60,0	-	42,9	59 249 ^{a)}	55 477	2 602
Dez. 2)	434,0	88,0	216,6	129,4	-	-	-	169,6	59 853	56 050	2 429
Dez.	113,6	6,4	73,2	34,0	-	-	-	-	59 739	56 050	2 429
1961 Jan.	2 259,9	1 672,3	349,0	198,6	40,0	-	-	253,9	62 253	57 891	2 320
Febr.	719,6	256,0	254,1	209,5	-	-	-	78,0	63 050	58 824	2 250 ^{c)}
März	903,2	200,2	315,3	254,7	75,0	60,0	-	43,4	64 369	60 111	2 113

1) Einschl. sonstiger Geldmarktpapiere, jedoch ohne die aus der Umwandlung von Ausgleichsforderungen entstandenen Geldmarktpapiere und ohne Fortsatzstellenwechsel.- 2) Zurückgezogene Emissionen bzw. verbleibender Bestand.- 3) Bis Juli 1957 ohne die zeitweilig in Ausgleichsforderungen angelegten Guthaben deutscher öffentlicher Stellen. Mit Inkrafttreten des Gesetz. Nr. 12 vom 1.8.1957 ist die Möglichkeit einer Anlage öffentlicher Gelder in Ausgleichsforderungen entfallen.- 4) Davon 86,3 Mill. DM zurückgezogene Emissionen.- b) Davon 135,3 Mill. DM zurückgezogene Emissionen.- c) Davon 398,0 Mill. DM zurückgezogene Emissionen.- d) Davon 385,3 Mill. DM zurückgezogene Emissionen.- e) Davon 113,6 Mill. DM zurückgezogene Emissionen.

Passiv- und Aktivgeschäft der Boden- und Kommalkreditinstitute

MILL. DM

Jahres- bzw. Monatsende	Umlauf der Schuldverschreibungen			Darlehensbestand ¹⁾ , Neugeschäft (ohne Verwaltungskredite)								
	insgesamt	darunter		insgesamt	darunter				Herkunft der Mittel			
		Hypothekendarlehen	Kommunalobligationen 2)		Wohnungsneuebauten	gewerblichen Betriebs-	landwirtschaftlichen Grundstücken	Kommunal-darlehen	Schiffs-hypotheken	Deckungs-darlehen	Darlehen aus öffentlichen sonstigen Mitteln	
Bundesgebiet (ohne Saarland) einschl. Berlin (West)												
1954	6 740	4 671	1 978	12 611	6 621	1 760	6 86	2 616	634	6 636	3 909	2 066
1957	13 112	8 017	4 809	22 206	12 334	1 776	1 691	6 305	1 160	14 817	6 960	3 332
1958	17 077	9 512	7 132	31 340	14 206	2 157	1 949	8 867	1 601	18 105	8 289	4 256
1959	21 903	12 134	9 332	37 102	16 753	2 465	2 406	10 218	1 896	23 084	9 377	4 641
Bundesgebiet einschl. Berlin (West)												
1959	22 129	12 242	9 481	37 212	16 801	2 678	2 410	10 372	1 896	23 308	9 382	4 522
1960	25 395	14 471	10 451	41 784	19 277	3 046	2 907	11 228	1 890	26 549	10 311	4 923
1960 Jan.	22 488	12 471	9 583	37 527	16 959	2 684	2 434	10 405	1 900	23 517	9 442	4 568
Febr.	22 759	12 653	9 669	37 845	17 137	2 700	2 473	10 448	1 926	23 704	9 556	4 585
März	22 986	12 836	9 711	38 086	17 298	2 711	2 514	10 440	1 917	23 878	9 601	4 607
April	23 205	13 006	9 758	38 498	17 615	2 753	2 540	10 536	1 934	24 143	9 651	4 704
Mai	23 412	13 148	9 823	38 908	17 774	2 783	2 620	10 688	1 943	24 477	9 721	4 710
Juni	23 522	13 240	9 840	39 251	17 947	2 800	2 665	10 760	1 917	24 710	9 857	4 684
Juli	23 984	13 535	10 007	39 678	18 168	2 865	2 707	10 870	1 923	25 042	9 907	4 729
Aug.	24 404	13 786	10 173	40 112	18 381	2 910	2 759	10 943	1 942	25 333	9 991	4 788
Sept.	24 619	13 918	10 261	40 394	18 595	2 912	2 803	10 966	1 912	25 500	10 085	4 809
Okt.	24 964	14 143	10 382	40 915	18 773	2 997	2 849	11 088	1 923	25 877	10 165	4 870
Nov.	25 107	14 240	10 427	41 321	18 974	3 023	2 837	11 146	1 932	26 143	10 247	4 925
Dez.	25 395	14 471	10 481	41 784	19 277	3 046	2 907	11 228	1 890	26 549	10 311	4 923
1961 Jan.	25 700	14 815	10 708	42 144	19 405	3 072	2 968	11 315	1 909	26 908	10 355	4 882
Febr.	26 301	15 079	10 972	42 507	19 545	3 118	3 013	11 380	1 915	27 123	10 417	4 967

1) Darlehensbestand der privaten und öffentlichen Wirtschaft unmittelbar gewährte langfristige Kredite (einschl. durchlaufender Mittel).- 2) Enthält u.a. auch Landesbodenbriefe, Landwirtschaftsbriefe, Bodenkulturschuldverschreibungen, Schuldbuchforderungen, Kommalschatzweisungen und Kassenobligationen.

**Index der Aktienkurse
Bundesgebiet ohne Berlin
31. Dezember 1953 = 100**

Jahr 1) Monat 2)	Ins- gesamt	Industrie											Übrige				
		zusammen	Grundstoffindustrien				Metallverarbeitende Industrien			Sonst. verarb. Industrien				Wirtschaftsgruppen			
			zusammen	darunter		zusammen	darunter		zusammen	darunter		zusammen	darunter		zusammen	darunter	
				Stain- kohlen- bergbau	Eisen- u. Stahl- ind.		Ma- schinen- bau	Straßen- fahrz.- bau		Elektro- technik	Farben- werte		Textil- ind.	Kredit- banken		Energie- wirtsch.	
1954 D	124,7	126,2	130,5	129,2	146,5	120,8	122,5	118,8	123,6	124,5	131,8	116,9	119,0	121,3	117,4		
1957 D	185,5	185,7	184,2	166,8	217,8	189,0	172,4	211,7	197,9	185,4	176,1	150,8	185,1	222,1	171,0		
1958 D	238,8	234,9	208,7	185,7	245,1	258,3	224,2	329,6	266,9	250,7	236,9	181,3	253,2	317,8	227,9		
1959 D	409,3	398,5	315,3	251,1	379,0	492,2	397,1	862,7	463,0	438,0	371,8	260,0	448,9	573,7	395,4		
1960 D	649,3	635,9	412,0	314,1	511,8	965,1	742,5	2 680,1	628,6	697,1	703,0	410,3	698,3	871,4	610,6		
1960 Jan.	522,3	510,6	402,4	301,7	524,9	656,2	516,1	1 371,9	556,7	547,9	555,1	337,2	565,1	752,8	485,9		
Febr.	527,2	516,5	395,0	296,0	509,6	670,4	229,2	1 456,0	547,2	564,1	558,6	351,3	566,2	758,3	481,3		
März	518,4	507,2	383,4	285,6	489,2	660,7	518,6	1 470,4	532,9	557,5	550,9	344,3	559,6	748,5	474,7		
April	536,2	524,2	385,5	290,0	484,7	687,5	537,4	1 526,1	561,1	585,5	591,1	352,6	580,1	753,7	499,9		
Mai	574,5	565,5	393,4	305,9	432,7	788,1	601,8	2 008,7	569,1	630,1	624,3	371,9	607,6	752,4	531,4		
Juni	662,8	649,5	418,5	313,1	512,3	963,0	735,9	2 646,4	640,0	727,7	713,7	433,7	711,5	837,1	645,1		
Juli	714,6	704,6	435,5	330,8	548,9	1 107,5	810,9	3 303,3	673,6	774,2	781,9	453,2	750,8	909,7	665,2		
Aug.	782,9	774,8	434,7	324,8	538,6	1 259,4	986,2	4 493,1	732,3	819,3	838,0	465,4	812,6	977,4	715,3		
Sept.	781,1	769,1	441,1	350,6	541,3	1 306,2	983,6	4 173,5	707,5	827,3	833,9	475,1	825,3	1 034,7	715,7		
Okt.	749,4	735,0	434,0	340,5	528,7	1 203,6	926,7	3 640,8	682,5	802,4	818,9	458,4	802,3	994,1	701,0		
Nov.	718,4	696,5	416,8	327,7	502,4	1 108,0	891,4	3 118,9	674,8	772,9	791,2	448,0	798,7	974,0	702,6		
Dez.	703,6	677,4	404,3	323,0	478,9	1 070,6	872,4	2 952,0	665,8	756,9	778,1	436,5	799,6	964,7	709,3		
1961 Jan.	649,9	670,8	407,5	331,7	482,3	1 060,2	848,1	2 953,4	675,1	741,6	759,5	428,0	783,0	971,1	688,7		
Febr.	686,6	661,5	406,9	334,6	479,9	1 031,2	822,6	2 825,6	682,0	734,0	767,7	417,9	778,4	997,1	677,3		
März	680,9	650,3	396,5	325,2	465,3	1 008,9	794,2	2 770,7	673,5	728,2	776,0	414,3	792,9	999,8	693,2		

1) Die Angaben für die Jahre sind aus den Monatszahlen errechnet. - 2) Die Angaben für die Monate sind aus den Kursnotierungen an den vier Bankstichtagen jeden Monats errechnet.

**Kurs, Dividende und Rendite der börsennotierten Aktien
Bundesgebiet ohne Berlin**

Jahres- bzw. Monatsende	Zahl der Aktien	Nominalkapital	Kurswert	Dividende 1)	Durchschnittswerte		
					Kurs	Dividende 1)	Rendite
					vH	%	%
1954	677	10 578,2	19 156,0	507,2	181,09	4,80	2,65
1957	669	13 646,9	25 433,0	1 179,7	186,36	8,64	4,64
1958	657	14 275,0	40 271,0	1 324,2	282,11	9,28	3,29
1959	638	14 572,8	70 813,5	1 548,4	485,93	10,63	2,19
1960	628	16 386,7	98 565,5	1 931,9	601,50	11,79	1,96
1960 Januar	629	14 493,8	71 433,0	1 543,3	492,85	10,65	2,16
Februar	629	14 595,4	71 023,5	1 565,9	486,62	10,73	2,21
März	629	14 860,4	71 299,5	1 616,8	479,80	10,88	2,27
April	628	14 991,3	73 530,5	1 678,0	490,49	11,19	2,28
Mai	629	15 210,7	80 276,2	1 729,0	547,48	11,37	2,08
Juni	627	15 358,8	95 877,6	1 788,0	624,25	11,64	1,86
Juli	627	15 737,0	96 829,5	1 835,0	615,30	11,66	1,90
August	628	16 070,6	112 403,5	1 867,9	699,43	11,62	1,66
September	628	16 136,7	104 053,6	1 872,7	644,83	11,61	1,80
Oktober	631	16 324,9	102 030,5	1 905,6	625,00	11,67	1,87
November	628	16 366,7	99 242,9	1 913,4	606,37	11,69	1,93
Dezember	628	16 386,7	98 565,5	1 931,9	601,50	11,79	1,96
1961 Januar	640	16 509,0	97 534,6	1 981,0	590,80	12,00	2,03
Februar	640	16 559,1	98 058,9	1 993,2	592,17	12,04	2,03
März	641	16 810,1	97 005,6	2 043,2	577,07	12,15	2,11
davon:							
Grundstoffindustrien	85	5 785,2	17 085,4	613,4	295,33	10,60	3,59
Metallverarbeitende Industrien	125	2 864,2	22 967,5	347,3	801,89	12,13	1,51
Sonstige verarbeitende Industrien	260	4 449,3	30 422,0	604,4	683,75	13,58	1,99
Industrie zusammen	470	13 098,6	70 474,9	1 565,1	538,03	11,95	2,22
Übrige Wirtschaftsgruppen	171	3 711,5	26 530,7	478,1	714,83	12,88	1,80
Aktien mit Dividende	569	16 152,7	95 856,1	2 043,2	593,44	12,65	2,13
Aktien ohne Dividende	72	657,4	1 149,4	-	174,85	-	-

1) Für die Berechnung ist die jeweils zuletzt bekanntgegebene Dividende (einschl. 0 %) herangezogen worden.

**Kursdurchschnitt der festverzinslichen Wertpapiere
Bundesgebiet ohne Berlin**

Jahr 1) Monat 2)	4 % steuer- freie Wert- papiere Ins- gesamt 2)	Pfandbriefe							Kommunalobligationen							Industrie- obligationen	
		steuerfrei		vollbesteuert					steuerfrei		vollbesteuert					Steuer- begünst.	vollbe- steuert
		5 %	5 1/2 %	5 %	5 1/2 %	6 %	7 1/2 %	5 %	5 1/2 %	5 %	5 1/2 %	6 %	7 1/2 %				
1954 D	84,76	96,30	99,45	-	-	-	-	97,04	99,23	-	-	-	-	-	-	101,90	-
1957 D	80,78	90,87	94,59	-	-	-	-	91,17	93,86	-	-	-	-	-	-	100,70	100,83
1958 D	94,35	101,63	103,55	96,97	95,45	95,61	101,57	102,35	102,93	96,90	95,54	90,91	96,03 ^{a)}	101,47	104,70	105,60	106,86
1959 D	104,81	111,93	113,05	96,92	92,45	101,68	103,40	111,43	111,45	96,90	99,19	101,33	103,79	104,38	106,86	106,86	106,86
1960 D	102,77	110,97	112,46	90,31	93,04	95,01	101,63	110,83	111,13	89,99	92,64	94,99	101,42	103,60	105,00	105,00	105,00
1960 Jan.	103,53	111,50	113,05	92,78	95,50	97,31	102,14	111,63	111,90	92,76	95,33	97,45	102,16	105,20	104,21	104,21	104,21
Febr.	103,20	111,18	112,62	91,79	94,35	96,13	101,76	111,09	111,80	91,88	94,14	97,45	101,72	103,07	105,02	105,02	105,02
März	103,17	111,29	112,74	91,57	94,24	95,72	101,83	111,08	111,56	91,70	94,12	96,02	101,82	103,37	105,74	105,74	105,74
April	103,52	111,99	113,29	91,31	94,09	95,50	101,94	111,41	111,83	91,41	94,03	95,87	101,73	104,18	106,01	106,01	106,01
Mai	103,47	111,96	113,32	91,01	93,87	95,25	101,78	111,42	111,82	91,02	93,56	95,62	101,74	104,81	104,98	104,98	104,98
Juni	103,00	111,35	112,89	89,97	92,93	94,24	101,31	111,13	111,22	89,78	92,74	94,35	101,34	103,88	104,43	104,43	104,43
Juli	102,75	111,12	112,59	88,45	91,73	92,85	100,99	111,02	111,05	87,93	91,34	92,87	100,94	103,39	104,76	104,76	104,76
Aug.	102,78	111,09	112,47	88,47	91,30	93,06	101,49	110,94	111,09	87,86	91,34	92,87	100,89	103,69	106,07	106,07	106,07
Sept.	102,57	110,92	112,34	88,57	91,36	93,44	101,54	110,85	111,07	87,86	90,65	93,29	101,06	103,72	104,21	104,21	104,21
Okt.	102,44	110,60	112,13	88,96	91,37	94,15	101,54	110,58	110,51	88,02	90,78	93,66	101,08	103,52	104,92	104,92	104,92
Nov.	102,21	109,99	111,65	90,77	92,82	95,29	101,63	110,05	110,45	89,92	91,99	95,75	101,19	103,39	105,02	105,02	105,02
Dez.	100,58	108,60	110,41	90,45	92,90	96,23	101,62	108,81	109,43	90,13	92,17	95,92	101,31	103,59	104,57	104,57	104,57
1961 Jan.	99,66	109,55	111,44	90,93	92,17	96,66	101,91	109,37	110,08	90,30	92,43	96,17	101,52	103,11	105,49	105,49	105,49
Febr.	100,18	111,01	112,84	91,52	94,12	97,78	102,23	110,74	111,31	91,03	93,49	97,35	101,64	105,06	105,25	105,25	105,25
März	100,67	112,83	114,66	93,25	96,32	99,78	102,20	112,41	112,63	92,75	96,02	99,48	101,95	103,08	104,34	104,34	104,34

1) Die Angaben für die Monate sind aus den Kursnotierungen an den vier Bankstichtagen jeden Monats errechnet, die Angaben für die Jahre aus den Monatszahlen. - 2) Von RM auf DM umgestellt. - a) Juli bis Dezember.

Konkurse, Vergleichsverfahren und Wechselproteste

Jahr Monat	Konkurse einschl. Anschließkonkurse					Vergleichsverfahren					Insolvenzen 1)					Wechselproteste bei Landeszentralbanken, Geldinstituten und Postanstalten 2)	
	ins- gesamt	Indu- strie	Hand- werk	Groß- handel	Einsel- handel	ins- gesamt	Indu- strie	Hand- werk	Groß- handel	Einsel- handel	ins- gesamt	Indu- strie	Hand- werk	Groß- handel	Einsel- handel		
																Anzahl	
Bundesgebiet (ohne Saarland und Berlin)																	
1954 MD	344	65	67	50	87	99	26	18	20	29	422	86	81	65	111	45 765	25 867
1957 MD	260	45	54	30	50	81	18	14	10	13	309	60	55	38	60	40 646	26 787
1958 MD	234	42	45	26	42	45	12	10	8	9	271	52	53	32	50	35 526	23 513
1959 MD	202	29	39	22	38	34	9	6	6	9	228	36	44	26	45	33 275	20 890
Bundesgebiet ohne Berlin																	
1959 MD	204	30	40	22	39	35	10	7	6	9	231	37	45	26	46
1960 MD	208	27	37	22	41	28	8	5	5	7	230	34	41	25	46	37 698	25 167
1960 Jan.	204	27	39	11	41	25	4	4	10	5	227	31	43	19	46	33 058	20 168
Febr.	248	36	55	25	41	21	5	2	4	2	255	35	54	27	40	32 429	20 970
Märs	190	26	35	12	44	29	8	6	3	8	214	33	40	14	50	36 745	23 999
April	202	20	50	12	31	23	3	6	6	4	220	23	55	17	34	35 694	23 652
Mai	217	28	33	30	43	37	14	3	7	12	248	41	36	36	52	37 396	24 136
Juni	176	26	26	22	35	26	10	7	2	5	194	35	32	22	37	42 580	28 019
Juli	219	29	36	19	55	30	7	3	5	13	246	35	37	24	68	39 484	27 492
Aug.	205	32	33	16	50	29	12	4	2	7	229	42	32	21	42	38 071	26 556
Sept.	196	23	33	17	50	35	12	9	2	11	228	35	42	15	61	38 404	25 358
Okt.	201	21	35	29	38	36	10	5	7	9	228	29	37	34	43	38 856	26 959
Nov.	215	29	40	30	38	32	6	8	5	8	243	35	46	33	46	39 398	27 182
Des.	223	26	39	39	40	16	5	4	5	1	230	30	42	42	38	39 543	27 709
1961 Jan.	191	19	34	18	34	21	4	4	4	3	208	23	36	20	37	36 004	26 108
Febr.	217	31	31	21	45	36	9	6	7	11	248	38	35	28	56	35 748	25 875
Berlin (West)																	
1961 Jan.	8	2	1	1	2	1	-	-	-	-	8	2	1	-	2	945	361
Febr.	16	2	1	1	2	1	-	-	-	-	17	2	1	1	3	864	335

1) Ohne Anschlußkonkurse, denen ein eröffnetes Vergleichsverfahren vorausging. - 2) Quelle: Deutsche Bundesbank und Posttechnisches Zentralamt.

Öffentliche Sozialleistungen

Hauptbetragsempfänger, Einnahmen und Ausgaben der Arbeitslosenversicherung und Arbeitslosenhilfe

Jahr Monat	Hauptbetragsempfänger (Stand Monatsmitte)				Einnahmen		Ausgaben			Überschus (+), Fehlbetrag (-), in Rechnungsbw. im Berichtsmonat		
	insgesamt	Leistungsfälle in der Arbeitslosen- versicherung		Arbeitslosenhilfe		insgesamt 1)	darunter Beiträge	darunter Arbeitslosen- versicherung 2) 3)				
		insgesamt	darunter männlich	insgesamt	darunter männlich			insgesamt	versicherung		hilfe 3)	
1 000												
Bundesgebiet (ohne Saarland und Berlin)												
1954 D ⁴⁾	1 040,9	487,8	519,0	553,1	390,3	232,0	147,0	189,7	79,1	65,8	+	507,7
1957 D ⁴⁾	940,8	380,6	241,8	160,2	111,3	153,8	106,0	152,5	88,0	23,2	+	15,6
1958 D ⁴⁾	576,0	430,9	292,7	145,1	108,5	162,2	115,4	157,8	95,1	20,7	+	52,8
1959 D ⁴⁾	428,9	334,4	234,4	94,5	72,8	164,5	126,9	109,7	58,8	11,7	+	54,7
Bundesgebiet ohne Berlin⁵⁾												
1959 D ⁴⁾ bzw.	430,8	336,2	235,7	94,6	72,9	175,7	145,2	69,2	21,3	5,2	+	106,5
1960 MD	198,4	157,4	108,2	41,0	32,9	175,7	145,2	69,2	21,3	5,2	+	106,5
1960 Jan.	522,6	457,7	354,4	64,9	51,8	-	-	-	-	-	-	-
Febr.	530,4	437,1	365,6	73,5	58,6	205,5	131,1	191,2	122,3	14,1	+	14,3
Märs	331,5	242,5	172,5	89,0	71,8	-	-	-	-	-	-	-
April	170,6	111,3	60,5	59,3	47,5	143,4	120,0	84,1	35,2 ^{a)}	10,8 ^{a)}	+	59,3
Mai	130,4	89,2	44,9	41,3	32,6	170,1	148,6	78,3	29,6	8,3	+	91,8
Juni	107,8	76,1	38,7	31,8	25,6	163,1	138,0	68,8	19,8	5,6	+	94,3
Juli	93,2	67,1	55,0	26,1	21,2	204,1	150,1	18,1	18,1	4,9	+	139,0
Aug.	85,6	62,9	53,9	22,8	18,7	163,5	146,4	63,1	16,5	4,0	+	100,4
Sept.	80,9	60,5	53,4	20,4	16,7	162,9	148,1	60,7	15,0	3,3	+	101,1
Okt.	82,5	63,0	55,3	19,5	15,5	190,6	150,8	59,4	15,7	3,3	+	131,2
Nov.	92,1	72,0	41,3	20,1	16,1	160,7	142,6	62,2	17,1	3,2	+	98,5
Des.	153,6	129,7	83,1	23,9	19,3	223,3	163,0	81,4	28,1	3,7	+	141,9
1961 Jan.	300,4	272,4	206,2	27,9	22,5	182,0	144,5	114,1	56,4	5,0	+	67,9
Febr.	318,7	286,5	223,9	32,2	26,0	147,9	129,3	166,2	67,0	4,8	-	18,3
Berlin (West)												
1961 Febr.	26,7	20,4	13,6	6,2	3,7	7,3	6,3	10,5	5,2	0,9	-	3,2

1) Einschl. des errechneten Zuschubbedarfs für die Aufwendungen der Arbeitslosenhilfe, die vom Bund zu tragen sind. - 2) Arbeitslosen- und Kursarbeitsgeld sowie Stilllegungvergütung; bis 31.3.1957 Arbeitslosen- und Kursarbeitsunterstützung einschl. der Krankenversicherung der Unterstützten. - 3) Einschl. Krankenversicherungsbeiträge und Leistungserstattungen der Krankenkassen. - 4) Hauptbetragsempfänger: Kalenderjahr, D⁴⁾ errechnet aus 12 Monatswerten (1/2 Dezember des Vorjahres + Januar bis November des laufenden Jahres); Einnahmen und Ausgaben: Rechnungsjahre 1954 bis 1959 (1. April bis 31. März), Rechnungsjahr 1960 (1. April bis 31. Dezember) MD. - 5) Ab 6. Juli 1959 einschl. Saarland. - a) Ab April 1960 einschl. Kindergeld.

Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung

Knappschaftliche Rentenversicherung Rentenbestand sowie Einnahmen und Ausgaben

Jahr Vierteljahr	Rentenbestand am Ende d. Berichtszeitraums		Einnahmen				Ausgaben					
	insgesamt	darunter Renten an Versicherte	insgesamt 1)	darunter		insgesamt 1)	darunter			Kosten d. Kranken- versicherung der Rentner	Ver- waltungs- kosten 3)	
				Beiträge einschl. Stammis- zuschläge	Zahlungen des Bundes		aus der knapp- schaftl. Renten- versicherung	darunter Versicher- tenrenten 2)	aus der Renten- versicherung der Arbeiter Ange- stellten			
1 000												
Bundesgebiet (ohne Saarland) einschl. Berlin (West)												
1954	639,0	354,6	1 121,6	702,4	330,4	1 061,2	848,9	579,0	79,7	19,4	68,8	20,6
1957	648,7	365,0	1 686,6	960,1	520,2	1 646,6	1 319,6	922,2	135,1	30,6	99,5	27,5
1958	597,6	314,2	2 326,1	995,2	924,6	2 286,9	1 722,2	1 150,2	313,5	63,0	115,4	35,2
1959	605,8	333,0	2 291,8	935,0	1 001,4	2 255,7	1 725,9	1 189,5	267,5	63,0	125,8	31,3
1959 1.Vj.	592,8	314,9	511,5	232,2	201,3	511,5	390,4	265,1	60,6	16,5	28,2	8,3
2.Vj.	588,2	312,3	565,8	236,4	240,8	565,8	436,3	298,9	66,8	14,2	31,0	7,4
3.Vj.	603,0	328,0	570,6	225,3	258,4	570,6	437,6	304,9	67,9	15,1	31,5	7,2
4.Vj.	603,8	333,0	643,9	241,2	300,9	607,8	459,6	320,5	72,1	17,2	35,1	8,4
Bundesgebiet einschl. Berlin (West)												
1960 1.Vj.	678,5	377,6	641,7	244,5	301,0	641,7	494,9	344,4	73,9	16,8	35,3	9,1
2.Vj.	681,7	256,0	314,4	681,7	513,8	358,7	78,5	18,0	36,6	9,1
3.Vj.	672,3	249,1	262,7	672,3	510,6	353,3	77,7	18,0	38,2	10,0

1) Ohne die Zuschüsse aus der Gemeinlast bzw. die Abführungen an die Gemeinlast. - 2) Enthält bis Ende 1956: Knappschaftsrenten, -vollrenten und -sold; ab 1957: Bergmannsrenten, Knappschaftsrenten, -rubelgeld und -sold. - 3) Persönliche und stichtliche Verwaltungskosten. - a) Einschl. 55 Mill. DM Erstattungen von den Trägern der Rentenversicherung der Arbeiter (vorläufiger Wanderversicherungsausgleich) für die Jahre 1957 bis 1959.

Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung

**Soziale Krankenversicherung
Mitglieder und Krankenstand
Bestand Monatsanfang**

Zeit ¹⁾ Kassenart	Kranken- kassen	Pflichtmitglieder (ohne Rentner)			Rentenbezieher und -bewerber		Freiwillige Mitglieder		Mit- glieder ins- gesamt	Krankenstand (Anteil d.arbeitsunfähigen Kranken an den Mitgliedern d.entsp.r.Gruppe)					
		ins- gesamt	darunter männlich	mit so- fortigem Anspruch auf Barlei- stungen	ins- gesamt	darunter männlich ²⁾	ins- gesamt	darunter männlich		Pflichtmitglieder		Freiwillige Mitglieder			
										insgesamt	mit sofortigem Anspruch auf Barleistungen	männl.	weibl.	männl.	weibl.
		anzahl	1 000							vH					
Bundesgebiet (ohne Saarland) einschl. Berlin (West)															
1958 D	2 054	17 452	11 064	12 175	5 147	2 168	3 514	2 154	26 113	4,84	4,39	5,51	5,44	1,33	1,00
1959 D	2 041	17 385	11 000	12 189	5 253	2 213	3 645	2 280	26 279	4,85	4,43	5,46	5,50	1,33	0,99
1960 Jan.	2 032	17 260	10 895	12 124	5 369	2 277	3 721	2 358	26 350	4,84	4,14	5,48	5,13	1,33	0,86
Febr.	2 032	17 242	10 869	12 119	5 391	2 289	3 728	2 366	26 361	7,89	7,03	9,02	9,23	1,87	1,73
März	2 032	17 318	10 948	12 207	5 398	2 292	3 739	2 378	26 454	6,95	6,45	7,78	7,95	1,90	1,18
Bundesgebiet einschl. Berlin (West)															
1960 D ³⁾	2 028	17 676	11 157	12 444	5 498	2 290	3 886	2 497	27 060	5,31	4,77	5,94	5,98	1,46	1,04
1960 April	2 032	17 567	11 141	12 319	5 487	2 286	3 789	2 421	26 843	10,97	9,08	12,30	11,74	3,53	2,17
Mai	2 031	17 744	11 217	12 432	5 485	2 289	3 831	2 451	27 060	4,54	4,25	5,09	5,34	1,36	1,02
Juni	2 031	17 822	11 252	12 475	5 490	2 290	3 857	2 473	27 168	4,72	4,13	4,98	5,09	1,35	1,02
Juli	2 023	17 761	11 210	12 457	5 493	2 290	3 887	2 496	27 141	4,51	3,94	5,06	4,97	1,29	1,00
Aug.	2 024	17 767	11 215	12 470	5 504	2 295	3 908	2 516	27 180	4,54	3,99	5,10	5,01	1,31	1,01
Sept.	2 023	17 756	11 201	12 458	5 510	2 297	3 944	2 545	27 210	4,83	4,25	5,47	5,46	1,28	0,97
Okt.	2 022	17 680	11 143	12 527	5 521	2 293	4 028	2 609	27 229	5,22	4,71	5,83	5,97	1,36	1,01
Nov.	2 022	17 697	11 125	12 581	5 521	2 292	4 038	2 622	27 256	5,49	5,04	6,11	6,22	1,48	1,09
Dez.	2 022	17 760	11 146	12 647	5 524	2 294	4 040	2 627	27 323	5,11	4,58	5,65	5,54	1,50	1,14
1961 Jan.	2 020	17 591	11 069	12 452	5 556	2 309	4 094	2 673	27 241	5,34	4,65	6,00	5,91	1,41	0,97

1) D errechnet aus 12 Monaten.- 2) Ohne Ortskrankenkasse für das Saarland.- 3) Januar bis März Bundesgebiet (ohne Saarland) einschl. Berlin (West); April bis Dezember einschl. Saarland.

Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung

Öffentliche Finanzen

Zum Aufsatz: „Die kommunalen Steuereinnahmen im Rechnungsjahr 1959 und Kalenderjahr 1960“ in diesem Heft

Kommunale Steuereinnahmen im Kalenderjahr 1960

nach Arten und Ländern¹⁾

MILL. DM

Steuerart	Schlesw.- Holstein	Nieder- sachsen	Nord- rhein- West- falen	Hessen	Rhein- land- Pfalz	Baden- Württem- berg	Bayern	Saar- land	Gemeinden und Gemein- verbände zusammen	Hamburg	Bremen	Berlin (West)
Grundsteuer A ²⁾	27,3	78,9	35,7	37,7	35,9	68,1	90,7	2,6	377,0	0,5		0,2
Grundsteuer B ³⁾	47,3	132,3	365,0	105,7	64,9	148,2	190,5	14,0	1 067,8	55,2	19,5 ⁴⁾	110,6
Gewerbesteuer (Ertrag und Kapital) 4)	202,1	702,1	2 150,5	579,4	297,7	1 090,9	987,4	73,3	6 083,4	367,6	101,6	227,8
Lohnsummensteuer	19,1	32,0	405,6	45,7	19,5	-	0,3	-	522,1	45,2	30,5	55,2
Realsteuern zusammen	295,8	945,3	2 956,8	768,5	418,0	1 307,1	1 268,9	89,9	8 050,3	468,5	151,4	393,8
Zuschlag zur Grunderwerb- steuer	9,9	20,5	56,9	17,8	12,4	35,2	37,3	4,6	194,6	-	3,4	7,5
Gemeindegetränkesteuer	5,3	6,7	40,1	13,5	7,1	7,5	28,0	-	108,1	0,0	4,6	11,3
Kinosteuer	4,8	15,2	21,9	9,6	5,6	15,2	16,1	1,7	90,1	5,9	2,3	7,5
Übrige Vergnügungssteuer	2,7	8,1	20,8	5,4	3,6	6,5	9,5	1,3	37,9	3,0	0,9	5,1
Sonstige Gemeindesteuern	3,0	8,0	20,5	5,7	5,2	9,6	7,1	1,8	61,0	2,7	0,5	6,2
Insgesamt	321,4	1 003,9	3 117,0	820,3	451,9	1 381,2	1 366,9	99,4	8 562,0	480,2	163,1	431,3
dagegen: Kalenderj. 1959 1)	288,3	876,2	2 817,0	730,4	426,1	1 252,2	1 198,4	77,4	7 666,0	427,2	145,9	406,0

1) Kassenmäßige Einnahmen nach der Vierteljahresstatistik der Gemeindefinanzen.- 2) Grundsteuerbeteiligungsbeträge abgeglichen.- 3) Einschl. Grundsteuerbeiträge für Arbeiterwohnstätten.- 4) Gewerbesteuerausgleichszuschüsse abgeglichen.- a) Einschl. Grundsteuer A von Bremen.

Kommunale Steuereinnahmen nach Ländern¹⁾

Land	Rechnungsjahr							
	1956	1957	1958	1959 2)	1956	1957	1958	1959 2)
	Mill. DM				DM je Einwohner			
Steuereinnahmen der Gemeinden (Gv.)								
Schleswig-Holstein	209,0	222,0	253,8	292,4	92,79	98,38	111,87	127,99
darunter Realsteuern	187,3	199,5	229,3	267,0	83,17	88,38	101,08	116,89
Niedersachsen	673,6	724,0	798,3	900,2	103,93	111,67	122,76	137,94
darunter Realsteuern	621,6	669,7	742,5	842,2	95,91	103,29	114,18	129,04
Nordrhein-Westfalen	2 077,2	2 384,3	2 600,8	2 842,9	140,25	158,65	169,76	182,62
darunter Realsteuern	1 929,5	2 232,2	2 448,8	2 686,2	130,28	148,53	159,84	172,56
Hessen	503,6	582,2	625,8	741,1	111,20	127,33	135,36	158,48
darunter Realsteuern	460,3	536,7	579,1	690,6	101,63	117,39	125,27	147,69
Rheinland-Pfalz	304,7	321,7	362,4	423,0	93,49	97,81	108,67	125,54
darunter Realsteuern	277,8	293,6	333,1	390,5	85,23	89,25	99,87	115,90
Baden-Württemberg	911,8	1 015,8	1 086,9	1 255,1	127,83	140,30	147,53	167,21
darunter Realsteuern	849,6	951,4	1 020,0	1 184,5	119,10	131,40	138,45	157,81
Bayern	883,0	971,5	1 049,7	1 228,5	96,86	106,08	113,67	131,74
darunter Realsteuern	799,3	883,6	958,1	1 134,5	87,69	96,49	103,75	121,67
Zusammen	5 562,9	6 221,5	6 777,7	7 683,1	116,91	129,54	139,31	156,00
darunter Realsteuern	5 125,5	5 766,7	6 310,9	7 195,6	107,72	120,07	129,71	146,10
Gemeindesteuern der Stadtstaaten								
Hamburg	312,0	348,5	397,2	461,9	178,17	196,61	221,06	254,43
darunter Realsteuern	298,3	334,6	383,9	449,7	170,34	188,80	213,69	247,69
Bremen	119,0	127,1	137,2	148,3	186,35	193,85	204,69	217,01
darunter Realsteuern	108,9	116,4	126,3	137,3	170,51	177,52	188,55	200,91
Berlin (West)	354,5	356,1	381,4	407,9	159,39	160,20	171,48	184,48
darunter Realsteuern	320,9	319,7	343,2	370,2	144,30	143,83	154,32	167,43

1) Ergebnisse für 1952 bis 1955 vgl. Wista Heft 6, Juni 1957, Seite 313*- 2) Vorläufige Ergebnisse.

Einnahmen aus Steuern des Bundes, der Länder¹⁾ und Berlin (West)
Mill. DM

Jahr Monat	Steuer- einnahmen insgesamt	davon aus Steuern		Besitz- und Verkehrssteuern									
		des Bundes 2)	der Länder 2)	insgesamt 3)	Lohn- steuer	veranl. Einkom- mensteuer	n. veranl. Steuern v. Ertrag	Körperschaft- steuer	Vermögen- steuer	Erb- schaft- steuer	Grund- erwerb- steuer	Kapital- verkehr- steuer	Kraft- fahrzeug- steuer
Bundesgebiet (ohne Saarland) einschl. Berlin (West)													
1954 MD	2 638,7	1 446,0	1 192,7	1 269,2	333,6	396,0	25,5	259,2	43,6	6,4	6,2	7,1	51,2
1957 MD	3 418,5	1 806,5	1 611,9	1 632,7	437,0	475,4	39,0	389,0	68,9	5,9	8,8	10,4	82,8
1958 MD	3 662,5	2 413,7	1 248,7	1 772,2	479,3	485,1	46,6	443,1	78,8	8,1	10,5	13,0	92,5
1959 MD	4 115,6	2 687,5	1 428,1	2 025,1	529,7	634,9	70,4	428,4	92,1	11,5	12,2	19,5	105,6
Bundesgebiet einschl. Berlin (West)													
1960 MD ⁵⁾	4 749,2	3 049,6	1 699,7	2 421,4	675,1	746,9	70,5	542,5	91,6	16,8	13,7	19,6	122,9
1960 Jan.	12 720,2	8 218,9	4 501,2	6 375,0	1 693,2	1 969,8	159,0	1 444,5	252,6	44,5	39,5	78,8	342,6
Febr.													
März													
April ⁵⁾													
Mai													
Juni	3 520,7	2 589,2	931,5	1 286,5	526,7	244,9	70,7	133,0	19,8	21,5	13,1	14,9	124,1
Juli	3 830,7	2 684,2	1 146,5	1 506,1	584,9	251,0	64,4	121,3	207,2	12,0	14,3	14,0	123,8
Aug.	6 125,5	3 506,5	2 618,9	3 880,8	603,3	1 589,6	144,1	1 232,8	20,6	22,1	11,2	17,9	119,7
Sept.	3 933,2	2 809,7	1 123,5	1 572,2	702,8	294,9	100,7	156,9	15,1	15,0	15,2	20,7	129,0
Okt.	4 234,3	2 847,2	1 387,1	1 874,1	741,7	276,1	192,3	142,6	215,7	15,3	14,8	20,2	117,6
Nov.	6 485,4	3 710,8	2 774,6	4 110,3	755,3	1 726,2	26,8	1 271,5	29,2	20,2	12,8	15,2	128,3
Dez.	4 194,3	3 010,2	1 184,1	1 645,3	835,1	318,8	41,2	115,8	31,4	20,6	15,5	11,1	132,1
1961 Jan.	4 218,7	2 915,6	1 303,1	1 732,9	760,8	282,6	14,9	148,3	240,9	14,1	15,0	11,9	120,9
	7 552,8	4 184,5	3 368,2	4 998,7	866,1	1 991,3	31,9	1 733,3	62,9	15,5	12,6	30,4	131,1
	4 856,2	3 380,1	1 476,0	2 099,4	1 018,7	356,3	86,2	273,3	37,9	15,6	17,1	18,6	150,0

Jahr Monat	noch: Besitz- und Verkehrssteuern						Umsatz- u. Umsatzausgleichst.			Zölle und Verbrauchsteuern			
	Versi- cherungs- steuer	Rennwett- und Lot- teriest.	Wechsel- steuer	Beför- derung- steuer	Feuer- schutz- steuer	Notopfer Berlin insgesamt	insgesamt	Umsatz- steuer	Umsatz- ausgleich- steuer	insgesamt	Zölle	Tabak- steuer	Kaffee- steuer
Bundesgebiet (ohne Saarland) einschl. Berlin (West)													
1954 MD	10,7	11,5	6,6	14,9	2,1	94,7	829,9	785,4	44,5	539,5	129,3	195,5	25,4
1957 MD	15,9	19,1	8,8	23,7	2,7	45,4	1 058,5	985,6	72,9	727,2	166,8	246,6	38,4
1958 MD	18,0	20,6	8,6	52,7	2,9	12,3	1 096,9	1 013,8	83,2	793,3	187,9	260,4	41,5
1959 MD	17,0	21,8	9,0	60,0	3,0	10,1	1 217,4	1 124,6	92,8	873,0	205,6	277,2	53,5
Bundesgebiet einschl. Berlin (West)													
1960 MD ⁵⁾	18,1	22,9	9,5	64,1	3,2	3,7	1 345,7	1 235,7	110,0	982,1	232,1	294,8	57,4
1960 Jan.	59,9	68,2	27,5	168,2	13,0	13,7	3 771,5	3 465,7	305,8	2 573,7	627,1	805,3	166,2
Febr.													
März													
April ⁵⁾													
Mai													
Juni	18,8	20,6	10,6	61,3	3,1	3,5	1 329,8	1 224,4	105,4	904,4	244,0	271,6	53,6
Juli	17,6	23,0	9,2	60,3	2,7	0,0	1 309,1	1 180,8	128,3	1 015,5	261,9	297,6	55,5
Aug.	16,9	29,2	9,6	65,1	2,4	2,3	1 308,6	1 206,3	102,3	936,0	206,6	277,5	60,5
Sept.	16,7	21,6	9,4	69,6	2,1	2,4	1 329,5	1 220,3	109,2	1 031,4	246,1	320,5	53,8
Okt.	17,5	23,6	9,6	76,8	2,8	7,3	1 332,8	1 229,4	103,4	1 027,4	244,1	315,4	57,1
Nov.	15,7	23,5	8,9	70,4	1,9	4,1	1 357,0	1 244,5	112,5	1 018,2	239,8	288,2	57,3
Dez.	16,7	22,8	9,9	68,1	1,6	4,4	1 450,4	1 331,7	118,7	1 098,6	243,2	328,9	59,0
1961 Jan.	18,3	23,0	9,7	64,7	4,3	3,5	1 447,3	1 341,3	106,0	1 038,5	218,1	304,3	61,4
	18,4	23,7	9,4	63,9	4,3	3,9	1 438,2	1 322,1	116,1	1 115,9	252,8	321,3	62,8
	18,5	22,8	10,4	64,3	2,8	6,8	1 767,1	1 651,4	115,8	989,6	200,1	306,7	57,0

Jahr Monat	noch: Zölle und Verbrauchsteuern									Nachrichtlich			
	Tee- steuer	Zucker- steuer	Bier- steuer	a. Brannt- wein- monopol	Schaum- wein- steuer	Zündw. St. u. Zündw.- monopol	Leucht- mittel- steuer	Mineral- ölsteuer	Sonstige 6)	Kohlen- abgabe 7)	Ver- mögens- abgabe	Hypoth.- gewinnabgabe	Kredit- abgabe
Bundesgebiet (ohne Saarland) einschl. Berlin (West)													
1954 MD	1,2	31,6	33,0	43,0	1,8	5,2	2,2	67,5	3,8	15,6	134,1	46,0	5,6
1957 MD	1,5	13,6	48,3	65,7	3,6	1,5	2,7	134,4	4,0	26,9	132,2	28,4	9,1
1958 MD	1,5	12,8	50,5	74,0	4,2	1,7	2,9	151,8	4,1	17,8	137,3	30,6	16,6
1959 MD	2,2	13,3	55,2	75,5	4,9	1,8	3,2	176,6	4,0	15,3	141,7	34,3	10,0
Bundesgebiet einschl. Berlin (West)													
1960 MD ⁵⁾	2,3	14,7	58,3	85,3	5,4	1,8	3,4	222,0	4,5	1,7	132,1	28,4	8,1
1960 Jan.	7,8	36,1	151,5	223,5	22,3	3,8	11,2	506,3	12,7	19,8	425,6	92,0	23,1
Febr.													
März													
April ⁵⁾													
Mai													
Juni	2,5	9,6	50,9	87,6	5,0	0,7	3,4	171,8	3,8	0,1	15,4	45,0	22,7
Juli	2,2	15,1	58,5	94,5	4,2	1,4	3,6	217,5	3,6	0,0	364,1	20,0	1,6
Aug.	2,2	12,2	54,9	97,2	3,4	9,5	3,0	205,3	3,7	0,1	24,3	21,4	2,4
Sept.	1,8	14,9	62,6	73,8	4,1	0,7	3,0	246,2	3,8	0,0	11,1	32,1	19,3
Okt.	2,2	17,3	70,6	73,2	3,7	1,5	3,1	234,9	4,3	0,0	299,4	11,5	0,5
Nov.	2,1	16,9	61,8	78,3	3,8	1,1	2,7	261,3	4,8	0,0	17,0	22,9	0,7
Dez.	2,3	15,6	70,1	81,5	4,5	1,1	3,1	284,7	4,5	0,3	28,7	47,2	18,2
1961 Jan.	2,1	15,2	60,6	92,7	6,6	1,2	3,9	268,2	4,3	0,5	369,1	16,4	5,7
	2,5	23,3	55,2	118,2	7,1	1,3	3,7	263,2	4,5	0,0	30,8	31,8	3,2
	2,1	10,8	54,8	77,7	8,4	1,1	4,3	262,2	4,4	0,0	33,7	31,2	19,4

1) Ausschließlich der auf Landesgesetz beruhenden Steuern einzelner Länder.- 2) Die von den Ländern an den Bund abgeführten Anteile an der Einkommen- und Körperschaftsteuer sind bis zum Ende des Rechnungsjahres 1957 in den Ländersummen enthalten.- 3) Die Summe enthält auch geringfügige sonstige Beträge, die den Steuerarten nicht zugeordnet werden können.- 4) Rechnungsjahr 1. April - 31. März.- 5) Kalenderjahr.- 6) Vorwiegend Salz-, Essigsäure-, Spielkarten- und Süßstoffsteuer. Zusammenfassung zur Wahrung des Steuergeheimnisses.- 7) In Gesamtsumme nicht enthalten, da nur durchlaufender Posten.

Bundesminister der Finanzen

noch: Index der Einkaufspreise für Auslandsgüter
1950 = 100

Jahr ¹⁾ Monat	Gewerbliche Wirtschaft															
	darunter															
	insgesamt	Ölfrüchte, Öle und Fette zu techn. Zwecken	Textilrohstoffe	Garne und sonst. textile Halbwaren	Textilwaren	Häute, Felle und Leder	Kautschuk und Harze	Holz	Holzschliff, Papier Zellstoff	Kohle, Koke u. Braunkohle	Erdöl und Erdöl-erzeugnisse	Erze und Mineralien	Eisen und Stahl	NE-Metalle	Edelmetalle	Chem. Stoffe
1954 D	102	71	90	100	110	92	73	126	118	140	109	135	111	120	102	102
1957 D	109	83	91	95	105	88	90	136	131	179	133	155	144	132	101	107
1958 D	100	78	77	88	94	90	83	128	126	168	124	142	127	120	96	101
1959 D	98	77	72	85	90	103	101	123	120	160	116	133	122	137	99	102
1960 D	101	77	77	88	94	94	115	137	121	159	110	134	129	140	100	107
1959 Okt.	99	81	72	87	92	103	105	126	118	158	112	132	128	135	100	103
Nov.	100	83	73	87	93	96	123	127	118	159	112	133	131	141	100	105
Dez.	101	79	76	88	93	100	120	128	118	159	112	134	131	142	99	105
1960 Jan.	103	78	78	89	93	102	118	130	119	159	113	136	130	143	100	107
Febr.	102	77	77	88	93	99	118	130	119	159	113	136	128	143	100	106
März	102	77	77	88	94	98	121	135	119	159	112	135	131	142	100	108
April	103	79	77	89	95	99	122	136	121	159	110	135	130	140	100	105
Mai	103	79	78	89	95	97	128	137	121	159	110	135	130	140	100	106
Juni	102	77	78	88	95	93	126	138	121	159	110	134	130	140	100	106
Juli	101	76	76	88	95	91	116	139	122	159	111	134	130	141	100	105
Aug.	100	77	74	89	95	91	112	138	122	159	109	134	130	140	100	106
Sept.	100	77	74	89	95	91	111	140	122	159	109	133	128	139	100	107
Okt.	100	76	76	88	95	90	108	140	122	159	109	132	127	138	101	109
Nov.	100	73	77	87	95	90	102	139	122	159	109	132	125	137	101	108
Dez.	100	72	77	87	95	93	99	139	122	160	109	133	126	138	101	108
1961 Jan.	100	76	78	88	95	92	96	139	124	161	105	133	127	136	101	108
Febr. ²⁾	101	82	78	87	95	92	93	141	124	161	106	132	127	137	100	108
März	98	80	76	86	94	92	93	135	121	155	102	130	123	132	96	107

1) D errechnet aus 12 Monatspreisen (sogen. Monatsmittel).-- 2) Vorläufige Zahlen.

Preisindex ausgewählter Grundstoffe¹⁾

Bundesgebiet (ohne Saarland und Berlin)

Jahr ²⁾ Monat	Grundstoffe			Grundstoffe land-, forst- und plan- tagenwirtschaftlicher Herkunft *			Grundstoffe industrieller Herkunft			Ausgewählte Grundstoffe land-, forst- und plantagenwirtschaftlicher Herkunft						
										Lebens- und Genußmittel						
	insg.	inl.	ausl.	insg.	inl.	ausl.	insg.	inl.	ausl.	Roggen	Weizen inl.	Futtergerste	Futterhafer	Kartoffeln, Speise-	Kühe	Kälber
Originalbasis 1950 = 100																
1954 D	123	127	104	113	118	100	133	134	116	152	143	139	136	118	122	141
1957 D	132	138	105	120	129	97	145	146	137	154	144	137	132	102	136	160
1958 D	132	139	98	119	130	91	146	147	128	156	148	143	136	122	144	168
1959 D	132	140	96	120	132	89	145	147	124	152	148	145	140	167	155	170
1960 D	132	139	97	118	128	90	147	148	126	150	148	142	136	133	153	175
1959 Okt.	133	141	96	121	133	89	146	147	125	146	144	145	139	165	149	173
Nov.	134	142	98	123	135	92	146	147	126	148	145	145	139	156	146	169
Dez.	134	141	98	122	134	92	146	148	126	149	147	144	140	159	141	168
1960 Jan.	133	141	100	121	132	93	147	148	126	151	149	144	140	163	148	164
Febr.	133	140	98	120	130	92	147	148	125	153	150	144	141	154	147	162
März	132	140	99	120	130	92	147	148	126	155	152	144	140	145	153	170
April	133	140	98	119	130	92	147	149	127	157	154	143	139	139	156	171
Mai	132	139	99	119	129	92	147	148	127	159	156	143	139	145	157	167
Juni	132	140	98	119	129	91	147	148	127	159	156	143	139	157	167	174
Juli	132	140	96	119	130	89	146	148	127	142	140	140	136	192	157	174
Aug.	130	138	95	115	126	87	146	148	127	142	140	140	134	121	162	176
Sept.	130	137	95	115	125	87	146	148	126	144	142	140	132	99	152	183
Okt.	130	138	95	115	126	88	146	148	126	145	143	140	132	93	149	187
Nov.	131	138	95	116	127	88	146	148	125	147	145	141	133	93	147	187
Dez.	131	138	94	116	127	87	146	148	125	149	146	142	135	93	146	182
1961 Jan.	130r	138r	95	116	126r	87	147	148	127	150	148	142	133	101	149	167
Febr. ⁴⁾	131	139	95	116	127	87	147	148	127	152	149	142	134	99	151	169
März	129	137	92	114	125	84	146	148	123	154	151	142	134	96	151	175
Umbasiert auf 1938 = 100																
1954 D	235	216	469	250	213	537	223	219	320	213	205	209	194	197	200	231
1957 D	253	235	474	264	231	520	243	237	375	216	208	206	187	170	223	262
1958 D	253	237	446	263	234	488	245	240	353	219	213	214	194	205	235	274
1959 D	253	238	433	264	237	475	244	240	341	214	213	217	199	280	254	278
1960 D	252	237	438	259	231	480	246	242	347	211	213	213	194	223	251	286
1960 April	254	238	446	262	233	490	247	242	349	221	222	215	198	233	255	280
Mai	253	237	448	262	232	494	247	242	349	223	224	215	198	242	257	273
Juni	253	238	443	262	233	487	247	242	348	223	224	215	198	263	273	284
Juli	253	238	435	262	234	475	246	241	348	200	202	211	193	321	258	284
Aug.	249	235	429	254	226	466	246	241	348	200	202	210	190	203	265	288
Sept.	249	234	429	252	225	466	246	241	347	202	204	210	188	166	249	300
Okt.	249	235	430	254	226	469	246	241	346	204	207	210	187	156	244	307
Nov.	250	236	430	256	229	469	246	241	344	207	209	211	189	155	241	306
Dez.	250	236	427	255	228	465	246	241	344	209	211	212	189	156	239	298
1961 Jan.	250r	235r	450	255r	227r	468	246	242	349	211	213	213	189	170	244	273
Febr. ⁴⁾	251	236	430	255	228	467	247	242	349	214	215	213	190	167	247	277
März	248	234	415	250	224	451	246	242	337	-216	218	213	191	161	247	287

1) Bei Beurteilung der Indexhöhe der in dieser Tabelle enthaltenen Waren ist zu berücksichtigen, daß die Basispreise mancher Grundstoffe der Marktlage oder Preisbindung entsprechend verhältnismäßig niedrig waren. Die Preise ausländischer Waren für 1938 sind unter Verwendung von Weltmarktpreisen und der damaligen offiziellen Wechselkurse errechnet. Die angegebenen Preise verstehen sich frei deutsche Grenze bzw. bei deutscher Hafen und unverzollt.- 2) D errechnet aus 12 Monatswerten.- 3) Aus Verkäufen der Staatsforsten.- 4) Vorläufige Ergebnisse.

noch: Index der Erzeugerpreise industrieller Produkte

Jahr ¹⁾ Monat	Musik- instr., Spiel- - und Schmuck- waren	Chemie einschl. Kohlen- wertstoffe			Fein- keramik	Glas und Glas- waren	Sägewerke und Holz- bearbeitung			Holzverarbeitg.		Papier- erzeug- ung	Papier- verar- beitung	Druck	Kunst- stoff- verarbeitung	Gummi- und Asbest-
		ins- gesamt	darunter				ins- gesamt	darunter		ins- gesamt	dar. Möbel- herst.					
		chem. Schlüs- selgüt.	chem. Verbr.- güter			ins- gesamt	Gruben- holz	Schnitt- holz								
Originalbasis 1950 = 100																
1954 D	110	104	110	95	108	117	138	176	148	115	112	131	112	113	93	111
1957 D	117	107	113	98	112	127	156	223	165	128	124	139	123	124	95	116
1958 D	119	106	111	98	116	129	152	201	163	130	125	134	126	128	95	116
1959 D	119	105	108	98	114	130	144	167	158	129	124	128	124	131	94	115
1960 D	122	104	108	98	115	131	144	165	158	133	127	128	128	135	94	119
1959 Okt.	119	104	107	98	114	130	143	162	158	130	125	127	123	132	93	115
Nov.	119	104	108	98	114	130	143	159	157	130	125	127	123	132	93	115
Dez.	119	104	108	98	114	130	143	163	157	130	125	127	123	132	93	116
1960 Jan.	119	104	108	98	114	129	142	165	156	130	125	127	125	133	93	118
Febr.	119	105	108	98	114	129	142	161	156	130	125	127	125	133	93	119
März	119	105	108	98	114	129	143	160	157	131	125	127	125	133	93	119
April	122	104	108	98	114	129	143	165	157	131	126	127	126	133	93	119
Mai	122	104	108	98	114	129	143	160	157	131	126	127	127	133	94	119
Juni	122	104	108	98	114	129	144	164	157	132	126	128	128	133	94	119
Juli	122	104	107	98	114	129	144	162	158	133	126	129	129	134	94	119
Aug.	122	104	108	98	116	133	144	166	158	134	127	129	129	134	94	119
Sept.	122	104	108	98	117	134	145	164	158	135	129	129	130	137	94	120
Okt.	123	104	108	98	118	134	146	165	158	136	130	130	132	138	95	120
Nov.	123	105	108	98	118	134	146	169	159	137	131	130	132	138	95	120
Dez.	123	105	108	98	119	134	147	174	159	137	131	130	132	138	96	120
1961 Jan.	126	105	109	98	119	134	148	179	161	137	131	131	135	139	96	120
Febr.	126	105	109	98	119	134	148	182	161	138	131	132r	135	139	96	120
März	126	105	109	98	119	134	149	182	162	137	131	132	138	140	96	120
Umbasiert ²⁾ auf 1938 = 100																
1954 D	215	183	193	165	201	156	257	417	291	205	191	323	217	191	159	177
1957 D	229	188	198	170	208	169	290	530	323	229	210	343	238	210	161	185
1958 D	232	187	196	170	215	172	282	477	319	231	213	332	245	216	162	184
1959 D	233	183	191	170	210	173	268	397	310	231	212	316	241	222	160	183
1960 D	238	183	190	170	214	175	268	391	309	237	216	317	249	227	160	190
1960 Juli	239	182	189	170	211	172	267	384	309	236	215	318	250	225	161	190
Aug.	239	182	189	170	216	177	269	393	310	239	217	318	250	225	161	190
Sept.	239	183	190	170	217	178	269	389	310	241	219	318	251	231	161	191
Okt.	241	183	190	170	218	178	271	392	311	243	221	320	255	232	162	191
Nov.	241	183	191	170	219	179	272	401	312	244	222	320	256	232	163	191
Dez.	241	183	191	170	220	179	273	414	312	244	222	320	256	233	163	191
1961 Jan.	246	184	192	170	220	178	274	426	315	245	223	323	261	234	164	191
Febr.	246	184	192	170	220	178	275	432	316	245	223	325r	261	234	163	191
März	247	184	192	170	220	178	276	431	318	245	223	326	267	236	163	191

1) D errechnet aus 12 Monatszahlen.- 2) Siehe Anmerkungen im Heft B, August 1955, Seite 433*.

Index der Erzeugerpreise forstwirtschaftlicher Produkte¹⁾
Bundesgebiet (ohne Saarland und Berlin)
Forstwirtschaftsjahr 1954 = 100

Forst- ²⁾ wirtschaftsjahr (Okt. bis Sept.) --- Monat	Rohholz															
	ins- gesamt	Stammholz						Grubenholz			Faserholz			Brennholz		
		ins- gesamt	Eiche B	Rotbuche		Fichte/ Tanne B	Kiefer B	ins- gesamt	Fichte/ Tanne	Kiefer	ins- gesamt	Rot- buche	Fichte/ Tanne	ins- gesamt	Laub-	Nadel-
Forsten insgesamt																
1957 D	125	123	125	118	129	122	125	143	142	144	132	119	136	121	123	115
1958 D	116	114	115	100	110	116	114	134	135	134	123	104	129	114	115	113
1959 D	101	101	110	89	96	101	102	104	104	103	96	90	97	100	100	102
1960 D	101	103	115	88	94	103	107	100	103	97	93	81	97	95	94	99
Privatforsten (Private Groß-Forsten und Bauernwald)																
1957 D	127	126	125	117	130	125	126	145	146	144	135	117	140	117	120	112
1958 D	119	118	116	102	112	119	119	135	136	134	125	100	131	112	113	112
1959 D	104	104	116	90	99	105	104	107	108	104	98	79	102	102	102	103
1960 D	104	106	116	88	97	107	108	103	106	98	97	78	101	97	96	99
Staatsforsten (einschl. Körperschaftsforsten)																
1957 D	124	122	125	118	128	120	124	141	139	143	129	120	133	122	124	117
1958 D	114	112	115	100	109	113	112	132	130	134	121	106	128	115	115	114
1959 D	99	99	108	88	94	99	100	102	101	103	94	95	94	100	99	101
1960 D	100	102	114	89	93	101	107	98	101	96	91	82	95	94	93	98
1959 Okt.	91	93	99	83	80	95	92	95	95	95	85	76	89	86	83	95
Nov.	96	99	108	90	96	97	102	96	96	96	88	85	89	87	84	95
Dez.	100	103	110	90	96	100	115	97	99	95	88	83	90	92	91	93
1960 Jan.	101	103	113	90	95	100	114	97	97	97	90	87	91	99	99	98
Febr.	101	103	113	90	94	101	113	97	97	98	89	81	92	100	100	102
März	101	103	122	88	93	101	108	99	99	98	90	81	93	97	97	99
April	100	101	114	88	91	102	103	97	100	93	90	82	93	96	94	101
Mai	99	100	115	87	90	101	99	98	101	94	90	81	93	93	92	98
Juni	98	99	112	86	89	101	96	100	103	96	90	80	95	91	89	97
Juli	98	99	110	87	87	101	96	100	103	96	95	84	100	89	86	98
Aug.	97	98	101	87	85	101	96	101	105	96	96	82	102	90	88	97
Sept.	97	97	102	86	83	102	94	102	108	96	100	84	106	87	83	102
Okt.	101	101	104	89	90	105	98	106	111	100	103	87	111	90	88	98
Nov.	105	105	119	94	98	107	101	110	117	101	108	90	117	96	94	102
Dez.	108	110	118	94	99	110	115	111	119	102	110	89	119	95	93	101
1961 Jan.	110	112	112	94	99	111	126	114	118	110	110	84	120	97	96	102
Febr.	112	113	124	94	99	112	122	114	118	110	112	86	123	104	103	108

1) Berechnung in WiSta Heft 9/1958.- 2) Durchschnitte wurden besonders berechnet durch Wägung der Monatsmaßzahlen für die einzelnen Güte- bzw. Stärkeklassen mit den monatlichen Verkaufsmengen des Forstwirtschaftsjahres 1954.

Preisindex einer mittleren Verbraucherguppe¹⁾
Bundesgebiet ohne Berlin²⁾
1958 = 100

Jahr Monat	Lebenshaltung ohne die am stärksten saison- abhängigen Waren ³⁾		Bedarfsgruppe								
	insgesamt		Ernährung	Getränke u. Tabakwaren	Wohnung	Heizung und Beleuchtung	Hausrat	Bekleidung	Reinigung und Körper- pflege	Bildung, Unterhal- tung und Erholung	Verkehr
1959 D ²⁾	101,0	101,3	101,7	99,0	102,4	100,8	98,7	99,7	101,0	101,6	101,6
1960 D	102,4	102,7	102,4	98,9	108,7	102,0	98,6	101,5	102,6	104,4	103,1
1960 Jan.	102,1	102,1	103,3	98,7	103,6	101,9	98,4	100,9	101,6	103,5	102,2
Febr.	101,9	102,0	103,0	98,7	103,7	101,9	98,3	101,1	101,8	103,7	102,1
März	101,9	101,8	102,8	98,7	103,7	101,7	98,4	101,2	101,8	103,8	102,1
April	102,1	101,8	103,1	98,8	104,3	100,9	98,4	101,3	101,9	103,8	102,3
Mai	102,8	101,8	104,9	98,8	104,4	100,8	98,0	101,3	102,0	104,1	102,5
Juni	102,6	101,9	104,5	98,8	104,4	101,0	97,8	101,4	102,3	104,2	102,5
Juli	102,8	102,1	104,4	98,9	105,2	101,5	98,0	101,4	102,7	104,3	102,6
Aug.	102,3	103,1	100,9	99,1	113,4	101,7	98,2	101,5	103,0	104,7	102,8
Sept.	102,2	103,4	100,0	99,1	114,5	102,3	98,9	101,7	103,2	104,8	103,0
Okt.	102,4	103,8	100,0	99,1	115,7	103,1	99,2	102,0	103,4	105,1	103,1
Nov.	103,0	104,2	100,8	99,1	115,8	103,5	99,7	102,3	103,8	105,2	105,8
Dez.	103,1	104,3	100,9	99,0	115,8	103,6	99,8	102,5	104,0	105,4	105,9
1961 Jan.	103,6	104,6	101,6	98,9	116,5	103,8	100,3	103,0	104,3	105,8	106,1
Febr.	103,8	104,8	102,0	98,9	116,5	103,9 ^r	100,4	103,2	104,7	106,1	106,2
März	104,1	105,0	102,4	98,9	116,5	103,8	100,3	103,6	105,0	106,8	106,3

1) 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalte Lebenshaltungsausgaben rd. 570 DM monatlich (Verbrauchs- und Preisverhältnisse 1958).- 2) 1958 und 1959 Bundesgebiet (ohne Saarland und Berlin).- 3) Kartoffeln, Gemüse, Obst, Südfrüchte, Eier, Frischfleisch.

Einzelhandelspreise wichtiger Waren¹⁾

DM

Main data table containing price lists for 'Nahrungsmittel', 'Getränke und Tabakwaren', 'Textil- und Lederwaren', and 'Hausrat und Fahrräder'. It includes columns for year/month, item name, and price per unit.

1) Höhere Warenbezeichnungen siehe Statistischer Bericht VI/3/62 vom 21. Februar 1955 (vgl. auch die folgenden statistischen Berichte; ab April 1960 Monatshefte "Preise, Löhne, Wirtschaftsrechnungen" Reihe 6: Einzelhandelspreise und Indices der Verbraucherpreise). - 2) D errechnet aus 12 Monatswerten; Stichtag überwiegend Monatsmitte. - 3) Ohne Über- und Sondermarken. - a) Neue Ernte. - b) Preiserhöhung zum Teil durch Qualitätsverbesserung bedingt. - c) Alte Ernte. - d) 40 - 45 % Fett i. Tr. - e) i Liter. - f) Wolle des Kammgarn. - g) Herren-Oberhemd. - h) Durchschnit aus 10 Monaten. - i) Ohne Saarland. - k) Der Durchschnittspreis wurde durch Änderung in der Erhebungsgrundlage im November geringfügig beeinflusst. - l) Änderung der Erhebungsgrundlage; der vergleichbare Vormonatspreis lautet: 0,35 DM. - m) Änderung der Erhebungsgrundlage; der vergleichbare Vormonatspreis lautet: 1,51 DM. - n) Änderung der Erhebungsgrundlage; der vergleichbare Vormonatspreis lautet: 171,00 DM. - o) Ohne Bayern.

Löhne und Gehälter

Geleistete Wochenarbeitsstunden, bezahlte Wochenstunden, Bruttostunden- und Bruttowochenverdienste der Arbeiter in der Industrie¹⁾

Zeit ¹⁾	Geleistete Wochenarbeitsstunden			Bezahlte Wochenstunden			Bruttostundenverdienst			Bruttowochenverdienst		
	mannliche Arbeiter	weibliche Arbeiter	alle	mannliche Arbeiter	weibliche Arbeiter	alle	mannliche Arbeiter	weibliche Arbeiter	alle	mannliche Arbeiter	weibliche Arbeiter	alle
	Stk			Stk			Pf			DM		
1957 D	43,6	41,1	43,0	47,1	44,3	46,5	236,1	146,1	216,8	111,20	64,63	100,74
1958 D	42,2	39,1	41,5	46,4	43,1	45,7	250,9	158,4	231,6	116,41	68,35	105,82
1959 D	41,9	38,9	41,3	46,3	43,3	45,6	263,8	168,9	244,4	122,04	73,13	111,51
1960 D	42,7	39,5	42,0	46,3	43,2	45,6	288,5	189,1	268,4	133,55	81,63	122,42
1959 Febr.	43,4	41,3	43,0	45,0	42,4	44,4	257,4	163,9	237,1	115,91	69,44	105,34
Mai	38,2	34,9	37,5	46,6	43,4	45,9	261,7	165,5	242,7	121,93	71,82	111,45
Aug. ²⁾	42,2	38,1	41,4	46,5	43,3	45,9	264,2	169,4	245,6	122,94	73,33	112,61
Nov.	44,0	41,5	43,5	46,7	44,1	46,2	271,0	175,8	251,5	126,67	77,54	116,12
1960 Febr.	43,9	41,9	43,5	45,4	42,9	44,8	274,3	179,0	254,3	124,46	76,76	113,98
Mai	43,3	40,2	42,6	46,6	43,2	45,9	282,6	184,4	263,1	131,75	79,73	120,79
Aug.	40,9	36,5	40,0	46,3	43,1	45,6	293,9	190,7	273,3	135,96	82,13	124,57
Nov.	42,9	39,7	42,2	46,8	43,4	46,6	301,3	201,1	280,8	140,88	87,30	129,28

1) D = Durchschnitt aus 4 Monatsergebnissen; bis einschl. Mai 1959: Bundesgebiet (ohne Saarland und Berlin); ab August 1959: Bundesgebiet ohne Berlin.- 2) Für Saarland: September 1959.

Verbrauch

Tabak, Bier, Branntwein, Schaumwein, Zucker und Mineralöl

Jahr Monat	Versteuerung von Tabakwaren											Bierausstoß			
	Mengen ¹⁾				Kleinverkaufswerte ^{1) 2)}				Durchschnittswerte ²⁾				insgesamt	darunter Vollbier	
	Ziga- retten	Zigarren	Fein- schnitt	Pfeifen- tabak	ins- gesamt	Ziga- retten	Zigarren	Fein- schnitt	Pfeifen- tabak	Ziga- retten	Zigarren	Fein- schnitt			Pfeifen- tabak
	Mill.St				Mill.DM				Pf je St				DM je Kg		1 000 hl
	Bundesgebiet (ohne Saarland) einschl. Berlin (West)														
1954 MD	3 305	373	1 106	288	392	284	70	32	5	8,58	18,84	28,72	16,67	2 592	2 519
1957 MD	4 663	394	804	221	504	399	78	22	4	8,6	19,90	27,5	18,5	3 681	3 590
1958 MD	5 040	386	731	199	535	431	78	20	4	8,5	20,31	27,1	19,0	3 875	3 788
1959 MD	5 401	377	742	184	560	460	77	20	4	8,5	20,43	27,0	19,3	4 201	4 111
	Bundesgebiet einschl. Berlin (West)														
1959 MD ³⁾	5 437	379	746	189	564	462	77	20	4	8,5	20,44	27,0	19,3	4 247	4 157
1960 MD	5 913	362	693	166	598	500	76	19	3	8,5	21,00	27,1	19,7	4 478	4 393
1960 Jan.	5 197	331	651	163	525	440	65	18	3	8,5	19,48	27,2	19,0	3 206	3 124
Febr.	5 316	330	660	156	536	450	65	18	3	8,5	19,68	27,1	18,8	3 229	3 651
März	6 009	343	761	165	601	508	69	21	3	8,5	20,08	27,2	20,4	4 298	4 203
April	5 386	338	664	159	546	456	69	18	3	8,5	20,48	27,0	19,9	4 564	4 477
Mai	6 084	358	756	189	613	514	75	20	3	8,5	20,81	27,0	18,5	5 003	4 924
Juni	6 332	369	758	182	634	535	75	20	4	8,4	20,45	26,9	19,6	5 514	5 435
Juli	6 085	358	689	158	609	514	73	19	3	8,4	20,45	26,9	18,7	4 767	4 705
Aug.	6 277	352	801	176	629	530	74	22	3	8,4	21,07	27,0	20,1	5 330	5 265
Sept.	6 229	389	668	191	631	526	83	18	4	8,4	21,36	27,1	20,2	4 565	4 512
Okt.	6 039	404	662	153	622	511	90	18	3	8,5	22,25	27,1	19,8	4 111	4 060
Nov.	6 027	420	713	162	629	510	96	19	3	8,5	22,96	27,2	19,9	4 073	3 993
Dez.	5 971	355	538	144	601	505	79	14	3	8,5	22,14	27,3	20,9	4 574	4 370
1961 Jan.	6 138	339	619	144	607	518	69	17	3	8,4	20,23	27,0	20,4	3 611	3 521
Febr.	5 527	318	673	181	555	467	66	18	4	8,4	20,62	27,4	22,0	4 038	3 958
	Branntweinerzeugung, absatz, Versteuerung von														
Jahr Monat	Erzeugung insgesamt	Absatz Monopolverwaltung ⁴⁾	darunter zu Trinkbranntweinzwecken	Schaumwein ⁵⁾	schaumweihnähnlichen Getränken	Roh- und Verbrauchs-zucker ⁷⁾	Stärke-zucker und -sirup	Rüben-säfte (im Preßverfahren hergestellt)	Rüben-zuckerlösungen ⁸⁾	insgesamt	Versteuerte Mineralöle				
											Leichtöle ⁹⁾	Gasöle (Dieselkraftstoff)	leichte Stein-Kohlen-teeröle	Heizöle	
	1 000 hl Weingeist				1 000 g Fl.6)		1 000 dz			1 000 t					
	Bundesgebiet (ohne Saarland) einschl. Berlin (West)														
1954 VjD	301	327	149	5 148	434	1 072	63	10	8	487	176	160	21	.	.
1957 VjD	400	412	211	10 349	498	3 720	218	28	40	615	234	247	51	.	.
1958 VjD	425	446	228	12 056	483	3 904	223	27	34	695	270	272	59	.	.
1959 VjD	442	465	229	14 289	510	3 769	215	24	32	807	296	306	99	.	.
	Bundesgebiet einschl. Berlin (West)														
1959 VjD ^{3) 11)}	442	465	229	14 353	510	3 788	217	24	32	812	298	308	99	.	.
1960 VjD ¹¹⁾	433p	519p	259p	17 195	577	4 038	233	23	30	1 475	316	357	137	391 ^{a)}	476 ^{a)}
1960 Jan.	500	545	292	18 688	580	3 063	237	24	25	1 040	303	463	126	.	.
Febr.															
März	427	468	216	12 201	513	3 621	204	22	29	1 561	340	335	199	228	419
April															
Juni	316p	482p	211p	14 522	500	4 605	252	18	25	1 849	377	435	131	273	419
Juli															
Aug.	488	582	315	23 371	714	4 862	241	28	41	2 134	325	418	157	504	669
Sept.															
Okt.	488	582	315	23 371	714	4 862	241	28	41	1 876	303	363	165	439	525
Nov.															
Dez.	488	582	315	23 371	714	4 862	241	28	41	2 308	298	361	166	773	662
Jan.															

1) Berechnet nach den abgesetzten Steuerwertzeichen.- 2) Ab April 1957 stellen die Kleinverkaufs- und Durchschnittswerte für Zigaretten, Feinschnitt und Pfeifentabak Annäherungswerte dar.- 3) Januar bis Juni Bundesgebiet ohne, Juli bis Dezember einschl. Saarland.- 4) Einschl. erzeugter Menge an ablieferungsfreiem Branntwein.- 5) Einschl. der in anderen Behältnissen als Flaschen versteuerten Mengen.- 6) Eine ganze Flasche = 0,75 l.- 7) In Verbrauchszuckerwert; dabei wurde der Rohzucker im Verhältnis 10:9 umgerechnet.- 8) Rübenzuckerabläufe, Rübensäfte (nicht im Preßverfahren hergestellt) und andere Rübenzuckerlösungen.- 9) Benzin, Testbenzin, Benzin-Benzol-Gemische u.a.- 10) Zucker (1954) und Mineralöl = MD.- 11) Mineralöl = MD.- a) Mai bis Dezember 1960.

Monatliche Ausgaben je Haushalt
4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte einer mittleren Verbraucherguppe¹⁾

Jahr Monat	Lebenshaltung										Sonstige Ausgaben	Ver- brauchs- ausgaben insgesamt
	ins- gesamt	Nahrungs- mittel	Getranke und Tabakwaren	Wohnung 2)	Heizung und Beleuchtung	Hausrat	Bekleidung	Reinigung u. Körper- pflege	Bildung u. Unter- haltung	Verkehr		
Bundesgebiet (ohne Saarland und Berlin)												
1954 MD	426,33	179,86	26,58	40,23	23,00	33,10	57,77	19,06	34,79	11,94	9,46	435,79
1957 MD ³⁾	538,28	210,78	36,26	50,31	26,63	47,01	78,59	23,78	45,45	19,47	15,45	553,73
1958 MD	557,16	218,52	38,56	53,00	26,92	47,60	75,79	25,26	50,22	21,29	17,00	574,16
1959 MD	583,53	228,80	39,29	58,68	27,37	49,47	78,80	27,91	52,27	20,94	18,65	602,18
1960 Jan.	546,14	211,55	36,33	58,91	27,70	39,46	75,06	26,53	44,35	26,25	18,08	564,22
Febr.	518,38	209,87	38,23	58,03	28,95	49,35	50,25	26,87	40,11	16,72	11,76	530,14
März	574,43	224,54	38,30	64,87	25,67	43,50	76,60	30,94	42,94	27,07	23,86	598,29
April	661,58	245,36	44,00	63,81	24,02	60,61	94,58	34,77	53,02	41,41	23,01	684,59
Mai	588,27	224,62	37,86	61,28	27,18	41,18	80,40	30,29	46,02	39,44	20,31	608,58
Juni	587,64	239,30	39,33	64,82	24,20	39,68	63,61	28,40	52,26	36,04	23,33	610,97
Bundesgebiet ohne Berlin												
1960 MD ³⁾⁴⁾	621,32	237,52	41,90	63,76	28,75	50,80	83,94	30,90	53,72	30,03	20,62	641,94
1960 Juli	637,73	245,30	42,99	64,35	28,24	40,80	76,63	29,87	62,59	46,96	17,43	655,16
Aug.	624,25	236,39	41,50	64,20	32,05	50,10	56,69	29,27	82,26	31,79	16,03	640,28
Sept.	592,80	243,54	38,31	70,31	35,75	44,12	61,74	32,00	46,71	20,32	18,21	611,01
Okt.	651,23	270,48	39,75	66,22	34,21	45,63	93,95	30,26	37,37	33,36	15,90	667,13
Nov.	623,10	224,21	39,03	62,73	31,26	63,21	100,13	33,76	47,73	21,04	19,27	642,37
Dez.	850,27	275,05	67,01	65,58	25,82	91,92	177,67	37,78	89,31	19,93	40,27	890,54

1) Mit durchschnittlichen monatlichen Verbrauchsausgaben von 200 bis 350 DM im Jahre 1950. Diese Grenzen wurden seitdem der Entwicklung des durchschnittlichen Arbeitnehmereinkommens jeweils angepaßt.- 2) Abzüglich Einnahmen aus Untervermietung.- 3) Zahl der Haushalte 1954: 282, 1957: 269, 1958: 275, 1959: 280, 1960: 273.- 4) Januar bis Juni: Bundesgebiet (ohne Saarland und Berlin).

Eingekaufte¹⁾ Mengen an wichtigen Nahrungsmitteln im Durchschnitt je Monat und Haushaltsmitglied

4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte einer mittleren Verbraucherguppe²⁾
Gramm (soweit nicht anders angegeben)

Jahr Monat	Vollmilch frische (Liter)	Butter	Fette (ohne Butter)					Kase	Eier (Stück)	Fleisch und Fleischwaren				Wurst und Wurstwaren
			ins- gesamt	Roh- fette 3)	Marga- rine	Speiseöl	Sonst. Pflanz- enzfette			ins- gesamt	Rind- fleisch	Schweine- fleisch	Speck, geräuchert	
Bundesgebiet (ohne Saarland und Berlin)														
1954 MD	8,49	348	1 354	130	996	132	96	420	12	2 409	335	302	153	960
1957 MD	7,94	328	1 411	119	1 077	135	80	494	14	2 787	318	347	148	1 122
1958 MD ⁴⁾	7,65	379	1 305	95	999	138	73	469	14	2 759	330	379	145	1 096
1959 MD	7,26	399	1 245	83	954	135	73	475	15	2 778	313	346	129	1 111
1960 Jan.	7,31	387	1 240	94	939	129	78	484	13	3 038	340	390	142	1 216
Febr.	7,04	392	1 242	111	902	129	100	475	15	2 765	313	341	133	1 082
März	7,48	433	1 270	78	972	133	87	553	17	2 854	310	369	150	1 110
April	7,13	453	1 344	87	1 040	139	78	564	22	2 955	365	417	139	1 084
Mai	7,72	446	1 233	64	966	136	67	543	16	2 570	306	329	115	1 048
Juni	6,98	445	1 193	47	954	129	63	531	16	2 474	327	355	105	1 007
Bundesgebiet ohne Berlin														
1960 MD ⁴⁾⁵⁾	7,05	463	1 236	80	946	137	73	502	15	2 878	327	366	134	1 131
1960 Juli	6,60	475	1 132	59	887	128	58	483	15	2 609	303	354	113	1 063
Aug.	6,31	472	1 139	71	880	137	51	468	14	2 504	284	332	116	1 017
Sept.	7,02	517	1 259	79	962	148	70	482	14	2 813	319	354	142	1 120
Okt.	7,10	530	1 234	81	926	156	71	509	13	3 109	368	390	149	1 218
Nov.	6,91	478	1 187	100	890	132	65	473	12	3 037	337	357	153	1 227
Dez.	7,03	529	1 368	98	1 036	150	84	459	15	3 811	355	407	153	1 379
Bundesgebiet (ohne Saarland und Berlin)														
1954 MD	454	198	256	6 716	5 206	1 180	1 846	1 106	275	105	8,75	381	1 314	261
1957 MD	412	181	231	6 343	4 731	1 186	1 695	979	240	93	8,25	407	1 283	306
1958 MD ⁴⁾	370	146	224	6 049	4 566	1 075	1 667	982	224	86	7,46	416	1 380	336
1959 MD	362	132	230	5 909	4 338	1 115	1 618	921	237	72	7,17	435	1 286	350
1960 Jan.	403	166	237	5 730	4 211	1 139	1 582	849	239	96	0,60	602	1 100	257
Febr.	388	149	239	5 785	4 242	1 097	1 687	960	234	98	1,04	595	1 042	293
März	441	181	260	6 135	4 519	1 172	1 757	968	265	98	0,84	635	1 113	337
April	424	188	236	6 008	4 373	1 191	1 782	984	267	93	1,43	649	1 205	527
Mai	290	122	168	5 965	4 414	1 114	1 538	818	251	65	2,16	380	1 193	351
Juni	265	92	173	5 754	4 221	1 121	1 508	824	251	30	2,53	226	1 581	352
Bundesgebiet ohne Berlin														
1960 MD ⁴⁾⁵⁾	371	136	235	5 865	4 233	1 163	1 598	889	237	71	7,39	438	1 356	371
1960 Juli	259	73	186	5 746	4 045	1 205	1 388	707	225	30	4,69	173	1 817	358
Aug.	277	94	183	5 619	3 968	1 193	1 371	791	208	30	5,85	210	1 688	323
Sept.	358	125	233	5 920	4 303	1 208	1 647	944	233	70	12,83	292	1 708	297
Okt.	418	149	269	6 064	4 323	1 236	1 674	937	241	79	46,91	435	1 357	315
Nov.	420	155	265	5 706	4 105	1 093	1 465	827	208	77	7,92	461	1 106	361
Dez.	515	146	369	5 948	4 078	1 181	1 775	1 054	221	90	1,88	594	1 367	670

1) Auch Erzeugnisse aus eigener Ernte, Geschenke und Deputate.- 2) Mit durchschnittlichen monatlichen Verbrauchsausgaben von 200 bis 350 DM im Jahre 1950. Diese Grenzen wurden seitdem der Entwicklung des durchschnittlichen Arbeitnehmereinkommens jeweils angepaßt.- 3) Einschl. Schmalz und sonstige ausgelassene Fette.- 4) Zahl der Haushalte 1954: 282, 1957: 269, 1958: 275, 1959: 280, 1960: 273.- 5) Januar bis Juni: Bundesgebiet (ohne Saarland und Berlin).

Monatliche Einnahmen je Haushalt
4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte einer mittleren Verbrauchergruppe¹⁾

Art der Einnahmen	Bundesgebiet (ohne Saarland und Berlin)										
	1950	1951	1952	1953	1954	1955	1956	1957	1958	1959	1960 2)
Anzahl											
Erfasste Haushalte	224	240	259	272	282	267	268	269	275	280	273
DM											
Arbeitseinkommen (brutto) des Haushaltsvorstandes aus Hauptberuf aus Nebenerwerb	206,19 303,58 2,61	357,16 354,59 2,57	394,44 391,90 2,54	423,09 420,61 2,48	447,50 444,59 2,97	480,53 477,39 3,14	513,43 509,80 3,63	540,82 537,41 3,41	580,43 577,02 3,41	614,66 609,20 5,46	663,31 658,06 5,25
der Ehefrau sonstiger Haushaltsmitglieder	5,93 4,96	6,31 6,03	8,58 9,11	7,15 10,18	8,07 12,10	13,11 14,31	17,11 17,01	19,20 22,32	18,55 13,50	19,36 12,36	15,74 12,59
Arbeitseinkommen (brutto) zusammen	317,08	369,50	412,13	440,42	467,73	507,95	547,55	582,34	612,48	646,38	691,04
Eigene Bewirtschaftung Pensionen und Versicherungen Öffentliche Unterstützungen Private Unterstützungen Andere Einkommen	5,85 6,77 7,23 4,15 1,74	4,24 6,62 5,10 7,73 2,86	3,73 6,57 6,89 9,59 3,85	4,05 7,34 9,21 8,63 7,77	3,45 7,13 8,85 10,02 8,18	3,79 7,87 10,30 10,64 8,38	3,96 10,47 13,17 14,77 9,56	3,96 10,47 10,30 17,42 10,69	4,04 13,91 10,30 20,31 10,19	5,90 15,66 9,46 24,30 14,25	5,11 11,56 7,61 25,59 13,93
Einnahmen ³⁾ insgesamt abzüglich: Gesetzliche Versicherungen Lohn- und Einkommensteuer Sonstige Steuern	342,82 28,88 6,92 1,94	396,05 33,05 9,66 2,04	442,76 36,44 13,15 1,95	477,42 41,08 12,92 1,75	505,36 43,21 12,47 1,82	548,93 46,57 15,25 2,43	599,48 48,37 20,08 2,29	638,70 55,79 12,05 0,03	674,00 65,22 11,30 0,05	708,91 69,13 8,97 0,01	759,12 73,94 14,69 0,04
Ausgabefähige Einnahmen ³⁾	305,08	351,30	391,22	421,67	447,86	484,68	528,74	570,83	597,43	630,80	670,45
vH											
Arbeitseinkommen (brutto) des Haushaltsvorstandes aus Hauptberuf aus Nebenerwerb	89,3 88,6 0,8	90,2 89,5 0,7	89,1 88,5 0,6	88,6 88,1 0,5	88,6 88,0 0,6	87,6 87,0 0,6	85,6 85,0 0,6	84,6 84,1 0,5	86,1 85,6 0,5	86,7 85,9 0,8	87,4 86,7 0,7
der Ehefrau sonstiger Haushaltsmitglieder	1,7 1,5	1,6 1,5	1,9 2,1	1,5 2,1	1,6 2,4	2,4 2,6	2,9 2,8	3,0 3,5	2,8 2,0	2,7 1,8	2,1 1,6
Arbeitseinkommen (brutto) zusammen	92,5	93,3	93,1	92,2	92,6	92,6	91,3	91,2	90,9	91,2	91,1
Eigene Bewirtschaftung Pensionen und Versicherungen Öffentliche Unterstützungen Private Unterstützungen Andere Einkommen	1,7 2,0 2,1 1,2 0,5	1,1 1,6 1,5 2,0 0,7	0,8 1,5 1,5 2,2 0,9	0,9 1,5 1,9 1,8 1,7	0,7 1,4 1,7 2,0 1,6	0,7 1,4 1,9 1,9 1,5	0,7 1,7 2,2 2,5 1,6	0,6 2,2 1,6 2,7 1,7	0,9 2,3 1,4 3,0 1,5	0,7 1,6 1,1 3,4 2,0	0,7 2,0 1,0 3,4 1,8
Einnahmen ³⁾ insgesamt abzüglich: Gesetzliche Versicherungen Lohn- und Einkommensteuer Sonstige Steuern	100 8,4 2,0 0,6	100 8,4 2,4 0,5	100 8,2 3,0 0,4	100 8,6 2,7 0,4	100 8,5 2,5 0,4	100 8,5 2,8 0,4	100 8,1 3,3 0,4	100 8,7 1,9 0,0	100 9,7 1,7 0,0	100 9,7 1,3 0,0	100 9,8 1,9 0,0
Ausgabefähige Einnahmen ³⁾	89,0	88,7	88,4	88,3	88,6	88,3	88,2	89,4	88,6	89,0	88,3

Art der Einnahmen	Bundesgebiet (ohne Saarland und Berlin)						Bundesgebiet ohne Berlin					
	1960											
	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
Anzahl												
Erfasste Haushalte	280	289	282	295	285	272	265	260	254	266	265	261
DM												
Arbeitseinkommen (brutto) des Haushaltsvorstandes aus Hauptberuf aus Nebenerwerb	615,38 610,31 5,07	584,65 579,10 5,55	609,50 604,40 5,10	666,63 663,13 3,50	618,21 613,59 4,62	644,10 638,11 5,99	660,59 656,49 4,10	649,16 645,72 3,44	688,44 681,33 7,11	657,38 650,36 7,02	716,47 711,47 5,00	849,25 842,73 6,52
der Ehefrau sonstiger Haushaltsmitglieder	19,27 14,74	21,20 14,37	17,79 15,33	21,18 18,94	16,52 15,44	15,58 14,86	14,68 10,88	9,72 8,77	12,11 8,48	11,87 8,29	13,47 8,61	15,48 12,34
Arbeitseinkommen (brutto) zusammen	649,39	620,22	642,62	706,75	650,17	674,54	686,15	667,65	709,03	677,54	738,55	877,07
Eigene Bewirtschaftung Pensionen und Versicherungen Öffentliche Unterstützungen Private Unterstützungen Andere Einkommen	1,15 12,73 5,81 36,50 7,55	1,29 22,40 9,56 10,46 5,30	1,26 16,80 11,25 16,88 23,68	1,99 13,43 6,66 29,54 15,11	2,69 13,24 5,96 13,41 10,42	2,69 15,60 5,90 14,99 4,13	10,25 15,80 5,90 17,11 18,20	11,58 13,11 9,31 14,98 20,54	11,25 16,60 6,17 12,69 4,89	8,29 16,17 7,95 16,44 4,74	2,00 10,95 7,30 16,49 16,51	1,27 16,04 6,95 107,61 36,01
Einnahmen ³⁾ insgesamt abzüglich: Gesetzliche Versicherungen Lohn- und Einkommensteuer Sonstige Steuern	713,23 73,89 12,02 -	669,23 70,62 9,88 -	712,49 70,17 10,56 0,06	773,48 76,05 13,27 0,03	695,89 70,90 11,59 0,07	725,41 74,10 13,38 -	757,37 72,69 13,29 0,10	736,84 73,91 15,30 0,13	757,67 76,79 16,58 0,01	731,14 75,15 13,57 0,01	791,80 74,29 16,38 0,06	1044,95 78,73 30,46 -
Ausgabefähige Einnahmen ³⁾	627,32	588,73	631,70	684,13	613,33	637,93	671,29	647,50	664,29	642,41	701,07	935,76
vH												
Arbeitseinkommen (brutto) des Haushaltsvorstandes aus Hauptberuf aus Nebenerwerb	86,3 85,6 0,7	87,4 86,6 0,8	85,5 84,8 0,7	86,2 85,7 0,5	88,8 88,2 0,7	88,8 88,0 0,8	87,2 86,7 0,5	88,1 87,6 0,5	90,9 89,9 1,0	89,9 88,9 1,0	90,5 89,9 0,6	81,2 80,6 0,6
der Ehefrau sonstiger Haushaltsmitglieder	2,7 2,0	3,2 2,1	2,5 2,2	2,7 2,4	2,4 2,2	2,1 2,1	1,9 1,5	1,3 1,2	1,6 1,1	1,6 1,2	1,7 1,1	1,5 1,2
Arbeitseinkommen (brutto) zusammen	91,0	92,7	90,2	91,4	93,4	93,0	90,6	90,6	93,6	92,7	93,3	83,9
Eigene Bewirtschaftung Pensionen und Versicherungen Öffentliche Unterstützungen Private Unterstützungen Andere Einkommen	0,2 1,8 0,8 5,1 1,1	0,2 3,3 1,4 1,6 0,8	0,2 2,3 1,6 2,4 3,3	0,3 1,7 0,9 3,8 1,9	0,4 1,9 0,9 1,3 1,5	1,4 2,1 0,8 2,1 0,6	1,5 2,1 1,1 2,3 2,4	1,5 1,8 1,3 2,0 2,8	1,1 2,2 0,8 1,7 0,6	1,1 2,2 1,1 2,2 0,7	0,2 1,4 0,9 2,1 2,1	0,1 1,5 0,7 10,3 3,5
Einnahmen ³⁾ insgesamt abzüglich: Gesetzliche Versicherungen Lohn- und Einkommensteuer Sonstige Steuern	100 10,3 1,7 -	100 10,6 1,5 -	100 9,8 1,5 0,0	100 9,8 1,7 0,0	100 10,2 1,7 0,0	100 10,2 1,8 -	100 9,6 1,8 0,0	100 10,0 2,1 0,0	100 10,1 2,2 0,0	100 10,3 1,8 0,0	100 9,4 2,1 0,0	100 7,5 2,9 -
Ausgabefähige Einnahmen ³⁾	88,0	87,9	88,7	88,5	88,1	88,0	88,6	87,9	87,7	87,9	88,5	89,6

¹⁾ Hauptideile mit durchschnittlichen monatlichen Verbrauchsausgaben von 200 bis 350 DM im Jahre 1950. Diese Grenzen wurden seitdem der Entwicklung des durchschnittlichen Arbeitnehmerinkommens jeweils angepaßt. - ²⁾ Ab Juli 1960 Bundesgebiet ohne Berlin. - ³⁾ Ohne Einnahmen aus Schuldensaufnahme, Abhebungen von Sparkonto, Verkauf und Pausch.

Veröffentlichungen des Österreichischen Statistischen Zentralamtes

Verlag: (1) = Österreichische Staatsdruckerei, Wien III, Rennweg 16
 (2) = Carl Ueberreuter, Wien IX, Alser Straße 24
 (3) = Neue Technik, Wien I, Walfischgasse 15
 (4) = Österreichischer Bundesverlag, Wien I, Schwarzenbergstraße 5
 (5) = Freytag-Berndt u. Artaria, Wien VII, Schottenfeldg. 62

A = Jahresabonnement
 E = Einzelpreis
 j. = jährlich
 vj. = vierteljährlich
 m. = monatlich
 l. V. = letzte Veröffentlichung
 N. F. = Neue Folge

I. Allgemeine Veröffentlichungen

1. Zeitschrift „Statistische Nachrichten“ (2), m., N. F. ab 1946, A: DM 50.—, E: DM 6.—
2. Statistisches Handbuch für die Republik Österreich (1), j., l. V. Jg. 1959, DM 18.40
3. Statistisches Jahrbuch österreichischer Städte (2), j., ab 1950, l. V. 1959, DM 13.—
4. Österreichs Volkseinkommen (2) in den Jahren 1952, 1953, je DM 6.50; 1954 bis 1959 als Beilage zu den „Stat. Nachrichten“, DM 4.60
5. Der Verbrauch der städtischen Bevölkerung Österreichs (Konsumerhebung 1954/55) (2), DM 14.50
6. Der öffentliche Haushalt in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (2), DM 6.50
7. Gebärungsübersichten für die Bundesländer, Bezirksfürsorgeverbände und Gemeinden (2) ab 1955, l. V. 1958, DM 11.50

II. Bevölkerungswesen

1. Wohnort — Arbeitsort der unselbständig Berufstätigen 1955 (1), DM 16.70.
2. Ergebnisse der Volkszählung vom 1. Juni 1951:
 - a) Tabellenband I (Demographischer Teil) (1), DM 20.—
 - b) Tabellenband II (Berufsstat. Teil) (1), DM 25.—
 - c) Textband (1), DM 16.—
 - d) Nach Gemeinden (2), je nach Bundesland DM 3.—/6.—
3. Ergebnisse der Häuser- und Wohnungszählung vom 1. Juni 1951:
 - a) Text- und Tabellenband (1), DM 16.—
 - b) Nach Gemeinden (2), je nach Bdsld. DM 3.50 bis 7.—
4. Die natürliche Bevölkerungsbewegung (1), j., ab 1951, Jahr 1959, DM 5.—
5. Aufgaben und Probleme der österreichischen Gesundheitsstatistik, (2), DM 6.—
6. Die Ehescheidung, eine statistisch-soziologische Untersuchung (2), DM 7.—
7. Entwicklung d. Sterblichkeit i. d. Republik Österreich (2), DM 5.30
8. Selbstmordversuche im Großstadtraum (mit 4 Nachträgen) (2), DM 5.30

III. Landwirtschaft

1. Ergebnisse der land- und forstwirtschaftlichen Betriebszählung vom 1. Juni 1951:
 - a) Gesamtergebnisse für Österreich (1), DM 16.—
 - b) Nach Bundesländern (1), je nach Bdsld. DM 1.20/6.—
 - c) Nach Gemeinden (1), je nach Bdsld. DM 1.20/6.—
2. Österreichs Landwirtschaft in Bild und Zahl (1), DM 6.70
3. Ergebnisse der landwirtschaftlichen Statistik (1), j., l. V. 1959, DM 5.— bis DM 9.20
4. Die Jagd in Österreich (2), DM 5.30

IV. Gewerbliche Wirtschaft

1. Die erste Bestandsaufnahme der österreichischen Wirtschaft, Zweck, Organisation und Methode der nichtlandwirtschaftlichen Betriebszählung 1954 (2), DM 6.50
2. Nichtlandwirtschaftliche Betriebszählung 1954. Zahl der Betriebe nach Arten der Betriebssystematik und nach Betriebsgrößengruppen in den politischen Bezirken (2), DM 25.—

3. Die Bautätigkeit im Jahre 1956, 1957, 1958 (21. Heft) (1), DM 13.50
4. Österreichs Industrie i. d. Jahren 1958 und 1959 (2), DM 6.—

V. Verkehr

1. Bestands-Statistik der Kraftfahrzeuge in Österreich (3), j., l. V. 1958, DM 2.20
2. Fremdenverkehr in Österreich 1958/1959 (2), DM 7.—
3. Straßenverkehrszählung 1955 im gesamten Bundesgebiet der Republik Österreich (mit Kartenbeilagen) (2), DM 50.—
4. Zivilluftfahrt in Österreich i. d. Jahren 1955-1959 (2), DM 5.—

VI. Außenhandel

1. Statistik des Außenhandels Österreichs (2), N. F. ab 1947, vj. (4. Heft zugleich Jahresheft), A: DM 61.—, E: DM 20.—

VII. Rechts-, Finanz- und Kulturstatistik

1. Gerichtsbarkeit des öffentlichen Rechtes, Justiz, sonstige Rechtspflege, Statistik der Rechtspflege für das Jahr 1956, 1957, 1958 (2), E: DM 12.—
2. Kriminalität, Kriminalstatistik für die Jahre 1955/56, 1957, 1958 (2), j., l. V.: DM 12.—
3. Steuern (veranlagte Einkommen-, Lohn-, Körperschafts-, Umsatz-, Gewerbesteuer), Steuerstatistiken 1953, 1954, 1955 (2), j., l. V.: DM 13.—
4. Bildung und Unterricht
 - Österreichische Schulstatistik, Schuljahr 1958/59 (4), l. V.: DM 3.55; erscheint jährlich (Sonderdruck und Beilage zum Verordnungsblatt des Bundesministeriums für Unterricht) — 6. Stück 1958
 - Österreichische Hochschulstatistik Wintersemester ab 1956/1957 l. V. 1958/59 (2), j., DM 12.—
5. Nationalratswahl, Wahl des Bundespräsidenten
 - Veröffentlichung der statistischen Bearbeitungsergebnisse unmittelbar nach der betreffenden Wahl.
6. Theater, Film, Rundfunk, Fernsehen (2), DM 8.50

VIII. Topographische Werke und Karten

1. Räumliche Verteilung der Bevölkerung Österreichs nach dem Stande vom 1. Juni 1951 (2), gerollt DM 2,50, gefaltet DM 2.70
2. Einteilung Österreichs in politische Bezirke und Gerichtsbezirke nach dem Stande vom 1. Januar 1959, 6. Aufl. (2), DM 1.50
3. Wien mit seinen Gemeindebezirken und die niederösterreichischen Ortsgemeinden im Umkreis von Wien (2), DM —.80
4. Verzeichnis und Karte 1:500 000 der Ortsgemeinden der Republik Österreich, Gebietsstand vom 1. März 1957 (5), Wien 1958, DM 12.—
5. Karte der Ortsgemeindegrenzen der Republik Österreich 1:500 000, Ausgabe ohne Suchnummer, (5), DM 3.—
6. Neueinteilung des Gebietes des ehemaligen Truppenübungsplatzes Döllersheim (Stand 1. März 1957, Maßstab ca. 1:83 000, Dreifarbendruck), (2), DM 1.—
7. Verteilung der Rinderrassen in Österreich, 4. unveränderte Auflage (Maßstab 1:1 500 000, Mehrfarbendruck), (2), DM 1.60.